

Anarchie.

Träume, Kampf und Krampf im deutschen Anarchismus

Autor: Jörg Bergstedt
Reihe „ScharfZeichner“
im SeitenHieb-Verlag

ISBN 978-3-86747-047-6

www.seitenhieb.info

Inhalt

Vorweg	7
1 Intro	9
2 Was ist und wer will Anarchie?	13
Begriff und Wirklichkeit zwischen Aufstand und Lebensgefühl	13
Definitionen	13
Anarchie – der Begriff für alles, auch völlig Verwirrtes	21
Chaos und Anarchie: Der moderne Teufel als Projektion der Apokalypse	22
Anarchie-Hetze in Theorieform: Herrschaft oder Barbarei	29
Anarchiehetze war immer: Blicke in die Geschichte	32
Anarchiekritik von Links	34
Sympathie für die Anarchie – oft absurd wie die Hetze	38
Was bleibt an zentralen Definitionspunkten?	40
Varianten des Anarchismus	42
Anarchistische Zeiten.	
Geschichte mit und ohne Herrschaftskämpfen	47
Sein. Schein. Wirklichkeit	54
Who is who im deutschsprachigen Anarchismus?	54
Erscheinungsformen anarchistischer Strömungen	78
3 Theorien, Lücken und blinde Flecken	83
Aktuelle Theorieansätze.	
Worüber AnarchistInnen nachdenken, wenn sie denken	83
Zu wenig: Das traditionelle Verständnis von Herrschaft	84
Verschlafen oder vergessen: Moderne Herrschaftsanalyse	88
Das Menschenbild im Anarchismus	93
Das Gute aus dem transzendenten „Off“:	
Was ist Moral und wozu dient sie?	95
Die Moralen der AnarchistInnen und Gutmenschen	97
Libertär und brav: Der anarchistische Knigge	103
Anarchistischer Gedankenbrei: Religion – nein! Höhere Werte – ja, doch ...?	106
Anarchie und Demokratie. Die Gleichsetzung des Unvereinbaren	108
Sieben Mal: Anarchie und (Basis-)Demokratie sind unvereinbar!	108
Anarchistische Kritik an Staat und Demokratie	120
Trotzdem: AnarchistInnen für die (verbesserte) Demokratie	122
Positiver Bezug auf das Volk	127
Sozialer Organismus	129
Anarchie gleich Basisdemokratie?	129
Anarchie gleich Direkt-Demokratie?	132
Konsensdemokratie	134
Der Konsens als Waffe – Beispiele politischer Konkurrenzkämpfe	141
Kritik der Demokratiebefürwortung	148
Wenn die Marktwirtschaft zum anarchistischen Ideal wird	149
Markt oder Staat – die falsche Frage	152
Einzelfragen	154
Die Schnittstellen zu Marktwirtschaft und Bürgerlichkeit	162
Parecon – krude Wirtschaftstheorie anarchistischen Kreise	164
Alternativökonomie	167
Kritik	168

Libertärer Kommunismus oder gegenseitige Hetze zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen?	171
Vergleiche	173
Unterschiede im Detail	173
Anarchokritik und -hetze gegen (autoritären) Kommunismus/Sozialismus	180
Sozialistische und kommunistische Kritik und Hetze	185
Zusammengedacht: Marxismus und Anarchismus	187
4 Strategien und Streitfragen	189
Frei von Inhalt? Hauptschwächen anarchistischer Konzepte – emanzipatorisch geprüft	189
Angst vor der eigenen Konsequenz: Sicherheit und Kontrolle statt dynamischer Offenheit	189
Revolution oder Reform?	
Vom seltsamen Gegensatz zweier oft dummer Konzepte	193
Von Quantitäten und Qualitäten	193
Radikalität?	197
Fragend voran	199
Ein Update für die Anarchie bitte	200
Die Völker des kleines M@nnes –	
Anarchie, Kollektiv und kollektive Identität	201
Egal was, Hauptsache Einheit und/oder Kollektiv	202
Erscheinungsformen und Steigerung	206
AnarchistInnen pro Kollektiv	215
AnarchistInnen als Kollektiv: Wir und die anderen	216
Anarchistische Kritik des Kollektiven	219
Angst essen Freiheit auf: Kontrollwahn in anarchistischer Theorie & Praxis ..	222
Anarch@s für Kontrolle	222
Anarchismus von Polizei bis Knast	224
Spätestens in der Krise: Demokratisierung von Entscheidungsprozessen	234
Naives Machtverständnis: Hierarchien schöngeredet	225
Gegenentwürfe: Herrschaftskritische Positionen	238
Das Doppeldogma: Gewaltfreiheit oder Militanz – ist das eine Frage?	241
Trotzdem: Gewalt als zentraler Punkt – pro und contra	245
Die Argumente pro Gewaltfreiheit – und was davon zu halten ist	245
Offene Fragen und blinde Flecken	254
Ist die Gewaltfrage wichtiger als andere Aspekte?	261
Gut und Böse: Identitätsstiftende Kraft der Gewaltfreiheit	262
Wie eine Religion: Gewaltfreiheit als Gesamtideologie	264
Pro Gewalt: Notwendig oder Fetisch?	267
Zur Bedeutung von Militanz als Protestform	270
Perspektiven zur Gewaltfrage jenseits von Hegemonialkämpfen	276
Für eine Protestkultur emanzipatorischer Vielfalt und Aneignung	277
Fazit: Mehr Hirn!	281
Die wichtigen Fragen stellen!	286
5 Defizite – in die Praxis umgesetzt	289
Blicke vor und hinter die Kulissen: Wie sieht die Praxis der AnarchistInnen aus?	289
Anarchistische Aktion	289
Anarchistische Organisation	295
Projekte und Keimzellen	302
Wir sind gut, weil alt – Anarchie als Nabelschau	304

Moderne Formen von Hierarchie:

Wie geht Dominanz in hierarchiekritischen Gruppen?	306
Modern führen: Das Methodenpaket für versteckte Dominanz	307
Herrschen, ohne dass es jemand merkt: Instrumentalisierung	315
Kontrolle der Außenvertretung	318
Nase vorn: Instantaktionen und Bewegungsagenturen als Anführer der Modernisierung	325
Von Staat und Bewegungsoligarchen gefürchtet: Unberechenbarer Protest	330

6 Perspektiven 331

Theorie für Anarchie. Ein Update

(Neue) AnarchistInnen braucht das Land!?	331
Herrschaftsanalyse modernisieren	332
Wissensbasierte Radikalität: Wissenschaftlicher Anarchismus? Materialismus für AnarchistInnen?	333
Emanzipation: Der Mensch im Mittelpunkt	339
Das neue Subjekt: Alle, aber unterschiedlich	340
Strategie für die Anarchie	343

Wie kann es weitergehen? Konkrete Vorschläge

und neue Ansätze für die praktische Anarchie	349
Anarchie für alle: Herrschaftsfreies Leben und Überleben im Alltag	349
Anarchie für Gruppen: Organisation ohne Hierarchien	358
Anarchie für Betriebe: Produktion und Verteilung	372
Anarchie in Aktion: Intervention ins Hier & Jetzt	377
Anarchie für Träume und TräumerInnen: Theorieentwicklung und Utopiedebatte	395
Was Hoffnung macht: Blicke über die Grenzen	397

Literatur 400

ScharfZeichner

Die bissige Reihe für politische Analyse

Weitere Bücher in der ScharfZeichner-Reihe ab Seite 407!

Passend zum Thema:



Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung 14,- €

Ist Herrschaft des Volkes wirklich etwas so Gutes? Volk als konstruiertes, identitäres Subjekt existiert nur in Form seiner Stellvertretung. Wenn die dann herrscht „im Namen des Volkes“ über die Menschen – was daran ist gut? Und wenn dann noch Bomben fallen, um die Demokratie weltweit zu exportieren – was unterscheidet diese Kriege von der Brutalität der Kolonialisierung und religiös motivierten Missionen bis Kreuzzüge früherer Zeiten? Ab 3 St. 9 €, ab 10 St. 7 €.

Vorweg

Es war eher unerwartet, vielleicht sogar zufällig. An einem kühlen Novemberabend des Jahres 2011 fand in Frankfurt eine Veranstaltung statt, zu der die dortige Humanistische Union eingeladen hatte. Eigentlich ging es um eine absurde Polizeiaktion, mit der die hessischen Polizei- und innenpolitischen Führer über fünf Jahre zuvor einen ungemütlichen Kritiker loswerden wollten. Dessen hartnäckige Recherche, einige Tapsigkeiten der Sicherheitsorgane und eine auf Vertuschung zielende Strategie der Landesregierung führten mit jahrelanger Verzögerung zu einigen Schwierigkeiten für die Männerriege an der hessischen CDU-Spitze. Doch der Hauptbetroffene erläuterte nicht nur die Abläufe des Ganzen, sondern rahmte das Ganze mit einer deutlichen Kritik an Recht und Ordnung, die – als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse – vor allem den Interessen der Herrschenden dienen. Das lockte entschiedenen Widerspruch bei marxistisch oder bürgerlich gesinnten GegnerInnen herrschaftsfreier Utopien. Das Recht müsse „bis aufs Letzte verteidigt“ werden, forderte etwa der Linken-Landesvorsitzende – und ließ offen, ob er damit die Residenzpflicht, die Sicherung von Reichtumsunterschieden oder die vielen Gesetze, die Milliardenhilfen in Banken pumpten, meinte. Den rhetorischen Höhepunkt aber lieferte eine Besucherin, die sich des mediengemachten Rufes erinnerte, mit dem der Referent und Hauptbetroffene immer wieder als „Anarchist aus Mittelhessen“ gebrandmarkt wurde. Recht wütend rief sie aus: „Wir müssen das Recht verteidigen, sonst sind wir keine richtigen Anarchisten“.

Mensch ist ja einiges gewöhnt an absurden Meinungen über den Anarchismus. Die Schreckensbilder von bombenden ChaosInnen aus dem bürgerlichen Lager wechseln sich mit platten Anpissen aus marxistischen Ecken, die AnarchistInnen just dort verorten, wo sie eben als BombenlegerInnen verteufelt werden. Aber das AnarchistInnen ausgerechnet zum Bollwerk für Recht und Ordnung ausgerufen werden, ist doch eher selten.

Was aber sind „richtige AnarchistInnen“? Kann es das überhaupt geben? Wäre nicht eine Definition, die Abweichungen ausschließen könnte, ein Widerspruch zur Idee des Anarchismus? Ja und nein. Bejaht werden muss die Absage an Dogmen und Klarheiten. Denn eine tief-schürfende Herrschaftsanalyse muss immer offenlegen, dass alles von Interessen durchzogen ist. Auch die Analyse selbst (und damit z.B. auch dieses Buch!). Der Mensch ist nicht in der Lage, objektiv wahrzunehmen. Es gibt folglich weder in der politischen Debatte noch in der sozialen Organisation und ebenso nicht in der Wissenschaft irgendeine Wahrheit oder Objektivität. Wer das von sich behauptet, offenbart nur einen ideologischen Willen, sich zwecks Durchsetzung eigener Ansichten auch schmutziger Tricks zu bedienen und andere Meinungen anzustechen. Zudem bedeutet menschliches Leben, individuell und – unabweichlich – im gesellschaftlichen Zusammenhang, immer einen Fortschritt an Möglichkeiten und Wissen. Es ist nicht möglich, aus der jeweils aktuellen Perspektive einzuschätzen, was Jahre oder Jahrzehnte

später gilt. Daher ist jede Auffassung immer auch relativ als Anschauung in der Gegenwart – einerseits von eigenen Interessen beeinflusst, andererseits dem zeitlichen Verfall ausgeliefert.

Trotzdem gilt auch das Nein zur völligen Willkürlichkeit des Anarchie-Begriffs. Denn Anarchie bedeutet die Abwesenheit von Herrschaft und die Organisation des sozialen Lebens ohne Hierarchien. Was Herrschaft und Hierarchien sind bzw. was als herrschaftsfrei empfunden wird, unterliegt persönlicher Wahrnehmung und analytischem Fortschritt. Aber es ist nicht willkürlich. Es lassen sich Kriterien für Herrschaftsformen und machtförmigen Steuerungsmechanismen benennen. Wie sie genau aussehen und welche wie wichtig sind – darum lässt sich trefflich streiten. Aber sie nicht zur Kenntnis zu nehmen aus der Laune heraus, dass Anarchie gelebte Gleichgültigkeit sei, ist zwar ein prägendes Merkmal vieler AnarchistInnen. Aber solche Herrschaftsfreiheit ist nur gefühlt und beruht schlicht darauf, dass nicht genau hingeguckt wird und alles irgendwie cool und gleichberechtigt wirkt – oft genug vernebelt durch schwarze Kleidung, verbalradikale Sprüche und THC-geschwängerte Luft.

Anarchie ist gelebter Widerstand gegen Herrschaft und Hierarchie – und das Basteln an Gegenmodellen, Experimenten und Freiräumen. Das setzt einen wachen Geist voraus, der skeptisch hinter die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten und Mauern schaut, die in Köpfen und in sozialen Räumen aufgebaut sind. Dieser Logik will dieses Buch folgen: Ein kritischer Blick auf das, was als Anarchismus im deutschsprachigen Raum bezeichnet wird – und einer auf die, die mit solchen Logos und Slogans auftreten.

Was hier allerdings fehlt, ist die Analyse von Herrschaft und der Entwurf herrschaftsfreier Utopien. Dafür gibt es das Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“, welches für die Theorie der Anarchie mit dem hier vorliegenden Werk ein Doppelpack bildet – keine softe Lektüre, sondern eine Aufforderung zum Nachdenken, gerne auch zur Kritik. Denn Streit ist eine Produktivkraft und das Ziel eines jeden Buches sollte sein, über sich selbst hinaus zu zielen – sicherlich ein hoher Anspruch in einer Zeit vereinfachter Welterklärungen, des MitläuferInnentums bei Instant-Aktionen und populistischer Minireformchen, die auch politische Bewegung fast überall prägen.

Saasen, 1.3.2012



1 Intro

Lassen wir drei Menschen sprechen – sicherlich sehr verschiedene Charaktere:

Hessens damaliger Innenminister Volker Bouffier (danach: Ministerpräsident) im Interview des Deutschlandradios am 20.4.2007
Freiheit ohne Sicherheit ist Anarchie

Ludwig Börne, zitiert nach Gustav Landauer: „Börne und der Anarchismus“ (Erstveröffentlichung in: Sozialistische Monatshefte, Nr. 2, 1900), in: ders.: Erkenntnis und Befreiung. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Frankfurt a. M. 1976, S. 20 (Wort „ist“ in Mitte des Absatzes ist in manchen Zitierungen enthalten, in anderen nicht)
Nicht darauf kommt es an, daß die Macht in dieser oder jener Hand sich befinde: die Macht selbst muß vermindert werden, in welcher Hand sie sich auch befinde. Aber noch kein Herrscher hat die Macht, die er besaß, und wenn er sie auch noch so edel gebrauchte, freiwillig schwächen lassen. Die Herrschaft kann nur beschränkt werden, wenn sie herrenlos (ist) – Freiheit geht nur aus Anarchie hervor. Von dieser Notwendigkeit der Revolution dürfen wir das Gesicht nicht abwenden, weil sie so traurig ist. Wir müssen als Männer der Gefahr fest ins Auge blicken und dürfen nicht zittern vor dem Messer des Wundarztes. Freiheit geht nur aus Anarchie hervor – das ist unsere Meinung, so haben wir die Lehren der Geschichte verstanden.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 29 und 59)
Alle Arten, regieren zu wollen, sind verkehrt. ... Die Regierungsform, die für den Künstler am geeignetsten ist, ist: überhaupt keine Regierung.

Diese Textsammlung ist keine Theorie der Herrschaftsfreiheit oder Anarchie. Das ist in anderen Veröffentlichungen erfolgt, vor allem den Textsammlungen und Büchern „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ und „Autonomie & Kooperation“. Auf die dortigen Abhandlungen und konkreten Utopien bezieht sich dieser Text, wenn in ihm Zielbilder herrschaftsfreier Gesellschaft als Anspruch mit der Wirklichkeit anarchistischen Treibens verglichen werden. Hier geht es nämlich nun darum, die im deutschsprachigen Raum vorhandenen Ansätze von Anarchie zu durchleuchten, sowohl hinsichtlich ihrer Theorien (soweit vorhanden) als auch ihrer Praxis, von Organisationsfragen bis zu politischen Forderungen. Alle werden hinsichtlich ihres Gehaltes und Beitrags zu

Quelle zu Börne: <http://projekte.free.de/dada/anarchie.htm>
Alle Zitate aus diesem Buch als vollständige Sätze und viele weitere Quellen finden sich auf der Internetseite www.anarchie-debatte.de.vu.



Die beiden genannten Bücher sind ebenfalls im SeitenHieb-Verlag (www.seitenhieb.info) erschienen, zudem über www.aktionsversand.de.vu zu bestellen.



Emanzipation und Herrschaftsabbau geprüft. Es ist also eine kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Wer über eine herrschaftsfreie Welt jenseits der oft enttäuschenden praktischen Versuche nachdenken will, muss zu den genannten Werken greifen.

Die folgenden Texte sind in drei große Bereiche gegliedert. Zunächst folgt eine kurze Einführung in die Grundlagen dessen, was anarchistische Praxis bedeuten müsste – und wie sie aussah, sich entwickelte und heute verfasst ist. Einerseits soll geklärt werden, was im Wort „Anarchie“ eigentlich drin steckt. Das ist bereits schwierig, denn zwar lässt sich Anarchie schnell mit einigen Worten wie „Gesellschaft ohne Gesetze“ oder – weitergehender – „Organisierung ohne Herrschaft“ übersetzen. Aber das Dilemma steckt im Detail der Begriffe, die dann verwendet werden. Was ist Gesellschaft? Was ein Gesetz? Was bedeuten Organisierung oder Herrschaft genau?



Zur Kritik der
Demokratie
siehe www.demokratie-total.de.vu

Mit solchen Schwierigkeiten steht die Anarchie nicht allein da. Es ist z.B. ganz ähnlich beim Begriff und der Idee von Demokratie. Fast überall wird das Wort mit Herrschaft des Volkes übersetzt und die meisten sind damit sogar zufrieden. Wer aber dann auf die Begriffe Herrschaft und Volk schaut, erkennt schnell, dass das keine besonders rei-

zenden Kategorien sind: Die eine ist nichts als das Wort verfestigter Machtverhältnisse, das andere beschreibt eine Menge von Menschen, die zu einer Einheit gemacht und damit ihrer Vielfalt und Selbstorganisation beraubt wurde. Ist Demokratie dann immer noch dieses Positive, auf das sich nicht nur DemokratInnen, sondern auch viele AnarchistInnen beziehen? In den Augen fast aller Menschen ja. So entsteht ein begriffliches Paradox: Minus plus Minus ergibt Plus.

Nicht viel anders steht es um die Anarchie. „Anarchie bedeutet die völlige und absolute Verneinung jeder Form von Herrschaft und gleichzeitig die Schaffung und Erhaltung einer herrschaftsfreien gesellschaftlichen Ordnung“, findet sich z.B. auf einem selbstgestrickten Faltblatt aus anarchistischen Kreisen. Doch was genau ist Herrschaft, was Gesellschaft und wie ordnet sich die? Wer solche Fragen stellt, gerät schnell ins Schlingern mit einfachen Antworten. Draußen bei den AnarchistInnen fällt das aber kaum auf. In ihrer Diskussion gibt es kaum noch gedankliche Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen oder eigenen Verhältnissen und Beziehungen. Die Theorieentwicklung ist überwiegend vor über hundert Jahren stehengeblieben. Noch heute schwelgen viele in Klassenkampftheorie oder träumen von der Zerschlagung repressiver Gewalten, während sie moderne Funktionseliten nicht orten und Diskurse selbst mit verbreiten.

Das bildet also den ersten Teil der Texte: Was geben anarchistische Theorie und das Selbstverständnis der sich heute so verstehenden Menschen her? Was bedeutet Herrschaft und was müsste in der Folge eine herrschaftsfreie Welt auszeichnen? Dazu sollen Gedanken zusammengefasst werden, die in den Büchern „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ und „Autonomie & Kooperation“ ausführlich zu lesen

sind. Dort sind neben aktuellen Betrachtungen institutioneller Macht auch Debatten und Analysen über Funktionseliten, Diskurse, Verwertungs- und Profitzwänge, Vereinnahmungen, Assimilation und andere informelle Herrschaftsformen zu finden. Wenn eine gesellschaftliche Theorie die Freiheit von aller Beherrschung will, dann muss sie den Blick auch auf deren versteckte Formen richten. Denn eine Politikform, in der von vornherein gar nicht mehr gewollt ist, als das Augenfällige zu verändern, wäre schlicht erbärmlich. Leider trifft das fast überall zu, wie zwei weitere Kapitel der Einleitung über die Geschichte anarchistischer Strömungen und die heutige Situation zeigen – immer bezogen vor allem auf den deutschsprachigen Raum.

Diese Zusammenschau folgt dann im Kernstück dieser Textsammlung: Eine Bestandsaufnahme von aktuellen Theorie- und Organisationsansätzen des Anarchismus. Diese werden dann mit den notwendigen Anforderungen an Theorien und Strategien der Herrschaftsfreiheit gegenübergestellt, um zu schauen, wo sich Lücken oder gar Widersprüche finden lassen. Gibt es Klassen und kann etwas befreiend wirken, was Menschen in einheitliche Kategorien zwingt, um sie dann zum Subjekt der Revolution zu machen? Ist Demokratie nicht eine Form der Herrschaft? Wie kann Anarchismus dann basis- oder direktdemokratisch sein wollen? Wo laufen die Debatten um diskursive Steuerungen, Entmachtung der Funktionseliten oder das Spannungsfeld von Eigentum und gesellschaftlichem Reichtum? Ist kollektive Identität nicht auch eine Form der Beherrschung? Warum aber weisen dann gerade politische Proteste sich als anarchistisch gebärdender Gruppen eine so hohe Einheitlichkeit von Fahnen, Schildern oder Labels auf?

Anarchistische Theorie und Praxis sind regelmäßig weit entfernt davon, sich der Herrschaftsfrage tatsächlich anzunähern und Konzepte für Protest und Experimente zu entwerfen. Zweifel scheinen berechtigt, ob ein Umgang mit den verschiedenen Formen der Herrschaft, z.B. ökonomische Abhängigkeiten und Zwänge, Zurichtungen und Rollen oder ungleicher Zugang zu Ressourcen gefunden werden soll. Es werden Kapitel sein, die vielen selbsternannten AnarchistInnen nicht gefallen werden – auch weil sie zeigen, dass herrschaftsfreie Organisation mehr ist als ein Wohlfühl- oder Abgrenzungsspiel.

Während also auf der einen Seite viele AnarchistInnen die Idee der Anarchie als Etikett ohne Inhalt und Praxis verwenden, brauchen andererseits die Gläubigen an die Notwendigkeit autoritärer Lenkung die Anarchie als Zerrbild, um ihre eigene permanente Gewaltanwendung zu legitimieren. Das sind weniger blutrünstige Diktatoren oder patriarchale Warlords, sondern vor allem DemokratInnen und AnhängerInnen des Rechtsstaates. Sie zimmern sich eine Anarchie zurecht, die aus wenig mehr besteht als Mord und Totschlag. Oft steht sie schlicht für alles, was schief läuft innerhalb der sonst so geordneten Welt – meist eher wegen dieser Ordnung. Das Ganze ist ein billiger Propagandatrick, ähnlich dem Gerede vom bösen schwarzen Mann, mit dessen Erfindung Hirne und Herzen weich gemacht werden für die innere Aufrüstung der Gesellschaft. So wird Angst geschürt vor Chaos und Gewalt, um die eigene Gewalt zu legitimieren. Der Abschnitt zur Hetze gegen die

Anarchie zählt Beispiele auf und stellt sie in einen Zusammenhang mit der Legitimation von Macht. Die Wirkung strahlt bis zu den AnarchistInnen selbst, die sich – gefangen im Willen, als gute Menschen zu gelten – in Folge der Hetze immer wieder zu genau dem bekennen, aus dem heraus die Idee der Herrschaftsfreiheit am meisten diskreditiert wird: Demokratie und Rechtsstaat.

Schließlich soll ein perspektivischer Ausblick das Ganze im dritten Teil abrunden: Was kann und was muss sich ändern? Und wie? Dabei geht es nicht um die Perspektiven für eine anarchistische Gesellschaft, die in den schon genannten anderen Büchern formuliert sind. Überlegungen, wie eine herrschaftsfreie Welt aussehen könnte, finden sich in den beiden Büchern. Sondern es sind Überlegungen, was Anarchie heute bedeuten und wie sie in politische Praxis umgesetzt werden könnte.

Das alles ist ein Beitrag zur Debatte. Wahrheiten gibt es nur in herrschaftsförmigen Gesellschaften, denn die Definition der Wahrheit als einheitliche Wahrnehmung der Dinge bedarf des Prozesses der Vereinheitlichung – ist also immer ein Akt der Beherrschung. Aus der Vielfalt wird dann die Einheit, aus dem beschreibenden ein identitäres „Wir“. Das ist auch bei vielen AnarchistInnen so, stellt aber bereits eine der Widersprüchlichkeiten in Bewegungen dar, die eigentlich für Herrschaftsfreiheit auftreten.

Diese Texte haben keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit. Sie müssen auf Organisationen keine Rücksicht nehmen, weil hier niemand beworben werden muss und keine kollektive Meinung dargestellt wird. Es muss auch niemand geschont oder besonders kritisch geprüft werden. Es ist eine Analyse aus der konkreten Perspektive des Jahres 2011 im deutschsprachigen Raum. Hoffentlich eine von vielen – der Anarchismus könnte mehr analytische Theorie, strategische Praxis und kritische Reflexion gebrauchen.

www.vortragsangebote.de.vu

*Die „Bedingungen“ sind frei aushandelbar!
Von Kost/Logi bis Honorar ist alles möglich!*

2 Was ist Anarchie? Begriff und Wirklichkeit zwischen Aufstand und Lebensgefühl

Was nun ist Anarchie eigentlich? Ganz einfach ist die Frage nicht zu beantworten – aber das gilt für alle anderen Modelle der Gesellschaftsgestaltung auch. Schließlich sind die hochkomplex und schwer in einem Wort zu fassen. Zumal kein Begriff eindeutig sein kann. Denn Begriffe sind Denkkonzepte, die sich Menschen im Kopf bilden, um Wahrnehmungen und Empfindungen einsortieren zu können in ein Weltbild. Ohne ständiges Zuordnen würde im Kopf Chaos herrschen. Millionen von Sinneseindrücken würden nebeneinander existieren und kaum Zusammenhänge erkennbar sein. Begriffsbildung ist eine Form der Strukturierung von Denken. Es macht möglich, alles Wahrgenommene einzuordnen und so auch in Erinnerung zu behalten, weil es in Beziehung tritt zu bereits Bekanntem. Allerdings entsteht so das Problem, dass alle neuen Eindrücke vom vorhandenen Denken geprägt werden. Daher ist Denken immer gerichtet, es gibt weder Objektivität noch Wahrheit, auch nicht zur Anarchie. Der Begriff ist zudem eines der typischen „Containerworte“, also ein Begriff, in dem mensch fast nach Belieben alles hineinkippen kann.

Definitionen

Es geht schon ganz vorne los mit den Unklarheiten. Die Einen sagen, der Begriff Anarchie leitet sich aus dem Griechischen

(anarchia = Führerlosigkeit) ab und bedeutet deshalb ursprünglich die Abwesenheit von Herrschaft durch Einzelne („Führer“). Andere übersetzen „anarchia“ mit Herrschafts- oder Gesetzlosigkeit. Das ist zwar nicht völlig unterschiedlich, aber auch nicht das Gleiche – gibt es doch viele Hierarchien, die keine Einzelperson an der Spitze aufweisen. Im heutigen Gebrauch des Wortes wird die „Führerlosigkeit“ in der Regel von der Einzelperson abstrahiert, d.h. im zweiten Sinne ausgelegt. Die klassischen Anarchisten in der Tradition von Bakunin, Kropotkin und Proudhon verstanden vor allem institutionelle oder strukturelle Gewalt als Herrschaft. Anarchie, schlussfolgerten sie, wäre eine staaten- bzw. institutionenlose Gesellschaft, bei weitergehender Herrschaftsanalyse die Form der Vergesellschaftung ohne alle Hierarchien und Privilegien.

Im Detail kam und kommt es aber zu unterschiedlichen Definitionen und Sichtweisen. Weil alle Formen organisierter Herrschaft, wie wir sie

Das ist Anarchie – von David Edelstadt
*Eine Welt in der keiner regieren soll,
 über die Arbeit und Mühe eines anderen,
 Frei wird sein jedes Herz und Gehirn,
 Das ist Anarchie*
*Eine Welt in der Freiheit jeden beglückt,
 den Schwachen den Starken
 „ihn“ und „sie“
 wo „deins“ und „meins“
 keinen unterdrücken wird
 Das ist Anarchie*

kennen, keine zeitlosen Institutionen sind, sondern im Laufe der Geschichte kamen und gingen, vermuten viele AnarchistInnen, dass es neben und noch mehr vor dem Beginn der Dominanz moderner Staaten tatsächliche Anarchie gegeben haben könnte. Auch über manche der heute lebenden Naturvölker wird behauptet, dass dort zumindest von Herrschaft Einzelner keine Rede sein kann. Ein Beispiel sind die Mbuti. Sie sollen ohne Macht von Führern leben, mithin nach einer Definitionsmöglichkeit in einer Anarchie. Die Abwesenheit von Gesetzgebern und Gesetzen kennzeichnet ihr Leben zudem als 'gesetzlos'. Aber ohne Ordnung war ihr Leben deshalb mitnichten, woraus dann ein Meinungsstreit folgt, wieweit andere Hierarchien, Privilegien und versteckte Fremdsteuerung wirksam sind. Somit bleibt offen, ob es solche ursprünglichen Formen der Anarchie außerhalb der Zeiten und Territorien der Herrschaft gegeben hat bzw. gibt. Daneben existieren Experimente bewusst gewählter Formen der Anarchie innerhalb etablierter Herrschaftsräume.

Es gab historisch mehrere Versuche, anarchistische Strukturen, zumindest in Ansätzen, auch in größeren Gesellschaften umzusetzen, beispielsweise bei der Pariser Kommune 1871, in der Ukraine zwischen 1917 und 1922 durch die Machnotschina, zeitweilig und ansatzweise in den Räterepubliken von München 1919 und Schwarzenberg 1945 sowie während des spanischen Bürgerkriegs von 1936 bis 1939 in Katalonien und dessen Hauptstadt Barcelona durch die CNT. Alle diese Umsetzungsversuche (teil)anarchistischer Gesellschaftsorganisation scheiterten nicht nur an sich selbst, sondern relativ schnell durch gewaltsame Niederschlagung oder Übernahme von außen. Relativ lange konnten sich das anarchistische Modell der Machnotschina unter den Bedingungen des Russischen Bürgerkriegs sowie der Anarchosyndikalismus in Katalonien unter den Bedingungen des Spanischen Bürgerkriegs halten. KritikerInnen betrachten diese längerfristigeren Ausnahmen als Nischenmodelle, da die Gegner des Anarchismus zunächst vorrangig andere Feinde hatten, gegen die sie die AnarchistInnen zeitweilig als Verbündete nutzten, um sie hinterher eiskalt niederzumetzeln. In Russland waren diese Feinde die konterrevolutionären „Weißen Armeen“, in Spanien die faschistischen Truppen Francos. Vielfach wird AnarchistInnen vorgeworfen, dass sie selbst „Macht“ in bevorzugten, wenn auch bis dahin eher machtlosen Gruppen (Arbeiterräte, Soldatenräte, Gewerkschaften, Partisanenbewegungen) konzentrierten und so neue, einseitige Herrschaftsstrukturen unter Ausschluss anderer Bevölkerungsschichten erzeugten. Daraus folgt die Bewertung, dass es noch nie, weder aktuell noch historisch eine Gesellschaft ohne Herrschaftsstrukturen gegeben hat und die nostalgische Nabelschau vergleblicher Versuche in der Vergangenheit die notwendige und vorantreibende, aktuelle Debatte bremst.

Da der Anarchismus keine Staatsform darstellt, er im Gegenteil staatliche Herrschaft ablehnt, fällt es schwer, konkrete Theorien und Umsetzungsstrategien zur Überwindung gängiger Staatsstrukturen zu benennen. Die meisten Gegenmodelle abseits des Anarchismus hinterfragen den Staat als solches kaum oder gar nicht. Aufgrund der grundlegenden Kritik staatlicher (Herrschafts-)Strukturen kann es aber kei-

nen „anarchistischen Staat“ geben. Das gibt Zündstoff für die Kritik am Anarchismus, wenn die Frage gestellt wird, welche Mechanismen Gewaltenteilung, die Gewährleistung der Menschenrechte, eine Infrastruktur zur Versorgung der Menschen, staatlich garantierte Bildung und anderes im Anarchismus gewährleistet werden sollten – zumal dann, wenn die Umsetzung des Anarchismus sich auf größere Gesellschaften auswirken soll.

Von der Grundidee her sollten sich anarchistische Vorstellungen z.B. von kapitalistischen, demokratischen oder marxistischen Vorstellungen dadurch unterscheiden, dass sie keine Privilegien oder privilegierten Klassen schaffen, also niemanden von der gleichberechtigten Beteiligung an der Gesellschaft ausschließen wollen. Es soll weder eine vorübergehende Übernahme der Staatsgewalt noch eine Diktatur des Proletariats geben. Jegliche Machtkonzentration einzelner Gruppen wird abgelehnt und soll durch geeignete Organisationsstrukturen wie das anarchistische Rätemodell verhindert werden. Räte sollten in allen Bevölkerungsschichten entstehen, wobei auch dieser Vorschlag einige Ausblendungen z.B. informeller Macht beinhaltet. Aus dem egalitären Anspruch folgt jedoch nicht bei allen der Verzicht auf zugespitzte Kämpfe gegen diejenigen, die real (nach Ansicht der Anarchisten illegitim) konzentrierte Macht innehaben und sich durch AnarchistInnen daher bedroht sehen.

Obgleich Ideen des Anarchismus Impulse für das Herausbilden von Demokratien und Formen des Arbeitskampfes gegeben haben, besitzt der Anarchismus in der Gegenwart kaum Unterstützung in der Bevölkerung. Stattdessen wird er oftmals fälschlich mit einem Zustand des „Chaos“ assoziiert. Vorgeworfen wird dem Anarchismus ein Teil seiner Geschichte, bei dem gewaltsame Anschläge verübt wurden. Heutzutage stehen auch den AnarchistInnen nahestehende Gruppierungen wie die sogenannten Autonomen seitens der Gesellschaft in der Kritik wegen ihres teilweise gegnerischen Verhältnisses zum bürgerlichen Recht und dem Gewaltmonopol des Staates. Diskussionen um den Anarchismus drehen sich auch häufig um die Frage, ob es eine naturgegebene (früher gottgegebene) Ordnung der Gesellschaft im Sinne einer Hierarchie gibt, die bereits im Wesen des Menschen angelegt sei. Dieser Konflikt spiegelt sich auch in der Wissenschaft, die sich darüber nicht einig ist, aber darauf verweist, dass die Mehrzahl der bisherigen Gesellschaftsmodelle hierarchisch aufgebaut waren. Gleichzeitig aber zeigt sie, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse als Zurichtungen in Menschen festsetzen, d.h. es auch keine große Überraschung ist, dass angesichts der Dominanz herrschaftsförmiger Kulturen die Mehrzahl der Menschen selbige akzeptiert und reproduziert.

Wikipedia zu Anarchie (<http://de.wikipedia.org/wiki/Anarchie>)
Wenn der Begriff in größeren Zusammenhängen verwendet wird, bezeichnet Anarchie auch eine auf sozialen und philosophischen Ideen basierende Gesellschaftsordnung. Anarchie bedeutet, dass jeder Mensch sich ohne unterdrückende Autorität und in freier Assoziation mit anderen Menschen entfalten kann. Freiwillig angenommene Autoritäten, wie etwa Mentoren, Trainer oder Berater, sind mit der Idee einer herrschaftsfreien Ordnung kompatibel. Ebenso kön-

nen Regeln in Form von Sozialen Normen existieren. Die Anarchie negiert indes jegliche Autorität, sei es mit oder ohne Gewaltenteilung: Es existieren weder eine Exekutive (ausführende), eine Judikative (richterliche) noch eine Legislative (gesetzgebende) Gewalt, somit also kein Staat. Vielmehr wollen die Anarchisten die Gesellschaft selbst regeln, etwa über Räte, freie Übereinkunft oder rein funktionale Entscheidungen.

Eine solche Organisationsstruktur ist per Definition hierarchie- und gewaltfrei und sollte nicht mit einer herkömmlichen Administration verwechselt werden. Eine anarchistische Gesellschaft im Sinne des Anarchismus ist eine Gesellschaft, in der jeder Mensch selbst beziehungsweise in Kooperation mit anderen für die eigenen Lebensumstände Verantwortung übernimmt. Es gibt keinerlei lenkende Zentralgewalt. Sanktionen gehen nicht von einer Führungsschicht aus, sondern sind nur möglich, wenn vorher vereinbarte Regeln verletzt wurde – mit den Worten von Pierre Joseph Proudhon: „Anarchie ist Ordnung ohne Herrschaft.“ ...

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird mit dem Begriff Anarchie ein durch die Abwesenheit von Staat und institutioneller Gewalt bedingter Zustand gesellschaftlicher Unordnung und Gesetzlosigkeit beschrieben. Die treffende Bezeichnung für diesen Zustand ist jedoch Anomie.

Auf Anarchopedia (<http://deu.anarchopedia.org/Anarchie>)

Das Wort Anarchie kommt aus dem Griechischen und leitet sich aus dem Präfix an, was so viel wie nicht heißt, und dem Wort für Herrscher (archos) ab. Anarchie heißt also Nichtherrschaft oder Herrscherlosigkeit, es ist der herrschaftslose Zustand, der den Prinzipien des Anarchismus entspricht. In ihr können sich die Menschen frei von Gesetzen, Grenzen und Normen bewegen und sich so frei und ohne Zwang entwickeln.

Anarchie beschreibt den Zustand, nicht das politische System, wie die -ismen (Kommunismus, Anarchismus, Kapitalismus). Wie aus dem Griechischen (siehe oben) abzuleiten, handelt es sich bei der Anarchie um einen Zustand absoluter Herrschaftslosigkeit und um nichts anderes. Die heutigen Assoziationen mit Gewalt, Chaos, etc., gehen schlichtweg am eigentlichen Begriff vorbei. Diese Empörten würden z.B. ihre geliebte Demokratie nie mit Krieg assoziieren, doch folgt er ihr so oft auf den Fuß. Viele Male wird und wurde der Begriff Anarchismus von Pseudoanarchisten missbraucht.



Zu den Wortendungen bei Personen: Das große Binnen-I zeigt an, dass beide Geschlechter gemeint sind. Eine Unterlänge davor zeigt dann, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt; die Endung -is hingegen, dass Geschlechter keine Rolle spielen (Beispiele: Studis, Anarchis). Für Anarchist_Innen gibt es zudem die geschlechtsbezogenen Endungen -as und -os oder, als optische Vereinigung, das Wort „Anarch@s“.

Von der Anarchie leiten sich weitere Begriffe ab: Der Begriff der Anarchie bezeichnet die Idee einer herrschaftsfreien und gewaltlosen Gesellschaft, in der Menschen ohne politischen Zwang (Macht) und Herrschaft gleichberechtigt und ohne Standesunterschiede miteinander leben und sich so frei entfalten können. Ein Mensch, der nach diesen Idealen lebt oder einer, der eine herrschaftsfreie Gesellschaft anstrebt, wird als AnarchistIn (siehe Kasten) bezeichnet. Die daraus resultierenden politischen Denk-

ansätze, die die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Staates und des staatlichen Gewaltmonopols bestreiten, bezeichnet man als Anarchistische Theorien.

Der Anarchismus bezeichnet die Theorie der Anarchie, also jene Weltanschauung, die davon ausgeht, dass die Herrschaft von Menschen über Menschen (Chefs, Führer, Autoritäten, staatliche Herrschaft, jede Form von Hierarchie) nicht gerechtfertigt, unnötig, repressiv und gewaltsam ist, eine Unterdrückung darstellt, und somit aufgehoben werden muss. Im Mittelpunkt stehen Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung der Individuen, die Ausübung von Zwang wird zurückgewiesen.⁰

Im Gegensatz zum umfassenden Theoriebegriff „Anarchismus“ wird „anarchistisch“ zurückhaltender benutzt und bezeichnet eher nur Teilaspekte oder einzelne Einstellungen bzw. Handlungen. Wenn etwas „anarchistisch“ ist, dann wird damit in der Regel nur ausgedrückt, dass es sich gegen Herrschaft wendet oder gezielt frei von Herrschaft gehalten werden soll. Bisweilen wird das Adjektiv „libertär“ synonym für „anarchistisch“ verwendet. Diese Terminologie ist jedoch unpräzise – libertär ist oft noch zurückhaltender als Teilwesenszug einer damit beschriebenen Sache, eines Verhältnisses oder einer Gesinnung gemeint.

Definition in Alexander Berkman, ABC des Anarchismus (1929)

Anarchismus heißt, daß Sie frei sein werden; daß niemand Sie versklaven, Sie herumkommandieren, Sie berauben oder mißbrauchen wird. Das bedeutet, daß Sie die Freiheit haben werden, das zu tun, was Sie wollen, und daß Sie nicht gezwungen werden, etwas gegen ihren Willen zu tun. Das bedeutet, daß Sie die Möglichkeit haben, ohne Einmischung anderer so zu leben, wie Sie es wünschen. Das bedeutet, daß Ihr Nachbar die gleiche Freiheit hat wie Sie, daß jeder dieselben Rechte und Freiheiten besitzen wird. Das bedeutet, daß alle Menschen Brüder sind und wie Brüder in Frieden und Harmonie leben werden. Das heißt, daß es keine Kriege geben wird und keine Gewaltanwendung einer Gruppe gegen die andere, kein Monopol, keine Armut, keine Unterdrückung und kein Ausnutzen des Mitmenschen. Kurz gesagt: Anarchismus heißt die Gesellschaftsform, in der alle Männer und Frauen frei sind und in der alle die Vorteile eines geregelten und sinnvollen Lebens genießen.

Wer den heutigen Buchmarkt zu Anarchie betrachtet, wird einen erheblichen Anteil sehr alter Werke feststellen. Deutschsprachige, anarchistische Verlage bringen immer wieder Neudrucke alter Texte heraus, die mitunter 100 und mehr Jahre auf dem Buckel haben. Offenbar war die Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft, mitunter gleichgesetzt mit der Idee klassenloser Gesellschaft (wenn sich hier auch schnell harte Ideologiekämpfe mit Marx und den von seinen Ideen inspirierten MarxistInnen ergaben), schon aus der Aufklärung heraus schnell als Idee formuliert – was selbst Immanuel Kant höchstpersönlich zeigte, als er Anarchie in seiner Übersicht, wie Freiheit und Gesetz mit Gewalt verbunden sein können, einen Königsplatz einräumte.

⁰ Dieser Abschnitt zur Definition von Anarchie entstand auf der Basis eines Textes auf www.bastardserver.cz/de/Kirchenrecht, siehe dort auch zu Anarchismus: www.bastardserver.cz/de/Anarchismus.

Aus Kant, Immanuel (1798): AA VII, „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht“ (S. 330 f.¹)

Freiheit und Gesetz ... sind die zwei Angeln, um welche sich die bürgerliche Gesetzgebung dreht. – Aber damit das letztere auch von Wirkung und nicht leere Anpreisung sei: so muß ein Mittleres hinzu kommen, nämlich Gewalt, welche, mit jenen verbunden, diesen Prinzipien Erfolg verschafft. – Nun kann man sich aber viererlei Kombinationen der letzteren mit den beiden ersteren denken:

A. Gesetz und Freiheit ohne Gewalt (Anarchie).

B. Gesetz und Gewalt ohne Freiheit (Despotismus).

C. Gewalt ohne Freiheit und Gesetz (Barbarei).

D. Gewalt mit Freiheit und Gesetz (Republik).

Die Hochphase anarchistischer Betätigung und Schreibung lag hierzu-lande dann um die vorletzte Jahrhundertwende. Von dort stammen etliche Definitionen und Beschreibungen dessen, was Anarchie ist, wäre oder sein soll.

Peter Kropotkin: Anarchismus (aus Encyclopaedia Britannica 1910)
Anarchismus (von Griechisch an und archos, Gegenteil von Herrschaft), Bezeichnung eines Prinzips oder einer Theorie des Lebens und Verhaltens, dem zufolge die Gesellschaft ohne Regierung gedacht wird. Harmonie wird in solch einer Gesellschaft nicht durch Unterwerfung unter das Gesetz oder durch Gehorsam vor irgendeiner Autorität erreicht, sondern durch freie Vereinbarungen, die zwischen verschiedenen Gruppen getroffen werden. Diese Gruppen würden nach territorialen und beruflichen Unterteilungen frei eingesetzt, zum einen um Produktion und Verbrauch zu regeln, zum anderen um die Befriedigung der unendlichen Vielfalt von Bedürfnissen und Wünschen des zivilisierten Menschen zu sichern. In einer Gesellschaft, die nach diesen Prinzipien entwickelt wurde, würden die freiwilligen Vereinigungen (...) eine noch größere Ausdehnung annehmen, um so den Staat in allen seinen Funktionen zu ersetzen. Sie würden ein eng verknüpftes Netzwerk bilden, zusammengesetzt aus einer endlosen Vielzahl von Gruppen und Vereinigungen aller Größen und Grade.

Rudolf Rocker, Anarchosyndicalism, Secker und Warburg 1938

(zitiert von Noam Chomsky²)

(Anarchismus, der ...) kein festes, in sich geschlossenes System darstellt, sondern eher einen bestimmten 'Trend in der Menschheitsgeschichte', welcher in Gegnerschaft zu der intellektuellen Bevormundung, durch kirchliche und administrative Einrichtungen nach freier und unbehinderter Entfaltung aller individuellen und gesellschaftlichen Kräfte im Dasein strebt.

Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A³

Anarchismus ist die Lehre von der Freiheit als Grundlage der menschlichen Gesellschaft. Anarchie, zu deutsch: ohne Herrschaft, ohne Obrigkeit, ohne Staat, bezeichnet somit den von den Anarchisten erstrebten Zustand der gesellschaftlichen Ordnung, nämlich die Freiheit jedes einzelnen durch die allgemeine Freiheit. In dieser Zielsetzung, in nichts anderem, besteht die Verbundenheit aller Anar-

¹ Quelle: www.ikp.uni-bonn.de/kant/aa07/330.html

² www.anarchismus.at/txt4/chomskanarchismus.htm

³ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

chisten untereinander, besteht die grundsätzliche Unterscheidung des Anarchismus von allen andern Gesellschaftslehren und Menschheitsbekenntnissen.

Wer die Freiheit der Persönlichkeit zur Forderung aller Menschengemeinschaft erhebt, und wer umgekehrt die Freiheit der Gesellschaft gleichsetzt mit der Freiheit aller in ihr zur Gemeinschaft verbundenen Menschen, hat das Recht, sich Anarchist zu nennen. Wer dagegen glaubt, die Menschen um der gesellschaftlichen Ordnung willen oder die Gesellschaft um der vermeintlichen Freiheit der Menschen willen unter von außen wirkenden Zwang stellen zu dürfen, hat keinen Anspruch, als Anarchist anerkannt zu werden. ... (S. 7)

Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfügung und Selbstentschließung der Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden. Hierbei spielt die Regierungsform nicht die geringste Rolle. Monarchie, Demokratie, Diktatur stellen als Staatsarten nur verschiedene Möglichkeiten im Verfahren der zentralistischen Menschenbeherrschung dar. Wenn die Demokratie sich darauf beruft, daß sie dem Volksganzen die Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung mit gleichem Stimmrecht für alle gewährt, so ist daran zu erinnern, daß gleiches Stimmrecht nichts mit gleichem Recht zu tun hat und daß die Aussonderung von Abgeordneten eben die Beteiligung der Aussondernden an der Verwaltung verhindert und ihre Vertretung durch einander ablösende Machthaber bedeutet. (S. 25)

Definitionen der Anarchie aus neuerer Zeit betonen stärker die Beziehungen in Gesellschaften. Anarchie steht nicht mehr nur für die Abwesenheit staatlicher Gewalt oder anderer Formen von Hierarchie, sondern beschreibt eine egalitäre Form des Miteinanders. Das passt zu modernen Herrschaftsanalysen, die der diskursiven Fremdbestimmung, ökonomischen Zwängen und Formen der Vereinnahmung einen eigenständigen und bedeutenden Platz neben den formalen Hierarchien geben. Wer Herrschaftsfreiheit will, muss Antworten finden, wie diese denn aussehen kann. Sie ist mehr als die Abwesenheit von Apparaten und Institutionen.

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 91)

Anarchismus ist die Haltung der permanenten Erzeugung, Um- und Neuschaffung der (sozialen) Welt.

Aus „Anarchie – eine Einführung“ (Faltblatt anonym)

Anarchie bedeutet die völlige und absolute Verneinung jeder Form von Herrschaft und gleichzeitig die Schaffung und Erhaltung einer herrschaftsfreien gesellschaftlichen Ordnung. Anarchie ist die Idee einer gesellschaftlichen Entwicklung, ist zugleich die Vorstellung einer Utopie, vieler möglicher Wege dorthin und das Werkzeug, dafür zu kämpfen. Aus ihrer Ablehnung jeder Herrschaft ist die Anarchie grundsätzlich antistaatlich, antikapitalistisch, antinational und diskursüberwindend.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 9)
Ich schlage vor, unter Anarchismus mindestens Dreierlei zu verstehen. Erstens ist Anarchismus eine zeitgenössische soziale Bewegung, die sich aus dichten Netzwerken vieler Einzelner, von Bezugsgruppen und Kollektiven zusammensetzt. Sie kommunizieren intensiv, teilweise weltweit und stimmen sich bei einer Vielzahl direkter Aktionen und andauernder Projekte miteinander ab. Die durch und durch dezentrale und netzwerkartige Struktur der anarchistischen Bewegung scheint manchmal verwirrend – all die Aktivitäten entfalten sich gewöhnlich ohne formelle Mitgliedschaften oder feste organisatorische Abgrenzungen.

Zweitens ist Anarchismus die Bezeichnung für eine komplexe politische Kultur, die diese Netzwerke inspiriert und mit Inhalt füllt – wobei der Begriff hier eine Gruppe gemeinsamer Orientierungen bezeichnet, die das politische Handeln und das Reden darüber sowie auch das tägliche Leben ausrichten. Kennzeichnend für diese Kultur sind:

- ein gemeinsames Repertoire politischer Aktionsformen auf der Grundlage der direkten Aktion, des Aufbaus von Alternativen »von unten«, von Kontakten und Konfrontation auf lokaler Ebene;
- gemeinsame Organisationsformen: dezentralisiert, horizontal und konsensorientiert,
- eine gemeinsame Kultur in so unterschiedlichen Bereichen wie Kunst, Musik, Kleidung und Essgewohnheiten, häufig angelehnt an westliche Subkulturen;
- eine gemeinsame politische Sprache, der es auf Widerstand gegen den Kapitalismus, den Staat, das Patriarchat und allgemein gegen Hierarchien und Dominanz ankommt.

Die anarchistische politische Sprache transportiert selber eine dritte Bedeutung von Anarchismus – Anarchismus als Sammlung von Ideen. Anarchistische Ideen sind theoretisch ausgefeilt und befinden sich zugleich im Fluss unablässiger Weiterentwicklung. Der Inhalt zentraler anarchistischer Gedanken ändert sich von einer Generation zur nächsten und ist nur vor dem Hintergrund der Bewegungen und Kulturen zu verstehen, in denen und durch die sie ausgedrückt werden.

Auffällig an allen neueren Texten zur Anarchie ist, dass sie weniger bedeutend sind als die alten Schriften und ihre ProtagonistInnen. Viele sind zudem nur Übersetzungen, d.h. der deutschsprachige Raum wirkt fast frei von aktueller anarchistischer Theoriearbeit. Gibt es keine neuen Ideen? Oder keine Menschen, für die Anarchie mehr ist als die Phase zwischen Rebellion gegen Elternhaus, Schule und erzwungene Lohnarbeit und dem Wiedereintauchen in genau diese Welt?

Fraglos: Es gibt keinen Grund, Texte nur deshalb kritischer zu sehen, weil sie älter sind. Aber Herrschaftsanalyse unterliegt einer Erweiterung der Kenntnis wie andere Wissenschaftszweige auch. Was ein Jahrhundert alt ist, passt nicht mehr zu allen sozialen Prozessen und zum soziologischen Kenntnisstand der Jetzt-Zeit. Den damaligen, oft mutigen und weitsichtigen AutorInnen ist das nicht anzukreiden. Wohl aber denen, die sich heute damit zufrieden geben. Oder sogar mit noch weniger: Nämlich nur den klangvollen Namen, mit deren Nennung sich das verhasste System ein Weilchen provozieren lässt, bis mensch selbst in ihm versinkt.

Anarchie im Alltag der AnarchistInnen

Nochmal eine andere Sache ist die gelebte Anarchie: Einerseits die Praxis derer, die in unzähligen, oft kaum sichtbaren Alltagsexperimenten, z.B. kleinen Betrieben, WGs oder Basisgruppen, ein herrschaftsfreies Miteinander zu entwickeln und zu verwirklichen versuchen. Andererseits das Reden und Tun derer, die sich auch offiziell unter dem Label der Anarchie organisieren. Hier entwickeln sich Traditionen: Abläufe wiederholen sich, Strategien werden geschmiedet und formen so das Gesamtbild der Anarchie mit.

Umgekehrt formen die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die prägenden Diskurse der Zeit, das Denken der AnarchistInnen. Anarchistische Subkulturen stehen Pate für verschiedene Richtungen kampfbetonterer oder harmonischer Entwürfe vermeintlich herrschaftsfreier Welten. Der Siegeszug esoterischer Fluchtpunkte für die sich in der Moderne auflösenden Lebenskoordinaten fand auch in Teilen anarchistischer Zusammenhänge statt – und erst recht gilt das für den Inbegriff des Guten schlechthin, der wie eine religiöse Heilslehre als Rettung der Welt verkündet, für den gebetet und gebombt wird: Die Demokratie. Eine Herrschaft des Volkes und Herrschaftsfreiheit gelten vielen nicht als unvereinbar, sondern als zusammen denkbar oder sogar als Dasselbe.

Insofern produzieren Theorie und Praxis der AnarchistInnen bereits eine Menge an Verwirrung, was eigentlich Anarchie sei. Aber das ist harmlos gegenüber dem, was dem Begriff so alles beigegeben wird von denen, die lieber nicht als AnarchistInnen gelten wollen.

Anarchie – der Begriff für alles, auch völlig Verwirrtes

Anarchie erscheint als Containerbegriff für alles Mögliche – angefangen von rosaroten Welten, in denen alle sich lieb haben, bis hin zum Inbegriff von tiefendem Blut, Chaos oder Terror. Dazwischen wird die Anarchie kurzentschlossen auch für die Demokratie vereinnahmt und soll deren Reinstform oder höchste Entwicklung darstellen. Offenbar löst der Begriff starke Gefühle wie Hoffnungen, Angst oder Sehnsüchte aus, ohne dass er auf eine eigene Geschichte der Praxis zurückblicken könnte wie beispielweise der Kommunismus (falls mensch die peinlich personenzentrierten Versuche hochaufgeblähter Staatsapparate, die ihre BürgerInnen noch mehr fürchteten als den Kapitalismus, als gelebten Kommunismus ansehen will). Unter dem Banner des Kommunismus wurden Kriege geführt, Länder erobert und Heldengeschichten geschrieben. Das nährt Emotionen – aber der Anarchismus? Die kleinen Versuche in der Ukraine oder, wegen des antifaschistischen Glanzes wenigstens etwas bekannter, in Spanien fristen auf den Nebenplätzen der Geschichte ein Randdasein. Kleinste Ansätze libertärer Republiken auf deutschem Boden hat es gegeben. Aber die Münchner Räterepublik dürfte es regelmäßig nicht einmal in den Schulunterricht

schaffen. Noch trauriger fristet die Republik Schwarzenberg ihr Dasein im Land des Vergessens. Hätte nicht Stefan Heym per Roman die Erinnerung wachgerufen, gäbe es wahrscheinlich kaum jemanden, der mit ihr etwas anfangen könnte.

Es mag dahinstehen, ob die kleinen oder ganz kleinen Versuche überhaupt schon so etwas wie Anarchie, also herrschaftsfreie Gesellschaft, hervorbringen konnten. Unklar ist, ob sie auch längerfristig hätten erhalten und entwickeln können, denn sie sind alle durch äußere Gewalt beendet worden und auch deshalb schnell in Vergessenheit geraten.

Vielleicht aber gibt es noch einen anderen Grund, warum anarchistische Experimente verschwiegen werden und gleichzeitig der Begriff so voll Elend und Abschaum gepumpt wird, nämlich die Angst vor einem Eingeständnis: Wäre Anarchie nicht die konsequente Form dessen, was all die Moralapostel der besseren Welt, von Urkirchen bis Bionade, so predigen? Um diesen Gedanken nicht zuzulassen, bedarf es eines Diskurses, dessen Ziel auch der eigene Kopf ist. Und so wütet eine unfassbare, zerstörerische Wucht in dem kleinen Wörtchen, welches damit zum Tabu aufgebaut wird – zum absoluten No-Go eines jeden aufgeklärten, zivilisierten Geistes. Schauen wir einmal in diese Abgründe der Definitionen von Anarchie, die von der alten „Welt“ bis zur „Jungen Welt“ durch den Blätterwald, durch Parteitagsreden und demokratischer Verblendung rauschen.

Chaos und Anarchie: Der moderne Teufel als Projektion der Apokalypse

Es macht – wie häufig – mehr Spaß, auf die andere Seite zu rücken und den Gegenstand des Interesses von einem Standpunkt aus zu betrachten, wo Anarchie ein Schimpfwort ist und für alles genutzt werden kann, was mensch irgendwie nicht will. Das ist die Mainstream-Position in dieser Gesellschaft, doch nicht überall wird in gleicher Intensität dem Anarchiehass gefrönt. Besondere Stillblüten setzen die VerfechterInnen rechtsstaatlicher Ordnungen mit sozialem Anspruch. Hier gilt der Staat als ordnende Hand, die das Gute durchsetzt – ob es nun eine gute UNO oder der Präsident von Venezuela ist. Die Anarchie vermuten solche FetischistInnen des von oben kommenden Guten woanders – zum Beispiel in der CSU. Als dort im Herbst 2008 drei Kandidaten zum Vorsitz strebten, war das für die etatistische Frankfurter Rundschau weder Machtkampf noch Demokratie. „In der CSU herrscht Anarchie“, titelte sie am 4.10.2008 über Gegenkandidaturen zur Vorsitzendenwahl.

Als der Hurrikan „Katrina“ über New Orleans fegte, entblößte sich die Anarchie dort als tote, nasse Stadt mit patrouillierenden Nationalgardisten.



Anarchie als Gesetzlosigkeit = Willkür

Dass Anarchie Gesetzlosigkeit darstellt, ließe sich ja sogar mit der Ursprungsbedeutung des Begriffs verbinden. In der Hetze gegen die Anarchie aber schwingt in der Vorstellung von Gesetzlosigkeit gleich die Willkür mit. Ohne Regeln geht alles durcheinander, bricht sich der Egoismus Bahn und schließlich – dass dann der nächste Gedankenschritt (siehe Folgeabsatz) – endet alles in Gewalt und Tod.

Theoretisch ließe sich diese Kette sogar noch nüchtern darstellen, doch fast immer, wenn Anarchie als Begriff gebraucht wird, finden derart absurde Assoziationen statt, dass es einem dauernden Kabarett der Stilblüten gleicht. Wenn zum Beispiel drei KandidatInnen für ein Amt in der CSU kandidieren, ist das kein demokratischer Alltag, sondern „in der CSU herrscht Anarchie“. Werden leerstehende Wohnhäuser in Ostdeutschland abgerissen, ist

Die Anarchie der Bagger

das „die Anarchie der Bagger“ (Junge Welt vom 5.12.2003). Fallen religiöse Fundamentalisten über Heiligtümer anderer Religionen her, so könne Nutzen daraus ziehen, „wer auf Anarchie versessen ist“. Sollte der Staat das Recht bekommen, Flugzeuge abschießen zu dürfen, so sei er dann eine Anarchie – resumiert die FR ebenso wie dass Anarchie herrsche, wenn in einer Sportmannschaft der Kapitän fehle. Passiert das mehrfach, mutiert das Millionengeschäft Tour de France zur „anarchischen Tour durch Frankreich“.

Anarchie in den Pyrenäen

Mehr auf den Kopf stellen lässt sich eine

Analyse wohl kaum. Denn immer sind es in den gewählten Beispielen ja gerade die zentralistisch organisierten Abläufe, die als Anarchie etikettiert werden. Oder was sollen die CSU, eine durch hoheitliche Entscheidung beauftragte Abrissfirma oder eine flugzeugabknallende Regierung sonst sein? Sie als Anarchie zu bezeichnen, soll auch gar nichts über die Art der Binnenorganisation aussagen, sondern Anarchie steht einfach für das Schlechte – das, was nicht sein darf.

Eine besondere Stilblüte brachte die FR am 15.7.2003 zur Situation in Georgien. Der hätte ein „Land in kontrollierter Anarchie“ zurückgelassen. Was ist denn das? Der Artikel erklärte es: Kriminalität, Terror und niedriges Pro-Kopf-Einkommen, das waren nicht die Folgen der autoritären Kontrolle, sondern das war das Böse im System, ihr anarchischer Anteil. Da wundert es nicht, wenn die Heinrich-Böll-Stiftung, die sogenannte „Denkfabrik der Grünen, die Aussicht auf einen Weltkrieg mit Atomwaffen als „atomare Anarchie“ bezeichnet.

taz-Überschrift zum Verhalten der Amerikaner im Irak (Interview mit J. Verges in: tageszeitung, 2.1.2004, S. 4)
Alles illegal. Das ist die komplette Anarchie.

Einleitungstext zur Lage in Haiti in der FR vom 1.2.2006 (S. 7)
Denn in dem kleinen karibischen Staat herrschen Gewalt und Anarchie.

Kleiner Tipp: Einfach mal „Anarchie“ als Suchbegriff bei Frankfurter Rundschau oder vergleichbaren Zeitungen eingeben und sich wundern/freuen, was diese Blätter so alles als Anarchie bezeichnen ...

i

Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zur Verbreitung von nuklearen Waffen am 10./11.9.2009 in Berlin
Atomwaffenfreie Welt oder atomare Anarchie

Aus „Im Chaos“, FR, 25.02.2006, S.3 (von Karl Grobe)
Es ist ein Akt schierer Verzweiflung, am Tag des Freitagsgebets eine Ausgangssperre anzuordnen, damit die Gläubigen nicht in die Moscheen kommen können. Ein schlim-

mes Vorzeichen ist, dass diese Anordnung dort missachtet wird, wo bestimmte so genannte Milizen das Machtmonopol erobert haben. ... Und dazu gehört die Folge der Herrschaftslosigkeit: Das Aufkommen der Fundamental-Terroristen. Systematischer sind selten Chaos und Anarchie erzeugt worden.

Aus „In Richtung Anarchie“, FR, 24.2.2005 (S. 3)
Die Zerstörung der Goldenen Moschee in Samarra war nicht Vandalismus. ... Wer die allseitige Zerstörung will, wer auf Anarchie veressen ist, mag Nutzen daraus ziehen. ... Die USA können gewalttätige Anarchie im Zweistromland nicht wollen.

Aus einem Kommentar zum Luftsicherheitsgesetz, FR, 18.2.2006
Der Staat indes kann sich auf Notwehr nicht berufen. Seine Organe sind in ihrem Handeln strikt an Gesetze gebunden. Das macht das Wesen des Rechtsstaats aus, darin unterscheidet er sich von Systemen der Willkür und Anarchie.

Und am Ende der Tour de France 2006 blieb die FR immer noch ihrer Meinung (FR, 22.7.2006, S. 22)
Die zum Teil chaotischen Verhältnisse bei dieser anarchischen Tour durch Frankreich sind dafür verantwortlich, dass vor dem heutigen Rennen gegen die Uhr keiner der Favoriten sorgenfrei nach Paris blicken darf.

Überschriften in der FR, 3.3.2010 (Abb. rechts von S. 38 f.) und 21.4.2010 (S. 9)

In Kirgistan wächst die Angst vor der Anarchie

Erst das Erdbeben;

In Chile nehmen Plünderung und Raub überhand

Von Wolfgang Kerstholt

dann die Anarchie

Die Regierung steht hilflos vor marodierenden

Tjark Kunstreich in konkret Nov. 2001 (S. 41):
Dabei leisten die Taliban dem Weltmarkt keinen Widerstand, im Gegenteil, sie haben die afghanische Bevölkerung seinem anarchistischen Diktat schutzlos unterworfen, indem sie den Staat zerstörten und seine Staatsbürger – vor allem: seine Staatsbürgerinnen – zu staatenlosen Flüchtlingen auf dem eigenen Territorium machten. Sie profitieren als Bande von dieser Anarchie wie andernorts die UCK.

Anarchie als Chaos, Gewalt und Tod

Meist geht die Hetze weiter, denn mit der offensichtlichen Horrorvorstellung fehlender Gesetze oder Kontrollmacht geht sofort die Angst von Terror, Gewalt und Tod einher. Daraus wird dann umgekehrt abgeleitet, wo Gewalt und Tod herrschen, sei Anarchie. Folglich wird der Begriff immer wieder benutzt, um eine entsprechende Situation mit einem Begriff zu fassen.

Aus: Freitag Nr. 15, 4.4.2002 (S. 1)

Die Gesetze der Anarchie und Rache werden das Leben bestimmen.

Frankfurter Rundschau zur Lage im Irak (7.5.2003, S. 23)

Völlige Anarchie.

Überschrift und Text in der FR am 26.1.2011 (S. 6)

Albanien droht eine neue Phase der Anarchie

In Albanien wächst die Furcht vor einer neuen Welle der gewalttätigen Anarchie, wie sie das Land seit dem Fall des Kommunismus schon dreimal erleben musste.

Aus „Viele Tote bei Kämpfen in Somalia“, FR, 23.2.2006

Der Konflikt zwischen den Warlords und den islamischen Milizen habe „enorme Konsequenzen“ für das seit 15 Jahren in Anarchie befindliche Land ...

Aus einem Interview mit Britta Petersen, Leiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Pakistan, in: FR. 3.3.2011 (S. 9)

Pakistan ist eindeutig radikaler und islamistischer geworden und hat mit dem jetzigen Mord einen weiteren Schritt Richtung vollkommene Anarchie gemacht.

Nicht nur die Anarchie, sondern auch die AnarchistInnen werden mit dem Bann des Bösen belegt – und alle politischen Strömungen, die in den gleichen Topf geworfen werden. Solches Gedankengut kommt aus den Propagandaschmieden der Regierung ebenso wie aus vielen anderen bürgerlichen Ecken.

Erzählen wir noch eine der bizarren Geschichten dieser Art. Sie spielte 2005. Der Hurrikan „Katrina“ fegte über den Süden der USA und führte zu Überflutungen und Zerstörungen. Besonders hart traf es die Stadt New Orleans, die in einer Senke unter dem Niveau der vorbeiführenden Flüsse angelegt war. Das wurde ihr nun zum Verhängnis, denn „Katrina“ zerlegte die Dämme – und die Stadt geriet unter Wasser. Die einsetzende Hilfe durch staatliche Organe wurde zum Desaster. Eine Nation mit Weltführungsanspruch bewies, dass wenn technische Kapazitäten in innere Sicherheit und Kriegsführung gesteckt werden, bei der Hilfe für Menschen nicht mehr viel geht. Die Rettungspläne versagten gnadenlos. Noch schlimmer: Der Staat zeigte sich von seiner besonders hässlichen Seite. Es kam zu Aussortierungen der Hilfebedürftigkeit nach Zugehörigkeit zu Klassen und sogenannten „Rassen“ (www.de.indymedia.org/2005/09/126875.shtml). Dass das nahegelegene und deshalb ebenso betroffene Kuba ganz anders reagierte und dort nur wenige Opfer entstanden, wurde peinlich verschwiegen. Der Verdacht kam auf, dass die Armen in New Orleans einfach im Stich gelassen wurden. Waren sie teure Evakuierungen und technische Hilfe nicht wert? Teile von Polizei und anderen Repressionsstrukturen wurden nach wenigen Tagen angewiesen, nicht Menschen zu helfen, sondern das Eigentum von Reichen, Läden und anderen zu schützen. Das war wichtiger ... auch wenn viele Waren in den überschwemmten Läden ohnehin vergammelt wären. Im Spiegel 37/2005 (S. 136) war zu sehen, wie nicht Plünderer, sondern die Polizei Haustüren einschlug – auf der (angeblichen) Suche nach Plünderern. Sogenannte Plünderer wurden bei solchen Aktivitäten ab und zu erschossen. Obwohl also offensichtlich die Obrigkeit das Problem war, stellten Medien es so dar, als seien gerade das Fehlen des Staates und eine beginnende Anarchie die Ursache. Als „Anarchie“ benannten sie die Aneignung der allmählich vergammelnden Lebensmittel durch die unterver-

sorgte Bevölkerung. Sollen Menschen lieber rechtstaatlich korrekt verhungern, nur um den Teufel „Anarchie“ zu vertreiben? Immer wieder prangerten die Medien an, dass die US-Regierung nicht genug Soldaten und Polizei schickte!

Der deutsche Bundeskanzler, Gerhard Schröder, mahnte zum Gegenkurs gegen das Böse. Bei der Abfahrt deutscher Hilfsteams sagte er – die tatsächlichen Verhältnisse umkehrend: „Für Menschen, die in Not sind,

brauchen wir einen starken Staat.“ (zitiert nach Spiegel 37/2005, S. 130)

- Infoseite zu Katrina und seltsamen Hilfsstrategien:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/internat/katrina.html
- Abb. oben: Ausschnitt aus dem Spiegel Nr. 37/2005 (S. 10)
- Keine Anarchie in New Orleans:
<http://de.indymedia.org//2005/09/126572.shtml>
- Stellungnahme von AnarchistInnen der Region:
www.de.indymedia.org/2005/09/126676.shtml



Hurrikan-Opfer vor dem Superdome: Chaos und Anarchie

Die für uns manchmal merkwürdig ausse- hat. Warum hat s

jeglicher Begründung oder geschichtlichen Herleitung. Es ist auch die Umkehrung dessen, was eher offensichtlich ist: Nämlich dass gefestigte Macht regelmäßig der Auslöser von Gewalt und Übergriffen ist. Niemand übt in den heutigen Gesellschaften so viel Gewalt aus wie die Inhaber der legitimen Gewalt, namentlich Polizei und Armee. Was immer dann, wenn die dort geschulte Verschleierung des eigenen Vorgehens mal nicht klappt, als Einzelfall stilisiert wird, ist tatsächlich der Alltag: Demütigung, Diskriminierung und rohe Gewalt. Faszinierend anzuschauen war, wie in Deutschland, das nach dem selbstverschuldeten Elend zweier Weltkriege eine kurze Pause organisierten Mordens einlegen musste, rund um die Jahrtausendwende ungläubig auf Berichte reagiert wurde, dass es in Kriegen Tote geben könnte, bei der Kriegsvorbereitung Übergriffe und Diskriminierungen an der Tagesordnung sind und im Kriegseinsatz regelmäßig von Willkür, Gewalt, Vergewaltigung, Korruption oder Massakern zu melden ist.

Anarchie ist dann auch das: Eine Verschleierungstaktik, dass es die Macht selbst ist, die das anrichtet, was zur Ablenkung und Legitimation auf das Böse projiziert und mit dem Begriff Anarchie (oder wahlweise anderen der großen Hetzbegriffe) belegt wird.

Anti-Anarchismus wie ein Stoßgebet: Lieber Staat, bewahre uns vor dem Bösen

Was sich hier abspielt, ist im wahrsten Wortsinn eine Verteufelung der Idee von Herrschaftslosigkeit. Es weist alle dafür typischen Merkmale einer religiösen Kategorie auf. Schauen wir doch zurück in die Reli-

gionsgeschichte: Die Akzeptanz von Göttern und ihren selbsternannten StellvertreterInnen (lange Phasen auch ohne „_Innen“) auf Erden entsprang weniger überzeugenden Argumenten oder großer Ideale, sondern Angst und Unwissen. Überall schienen der Tod oder zumindest großer Schrecken zu lauern: Strafen, Fegefeuer, Hölle und jüngstes Gericht wurden als freie, aber schlaue Erfindungen in die Köpfe gebracht, um dort weitere Ängste auszulösen. Gott wurde spätestens zum Popanz, als ihm – James Bond, Captain Kirk und die Hobbits lassen grüßen – ein Gegenspieler gegenübergestellt wurde. So konnte sich die Mär vom Ringen des Guten gegen das Böse, personifiziert als Gott gegen den Teufel, in den Köpfen festsetzen. Einzeltaten wurden der einen oder der anderen Sphäre zugeordnet – mitunter auch ganze Personen. Wer vom Teufel besessen war, verlor schnell seine Menschenwürde. Von Teufels-austreibungen bis zu öffentlichen Verbrennungen reichten die als Rettung vor dem Bösen inszenierten Gewaltübergriffe der Mächtigen.

Auch in der praktischen Politik und im Alltag funktioniert das Modell: Angst schüren, Rettung anbieten. InnenpolitikerInnen und auflagengeile Medien phantasieren kriminelle Bedrohungen herbei, um Überwachung, Kontrolle und immer härtere Strafen durchsetzen zu können. Vereinsvorstände, HausrechtsinhaberInnen und andere Autoritäten legitimieren ihre Macht, indem sie die Furcht streuen, ohne sie könnte das Chaos ausbrechen, alles aus dem Ruder laufen oder untergehen. So lassen sich Menschen immer wieder für die beruhigende Lösung der harten Hand oder der klaren Regeln gewinnen – ständig auch gegen ihre eigenen Interessen.

Anarchie steht dabei nicht konkurrenzlos als Inbegriff des Bösen, das Angst auslöst und autoritäre Politiken legitimiert. Überfremdung, Bevölkerungsexplosion, Islamismus – sie alle erfüllen diese Funktion in der hassgeladenen und deshalb gut beherrschbaren heutigen Gesellschaft.

Mit der Verteufelung der Anarchie wird der Idee und Konzeption von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein religiöses Merkmal hinzugefügt. Denn keine Religion kommt ohne die angstschürenden Gegenbilder aus. Im Buch „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“ findet sich ein analytischer Vergleich zwischen Religion und Demokratieglaube. Der muss hier daher nicht wiederholt werden. Das Recht wurde historisch immer als Ausdruck einer göttlichen oder sonstig höheren Vorgabe interpretiert. Es ist daher gar keine Überraschung, dass Demokratie und Rechtsstaat mit dem Bild von Gewalt und Tod in Form der Anarchie eine Gegenprojektion beigegeben wurde. So können sich die InhaberInnen moderner Führungspositionen als RetterInnen inszenieren und für ihre Übergriffe sogar noch Dankbarkeit erwarten.

Damit aber sind Beispiele nur für plakative Formen der Hetze benannt. Sie zeigen sich als bemerkenswert flach und inspiriert vom Willen, das Ungeordnete und Freie als Zustand höchster Willkür und Gewalt darzustellen. Die Verteufelung der Alternative zu Herrschaft und Kontrolle ist eine simple Propagandastrategie, leider wirksam. Geschichtlich hat das



Schüren von Angst z.B. vor anderen Ländern oder Bevölkerungsgruppen innerhalb der eigenen Gesellschaft immer wieder Legitimation für umfangreiche Übergriffe bis hin zu Genoziden und Kriegen geschaffen. Es ist also eines der wirksamsten Propagandamittel.

Doch diese Beeinflussung geschieht nicht nur über Hetze und Angst, sondern auch in der Theorieentwicklung.

Es ist Schul- und Universitätswissen, dass Recht und Gesetz den Menschen vor sich selbst schützen – und Anarchie Mord und Totschlag bedeutet. Begründet wird das nie, vielmehr dient das Axiom, dass Herrschaftslosigkeit in die Barbarei führt, als Begründungsaxiom für Recht und Ordnung, formalisierte Herrschaft oder den Staat als Ganzem.

Wer gegen die herrschende Ordnung ist, ist Anarchist (und will Terror ...)

Es ist nicht einfach, gleichzeitig die Schreckensbilder der Anti-Anarchie-Propaganda abzuwehren, ohne als Gegenreaktion in eine dogmatische Gewaltfreiheit zu verfallen. Das ist zwar aus vermeintlichem Selbstschutz verständlich, würde aber nun selbst eine festgelegte Regel bedeuten und Menschen auf bestimmte Verhaltensweisen normieren. Zudem verwechselt oder vereinheitlicht es die Konzepte von Utopie und Widerstand, die ja für unterschiedliche Situationen, Bedingungen, Phasen und Zeiten gelten. Platte Parolen für oder gegen Gewalt geben daher regelmäßig den HetzerInnen gegen eine herrschaftslose Gesellschaft einfache Munition. Das Dilemma ist auf www.anarchismus.at⁴ an einem Beispiel gut umrissen: „Obwohl die RAF sich selbst vom Anarchismus distanzierte und sich als marxistisch-leninistisch bezeichnete, was der Polizei selbstverständlich bekannt war, wurden sie automatisch als „anarchistische Gewaltverbrecher“ bezeichnet. Der Grund liegt auf der Hand: erstens kann mensch mit dem Begriff Anarchismus eine unliebsame Gruppe in der Öffentlichkeit nachhaltig diffamieren, zumal der Kommunismus durch die Entspannungspolitik damals gerade kurzfristig salonfähig geworden ist. Und zweitens sieht mensch, dass auch in Deutschland der Anarchismus wieder an Wichtigkeit gewinnt. So kann mensch schnell und sicher die Bevölkerung gegen ihn aufhetzen.“

⁴ www.anarchismus.at/txf2/anarchie2.htm

Anarchie-Hetze in Theorieform: Herrschaft oder Barbarei

Ein immer wiederkehrendes Muster ist die Behauptung, ohne eine starke Monopolmacht würden die Menschen sich untereinander unterdrücken oder gar totschiessen. Das ist doppelt fragwürdig. Denn erstens findet sich kein belastbares Argument, warum das passieren soll – und die bisherigen Beispiele des Wegfalls autoritärer Strukturen (Beispiel auch auf deutschem Boden: Republik Schwarzenberg) mögen aus vielerlei Perspektive unbefriedigend verlaufen sein. Mord und Totschlag waren sie allerdings nicht.

Zum Zweiten machen sich die Böcke zu Gärtnern. Denn es gab in der Geschichte zwar immer auch eine Vielzahl von Gewalttätigkeiten zwischen Menschen, die aber bereits zu einem großen Teil auf in den Kleinstrukturen basierenden Herrschaftssystemen beruhten (Patriarchat, Familienclans, Stammesstrukturen, Eigentum usw.). Auffälliger aber war und ist die ständige und quantitativ ins Unendliche ausufernde Gewaltneigung der InhaberInnen von Gewaltmonopolen: Kaiser- und Königreiche, Kirchen, Fürstentümer, Nationalstaaten und Armeen in früherer, die Staaten und ihre Armeen, Polizei und Justiz in neuerer Zeit. Dass dieser prägenden Gewalt ausgerechnet durch die Monopolisierung aller Gewaltausübung bei den Hauptgewaltverursachern entgegengewirkt werden soll, ist vollständig im Bereich des Absurden angesiedelt. Aber Alltag in den Staats- und Gesellschaftstheorien der AnhängerInnen von Rechtsstaat und Demokratie.

Aus Informationen zur politischen Bildung Nr. 216 (Neudruck 2000), „Recht“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (S. 17 f.)
Es ist eine wesentliche Aufgabe des Rechts, das friedliche Zusammenleben der Bürger in der Gesellschaft zu gewährleisten. Voraussetzung dafür ist das „staatliche Gewaltmonopol“. Darunter verstehen wir, daß die rechtmäßige Ausübung hoheitlicher Macht in den Händen der Staatsgewalt liegt, die allein die Befugnis hat, unter bestimmten, rechtlich geordneten Bedingungen physischen Zwang anzuwenden oder anzudrohen. Das staatliche Gewaltmonopol ist für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Gesellschaft notwendig. Wenn nämlich einzelne Personen oder gesellschaftliche Gruppen die Befugnis zur Gewaltanwendung für sich in Anspruch nehmen könnten, dann müßte dies zwangsläufig zu einer Gesellschaft des Faustrechts führen, in der allein das Recht des Stärkeren zur Geltung käme.

Aus Grimm, Dieter (1985): Einführung in das Recht, UTB C.F. Müller Verlag in Heidelberg (S. 140), zitiert in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 216 (Neudruck 2000), „Recht“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (S. 18)

Das Gewaltmonopol ist nur eine notwendige, aber selbstverständlich keine hinreichende Bedingung für Freiheit und Gleichheit. Es ist aber insofern eine notwendige Bedingung, als nur in einer äußerlich befriedeten Welt Argumente überhaupt Bedeutung gewinnen können.

Aus Eppler, Erhard (2005): „Auslaufmodell Staat?“, Suhrkamp Verlag in Frankfurt (S. 160)

Die radikal unzivile, barbarische Gesellschaft entsteht, wo es keinen Staat mehr gibt.

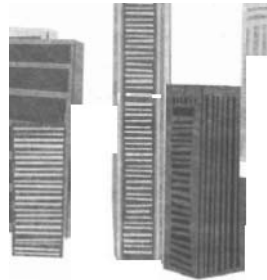
Aus Dahn, Daniela (2005), „Demokratischer Abbruch“, Rowohlt Verlag in Reinbek, abgedruckt in: *Humanwirtschaft* 1/06 (S. 19)
Wenn die Demokratie uns zerrinnt, haben wir buchstäblich nichts mehr. Aus Trümmern wächst Gewalt.

Aus Michael Pawlik (2002): „Der rechtfertigende Notstand“ (S. 231)
Rechtsstaat ... mit seiner Aufgabe, Anarchie – „Bürgerkrieg“ – zu verhüten ...

Definition von „Anarchie“ von der Kinder-Demokratieseite der Bundeszentrale für politische Bildung (www.hanisauland.de)⁵
Diejenigen, die eine Anarchie wollen (man nennt sie Anarchisten), treten für die totale Freiheit des Menschen ein. Es soll keine Regeln geben, keiner soll über den anderen herrschen und man soll nicht nach Gesetzen leben, die von anderen Menschen oder einer Regierung gemacht werden. Man kann sich aber vorstellen, dass in einer solchen Gesellschaft nur der Stärkste gewinnt und das Chaos herrscht.

Ungeordnetheit wird also mit Chaos und Gewalt gleichgesetzt. Darum braucht es, so die selbstgestrickte Legende, den Staat.

Abb. rechts: Scan⁶ aus dem Heft Nr. 70 des UFU (Umweltinstitut für Umweltfragen). Es geht um Metropolen. Diese hätten viel des Schlechten (Anarchie) und wenig Gutes (Ökologie).



VIEL ANARCHIE
KAUM ÖKOLOGIE

Aus Eppler, Erhard (2005): „Auslaufmodell Staat?“, Suhrkamp Verlag in Frankfurt

Wo der Staat sein Gewaltmonopol verloren hat, wo Warlords, meuternde Söldner oder einfach kriminelle Banden Gewalt ausüben – und das geschieht heute in Afrika oder Zentralasien häufig –, hat der Staat aufgehört zu existieren. Es gibt ihn nicht mehr, damit auch kein Recht und keinen Schutz der Kinder, Frauen oder Greise vor den Kalaschnikows einer verwilderten Soldateska. ... (S. 75)

Hören wir nicht immer wieder aus den USA, daß „failed states“ allzuleicht zu Brutstätten des Terrors werden? Das leuchtet schon deshalb ein, weil man in einem Landstrich, der keine Gesetze kennt, auch keine übertreten kann. Wo niemand ein staatliches Gewaltmonopol in Anspruch nimmt, können Terroristen ungestört ihre Kämpfer militärisch ausbilden. (S. 136)

Es ist fast unglaublich – aber selbst im Führungsgremium einer der wenigen Räterepubliken, die es auf deutschem Boden gegeben hat, soll der Anarchiehass fest verankert gewesen sein. So jedenfalls berichtet es der im sogenannten „Aktionsausschuss“ der Republik Schwarzenberg beteiligte Ernst Kadletz⁷ im Zusammenhang mit der Frage ehemaliger ZwangsarbeiterInnen: „Uns im Ausschuss war klar, daß wir trotzdem mit ihnen verhandeln und sie für uns gewinnen mußten; versäumten wir das, so würde es zu totaler Anarchie kommen und zu bürgerkriegs-ähnlichen Zuständen“.

⁵ www.hanisauland.de/lexikon/a/anarchie.html

⁶ www.projektwerkstatt.de/anarchie/scans/ufu11_2s42anarchie.pdf

⁷ Veröffentlicht im Roman „Schwarzenberg“ von Stefan Heym (S. 75)

Überraschende Nebenthese: Ist Diktatur auch nur eine Form der Anarchie?

Ebenfalls im Gewand einer Gesellschaftstheorie kommt eine weitere, völlig gegenteilige These zur Anarchie daher. Sie besagt, dass demokratische Kontrolle (z.B. die sogenannte Gewaltenteilung) verhindert kann, dass Herrschaft in Anarchie umschlägt. Damit wird suggeriert, dass Anarchie unkontrollierte Macht ist – also strukturell des Gleichen wie eine Diktatur. Eine Gesellschaftsformation mit allmächtigem Führer ist also das Gleiche wie eine Gesellschaftsform, die sich explizit als „ohne Führer“ (Übersetzung aus dem Griechischen) bezeichnet. Der Absurditätsgrad solcher Analysen ist schwer zu übertreffen – aber er findet sich in offiziellen Verlautbarungen von Regierungseinrichtungen, z.B. der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung.

Aus Besson, W./Jasper, G. (1966), „Das Leitbild der modernen Demokratie“, Paul List Verlag München (herausgegeben von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, S. 55)

Durch die Institutionalisierung der Opposition sicherte man so die Freiheit, indem man der verführbaren Natur des Menschen, speziell des Mächtigen, eine Zuchtrute beigab, mit deren Hilfe verhindert werden sollte, daß die Freiheit in Anarchie oder Despotismus umschlüge.

Pseudowissenschaft: Anarchie ist nicht möglich!

Es fällt bereits auf, dass anarchistische Ideen sehr selten überhaupt Gegenstand wissenschaftlicher Tätigkeit sind. Ein Grund könnte sein, dass sich die anarchistische Praxis als eher theoriefeindlich präsentiert und wenig Anregung für Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen schafft. Das aber dürfte für passende Bereiche der Gesellschaftswissenschaften eigentlich kein Grund sein, die Option von Herrschaftslosigkeit gar nicht oder nur sehr selten in Forschungen einfließen zu lassen. Dabei müssten Ideen oder Thesen, die jeder Form von Herrschaft eine Absage erteilen, vom Thema her attraktiv wirken, würden sich ExperimentiererInnen oder – beim Blick zurück – HistorikerInnen doch in einem sehr offenen und mit Unvorhersagbarkeiten gespickten Feld bewegen. Doch was in der – ehemals stark auf feste Koordinaten des Stofflichen erpichten – Physik inzwischen den Reiz ausmacht, nämlich in das nicht mehr Greif- oder Begreifbare vorzudringen, hat in den Sozialwissenschaften an Bedeutung verloren. Hier sei noch einmal auf die – vom Umfang, Zeit und Abläufen her nicht so bedeutende – Republik Schwarzenberg hingewiesen. Dieses Experiment hat so gut wie keine Erforschung erfahren, obwohl es eine einmalige Situation auf deutschem Boden dargestellt haben dürfte – jedenfalls die einzig dokumentierte. Stefan Heym lässt in seinem Roman „Schwarzenberg“ einen amerikanischen Leutnant zum Sprachrohr der Idee des Experimentes werden, das dann aber schnell in die sowjetische Besatzungszone eingegliedert wurde.

Dominant ist eine Wissenschaft, die den Menschen für unfähig erklärt, ohne Führung und Maßregelung frei leben zu können. Ableitungen aus der Tierwelt sind dabei ebenso typisch wie Anleihen aus der Geschichte, die aber erstens eine Geschichtsschreibung der Herrschenden und damit immer nur aus hierarchischen Gesellschaften ist. Zweitens sind historische Bedingungen nie gleich den heutigen und zukünftigen, so dass ein Übertrag aus früheren Epochen auf die Zukunft ebenso unwissenschaftlich ist wie der Übertrag von Beobachtungen aus der Tierwelt auf die menschliche Gesellschaft.

Aus Heinrichs, Johannes (2003), „Revolution der Demokratie“, Maas Verlag in Berlin (S. 18)

Wohl könnten wir uns in leere Sozialromantik flüchten und jede „Regierung“ – von „Herrschaft“ zu schweigen – als überflüssig erklären, angesichts einer „Selbstorganisation“ oder „Autopoiesis“ der vergesellschafteten Menschen: Ihr Zusammensein organisiert sich – so meinen Sozialromantiker – angeblich von allein, wachsend aus der puren, mehr oder weniger verstandesfreien Spontanität der Beteiligten gänzlich von unten her – anarchisch, das bedeutet ohne Regierung und ohne Repräsentanten der Gemeinschaft. Dergleichen Verhältnisse hat es in größeren Gemeinschaften wohl nie in der Geschichte gegeben. Aus dem Tierreich ist das auch nicht bekannt, gleich ob es sich um Rudel oder „Staaten“ handelt: Überall finden wir Rang, Hierarchie, Ordnung als Evolutionsprodukt der Selbstorganisation.

Die Freiheitsfähigkeit des Menschen erfordert Ordnungsstrukturen. Eine selbst in Freiheit erdachte und mit der Freiheit des Einzelnen kompatible Ordnung. Sobald eine Gemeinschaft von Menschenwesen eine Schwelle von Größe erlangt hat, tritt sie als eine eigene Entität, als ein eigenes Wesen, ja „Lebewesen“, den einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft gegenüber. Das ist unvermeidlich und macht die Würde und Ranghöhe eines Gemeinwesens aus.

Anarchiehetze war immer: Blicke in die Geschichte

Seit die Idee von Herrschaftslosigkeit existiert, wird auch gegen sie getetzt – immer zur Legitimation der Herrschaft und im Interesse der Obrigkeit. Angst vor Chaos und Untergang ersetzt theoretische Fundierung zentraler Steuerung.⁸

Anarchiehetze im antiken Athen durch Aristoteles, Platon & Co.

Eine negative politische Dimension im Sinne von 'Verlust der gesetzlichen Ordnung' und 'politischem Chaos' erlangte der Begriff Anarchie bereits in der konservativen aristokratischen Parteisprache Athens des 4. Jhs. v.u.Z. Aristoteles (384-355 v.u.Z.), der den Begriff ebenso wie

⁸ Textgrundlage der folgenden Ausführungen:
<http://projekte.free.de/dada/anarchie.htm>

Platon im Zusammenhang mit seiner Kritik an der Demokratie verwendete, definierte die Anarchie als einen „Zustand der Sklaven ohne Herren“, der die Gefahr des Untergangs in Gesetzlosigkeit und Zügellosigkeit beinhaltet. Platon (427-347 v.u.Z.) prägte die Formel von der Aufeinanderfolge von Aristokratie, Oligarchie, Demokratie, Anarchie und Tyrannei, die im 19. Jh. von Alexis-Charles-Henry-Maurice Clérel de Tocqueville (1805-1859) u.a. mit geringer Veränderung wieder aufgegriffen wurde.

Für weitergehende Hinweise auf die Geschichte der Demokratie siehe das Buch



„Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“ und www.demokratie-total.de.vu.

Hetze im Mittelalter: Anarchie als Entartung der Demokratie?

Ähnlich wie vor ihm Aristoteles und Platon definierte z.B. Niccolo Machiavelli (1469-1527), der Theoretiker des modernen weltlichen Machtstaates, den Begriff Anarchie als eine Entartungserscheinung der Demokratie. Für Machiavelli gibt es drei gute Herrschaftsformen: Monarchie, Aristokratie und Demokratie, welche davon bedroht sind, in Tyrannei, Oligarchie und Anarchie zu degenerieren.

Der Humanist Erasmus von Rotterdam (1466-1536) betrachtete die Anarchie als eine ebenso negative, wenn nicht sogar als eine verwerflichere Tendenz als die Tyrannei, die beide nur durch ein politisches Gleichgewicht aller Machtfaktoren im Staate überwunden werden könnten. Diese Bewertung der Anarchie als einer Degenerationserscheinung des Staates, der sogar die Tyrannei vorzuziehen sei, vertrat auch der französisch-schweizerische Reformator Jean (Johann) Calvin (1509-1564). Der englische Philosoph Thomas Hobbes (1588-1679) griff in seiner staatsrechtlichen Schrift „Leviathan“ den von Machiavelli geprägten Topos „Demokratie produziert Anarchie“ erneut auf und kennzeichnete sie als eine Verfallsform politischer Herrschaft. In Deutschland war Friedrich Schiller 1789 in seinen Jenaer Vorlesungen über „Die Gesetzgebung des Lykurg und Solon“ zu einer ähnlichen, wengleich nicht gänzlich antidemokratischen Schlussfolgerung gelangt. Denn unter Verweis auf die Verfassung Solons vertrat Schiller die Auffassung, dass sich die Gefahr der Demokratie, in Anarchie auszuarnten, durch „starke Zügel der Demokratischen Gewalt“ vermeiden ließe.

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 7 f.)

Dies ist eine Auswahl aus einer fast beliebigen Anzahl von Beispielen. Bereits hier begegnet einem eine Eigentümlichkeit, die der Auseinandersetzung um den Anarchismus in besonderem Maße zu eigen ist, die Tatsache nämlich, daß sich bestimmte Diskussionslinien über mehr als hundert Jahre nahezu unverändert erhalten: Schon Hector Zoccoli, der 1906 die erste wissenschaftlich anspruchsvolle Geschichte der anarchistischen Theorie veröffentlicht hat, vertritt die Auffassung, „daß man um so mehr die Bedeutung der Erscheinung des Anarchismus durchdringen kann, je mehr man von dieser Gat-

tion von Publikationen absieht“. In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Interesse, daß Zoccoli nach eigenem Bekunden sein sechshundertseitiges Werk abgefaßt hat, „um die praktischen Konsequenzen der anarchistischen Theorie zu überwinden“, die seiner Ansicht nach „die allerbedeutendste ethische Verirrung darstellt, die jemals die Welt erschüttert hat“. Eine Auswahl der neueren Beispiele in aller Kürze:

- Der Bund katholischer Unternehmer widmet seine Frühjahrstagung 1971 dem Anarchismus, und den Hauptvortrag beginnt Rechtsanwalt Friedrich Graf von Westphalen mit der Aussage, daß die ihm zugemessene Zeit nicht ausreichen würde, „ein Bild der Zeitirrtümer, Modetrends und mannigfaltigen Auflösungserscheinungen unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung zu malen, aus dessen näherer Beschreibung sich dann die Gefahren des Anarchismus herauschälen würden, die das Morgenrot des Chaos ankündigen.“ Graf von Westphalen identifiziert eine „breiige, revolutionär gestimmte Masse“, deren „intellektuelle Statur und moralische Redlichkeit in aller Regel nicht sonderlich imponierend“ sei, und in die er unter anderem die Namen Marcuse, Adorno, Habermas, Dutschke und Cohn-Bendit einordnet.

- 1975 gibt das Bundesministerium des Innern eine „Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland“ heraus, in der „Zellenzirkulare der Häftlinge Baader, Meinhof und Ensslin“ sowie „Schriftstücke aus konspirativen Wohnungen der RAF“ abgedruckt werden. Inwieweit die Zuordnung der RAF und zu welcher Variante des Anarchismus gerechtfertigt ist, darüber werden keine weiteren Überlegungen angestellt.

- 1983 verleiht die Philosophische Fakultät der Universität Würzburg mit dem Erst-Gutachter Prof. Dr. Lothar Bossle einen Dokortitel für eine Dissertation zum Thema „Zeitgenössische deutsche Literatur als Ursache oder Umfeld von Anarchismus und Gewalt“. Das fünfzehnteilige Literaturverzeichnis der Arbeit nennt keinen einzigen anarchistischen Titel; als Wegbereiter des Anarchismus, der als „direkte Vorstufe zum Terrorismus“ deklariert wird, werden Böll, Enzensberger, Wallraff und Gollwitzer behandelt, deren verzerrte Darstellung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit den Boden für Gewalt bereiten würden.

„In jeder Tasche eine Bombe, angefüllt mit Dynamit, den Mordstahl in der einen, die Brandfackel in der anderen Hand – so stellt sich ein Gegner des Anarchismus in der Regel einen Anarchisten vor. Er erblickt in ihm einen Menschen, der, halb Narr, halb Verbrecher, nichts weiter im Sinn hat als die Ermordung eines jeden, der nicht seiner Meinung ist, und dessen Ziel der allgemeine Wirrwarr, das Chaos ist.“ Diese Worte von Johann Most – der in seinen eigenen Veröffentlichungen sinnigerweise alles nur Erdenkliche getan hat, um dieses (Vor-)Urteil zu bestärken – gelten, wie zu sehen war, hundert Jahre später fast unverändert.

Anarchiekritik von Links

Es ist ein weitverbreitetes Märchen, dass „links“ per se mit emanzipatorischen Zielen verbunden ist. Die beiden Ideen schließen sich zwar nicht aus, aber eben auch nicht ein. Linke Politiken kämpfen, wenn sie nicht angepasst ganz auf mehr als Detailveränderung verzichten, meist für einen anderen Mechanismus, die MachtinhaberInnen zu bestimm-

men – aber nicht um Befreiung und Selbstentfaltung. Die meisten „linken“ politischen Bewegungen, Parteien oder Regierungen sind geradezu fanatische AnhängerInnen von Kontrolle, Machtausübung, Polizei, Justiz und sogar Knästen – wenn nur die Richtigen da hineinkommen. So kommen auch sie nicht ohne das Feindbild „Anarchie“ aus. Anarchistische Ideen sind bei den meisten Linken verpönt – bei marxistischen AnhängerInnen sozialistischer Staatsstärke (siehe späteres Kapitel) ebenso wie im linken Fanblock der Demokratie⁹, der von Grünen über Attac und Linkspartei bis zu kirchlichen Gruppen oder großen Teilen der Friedensbewegung reicht.

Anarchie: Abgrenzungsbedarf und -begriff sogar in politischer Opposition

Die Nummer mit der Angstschürerei über den Inbegriff des Teuflischen läuft nicht nur in bürgerlichen Eliten, die ihre Macht durch Legitimation stärken wollen. Auch große Teile bürgerlicher und linker Opposition bedienen sich des Klischees, um sich als brave DemokratInnen zu inszenieren oder ihre autoritären Vorschläge zu legitimieren. Sie wollen für Ordnung und Seriösität stehen. Anarchie steht bei ihnen einerseits für Chaos und Gewalt, von dem sie sich als die gefühlten Guten abzugrenzen versuchen. Andererseits wird der Begriff wie ein Schimpfwort für all das verwendet, was die politischen Gruppen ablehnen – auch wenn es noch so offensichtlich durch institutionalisierte Gewalt und nicht durch deren Fehlen hervorgerufen wird. Von Globalisierung, Finanzkapital und „Offshore-Anarchie“ über Islamisten und parteiinternem Gezänk bis zur Abholzung des Regenwaldes: Alles Anarchie!

Mehr zur Geschichte des Anarchiebegriffs in: Hajo Schmück, „Anarchie“ – Zur Geschichte eines Reiz- und Schlagwortes (<http://projekte.free.de/dada/anarchie.htm>)



Überschrift der Jungen Welt über die terroristische Separatistengruppen Abu-Sayyaf-Gruppe auf den Südphilippinen (1.12.2001): *Regulierte Anarchie*

Heiner Geißler, Ex-CDU-Generalsekretär, nach seinem Beitritt zu Attac im Interview mit dem Handelsblatt, 23. Mai 2007
... wir erleben eine weltweite *Anarchie im Wirtschaftssystem*

Abb. rechts: Flugblatt von Misereor und Urgewald. Als Anarchie wird der Raubbau am Regenwald bezeichnet.

Aus der Überschrift eines Kommentars von Ingo Schmidt, in: Sozialistische Zeitung April 2011 (S. 19)
Anarchie der Märkte



⁹ www.projektwerkstatt.de/demokratie/fanblock.html und im Buch „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“

Christoph Palme, Gentechnikkritiker (GegenKlage) am 12.11.2011 über Feldbefreiungen (<http://tinyurl.com/CPalmeWtal2011>)
Ich finde es richtig, dass Gerichte hier verurteilt haben ... Wenn wir so was zulassen, haben wir irgendwann Anarchie.

Aus: Stephan Zunes, „Von der Weltgemeinschaft zur Anarchie“ in: der überblick 4/2003 (S. 94)
Diese himmelschreiende Politisierung des UN-Sicherheitsrats durch die USA zugunsten Israels ... hat die Legitimität der Vereinten Nationen, des internationalen Rechtssystems und die grundlegenden Prinzipien des Multilateralismus ernsthaft untergraben. ... Daraus könnte eine Welt der Anarchie entstehen, die weder für Israel, noch für die Vereinigten Staaten oder sonst irgend jemanden gut sein kann.

Aus Ann Pettifor, „Schulden“ in: Christine Buchholz u.a., 2002, „Handbuch für Globalisierungskritiker“, KiWi in Köln (S. 129)
... Anarchie des internationalen Finanzsystems ... anarchischen globalen Finanzwelt ...

Aus Christine Buchholz, „Eine gerechte Welt ist möglich – jenseits des Kapitalismus“ in: Christine Buchholz u.a., 2002, „Handbuch für Globalisierungskritiker“, KiWi in Köln (S. 290)
In Wirklichkeit ist die Marktwirtschaft höchst anarchisch.

Im Papier „Stabilität im globalen Finanzmarkt – Stoppt die Steuerfluchtplätze von Liechtenstein bis Cayman Island“ (Autoren: Harald Schumann/Spiegel, Oliver Moldenhauer/Attac) findet sich mehrfach der Begriff „Offshore-Anarchie“ für Nationen mit niedrigen Steuersätzen für Reiche. Sie fordern ein Eingreifen der Führungsländer:
All diese Entwicklungen wären nicht möglich, wenn die großen Industriestaaten die Offshore-Anarchie nicht seit Jahrzehnten stillschweigend geduldet hätten und noch immer dulden würden.

Allein mit der Anarchie

Somalias Hauptstadt Mogadischu bleibt gespalten: Frieden scheint nach dem Anschlag

Abb. rechts: Junge Welt, 9.5. 2005 (S. 3)

Aus Frei, Bruno (1971): Die Anarchistische Utopie. Marxistische Taschenbücher in Frankfurt (S. 143)
Freiheit und Ordnung, nur solange sie eins sind – geordnete Freiheit – ist Gesellschaft möglich. Anarchie ist nicht Freiheit, vielmehr das Gegenteil, nämlich Chaos.

Dieter Dehm, Linkspartei-Bundestagsabgeordneter, über Joschka Fischer, in: Junge Welt, 7.12.2005 (S. 8)
Anarcho des ungehemmten Markts

Aussage zum Irakkrieg und den dort von den USA bekämpften Islamisten aus der Zeitung gegen den Krieg Nr. 21 (Sept. 2005), hrsg. von Winfried Wolf u.a., Beilage in: Junge Welt
Krieg gegen islamistische Anarchisten

Abb. rechts: Untertitel auf Seite 1, in: Freitag, 12.5.2010

Deutschland Wer Demokratie will, muss die Märkte bändigen. Denn die brutale Anarchie des Kapitalismus zerstört das politische System

■ **Lutz Herden**
 Redakteur des Freitag

Auch das gibt es: Anarchiekritik pauschalisierend, aber mit Niveau

Die folgende Kritik zeigt eine Vielzahl notwendiger Kritikpunkte an den Argumenten der real existierenden, sog. AnarchistInnen auf. Die Ableitung, dass Anarchismus prinzipiell diese Schwachpunkte aufweist, erfolgt allerdings nicht durch Belege, sondern über Verallgemeinerungen. Das dient vor allem der Zurschaustellung des eigenen, marxistischen Standpunktes als „richtige“ Welterklärung. Diese Schwäche ändert jedoch nichts daran, dass die Kritik wichtige Defizite aktueller Anarchietheorien benennt.

Aus einem Flugblatt der Jungen Linken

Dafür, daß es AnarchistInnen um Herrschaftslosigkeit geht, ist ihre Theorie, was Herrschaft ist, oft erstaunlich schlicht. Herrschaft wird zumeist als reiner Zwangszusammenhang mißverstanden, d.h. die mittels eines Gewaltapparats aufrechterhaltene Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. Die Beherrschten kommen bei dieser Betrachtung ziemlich gut weg: Wie sie die Herrschaft reproduzieren durch ihr Verhalten, wie sie sich in den Verhältnissen einrichten, welchen – wirklichen oder vermeintlichen, relativen oder absoluten – Vorteil sie davon haben könnten, taucht in der üblichen Betrachtung erst gar nicht auf. Das unverrückbar gute Urteil über „das Volk“, die „Massen“, „die Arbeiterklasse“, „die kleinen Leute“, die „Normalbürger“ wird besonders dann komisch, wenn der Faschismus erklärt werden soll – der scheint ganz ohne Bevölkerung zustande gekommen zu sein, die ja auch „nur“ mitgemacht hat. Die Untertanen tauchen ausschließlich als Opfer staatlicher Gewalt auf. Der kumpelhafte Schulterchluß mit den kleinen Leuten hat eine lange schlechte Tradition in der Linken. Die unbedingte Parteinarbeit für die Opfer, die zu besseren Menschen stilisiert werden (und wehe sie entpuppen sich nicht als die edlen Unterdrückten!), wird anders fortgesetzt, spätestens seit die rassistische Pogromwelle 1991/93 Mob klargemacht hat, daß es sich bei den meisten deutschen Untertanen wohl kaum verhinderte Revolutionäre handelt. ...

Vor allem Autonome, aber auch Öko- und Eso-AnarchistInnen haben statt dessen die ländliche Idylle vor sich hinkrebsender Dorfgemeinschaften mit Subsistenzwirtschaft vor Augen. Im Hier und Jetzt ist darum revolutionäre Askese, hart aber herzlich, arm, aber anständig usw. angesagt – das allerdings ganz lustvoll, bunt und wild!

Sinnvolle Kritik, aber absurd verallgemeinert ..., denn erstens gibt es z.B. auch und gerade aus herrschaftskritischen Kreisen eine intensive Kritik an Volk¹⁰ und Kollektivität (siehe späteres Kapitel), zum anderen sind gerade marxistische Strömungen oft auf intensive Kollektivität aus – von Arbeiterklasse bis zur Definition echter Demokratie als Volks-Demokratie (also Doppel-Volks-Herrschaft). Die Junge Linke, Urheberin des obigen Textes, verweigerte konsequenterweise jegliche Diskussion mit herrschaftskritischen Leuten, die gerade deshalb auch Kritik an Volk und Kollektivität formulieren. AnarchistInnen mit Sinn für Theorie gibt es zwar bedauerlich wenig, aber diese durften zu den Anti-Anarchie-Seminaren der jungen Linken nicht kommen. So ließ sich dann in Ruhe gegen das aus selbstgeschaffenen Klischees und zutref-

¹⁰ www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html

fender Kritik an der Praxis des Anarchismus konstruierte Feindbild wettern.

Auch wenn viele anarchistische Strömungen und Kulturen wissenschafts- und theoriefeindlich sind: Es gibt sowohl die von der jungen Linken als fehlend bezeichnete Kritik am Staat¹¹ mit Analyse seiner Rolle in der Gesellschaft wie auch eine anarchistische Theorie zu guten und bösen Menschen.¹² Sie nicht wahrzunehmen, vereinfacht auch hier das Feindbild. Es geht nicht um Aufklärung und die notwendige Kritik an den Leerstellen vieler AnarchistInnen, sondern um die Konstruktion einer Figur, die als das Andere und Schlechte der Konstruktion und Legitimation des Eigenen und Guten dient – einschließlich der Erzeugung des Kollektivs durch Distanzierung vom abweichenden Außen.

Seelenheilung: Sind die AnarchistInnen noch zu retten

Um der Verwirrung die Krone aufzusetzen, wird mit dem Begriff der Anarchie auch das genaue Gegenteil betrieben. Taktisch umgedeutet soll er für das Projekt der Rechts- und Staatsgläubigkeit instrumentalisiert werden. Auf einer Veranstaltung am 10.11.2011 in Frankfurt reagierte eine Zuschauerin auf die Rechtskritik eines Referenten, der öffentlich als Anarchist bezeichnet worden war: „Wir müssen das Recht verteidigen, sonst sind wir keine richtigen Anarchisten“.

AnarchistInnen sollen umdenken und Ihren Theorien kein Platz gelassen werden. Auch die Wissenschaft, immer eine Waffe im ideologischen Kampf, wird wieder bemüht und erklärt Anarchie – wie oben gezeigt – für nicht machbar.

Sympathie für die Anarchie – oft absurd wie die Hetze

Neben all der Hetze taucht der Begriff „Anarchie“ selten, aber eben doch immer mal wieder, an überraschenden Orten ganz positiv auf – und das sogar aus der Mitte der Gesellschaft, von den GralshüterInnen der Demokratie. Wie tickt eine Parlamentszeitschrift,¹³ die allen Ernstes behauptet, das heutige Indien biete wegen der vielen Machtzentren (u.a. Armee), die sich gegenseitig in Schach halten, „das Bild ... einer funktionierenden Anarchie“? Was muss in Attac-FunktionärInnen¹⁴ gefahren sein, die – „zutiefst fasziniert“ – im Layout des drögen Wochenblattes ZEIT „viel Anarchie“ entdecken? Anarchie wandelt sich hier in einen

¹¹ www.projektwerkstatt.de/demokratie/staat.html

¹² Siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/mensch.html und im Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“

¹³ Das Parlament Nr. 32 – 33 vom 7.8.2006

¹⁴ Brief von Attac an die Herausgeber der Zeit am 21.3.2009

sympathischen Begriff. Doch vielleicht ist auch das nur eine weitere Methode, wie die Idee der Herrschaftslosigkeit zum Tabu gesellschaftlicher Debatte gemacht wird: Sie wird zu einer Art Kunstwerk erklärt, inhaltlich dabei entleert und dann nicht mehr ernst genommen.

Es gibt weitere Ausnahmen von der anti-anarchistischen Verklärung der Herrschaftsfreiheit als Werk des Teufels. Eine, die oft wie ein Versetzen wirkt, ist der stilistische Rückgriff auf anarchistische Bilder, die als Symbol für Kreativität und Brillanz stehen. Sie beschreiben dabei aber immer nur Einzelhandlungen, so wie ausgerechnet die deutsche Fußballnationalmannschaft. Schon 2006 galt ihr Erfolg dem „anarchischen“ Konzept. Und 2010, als der Mannschaftsführer kurzfristig wegen Verletzung passen musste, aber die zur deutschen Nation gerechneten Kicker ungewöhnlich erfolgreich auftraten, überstürzten sich die Medien mit ihren Analysen, dass der gleichberechtigte Tanz Aller das Geheimnis des Erfolgs ist. Aber niemand kam auf die Idee, das mal auf die Gesellschaft zu übertragen – und die meisten Anarch@s verpassten diese Chance auch, weil sie, um ihren Anarch@-Coolnessfaktor nicht zu gefährden, Zimmer oder Laptoptaschen mit Anti-WM-Aufklebern dekoriert hatten und nur heimlich Fußball guckten.

Wobei Zweifel bleiben, ob die Balltreter denn wirklich so außerhalb der DFB-Hierarchien und Deutschtümelei standen ...

Abb. rechts: Positiver Anarchiebegriff in England (zur Fußball-WM 2006), gefunden in: FR, 26.6.2006

The Sunday Times (Großbritannien): Podolski findet sein Füße und inspiriert eine ganze Nation. Hier ist ein neues Deutschland: Vibrierend, jung, anarchisch, brillant. Aber einiges ist geblie-

Mit einer weiteren Ausnahme von der allgemeinen Hetze erweitert sich der Fanblock anarchistischer Gedanken und erreicht beeindruckend seltsame Kreise. „Anarchie an der Börse“ sei eine unverschämte Verdrehung zu Propagandazwecken, befanden ausgerechnet die Ultra-Marktradikalen und Ex-Ökos Maxeiner und Miersch. Sie schimpften über die Hetze gegen die Anarchie und meinten damit nicht, wie ihre KollegInnen von Manager-Magazin und n.tv, den Sturm blutüberströmter, feuerlegender Teufel in Menschenkörpern, sondern ganz positiv eine Art von Freiheit. Beide warben offen für die Anarchie, die mit ihnen und einigen anderen teils aus bürgerlichen, teils aus marxistischen, teils aus rechten politischen Lagern stammenden Personen die Strömung der AnarchokapitalistInnen bilden. Spätestens diese Wortschöpfung beweist, dass Anarchie einfach alles sein kann und nur eines sicher ist: Ein Containerbegriff für große Gefühle.

Pro-Anarchie-Positionen von den Marktradikalen Dirk Maxeiner und Michael Miersch¹⁵

Der schlimmste Feind des Anarchisten ist der Journalist. Ihm verdankt er seinen schlechten Ruf. Was steht in der Zeitung, wenn Drogenbosse und Clanführer in Afghanistan aufeinander los gehen? Anarchie am Hindukusch! ... Wie heißt es, wenn die Kurse mal verückt spielen: Anarchie an der Börse! Und wenn irgendwo Bombe

unbekannter Herkunft explodiert, werden garantiert Anarchisten dahinter vermutet. Der Leser lernt: Anarchie heißt Chaos. ... Über dem ersten RAF-Steckbrief in den siebziger Jahren prangten die Worte „Anarchistische Gewalttäter“, obwohl die Baader-Meinhof-Bande sich als kommunistischer Guerillatrupp verstand. ... Freiwillige Zusammenschlüsse ohne Hierarchie und größtmögliche Freiheit des Individuums: So stellen sich Anarchisten die ideale Gesellschaft vor. Das müsste eigentlich jedem einleuchten, der sich aus seiner „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) befreien möchte. Nur möchte das gar nicht jeder: Aus verständlicher Bequemlichkeit und Verantwortungsscheu ziehen es viele Menschen vor, ihre Interessen zu delegieren, anstatt andauernd für sich selbst haftbar zu sein. Und deshalb ist der Anarchismus immer ein Minderheitenprogramm

geblieben. Zu schön um wahr zu sein. Und vor allem viel zu anstrengend, um Mehrheiten dafür begeistern zu können. ... Anarchisten halten uns den Spiegel vor: So könnte die Welt aussehen, wenn wir wirklich aufgeklärt, mündig und frei wären! Dafür sollte man ihnen ein bisschen dankbar sein und sie nicht ständig als Terroristen oder Chaoten missverstehen. Also, liebe Kollegen in den Medien, wenn das nächste mal irgendwo Chaos herrscht und ihr wollt einen Wiederholungsfehler vermeiden: Nehmt „Durcheinander“, „Wirrwar“, „Unordnung“ – aber bitte nicht „Anarchie“.

Beispielhafte Seiten der AnarchokapitalistInnen und Umfeld:

i

- Die Ex-Ökoredakteure Michael Miersch und Dirk Maxeiner: www.maxeiner-miersch.de/
- Die Achse des Guten, zusammen mit Henryk M. Broder: www.achgut.de
- Ex-Ökozeitungsherausgeber und WWF-Funktionär Edgar L. Gärtner: www.gaertner-online.de
- Mit Neigung nach rechts – Eigentümlich frei: www.ef-magazin.de

Was bleibt an zentralen Definitionspunkten?

Was kann bleiben von einem derart zerrupften Begriff? Und was machen die, die sich zum Anarchismus bekennen, mit ihm? Macht es überhaupt noch einen Sinn, dieses Wort zu benutzen, welches offenbar für all jenes stehen kann, was nur mit ausreichend Inbrunst gut oder schlecht befunden wird – verbunden regelmäßig mit der Abschaltung weiteren Denkvermögens? Löst jeder Gebrauch nicht nur eine Welle von Stigmatisierungen aus – wie ein umfallender Schrank, dem alle Schubladen gleichzeitig aufgehen, bevor er seinen Inhalt ganz verliert?

Um diese Frage zu klären, soll der Blick wieder weggehen von denen, die Anarchie als Projektionsfläche ihrer Ängste brauchen und wegen des Haderns mit ihrer eigenen Unentschlossenheit zum finalen Alptraum erklären. Stattdessen soll er auf die gerichtet sein, die mit dem Label sympathisieren, sich selbst als AnarchistInnen sehen und davon kund tun.

Anarchie als Herrschaftslosigkeit

Bleiben wir angesichts dessen, dass im allgemeinen Sprachgebrauch der Begriff der Anarchie gar keine klare Kontur hat und für alle Arten von Phantasien und Projektionen herhalten muss, zunächst bei dem, was das Wort von seinen Bestandteilen, also wörtlich aussagt: Herrschaftslosigkeit. Leider ist damit noch kein konkreter Inhalt in den Begriff eingeführt: Was ist Herrschaft? Und wie muss Gesellschaft aussehen, damit sie fehlt?

Darauf fehlt in den aktuellen Anarchiedebatten und -strömungen in der Regel die Antwort oder die Analysen sind auf dem Stand vor ca. 100 Jahren steckengeblieben. Klassenkampfparolen oder Konsensharmonisierung prägen das Bild, während es Diskurse, Funktionseliten usw. noch nicht einmal auf die erste Stufe der Theoriedebatte geschafft haben, nämlich zur Kenntnis genommen zu werden.

Anarchie als Prozess der Befreiung und Entfaltung

Wenn nun Anarchie die Nichtherrschaft bzw. Herrschaftslosigkeit meint, dann definiert sie sich über die Nichtexistenz von etwas. Es ist also zum einen aus dem Begriff nicht ableitbar, was denn dann ist. Zum anderen folgt aus der Anfangsdefinition eine weitere: Was ist denn Herrschaft? Hier zeigt sich schnell eine große Schwäche anarchistischer Theoriedebatten, denn fast nirgends existiert ein klares Bild davon, in welcher Weise Menschen und ihre freien Zusammenschlüsse beherrscht werden, d.h. direkter Gewalt, Zwängen und verdeckten Beeinflussungen ausgesetzt sind. Wenn aber Anarchie die Freiheit von Herrschaft ist, so kann diese Frage nicht unbeantwortet bleiben. Nötig ist ein klares Bild, wie Herrschaft wirkt. Dabei zeigt sich, dass dieses Bild mit der Zeit einem Wandel unterworfen war. Je intensiver die Beschäftigung mit Formen der Herrschaft, umso mehr Formen wurden sichtbar und beschrieben. Das ist auch für die Zukunft weiter zu erwarten. Schon von daher kann ein anarchistischer Weg nur ein Prozess sein – voraussichtlich ein endloser, wenn mensch annimmt, dass viele Herrschaftsmechanismen noch unentdeckt sind oder erst sichtbar werden, wenn andere Zwänge, Unterdrückungsmechanismen, Diskriminierungen, Diskurse usw. abgebaut wurden.

Die negierende Beschreibung von Anarchie durch Benennung dessen, was nicht mehr ist, wenn eine Gesellschaft anarchisch wäre, bringt AnarchistInnen oft den Vorwurf ein, nur gegen etwas zu sein, aber nicht beschreiben zu können, für was sie eintreten. Das trifft auch oft zu. Die Kritik, nur „Nein“ sagen zu können, beschönigt die Lage aber, denn oft mangelt es sogar am Mut zum klaren „Nein“ und an genauerer Beschreibung, was nicht gewünscht wird. Eine gute Herrschaftsanalyse samt Kritik ist eher selten.

Andererseits müsste der Mangel an positiv beschriebenen Zukunftsbildern gar keine Schwäche sein. Denn gesellschaftliche Utopien können nur aus dem Ideengehalt der heutigen Welt schöpfen. Kulturelle Evolu-

tion aber verläuft nicht linear, sondern schafft durch die Veränderungen jeweils neue Handlungsgrundlagen, die für die Weiterentwicklung neue Qualitäten darstellen. Die aber lassen sich nicht aus dem heutigen Wissensstand heraus abschätzen – schon gar nicht die Qualitäten, die sich aus neuen Qualitäten herausbilden; und so fort in den Entwicklungsstufen (siehe das Kapitel zur Selbstorganisation von Materie, Leben und Kultur¹⁶ im Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“). Es ist daher nicht nur ein pragmatischer, sondern auch ein theoretisch anspruchsvoller Ansatz, den Weg zur Anarchie als Prozess des Ausräumens von Beschränkungen, der Befreiung aus Vorgaben, Zwängen und fremdbestimmten Beeinflussungen, der Entfaltung von Handlungsfähigkeiten und -möglichkeiten sowie des Abbaus eigener Privilegien und herrschaftsförmiger Handlungen zu betrachten. Kurz: Ein gehaltvolles Dagegensein ist keine Absage an Utopien oder den Entwurf von Zwischenzielen. Befreiung ist praxisgerecht vorstellbar als Demaskierung herrschaftsförmiger Verhältnisse und Beziehungen in der Gesellschaft samt ihrer Überwindung. Geht dieses Zurückdrängen mit der Ausdehnung selbstbestimmten Handelns einher, so ist das genau der Weg zu einer immer herrschaftsfreieren Gesellschaft. Es ist, um diesen Begriff hier zu benennen, Emanzipation – der nie endende Prozess des Abbaus von Fremdsteuerung sowie der Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten (siehe auch hierzu das Kapitel zum Prozess von Befreiung¹⁷ in „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“).

Aus Chomsky, Noam (1973): Anmerkungen zum Anarchismus¹⁸
Man könnte aber auch anders argumentieren: Nämlich dass es unser Anliegen sein muss, innerhalb jeder Phase der Geschichte jene Form von Autorität und Unterdrückung bloßzustellen, die noch aus einer Ära herrühren, wo sie Berechtigung gehabt haben könnten aus tatsächlichen Erfordernissen der Sicherheit, des bloßen Überlebens oder der Ökonomischen Fortentwicklung, jetzt aber eher zum materiellen und kulturellen Niedergang beitragen, anstatt ihn zu beheben. Wenn dem so ist, dann kann es auch keine Lehre von einer Gesellschaftsveränderung, geben, die mit Zuverlässigkeit auf die Gegenwart und die Zukunft anwendbar ist, und letztlich auch kein spezifisches und unveränderbares Konzept für das Ziel der Veränderung der Gesellschaft.

Varianten des Anarchismus

Es dürfte deutlich geworden sein: Für Anarchie oder Anarchismus gibt es keine feste Definition. Überall geistern andere Begriffsinhalte herum, oft sehr trübe und oberflächliche. Dennoch existieren einige klassische Einteilungen, zum einen nach den Organisationsformen (siehe Folgekapitel) und zum anderen nach bestimmten Grundannahmen. Vier seien beispielhaft dargestellt. Zwei bilden eine schon längere Konfliktlinie, die weiteren bestehende Strömungen und Neigungen.

¹⁶ Siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/logik.html

¹⁷ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/prozess.html

¹⁸ www.anarchismus.at/txt4/chomskanarchismus.htm

Individual- oder sozialer Anarchismus? Eher die falsche Frage ...

Wer auf die Autonomie des Individuums setzt, wird oft als Individual-anarchistIn bezeichnet oder gar beschimpft – mitunter sogar von den AnhängerInnen basisdemokratischer Organisationen, die den Namen der Anarchie für sich besetzen wollen. Doch dadurch entsteht ein künstlicher Gegensatz. Denn in der Idee der Autonomie steckt nicht zwangsläufig die der Isolation – ganz im Gegenteil: Autonomie, d.h. die Fähigkeit zur Selbstorganisation, ist Voraussetzung für ein horizontales Miteinander der Menschen, für freie Kooperation oder Vereinbarung. Solche Kooperation, die nicht auf Zwang und Unterwerfung beruht, dehnt Autonomie aus, weil nun das Individuum aus mehr Möglichkeiten und Handlungsoptionen wählen kann. Daher stärkt die Kombination von Autonomie und Kooperation (siehe entsprechendes Kapitel¹⁹ im Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“) einerseits das Individuelle, weil die Menschen mehr Möglichkeiten haben. Andererseits stärkt es das Kooperative, weil gut organisierte Menschen, die ihre Möglichkeiten auch tatsächlich einbringen und verwirklichen können, weit mehr und bessere Chancen der Kooperation haben als in Befehlsstrukturen.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A (S. 8)²⁰

Entschiedene Abgrenzung aber ist geboten gegenüber den nur individualistischen Anarchisten, die in der egoistischen Steigerung und Durchsetzung der Persönlichkeit allein das Mittel zur Verneinung des Staats und der Autorität erblicken und selbst den Sozialismus wie jede allgemeine Gesellschaftsorganisation schon als Unterdrückung des auf sich selbst ruhenden Ich zurückweisen. Sie schließen die Augen vor der naturgegebenen Tatsache, daß der Mensch ein gesellschaftlich lebendes Wesen ist und die Menschheit eine Gattung, in der jedes Individuum auf die Gesamtheit, die Gesamtheit auf jedes Individuum angewiesen ist.

Wir bestreiten die Möglichkeit und auch die Wünschbarkeit des vom Ganzen losgelösten Individuums, dessen vermeintliche Freiheit nichts anderes sein könnte als Vereinsamung, mit der Folge des Untergangs im sozial luftleeren Raum. Wir behaupten: niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind. Die Freiheit aller aber und damit die Freiheit eines jeden setzt voraus die Gemeinschaft im Sozialismus.

Sozialismus ist, wirtschaftlich gesehen, die klassenlose Gesellschaft, in welcher der Grund und Boden sowie alle Produktionsmittel der privaten Verfügung entzogen sind, somit weder Grundrente noch Unternehmerprofit noch auch die Abgeltung vermieteter Arbeitskraft durch Lohn oder Gehalt die schaffenden Hände und Hirne um den Ertrag ihrer Mühen berauben können. An der Stelle der privaten oder staatlichen Ausbeutung steht die planmäßige gemeinsame Bewirtschaftung des Gemeineigentums, an der Stelle der bevorrechtigten Minderheit der Besitzenden jedes Landes die zum Volk geeinte Gesamtheit in allen Ländern.

¹⁹ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/autokoop.html

²⁰ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Anarcho-Primitivismus

Im Spektrum politischer Gruppen begegnet mensch AktivistInnen, die sich mit der Befreiung von Tieren oder der gesamten Umwelt aus der Beherrschung durch den Menschen widmen und sich ebenfalls AnarchistInnen nennen. Schon innerhalb ihrer Strömungen ist die Vielfalt an anarchistischen Ideen hoch, wobei die größte Gruppe auch hier diejenige ist, die auf größere Theoriedebatten ganz verzichtet, ein allgemeines (durchaus oft berechtigtes) Unwohlsein in Protest umsetzt, aber spurenlos, da in keiner Gesellschaftserklärung verfestigt, nach einiger Zeit zurückkehrt in den Schoß der bürgerlich-kapitalistischen Welt.

Eine Strömung ist der Anarcho-Primitivismus. Zurück zur Natur, heißt die Parole – Unterwerfung unter die Naturgesetze! Manchmal ist das verbunden mit einer Technologiekritik, die bei Umsetzung ein Überleben in kalten Teilen der Welt und auch andernorts bei der gerade in den Industrienationen und Metropolen erreichten Bevölkerungsdichte nicht mehr möglich machen würde. Konsequenzen oder gar Vorschläge, was das denn praktisch bedeuten würde, folgen regelmäßig nicht. Aber auch die Herleitungen wirken einfach: „Desto komplexer der Produktionsverlauf, desto schwieriger wird es sein, Herrschaftsfreiheit herzustellen. Dies ist der Punkt an dem meine Technologie-Kritik ansetzt.“²¹ Das entlastet den Kopf. Etwas gerät in die Kritik, weil es anstrengend ist, darüber nachzudenken. Hier entpuppt sich Technikkritik als Denkfaulheit und der daraus folgende Anarcho-Primitivismus als Ausstieg der Menschheit aus einer aufgeklärten, reflektierten und kommunikativen Welt: „In ihrer Essenz stärkt diese Technik-Kritik das Prinzip der Herrschaftsfreiheit und Selbstorganisation. Je simpler, einfacher und praktischer der Produktionsprozess (wie z.B. die Essensbeschaffung oben) ist, desto leichter lassen sich die Prinzipien anwenden.“

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau

Es gibt kein Zurück zu dem naiven Egalitarismus der schriftlosen Welt oder zur demokratischen Polis der klassischen Antike. Wir sollten dies noch nicht einmal wollen. Atavismus, Primitivismus und Versuche, eine entfernte Welt mit Rasseln, Trommeln, bemühten Ritualen und rhythmischen Gesängen zu beschwören, deren Wiederholungen und Wunschvorstellungen uns ein übernatürliches Wesen in unserer Mitte erscheinen lassen möchten – so sehr dies auch als harmlos oder „immanent“ geleugnet oder bejaht werden mag – lassen uns die Notwendigkeit der rationalen Diskussion, des forschenden Blicks auf unsere Gemeinschaft und der beißenden Kritik an unserem gegenwärtigen Gesellschaftssystem vergessen. Ökologie ruht auf den wundervollen Qualitäten, der Schöpfungskraft und Kreativität der natürlichen Evolution, auf allem, was unsere tiefste emotionale, ästhetische und auch intellektuelle Bewunderung verdient – und nicht auf anthropomorphen Projektionen, auf Gottheiten, seien sie nun „immanent“ oder „transzendental“. Nichts wird ge-

²¹ grünes Blatt 2/2007 (S. 32): www.gruenes-blatt.de/wiki/index.php/2007-02:Perspektiven_der_Selbstorganisation_-_Herrschaft_und_Technik

wonnen, wenn wir einen naturalistischen, wahrlich ökologischen Rahmen verlassen und uns mystischen, psychologisch regressiven und historisch atavistischen Fantasien hingeben. ... (S. 62)

Die Wildnis, oder was von ihr heute noch übriggeblieben ist, kann einem ein Gefühl der Freiheit vermitteln, einen geschärften Sinn für den Reichtum der Natur, eine Liebe für nicht-menschliche Formen des Lebens und eine reichere ästhetische Wertschätzung der natürlichen Ordnung.

Sie hat aber auch eine weniger unschuldige Seite. Sie kann zu einer Ablehnung der menschlichen Natur führen, zu einer introvertierten Verweigerung des sozialen Umgangs, zu einem willkürlichen Gegensatz zwischen Wildnis und Zivilisation. Rousseau neigte zu einem solchen Standpunkt, aus einer Vielzahl von Gründen, die uns hier nicht zu beschäftigen haben. Daß Voltaire Rousseau einen „Menschenfeind“ nannte, ist keine völlige Übertreibung. Die Wildnis-enthusiasten, die sich in die entfernten Berge zurückziehen und menschliche Kontakte meiden, haben uns im Laufe der Zeit mit zahllosen Misanthropen versorgt. Für Stammesvölker dienen solche individuellen Rückzüge, das „Suchen nach Visionen“, dazu, um reicher an Erkenntnissen zu den Gemeinschaften zurückzukehren; für den Misanthropen sind sie häufig eine Revolte gegen die eigene Art, ja eine Ablehnung der natürlichen Evolution, wie sie sich in den menschlichen Wesen verkörpert.

Dieses Gegeneinanderstellen einer scheinbar wilden „Ersten Natur“ und einer gesellschaftlichen „Zweiten Natur“ beweist nur das blinde und qualvolle Unvermögen, zwischen dem zu unterscheiden, was in einer kapitalistischen Gesellschaft irrational und anti-ökologisch ist, und dem, was in einer freien Gesellschaft rational und ökologisch sein könnte. Man verwirft einfach die Gesellschaft an sich. Man verschmilzt die Menschheit, ungeachtet ihrer internen Konflikte zwischen Unterdrückern und Unterdrückten zu einer einzigen „Art“, die wie ein Fluch auf einer angeblich unverdorbenen, „unschuldigen“ und „ethischen“ Naturwelt lastet.

Solche Ansichten führen leicht zu einem krassen Biologismus, der keine Möglichkeit bietet, Menschheit und Gesellschaft in der Natur oder genauer, in der natürlichen Evolution, einen Platz einzuräumen. Der Tatsache, daß auch der Mensch ein Produkt der natürlichen Evolution ist und daß die Gesellschaft aus diesem evolutionären Prozeß erwachsen ist, indem sie in ihre eigene Evolution wiederum die natürliche Welt – in das soziale Leben transformiert-einfließen ließ, wird in einer sehr statischen Vorstellung von der Natur nur ein zweitrangiger Platz zugewiesen. Diese simplistische Vorstellung betrachtet die Natur als ein bloßes Stück Landschaft, wie wir es etwa von Ansichtskarten kennen. In diesen Vorstellungen finden wir nur sehr wenig Naturalismus; sie sind eher ästhetisch als ökologisch. (S. 151 f.)

Mehr Zitate zu Biologismus und Anarcho-Primitivismus: www.projektwerkstatt.de/aes/rechts_biologismus.html



High-Tech-Anarchie

Als müsste erst noch bewiesen werden, das Anarchie schlicht alles sein kann, gibt es auch das glatte Gegenteil des Primitivismus – die Cyber-Anarchie. Viele NetzaktivistInnen geben sich betont anarchisch. Trotz aller Ausblendungen an Herrschaftsförmigkeiten der Techniknutzung zeigt sich in den Debatten um Open Source, Hacken oder anderes, was

zu einer modernen Herrschaftsanalyse besser passt als das Diktat des Primitivismus: Es kommt nicht auf die Sache als solches an, sondern auf die Verhältnisse und Beziehungen, in denen sich menschliches Handeln einschließlich der Nutzung von Ressourcen und Entwicklung von Werkzeugen bewegt.

Liste verschiedener Formen des Anarchismus²²

- Mutualismus – soziale Symbiose im herrschaftsfreien System
- Kollektivistischer Anarchismus – begründet von Michail Bakunin, demzufolge die revolutionäre Arbeiterklasse den entscheidenden Faktor als Triebkraft für die anarchistische Revolution ausmacht.
- Anarchokommunismus, ursprünglich eigentlich die Theorie des Anarchistischen Kommunismus – begründet von Kropotkin
- Individualistischer Anarchismus – in wesentlichen Teilen im Widerspruch zu den vorgenannten (Diskussion Individualismus/„Egoismus“ versus Kollektivismus/„Altruismus“) – Das Individuum und seine Interessen als einzig ausschlaggebender Faktor der Gesellschaft. vor allem: Benjamin Tucker. Individualistische Anarchisten sehen sich häufig in der Tradition Max Stirners. ...

Andere, neuere oder umstrittene Definitionen des Anarchismus

- Libertarismus – Freiheit des Individuums steht im Vordergrund (Mischform zwischen individualistischem Anarchismus und kapitalistischem Liberalismus)
- Anarchokapitalismus – Kapitalistisch orientierter Anarchismus – Eigentum als zentrale Idee, der Staat wird abgelehnt.
- Anarchafeminismus – Angesichts einer Vorherrschaft der Männer, die zu bekämpfen sei, wird der Anarchismus als Möglichkeit der Emanzipation gesehen
- Postanarchismus
- Situationismus – die französische Variante von 1968 (Studentenbewegung, Mai-Unruhen), Forderungen u.a. Abschaffung der Ware, der Arbeit, der Hierarchien, Aufhebung der Trennung zwischen Kunst und Leben
- Pogo-Anarchismus (Dieser ist meistens nicht ernsthaft gemeint)

Anarchistische Richtungen mit Grundlagen im 19. Jahrhundert

- Anarchistischer Föderalismus – begründet von Pierre Joseph Proudhon, baut er auf die Vernetzung kommunaler Strukturen
- Anarchosyndikalismus – Gewerkschaften als Basis (vgl. unter anderem auch Confederación Nacional del Trabajo (CNT), die mit fast 2 Millionen Mitgliedern bislang größte anarchosyndikalistische Gewerkschaft im Spanien der 1930er Jahre)
- Primitivismus – Rückkehr zu überwundenen Formen des Wirtschaftens (vorindustriell)
- Anarchopazifismus – Gewaltfreie Umsetzung

²² Quelle dieses Absatzes einschl. der Links: www.bastardserver.cz/de/Anarchismus

Anarchistische Zeiten. Geschichte mit und ohne Herrschaftskämpfen

Wo kommt der Begriff „Anarchie“ her? Wie hat er sich im Laufe der (aufgezeichneten) Geschichte hinsichtlich seiner Inhalte und Bedeutungen gewandelt? Ursprünglich bedeutet 'anarchia' einfach die Negation einer militärischen Ordnung, also der Hierarchie mit Führer. Die Bedeutung von 'politischer Herrschaftslosigkeit' erlangte der Anarchiebegriff wahrscheinlich erstmals bei Xenophon (um 580-480 v.u.Z.), für den die anarchia das Jahr war, in dem es keinen archon (Herrscher) gab. Homer und Herodot (490 bis etwa 420/425 v. u. Z.) verwendeten den Begriff zur Beschreibung eines Zustandes „ohne Anführer“ oder „ohne Heerführer“, und Euripides (480 bis 407 v. u. Z.) bezeichnet mit 'anarchia' „führerlose Seeleute“. Aristoteles (384 bis 322 v. u. Z.) definierte die Anarchie als einen „Zustand der Sklaven ohne Herren“. Bei den Stoikern, Hedonisten und Kynikern finden sich Ideen, die ein 'herrschaftsfreies Gemeinwesen' befürworten, auch wenn sie selber noch nicht von Anarchie reden. Besonders radikal wurden diese libertären Anschauungen von Zenon von Kitium (336 bis 364 v. u. Z.), dem Begründer der Stoischen Schule, vertreten. Gegenüber den autoritären theokratischen Ideen Platons nahm Zenon vom Individuum ausgehend eine – aus heutiger Sicht – durchaus als libertär zu verstehende Gegenposition ein. Auch Aristippos (um 435 bis 366 v. u. Z.), der Sokrates-Schüler und Begründer des Hedonismus, scheint ein herrschaftsfreies Gemeinwesen befürwortet zu haben. Er dachte dabei, wohl ebenso wie Zenon, eher an eine „Anarchie“ der Weisen, was allerdings bereits darauf hindeutet, dass die historischen Vorstellungen herrschaftsfreier Gesellschaft ziemlich stark von den damals prägenden Ansichten überlagert waren, die nur kleine Teile der Bevölkerung als vollwertige Mitglieder anerkannten.

Für die Anarchiedebatte, zumindest soweit sie in der Geschichtsschreibung aufgezeichnet ist, begann mit Entstehung der großen Imperien und der Macht der Kirche vielerorts eine tote Zeit, die bis ins späte Mittelalter anzudauern schien. Erst 1796 bezeichnete der Kulturphilosoph und Schriftsteller der Romantik, Friedrich von Schlegel (1772 bis 1829), in seinem „Versuch über den Republikanismus“ die Anarchie als „absolute Freiheit“, d. h. als ein im Gegensatz zur Despotie verstandenes Ideal, das „durch Annäherung erreicht werden kann“. Drei Jahre zuvor hatte Johann Gottlieb Fichte (1762 bis 1814) in seinem „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“, ohne den Ausdruck Anarchie explizit zu gebrauchen, die libertäre These vertreten, dass der Staat die Aufgabe habe, sich selbst überflüssig zu machen, und – welch Irrtum – ausdrücklich betont, dass die Menschheit sich diesem Ziel der Staatenlosigkeit immer mehr nähert. 1798 war es – mancheN wird das überraschen – Immanuel Kant, der Anarchie als „Gesetz und Freiheit ohne Gewalt“ bezeichnete und von anderen Gesellschaftsformen positiv abgrenzte, aber damit offen ließ, wer denn

das Gesetz schaffen solle und warum eine solche Institution dann nicht auch über das Monopol der Gewalt verfügen würde.

1808 charakterisiert Johann Wolfgang von Goethe die Anarchie als notwendiges Ferment des kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts: „Ob wir gleich, was Wissenschaft und Kunst betrifft, in der seltsamen Anarchie leben, die uns von jedem erwünschten Zweck immer mehr zu entfernen scheint, so ist es doch eben diese Anarchie, die uns nach und nach aus der Weite ins Enge, aus der Zerstreuung zur Vereinigung treiben muss.“ Und 1821 dichtet er in den „Zahmen Xenien“: „Warum mir aber in neuester Welt / Anarchie gar so gut gefällt? – / Ein jeder lebt nach seinem Sinn, / Das ist nun also auch mein Gewinn. / Ich lass einem jeden sein Bestreben, / Um auch nach meinem Sinne zu leben.“ Ludwig Börne (1786 bis 1837), neben Heinrich Heine einer der geistigen Gründerväter der literarischen Erneuerungsbewegung des „Jungen Deutschland“, war vermutlich der erste, der sich in Deutschland auch in einem politischen Sinn offen für die Anarchie aussprach. In seiner Kritik eines 1825 in Paris veröffentlichten Buches, den „nouvelles lettres provinciales“, schreibt er: „Nicht darauf kommt es an, dass die Macht in dieser oder jener Hand sich befinde: die Macht selbst muß vermindert werden, in welcher Hand sie sich auch befinde. Aber noch kein Herrscher hat die Macht, die er besaß, und wenn er sie auch noch so edel gebrauchte, freiwillig schwächen lassen. Die Herrschaft kann nur beschränkt werden, wenn sie herrenlos – Freiheit geht nur aus Anarchie hervor. Von dieser Notwendigkeit der Revolution dürfen wir das Gesicht nicht abwenden, weil sie so traurig ist. Wir müssen als Männer der Gefahr fest ins Auge blicken und dürfen nicht zittern vor dem Messer des Wundarztes. Freiheit geht nur aus Anarchie hervor – das ist unsere Meinung, so haben wir die Lehren der Geschichte verstanden.“ Liberale Vorstellungen lassen sich auch bei Wilhelm von Humboldt (1767 bis 1835) finden, zum Beispiel in seiner Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“, welches er nach eigenem Zeugnis mit der Intention verfasste, „der Sucht zu regieren entgegenzuarbeiten“.

In der Schrift „Die Philosophie der Tat“, die 1843 als Artikelserie in der von Georg Herwegh herausgegebenen Zeitschrift Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz erschien, definierte Moses Hess (1812 bis 1875) Atheismus und Kommunismus als analoge Erscheinungsformen der Anarchie: „Die Anarchie, auf welche sich die beiden Erscheinungsformen, Atheismus und Kommunismus zurückführen lassen, die Negation aller Herrschaft, im geistigen wie im sozialen Leben, erscheint zunächst als schlechthinige Vernichtung aller Bestimmung, mithin aller Wirklichkeit. Aber es ist in der Tat nur das äußerliche Bestimmtwerden, die Herrschaft des einen über den anderen, was die Anarchie aufhebt. Die Selbstbestimmung wird hier so wenig negiert, daß vielmehr deren Negation (die durch 'das Bestimmtwerden von außen' gesetzt (wird)) wieder aufgehoben wird. Die durch den Geist geschaffene Anarchie ist nur eine Negation der Beschränktheit, nicht der Freiheit. Nicht Schranken, welche der Geist sich selbst setzt, bilden den Inhalt seiner freien Tätigkeit – also dieses Sichsetzen, Sichbestimmen oder Sichbeschrän-

ken ist es nicht, was vom freien Geist negiert werden kann, sondern das Beschränktwerden von außen.“ Unüberhörbar ist auch das individual-anarchistische Credo in den von Moses Hess zu dieser Zeit veröffentlichten Schriften. Noch vor Max Stirner propagierte er die Autonomie des Individuums: „Der Wert der Anarchie besteht darin, daß das Individuum wieder auf sich selbst angewiesen wird, von sich ausgehen muß ... Wenn ich an eine Macht außer oder über meinem Ich glaube, so bin ich von Außen beschränkt ... Ebenso kann ich im sozialen Leben mich selber bestimmen, in dieser oder jener bestimmten Weise tätig sein, ohne eine äußere Schranke meiner Tätigkeit anzuerkennen – ohne einem Anderen das Recht einzuräumen, mich zu beschränken.“

Umgangssprachlich und von seinen politischen Gegnern wird der Begriff Anarchie jedoch oft mit Unordnung, Zerstörung und Chaos gleichgesetzt. Als politisch diffamierendes Schlagwort gegen andere ist der vom Begriff Anarchie abgeleitete Ausdruck Anarchist seit der französischen Revolution bekannt. Allem Anschein nach war es der Girondist Jacques Pierre Brissot, der den Begriff 'Anarchist' in einer Wahlrede vom 23. Mai 1793 als erster zur Diskreditierung des politischen Gegners benutzte – von dort ab dann zunehmend bis heute. In den 1970er Jahren wurden die deutsche Rote Armee Fraktion (RAF) und andere als terroristisch geltende Gruppierungen wegen ihrer extremen Militanz, mit der sie bis zur tödlichen Konsequenz für andere und sich selbst gegen Symbolfiguren der herrschenden Staatsgewalt aus Politik, Wirtschaft und Justiz vorging, fälschlich als anarchistisch bezeichnet und angesehen; dabei waren sie mehrheitlich revolutionär-sozialistisch und nicht anarchistisch ausgerichtet. Vor allem die Berichterstattung über die RAF in den meisten öffentlichen Medien führte zu einer negativen Besetzung der Begriffe Anarchie und Anarchismus in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses änderte sich erst leicht im Zuge der Kritik an der kapitalistischen Globalisierung, weil dort AnarchistInnen mit ihren Ideen eine wesentliche Rolle im Widerstand spielten. Als Gesellschaftstheorie hat die Anarchie aber dadurch nicht an Akzeptanz gewonnen. Ähnlich war eine kleine Belebung der Anarchie – zumindest vorübergehend – im Zuge der sogenannten „68er“ gelungen. Verschiedene Aktionsgruppen, KommunardInnen und auch spätere militante Zusammenhänge wie die „Bewegung 2. Juni“, die Revolutionären Zellen oder die Rote Zora⁰ trugen deutliche libertäre Theorieansätze nach außen, ohne dass dadurch ein zusammenhängender Diskurs oder eine stärkere Präsenz anarchistischer Ideen in der Gesellschaft erreicht werden konnte. Ganz ähnlich gilt das für Autonome oder den Anarcho-punk, der sich als Mischung aus kulturellen und Protestmomenten bildete.

Politische Bedeutung im Sinne praktischer Anwendung oder prägender Diskurse erreichte der Anarchismus im deutschsprachigen Raum nie. Ausnahmen sind die regional und zeitlich stark begrenzten Räterepubliken, wie sie, nach ersten bzw. zweitem Weltkrieg, in München¹

⁰ Genauere Informationen zu den Gruppen siehe u.a. auf Wikipedia.

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BCnchner__R%C3%A4terepublik

(7.4.-2.5.1919), im Ruhrgebiet² (März/April 1920) oder im Kreis Schwarzenberg³ (für 42 Tage ab dem 8. Mai 1945;) entstanden. Allerdings hatten die dortigen Räte deutlich erkennbar Regierungsfunktionen inne, d.h. – innerhalb ihrer bescheidenen Möglichkeiten – tatsächliche Macht. Einige waren sogar streng hierarchisch organisiert. Das widerspricht der Idee von Herrschaftslosigkeit und belegt eher die Probleme, die Räteysteme erzeugen. Da aber Räte häufig mit libertären Ideen in Zusammenhang gebracht werden, spielen die benannten Ereignisse auch in der Geschichtsschreibung der Anarchie eine Rolle.

Anarcho-syndikalistische Gruppen mit ihrer damaligen Dachorganisation „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD,⁴ vormals Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, FVDG) hatten um 1920 erheblichen Zulauf mit Ortsgruppen von zum Teil über 1000 Mitgliedern. Sie brachten etliche anarchistische Zeitschriften heraus und mischten sich vor allem in ArbeiterInnenkämpfe ein. Diese Aktivität währte aber nicht lange und fand spätestens mit dem hereinbrechenden Nationalsozialismus ein deutliches

Ende. Der Versuch, sich als illegale Organisation neu zu strukturieren, scheiterte weitgehend. Etliche AktivistInnen tauchten aktiv im Spanischen Bürgerkrieg wieder auf.

Wahrscheinlich gibt es eine Reihe weiterer Versuche kleiner Gruppen oder Kreise, auf kämpferische Art Befreiungen zu erreichen und anarchistische Gesellschaftsmodelle zu verwirklichen. Überliefert ist ein Aufstand um den aus kommunistischen Kreisen stammenden Max Hölz,⁵ dem dann aus KPD-Kreisen repressiv begegnet wurde. Erwähnenswert wären etliche Kommunen Anfang des 20. Jahrhunderts, in denen gleichberechtigte Formen des Zusammenlebens ausprobiert wurden. Im Zuge der Industrialisierung entstanden auch in der „Alten Welt“ eine Reihe von manchmal (verbal-)anarchistischen, ansonsten vor allem lebensreformerischen, esoterischen und/oder anthroposophischen Landkommunen mit dem Ziel, „die alte Einheit von Mensch und Natur zu erneuern“ – so auf Wikipedia.⁶

Wer deutschsprachige, anarchistische Literatur oder Zeitschriften blättert, findet allerdings bevorzugt anarchistische Versuche in anderen Ländern erwähnt – allen voran Spanien und die Machnowiki in der Ukraine. Beide waren militärischer Bedrohung ausgesetzt. Das förderte hierarchische Organisationen, von denen unklar bleibt, ob sie auch

Dieser Abschnitt zur Definitionsgeschichte entstand auf der Basis von www.bastardserver.cz/de/Anarchismus

Zur Geschichte des Begriffs „Anarchie“: <http://dadaweb.de/index.php?title=Anarchie>

2 <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhraufstand>

3 http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Republik_Schwarzenberg; geschichtlicher Abriss unter www.freie-republik-schwarzenberg.de/page.php?p=28

4 http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Arbeiter-Union_Deutschlands

5 http://de.wikipedia.org/wiki/Max_Hoelz

6 http://de.wikipedia.org/wiki/Kommune_%28Lebensgemeinschaft%29

aufgetreten wären, wenn sich die anarchistischen Ideen ohne äußere Gefährdung hätten entfalten können. Ähnliches gilt für die Pariser Kommune, die nach den Wirren des deutsch-französischen Krieges und im Konflikt mit einer dadurch geschwächten, französischen Zentralregierung entstand. Sie wurde ebenfalls militärisch niedergedrückt, weil die siegreichen deutschen Armeen der französischen Regierung die Wiederaufrüstung genehmigten, um die Pariser Kommune niederzuzumetzeln – was sie dann auch tat. Alle Vorzeiganarchien wurden von mit Macht ausgestatteten Gremien verwaltet. Das steht in einem seltsamen Widerspruch zur Theorie der Anarchie, wo solches ja gerade ausgeschlossen wird. Glaubten die AnarchistInnen selbst nicht an ihre Idee? Oder überwogen andere Strömungen, die sich nur anarchistisch gaben oder nicht einmal das behaupteten? Die Pariser Kommune war keine rein anarchistische Sache, sondern eine Mischung der sich erst bildenden Strömungen anarchistischer, sozialistischer und revolutionär demokratischer Orientierungen. Es mag ein ungünstiger Umstand gewesen sein und die besonderen Schwächen der Strömungen zeigen, dass die zum Liberalismus neigenden AnarchistInnen sich mehr um die Ökonomie kümmerten, während die immer wieder staatsautoritäre Vorstellungen hegenden DemokratInnen und SozialistInnen die interne, politische Verwaltung aufbauten.⁷

Die Rezeption früherer Phasen unter heutigen AnarchistInnen ist allerdings auffällig kritiklos, so dass der Verdacht aufkommt, dass viele AnarchistInnen Anarchie gut heißen, ohne mit analytischem Blick herrschaftsförmige Beziehungen und Verhältnisse zu hinterfragen. Oft geschieht „Anarchie“ in einer Phase des Lebens, die geprägt ist von einer (fraglos berechtigten) Abwehrhaltung gegen die tradierten Rollenmuster, bis sie dann außerhalb der bisherigen Klammern ihres Alltags in neue, vorgegebene Kanäle eintauchen. Anarchie stellt dann eher eine kurze Phase des Nihilismus dar, in der die alten Werte mental zertrümmert werden, um sich dann Anderen oder dem modernisierten Bisherigen wieder hinzugeben statt sich selbstorganisiert zu entfalten. Dazu würde passen, dass anarchistisches Leben und Denken sehr stark im Symbolhaften verhaftet ist. Kulturelle Ausdrucksformen wie Parolen, Musik und Kleidung spielen eine große Rolle, während politische Organisation, Aufbau experimenteller Projekte, emanzipatorischer Widerstand oder Aneignung im deutschsprachigen Anarchismus derart selten sind, dass ein Einzelereignis wie die Besetzung und Übernahme einer kleinen, im Konkurs stehenden Fahrradfabrik als großer Erfolg gefeiert wird und jahrelang die Erinnerung prägt. Dabei traf die Übernahme der Firma, die dann durch die Produktion des „strike bike“ bekannt wurde, weder auf den Widerstand bisheriger BesitzerInnen noch war das Ende erzwungen. Schnöder Profitlogik folgend stellte auch die durch Übernahme ent-

„Strike bike“ auf
FAU-Seiten
(www.fau.org/soli/strike-bike)
und bei Wikipedia
(<http://de.wikipedia.org/wiki/Biria>)



⁷ Quelle: Becker, Alexander: „Gefährliches Beispiel“, in: Junge Welt, 18.3.2011 (S. 10)

standene selbstverwaltete Fahrradfabrik ihre Tätigkeit schließlich ein. Aber: immerhin! So kann mensch angesichts des sonst inhalts- und praxislosen deutschen Anarchismus das Experiment wohlwollend einordnen.

Ein interessantes Experiment, welches stark in die Industrienationen und auch den deutschsprachigen Raum hineinstrahlte, war der Aufstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko) ab dem 1. Januar 1994. Er fiel in eine scheinbar aufstandslose Zeit. Mit dem Ende des zentral organisierten Staatssozialismus, der sich – aller Ähnlichkeit zum Trotz – als historische Alternative zum westlichen Kapitalismus inszenierte, und dem Aufstieg neoliberaler Gesellschaftskonzepte schien die Zeit gesellschaftlicher Kämpfe vorbei. Zumindest redeten führende PolitikerInnen und Medien dieses herbei. Der Ausspruch der britischen Premierministerin Thatcher „There is no alternative“ prägte als TINA-Syndrom den Diskurs der Zeit. Wer dem verfallen war, musste vom Aufstand aus dem Lakandonischen Urwald reichlich überrascht sein. Wahrscheinlich aber waren eher eine einseitige Medienlandschaft, die wie üblich herrschaftsorientiert ausgerichtete Geschichtsschreibung und das Erlahmen intellektueller Protestsphären für die Nichtwahrnehmung vorhandener Kämpfe verantwortlich. Zudem zeigte der Kampf der Zapatistas einen Wandel in der Logik des Aufstandes – und genau das macht ihn für anarchistische Ideen so interessant. Denn, zumindest den selbstgesetzten Zielen nach, dienten gewaltfreie, militante und militärische Aktionen nicht der Übernahme der Macht, sondern dem Verscheuchen der Institutionen von Macht, vor allem des mexikanischen Militärs und anderer Truppen der Unterdrückung. In den so befreiten Gebieten sollten die jeweiligen Orte und Gemeinschaften selbstverwaltete Strukturen aufbauen.

Es mag vieles an den Berichten geschönt sein, Probleme werden vielleicht öfter verschwiegen als für eine selbstkritische Reflexion gut wäre. Dennoch bietet das Widerstandskonzept der Zapatistas bemerkenswerte Anknüpfungspunkte für anarchistische Kämpfe. John Holloway veröffentlichte später seine Thesen, die Macht zu zerstören, ohne die Macht zu erobern. Das inzwischen weit verbreitete Internet beförderte die Debatte auch in die Industrienationen, in denen es – aus Sicht vieler Befreiungsbewegungen anderer Länder: endlich! – gelang, mit der Blockade des Welthandelstreffens 1999 in Seattle einen im politischen Raum wieder stark sichtbaren Protest in Gang zu bringen. Basisbewegungen dominierten die Auseinandersetzungen für einige Zeit, sei es beim IWF-Gipfel in Prag, beim EU-Gipfel in Göteborg, dem G8-Treffen in Genua und auch noch in Evian. Allerdings zeigte sich zumindest im deutschsprachigen Raum wieder die Neigung anarchistischer Strömungen, eine Protestkultur ohne selbstorganisierte und inhaltliche Perspektive zu entwickeln. So konnte der phasenweise ungeordnete Widerstand mit Hilfe führender Medien und Parteien in geordnete Bahnen, vor allem bestehende Organisationen und die Neugründung Attac gelenkt werden. Das beruhigte die Protestformen und nahm ihnen jeden inhaltlichen Ansatz von Befreiung und Herrschaftskritik. Die kurzzeitige Aufwallung von Widerstand mündete in die minimalrefor-

mistischste Organisation aller Zeiten – nämlich Attac, deren politisches Forderungsprogramm sich anfänglich auf die Einführung einer Devissenspekulationssteuer mit dem Ziel der Verlagerung der Geldflüsse von Spekulationen zu Investitionen (also z.B. Autobahnen, Rüstung, Atomkraftwerke, Flughäfen und Staudämme) reduzierte und erst allmählich, auch durch die aufgesogenen Massen, erweiterte.

Im deutschsprachigen Raum ist der Impuls der von Medien und Teilen des Protestspektrums selbst als Anti-Globalisierung und später Globalisierungskritik (zwei inhaltlich bereits anti-anarchistische, weil auf Regulierung und Stärkung der Nationalstaaten ausgerichtete Begriffe) bezeichneten Bewegungen für anarchistische Theorie und Praxis heute kaum noch spürbar. Verblieben sind Debatten und Praxisansätze eher unter individualistisch agierenden bis technikgeilen NutzerInnen des Internets und EntwicklerInnen offener Software. Aus ihren Kreisen kamen interessante theoretische Impulse zur Frage herrschaftsfreier Organisation, von Keimzellen und selbstorganisierter, freier Gesellschaft. Leider verharrten diese vielmals in den Elfenbeintürmen intellektueller Theoriezirkel, Kongresse und virtueller Räume. Smarte Theorien von Keimzellen, die sich angeblich wie von selbst zur dominanten Struktur der Gesellschaft entwickelten, hielten die ohnehin oft mehr virtuell als praktisch denkenden AkteurInnen an ihren Rechnern, ohne recht zu merken, wie ihre Idee von der integrations- und vereinigungsstarken kapitalistisch-rechtsstaatlichen „großen Maschine“ aufgesogen wurde – ein Prozess, der noch immer läuft (und folglich auch noch be- oder verhindert werden könnte).

Was also ist übrig an Theorie und Praxis der Anarchie im deutschsprachigen Raum? Was ist neu und was hat Wurzeln in vergangenen Jahren und Jahrzehnten?



Sachspenden gesucht!

Für Werkstätten, Aktionen und Archive sind ständig Sachspenden gesucht (aktuelle Liste unter www.projektwerkstatt.de/gesucht). Auszüge: Flaschenzug, Verbrauchsmaterialien für Risograph RC 6300 (Farbe, Master, Farbtrommel), Tandem, Video-Digitalkamera, Funk-Mikrofon, Ferngläser, Billardstöcke, E-Gitarre. Und Verbrauchsmaterial wie Toner, Papier, farbiger A4-Karton, Aktionsmaterial.

Sein. Schein. Wirklichkeit.

Who is who im deutschsprachigen Anarchismus?

Bevor es losgeht, gleich eine Relativierung: Selbst wer die SPD, Greenpeace oder EADS beschreibt, muss – um nicht ein mehrbändiges Werk zu produzieren – vereinfachen. Dargestellt werden die hegemonialen Kreise einer Partei, eines Verbandes oder einer Firma, während Abweichungen im Unterbau in den Beschreibungen verlorengehen. Insofern ist jeder Versuch, eine große und komplexe Struktur in Worte zu fassen, mit Vereinfachungen verbunden.

Das gilt umso mehr, wenn ein Zusammenhang stark zersplittert ist und durchschlagskräftige Hierarchien fehlen. So ist es mit den anarchistischen Gruppen und Strömungen im deutschsprachigen Raum. Überregional sichtbar sind nur sehr wenige. Diese bedienen sich nur geringerer Machtressourcen zur Steuerung von Basisgruppen und AkteurInnen, sondern erzeugen ihre relative Dominanz aus der Vereinnahmung. Sie verfügen in der Regel über überlegene Außendarstellungsmöglichkeiten und inszenieren sich damit selbst als Sprachrohr von Bewegungen, die mit den für sie Sprechenden kaum vernetzt sind oder diese nicht einmal kennen.

Nur eines eint alle AnarchistInnen im deutschsprachigen Raum: Sie leben in einer Region der Welt, in der bereits staatkritische Positionen unter Generalverdacht des Revolutionären oder gar des Terrorismus stehen. Stattdessen treten politische Organisationen für mehr Regulierung, Überwachung und Stärkung von Regierungen ein. Bei ihnen gilt das bestehende Staatssystem als Inbegriff des Guten – selbst dann, wenn sie ziemlich offensichtlich seine Opfer sind. „Demokratisch“ ist erstrebenswert, „undemokratisch“ ein Schimpfwort. Unter solchem Paradigma des Guten in demokratischen Bomben, Strafen oder Abschiebungen haben es anarchistische Ideen von Grund auf schwer. Die Folge: Anarchistische Strömungen im deutschsprachigen Raum sind klein und wirken kaum über ihren eigenen Tellerrand hinaus – mit Ausnahme einzelner, medial aufbereiteter Aktionen z.B. militanter Gruppen oder der, unter Verrat vieler anarchistischer Ideen, bis tief ins bürgerliche Lager hinein mobilisierenden großen Bewegungsagenturen. Als dauerhafter Prozess oder längerfristiges Projekt fristen sie ein Schattendasein. Sie haben nur die Wahl, sich als grundlegende Opposition außerhalb jeglichen gesellschaftlichen Mainstreams zu stellen, oder selbst mit dem Diskurs des demokratischen Guten mitzuschwimmen. Zweiteres ist weit verbreitet. Die meisten AnarchistInnen beziehen sich in Theorie und Praxis positiv auf die Demokratie bis hin zu der Behauptung, Anarchie sei die höchste Entwicklungsstufe der Demokratie. Der Wunsch, im Mainstream mitschwimmen und an seinen Pfründen partizipieren zu können, treibt diese seltsamen Blüten.

Im Folgenden sollen erkennbare, anarchistische Strömungen beschrieben werden. Zwecks Übersichtlichkeit werden etliche „Schubladen“ aus ihnen gebildet. Zwei davon haben solche Zusammenschlüsse selbst ge-

bildet und agieren unter einheitlichen Labeln. Diese umfassen zumindest den Großteil der zu der jeweiligen Art von Anarchismus gehörigen AkteurInnen. Die anderen Einheiten sollen hier etwas künstlich gebildet werden. Sie verfügen über keinen gemeinsamen Organisationsaufbau und ihre Teile sind mitunter nicht einmal miteinander vernetzt. Das ist aber nicht nur Zufall, sondern zum Teil gewollt und so bereits eines der Unterscheidungsmerkmale. Während einige AnarchistInnen verbindliche Organisationsstrukturen befürworten und sogar für einen effizienten Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für notwendig erachten, lehnen andere genau das ab und verweisen auf die Vorteile einer hohen Autonomie der Einzelteile (die dann allerdings praktisch oft in Isolierung voneinander mündet).

Die Kritik an Theorie und Praxis des Anarchismus im deutschsprachigen Raum soll in diesen ersten Beschreibungen noch nicht konkret erfolgen. Stattdessen werden die bestehenden Organisationen und Strömungen mit ihrem Verhältnis zu zentralen Fragen des Anarchismus benannt in einer Form, die einen ersten Überblick bietet. Erst in den weiteren Kapiteln folgt dann eine Analyse von Positionen und Praxis, vor allem in Hinblick auf den emanzipatorischen Gehalt anarchistischer Organisation. Das geschieht dann nicht mehr aufgeteilt in die verschiedenen Ausrichtungen des Anarchismus.

ArbeiterInnenkampf und Syndikalismus

Einen der – zumindest bei genauerem Hinschauen – sichtbaren Teile des deutschsprachigen Anarchismus bilden die AnarchosyndikalistInnen. In Deutschland bilden sie unter anderem die als Gewerkschaft auftretende Freie ArbeiterInnen Union (FAU), die Mitglied in einem internationalen Verband (IAA) ist.

Aus dem FAU-Text „Was ist Anarchosyndikalismus?“

Der Syndikalismus (von Syndikat=Gewerkschaft) entstand als Reaktion auf den zunehmenden Reformismus der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Ende des letzten Jahrhunderts. Unter dem Einfluss des Anarchismus entwickelte sich innerhalb des Syndikalismus eine Gewerkschaftsbewegung mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive (FAUD) und nannte sich fortan Anarcho-Syndikalismus. Der Anarcho-Syndikalismus verbindet den Kampf für den Sozialismus mit der antistaatlichen, auf Selbstverwaltung gegründeten Gesellschaftskonzeption des Anarchismus.

Die Anarcho-SyndikalistInnen lehnen die Organisation ihrer Interessen in zentralistisch aufgebauten Parteien und Organisationen ab. Gegen Stellvertreterpolitik und Parlamentarismus setzen sie die Selbstorganisation der Arbeitenden in autonomen, unabhängigen Gruppen, die miteinander auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene zusammengeschlossen sind. Zur Durchsetzung ihrer Ziele und Forderungen dienen ihnen die Mittel der Direkten Aktion. (z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks usw.) Sie lehnen im Gegensatz dazu „indirekte“ Maßnahmen wie die parlamentarische Betätigung ab. Das Ziel des Anarcho-Syndikalismus ist die herrschaftsfreie, auf Selbstorganisation aufgebaute und auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft.

Anarcho-SyndikalistInnen kämpfen für die Verbesserung der derzeitigen Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie bleiben jedoch nicht dabei stehen, sondern arbeiten für die Errichtung einer libertären und klassenlosen Gesellschaft. Dazu gehört auch die Aneignung der Fähigkeiten einmal Fabriken, Dienstleistungsbetriebe und Landwirtschaft durch die Selbstverwaltung der dort Beschäftigten übernehmen zu können. Unter anderem hierin besteht die Kreativität des Anarcho-Syndikalismus und hierdurch löst er auch die problematische Frage des Übergangs von einer libertären Revolution zur herrschaftsfreien Gesellschaft.

Wikipedia zu Anarcho-Syndikalismus

Hauptaktionsfelder des Anarchosyndikalismus sind der Klassenkampf im Betrieb mit den Mitteln der direkten Aktion, möglichst breitenwirksame Agitation für seine Ziele und Aspekte der Kultur- und Jugendarbeit. Der Anarchosyndikalismus ist dabei stets bemüht, die Lebensbedingungen der Menschen konkret zu verbessern: Er fordert mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten, Gleichberechtigung und ein würdevolles Leben für alle Menschen. Sein endgültiges Ziel bleibt jedoch die soziale Revolution, weswegen reformistische Tendenzen von der Mehrheit der Anarchosyndikalisten strikt abgelehnt werden.

Aus Schmidt, Manfred G. (1995): Wörterbuch zur Politik, Kröner Verlag in Stuttgart

Anarcho-Syndikalismus, Bezeichnung für eine Allianz von Anarchismus und Syndikalismus, eine vor allem in romanischen Ländern verbreitete Spielart des Anarchismus, die insb. die Abschaffung staatlicher und klassengebundener Herrschaft und die Übernahme der Produktionsmittel durch Arbeiter-Assoziationen, insb. Gewerkschaften, zum Ziel hat, hinsichtlich der Kampfmittel vor allem auf direkte Aktion mittels Streik, Boykott und Fabrikbesetzung setzt und die parteipolitisch geleitete Konfliktführung nach Art der klassischen Arbeiterbewegung und marxistisch-leninistischer Parteien strikt ablehnt.

Die Definitionen beinhalten neben Qualitätsmerkmalen bereits einige Selbstbeschränkungen wie die Schwerpunktsetzung auf ArbeiterInnen und Arbeitskämpfe. Das zeigt sich auch in der Praxis und wirft verschiedene Frage auf: Steckt hinter der Schwerpunktsetzung eine Einteilung in wichtigere und weniger wichtigere Bevölkerungsgruppen, die einem egalitären Gesellschaftsbild widersprechen würde? Vergibt, wer sich nur auf Kämpfe um Arbeitsbedingungen konzentriert, nicht viele Handlungsoptionen in anderen gesellschaftlichen Feldern? Rekonstruiert die Idee des Klassenkampfes gesellschaftliche Schubladen, die einer Befreiung und Selbstentfaltung entgegenstehen?

Das Klassenmodell ist inzwischen sehr unzulänglich geworden. Selbst innerhalb der Arbeitswelt haben sich sehr vielfältige Bezüge entwickelt. Immer weniger Menschen sind ausschließlich LohnempfängerInnen. Von den großen Konzernen liegen nur noch wenige im Besitz einzelner KapitalistInnen. Die meisten Führungspersonen sind formal Angestellte der Banken, Industrien oder Holdings, in denen sie sich – meist für horrenden Gehälter – im Dienste der ständigen Produktivitätssteigerung und deshalb im Dauerkonflikt mit den Interessen der Beschäftigten verausgaben, bis zum Herzinfarkt. Herrschafts- und selbst die Produktionsverhältnisse sind wesentlich komplizierter als die Einteilung in wenige Klassen suggeriert (siehe die Beschreibung von Herrschaftsfor-

men in „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“). Folglich müssen auch die Strategien der Befreiung diese vielfältigen Unterdrückungsformen widerspiegeln und den AkteurInnen an ihren unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen Handlungsoptionen eine Perspektive der Widerständigkeit bieten.

Völlig ist diese Erkenntnis an den anarchosyndikalistischen Lagern auch nicht vorbeigegangen. So gibt es Kampagnen und praktische Soli-Arbeit für MigrantInnen und mit der Gründung von Bildungssyndikaten eine Anerkennung, dass nicht nur Arbeit zählt. Allerdings bricht alles nur recht langsam auf. Diese Trägheit ist auch Folge der Binnenstrukturen, die streng basisdemokratisch organisiert sind. Entscheidungen verlaufen nach festen Regeln. Alle Gremien sollen stets der Basis gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Das soll ermöglichen, dass diese kontrolliert oder sogar abgerufen werden können. Doch das blendet die Kraft der informellen Hierarchien aus. Gremien neigen zur Verselbständigung, weil sie es selbst sind, die mit Berichten über ihre Arbeit die Wahrnehmung derselben steuern. In der FAU ist dieses Problem noch übersichtlich, weil die Organisation sehr klein ist. Innerhalb der Prinzipien von Basisdemokratie kann Rotation solchen Verfestigungen informeller Macht entgegenwirken. Das geschieht in der FAU auch – und bildet einen wichtigen Unterschied zur zweiten, an Namen und Labeln erkennbaren Strömung des deutschsprachigen Anarchismus, den Graswurzelgruppen. Denn dort dominieren seit vielen Jahren die immer gleichen Personen das Geschehen.

Zu den zentralen Säulen emanzipatorischer Organisation, der Förderung horizontaler Kommunikation und freier Kooperation, haben FAUistas (wie sich die FAU-Mitwirkenden selbst nennen) die schon beschriebene, streng verregelte Basisdemokratie als Weg festgelegt, in der – ebenfalls durch feste Regeln – formale und informelle Hierarchien bekämpft werden sollen. Das aber bremst die freie Entwicklung von Kommunikation und Kooperation teilweise aus.

Die FAU bzw. ihr internationaler Zusammenschluss sind nicht die einzige Gruppierung im Anarchosyndikalismus. Interne Machtkämpfe haben die internationale Vernetzung mehrfach gespalten. In Deutschland existieren einige unabhängige Gruppen, die sich als anarcho-syndikalistisch verstehen, aber nicht zur FAU gehören. Ein kurzer Steckbrief des deutschen Anarchosyndikalismus könnte ungefähr so lauten:

- Politische Schwerpunkte: Beteiligung an betrieblichen Auseinandersetzungen. Gewerkschafts-ähnlich unter Kritik der bestehenden Einheitsgewerkschaften.
- Highlights: Unterstützung der Firmenübernahme und Produktion des „Strike-Bike“.
- Medien: Direkte Aktion. Verlage in der Hand von AnarchosyndikalistInnen wie Syndikat A oder Edition AV.
- Stärken: Offen für viele Aktionsformen. Formalisierte Kontrolle zentraler Gremien und Projekte.
- Probleme: Starre Basisdemokratie. Praktisch mehr Appell (Streik) als direkte Aktion (Aneignung). Starke Labelorientierung und kollektive Identität.

- Theorie: Starker Bezug auf Sozialanarchismus, z.T. als libertärer Kommunismus. Mangelnde Auseinandersetzung mit modernen Herrschaftsanalysen. Festhalten an alten Theorien des Klassenkampfes.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Vor allem über verregelte, basisdemokratische Vorgänge. Starke Verregelung hemmt freie Vereinbarungen. Starke Grenzziehung Innen - Außen, viel Verbandsbezug.

Graswurzelanarchismus und gewaltfreie Aktion

Der Graswurzelanarchismus verfügt über keine eigenständige Struktur, kaum Projekte, die einen Zusammenhang schaffen, und nur in bescheidenem Maße über eine eigene Theoriebildung, z.B. über Vorträge und Veröffentlichungen von Einzelpersonen. Stattdessen tritt er vor allem durch seine Aktionen nach außen, die – auch durch viele Verknüpfungen mit finanziell leistungsfähigen und in etlichen Medien gut vertretenen Teilen des BildungsbürgerInnentum – erhebliche Bekanntheit erreichen: .ausgestrahlt, X1000malquer oder Großblockaden bei Politikipfeln a la G8. Dass deren OrganisatorInnen mit dem Anarchismus sympathisieren oder sich sogar für AnarchistInnen halten, nehmen die vielen, meist gut situierten und rechtsstaatsgläubigen Mitmachenden beim Händchenhalten zwischen Atomkraftwerken oder Märschen in 5-Finger-Taktik wohl kaum wahr. Es wäre sicherlich die Frage, ob da viel Anarchie drin ist, nur weil sie mitunter draufsteht. Nominell aber verstehen sich viele derer, die im Kern die Fäden ziehen, also solche, oder haben zumindest radikale, als Anarchie empfundene Jugendjahre hinter sich.

Aus dem Selbstverständnis der „Graswurzelrevolution“

Im Gegensatz zu anderen Oppositionsströmungen stört es die AnarchistInnen nicht, daß sie keinen

Anteil am geschäftigen Treiben der offiziellen Gesellschaft und des Staates haben. Damit verzichten sie auf taktisch günstige Positionen, auf Legitimation, aber sie wissen warum: das Ziel, von einem radikalisierten Freiheits-

graswurzel
revolution

begriff ausgehend, die Herrschaft anzugreifen, soll nicht unklar werden. Schließlich sind die Erfahrungen mit Reformbewegungen, die schließlich nicht etwa ihre Ziele verwirklichen konnten, sondern sich in die angeblich bekämpften Strukturen als GegnerInnen integrierten und im entscheidenden Moment halfen, die Ziele des Staates auch gegen Opposition durchzusetzen, Warnung genug gegenüber der Annahme, man könne jede Struktur benutzen, um ganz andere Ziele zu verfolgen.

Sichtbarste, offen unter Anarchie firmierende Projekte sind die Monatszeitung „Graswurzelrevolution“ (GWR) und die im gleichnamigen Verlag erscheinenden Bücher. Mitunter veröffentlicht die GWR eine Liste von Basiskontakten. Kriterien für die Aufnahme bestehen aber

nicht – nicht einmal das sonst in der GWR alles überprägende Bekenntnis zur Gewaltfreiheit wird den dort benannten Gruppen abverlangt. So stellt die Liste nicht die Basis der gewaltfreien AktivistInnen dar, ist allerdings schon eine Sammlung von mit aktivistischen und anarchistischen Ideen sympathisierenden Gruppen.

Bundesweit existiert zudem das Netzwerk Z.U.G.A.Be mit den Wortbestandteilen „ziviler Ungehorsam“, „gewaltfreie Aktion“ und „Bewegung“. Es gab dem einen Namen, was bereits existierte – nämlich ein intensiver taktischer und personeller Austausch zwischen den großen Kampagnennetzwerken X1000malquer, Gendreck weg und anderen. Hinzu kommen die modernen Bewegungsagenturen .ausgestrahlt und Campact mit ihrem Background an Förderstrukturen, insbesondere der Bewegungsstiftung. Miteinander verbunden waren diese immer, nicht zuletzt durch einige zentrale Personen, die gleichzeitig bei mehreren der Kampagnen mitwirkten.

Die Kampagnennetzwerke kümmern sich nicht um anarchistische Theorien oder Themen. Eine gute Theorie fehlt der Gewaltfreiheit gänzlich. Stattdessen stehen einzelne Aktionen zu zugespitzten Themen auf dem Programm. Sie werden als eigener Erfolg dargestellt – was sie aber oft nicht sind. In der Definition im Buch „Gewaltfreie Aktion“ auf Seite 159 steht: „Die anonyme Sabotage ist keine Form der gewaltfreien Aktion“. Darin steckt eine Absage an Handlungen, die sowohl beim Castorprotest wie auch in der Kyritzer Heide oder bei Stuttgart 21 immer wieder vorkamen. Trotzdem werden die drei Kampagnen als Erfolge gewaltfreier Aktion abgefeiert.

Vorgekaute Abläufe dominieren die Art der Durchführung. Die „Instant“-Aktionen sind ein Angebot für Menschen, die nicht selbst denken und planen wollen, und am maximalen Spendenaufkommen, das erzielt werden soll. Seit einigen Jahren verläuft das sehr erfolgreich – die Hauptamtlichenzahlen steigen genauso wie die TeilnehmerInnen der Instantaktionen. Mit Anarchie oder auch nur einem emanzipatorischen Verständnis haben solche Aktionen nichts zu tun, denn sie führen nicht zu einer Selbstermächtigung der Menschen, sondern machen sie zu Statisten in einem Schauspiel, auf das sie keinen Einfluss haben.

Anders sieht es bei der Zeitung „Graswurzelrevolution“, dem Verlag und Teilen nahestehender Netzwerke aus. Sie bezeichnen sich selbst als AnarchistInnen, doch schon im Kleinen zeigt sich, dass die hehren Ansprüche im politischen Alltag wenig Bedeutung haben. Sei es die massive Zensur in der Zeitung „Graswurzelrevolution“, deren Chefredakteur eigentlich rotieren soll, aber schon seit Langem immer die gleiche Person ist. Seien es die Bezugsgruppensysteme bei Aktionen mit ihren SprecherInnenräten, die bei näherem Hinsehen vor allem als Kommandostrukturen für außerhalb dieser bestehenden, intransparenten Machtgremien fungieren. Oder seien es die großen „Instant“-aktionen, d.h. bis ins kleinste vorgekaute Menschenketten, Blockaden oder Märsche, bei denen die Einzelnen nur noch als Rädchen im System wirken. Sie verkommen zum telegenen Hintergrundbild der ohne Basislegitimation wirkenden SprecherInnen bei Medienkontakten oder Reden auf Demonstrationen.

Wer sich die verschiedenen Gruppen näher anschaut, nimmt Ähnlichkeiten in den Strukturen, Strategien und etliche immer wieder auftauchende Führungspersonen wahr.

Kommunikation und Kooperation entwickeln sich in einer Mischung aus formal-basisdemokratischer Struktur bei den durchorganisierten Aktivitäten, extrem ausgeprägten informellen Hierarchien und einer hohen Freiheit für alle Basisgruppen, sich nach ihren eigenen Überzeugungen zu strukturieren. Allerdings haben sie bei übergeordneten Vorgängen kaum Einfluss. Horizontale Kommunikation und Kooperation, d.h. die direkte Kontaktaufnahme und Absprache zwischen Teilgruppen und Personen sind innerhalb der großen Organisationen weder erwünscht noch mangels Kontakten einfach möglich. Die informelle Hierarchie propagiert das Pyramidenmodell von Bezugsgruppen und SprecherInnenrat als alternativlos und sichert sich damit die Kontrolle aller Abläufe. Diese Hierarchie war und ist gewollt, Jochen Stay forderte für jede Aktion des zivilen Ungehorsams einen „Kern“ an Personen, die „quasi FullTime“, also wie Hauptamtliche arbeiten und „durch klares Auftreten“ die Aktion prägen sollten. Ein TeilnehmerIn sollte sich hingegen auf die Rolle des Mitmachens, z.B. also „der oder die einzelne BlockiererIn sich wirklich aufs Blockieren konzentrieren“.



Aus Ulrike Laubenthal/Reiner Steinweg: „Kernpunkte der Gewaltfreien Aktion und wo in diesem Band mehr darüber steht“, in: Ulrike Laubenthal/Reiner

Steinweg (2011): „Gewaltfreie Aktion“, Brandes&Apsel (S. 12ff.)
Gewaltfreie Aktionen wenden sich gegen erlebtes oder geplantes Unrecht bzw. gegen Entscheidungen und Maßnahmen, die die Lebensqualität, die Unversehrtheit oder/und die Freiheit vieler Menschen beeinträchtigen oder stark bedrohen. Ihr Ziel ist zunächst die Dramatisierung von bis dahin wenig beachteten Konflikten und darüber die Veränderung politischer Verhältnisse oder Entscheidungen, sie richten sich niemals gegen die Personen, die diese Verhältnisse herbeigeführt haben oder unterstützen. ... Das Ziel ist nicht, den Gegner zu vernichten oder zu demütigen. Er soll nach und nach gewonnen und überzeugt werden. ...

Gewaltfreie Aktionen beruhen auf dem Widerstandsrecht gegen Unrecht und gegen Gesetze, die das Unrecht stützen, selbst wenn sie in repräsentativen Demokratien formal korrekt zustande gekommen sind. Die Wahrnehmung dieses Rechts zielt niemals darauf ab, die Rechtsordnung an sich anzugreifen oder zu beseitigen, sondern im Gegenteil, ihr auch in solchen Punkten zur Geltung zu verhelfen, in denen sie von den jeweils Mächtigen oder von Mehrheiten verletzt und ein »Leben in Fülle für alle« verhindert wird.

Aus Theodor Ebert: „Lexikalisches Stichwort: Gewaltfreie Aktion“, in: Ulrike Laubenthal/Reiner Steinweg (2011): „Gewaltfreie Aktion“, Brandes&Apsel (S. 159ff.)

Definition

Die gewaltfreie (direkte) Aktion ist eine traditionsreiche Methode der Konfliktbearbeitung. Zu ihr greifen Kontrahenten in Situationen, in denen es schwierig oder fast aussichtslos scheint, durch demokratische Verfahren einen Konsens über Gerechtigkeit und die dafür erforderlichen Wandlungen herzustellen. Die gewaltfreie Aktion hat

das Ziel, einen Konflikt so zu dramatisieren, dass sein Vorhandensein und die Unzulänglichkeit der herrschenden Konfliktregelungsmechanismen nicht länger ignoriert werden können. Das Ziel der gewaltfreien Aktion ist es, in Diktaturen oder Formaldemokratien die psychischen und die sozialen Bedingungen zu schaffen, unter denen erneut oder erstmals über Verhandlungen und demokratische Abstimmungen die Konflikte dauerhaft oder vorläufig geregelt werden können.

Die gewaltfreien Aktionen unterscheiden sich von gewaltsamen dadurch, dass ihre Protagonisten bei ihren dramatisierenden Maßnahmen die politischen Gegner und Unbeteiligte nicht verletzen, weder physisch noch psychisch. Lassen sich Sachbeschädigungen im Zuge der Aktionen nicht vermeiden, so wird – neben der Begrenzung dieser Sachbeschädigungen – darauf geachtet, dass die Akteure persönlich die Verantwortung für ihre Aktionen übernehmen. Die anonyme Sabotage ist keine Form der gewaltfreien Aktion. ...

Straßenkämpfermanieren, die sogenannte Notwehr und Täuschung, werden abgelehnt, weil sie bei den Trägern der Aktion, ihren Gegnern und den Beobachtern unerwünschte Reaktionen auslösen.

Jochen Stay: „Fünf Thesen zu den Erfolgsbedingungen eines massenhaften Zivilen Ungehorsams“, in: Ulrike Laubenthal/Reiner Steinweg (2011): „Gewaltfreie Aktion“, Brandes&Apsel (S. 205f.)

1. Die jeweilige Kampagne Zivilen Ungehorsams wird getragen von einem Kreis von AktivistInnen, die sich mit ihrer ganzen Kraft und quasi FullTime über Jahre für die Umsetzung ihrer Vision einsetzen.

...

3. Die Aktionen entwickeln sich zu einer Mischung aus effektiver Behinderung der Maschinerie und Ritual. ...

4. Die Mobilisierung zu den Aktionen ist nicht unverbindlich, sondern wird über Selbstverpflichtungs-Erklärungen letztlich sehr persönlich und verbindlich geführt. Dies ist ein oftmals stark unterschätzter Faktor. ...

5. ... es wird viel Aufwand betrieben, damit die organisatorischen Rahmenbedingungen so gut sind, dass der oder die einzelne BlockiererIn sich wirklich aufs Blockieren konzentrieren kann. Angebote, sich vor einer Aktion Zivilen Ungehorsams mit einem Training vorzubereiten, werden meist nur von einer Minderheit der AktivistInnen genutzt. Trotzdem entsteht so ein gut vorbereiteter Kern, der die Qualität der Aktionen durch klares Auftreten und gut funktionierende Gruppen steigert.

Auch die als Markenzeichen hoch gehaltene Basisdemokratie dient oftmals nicht der gleichberechtigten Beteiligung vieler Menschen, sondern eher der Verschleierung von Machtspielchen. Die jeweiligen Eliten bedienen sich gezielt ihrer Methoden, um eigene Interessen durchzusetzen. Per Dauerveto lassen sich unerwünschte AutorInnen aus „anarchistischen“ Zeitungen draußen halten – so in der GWR. An anderer Stelle, nämlich dem Wendlandcamp 2010, richtete sich ein Veto aus den Chefetagen gegen einen Workshop, der eigenständige Handlungsmethoden vermitteln sollte. Das war kein Einzelfall in der immerwährenden Strategie, Menschen uneigenständig zu halten, um sie zum Mitmachen bei den großen Instant-Aktionen zu verleiten. Compact und .ausgestrahlt als moderne Bewegungsagenturen haben diese Konzepte auf die Spitze getrieben. Veto-Machtspielchen können sich auch gegen andere Strömungen richten. So verhinderte X1000malquer mit eigenem

Veto vor „Erfindung“ des Streckenkonzeptes beim Castorprotest eine gemeinsame Aktionsabsprache, um dann mittels schlichter Macht des Faktischen (also einer klassischen Form der Gewalt) die optimale Aktionsfläche für sich durchzusetzen. Ohnehin werden Basisdemokratie und Konsens genau so lange hochgehalten, wie sie den Eliten nützen. Sonst wird schon mal „die Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip selten konsequent vollzogen“ und Zustimmung durch „Klatschen im Stile der staatssozialistischen Akklamation“ erzeugt. Die notwendige Rotation der SprecherInnenposten wurde im Gefecht aufgegeben und der ganze Aufbau mehr für Ansagen der informellen Führungsgruppen genutzt, d.h. dass „Moderation und Informationsweitergabe zusammenfielen“ – wie es in eigenen Berichten aus gewaltfreien Aktionen zu lesen ist.

Genau diese von Dominanzen durchzogene Basisdemokratie gilt noch als Propaganda einer vermeintlich gelebten anderen Gesellschaftspraxis und bildet so den Brückenschlag zur Anarchie. Weil sich die Strömungen der gewaltfreien GraswurzlerInnen als BasisdemokratInnen bezeichnen, suggerieren sie vor allem für sich selbst, die Idee der Anarchie zu verfolgen. Offen benennen sie das z.B. in der Graswurzelrevolution. So kommentierte Horst Blume in der Ausgabe März 2011 über eine Podiumsdiskussion in Münster, dass es dort zu einem Schlagabtausch zwischen „einem Anarchisten und KommunistInnen“ gekommen sei (S. 2). Gemeint war als Anarchist der GWR-Chefredakteur Bernd Drücke. Was der aussagte, stand auch im Artikel: „Mit Bakunin- und Malatesta-Zitaten unterstrich er die Notwendigkeit der Freiheit im Sozialismus und betonte Basisdemokratie und die Gewaltfreiheit als Mittel bei der Durchsetzung politischer Ziele„. Deutlicher kann das Bekenntnis zu diesen zwei Säulen kaum ausfallen – zumal in der eigenen Zeitung.

Allerdings wird der Bezug auf die Anarchie so versteckt, dass die wichtigste Zielgruppe, nämlich das gut situierte BildungsbürgerInnentum, davon kaum oder nichts mitbekommt. Das ist für die GraswurzlerInnen auch wichtig, denn kaum irgendwo sind Rechtsstaatfetisch und Anarchiehass so intensiv vertreten, wie unter denen, die im Namen von .ausgestrahlt, X1000malquer oder anderen Händchen halten oder ihnen Überweisungsträger ausfüllen.

Die Basisdemokratie der GraswurzelanarchistInnen verschleiert also interne, mitunter sogar krasse Hierarchien. Sie ist ein praktisches Mittel, um sich innere Opposition oder Kritik vom Hals zu schaffen. Mit dieser taktischen Einstellung zu den Prinzipien der Basisdemokratie stellen sie in Deutschland das Gegenmodell zur FAU dar. Hier eine abgehobene Führungsgruppe, mehr und mehr hauptamtlich organisiert, die ohne Legitimation im Namen der von ihnen selbst zusammengetriebenen Massen sprechen – dort eine Fast-Gewerkschaft mit hochverregelten Entscheidungsprozessen, die zwar die Organisation mitunter erstarren lässt, aber informellen Hierarchien wirksamer entgegenwirkt als der beeindruckend unkritische Umgang mit Führungsfiguren in den Graswurzel-Zusammenhängen.

- Politische Schwerpunkte: Massenkompatible Themen wie Anti-Atom, Frieden/Krieg und Gentechnik.

- Highlights: Große Events wie Menschenketten, Demonstrationen, symbolische Feldbefreiungen oder Entzäunungen.
- Medien: Graswurzelrevolution und Verlag. Mobilisierungszeitungen für große Aktionen. Starke Schnittstellen zu bildungsbürgerlichen Kreisen und deren Medien (FR, SZ, taz usw., staatlicher Rundfunk).
- Stärken: Flexibel, da ohne formalen Kern. Viele Basisgruppen ohne festes Label. Formloser Einstieg für Außenstehende möglich. Legalität wird nicht als qualitativer Wert betrachtet – verbal zumindest.
- Probleme: Dogmatische Beschränkung der Aktionsformen. Vereinnahmung der Aktivitäten durch wenige Personen, die als SprecherInnen auftreten. Instantaktionen, bei denen die Teilnehmenden zu reinen Erfüllungsgehilfinnen der VordenkerInnen gemacht werden.
- Theorie: Gewaltfreiheit und Basisdemokratie ersetzen als Dogmen eine intensive Herrschaftsanalyse. Keine erkennbare Abgrenzung gegenüber bildungsbürgerlichen Zielen wie „Stärke des Rechts“ oder Förderung der Demokratie. Nostalgisches Interesse für alte Experimente und VertreterInnen der anarchistischen Theorien.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Eine Debatte um horizontale Selbstorganisation findet nicht statt. Solche Vorgänge werden auch nicht unterstützt. Neigung zu gemeinsamen Verpflichtungserklärungen, Konsensen aller usw. beschneien innere Vielfalt und damit auch freie Vereinbarungen.

Konsens und Basisdemokratie, die als Organisationsstruktur und Entscheidungssystem tatsächlichen Hierarchien den Boden bereiten, werden durch die Gewaltfreiheit als reines Bekenntnis mit diffusum Inhalt mit einem Scheinideal gefüllt. Das dient der Identitätsstiftung und Abgrenzung nach außen. Eine kritische Würdigung der Ideologie von Gewaltfreiheit findet sich in einem gesonderten Kapitel.

Interessant sind noch zwei Blicke – einer zurück und einer voran. In beiden ist zu erkennen, welche Wirkungen das Fehlen an politischer Theorie und strategischer Organisationsdebatte haben. Die modernen Bewegungsagenturen wie Campact, .ausgestrahlt und die als materiell-informelle Basis im Hintergrund die Strippen ziehende Bewegungstiftung sind Schöpfungen von Menschen, die sich einst als AnarchistInnen fühlten und darstellten. Eine zentrale Rolle bei der Herkunft spielte die alte unabhängige Jugendumweltbewegung um 1990, die sich positiv auf die Anarchie bezog, aus der heraus aber fast nur bürgerliche Karrieren bestiegen wurden.

Ganz neu, nämlich erst Ende 2011, entstanden auch im deutschsprachigen Raum Occupy-Camps, -Aktionen und -Gruppen. Sie definieren sich als dogmatisch gewaltfrei und basisdemokratisch, zeigen aber (noch) nicht den Hang, beides als Ideologie auch gegenüber Anderen dominant durchzusetzen und mit ihnen Ausgrenzungen zu legitimieren. Da das Gemisch der Beteiligten keine Zuordnung möglich macht, gibt es zu „Occupy“ einen Absatz am Ende dieser Abhandlung.

Libertäre Basisgruppen und Einzelpersonen ohne ständige (Groß-)Gruppe

Neben den beiden genannten, großen Strömungen gibt es Gruppen und EinzelaktivistInnen, die sich anarchistisch oder libertär nennen und mit einem solchen Anspruch auch politisch arbeiten, aber keiner festen, größeren Vernetzung angehören. Das muss nicht aus Überzeugung geschehen, vielmehr hat es neben FAU und den gewaltfreien Gruppen weitere Gründungsversuche anarchistischer Förderationen gegeben, die allerdings mangels Masse oder Aktivität scheiterten bzw. ein unbedeutendes Dasein fristen – auch weil althergebrachte Organisationsansätze mit festem Namen, Label und Eintritts- bzw. Ausschlusskriterien angewendet werden sollten. Das aber war mit vielen der auf Autonomie achtenden Gruppen nicht zu machen. Übrig geblieben ist vor allem ein eher informeller Austausch zwischen libertären Basisgruppen schwerpunktmäßig im Südwesten des deutschsprachigen Raumes, die auch gemeinsame Aktionen durchführen, zu solchen mobilisieren und sich koordinieren. Noch stärker sind Vernetzung und Dichte anarchistischer Basisgruppen in der Schweiz. Wieweit das auch traditionelle Ursachen hat, ist schwer zu messen. Immerhin stammte der Kern der Delegierten in der Gründungsphase der Internationalen Arbeiterbewegung, die von Karl Marx und Anhang aus der noch jungen Organisation gedrängt wurden, aus dem Schweizer Jura – also der Region zwischen Basel und Bern. Die heutigen Gruppen sind aber überwiegend von jungen Menschen dominiert. Viele beziehen sich offensiv auf den Klassenkampf als zentrale Aktionsebene, z.B. im Bündnis „Kritik & Klassenkampf“.⁹

Wie viele Einzelinitiativen mit anarchistischem bzw. libertärem Anspruch es gibt, ist kaum abzuschätzen. Viele bleiben in ihrer Wirkung örtlich, thematisch oder von der Arbeitsform beschränkt, können dort allerdings durchaus einen hohen inhaltlichen Anspruch und nach außen wirksame Aktionen entwickeln, wie die Libertären Harburg, die „Libelle“ in Leipzig, Redaktionsgruppen in freien Radios, kleine Zeitungsredaktionen, Kochgruppen oder MedienaktivistInnen zeigen. Manche Gruppen treten hingegen gar nicht nach außen, sondern verharren als lokal organisierte Theoriezirkel mehr oder weniger in selbstgewählter Privatheit.

Durch die nur geringen Kontakte und Vernetzungen spielt auch die Debatte um Formen von Kommunikation und Kooperation keine besondere Rolle. Kontakte sind sporadisch, z.T. eher zufällig und einzelfallbezogen.

Ähnlichkeiten mit den beschriebenen Gruppen zeigen libertär orientierte, autonome Gruppen, Infoläden, manche Hausprojekte, Wagenplätze oder überwiegend kulturell genutzte Treffpunkte, in denen die anarchistische Ausrichtung zumindest über Symbole und Parolen sichtbar wird. Das gleiche gilt für KünstlerInnen, vor allem Musikgruppen von „Rotzfrecher Asphaltkultur“, anderen LiedermacherInnen bis

zu kreischenden Punkbands. Die Unterschiedlichkeit der AkteurInnen und Gruppen ist sehr hoch bei deutlichen Ähnlichkeiten in der Betonung von Autonomie, Selbstorganisation, Unabhängigkeit und einem ausgeprägten Hass auf Autoritäten – wenn all das auch oft nur Lippenbekenntnisse sind und in der Lebenspraxis der Beteiligten nur begrenzt wiederzuerkennen ist.

- Ein genauerer Steckbrief ist wegen der geringen Zahl von Vernetzungen bei gleichzeitiger Unübersichtlichkeit der verstreuten Einzelgruppen und -personen nicht möglich. Die fehlende Organisierungsfähigkeit und Vernetzung stellt aber auf jeden Fall ein zentrales Problem dieser Kreise dar.

Autonome

Eine größere, in den vergangenen Jahrzehnten phasenweise sogar recht handlungsprägende Strömung innerhalb herrschaftskritischer, politischer Bewegung sind die sogenannten „Autonomen“. Eine genaue Beschreibung fällt ähnlich schwierig wie für die AnarchistInnen, weil das Zerrbild des „Autonomen“ mindestens ebenso intensiv durch Bildzeitung, bürgerliche Medien und die ständigen Hetzmeldungen aus Polizei oder Innenministerien geprägt wird wie das der Anarchie als Inbegriff von Chaos und Verderben. Die HetzerInnen legitimieren damit immer autoritärere Gesetze, Überwachung und Polizeigewalt. Allerdings trifft die Hetze der Autoritätsgläubigen auf eine seltsame Entsprechung innerhalb vieler Gruppen, die dem Erwartungsbild mental voll entsprechen und intern einen Militanzfetisch aufbauen, der eine Umkehrung der ebenfalls fetischisierten Gewaltfreiheit bei entsprechenden Gruppen darstellt. Durch Kleidung, Sprüche, Symbole, ein ständiges Spekulieren über die eigene politische Verfolgtheit und – allerdings auffällig selten – auch Handlungen inszenieren sich viele als gefährlich und revolutionär. Sie schaffen damit eine Gruppenidentität. Typischerweise bricht diese Attitüde am 1. Mai auch als Straßenkampfdesign auf. Sonst sind die großen Mobilisierungen autonomer Gruppen eher auf den antifaschistischen Bereich fokussiert und hier kaum mit libertären Ideen verbunden – oftmals sogar mit dem genauen Gegenteil, wenn Demonstrations- oder Parteiverbote, härtere Strafen oder mehr Polizeigewalt gefordert werden.

Wegen des ausgeprägten Hasses der bürgerlichen Mitte auf die „Autonomen“ und deren Anspruch, sich in Leben und Protestform nicht auf die Spielregeln der Herrschenden einzulassen (wie es NGOs und fast alle politischen Strömungen im deutschsprachigen Raum sonst freiwillig tun – vom Vereins- bis zum Versammlungsrecht), haben Autonome in der bürgerlichen Öffentlichkeitsarbeit einen festen Platz. Als Inbegriff des Bedrohlichen füllen sie nicht nur Zeitungen und Magazine, sondern auch die regelmäßigen Verfassungsschutzberichte. Umfangreicher als in Eigenbeschreibungen lassen sich diese als „Definition“ der Autonomen und Beschreibung ihrer Größe nutzen. Denn willkürlich ist deren Zusammenfassung zu einer einheitlichen Gruppe ohnehin.

Immerhin sind verbindende Strukturen erkennbar – angefangen von Szenezeitschriften a la „Interim“ über Bücher und Buchreihen einschlägiger Verlage (z.B. Unrast oder Assoziation A) bis zu Kongressen, eigenen Blöcken auf Demonstrationen oder Konzeptpapieren. Seit einigen Jahren kommen Autonome in wenigen großen Städten zu sogenannten „Vollversammlungen“ zusammen. Deren Ergebnisse werden z.B. auf Indymedia (www.de.indymedia.org) veröffentlicht.

Zudem lässt ein typischer Kleidungsstil mit der dominierenden Farbe schwarz eine – mit Abweichungen im Detail versehene – Zuordnung von Personen sowohl insgesamt zu autonomen Spektren wie auch, z.B. durch bestimmte Accessoires an Kleidung oder Haaren, zu Teilspektren wie Punkautonomen u.ä. zu. Das schafft umgekehrt auch erkennbar eine Art kollektive Identität, ohne allerdings jemals zu klären, ein wie großer Teil der sogenannten „Autonomen“ es ist, der auf eine solche Schaffung identitärer Codes steht. Denn eigentlich verhält sich die über Kleidung und Verhaltensweisen geschaffene und ausgedrückte kollektive Identität widersprüchlich zu der Idee von Autonomie.

Es gibt aus dem Spektrum der „Autonomen“, verfasst in kleinen Gruppen oder von Einzelpersonen, etliche bemerkenswerte Beiträge zur Idee von Herrschaftsfreiheit und herrschaftsfreier Selbstorganisation. Da viele „Autonome“ wenig Lust auf theoretische Analyse haben und eine oft große Kluft zwischen politischer Aktion und Organisation einerseits und dem eigenen Leben andererseits besteht, ist zu befürchten, dass all diese Gedanken wenig Breitenwirkung haben, sondern eher einsame Rufe in der Wüste des identitär-symbolischen Daseins oder Aktivismus sind.

Thesen zur Autonomen Bewegung (1981)¹

Wir kämpfen für uns, andere kämpfen auch für sich, und gemeinsam sind wir stärker. Wir führen keine Stellvertreterkriege, es läuft über „eigene Teilnahme“, Politik der 1. Person. Wir kämpfen für keine Ideologien, nicht fürs Proletariat oder fürs Volk, sondern für ein selbstbestimmtes Leben in allen Bereichen, wohl wissend, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind!

Keinen Dialog mit der Macht! Wir stellen nur Forderungen, auf die die Macht entweder eingehen kann oder auch nicht. ...

Wir haben alle einen „diffusen Anarchismus“ im Kopf, sind aber keine traditionellen Anarchisten. Teile von uns sehen den Kommunismus/ Marxismus als eine Herrschafts- und Ordnungsideologie; er will den Staat, wir aber nicht. Andere meinen, daß es einen eigentlichen Kommunismus gibt, der nur immer wieder verfälscht worden ist. Einig sind wir darüber, daß alle aufgrund der Erfahrungen mit K-Gruppen, DDR, etc. große Schwierigkeiten mit dem Begriff Kommunismus haben.

Keine Macht für niemand! Auch keine „Arbeitermacht“ oder „Volksmacht“ oder „Gegenmacht“, sondern Keine Macht für Niemand! Mit der Alternativszene haben wir inhaltlich nichts zu tun, sind aber bereit, die Strukturen und technischen Mittel der Alternativszene zu benutzen. Uns ist klar, daß der Kapitalismus hier einen neuen Nebenzyklus von Kapital und Arbeit schafft, sowohl als Beschäftigungsfeld für arbeitslose Jugendliche, als auch als Experimentierfeld zur

¹ Aus: Der Stand der Bewegung, Lesebuch zum Autonomie-Kongreß 1995

Lösung anstehender sozialer Spannungen und wirtschaftlicher Probleme. Uneinig sind wir uns darüber, ob wir 'ne Revolte sind oder'ne Revolution wollen. Ein paar wollenne permanente Revolution, der Rest meint, das könne man dann gleich eine permanente Revolte nennen. Revolution ist für sie ein Fixpunkt, ab dem dann angeblich das Reich der Freiheit da ist. Und das gibt's ihrer Meinung nach nicht. Freiheit ist vielmehr der kurze Moment, in dem der Pflasterstein die Hand verläßt, bis zu dem Moment, wo er aufrifft. Einig sind wir uns darüber, daß wir zuerst nur zerstören wollen, kaputt machen, uns nicht positiv formulieren.

Wir haben keine Organisation an sich. Unsere Organisationsformen sind alle mehr oder weniger spontan. Besetzerrat, Telefonkette, Autonomen-Plenum, und viele viele kleine Gruppen, die sich entweder kurzfristig zusammensetzen, um irgendwelche actions zu machen auf Demos zusammen sind, etc. und langfristige Gruppen, die Sachen wie radikal, Radio Utopia oder irgendwelche ganz illegale actions machen. Es gibt keinerlei festere Strukturen wie Parteien etc., auch keinerlei Hierarchie. Die Bewegung hat z.B. bis heute noch keinen einzigen Exponenten hervorgebracht wie z.B. Negri, Dutschke, Cohn-Bendit, etc...

Aus den „Thesen zur Autonomie in unserer Bewegung“²

Wir kennen keine „politische Ebene“ die von unserem alltäglichen Leben getrennt wäre. Autonomie; d. h. Selbstbestimmung unseres Lebens. Also werden wir das Schicksal unserer lebendigen Bedürfnisse keiner institutionellen Ebene anvertrauen, auf der andere „für uns“ entscheiden. Das parlamentarische Spektakel gehört für uns zum Fernsehprogramm. Unsere Lebensweise hat unmittelbar politischen Charakter insofern wir uns der herrschenden Ordnung widersetzen.

Unsere Lebens- und Widerstandsformen sind antiinstitutionell. Soweit wir Beratungsorgane brauchen (z. B. Besetzerrat), werden sie nicht mit „Amtsträgern“ bestückt und sie haben auch keine Zwangsgewalt gegen Einzelne. Autonomie: d.h. auch Autonomie des Individuums. Wir sind keine homogene Einheit; unsere Gemeinsamkeit unterschlägt nicht die heterogene Vielfalt. Wir sind Chaoten!

Aus den „Thesen zur Autonomie“³

... 2. Das vorrangige Merkmal, nachdem die Autonomie gegenwärtige und künftige Verhältnisse, Strukturen und Gesellschaften beurteilt, ist das der Selbstbestimmung. Sie weiß, dass Freiheit als Bedingung der Selbstbestimmung nur existiert, wo Menschen die Kontrolle über ihr eigenes Leben, ihre unmittelbare Umgebung und ihre elementaren Lebensgrundlagen haben. Sie weiß auch, dass Freiheit in Gemeinschaft nur möglich ist, wenn die Freiheit Aller gleichermaßen geachtet wird. Keine_r ist besser qualifiziert zu entscheiden, wie gelebt werden sollte, als die Einzelnen selbst; ...

3. Autonomie sollte nicht mit absoluter Unabhängigkeit verwechselt werden. Keine_r befindet sich außerhalb von sozialen und gesellschaftlichen Verflechtungen, als soziale Wesen leben wir in einem Netz von Bindungen und sind zur Verwirklichung unserer Bedürfnisse ebenso wie zur Bewältigung unseres Alltags auf andere angewiesen. Es geht nicht darum, alle sozialen Abhängigkeiten zu zerschlagen. Vielmehr stellt sich die Frage, ob die Beziehungen und Verhältnisse, in denen wir existieren, fremd- oder selbstbestimmt zustande kommen und gestaltet werden, ob ihnen das Streben nach

² Aus der „radikal“ Nr. 98, 9/1981

³ Aus: Interim, Februar 2011

Emanzipation innewohnt und ob es uns allein oder mit anderen möglich ist, aus ihnen auszutreten, um neue und andere Beziehungen und Verhältnisse einzugehen. Selbstbestimmte Beziehungen existieren auch dann, wenn einzelne auf Teile ihrer Selbstbestimmung freiwillig verzichten. ...

12. Die Freiheit, für die sie kämpft, ist die immer umfangreichere Möglichkeit der Einzelnen, sich selbst zu verwirklichen, sich als Individuen zu verfestigen. Dieses zügellose Verlangen, dieses maßlose Streben lässt sich weder in einer Kommune von einigen dutzend „befreiter“ Quadratmeter einschließen, noch sich mit zwei, drei Beziehungen zufriedenstellen, die etwas weniger beschissen und autoritär sind. ...

14. Autonomie weiß, dass Herrschaft kein Zentrum hat, von dem aus alles gelenkt würde. Sie betreibt keine Hierarchisierung der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse. Herrschaft durchdringt soziale Verhältnisse auf allen Ebenen und reproduziert sich dort.

19. Autonomie ist das Gegenteil von Zentralismus, Kaderdenken, Avantgardepolitik, Autoritarismus, dem Stellvertreter_innenprinzip und den damit einhergehenden Ideologien wie z.B. Leninismus, Maoismus, Sozialdemokratismus etc. Sie entsteht auch aus der Erkenntnis, dass selbstbestimmte Kämpfe nur unabhängig von institutionalisierten Apparaten wie Parteien und Gewerkschaften etc. (und im Zweifelsfall gegen sie) und unter dem Verzicht auf Führung entstehen können.

20. Auch gegenüber nichthierarchischen Organisationen und ihrer Tendenz zur Institutionalisierung, zur Selbstbezogenheit und zur Konzentration auf das Eigeninteresse ist Autonomie mindestens miss-träuisch eingestellt. Dennoch ist sie keineswegs organisierungsfeindlich – um sich zu organisieren, benötigt sie nur keine Organisation, weder Logo, noch Namen, noch Statut. Autonome Organisation beruht auf libertären Prinzipien, d.h. auf der freien, nichthierarchischen, horizontalen Vereinigung. Sie bevorzugt die Vollversammlung, in der jeder für sich selbst sprechen kann. Wo diese nicht möglich ist, bedient sie sich der temporären Delegation mit imperativem Mandat'. Den libertären Organisationsprinzipien fügt sie die Erkenntnis hinzu, dass Organisation nur solange notwendig ist, wie sie einen von ihr selbst unabhängigen Zweck erfüllt, ansonsten ist sie überflüssig. Organisation als Selbstzweck ist der Beginn der Bürokratie, sie nimmt uns die Luft zum Atmen, reißen wir sie ein!

- Politische Schwerpunkte: Basisgruppen mit Mischung aus Aktion, Infoveranstaltungen und Gruppentreffen. Einmischung auch in lokale Themen und Mobilisierungen. Autonome Gruppen sind regelmäßig vor allem im Antifaschismus aktiv.
- Highlights: Gemeinsame, wenn auch kleine Kampagnen z.B. der Gruppen in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl. Autonome Mobilisierungen (1. Mai, Anti-Nazidemos). Einige nutzbare Treffpunkte und kleine (Frei-)Räume.
- Medien: Lokale Zeitungen, z.B. Feierabend in Leipzig, ZECK in Hamburg, Swing im Rhein-Main-Gebiet.
- Stärken: Unabhängigkeit, aber trotzdem eine gewisse Verbindlichkeit in den Basisgruppen.
- Probleme: Die Einzelgruppen sind bis auf wenige Ausnahmen kaum vernetzt und haben nur geringe Interventionsfähigkeit in gesellschaftliche Abläufe. Auf überregionaler Ebene gibt es in-zwischen – wie die modernen Bewegungsagenturen bei gewalt-

freien Gruppen – hochorganisierte Führungsgruppen, die fertig vorbereitete „Instant“-aktionen für Autonome anbieten und damit auch hier das Vakuum der Orientierungslosigkeit füllen (z.B. IL, Aktionen „Block G8“ oder „Castor?Schottern!“). Weit verbreitet sind ein inhaltsleerer Militanzfetisch, Mackerei und informelle Machtgruppen.

- Theorie: Zu großen Teilen Beschränkung auf Antifaschismus als Thema. In breiter aufgestellten Gruppen oft noch die Kritik an Arbeit und Sozialpolitik, dann Ähnlichkeiten mit anarcho-syndikalistischen Gruppen.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Eine Debatte um horizontale Selbstorganisation findet zwischen den losen Einzelgruppen und -personen kaum statt. In autonomen Zusammenhängen gilt die selbstorganisierte Kooperation zumindest verbal viel und führt neben einigen Theoriedebatten über die Organisation zu einer Ablehnung aller zentralen Gremien. Das wird in der Regel auch recht konsequent so gehandhabt. In einigen Städten und Regionen gibt es Vernetzungen mit gemeinsamen Absprachen.

Direct-Action und kreativer Widerstand mit emanzipatorischen Zielen

Ganz ohne irgendwelche Gruppennamen, und daher hier nur unter diesem beschreibenden Titel zusammengefasst, agieren weitere Kreise, in denen libertäre Ideen eine wichtige Rolle spielen. Sie geraten vor allem über spektakuläre Aktionen immer wieder in die Öffentlichkeit. Eine gemeinsame Theorie- oder Zieldebatte findet nicht statt, was eine der Schwächen darstellt. Viele Beteiligte haben wenig bis gar keine theoretische Fundierung und verschwinden deshalb schnell wieder aus den Aktivenkreisen.

Mit Selbstbezeichnungen wie „Vollzeitaktivistin“ (Zitat der als Buchautorin und aus Medien bekannte Hanna Poddig) und „Berufsrevolutionär“ (Aktivist und Buchautor Jörg Bergstedt als Berufsangabe in einem Strafprozess) oder KünstlerInnennamen wie „Eichhörnchen“ (Kletteraktivistin Cécile Lecomte) zeigen Einige auch nach außen an, dass die Aktion im Mittelpunkt ihres Lebens steht. Viele dieser unabhängigen AktivistInnen stehen anarchistischen Ideen sehr nahe. Sie stecken hinter Besetzungen von Tiermastanlagen oder Genversuchsfeldern, Blockaden des Castors, Kommunikationsguerilla, Kletteraktionen oder Kleinstsabotage, ohne dabei auf Hauptamtlichenapparate zurückzugreifen oder sich fest an Verbände zu binden. Sie verzichten bewusst auf gemeinsame Label, hierarchische Organisation und SprecherInnen, die sich als Stimme nach außen inszenieren. Anders als bei den gewaltfreien Aktionsgruppen und ihren Bewegungsagenturen bilden sie für jede Aktion personell neu zusammengesetzte Aktionsgruppen.

Schon die Aktion und ihre Durchführung ist ein wichtiges Ausdrucksmerkmal einer libertären Gesinnung. Statt zentraler Planung oder Vorgabe wird „Direct Action“ so definiert, dass sich die AkteurInnen selbst

viel Aktions-Knowhow aneignen, um dann eigenständig und nur in freier Kooperation bzw. gegenseitiger Hilfe statt zentraler Vorgabe aktiv zu werden. Das gilt für den gesamten Aktionsablauf einschließlich des offensiven Umgangs mit Polizei und Justiz. Das aus diesen Kreisen heraus geschaffene Selbst- und LaienverteidigerInnen-Netzwerk ist ein typisches Beispiel für diese Idee der Selbstermächtigung aller Beteiligten,

die als Ausdruck eines emanzipatorischen Widerstandes verstanden wird. Bei der Laien- und Selbstverteidigung wird versucht, die aktiven Menschen auch vor Gericht noch in der Hauptrolle zu sehen und sie nicht der oft deutlichen Bevormundung durch AnwältInnen oder Rechtshilfegruppen, verbunden mit einer unterwürfigen, Regeln akzeptierenden Strategie vor Gericht, zu überlassen.

Mehr zum Netzwerk
unter www.laienverteidigung.de/vu



Definition auf www.direct-action.de/vu

„Direct Action“ ist eine Form kreativen Widerstandes, die wir als Teil gesellschaftlicher Intervention gegen Herrschaft und Verwertung sowie als Eröffnung von Diskussionen um visionäre, emanzipatorische Gesellschaftsformen verstehen. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handlungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung, versucht aber, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...) oder das Gegeneinander aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

„Direkte Aktion“ ist mehr als nur mal hier eine Blockade oder da ein Steinwurf. Sie ist eine Methode, ein Aktionskonzept und eine Idee für eine Politikform, die nicht mehr nur Einzelnes angreift – aber auch mehr will als schwächliche Miniveränderungen innerhalb von umweltzerstörenden und menschenverachtenden Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen. Direkte Aktion will die Köpfe erreichen. Und den Kopf benutzen. Das erste Ziel einer direkten Aktion ist die Schaffung eines „Erregungskorridors“ in der Gesellschaft: Aufmerksamkeit, Irritation, Freude oder Wut sind alles solche Formen. Wie das erreicht werden kann, ist vielfältig: Kommunikationsguerilla, verdecktes Theater, Blockade von Castor-Zügen, Sabotage, Internet-Hacken usw. Wo die Erregung entsteht, ist dann Platz für politische Positionen und Visionen. Aber auch deren Vermittlung will durchdacht sein, d.h. Ideen für kreative Vermittlungsformen sind nötig. Direkte Aktion ist alles drei: Die kreative, direkte Aktion, der entstehende Erregungskorridor und die politischen Positionen/Visionen. Die Qualität entsteht auch durch Übung: In Workshops und Trainings kann über direkte Aktionen geredet und an konkreten Beispielen geübt werden, wie Langeweile und Wirkungslosigkeit politischer Arbeit überwunden werden kann.

Wichtig sind nicht wenige CheckerInnen irgendwo, die Mailinglisten, Internetseiten und wenige Bundestreffen als Ersatz für tatsächliche Handlungsfähigkeit aufrechterhalten, sondern eine breite Handlungsfähigkeit (Aktionen, Widerstand, politische Positionen und Visionen, Intervention und Widerstand im Alltag) überall.

Ulrike Meinhof

Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür Sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert.

Viele der unabhängigen AktivistInnen haben sich mit anarchistischen Theorien oder zumindest der Kritik von Herrschaft auseinandergesetzt. Überregional sichtbar sind ökoanarchistische Projekte wie die Zeitung „grünes blatt“ (früher auch: „Ö-Punkte“) oder die Debatte um „Umweltschutz von unten“,⁴ einige Projektwerkstätten (von denen es Mitte der 90er Jahre einmal ca. 50 gab), der Verlag SeitenHieb mit seinen Veröffentlichungen oder die Methodensammlung zum Dominanzabbau in politischen Gruppen und Bildungsarbeit namens „HierarchieNIE!“.⁵ Praktischer Widerstand und inhaltlich intensive Arbeiten schließen sich dabei nicht aus, wie die Recherche zu den Gentechnik-Seilschaften oder die Debatte um Klimaschutz von unten zeigen. Allerdings ist das die Ausnahme, weil viele AktivistInnen sich auf die Aktion und die Aneignung des Knowhows für diese beschränkten – wenn überhaupt. Oft stellen eher Abenteuer oder Coolness-Faktor besetzter Felder und Baustellen, die gelungene Castorblockade oder andere Aktionsereignisse einen kleinen Höhepunkt in der tristen gesellschaftlichen Normalität dar. Aneignung von Fähigkeiten oder theoretischem Hintergrundwissen unterbleiben. Solche Menschen sind oft nur wenige Monate, selten länger als zwei Jahre dabei und schaffen dann weitgehend bruchlos den Einstieg ins dann eigene bürgerlich-angepasste Leben.

Die Ergebnisse kreativer Entwicklung von Aktionsformen sind gut dokumentiert, vor allem in thematischen Readern, Heften und CDs mit vielen Tipps sowie im Internet (www.direct-action.de.vu). Große Massenmobilisierungen gelingen in diesen Kreisen selten, dafür erreichen die kleinen Runden mit ihrer Aktionen bemerkenswerte Aufmerksamkeiten. Hauptvernetzungstreffen war jahrelang der ehemalige Jugendumweltkongress, später als „Jukss“ mehr ein AktivistInnen- als ein klassisches Öko-Treffen. Einige Sommercamps und die Attac-Aktionsakademie sind weitere Orte von Vernetzung und Training.

Selbstorganisierte Kommunikation und Kooperation finden nur einzelfallweise im Zuge von Aktionen statt. Ansonsten dominieren Cliquen, die zeitlich befristet existieren und aus denen die Beteiligten mit dem Zerfall der Clique auch ganz aus selbstorganisierten politischen Zusammenhängen verschwinden. Der bislang letzte gemeinsame Versuch von Austausch, gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamer Aneignung von Knowhow war das aus dem Expo2000-Widerstand entstandene Hoppetosse-Netzwerk, von dem keine praktisch handelnden Reste mehr übrig sind. Theorien und Konzepte, die in diesen Zusammenhängen auftauchen, stammen von Einzelpersonen und haben kaum Wirkung.

- Politische Schwerpunkte: Direkte Aktion mit inhaltlicher Vermittlung. Die Benennung von Herrschaftsformen und Utopien im Zuge der Aktionen z.B. gegen Gentechnik, Atom, Krieg oder Fleischproduktion sind typisch.
- Highlights: Besetzungen und Sabotageaktionen. Kreativ-offensiver Umgang mit Repression. Trainings und viele Schriften mit praktischen Aktionsanleitungen.

4 www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

5 www.hierarchie.de.vu

- Medien: SeitenHieb - Verlag. Grünes Blatt. Internet. Lokale Schriften.
- Stärken: Unabhängigkeit und Vielfalt. Hohes Aktions-Knowhow. Keine Label oder übergreifenden kollektiven Identitäten. Hoher Anspruch an emanzipatorische Politikinhalt und selbstorganisierte Strukturen einschließlich weitgehender Unabhängigkeit von Geldflüssen und Verbandsapparaten.
- Probleme: Schlecht vernetzt. Oft eher un- als selbstorganisiert. Fehlende kontinuierliche Projekt- und Basisarbeit. Für viele nur eine kurze Phase im Leben, durchlebt in Cliques, wechselnden Beziehungen und ohne Aneignung von Theorie und Selbstorganisationspraxis. Nur wenig dauerhafte Infrastruktur, um deren Aufrechterhaltung sich auch nur Wenige kümmern.
- Theorie: Starke Unterschiede zwischen den Beteiligten. Individualanarchismus im Vordergrund. Die offene Organisation macht ein zeitweises Mitwirken ohne Kontakt zu Theoriendebatten und Eigenfortbildung möglich. Oft viel Aktion bei wenig inhaltlichem Background.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Eine Debatte um horizontale Selbstorganisation findet zwar statt, erreicht aber die vor allem in Cliques organisierten AktivistInnen ebenso selten wie überhaupt das Ringen um Theorien und Methoden der Organisation. Zur Schwäche wird die hohe Unverbindlichkeit, freie Vereinbarungen werden oft als lose Vereinbarungen nicht wichtig genommen und kaum eingehalten. Statt Kooperation selbstorganisierter Individuen neigen viele zur Bildung isolierter Minigruppen oder zur Vereinzelung in „Ich-AGs“ perfektioniertem und permanenten Widerstands.

Anarcho-Primitivismus und verwandte Richtungen

Aus der Kombination ökologischer, manchmal auch nur tierrechtlicher Ziele mit Ablehnung von Herrschaft entstanden und entstehen anarchistische Strömungen, die Zivilisation oder Teile davon als Ursache für Herrschaft und Unterdrückung zwischen Menschen untereinander und zwischen Mensch und Natur (bzw. Tieren) begreifen. Im deutschsprachigen Raum sind solche Strömungen aber, nach einem kurzen Höhenflug in den 90er Jahren, wieder weitgehend verschwunden. Stärker sind sie in anderen Teilen der Erde, vor allem im anglo-amerikanischen Raum. Eine der ersten, sich anarchistisch definierenden und mit entschlossenen Aktionen in die Öffentlichkeit tretenden Gruppen dieser Art war Earth first! Ihre Zivilisationskritik verband sich mit Entmündigungen des Menschen und einer Sympathie für Zwänge, die Menschen in ihre Ideologien bringen sollten. Das brachte Earth first! den Ruf ein, antiemanzipatorisch oder sogar rechter Gesinnung zu sein.

Auf Anarchopedia

Anarcho-Primitivismus (lat. primitivus „einfach“) bezeichnet die anarchistische Kritik an den Ursprüngen und Auswüchsen der Zivilisation. Primitivist_Innen sehen in der neolithischen Revolution von

der Jäger__Innen-Sammler__Innen-Gesellschaft zur agrikulturnellen Sesshaftigkeit den Ursprung sozialer Zwänge, Spaltung und Entfremdung. Sie treten ein für eine Rückkehr zu nicht-zivilisierter Lebensweise durch Deindustrialisierung, Aufgabe der Arbeitsteilung oder Spezialisierung und Verbannung jeglicher Technologie. Es gibt jedoch viele nicht explizit anarchistische Formen des Primitivismus und nicht alle Vertreter__Innen dieser Ideologie sehen den Ursprung zivilisierter Problematika im selben Phänomen.

Die Gedankenwelt des Anarchoprimitivismus konnte extreme Auswüchse haben. So fand der Chef der Freunde der Naturvölker, Hartmut Heller, „daß das Weltjudentum eine riesige Gefahr für die ganze Welt darstellt“ und es „keinen klaren Unterschied zwischen der Tierwelt und dem nackten Affen“ gäbe. Heller war glühender Anhänger von Vernichtungsideologien z.B. der Roten Khmer, sah Homosexualität als „Perversität“ und Migration als „globaler Mischmasch“.⁶

So extrem wie Hartmut Heller treten AnarchoprimitivistInnen selten auf. Viele kritisieren nur Teile technischer Entwicklungen. Meist fehlt ihnen eine brauchbare Theorie zu Herrschaft und Technik, so dass sie ihre Auffassungen an konkreten Alltagsbezügen ausrichten, z.B. der Ablehnung jeder Tierhaltung und -nutzung.

Einige haben das Bevölkerungswachstum zu ihrem Thema gemacht. Hier entstehen intensive Überschneidungen zu rechten Ideologien und bürgerlichen Positionen. Bei allen richtet sich die Kritik einseitig gegen die Zahl der Menschen⁷ und nicht ihre Art des Lebens und vor allem Wirtschaftens. Doch die Menge der Menschen allein würde weder Hunger noch auch nur annähernd so starke Klimaerwärmung, Rohstoffverbräuche oder Müllberge hervorrufen. Vielmehr sind es die hochvermachteten Verteilungsvorgänge und die vom Profitstreben geprägte Form industrieller Produktion. Seltsame Widersprüche rufen auch viele ZivilisationskritikerInnen hervor, die mit Handy, Auto und Laptop eher Cyborgs als edlen Wilden ähneln. Technikkritik und Anarchie sind so eher ein Lifestyle denn eine theoriegestützte Überzeugung. Da die zivilisationsablehnenden Strömungen im deutschsprachigen Raum nur kleine, aber sehr unterschiedliche und zudem meist zeitlich begrenzte Erscheinungen sind, ist eine einheitliche Darstellung nicht möglich.

Anarchie als Lebensabschnittsfährlichkeit: Lifestyle und modisches Protestdesign

Anarchie ist aber nicht nur eine gesellschaftliche Theorie, sondern auch ein Lebensgefühl, d.h. eine Ausdrucksform persönlicher Befindlichkeit. Das kann als Habitus, ausgedrückt in Sprache, Kleidung, Parolen ausfallen, ebenso können Musik, Drogen oder Formen des Zusam-

⁶ Quelle: Verschiedene Mails von Hartmut Heller (Fehler im Original), dokumentiert unter www.projektwerkstatt.de/anarchie/a_brd.html.

⁷ An dieser Stelle soll nicht bezweifelt werden, dass die Dichte der Bevölkerung, die riesigen Metropolen und die notwendige, intensive Landwirtschaft etliche Probleme schafft. Aus ökologischer Sicht wäre ein Rückgang der Bevölkerung vor allem in den dichtbesiedelten Industrienationen wie Deutschland durchaus begrüßenswert – wird aber ja gerade dort bekämpft.

menlebens prägend sein. Beides ist verbindbar, aber politisches Engagement ist für diesen gefühlten Anarchismus – manche nennen ihn „Bauchanarchismus“ – nicht notwendig. Das gilt auch für die Frage der Selbstorganisation im Alltag. Die Ablehnung der Gesellschaft geht überraschend wenig einher mit dem Versuch, sich unabhängig oder zumindest ohne die platten Zwänge ökonomischer Verwertung zu organisieren. Im Gegenteil stellt sich die Beziehung zur Gesellschaft ähnlich dar wie vorher zur eigenen „Mami“ (als Funktionsperson gemeint, zunächst mit dem versorgenden Elternteil identisch). So entsteht Protest gegen das, was als eigener reproduktiver Hintergrund hingenommen oder sogar eingefordert wird. Während vordergründig die Ablehnung der Autorität dominiert, herrscht verdeckt eine hohe Akzeptanz versorgender Fremdbestimmung. So wie Mami für Kleidung sorgt, das Haus nutzbar und den Kühlschrank voll hält, fallen Staatskritik und eigene Abhängigkeit von externen Strukturen im Leben vieler Mode-Anarch@s zusammen. Eine Aneignung selbstorganisierter Überlebensfähigkeit findet ebenso selten statt wie die Entwicklung eines Willens, das Leben selbst zu gestalten und sich zu entfalten. Das weist den Weg zurück in die Normalität, denn ohne entsprechendes Knowhow und einer Selbstorganisation als Alltagseinstellung ist das gegengesellschaftliche Leben viel zu anstrengend, um die ein- oder zweijährige Sturm- und Drang-Phase der jeweiligen Biographie zu überleben.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus Hamburg (S. 44)
»Die 1990er Jahre wimmeln von selbstgebastelten Anarchistinnen und Anarchisten, die, einmal abgesehen von ihrer blühenden Radikalrhetorik, einen Anarcho-Individualismus im Stile evangelikaler Sekten pflegen, den ich als Lifestyle-Anarchismus bezeichnen möchte. Dessen Überbetonung des Ego und seiner Einzigartigkeit sowie von polymorphen Widerstandsformen untergraben stetig den sozialistischen Charakter der libertären Tradition ... Ein Ad-hoc-Abenteuerer, persönliche Aufschneiderei, eine Aversion gegen jegliche Theorie sind den antirationalen postmodernen Neigungen merkwürdig verwandt. Theoretische Verworrenheit wird als Pluralismus ebenso zelebriert wie eine im Grunde apolitische, gegen jede Organisation gewendete Hingabe an die Imagination, wobei sich alles um Begehren, Ekstase und eine selbstverliebte Beschäftigung mit dem eigenen alltäglichen Leben dreht ...

Innerhalb der mit anarchistischer Symbolik aufgeladenen Protestsymbolik spielen popkulturelle Bezüge eine herausragende Rolle – allen voran Musik, aber auch Kleidung, weitere äußere Erscheinungsmerkmale, mitunter sogar bestimmte Modemarken der Szene, Drogen und ein gefühltes „Lebe wild und gefährlich“ im Alltag.

- Politische Schwerpunkte: Beschränkung auf parolenhafte Aussagen, einzelfallweise Beteiligung an Massenaktionen.
- Highlights: Subkulturelle Events.
- Stärken: Keine verallgemeinerbaren vorhanden. Unberechenbar, aber oft zu träge für gut organisierte, spontane Aktion.
- Probleme: Identitäre Allüren voller Symbole, Kleidermarken und Verhaltenscodes. Geringer Organisationsgrad. Wenig Aneignung von Lebens- und Aktions-Know-how, daher anfällig für Rückfall in vorgegebene Wege.

- Theorie: In der Regel frei von theoretischer Auseinandersetzung. Mitunter existierten oberflächliche, verbalradikale Bezüge auf Individualanarchismus.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Aus der Reduzierung anarchistischer Orientierung auf reine Wohlfühlco- des folgt kein Interesse an Konzepten und Organisierungsfragen.

Fallbeispiel „Occupy“

Im Herbst 2011 entstand überraschend eine besondere Ausdruckform spontaner Empörung, die als „Occupy“-Bewegung bekannt gewordenen Zeltlager vor Banken oder in Regierungsvierteln. Was zunächst als ungewöhnlich engagierte und direkte Form des Widerstandes wirkte, entpuppte sich als harm-, ziel- und methodenlose Ansammlung von Menschen, die an das Gute von oben und an die Kraft des guten Willens glaubten, der als einziger strategischer roter Faden im Campen, Kochen und Plenieren zu erkennen war.

Die Occupy-Camps in Deutschland boten ein bizarres Abbild des Zeitalters von Instantaktionen und Bevormundung seitens der Bewegungsagenturen und NGO-Vorstände. Denn die Wirksamkeit aller politischen Aktivitäten wurde immer stärker gemindert durch das fast völlige Fehlen von politischer Theorie, Alltags- und Aktions-Know-How in Kampagnen und Projekten.

Beteiligte und AugenzeugInnen der Occupy-Aktionen im englischsprachigen Raum berichteten von bemerkenswerten Unterschieden zur Situation in Deutschland. Vor allem in den USA würde deutlich mehr Entschlossenheit herrschen, die Herrschaft der Banken nicht nur folkloristisch zu begleiten.⁸

Aus einem Interview mit Jan Umsonst nach dem Occupy-Vernetzungstreffen in Frankfurt, in: Junge Welt, 23.1.2012 (S. 3)
Occupy ist ein Hort der Selbstorganisation. Darum fragt uns nicht nach Forderungen, denn wir wollen keine stellen. Das führt zu nichts. Wir wollen beginnen, das Leben selber zu verändern und demokratischer zu gestalten.

Aus einem Interview mit Alexis Passadikis,⁹ in: Junge Welt, 27.1.2012 (S. 8)
Die Occupy-Gruppen haben einen vorpolitischen Unmut ohne festgelegte Position und sind in dieser Hinsicht unerfahren. Bislang hat sich aus diesen Gruppen noch nicht tatsächlich ein politischer Akteur formiert. Demzufolge gibt es weder einen klaren Grundkonsens noch eine politische Verortung.

Aus einem Interview mit dem Frankfurter Occupy-Aktivistin, Jörg Aufderheide,¹⁰ in: Junge Welt, 31.12.2011
Die Bewegung ist pluralistisch. Natürlich gibt es Menschen, die sagen, wir wollen eine wirklich soziale Marktwirtschaft; wir wollen das

8 Kritischer Text zu Occupy: <http://ob-in-spe.de/2012/02/occupy-neuer-aufbruch-oder-desaster-der-hilflosigkeit/>

9 Er sitzt im Attac-Koordinierungsrat und bezeichnete sich als Pressesprecher des Klimacamps, ist also einer der Mitverursacher der bewegungsweit wachsenden Unmündigkeit in Organisation und Protest.

10 siehe Folgeseite

kapitalistische System erhalten, auch die Banken dürfen machen, was sie wollen, solange die Manager sich nicht exponentiell Geld in die eigenen Taschen stopfen. Es gibt andererseits auch die, die das ganze System am liebsten sofort abschaffen und zurück zur Pferdekutsche wollen. Die ganze Bandbreite gibt es, dazwischen tummeln sich alle möglichen Leute. Wir alle haben nur eins wirklich gemeinsam: Wir haben gemerkt, daß etwas nicht stimmt und eine Veränderung stattfinden muß. Da gilt das buddhistische Sprichwort »Der Weg ist das Ziel«. ...

Wir streben eine neue Gesellschaftsordnung an, in der Mensch, Tier und Natur sich glücklicher entfalten können. Das klingt jetzt spirituell?

Fast schon esoterisch...

Ich bin in dieser Hinsicht auch erstaunt über mich selber, denn ich komme aus einer sehr linken und revolutionären Ecke, und habe oft Probleme mit der Staatsgewalt gehabt, zum Beispiel bei Demonstrationen gegen Neonazis. Und ich habe eigentlich keine Lust, mich mit Behörden auf deren Niveau auseinanderzusetzen, aber das erstaunliche ist, daß sie plötzlich fast zu unseren Freunden gehören. Ich habe bisher immer gedacht, daß eine Revolution nur so stattfinden könnte, daß wir Panzer stürmen und uns die Straße gewaltsam zurückerobern. Aber in allen Ämtern, ob bei der Polizei oder beim Stromkonzern Mainova, überall sitzen Menschen, die ganz ähnlich denken wie wir.

Was mensch den Occupy-Aktiven zugute halten muss: Sie rangen nie um Hegemonie in politischer Bewegung, d.h. weder bei den von ihnen unterstützten kapitalismuskritischen Demonstrationen noch in der öffentlichen Debatte. Gleichzeitig aber sind sie, obwohl weitgehend ziel- und inhaltslos, von einer merkwürdigen Angst getrieben, der bürgerlichen Mitte irgendwie nicht zu gefallen. Offenbar schlägt die anmaßende Idee, die „99%“ zu repräsentieren (also alles von Links über BildungsbürgerInnen und neoliberale Mitte bis zu Rechtsextremen), in ein zwanghaftes Bemühen um, ja nichts zu tun, was irgendwie anecken könnte. Besonders richtet sich das gegen radikale Positionen und militante Orientierungen – selbst dann, wenn sie gar nicht präsent sind.

Aus dem Interview mit Jörg Aufderheide¹⁰

Kann es sein, daß die Obrigkeiten entschieden haben, die Leute vom Camp zu umarmen und auf diese Weise zu befrieden? Damit es aus deren Warte so aussehen muß, als ob es keinen Gegner mehr gibt und die Bewegung im Camp sich auf eine Art Gruppendynamik reduziert?

Ja, aber genau das wollen wir doch erreichen, daß sie uns umarmen. Wir wollen ja die 99 Prozent sein. ...

Wir müssen für Sicherheit und Gewaltfreiheit sorgen, auf diese Weise können wir gut mit dem Polizeipräsidium und der Stadt Frankfurt auskommen. Das hatte ich bisher noch nicht so erlebt. Wenn wir gegen Neonazis in Dresden protestiert hatten, kam die Polizei als

¹⁰ Personenbeschreibung in der Quelle: „Jörg Aufderheide, 33 Jahre, ist seit 15. Oktober Campbewohner der »Occupy«-Bewegung in Frankfurt am Main am Gebäude der Europäischen Zentralbank (EZB). Er ist Erziehungswissenschaftler, arbeitet derzeit bei der Firma Zero Projekt, die Hausmeisterdienste anbietet und ihm mit Bezahlung freistellt. Unabhängig davon – wie er betont – ist er Mitglied im Kreisvorstand der Linkspartei in Offenbach.“

Gegner. Im »Occupy«-Camp kommt sie morgens vorbei, klopfst uns auf die Schulter und fragt, ob wir eine ruhige Nacht gehabt haben.

Bericht „Occupy the World“ vom Starttag des Züricher Occupy, in: „di schwarzi chätz“, Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz, Nov. 2011 (S. 5)

Einige Hipster durchstreiften die Menschenmenge auf der Suche nach dem „schwarzen Block“ und wurden nicht müde zu erzählen, dass sie diese Leute sofort hinausstellen werden, falls sie es wagten hier aufzutauchen.

Debatten und Ringen um Herrschaftsfreiheit ohne A-Label

Der klassische Anarchismus überlebt heute überwiegend in Organisationsstrukturen, die Anarchie im Titel führen, tatsächlich aber basisdemokratisch strukturiert sind und recht alten Theorien der Herrschaftsfreiheit anhängen. Dazu gehörten die gewaltfreien Aktionsgruppen um die Graswurzelrevolution, die FAU und andere anarchistische Förderationen. Doch Herrschaftskritik und Utopiediskussionen sind nicht nur Sache der mit Anarchielabel behangenen Kreise. Ganz im Gegenteil finden seit vielen Jahren die vorwärtstreibenden Debatten um herrschaftsfreie Gesellschaft, Wirtschaft, Organisation, Kommunikation oder Technik in einer Vielzahl teilweise miteinander verwobener, aber zu großen Teilen namen- oder mindestens labellosen Netzwerken statt, die mit dem Begriff „Anarchie“ wenig am Hut haben. Beispiele für solche Theorieentwicklung, Diskussionen und kleine Versuche der Anwendung sind:

- Die Bücher und Debatten um Freie Kooperation, die phasenweise von der PDS (heute: Die Linke) aufgegriffen, inzwischen weitgehend auch in diese eingemeindet und dabei stark ihrer Inhalte beraubt wurden. Besonders bekannt sind die Werke von Christoph Spehr, vor allem „Die Aliens sind unter uns“ und „Gleicher als andere“. Spehr wurde später Linke-Landessprecher in Bremen, auch sein damaliges Umfeld der Debatte tummelte sich zu großen Teilen in Parteifunktionen.
- Diskussionen um Open Source, freie Gesellschaft und freies Wissen, angestoßen im Umfeld der freien Softwareentwicklung. Als Modell galt immer die Entwicklung des freien Betriebssystems Linux. Zwar sind viele weitere Computerprogramme auf diese Art entstanden und längst konkurrenzfähig gegenüber der marktwirtschaftlichen Software von Microsoft & Co., aber ein Übersprung in andere gesellschaftliche Verhältnisse ist bislang nicht gelungen.
- Experimente mit horizontalen Organisationen, Treffen, offenen Räumen, Entscheidungsfindung von unten oder kreativen Methoden in der Bildungsarbeit. Die umfangreichste Methodensammlung ist der HierarchNIE!-Reader. Experimentierfelder für diese Ideen waren der jährliche „Jukss“ (ehemals: Jugendumweltkongress) und sind Projektwerkstätten bzw. andere sogenannte „offene Räume“.

Hinzu kommen Basisgruppen, die sich als explizit herrschaftskritisch bezeichnen, für herrschaftsfreie Utopien eintreten und – das allerdings bereits deutlich seltener – mit kreativen, direkten Aktionen für solche auch kämpfen. Ein Beispiel ist die Gruppe Schöner Leben aus Göttingen.

Zu den bevorzugten Themen dieser Diskussionen gehört die Debatte um freie Kooperation und horizontale Kommunikation. Sie findet ihren Schwerpunkt und auch eine erkennbare Überhöhung in der Nutzung des Internets. Dort werden ständig neue Entwicklungen präsentiert und ausprobiert, während viele der AkteurInnen in ihrem praktischen Leben in einer beeindruckend biederer Normalität verharren. Zu praktischen Protestformen außerhalb der Computerwelt und einer Umsetzung von Alternativen im Lebensalltag reicht es selten.

- Politische Schwerpunkte: Debatten auf Kongressen und im Internet.
- Highlights: Größere Kongresse, Internetdebatten und Veröffentlichungen rund um die freie Software und unter dem Stichwort „Oekonux“.
- Stärken: In der Regel keine Label und kollektiven Identitäten. Unabhängige Diskussion.
- Probleme: Oft fehlt die Praxisorientierung.
- Theorie: Intensive Theoriedebatte, die meist in abgehobenen Bahnen verläuft. Sie hat mit dem Leben der Debattierenden ebenso wenig zu tun wie mit ihrer politischen Praxis.
- Kommunikation, freie Vereinbarung und Kooperation: Neue Formen von horizontaler Diskussion, Informationsaustausch und Streitkultur sowie freier Kooperation sind wichtiger Gegenstand der Debatte – ausprobiert aber weitgehend nur im virtuellen Raum. Viele dort organisierte Kooperationen, z.B. die Organisation von Konferenzen oder die Arbeit an Texten über das Internet funktionieren ähnlich gut wie die Entwicklung der freien Software. Hier wirkt sich aber auch die grundsätzlich höhere Zuverlässigkeit marxistischer und, durch längere Lebenspraxis, älterer Personen aus. Ein Teil der Gruppen nutzt bestehende Organisationen und Kongresse, z.B. der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).

Erscheinungsformen anarchistischer Strömungen

Unabhängig von der konkreten Orientierung zeigen sich Herrschaftskritik und anarchistische Ideen in einer Vielzahl von Ausdrucksformen – allerdings immer nur recht versprengt, da die Gesamt„szene“ klein und kaum vernetzt ist. Das Gedankengut sickert von dort als ständiger Tröpfchenfluss in die Gesellschaft oder politische Bewegungen. Herrschafts- und insbesondere hierarchiekritische Impulse beeinflussen immer wieder Diskurse ohne genau lokalisierbare Effekte.

Verbindliche Organisationen, Netzwerke und Basisgruppen

Große Verbände gibt es im deutschsprachigen Raum gar nicht. Mitgliederzahlen von einigen Hundert sind schon ungewöhnlich hoch. Gemessen an ihrer Kleinheit erreichen Aktionen und Mobilisierung zum Teile erhebliche Effekte. Massen lassen sich bislang aber nur aus dem gewaltfreien Spektrum wegen derer intensiven Vermischung mit bürgerlichen Kreisen und Ideen erreichen – allerdings auf Kosten inhaltlicher Qualität und Klarheit.

Typisch sind lose Basisgruppen, mitunter sogar ständig wechselnde Projektzusammenhänge und brüchige Netzwerke. Es gibt kaum gemeinsame Strukturen wie Aktionsplattformen, gemeinsam verwaltete Aktionsmittel oder Kommunikationswege. Meist beschränkt sich ihre Reichweite auf mehr oder weniger abgeschlossene Netzwerke oder informelle Zusammenhänge.

Treffpunkte und Events

Angesichts ihrer Kleinheit sind herrschaftskritische Gruppen überdurchschnittlich stark an öffentlichen Aktionen beteiligt – sei es der Protest gegen den Castor oder allgemein die Atomkraft, gegen Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen, Truppenübungsplätze oder die großen Treffen der Mächtigen, ob nun G8, IWF oder WTO. Während große Latschdemos und Menschenketten, die in den letzten Jahren wieder in Mode kamen, kaum Möglichkeiten des Austausches, der gemeinsamen Planung und Vernetzung bieten, schaffen mehrtägige Proteste mit ihren Camps phasenweise gute Chancen dazu.

Zudem gibt oder gab es Kongresse (z.B. CCC, Jukss, BUKO) und Camps, auf denen Ideen diskutiert, Projekte geplant und Aktionsknowhow vermittelt wird, die emanzipatorischen Ideen entsprechen. Nach einem Höhenflug rund um die Gipfelproteste 2001 bis 2007 haben die klassischen Sommercamps aber wieder an Bedeutung verloren. Das größte Treffen unabhängiger AktivistInnen, der über Silvester stattfindende Jukss, fand 2009/10 letztmals statt. Hier ist der Wechsel von Massenaaktionen mit zumindest teilweise gemeinsamer Vorbereitung zu den modernen Instantaktionen aus hauptamtlich geführten Bewegungenagenturen deutlich spürbar. Letztere brauchen keine Camps und Kongresse zum Austausch, sondern nur die Strategietreffen ihrer Führungspersonen und Hauptamtlichenstäbe.

Experimente und Keimzellen

Wie in jeder politischen Szene gibt es eine – allerdings nur kleinräumige – Kultur des Ausprobierens. Da die Idee der Herrschaftsfreiheit nicht nur für den gesamtgesellschaftlichen Rahmen gilt, sondern auch für die kleinen Ritzen des Alltags, liegt anarchistisches Experimentieren dort, im doppelten Wortsinn, besonders nahe. Daran gemessen ist die Zahl solcher Versuche allerdings bemerkenswert gering. Die meisten Men-

schen mit herrschaftskritischen bzw. anarchistischen Überzeugungen verbringen den größten Teil ihres Lebens weitgehend widerstandslos in völlig normalen, d.h. herrschaftsförmigen, oft zudem an Profit- und Verwertungsinteressen orientierten Verhältnissen – sei es an der Arbeit, in ihrer Wohnung, Familie, Verwandtschaft oder Vereinen.

Wo dann doch einmal Experimente gestartet werden, entpuppen sich diese schnell als halbherzig oder werden bei Krisen in den scheinbar sicheren Hafen bürgerlicher Normalität zurückgeführt. Ehemals besetzte Häuser, alternative Betriebe und die schnell einer Etablierung unterworfenen Organisationen und Parteien zeichnen davon eine abschreckende Geschichte. Gelernt wird daraus so gut wie nichts. Immer wieder starten neue Projekte mit erschreckender Naivität, vertrauen auf ein unreflektiertes „Uns kann das nicht passieren“ oder setzen sich gar nicht mit der Geschichte anderer Projekte oder theoretischen Zielen auseinander.

Der Wille, von der herrschaftsförmigen Normalität abzuweichen, ist dennoch vielerorts spürbar – wenn auch nur als verbalradikaler Rest. Vielerorts existieren Positionspapiere zu Herrschaftsfragen, nach außen wird auf die Besonderheiten hingewiesen, aber im Inneren mit dem eigenen Anspruch, der ja eigentlich noch besteht, aber sich so wenig umsetzt, gehadert. In den Alltag schleicht sich Routine ein, die immer stärkere Orientierung an äußeren Zwängen und Normen (z.B. als Betrieb profitabel zu arbeiten, als Hausprojekt auf Zahlungsfähigkeit der BewohnerInnen zu achten usw.) wird verdrängt.

Hinzu kommen Experimente, die eher unfreiwillig Modellcharakter für egalitäre oder offene Organisationsstrukturen erhalten. Prägnantes Beispiel sind die Elektrizitätswerke Schönau, die mangels politischer Unterstützung auf einen BürgerInnenentscheid setzen mussten, um das Ziel eines Stromnetzkaufes zu erreichen. Die Folge war eine hohe BürgerInnenbeteiligung an der Energieversorgung – eigentlich also ein perfektes Vorbild für alle, die gegen Privatisierung kämpfen. Interessanterweise aber hat das Experiment, obwohl sogar wirtschaftlich recht erfolgreich, wenig Nachahmung gefunden. Das zeigt, wie stark politische Bewegung im deutschsprachigen Raum an der Normalität orientiert ist und versucht, sich mit den jeweiligen Zielen innerhalb der bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse zu etablieren.

Betriebe, Verlage und mehr Projekte

„Small is beautiful“ war für viele der Projekte ein Leitspruch, die sich ganz oder auch als selbstverwalteter Betrieb organisierten. Der Wille, die Sache gleichberechtigt selbst in der Hand zu haben, setzte der Größe eine Obergrenze. Problematisch erwiesen sich schnell alle Versuche, in der sogenannten freien, vor allem aber unerbittlichen Marktwirtschaft zu überleben. Noch stärker an den eigenen Idealen zerrt das Bestreben, Menschen aus dem Betrieb heraus mit einem Lohn auszustatten, der ihnen das Überleben in der geldorientierten Normalität absichert. Experimente eines bewussten und kreativen Umgangs mit den Folgen der Ausrichtung auf Geschäfte mit Gewinn sind bislang selten erfolgreich

gewesen. Gänzlich scheitert der Versuch, mit scheinbar alternativen Organisationsstrukturen die Probleme von Wert- und Profitorientierung aufzufangen. Das bekannteste Beispiel ist der bis heute anhaltende Hype um Genossenschaften, die bei näherer Betrachtung nicht einmal von der Struktur her eine Enthierarchisierung bieten – in der Praxis stellen viele Genossenschaften ohnehin nichts anderes dar als gewinnorientierte Firmen unter vielen anderen. Das Gerede um die Vorteile von Genossenschaften verdeckt seit Jahrzehnten diese bittere Erkenntnis. Ihre Eigenständigkeit und experimentelle Strukturen konnten nur einige solcher Projekte halten, die nie dem Ziel der Gewinnerwirtschaftung dienten, sondern immer nur Mittel zum Zweck waren, um politische Ideen oder eigene Träume voranzubringen. Es kommt eben nicht auf die rechtliche Form als solcher an, sondern auf die tatsächliche Praxis – und einer darauf zielenden formalen Absicherung.

Entscheidungsmodelle: Räte, Konsens, Basisdemokratie und mehr

Ein Kennzeichen anarchistischer, libertärer oder herrschaftskritischer Zusammenhänge (die Begriffe bezeichnen ähnliche Ansprüche) ist das Ringen um Entscheidungsmodelle. Dahinter steht die Überzeugung, in ihnen offenbare sich die Herrschaftsförmigkeit einer Struktur. Bereits das ist fragwürdig, denn vieles an Dominanzen, Ungleichheiten und Zurichtungen findet außerhalb der formalen Entscheidungsfindungen statt. Sie schlägt auf undurchsichtige Art auf diese durch, wenn Menschen ihre Entscheidungen an diesen außerhalb des konkreten Entscheidungsprozesses geformten Erwartungshaltungen und Überzeugungen orientieren.

Prägend in der gesamten deutschsprachigen Szene anarchistischer oder dem nahestehender Gruppen sind basisdemokratische Entscheidungsmodelle. Die Theorie besagt, dass Gleichberechtigung in Abstimmungen entsteht, wenn alle Menschen gleiche Rechte in der Abstimmung haben. Deshalb soll möglichst alles an der Basis entschieden werden. Die Stimme des Einzelnen wird oft zusätzlich aufgewertet, in dem nach Konsens entschieden wird, d.h. alle Menschen müssen einem Vorschlag zustimmen oder sich dem zumindest nicht per Veto entgegenstellen. Der Theorie nach sind so alle Menschen gleich wichtig, niemand kann übergangen werden. Die Praxis sieht jedoch deutlich anders aus. Ähnlich der sich seit vielen Jahren hinziehenden Vorliebe für Genossenschaften als Betriebsform ist die Basisdemokratie ein formaler Rahmen, der Hierarchien nicht per se überwindet. Es ist recht einfach, schon in der Theorie der Basisdemokratie viele grundsätzlich mit der Idee von Anarchie und Herrschaftsfreiheit unvereinbare Aspekte zu entdecken. Die Praxis der Anwendung schafft dann weitere Gründe, Basisdemokratie äußerst kritisch zu sehen – das wird in einem gesonderten Kapitel näher beleuchtet.

Ein zusätzliches Problem entsteht, wenn Entscheidungen auf einer Ebene getroffen werden sollen, wo Treffen aller nicht mehr möglich oder nicht mehr sinnvoll sind. BasisdemokratInnen versuchen dann,

über Rätebildung und imperative Mandate eine Eigendynamik übergeordneter Gremien zu verhindern. Ihrer Theorie nach gelingt das auch – in der Praxis sieht es auch hier anders aus. Das wäre bei näherem Hinterfragen auch schon von der Theorie zu erwarten angesichts der Ausblendungen vor allem informeller Herrschaftsformen.

Gerangel um Einfluss, Pfründe und Aufmerksamkeit

Gänzlich im Gegensatz zu den hehren Zielen von Anarchie und Herrschaftsfreiheit steht die weit verbreitete Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen und Strömungen. Der Kampf um Mitglieder, Medienaufmerksamkeit und vor allem das Geld spendenbereiter BürgerInnen tobt auf einem absurden Niveau. Kontonummern sind wichtiger als Inhalte, der eigene Name oder das Label ebenfalls. Ausgrenzungsspiele sind Alltag – und bei medienmächtigen Aktionen und Themen läuft ein erbitterter Kampf um die Vereinnahmung der Menschen, die draußen auf der Straße Protest zeigen. BewegungsführerInnen umgeben sich mit Supportgruppen erfahrener, oft hauptamtlicher PR-Leute und inszenieren sich professionell als SprecherInnen von Menschen, die nicht einmal davon wissen, dass gerade ungefragt in ihrem Namen gesprochen wird, während sie per Schienenblockade den Atomzug aufhalten oder ein Armeegelände entzäunen wollen. Der Kampf um den Posten als Sprachrohr ist lukrativ: Namen sind Nachrichten – und wer sein Label in die Kameras oder auf die gut gelesenen Zeitungseiten bringt, erntet Zugriffe auf Internetseiten, Spenden und Beitritte. So ist der Alltag von BewegungsführerInnen regelmäßig vor allem von der Sorge um eigene und Verbandsegoismen geprägt – durchaus gepaart mit einer harten Ellbogenmentalität gegenüber konkurrierenden Gruppen oder solchen Strömungen, die sich dem ewigen Primat der Label und Spendenwerbung entgegenstellen.

Schmutzige Tricks sind im Hegemonialkampf an der Tagesordnung: Einzelfragen, die nur für bestimmte Kontexte von Bedeutung sind, werden zu Bruchpunkten, an denen sich alles entscheidet oder trennt (z.B. die Gewaltfrage). Gleichzeitig herrscht eine bemerkenswerte Akzeptanz oder Gleichgültigkeit gegenüber marktwirtschaftlichen Formen der eigenen Organisation oder Hierarchien. Das stärkt den Verdacht eines taktischen Umgangs mit Grundsätzen: Wichtig ist, was im internen Machtkampf nützlich ist. Das scheinbar so edle Credo „Der Weg muss dem Ziel entsprechen“ wird ausgegeben, um AbweichlerInnen im Zaum zu halten und eigene Vorstellungen durchzusetzen.

Aktuelle Theorieansätze.

Worüber AnarchistInnen nachdenken, wenn sie denken

Wer sich anarchistische Zeitungen, Internetseiten oder Treffen anschaut, stellt etwas Bemerkenswertes fest: AnarchistInnen sind nicht nur herrschafts-, sondern auch theoriefeindlich. Zwar prägen die Schriften alter TheoretikerInnen viele Büchertische und Textsammlungen, aber die meisten Menschen, die anarchistische Camps oder Kongresse besuchen, haben eine andere Beziehung zu „ihren“ Altvorderen namens Bakunin, Kropotkin, Rocker oder – ganz praktisch als Quotenerfüllung – Goldman als die MarxistInnen zu Marx, Engels oder Lenin. Zugegeben: Auch (nervig) viele der AnhängerInnen des Sozialismus oder Kommunismus kleben an den Klassikern und sind desinteressiert oder nicht im Stande, moderne Herrschaftsanalysen in ihre Gedanken und Handlungen einfließen zu lassen. Doch es gibt Strömungen und Diskussionskreise, die marxistische Ideen auf die heutige Zeit anwenden, fortentwickeln und mitunter sogar zu überwinden versuchen. Bei den AnarchistInnen sieht das schlechter aus: Ihnen fehlt es weitgehend an aktueller Theoriearbeit zu Herrschaftsformen, Zwangsmechanismen und Befreiung meist völlig. Die alten Klassiker liegen an den Büchertischen herum, ihr Verkauf schwankt mit dem „In“-Sein anarchistischer Symbolik. Doch eine Theoriearbeit, die sich auf neue Herrschaftsanalysen bezieht oder zumindest die klassischen TheoretikerInnen weiterentwickelt, fehlt. Mehr noch: Die führenden, sich anarchistisch nennenden Zeitungen „Direkte Aktion“ und „Graswurzelrevolution“ reagieren geradezu allergisch auf Texte mit theoretischen Neuerungen und Entwürfen. Sie halten dogmatisch an alten Konzepten fest, bejubeln lieber ihr langes Eigendasein als neue Ideen und glänzen beide mit der Zensur abweichender Positionen – obwohl solche Kritik eine wunderbare Chance zur Theorie-Weiterentwicklungen wäre.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 127)

Im Umkreis der alternativen Betriebe und Projekte wird eher pragmatisch verfahren. Das Fehlen weitergehender Perspektiven wird oft begleitet von einer Abneigung gegenüber theoretischen Erörterungen. So stößt man häufig dort auf politische Orientierungslosigkeit, wo nicht immer noch die alten marxistisch-staatssozialistischen Konzepte der Gesellschaftsveränderung dominieren.

Die wenigen – bisweilen sehr naiven – Versuche, eine Perspektive zu entwickeln, wie man über eine schrittweise Ausdehnung der Alternativökonomie, über die Herausbildung einer Gegenkultur und über die Ausweitung und Vernetzung von Selbsthilfeaktivitäten »dem System« wirksam Konkurrenz machen könnte, um es schließlich überflüssig werden zu lassen, wurden schon vor einer ernsthaften Diskussion so massiv kritisiert, daß es kaum noch zu den notwendigen Modifikationen und Einschränkungen kommen konnte. Vor allem die mit diesen Vorstellungen verbundenen Perspektiven einer dezentral

organisierten Gesellschaft und Ökonomie blieben weitgehend unbeachtet.

Angesagt ist vor allem der Bezug auf die bekannten ökonomischen, sexistischen und rassistischen Unterdrückungsformen sowie die abstrakten Kapitalbesitzverhältnisse. Sie sollen daher zuerst beschrieben werden. Danach folgen die vergessenen Herrschaftsformen. Ihre theoretischen Grundlagen werden hier nur kurz dargestellt, da mit „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ bereits eine Veröffentlichung vorliegt, die Herrschaftsverhältnisse und Perspektiven herrschaftsfreier Zukünfte umfangreich analysiert. Auf die dortigen Texte sei daher verwiesen.

Zu wenig: Das traditionelle Verständnis von Herrschaft

Die Welt wimmelt von Unterschieden zwischen den Menschen. Diese entstammen nicht nur der Individualität und Eigenartigkeit von Menschen, sondern auch aus sozialen Zwängen, systematischer Ungleichheit beim Zugang zu Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen, Diskursen und anderen Arten der Beeinflussung, die von privilegierten Gruppen gesteuert werden. Wer mit einem emanzipatorischen Anspruch Politik betreibt, also Herrschaft abbauen und auf eine herrschaftsfreie Utopie hinwirken will, muss diese Vielfalt an Formen der Unterdrückung, Verhaltenssteuerung und Fremdbestimmung aufdecken. Der Einsatz für Verbesserungen verspricht zwar punktuell Erfolg, nie aber sollte vergessen werden, dass es viele Formen der Beherrschung gibt und Befreiung an vielen Orten nötig und möglich ist.

Der überwiegende Teil anarchistischer Debatte um Theorie und Praxis, so diese überhaupt stattfindet, dreht sich um wenige, schon länger bekannte, d.h. „klassische“ Herrschaftsformen.

*Michail A. Bakunin: Gott und der Staat. Grafenau: Trotzdem Verlag
Bis jetzt war die ganze Geschichte der Menschheit nur ein beständiges und blutiges Opfern von Millionen armer menschlicher Wesen für irgendeine unerbittliche Abstraktion: Götter, Vaterland, Staatsmacht, nationale Ehre, geschichtliche Rechte, juridische Rechte, politische Freiheit, öffentliches Wohl.*

Erich Mühsam (1926): Staatsverneinung. In: FANAL, Jahrgang 1, Nummer 1, Oktober 1926

Es gibt keine andere Unterwerfung von Menschen unter die Macht anderer als ihre Fesselung in wirtschaftliche Hörigkeit. Das politische Zwangsinstrument dieser wirtschaftlichen Fesselung ist der Staat.

Aus Junge Linke: Kritik am Anarchismus⁰

Dafür, daß es AnarchistInnen um Herrschaftslosigkeit geht, ist ihre Theorie, was Herrschaft ist, oft erstaunlich schlicht. Herrschaft wird

⁰ Quelle: www.junge-linke.de/kritik_der_linken/kritik_am_anarchismus.html. Die Junge Linke ist eine marxistische Organisation, die mit diesem Text und thematisch ähnlichen Seminaren den Anarchismus denunzieren wollte. Daher weigerten sie sich auch, anarchistische TheoretikerInnen zu ihren Seminaren einzuladen, um ihre These der Theorielosigkeit, die über weite Strecken zutrifft, widerspruchlos verkünden zu können.

zumeist als reiner Zwangszusammenhang mißverstanden, d.h. die mittels eines Gewaltapparats aufrechterhaltene Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit. [...] Die Untertanen tauchen ausschließlich als Opfer staatlicher Gewalt auf.

Kategorien, aber keine Einheiten: Klassen, Geschlechter, Rassen

Anarchistische Theorie und Praxis beziehen sich immer wieder auf die klassischen Unterdrückungsformen. Diese fußen auf der Zuweisung vermeintlicher oder bestehender körperlicher oder sozialer Verhältnisse zu eindeutig abgrenzbaren Gruppen. Seit Jahrzehnten Gegenstand politischer Theorie und Kämpfe sind dabei drei Kategorien, die sich allerdings von ihrer Logik her grundsätzlich unterschieden. Rassen sind frei erfunden. Sie basieren auf einem willkürlich gewählten Körpermerkmal (Hautfarbe), ignorieren dabei andere Merkmale und insgesamt die Vielfalt von Merkmalen des Aussehens. Die ist vielmehr so groß, dass ihre Kombination jeden Menschen zu einer völlig einmaligen Erscheinung macht. Es gäbe, wenn Aussehen zu Kategorien führt, also bei 7 Milliarden Menschen genau 7 Milliarden Rassen. Da aber nur die Hautfarbe zählt (und nicht Augenfarbe, Haarwuchs, Armlänge, Bauchumfang, Ohrläppchenform oder was ansonsten noch mit der gleichen wissenschaftlichen Begründetheit – nämlich keiner – hätte ausgewählt werden können), gelang die Konstruktion von Rassen. Allerdings wurde selbst dann noch ausgeblendet, dass überall Übergangsformen möglich sind, d.h. schon bei der Hautfarbe kein Bruchpunkt erkennbar war, der eine Grenzziehung ermöglicht hätte. Es bedurfte daher einer konstruierten Rassentheorie, um – ideologisch unterfüttert – den Glauben in die Köpfe zu trichtern, es gäbe Rassen.

Nur leicht anders sieht es bei den Geschlechtern aus. Im gesellschaftlichen Alltag und in den, für die Ausbreitung gesellschaftlicher Diskurse wichtigen Schulbüchern und Kinderspielzeugen, ist die Welt einfach: Es gibt Männer und Frauen, also zwei Geschlechter. Näher betrachtet würde diese Zweiteilung zwar schnell ins Wanken geraten, denn in der gesteuerten Wahrnehmung werden die vielen Misch- und Übergangsformen regelmäßig ausgeblendet oder chirurgisch beseitigt, d.h. angepasst. Es sind nicht wenige Kinder, die nach ihrer Geburt zwecks Herstellung eindeutiger primärer Geschlechtsmerkmale erstmal auf dem Operationstisch landen.¹

Zudem stellt bereits die Fokussierung auf bestimmte, als primär benannte Geschlechtsmerkmale eine gerichtete Wahrnehmung dar. Denkbar wäre, mehr Merkmale aufzunehmen – und tatsächlich: Es gibt Regionen und Kulturen auf der Welt, in denen mehr Geschlechter eingeteilt werden. Außerdem können sich optische Zuordnung und gefühltes Geschlecht unterscheiden – auch hier ist dann rein willkürlich, dass die optische Zuordnung zur formal gültigen wird.

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Genitalangleichende_Operation

Aus Wikipedia zu Intersexualität (Quelle:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Intersexualit%C3%A4t>)

Die Idee, dass eine strikte Aufteilung aller Menschen in zwei Geschlechter (z.B. Adam und Eva) den natürlich vorhandenen Gegebenheiten nicht gerecht werde, ist nicht neu. In einigen Kulturen und Religionen werden Intersexuelle (oft zusammen mit Transgender-Personen) als Angehörige eines dritten Geschlechts betrachtet, wie die Two-Spirit vieler nordamerikanischer Indianerstämme, indische Hijras (humsafar: Erklärung der Untergruppen (Englisch)), die Khanith Omans oder thailändischen Katoys.

Obwohl Geschlechter und Rassen ganz erfunden oder mit hohem Grad an Willkürlichkeit zugeordnet sind, bilden sie den Ausgangspunkt sozialer Stigmatisierung und prägen Diskurse über vermeintlich einheitliche Eigenschaften. Die ungefragte Zuordnung und das Überstülpen sozialer Etiketten sind Formen der Herrschaftsausübung. Sie unterwerfen Menschen als ganze Persönlichkeit diesen Schubladen, in dem sie sie einerseits so behandeln und andererseits das Denken über sich selbst so beeinflussen, dass die Menschen regelmäßig tatsächlich zum Produkt ihrer Zurichtung werden, d.h. ihre Rolle annehmen. Dann betätigen und betätigen sie selbst den Diskurs.

Anders sehen die Verhältnisse bei der dritten großen Kategorie aus, die in den Debatten um Unterdrückungsverhältnisse benannt wird: Den Klassen. Sie beruhen auf dem Verhältnis zum Kapitalbesitz, also des Eigentums an Produktionsmitteln. Wer über dieses verfügt, kann es einsetzen, um für sich ein finanzielles Auskommen zu sichern oder gar Gewinne anzuhäufen. Wer keinen solchen Besitz hat, muss die eigene Arbeitskraft verkaufen, um im Kapitalismus das Überleben zu sichern. So würde sich die Welt in die besitzende und die Arbeiterklasse spalten, welche sich gegenüberstehen und, so wird mitunter behauptet, prinzipiell unterschiedliche Interessen haben. Befreiung sei daher ein Klassenkampf.

Nun weist dieses Einteilen auch hier eine Reihe von Fragwürdigkeiten auf. Da ist zum einen das Kriterium des Kapitalbesitzes. Das mag vor 200 Jahren, als FabrikbesitzerInnen ihren ArbeiterInnen gegenüberstanden, noch eine gewisse Berechtigung gehabt haben. Aber heute? Die meisten Firmen sind Kapitalgesellschaften oder Ähnliches, d.h. sie gehören nicht mehr konkreten Personen, sondern – welch Ironie – zu guten Teilen denen selbst, die sich von ihnen ausbeuten lassen. Die Topmanager und wenigen -managerinnen, die absurde Gehälter beziehen, weil sie andere Menschen mehr oder weniger erfolgreich ausbeuten, sind selbst auch keine KapitalbesitzerInnen, wohl aber die AntagonistInnen der ArbeiterInnen. Zwischen Chefetage und befehls-empfangenden Ausführenden gibt es jede Menge Übergänge. Eine klare Grenze ist nirgends mehr zu erkennen.

Zudem bilden die Sphären keinerlei Einheitlichkeit. Der Konkurrenzkampf um die Plätze ist oben wie unten gleich. Autoritäre und anti-autoritäre Charaktere, Machtmenschen und Softies, Nazis und AnarchistInnen – das alles gibt es auf allen Ebenen. Wenn sich auf den Straßen Dresdens am 13. Februar Nazis und Antifas prügeln, dann sind es beides vor allem Angehörigen der vermeintlichen „ArbeiterInnenklas-

se“. Stellen sich schlecht bezahlte, aber gut ausgerüstete Prügelcops dazwischen und dreschen im Zweifel auf beide anderen Gruppen drein, so gehören auch sie dieser Klasse an.

Das Ganze ist aber ohnehin löcherig: Mit den drei Kategorien, die mit dramatischen Unterdrückungserscheinungen verbunden sind, ist es nämlich nicht getan. „Triple oppression“, also die dreifache Unterdrückung, die sich auf die genannten drei Kategorien bezieht, ist immer noch zu wenig. Menschen werden nach Alter (stigmatisiert als „minderjährig“ oder „alt“), körperlichem Zustand („krank“, „verrückt“, „dick“ usw.), aus der Norm fallenden sozialen Verhaltensweisen („kriminell“, auch hier „verrückt“ usw.) oder anderen Merkmalen in Schubladen gesteckt und aufgrund dieser stigmatisiert. Für etliche dieser Unterdrückungsformen sind noch nicht einmal Fremdwörter oder Fachbegriffe geläufig – untrügliches Kennzeichen, dass sie noch nicht einmal im Bewusstsein angekommen sind.

Mensch kommt mit den groben, bis zur Verfälschung und Willkürlichkeit gehenden Einteilungen also nicht weiter, wenn die deutlich komplexeren gesellschaftlichen Verhältnisse erfasst, analysiert und verändert werden sollen. Das bedeutet nicht, dass es überflüssig ist, Rassismus, Sexismus und Klassenunterschiede überhaupt noch zu denken. Denn die gesellschaftliche Realität wird nicht nur von denen geprägt, die sie verändern wollen. Klassen, Rassen und Geschlechter werden gemacht. Die Befreiung der Menschen geht mit der Auflösung dieser – und weiterer – Kategorien einher. Solange sie oder ihre Voraussetzungen aber hergestellt, d.h. konstruiert werden, gehört die Zertrümmerung der Verhältnisse und Beziehungen, die die Kategorien herstellen, Menschen zuordnen und dann aufgrund der Kategorien in Rollen stopfen oder mit unterschiedlichen Möglichkeiten versehen, zur Praxis der Befreiung dazu. Daher sind Antisexismus, Antirassismus und Antikapitalismus längst keine Geschichte, sondern weiterhin bitter nötig. Aber eben nicht nur sie.

In der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ werden die klassischen und modernen Formen institutionalisierter Herrschaft näher beschrieben unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/institution.html



Ökonomische Gewalt: Profit, Wert und Eigentum

Der unterschiedliche Zugang zu Produktionsmitteln mag – zumindest heute – nicht mehr zu Abgrenzung von Klassen taugen. Er ist aber dennoch real und Teil von ökonomischen Verhältnissen, die systematisch ungleiche Möglichkeiten und damit Privilegien sowie Diskriminierung schaffen. Diese Formen ökonomischer Unterdrückung werden auch von ihren Mechanismen her bereits länger diskutiert, so dass sie an dieser Stelle zu den „klassischen“ Formen der Beherrschung gerechnet werden.

Dabei kann zwischen Zwängen, die das gesamte Geschehen und damit alle Beteiligten betreffen, und solchen, die nur bestimmte, nicht-privilegierte AkteurInnen im wirtschaftlichen Raum treffen, unterschieden werden. Ein alle im Zwangsgriff haltender Einfluss ist der nach ständiger Wiederverwertung drängende Wert aller Sachen. Im Kapitalismus ist der Sinn alles Wissens, aller Produktionsmittel und Produkte sowie der des universellen Tauschmittels Geld, wieder der Verwertung zugeführt zu werden in der Hoffnung, dass sich der Wert dadurch ständig erhöht. Geld soll zu mehr Geld gemacht werden, Produktionsmittel müssen Produkte erzeugen, die sich zu – in Geld messbarem – Wert machen lassen. Und all das immer fort.

Diese ständige Wertlogik kann auch als Profitorientierung oder -zwang beschrieben werden: Kapitalistische Wirtschaft bedeutet nicht Bedürfnisbefriedigung, sondern schafft eine endlose Spirale der ständigen Erzeugung neuer Werte durch alten Wert. Ständig müssen neue Profitquellen erzeugt, weitere Lebensbereiche der Profitlogik unterworfen (aktuell: Patente auf Leben, Zertifikate für Luftnutzung, Weltraumreisen und Protestagenturen) und der Umsatz erhöht werden. Innerhalb dieser ewigen Zwangsmaschine zur Verwertung aller Dinge und der menschlichen Denk- und Arbeitskraft bestehen massive Unterschiede zwischen den Beteiligten aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihrer Abschlüsse, ihres Besitzes, ihrer Zuordnung zu Kategorien wie Geschlecht oder Rasse, ihrem Alter und vielem mehr. Der Zwang zu Verwertung

und folglich zu Profit trifft zwar alle, aber in unterschiedlicher Weise. So schaffen die ökonomischen Verhältnisse Hierarchien und damit Unterdrückung. Sie schaffen Privilegien und damit als Kehrseite auch Diskriminierung. Sie schaffen Eigentum und damit einerseits Reichtum, andererseits Elend und verschiedene Abhängigkeiten.



Die Seite zu Produktivkraft und ökonomischer Beherrschung bei „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/produktiv.html

Verschlafen oder vergessen: Moderne Herrschaftsanalyse

Die bisher genannten Herrschaftsverhältnisse sind in politischen Protestbewegungen weitgehend bekannt, wenn auch bei weitem nicht überall das Wissen in eine angemessene Praxis mündet. Wer eineN AnarchistIn befragt, welche Herrschaft bekämpft werden soll, so ist bei den meisten wahrscheinlich, dass – neben mehr oder weniger differenziertem Hass auf „die da oben“ – die Unterdrückung von AusländerInnen, Frauen und Nicht-Heterosexuellen sowie Nicht-KapitalbesitzerInnen benannt würde. Schwieriger wird es, die verschiedenen Formen in Zusammenhang zu bringen. Meist stehen sie so lose nebeneinander, wie auch die Teilbereichsbewegungen nur selten miteinander zu tun haben oder sich gegenseitig missionieren, dass ihr jeweils behandeltes Thema doch das wichtigste und deshalb auch von anderen zu verfolgen sei. Wirre Erwartungen wie die, dass mit Überwindung des

Kapitalismus die Befreiung von Frauen, Nichtdeutschen usw. automatisch einhergehen würde, wechseln mit Weltuntergangspsychologie, die Umweltzerstörung hätte so dramatische Folgen, dass jetzt wichtig sei, dass erstmal alle dieses Problem bekämpften, bevor es wieder in die Teilbereichskämpfe zurückginge. Das legitimiert – nicht zu selten – rückwärtsgewandte, anti-emanzipatorische Strategien, wenn z.B. die Frauen am Herd gegen Müllberge aktiviert oder die EinwohnerInnen des am dünnsten besiedelsten Kontinents (Afrika) zu Sündenböcken einer vermeintlichen Bevölkerungsexplosion gemacht werden.

Zwar tauchte in den 90er Jahren eine neue Begrifflichkeit auf, die vermeintlich das Zusammenhängende von Beherrschung in seinen verschiedenen Facetten bezeichnen sollte. Doch diese „Unity of Oppression“, stark gemacht vor allem aus der aufkommenden Tierrechtsszene, die den drei vorhandenen eine vierte Kategorie, die der Unterdrückung nicht-menschlicher Tiere, hinzufügen wollte, war wieder nichts anderes als die Aneinanderreihung von Unterdrückungsverhältnissen unter weitgehendem Verzicht auf eine Analyse, was denn da eigentlich abgeht bei der Schaffung von Kategorien, bei der Durchsetzung und Sicherung von Privilegien und der Erzeugung von Abhängigkeiten.

Das wäre eigentlich Sache von AnarchistInnen gewesen. Schließlich müsste, wer eine herrschaftsfreie Gesellschaft will, doch besonders motiviert sein, genauer zu erfassen, was denn diese Herrschaftsformen ausmacht, wie sie wirken, entstehen und ob sie überwunden werden könnten – und wie. Doch weit gefehlt. Neuere Theoriebücher sind auf anarchistischen Büchertischen höchst selten, die wenigen anarchistischen Zeitungen beschränken sich, wenn sie überhaupt theoretische Texte bieten, auf die klassischen Kategorien der Unterdrückten und in anarchistischen Gruppen ersetzt oft die Parole das Nachdenken. Ein dringend erforderliches Update anarchistischer Debatte und Praxis beginnt daher mit der Auseinandersetzung über die Komplexität, Ursachen und Wirkungsmechanismen von Herrschaft – ohne beim jetzigen Stand stehenzubleiben. Es wäre ein wichtiger Beitrag eines lebendigen Anarchismus, aus einer radikalen, herrschaftsfeindlichen Perspektive heraus die Debatte mitzuführen, voranzutreiben und immer wieder darauf zu bestehen, sich nicht mit Teillösungen für Teilprobleme zufriedenen zu geben. Sie können als Schritt in die richtige Richtung sinnvoll sein, ohne das größere Ganze aus dem Auge zu verlieren. Wird aber eine Verbesserung im Detail zur Legitimation oder Stärkung der allgemeinen Herrschaftsverhältnisse, so bedarf es einer klaren Kritik. AnarchistInnen sind nicht die Einzigen, die das aus ihrer Sichtweise heraus so vollziehen können. Aber es wäre typisch für sie. Ihr weitgehendes Fehlen ist daher eine Schwächung emanzipatorischer Positionen.

Im Folgenden sollen nun weitere Herrschaftsformen beschrieben werden, die bisher oft vergessen wurden, deren Überwindung aber notwendig ist auf dem Weg der Emanzipation.

Diskursive Herrschaft

Nicht der Polizeiknüppel, auch nicht eine Dienstanweisung des Arbeit-„gebers“, sondern schlicht gar kein formaler Zwang bringt uns dazu, in bestimmten vorgegebenen Bahnen und Normen zu denken. Dass wir

Menschen in zwei Geschlechter einteilen, uns für Deutsche oder wahlweise einer anderen Nationalität zugehörig halten (und Andere nicht!), zwischen krank und gesund unterscheiden, Strafen und Knäste für notwendig erachten oder im dunklen Wald mehr Angst vor Kriminalität haben als in der Diskothek, basiert weder auf Erfahrungen noch auf überprüfbaren Zahlen – erst recht aber nicht auf einem direktem Zwang, das zu den-

ken. Wir tun das quasi freiwillig in dem Sinne, dass wir keine direkten Nachteile erfahren würden, wenn wir es anders denken. Es könnte sogar von Vorteil sein, z.B. würde es die Gefahr krimineller Übergriffe verringern, sich mehr im Wald und weniger in Diskotheken (oder Familien, kirchlichen Heimen usw.) aufzuhalten.

Doch es kommt einem fremd vor, im Denken abzuweichen von dem, was scheinbar wahr ist, weil es alle denken und für wahr halten. Dabei sind fast alle Überzeugungen, Wertungen und Deutungen künstlich erzeugt. Sie entstammen meist nicht den Köpfen einzelner Autoritäten, sondern sind ein ständiger Fluss von Informationen und der mit ihnen verbundenen ideologischen Deutung. Solche Diskurse sind mächtige, kollektiv getragene Gedankensysteme. Sie beruhen nicht auf unveränderbaren Gesetzmäßigkeiten, sondern folgen Zeitgeist und der Steuerung durch privilegierte Kreise. Medien, Bildung und Politik sind drei Beispiele solcher Zentren, in denen wesentlich geprägt wird, was dann das allgemeine Denken ausmacht.

Aus Bakunin, Michail: *Gott und der Staat* (Nachdruck 1995 im Trotzdem Verlag, S. 82 f.)²

Die menschliche Individualität, ebenso die der unbeweglichsten Dinge, ist für die Wissenschaft gleichfalls unfaßbar und sozusagen nicht existierend. Deshalb müssen auch die lebenden Individualitäten sich gegen sie verwahren und schützen, um von ihr nicht wie das Kaninchen zum Nutzen irgendeiner Abstraktion geopfert zu werden; wie sie sich gleichzeitig gegen die Theologie, gegen die Politik und gegen die Rechtswissenschaft verwahren müssen, die alle gleichfalls an jenem abstrahierenden Charakter der Wissenschaft teilhaben und das unheilvolle Streben besitzen, die Individuen dem Vorteil derselben Abstraktion zu opfern, die nur mit verschiedenen Namen belegt wird; die Theologie nennt sie die göttliche Wahrheit, die Politik das allgemeine Wohl, die Rechtswissenschaft die Gerechtigkeit.

Eng verbunden damit sind das Ringen um Wahrheit und Definitionsmacht. Denn die Fähigkeit, das Wahre definieren zu können, verhilft zu bemerkenswerter Macht via Beeinflussung der Menschen, die von der

i Seite zu Diskursen bei „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/diskurs.html

² Im Internet: www.anarchismus.at/txt2/bakunin6.htm

Wucht der Wahrheit erdrückt werden. Sie wagen ihre abweichende Auffassung nicht mehr zu formulieren oder verdrängen sie, die ja, wenn der vermeintlichen Wahrheit entgegenstehend, als falsch gebrandmarkt ist.

Auch hierzu findet sich ein Abschnitt bei „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/logik.html



Kollektive Identitäten und Vereinnahmung

Ganz ohne direkten Zwang, wohl aber über massive Beeinflussung und Diskursbildung werden kollektive Identitäten geschaffen. Diese funktionieren über den Mechanismus von Ein- und Ausschluss, Dabei- und Draußensein, Dazugehören und nicht, Innen und Außen. Nur selten sind sie mit Formalien verbunden, wie der Nationalität oder einer Vereinsmitgliedschaft. Wichtiger als Formales ist die Produktion des Wir-Gefühls und die Konstruktion von Merkmalen, welche angeblich für die eigene Gruppe oder „die Anderen“ typisch sein sollen. Kollektive Identität entsteht über das Gefühl des Wahrheitsgehaltes solcher Deutungen, die sich aber tatsächlich nur durch gerichtete Wahrnehmung verstetigen. Wer von der Richtigkeit z.B. einer typischen Verhaltensweise einer abgegrenzten Gruppe ausgeht, wird diese mit hoher Wahrscheinlichkeit in ihr auch immer wieder entdecken.

Jeder Mensch lebt in verschiedenen kollektiven Identitäten. Es ist möglich, diese zu demaskieren und für sich selbst aus dem Denken zu streichen, dennoch bleibt die Wirkung auf das Außen und die Vereinnahmung. So kann, wer deutsch spricht und so aussieht, wie Bio-Deutsche* (bei aller Unterschiedlichkeit) durchschnittlich so aussehen, nicht verhindern, von anderen als Deutscher wahrgenommen zu werden. Ebenso wenig ist zu verhindern, dass privilegierte Andere im Namen aller Deutschen, also auch von einem selbst, irgendwelche Erklärungen abgeben.

Möglich ist zwar, sich bewusst als „multikulturelles“ Wesen zu begreifen, d.h. verschiedenen Identitäten zugehörig bzw. im Laufe der Zeit, oft schon des Tagesverlaufs wechselnd. Gänzlich beenden lassen sich die Mechanismen der Zuordnung zu Gruppenidentitäten und die Vereinnahmung durch irgendwelche SprecherInnen der kollektiven Identität aber nicht allein durch eigenes Erkennen des Problems. Die Zerschlagung kollektiver Identitäten ist eine anstrengende Sache, denn sie werden durch diskursiv erzeugte Wahrheiten und formalisierte Privilegien gespeist.

Abschnitt zu „Wir“-Gefühl und kollektiven Identitäten bei „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/wirundalle.html



Bio-Deutsche: Der Begriff meint Deutsche nach Abstammungsrecht. In der BRD gilt die-/derjenige als deutsch, welcheR von deutschen Eltern abstammt (Bluts-Nationalität).

Funktions- und Deutungseliten

Im Fokus vieler Herrschaftskritiken stehen formale Machtinstanten, oft grob als „Staat“ oder „Kapital“ zusammengefasst. Eine genauere Beschreibung, wie die funktionieren, worauf ihre Macht beruht und wie sie wirkt, folgt seltener. So fehlen meist Analysen, wer in dieser Gesellschaft wie Einfluss ausübt und über Privilegien verfügt. Diese auf formale Posten oder Besitz an Produktionsmitteln zu beschränken, ist nämlich höchst unvollständig. Tatsächlich gibt es unzählige Stell-schrauben, an denen gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden können. Wer formale Gewalt hat, kann deshalb noch lange nicht am besten Diskurse beeinflussen. Das können Medien und Bildungseinrichtungen am besten, deren führende Figuren folglich eine prägende Rolle im Konzert der Mächtigen einnehmen. Andere verfügen über bessere Beziehungen, vernetzen verschiedene Sphären oder setzen mit populistischen Zuspitzungen auf die Macht der Demagogie.

In einer Gesellschaft der Deutungen und Funktionen bilden solche Menschen die Elite. Das schafft eine offene Sphäre der Privilegierten, zu denen natürlich weiterhin die Besitzenden oder – heute ja häufiger – VerwalterInnen und EntscheiderInnen über Produktionsmittel sowie die InhaberInnen formaler Macht in Regierungen, Behörden und Gerichten gehören.

Mehr zu Funktions- und Deutungseliten bei „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ (auch für die folgenden Absätze)



unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/institution.html

Alters- und Bildungspyramiden

Dass die drei Hauptkategorien, gegen deren Diskriminierungswirkung sich „linker“ Protest hauptsächlich richtet (Klasse, Geschlecht, Rasse), nicht alle Unterdrückungsformen widerspiegeln, wurde bereits erwähnt. Tatsächlich stehen in dieser Gesellschaft viele Pyramiden nebeneinander und überlagern sich. Menschen werden nach vermeintlichen Merkmalen sortiert und gestuft. Das gilt für Alter, Abschlüsse, Titel und zertifizierter Bildungsgrad, Sprache und Rhetorik, Kleidung und viele soziale Codes.

Metropole und Peripherie

Schließlich sei als Beispiel noch das Gefälle zwischen den Zentren von Verwaltung, Kapital und Kultur zu den dünner besiedelten Außenräumen benannt. Letztere dienen der materiellen Reproduktion der Metropolen. Hier werden Rohstoffe gewonnen, gleichzeitig müssen sie das Ausgeschiedene der Metropolen aufnehmen. Dieses Prinzip verändert sich auch nicht, wenn innerhalb von Metropolen Teilzonen ausgegliedert und zu Peripherien erklärt werden, z.B. Ghettos oder Gefängnisse. Ebenso wenig ändert sich das Prinzip, wenn sich in globalen Peripherien, z.B. armen Ländern, einzelne Metropolen bilden. All das

führt nur zu einer komplexeren Überlagerung und Ineinander-Verschachtelung, löst aber das Verhältnis von Metropole und Peripherie nicht auf. Dieses stellt im Großen etwas Ähnliches dar wie die Rollenverteilung in der patriarchalen Kleinfamilie, wo die Frau das reproduktive Hinterland des fremdbestimmt Arbeitenden war (der absurderweise „Ernährer“ genannt wurde, obwohl diese Tätigkeit ihm nun gerade nicht zufiel).

Texte zur modernen Herrschaftsanalyse

Verlinkt auf www.anarchie-debatte.de.vu:

- Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ mit Text zu institutionellen und diskursiven Herrschaftsformen
- Autonomie & Kooperation – die Säulen einer herrschaftsfreien Welt
- Herrschaft-Grundtext
- Diskussionsforum „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“
- Herrschaft ausmachen (Text von „schöner leben“)
- Gleicher als andere (C. Spehr)
- Die Uhr vom Lund



Das Menschenbild im Anarchismus

Ein blinder Fleck vieler Theorien oder Debatten im Anarchismus ist die Frage nach dem Menschen selbst. Dass sie nicht wirklich klar beantwortet wird, liegt auch daran, dass sich viele scheuen, den Menschen in irgendeiner Weise zu definieren. Dafür gibt es gute Gründe, denn in der Vergangenheit führte der Versuch immer wieder zu autoritären Sichtweisen, wie Menschen zu behandeln, sprich zu erziehen, zu lenken und zu bestrafen seien. Tatsächlich sind aber sowohl Ausstattung wie auch Sozialisation eines jeden Menschen so komplex und vielfältig, dass es unmöglich ist, „den“ Menschen zu beschreiben und typisieren zu wollen.

Doch ergibt sich daraus notwendig, gar nichts dazu zu sagen? Wie lässt sich dann mit Menschen umgehen, die fragen:

- Müssen Menschen kontrolliert werden? Sind sie gut oder schlecht?
- Ist der Mensch des Menschen Wolf?
- Treibt der Egoismus den Menschen gegen seine Mitmenschen?

Antworten auf diese und ähnliche Fragen sind schon deshalb wichtig, weil sie vielen Menschen im Kopf herumspuken und für herrschaftsförmige Gesellschaftsformen beantwortet werden – zwar als Propaganda für diese. Denn vielen Menschen sind schlechte Antworten und unangenehme Optionen lieber als offene Situationen. Wer Letztere will, kann auch nicht einfach schweigen, sondern braucht Gründe dafür, dass das Nicht-Verregelte der bessere Weg ist. Demokratien werben damit, dass Menschen kontrolliert werden müssen und demo-

„Was ist der Mensch?“ in der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/mensch.html



kratische Legitimation absichert, dass Kontrolle auch Qualität schafft. Das ist zwar in sich widersprüchlich, muss aber eben erklärt werden, damit das auch sichtbar wird.

Außerdem ist die Frage nach dem Menschenbild ohnehin Teil anarchistischer Debatte, wenn auch oft unterschwellig. Denn entsprechend der Unterschiedlichkeit oder Unklarheit bei dieser Frage entwickelten sich verschiedene Richtungen des Anarchismus, vor allem die beiden scheinbaren Gegensätze des Sozial- und des Individualanarchismus.

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 11)

Sehr unterschiedliches Gewicht hat die Rolle des Individuums. Das hängt natürlich damit zusammen, wie das Wesen der Individualität des Menschen theoretisch gefaßt wird. Das reicht von der radikalen Sicht des Individuums als Einzelfern bei Stirner – ein Wesen, von dem es schwerfällt, es überhaupt als „politikkfähig“ zu begreifen – über die Varianten des individualistischen Anarchismus, bei dem die Individuen den Staat durch freiwillige Zusammenschlüsse ad absurdum führen, bis zu – implizit oder explizit dargelegten – Vorstellungen einer revolutionären Individualität, die im Grunde in Kollektiven aufgeht. Gerade die anarchistische Pädagogik setzt sich immer wieder und an zentraler Stelle mit diesem Spannungsverhältnis auseinander.

Theorie



Demokratie
Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung

z.B.
Demokratie.
Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung
Schonungslose Kritik am Liebling von Bürgerlichen, Bomberpiloten und linker Opposition. 14,- €

und



Selbst-organisierung

z.B.
4 Reader zu Direct Action, Antirepression, HierarchNIE und Selbstorganisierung.
Grundlagen und praktische Tipps im A4-Format. Je 6,- €

Praxis



Direct Action

z.B.
4 Reader zu Direct Action, Antirepression, HierarchNIE und Selbstorganisierung.
Grundlagen und praktische Tipps im A4-Format. Je 6,- €

Das und viel mehr unter:

www.aktionsversand.de.vu

Das Gute aus dem transzendenten „Off“: Was soll Moral im Anarchismus?

Bevor die Existenz moralischer Vorgaben in anarchistischen Theorien, Konzepten oder Gedanken problematisiert wird, sei geklärt, warum Moral und Anarchie sich ausschließen. Davor steht der Versuch einer Definition, die für diese Texte gelten soll: Moral bedeutet die Annahme über-individueller, d.h. nicht aus der jeweiligen Vereinbarung zwischen Menschen resultierender, sondern abstrakt vorhandener Leitlinien für menschliches Handeln. Moral ist mit autoritärer Macht ausgestattet und erzeugt diese. Eine moralisch „richtige“ Position bedarf in der Regel keiner zusätzlichen Begründung, d.h. sie verzichtet auf Argumente jenseits der Behauptung moralischer Überlegenheit.

Ähnlich benutzt werden Begriffe wie „universelle Werte“, „höhere Vernunft“, „gemeinsame Ethik“ u.ä., also die Behauptung einer von den Menschen und ihrer Kommunikation getrennten Quelle wertender Handlungsvorgaben. Noch weitergehend in diesem Sinne sind Religionen, die ein gesamtes Wertesystem samt Herkunft, Durchsetzung, Sanktionen usw. bieten.

Wikipedia zu Moral (<http://de.wikipedia.org/wiki/Moral>)

Moral bezeichnet meist die faktischen Handlungsmuster, -konventionen, -regeln oder -prinzipien bestimmter Individuen, Gruppen oder Kulturen, sofern diese wiederkehren und sozial anerkannt und erwartet werden.

So verstanden, sind die Ausdrücke Moral, Ethos oder Sitte weitgehend gleichbedeutend und werden beschreibend (deskriptiv) gebraucht. Daneben wird mit der Rede von Moral auch ein Bereich von praktischen Urteilen, Handlungen oder deren Prinzipien (Werte, Güter, Pflichten, Rechte) verbunden. So verstanden, wertet eine Unterscheidung von Moral und Unmoral. Eine solche Bewertung kann als bloßer Ausdruck subjektiver Zustimmung oder Ablehnung verstanden werden (vergleichbar zu Applaus oder Buhrufen), oder als Beurteilung von Handlungen, deren Maximen oder sonstige Prinzipien in moralischer Hinsicht, d.h. als moralisch gut oder moralisch schlecht.

Moral dient gern als Legitimation von Herrschaft, oder ist selbst Herrschaft. Das ist kein Missbrauch, sondern bereits in der Idee von Moral angelegt. Moralische Vorgaben erzeugen Diskurse oder entstehen durch sie. Dabei normieren sie menschliche Handlungen über die Konstruktion richtigen und falschen Verhaltens. Die Quelle der Wertung wird außerhalb der Menschen und ihrer Diskussion verlegt. Sie wird somit für die Menschen selbst unangreifbar und unhinterfragbar. Moralische Festlegungen sind regelmäßig Axiome, d.h. willkürliche Setzungen, die keiner Begründung mehr bedürfen, sondern als Ausgangspunkt für Ableitungen dienen. Sie sind also Begründungen für konkrete Verhaltensvorgaben, ohne selbst begründet zu sein.

Emanzipation bedeutet, die Gesellschaft und all ihre Beziehungen und Verhältnisse aus dem Blickwinkel der Einzelnen und ihrer freien Zusammenschlüsse zu betrachten. Eine moralische Wertung hätte in ihr keinen Platz, weil sie ihren Maßstab aus einer externen, höheren oder zumindest unantastbaren Quelle entnimmt.

Herrschaftsfreiheit und damit auch Anarchie verneinen das Existenzrecht jeder Art höherer Macht außerhalb des Menschen und seiner freien Zusammenschlüsse. Daher sind auch sie prinzipiell unvereinbar mit der Idee von Moral, universellen Werten oder einer allgemeinen Ethik.

Aus Stirner, Max (1845): „Der Einzige und sein Eigentum“, zitiert in: Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt

Daß die Gesellschaft gar kein Ich ist, das geben, verleihen oder gewähren könnte, sondern ein Instrument oder Mittel aus dem wir Nutzen ziehen mögen, daß wir keine gesellschaftlichen Pflichten, sondern lediglich Interessen haben, zu deren Verfolgung uns die Gesellschaft dienen müsse, daß wir der Gesellschaft kein Opfer schuldig sind, sondern, opfern wir etwas, es uns opfern: daran denken die Sozialen nicht, weil sie – als Liberale – im religiösen Prinzip gefangen sitzen und eifrig trachten nach einer, wie es der Staat bisher war, – heiligen Gesellschaft!

Die Gesellschaft, von der wir alles haben, ist eine neue Herrin, ein neuer Spuk, ein neues 'höchstes Wesen', das uns in Dienst und Pflicht nimmt! ... (S. 25)

Jedes höhere Wesen über mir, sei es Gott, sei es der Mensch, schwächt das Gefühl meiner Einzigkeit und erleichtert erst vor der Sonne dieses Bewußtseins. Stell' ich auf mich, den einzigen, meine Sache, dann steht sie auf dem Vergänglichen, dem sterblichen Schöpfer seiner, der sich selbst verzehrt, und ich darf sagen: Ich hab' mein' Sach' auf Nichts gestellt. (S. 33)

Aus Diefenbacher, Hans, a.a.O. (S. 29)

Nach Marx wird der Mensch in der bürgerlichen Gesellschaft bekanntlich um seine Gattung betrogen, die darin bestehe, daß er ein sinnlich-produktives Wesen sei. Beide aber – so Stirner -, bürgerliche Gesellschaft und Kommunismus, verpflichten sich gleichermaßen auf die Orientierung an einem Gattungsideal. Gattungsbegriffe konkurrieren – der Mensch als Person, als Einzelner bleibt auf der Strecke. Was Stirner den Kommunisten vorwirft, ist dasselbe, was er den Liberalen vorwirft: die Reduktion des Wesens der Person auf eine Gattungsidee, heiße sie „Menschheit“ in der Person, heiße sie gattungsspezifische „Selbstbetätigung“.

Das schließt nicht aus, dass Menschen ihre eigenen Werte und Vorstellungen von „richtig“ oder „falsch“ entwickeln. Es stört auch nicht, wenn sie diese individuellen Überzeugungen für sich als eigene „Moral“ bezeichnen. Wird eine eigene Meinung aber auch nach außen so begründet, erhöht das zumindest die Gefahr von Missverständnissen, wenn nicht sogar wahrscheinlich ist, dass damit eine eigene Überzeugung mit zusätzlicher Durchsetzungskraft ausgestattet werden soll – die ethische Begründung dann also wieder zum Herrschaftsinstrument, d.h. zur Moralkeule wird.

Die Moralen der AnarchistInnen und Gutmenschen

Die folgenden Ausführungen stellen einige geläufige Moralvorstellungen vor, die in Kreisen verbreitet sind, in denen auch anarchistisch gesinnte Menschen mitwirken. Die Abgrenzung zwischen AnarchistInnen und ihrem Umfeld fällt allerdings schwer. Bis auf den Kern der FAU mit ihrer intensiven Labelpolitik und wenige, ähnlich verfahrenende Basisinitiativen, ist schwer erkennbar, wer sich als AnarchistIn versteht und wer nicht. Zudem sind Übergänge zwischen anarchistischem und bürgerlichem Lager erkennbar (siehe Kapitel zuvor).

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“ in der sich als anarchistisch bezeichnenden GWR, Nr. 216, Februar 1997⁰

Dieser 'Bund' hat keine PräsidentIn und kein Parlament, auch kein Zentralkomitee oder Gerichtshof. Für mich hat der anarchistische Bund weder Mitgliederlisten noch Organisation. Ich stelle ihn mir als Bewegung von Menschen vor, die ihr Selbstverständnis als soziale AnarchistInnen durch ein gemeinsames Symbol sichtbar und bekannt machen. Die Umsetzung der Versprechen braucht allerdings Organisation – das geschieht in freien Vereinigungen, in BürgerInneninitiativen, in GenossInnenschaften, in Komitees und Vereinen. Ja, der Staat, der ist abgeschafft. ...

Gut wäre allerdings, wenn wir uns den Menschen, die sich unserem Bund nicht anschließen, auf ein friedliches, herrschaftsfreies Nebeneinander verständigen können. Fünf Gebote sind dafür wichtig:

- keine Gewalt gegen Menschen und deren Eigentum
- keine Manipulation der Meinung anderer durch Unehrlichkeit
- keine Zerstörung gemeinsamer Umwelt
- keine gravierende Ungleichheit in den Eigentumsverhältnissen
- Konflikte durch Gespräche und gemeinsam bestimmte Schiedsleute lösen.

Diese Grundsätze beinhalten die Minimaethik herrschaftsfreier Beziehung. Sie sind letzter möglicher anarchistischer Konsens zwischen Menschen und Gesellschaftsgruppen, die keinen weitergehenden Konsens miteinander finden.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist eine moralische Norm. Anders als der diskursiv, d.h. durch den herrschaftsförmigen Gebrauch erzeugte Anschein ist Gerechtigkeit inhaltsleer, wird bei Benutzung aber regelmäßig mit einem hinter dem Begriff versteckten Inhalt (Diskurs) gefüllt. Dieser versteckte Inhalt verfolgt dann das jeweilige Interesse, während die Verbindung mit dem Begriff der Gerechtigkeit eine moralische Aufladung darstellt und Argumente überflüssig machen soll. Die Behauptung, etwas sei „gerecht“, dient damit in der Regel dazu, die eigenen Wünsche durchsetzungsstärker machen.

Wie beliebig Gerechtigkeit tatsächlich ist, soll an einem einfachen Beispiel gezeigt werden. Die folgenden drei Sätze zur Frage der Verteilung von Gütern oder dem Tauschmittel Geld scheinen sich zu widersprechen:

⁰ www.anarchismus.at/txt2/recht.htm

- Wer mehr schuftet, soll dafür auch belohnt werden.
- Alle Menschen sollen gleichviel zum Leben haben.
- Alle Menschen sollen soviel zum Leben haben, wie sie benötigen.

Keiner der drei Sätze ist mit einem anderen in Einklang zu bringen. Dennoch sind alle „gerecht“, d.h. sie stellen jeder für sich aus einem bestimmten Blickwinkel eine gerechte Lösung dar. Welcher Blickwinkel eingenommen wird, folgt aus dem Interesse der/s BetrachterIn. Ein schönes weiteres Beispiel war der Streit um das Elterngeld. Ist es gerecht, wenn das alle bekommen? Oder ist es gerechter, wenn das die nicht bekommen, die ohnehin reich sind?

Aus Schmollack, Simone: „Die Gerechtigkeitslücke“, in: taz, 12.10.2010 (S. 12)

Wenn die FDP jetzt vorschlägt, dass Besserverdienende kein Elterngeld mehr bekommen sollen, klingt das zunächst nach einer gerechten Idee: Warum sollen Menschen, die so viel Geld verdienen, dass sie es kaum ausgeben können, zusätzlich noch etwas bekommen, nur weil sie ein Kind kriegen? Und wiederum jene, die jeden Cent mehr dringend brauchen, nämlich Hartz-IV-EmpfängerInnen und -AufstockerInnen, gar nichts mehr beziehungsweise nur ein paar Euro?

Trotzdem: Gerecht im Sinne des Gleichheitsgebots im Artikel 3 des Grundgesetzes ist der FDP-Vorschlag nicht. Menschen mit den gleichen Voraussetzungen, in diesem Fall der Geburt eines Kindes, dürfen bei familienpolitischen Sozialleistungen nicht unterschiedlich behandelt werden.

Noch ein Beispiel. Vor einigen Jahren erschien folgender Comic:



Auch in der Krankenversicherung muss gelten: gleiche Beiträge für gleiche Leistung.

Mehr Informationen zu diesem Thema erhalten Sie unter www.insm.de

INITIATIVE >
Neue Soziale Marktwirtschaft

Die dahinterstehende Initiative für neue soziale Marktwirtschaft war eine neoliberale Denkwerkstatt von Konzernen, die unter dem Schein der Unabhängigkeit mit Botschaften die Diskurse zur gesellschaftlichen Umstrukturierung beeinflussen sollte.

Mit dem Comic sollte für eine Gerechtigkeit gleicher Preise für alle geworben werden: Es wäre empörend, müssten Menschen unterschiedlich viel für das Gleiche zahlen. Es fällt aber nicht schwer, das genaue Gegenteil in den Comic hineinzudeuteln, denn auch das genaue Gegenteil des eben als gerecht bezeichneten wirkt gerecht – nämlich wenn alle einen Preis zahlen, der ihrer Zahlungsfähigkeit entspricht. So zeigte der Comic, wahrscheinlich unbeabsichtigt, vor allem eines: Gerechtigkeit ist keine Qualität, sondern ein moralischer Schein für beliebige Inhalte.

Gerechtigkeit ist nur eine leere Hülle, ein sogenannter „Containerbegriff“, in den jede Person oder Interessengruppe je nach eigenem Willen oder politischem Programm einen eigenen Inhalt hineinfüllen kann. Insofern ist Gerechtigkeit eine moralische Norm, die gar keine externe Wertequelle darstellt, sondern nur den Anstrich für einen konkreten Inhalt bietet, hinter dem das persönliche oder politische Interesse versteckt werden kann. Damit dient die Forderung nach Gerechtigkeit der Erhöhung eigener Durchsetzungskraft, ist folglich also immer herrschaftsförmig, weil sie aus eigenen Interessen einen universellen Maßstab, eben eine Moral erzeugt.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trozdem-Verlag in Grafenau (S. 88)

Gleich zu Beginn möchte ich eine sehr wichtige Unterscheidung treffen: nämlich zwischen Freiheitsidealen und dem Begriff von Gerechtigkeit. Diese beiden Wörter werden so austauschbar gebraucht, daß sie fast als synonym erscheinen. Gerechtigkeit unterscheidet sich jedoch grundlegend von Freiheit, und es ist wichtig, das eine von dem anderen zu trennen. Im Laufe der Geschichte haben beide zu sehr unterschiedlichen Kämpfen geführt und bis zum heutigen Tag radikal verschiedene Forderungen an die jeweiligen Machthaber und Regierungssysteme gerichtet. Wenn wir zwischen bloßen Reformen und grundlegenden Veränderungen der Gesellschaft unterscheiden, so geht es dabei größtenteils bei den einen um Forderungen nach Gerechtigkeit, bei den anderen aber um Freiheit – so eng beide Ideale in instabilen sozialen Perioden auch miteinander verwoben sein mochten.

Nun hat der Begriff der Gerechtigkeit, weil er von allen Seiten als moralischer Propagandagag genutzt wird, trotzdem ein hohes Ansehen erlangt. Wer will schon „ungerecht“ sein? Jede politische Programmatik muss, will sie Durchsetzungskraft entfalten, irgendwie „gerecht“ erscheinen – was jedoch angesichts der Beliebigkeit des Gerechtigkeitsbegriffs nicht schwer ist. Weil der Begriff im Meinungskampf fast unvermeidlich ist, haben auch AnarchistInnen einen Sinn für Gerechtigkeit und die damit verbundene Moralkeule entwickelt.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“, a.a.O.

Die Rückbindung von Recht an Gerechtigkeit schlägt bereits den Bogen zum Anarchismus: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit sind für ihn zwei zentrale und unverzichtbare Werte. ... Selbstbestimmung gibt es nicht ohne Gerechtigkeit. Da alle Menschen gleichwertig sind, darf das Selbstbestimmungsrecht des/r Einen nicht das der Anderen ignorieren oder verletzen. ... Für den Anarchismus stellt sich die Frage, wie die Selbstbestimmung der Menschen in ein gerechtes Verhältnis zueinander gebracht werden kann. Wieweit geht meine Freiheit und wo muß sie zugunsten der Freiheit anderer zurückstehen? Das ist die Frage nach dem 'anarchistischen Recht'. ... Konsens versöhnt Selbstbestimmung und Gerechtigkeit ... Nein, nicht einheitliche Regelungen sind für die anarchistische Gesellschaft notwendig, aber ein Konsens über Prinzipien und Wertvorstellungen, die einen Rahmen für die Vielfalt der Regelungen bieten.

Aus Wolfgang Hertle, „Plädoyer für zivilen Ungehorsam“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 43)

Es wird keine gewaltfreie Gesellschaft ohne Gerechtigkeit und Basisdemokratie geben.

Aus Albert, Michael (2006), „Parecon“, Trotzdem Verlag Grafenau *Global soll Gerechtigkeit herrschen statt Armut, Solidarität statt Habgier, Vielfalt statt Konformismus, Demokratie statt Unterordnung, Nachhaltigkeit statt Raubtierverhalten.* (S. 8)

Partizipatorische Ökonomie (wie hier vorgeschlagen): Gemeineigentum; Allokation durch partizipatorische Planung mit Räten; ausgewogene Tätigkeitsbündel; Entlohnung nach Einsatz und Entbehrung; Entscheidungen durch partizipatorische Selbstbestimmung ohne Klassenschränken. (S. 31)

Entlohnung je nach persönlichem Bedarf. Doch so gut sich diese Norm anhört, sie hat eigentlich gar nichts mit ökonomischer Gerechtigkeit zu tun, sondern zählt zu einer anderen Kategorie – der des Mitgefühls. Unter moralischen Wertaspekten kann die reine Gerechtigkeit nicht das letzte Wort sein. (S. 43)

Eines ist allerdings klar: Es hätte natürlich keinen Zweck, die Einkommensgerechtigkeit und das Mitgefühl so weit zu treiben, dass die Produktion zusammenbricht oder andere unerwünschte Nebeneffekte uns das Leben erschweren. (S. 44)

Gewiss kann man gegen unsere Norm ganz pragmatisch einiges einwenden. Soll ein kleines Kind wirklich über Dinge entscheiden, von denen es allein betroffen ist, oder lassen wir – da dem Kind noch die notwendige Urteilskraft fehlt – die Eltern an seiner Statt entscheiden? (S. 46)

Parecon-Autor Michael Albert in einem Interview¹

Wirtschaftsgerechtigkeit, das sei, wenn man im Verhältnis zu seiner Anstrengung, bzw. zu den erbrachten Opfern, belohnt wird.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“ der Utopie-AG/Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg (1995, S. 24)

Grundsätzlich ist es doch gerecht, daß jemand, der viel und gut arbeitet, auch mehr verdient.

Als moralische Keule ist Gerechtigkeit eine Waffe im Ringen um politische Hegemonie. Es ist daher kein Wunder, dass sie nicht nur von – mangels präziser Analyse oft herrschaftsblinden – AnarchistInnen zur vermeintlichen Stärkung ihrer Positionen eingesetzt wird, sondern auch von denen, die Macht und Kontrolle befürworten. Gerechtigkeit richtet sich bei ihnen gegen die Ideen von Herrschaftsfreiheit oder Anarchie. Es wäre aus einer emanzipatorischen Sicht und für eine vorwärtsbringende Streitkultur wünschenswert, wenn im politischen Meinungskampf Interessen und Ziele transparent sind. Daher sollten Vorschläge und Meinungen nicht hinter wohlklingende Worthülsen verborgen, sondern offen benannt und konkret begründet werden. Die Ablehnung des Gerechtigkeitsbegriffes ist kein Plädoyer für Ungerechtigkeit, denn die Umkehrung schafft nur eine neue Worthülse ohne Inhalt. Sondern sie befürwortet die Konfliktführung mit offenen Karten: Aus welchem Blickwinkel hat ein Vorschlag Folgen für wen? Statt: Das ist doch gerecht. Oder ungerecht.

Gewaltfreiheit

Schauen wir auf eine weitere moralische Attitüde, die in anarchistischen Kreisen weit verbreitet ist: Die Gewaltfreiheit. Sie bildet für einige

¹ <http://parecon.de/interviews/interview.2005-10-15.5134555819>

Strömungen des Anarchismus die zentrale ideologische Orientierung. Nötig ist sie vor allem, um deren enge Verzahnung mit Teilen des betrachteten, privilegierten BildungsbürgerInnentums nicht zu gefährden.

Das Postulat der Gewaltfreiheit trägt ein ähnliches Problem mit sich wie die Gerechtigkeit. Es hat keinen konkreten Inhalt, sondern „gewaltfrei“ wirkt als etwas per se Gutes, weil es auf einer starken gesellschaftlichen Akzeptanz aufbaut. Diese folgt aber gerade daraus, dass verschiedene politische Strömungen die Idee der Gewaltfreiheit aus ihrem eigenen Blickwinkel füllen können. SitzblockiererInnen demonstrieren eigene Gewaltfreiheit (mitunter ganz absichtlich auch als Harmlosigkeit begriffen), um damit moralisch mögliche Angriffe der Ordnungskräfte des Staates abwehren zu können. In deren Blickwinkel wiederum ist Gewaltfreiheit aber schlicht das Gewünschte, weil Legale – eine Ableitung aus dem staatlichen Gewaltmonopol. Der Staat kann sich umso leichter durchsetzen, je eindeutiger die Gewalt verteilt ist. Er hätte gern 100% beim Staat, deshalb ja das Monopol. Das wird diskursiv und formal durchgesetzt oder durchgeprägt. Was die einen (gewaltfreie AktivistInnen) also als Stärke begreifen, ist aus dem Blickwinkel der anderen die gewünschte Schwäche. Beide aber stellen es als positiv dar, d.h. wenn nach einer gewaltfreien Aktion Polizei und AktivistInnen (meist über ihre penetrant vorhandenen SprecherInnen) verkünden, die Aktion sei gewaltfrei gewesen, so meinen es beide positiv und freuen sich darüber. Während die einen ihre eigene Aktion meinen, meinen die anderen das Verhalten der anderen. Gewaltfrei ist also die Gewaltfreiheit des Protestes, während das Verhalten der Herrschenden in den Hintergrund gerät. Deren Gewalt wird übersehen, ist legitim oder vor allem legal. Gesteigert wird das in Betrachtungsweisen, bei denen die Gewalt der Herrschenden unterteilt wird in legale bzw. legitime und nicht legitime Gewalt. Überraschenderweise sind es gerade Teile der ansonsten als dogmatisch gewaltfrei auftretenden Kreise, die plötzlich wichtig finden, ob ein Krieg völkerrechtswidrig ist oder ob in einem eroberten Land das böse Militär oder die gute, weil zivile Polizei aufräumt. Für die betroffenen Menschen ist der Unterschied mitunter kaum spürbar. Wenn aber hinter der Attitüde der „Zivilen Konfliktbearbeitung“ (einem Lieblingswort bei Gewaltfreien) dann jeder brauchbare Gewaltbegriff verschwindet, bleibt an Inhalt gar nichts mehr übrig.

Nun wird es viele „Gewaltfreie“ geben, die der These widersprechen, Gewaltfreiheit würde keinen konkreten Inhalt haben. Aus dem jeweils aktuellen Blickwinkel ist dieser Widerspruch sogar verständlich, denn die meisten AkteurInnen sind davon überzeugt, einen klaren Begriff der Gewaltfreiheit zu haben. Doch simple Nachfragen zeigen, dass es damit nicht so weit her ist. Der Verdacht entsteht vielmehr, dass eine theoretische Auseinandersetzung nie stattgefunden hat oder sehr oberflächlich blieb. Einfach zu testen war das jahrelang (bis eine Präsidentschaftskandidatur das Nichtwissen beendete) mit einer schlichten Frage an VertreterInnen dogmatischerer Gewaltfreiheit: „Was habt Ihr gegen Beate Klarsfeld und Georg Elser?“ Mehrfach probiert, lautete die Antwort in allen Fällen: „Wer ist das?“ (der typische weitere Gesprächsablauf und Hintergrundinformationen im Kapitel zu Gewalt und Militanz). Solches Nichtwissen überrascht, sind doch die

beiden Personen Ausführende sehr berühmt gewordener militanter Handlungen gegen Personen. Ähnliches Nichtwissen zeigt sich zu Zitate von Gandhi, der etwa, wenn nichts anderes mehr hilft, zur Gewalt rät. Oder zum Idol der ChristInnen aller Welt, „Gottes Sohn“ und Liebedeinen-Nächsten-wie-Dich-Selbst-Prophet Jesus. Er vertrieb Händler aus dem Tempel und setzte dabei – zumindest der fraglos nicht besonders seriösen, aber von vielen Gläubigen hochgeschätzten Bibel zufolge – eine Peitsche als Werkzeug ein.

Danach fallen die Reaktionen unterschiedlich aus – aber immer als bizarrer Abwehrkampf, um die eigene Ideologie retten zu können. Das Spektrum reicht von „das sind aber Ausnahmen“ (was immerhin zugeht, dass Gewaltfreiheit doch nicht immer passt, also kein Dogma ist) über „das ist doch keine Gewalt“ (zumindest zur berühmten Ohrfeige durchaus zu hören) bis zu Erklärungen, dass das auch gewaltfrei gegangen wäre. Sicherlich diskutiert sich wo etwas z.B. hinsichtlich von Widerstandsstrategien gegen Hitler und den Nationalsozialismus bei einem Glas Rotwein im gesicherten Wohnzimmer recht gut. Doch dieses Geieere beweist nur, dass wir es bei Gewaltfreiheit bestenfalls einer Methode unter vielen zu tun haben, oft aber eher mit einem ideologisch aufgeladenen Moralbegriff. Er steht stellvertretend für das „Gute“, moralisch Überlegene – und damit der Gewalt als etwas Schlechtes, moralisch Verwerfliches gegenüber. Gerät dieses simple Schema durcheinander, z.B. durch Kenntnisnahme schwierig zu diskreditierender Gewalt, so wird das bisher Schlechte, wenn es nicht einfach durch Nichtbefassung mit dem Thema kein Problem darstellt, eingemeindet in das „Gute“ – und schon stimmt die Moral wieder.

Es ist noch nicht sehr lange her, dass gewaltfreie Propaganda im deutschsprachigen Raum auch die Sachbeschädigung zur Gewalt zählte und ächtete. Im recht neuen Grundlagenbuch „Gewaltfreie Aktion“ wird selbst Sabotage ausgegrenzt, nämlich wenn sie clandestin (also nicht-öffentlich) ausgeführt wird. Seitdem bestimmte Formen der Sachbeschädigung z.B. beim Behindern von Castortransporten aber in der Allgemeinheit hohes Ansehen genießen, werden diese zu gewaltfreien Aktionen umgewertet und heute zur Eigenwerbung benutzt (aber nur, wenn sie gelingen). Heute gilt das Herausreißen (also: Töten) von gentechnisch veränderten Pflanzen als gewaltfrei, während der Steinwurf in eine Glasscheibe als Gewalt gilt. Wer die Logik hinter solchen Wertungen enttarnen will, darf nicht die Frage nach Gewalt, sondern muss die nach einem moralischen „Gut“ und „Böse“ stellen – natürlich aus der Sicht derer, die mit moralischem Anspruch über die Aktionen Anderer richten. Einen weiteren Erklärungsansatz für die wirren Ein- und Ausgrenzspiele bietet der Blick auf Spenden- und Mitgliederzahlen.

Aus Johann Bauer, „Direkte gewaltfreie Aktion ...“,
in: Friedensforum 2/2008 (S. 40)

Wie kann unter widrigen Umständen, Enttäuschungen, Niederlagen an Zielen und ethischen Motiven festgehalten werden, die nicht unmittelbar durchsetzbar erscheinen? Eine Antwort, die Ziele und Mittel, Effektivität und Demokratie, Durchsetzungsfähigkeit und Moral im Gleichgewicht zu halten sucht, ist die gewaltlose Revolution.

Aus Wolfgang Hertle, „Plädoyer ...“, a.a.O. (S. 43)

Gewalt macht blind, ihr autoritärer Charakter steht in völligem Gegensatz zum demokratisch-gewaltfreien Ziel der Selbstbestimmung. ... Es wird keine gewaltfreie Gesellschaft ohne Gerechtigkeit und Basisdemokratie geben. ...

Unser Ziel kann nur sein, die Gegenseite mit moralischen Mitteln zu „entwaffnen“.

Da das Thema „Gewalt“ in vielen sich anarchistisch gebenden Zusammenhängen eine hohe, wenn nicht identitätsstiftende Rolle spielt, ist ihm ein eigenes Kapitel gewidmet. Wie zu sehen sein wird, ist die Gewaltfrage nicht nur zentraler Bezugspunkt bei den „Gewaltfreien“, sondern auch identitätsstiftend als genaues Gegenteil, als Fetisch von Militanz. Ihr wird eine Eigenqualität zugemessen, ohne den Inhalt und die konkrete Zielrichtung, die damit verpackt wird.

Libertär und brav: Der anarchistische Knigge

Aus Darwin Dante (1993): „5-Stunden sind genug“, Mannekk Mainhattan Verlag in Frankfurt

Der friedliche Weg zur Kooperation zum wechselseitigen Vorteil aller Beteiligten, den wir auch den neuen synthetischen Intelligenzen weisen können, kann also nur über die Treue, Hilfsbereitschaft und Liebe der Menschen zueinander führen.

Von der Akzeptanz höherer Werte und Moral zum Verhaltenskodex im Anarchismus ist es nicht weit. In beiden Fällen stehen nicht die Menschen und ihre freien Vereinbarungen im Mittelpunkt, sondern externe Quellen, aus denen sich Vorgaben für das Leben der Einzelnen und die gesellschaftliche Organisation speisen.

Kritik am Menschenbild vieler Anarch@s in: Stowasser, Horst (2007): „Anarchie!“, Nautilus in Hamburg (S. 483 ff.)

Wer Anarchie daher als eine ethische Glaubensgemeinschaft versteht, verwechselt ganz einfach die Mosaiksteinchen, aus denen sich eine anarchische Gesellschaft zusammensetzt, mit dem Gesamtmosaik. In jedem ›Steinchen‹ schließen sich Menschen nach ihren Neigungen und Bedürfnissen zusammen. Dabei dürfen sie so anspruchsvoll oder anspruchslos sein, wie ihnen beliebt: die saft- und kraftlose Zweckgruppe oder die hoch motivierte Glaubensgemeinschaft nichtrauchender, friedensbewegter, antipatriarchaler und sitzpinkelnder VeganerInnen – alles ist denkbar. Die Interaktion zwischen den Mosaiksteinchen geschieht durch Beispiel, Erfahrung und Überzeugungskraft, nicht durch Zwang. Sobald aber rauchende und nichtrauchende, stehpinkelnde und sitzpinkelnde, fleischessende und pflanzenessende, schrille und fade, aggressive und pazifistische, rationale und esoterische, laute und leise, epikuräische und asketische, individualistische und kollektivistische Menschen gegenseitig voneinander verlangen, so und nicht anders zu leben, weil es so und nicht anders ›richtig‹ sei, kann eine anarchische Gesellschaft nicht funktionieren. Solche Menschen haben das Wesen der Anarchie nicht begriffen, und selbstverständlich brauchten sie überhaupt keine libertäre Struktur. Zur Durchsetzung einer kollektiven Ethik sind Philosophie und Struktur des Staates viel besser geeignet. ... Der Disput um das richtige, konsequente und ultimativ-korrekte Ver-

halten scheint manche Anarchas und Anarchos pausenlos zu beschäftigen; es beherrscht überregionale Treffen und füllt die Spalten vieler Szeneblätter und Chatrooms. Das geht von Ernährungsgewohnheiten über Sexualpräferenzen, Kosmetika, Urinierverhalten und Kleiderordnung bis zur jeweils gängigen Szene-Sprache. Die völlig legitime Suche nach einer eigenen Identität verselbständigt sich dabei bisweilen und gerät leider nur allzuoft zu einem Spießertum mit umgekehrtem Vorzeichen, das von außen betrachtet befremdend wirkt, wenn nicht lächerlich. Auch in der Anarchoszene gibt es ein ritualisiertes »Das tut man aber nicht!« – nur wird es anders ausgedrückt ...

Spießigen Verhaltensvorschriften steht in anderen, mitunter sogar gleichen Kreisen eine bemerkenswerte Ignoranz für die Folgen des eigenen Verhaltens gegenüber.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 138)

Die Ablehnung materieller Güter durch die Gegenkultur stand nicht im Widerspruch zum eigenen Besitz von Stereoanlagen, Schallplatten, Fernsehgeräten, „bewußtseinsweiternden“ pharmazeutischen Produkten, exotischen Kleidern und gleichermaßen exotischer Nahrung.

Bei näherer Betrachtung ähneln sich die beiden, in der Alltagspraxis so unterschiedlichen Ansätze. Sie verzichten nämlich auf eine politische, hinterfragende, permanent skeptische und abwägende Orientierung des eigenen Verhaltens. Die einen propagieren Moral und 'political correctness' als Leitkultur des Handelns, die anderen sehen gar keinen Anlass, das eigene Verhalten kritisch zu durchleuchten. Beide entlasten vor allem ihren Kopf. Wer unkritisch durchs Leben tingelt, wie andere sich durch Internet klicken oder durch Fernsehprogramm zappen, ist ebenso weit entfernt von jeder Idee der Selbstbestimmung wie diejenigen, die sich einer einfachen, aber identitätsstiftenden Ideologie unterwerfen – und dabei, zwecks Wohlfühlens, tunlichst einen kritischen Blick auf das Konkrete und die Hintergründe vermeiden. So lassen sich die AnhängerInnen einfacher Lebensführungsideologien auch schnell irritieren. Erzählen Sie mal einem/r einge„fleisch“ten VeganerIn (blödes Wortspiel), dass ein containeres Würstchen keine Tiere tötet, die beim Discounter gekauften Erbsen aber schon. Warum? So absurd, wie es sich anhört, ist das gar nicht. Denn es kommt auf die Erzeugung von Nachfrage an. Ein Glas Würstchen, welches aus dem Müll gesammelt wird, erzeugt genau keine zusätzliche Nachfrage, während die Sache mit den Erbsen komplizierter ist. Erstens ist jeder Anbau auch von Pflanzen ein ständiger Verdrängungskampf gegen Tiere. Im konventionellen Landbau geschieht das mit Spritzmitteln, die Mäuse, Heuschrecken, Schmetterlings- und Käferlarven oder was auch immer auf unvorstellbar grausame Weise töten – und zwar massenweise. Aber auch im ökologischen Landbau gibt es Spritzmittel, mechanische Tötungsmethoden und vor allem die schlichte Tatsache, dass ein Erbsenfeld vielen Lebewesen den sonst möglichen Lebensraum nimmt. Zweitens stärkt jeder Einkauf die Wirtschaftskraft des Ladens und der gesamten Produktion zumindest dieser Ware. Laden und Produktionsabläufe dienen aber meist auch dem Absatz von Fleischwaren – und so kann der Kauf von Erbsen z.B. die Werbung für Tierprodukte finanzieren.

Das zu durchdenken, ist die Kunst des Reflektierens, Hinterfragens und skeptischen Beäugens dessen, was uns als einfache Welt so vorgegaukelt wird. Die wegen ihrer Einfachheit so attraktiven Denkvorgaben zu zerlegen und sich selbst zu üben sowie andere zu motivieren, Herrschaftsförmigkeiten zu durchschauen, wäre ein emanzipatorischer Anspruch – und nicht, mit eigenen Vereinfachungen um die denkfaulen Köpfe zu konkurrieren.

Der Kampf gegen den Egoismus

Viele AnarchistInnen bezeichnen, bürgerlichen Moralvorstellungen folgend, den Egoismus als Quelle von Konkurrenz und Machtkämpfen.

Aus Fuchs, Christian (2001): „Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus“, Selbstverlag (S. 207)

Der Anarchismus geht davon aus, daß diese Normen und Werte darin bestehen, daß die Menschen in einer anarchistischen Gesellschaft verantwortungsvoll, solidarisch und altruistisch handeln und daß sie die Eigennutzenmaximierung zu Gunsten der Berücksichtigung allgemeiner Interessen aufgeben. Durch eine Sozialisierung in einem gesellschaftlichen System, das auf Werten wie Kooperation, Solidarität und Altruismus an Stelle von Konkurrenz, Eigennutzenmaximierung und Egoismus basiert, sei dies sehr wohl möglich.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 144)

Für die anarchistischen Theoretiker sollte das Individuum die Freiheit haben, sich als ethisches Wesen – und nicht als engstirniger Egoist – zu betätigen, um eine rationale, hoffentlich uneigennütige Wahl zwischen rationalen und irrationalen Alternativen in der Geschichte zu treffen.

Kritik an dieser Konstruktion vermeintlich höherer Werte, dem Gegensatz von Eigennutz und Gemeinnutz und moralischer Vorgaben für das eigene Verhalten ist selten. Kommt sie aus der Ecke reiner Individual-anarchistInnen, so ist sie oftmals nicht mit einer Antwort auf die Frage verbunden, wie sich die voneinander losgelöst gedachten Individuen denn ohne verhaltensleitende Moral verständigen, wie sie Kooperationen finden, gesellschaftliche Ressourcen nutzen, erneuern und erweitern. Der wichtige Hinweis, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen darüber entscheiden, wie sich Egoismus auf andere Menschen auswirkt – konkurrierend oder fördernd –, ist nur selten zu finden. Aber es gibt ihn.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A und im Internet²

Sicher ist indessen, daß von allen auf gesellschaftliches Zusammenwirken angewiesenen Geschöpfen allein der Mensch den Kampf planvoll auf die eigene Art ausdehnt hat, und zwar nicht, wie das bei manchen Tieren und bei den

Text zu Eigen- und Gemeinnutz in „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/autokoop.html



² www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Kannibalen geschieht, um Ernährungsschwierigkeiten zu beheben, sondern um ungleiches Recht in derselben Gattung zu schaffen und dadurch Machtgelüste zu befriedigen. Gegenseitige Hilfe ist ebenso Bestandteil der Gleichberechtigung, wie soziale Ungleichheit jede Gegenseitigkeitsbeziehung unmöglich macht.

Anarchistischer Gedankenbrei: Religion – nein! Höhere Werte – ja, doch ...?

Es ist überraschend, wie oft und intensiv sich AnarchistInnen auf unumstößliche moralische Grundwerte beziehen oder universelle Kriterien für richtiges und falsches Verhalten benennen. Dabei ist der Glaube an höhere Quellen für Werte oder Ideologien vergleichbar mit Religionen, die die umfassendsten Systeme dieser Art darstellen.

Aus Mühsam, Erich (1933), a.a.O.

Daß der Anarchismus mit dem Glauben an eine außerhalb der Persönlichkeit wirkende bewußte und willensbegabte Kraft unvereinbar ist, bedarf keiner besonderen Darlegung. Der Begriff der Religion könnte nur insofern mit anarchistischer Denkweise in Übereinstimmung gebracht werden, wie er als Hingebung und Versunkenheit des Ich in seiner Beziehung zu Menschheit und Weltall gemeint wäre. ... (S. 30)

Jede Unterwerfung und Beherrschung führt zu materieller Ausbeutung, jede Ausbeutung zu Autorität, Zentralismus, Staat. Gott und der Staat sind die beiden Pole der Macht, die auf der Verneinung von Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Selbstverantwortung beruht. (S. 32)

Aus Bakunin, Michail: Gott und der Staat (Nachdruck 1995 im Trotzdem Verlag)³

Alle Religionen mit ihren Göttern, Halbgöttern, Propheten, Erlösern und Heiligen wurden von der leichtgläubigen Phantasie von Menschen geschaffen, die noch nicht zur vollen Entwicklung und zum Vollbesitz ihrer geistigen Fähigkeiten gelangt waren; der Himmel der Religion ist also nichts als eine Lichtspiegelung, in der der Mensch, von Unwissenheit und Glauben überspannt, sein eigenes Bild wiedersieht, aber vergrößert und verkehrt, d.h. vergöttlicht. ... Die Gottesidee enthält die Abdankung der menschlichen Vernunft und Gerechtigkeit in sich, sie ist die entschiedenste Verneinung der menschlichen Freiheit und führt notwendigerweise zur Versklavung der Menschen in Theorie und Praxis. Wenn wir also nicht die Versklavung und Herabwürdigung der Menschen wollen wie die Jesuiten, die protestantischen Momiens, Pietisten oder Methodisten, dann können und dürfen wir dem Gott der Theologie und dem Gott der Metaphysik nicht das geringste Zugeständnis machen. ... (S. 58 f.) Es ist jene ewige Luftspiegelung, welche die Massen auf die Suche nach den göttlichen Schätzen hinreißt, während die herrschende Klasse viel bescheidener sich damit begnügt, die elenden Güter der Erde und das menschliche Hab und Gut des Volkes, seine politische und soziale Freiheit inbegriffen, unter ihre eigenen Mitglieder zu verteilen, auf sehr ungleiche Art übrigens und so, daß der, der mehr besitzt, immer noch mehr erhält. (S. 103)

Dass Religion mit emanzipatorischen und erst recht anarchistischen Ideen unvereinbar ist, darüber herrscht also weitgehend Einigkeit. Doch kaum trägt ein metaphysisches Wertesystem dieses Etikett nicht mehr, bröckelt die Klarheit. Wenn bestimmte Moralvorstellungen als universell angenommen werden – wie an den Beispielen Gerechtigkeit und Gewaltfreiheit gezeigt –, dann hat das doch eine Ähnlichkeit mit den klassischen Religionen. Gleiches gilt, wenn mensch sich auf über dem Individuum und seinen freien Zusammenschlüssen stehende Quellen bezieht – wie es bei identitären Kollektiven (Volk, Plenum usw.) oder höheren Werten der Fall ist. Als Religion wirkt es nur deshalb nicht, weil die reichlich veraltete, tiefend patriarchale Figur des bärtigen Gottvaters eingemottet und durch moderne Bilder ersetzt wurde, ohne dass aber deren Funktion als Quelle externer Autorität in Frage gestellt ist.

Da überrascht es auch nicht, dass andere Strömungen, die sich religionskritisch geben und vermeintlich den Menschen in den Mittelpunkt stellen (also emanzipatorische Ziele verfolgen), ähnliche Probleme haben. Das gilt z.B. für die sich stärker als einheitliche Gruppe organisierenden HumanistInnen. Diese haben, obwohl als Personen überwiegend eher bürgerlicher Sozialisierung, sogar die eine oder andere Überschneidung mit anarchistischen Gedanken und Strömungen – wie im nicht zufällig weit verbreiteten Buchstaben „A“ in Verlagsnamen wie Alibri, Alive usw. erkennbar ist.

Auszug aus Reichholf, Josef H., „Der Mensch zwischen Natur und Kultur“, in: „Der Neue Humanismus“, Alibri in Aschaffenburg (S. 132)
In der Überwindung des primären Egoismus des Individuums und des sekundären der Gruppe, zu der es gehört, liegt also die Herausforderung für den Humanismus.

Auszug aus Wetz, Franz Josef, „Wie ist Selbstachtung noch möglich?“, in: „Der Neue Humanismus“, Alibri in Aschaffenburg (S. 197ff)
Humanistische Bildung ist eine Aufgabe und keine Selbstverständlichkeit! Sie darf als Versuch gedeutet werden, das Raubtier Mensch zu bändigen, für das Unmenschlichkeit der natürliche Normalfall war, wenn tatsächlich Triebe und Leidenschaften statt Geist und Vernunft den Menschen ursprünglich regierten. Hier setzt der Humanismus mit seiner Idee der Menschenbildung als Menschenzähmung an. Denn Humanismus ist immer auch das Unterfangen, die von unersättlichen Begierden getriebene Bestie Mensch aus der Barbarei zurückzuholen, das Rohe, Wilde, Grausame an ihm einzudämmen, hemmungslose Impulse und den Drang nach Gewaltsamkeit zu begrenzen. So wendet sich der Humanismus gegen die unruhige Gärung des Lebens, die durch die Züchtung höherer Anstandsgefühle begrenzt werden sollte. Fassungslose Verzweiflung, unbeherrschte Freude, ausschweifende Lach- und Tanzobsessionen, das Vulgäre, Obszöne, Exzessive, die Lust an der Fäkalsprache, die Grimassen der sinnlichen Erregung und die Fratzen des bebenden Fleisches – dies alles wird im Humanismus als ansteckende, Unruhe stiftende Elemente einer inneren und äußeren Zensur unterworfen und wie Exkremete ausgeschieden. ...

Der neue Humanismus geht diesen Weg nicht.

Anarchie und Demokratie. Die Gleichsetzung des Unvereinbaren

Herbert Wehner

Wer mit 20 kein Anarchist gewesen ist, aus dem wird nie ein guter Demokrat.

Anarchie und Demokratie werden immer wieder so miteinander verbunden, dass sie in Form direkter oder Basisdemokratie die innere Organisationsform der Anarchie bilden. Diese Auffassung ist im deutschsprachigen Raum weitgehend unbestritten und wird auf den meisten Treffen auch praktiziert. Übersehen wird dabei, dass die beiden Begriffe aus zwei völlig unterschiedlichen Ideologien stammen: Einmal der Organisation von Herrschaft (Demokratie) und einmal der Herrschaftsfreiheit (Anarchie).

Wie kommt es dann aber, dass sich für viele Menschen Basisdemokratie und Anarchie als dasselbe anfühlen, sie also an beidem hängen? Warum sind Entscheidungsmethoden der Basisdemokratie in anarchistischen Zusammenhängen weit verbreitet und werden in vielen einschlägigen, sich anarchistisch nennenden Zeitungen, Gruppen und Strömungen, ebenso in Büchern und Broschüren als Entscheidungsmethode „der“ Anarchie propagiert?

Das ist umso verwunderlicher, als in der Praxis Plena, endlose Debatten und formsteif ausgeführte Konsensabstimmungen viele Menschen eher nerven. Doch die Lustkurve geht bei all dem zwar regelmäßig nach unten, trifft aber offenbar auf ein Bedürfnis nach Gemeinschaftskultur und formalisierte Klarheiten. Zeigt sich hier die Auswirkung der Sehnsucht vieler Menschen nach neuen, künstlichen Geborgenheiten angesichts des Losgelöstseins in der Natur (siehe Kapitel zum Mensch in der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“)? Muss mensch leiden für das Gute?

Eine kritische Reflexion über (Basis-)Demokratie und Anarchie fehlt bislang. So bleibt unentdeckt, was im Folgenden aufgezeigt werden soll: Keine Form der Demokratie passt zur Anarchie.

Sieben Mal: Anarchie und (Basis-) Demokratie sind unvereinbar!

1. Mit und ohne Kollektivsubjekt

Demokratie ist die Herrschaft des ‚demos‘, also des Volkskörpers oder, auf den kleineren Maßstab angewendet, die Herrschaft der als Gesamtwillen gedachten Einheit über die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Einzelnen. Das ist im großen Rahmen das ‚Volk‘ (mit der Besonderheit, dass dieses erst frei erfunden wird), im kleineren ‚die Gruppe‘, ‚das Camp‘ oder was auch immer – gedacht als Kollektiv, d.h. als handelnde Einheit. Damit tritt das Kollektiv konkurrierend den Einzelnen und de-

ren Kooperationen gegenüber: Ressourcen an Aufmerksamkeit, Durchsetzungskraft usw. werden zwischen ihnen verteilt. Anarchie kann das nicht sein, denn ein herrschaftsfreier Raum ist mit der Existenz eines über oder auch nur neben den Einzelnen und ihren Kooperationen stehenden Subjekts voller Handlungskompetenzen nicht vereinbar.

Anarchie hingegen ist die Abwesenheit von Kollektivsubjekten. Ob Regierung, Parlament, Vorstand oder Plenum, im Namen des Volkes oder der Gruppe – immer beziehen sich Gremien oder SprecherInnen auf eine Kollektivität, d.h. eine Menge von Menschen, die als Ganzes entscheidet und Regeln und Normen festlegt, die dann auch für alle Einzelnen gelten, die als Teil der Gesamtheit gedacht werden. Das macht von der Logik her nur Sinn, wenn auch erwartet wird, dass die aufgestellten Regeln und Normen eine Wirkung haben, d.h. befolgt und im Zweifelsfall auch durchgesetzt werden.

Basis- und direkte Demokratie wiederum sind Unterformen der Demokratie. Das gibt schon das Wort her. Sie sind es auch praktisch, denn beide brauchen das für alle Formen von Demokratie konstitutive Merkmal des abgegrenzten Kollektivs, das den Gemeinwillen schaffen oder von dem dieser zumindest formal abgeleitet werden kann – eben den „demos“. Dieser aber wird grundsätzlich herrschaftsförmig bestimmt und steht nach seiner Erschaffung als Überbau über den Individuen. Direkte und Basisdemokratie unterscheiden sich in der Art, wie das abgegrenzte Kollektiv Entscheidungen fällt. Basisdemokratie ist unvereinbar mit einem abgekoppelten Überbau, direkte Demokratie kann sogar damit problemfrei verbunden werden. Doch bereits die Existenz des „demos“ widerspricht der Anarchie, denn das eine stammt aus der Welt der Macht und der Herrschaftsmethoden, das andere ist eine Idee der Herrschaftsfreiheit.

Kritik der Demokratie auf www.demokratie-total.de.vu und des „demos“ (Volk) als Grundlage auf www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html



2. Mit und ohne kollektiven Entscheidungen

Kollektive Entscheidungsfindung bedeutet, dass innerhalb einer nicht für einen konkreten Zweck entstandenen Runde von Menschen Entscheidungen getroffen werden, die für alle gelten – auch für die, die sie nicht gut finden, die sich an der Entscheidung nicht beteiligt haben (weil sie müde waren, anderes machen wollten oder Entscheidungsprozesse dieser Art ablehnen) oder noch nicht da waren (später gekommen, geboren ...). Kollektive Entscheidungsfindung dient der Konstruktion eines „Wir“, schafft dieses und setzt es voraus. Sie gebietet für alle im konstruierten Kollektiv eingemeindeten Personen allgemeingültige, d.h. genormte Verhaltensweisen.

Demokratie ist ein System des Treffens kollektiver Entscheidungen. Dabei wird zwischen verschiedenen Formen der Demokratie entschieden, die sich hinsichtlich der Methode der Entscheidungsfindung unter-

scheiden, aber immer den Kern kollektiver Entscheidungsfindung aufweisen. D.h. es wird von einem Gremium oder in einem Abstimmungsgang eine Entscheidung gefällt mit dem Anspruch, dass diese für alle bzw. für die in der Abstimmung definierten Menschen zu gelten hat – ob die wollen oder nicht. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen, auch der Betroffenen, sind je nach Form der Demokratie (repräsentative, direkte, Räte- oder Basisdemokratie) verschieden. In allen aber besteht keine Möglichkeit, sich dem grundsätzlich zu entziehen. Demokratie steht immer für eine Totalität des Anspruchs auf Entscheidung. Ob demokratisch gewählte Regierung, Volksabstimmung der direkten Demokratie oder Plenumsbeschluss im Konsens – das Ergebnis gilt für alle, auch die, die sich nicht beteiligen.

Etwas Verwirrung stiften Abwandlungen, in denen unklar ist, ob tatsächlich der Anspruch auf Zuständigkeit für alle erhoben wird. Es stellt sich angesichts des konstitutiven Elements des „demos“ in der Demokratie dann aber die Frage, ob hier noch eine Variante der Demokratie betrieben wird oder keine mehr. Werden z.B. Entscheidungen aus den zentralen Gremien in kleinere Treffen verlagert, die dann aber auch nur noch für sich entscheiden, so wächst Autonomie – und die ist von Prinzip her nicht mehr demokratisch. Demokratie ist die mehr oder weniger entfaltete Selbstbestimmung des Kollektivs als Kollektiv. Die Selbstbestimmung der Einzelnen für sich und in der Gestaltung der gesellschaftlichen Interaktion ohne Zuordnung zu (Zwangs-)Kollektiven und Entscheidungsfindung in diesen ist demgegenüber nicht mehr demokratisch.

Anarchie verträgt sich mit der Konstruktion eines „Wir“ nicht, weil dieses niemals die Vielfalt selbstbestimmter Menschen und ihrer Kooperationen und Gruppen widerspiegeln kann. Daher kann Anarchie nur dort existieren, wo auf die Konstruktion des Kollektivs als Einheit und die dorthin führende kollektive Entscheidungsfindung verzichtet ist. Alles, was ist, ist die Entscheidung der Menschen und die Kooperation zwischen ihnen ohne Anspruch auf Vertretung anderer oder Schaffung eines überindividuellen „Wir“. Unter Abwesenheit von Herrschaft würden vielfältige, sich überlagernde offene Systeme (Räume, Netzwerke, Kommunikationsforen, soziale Gruppen ...) entstehen, die eine Entscheidungsfindung immer nur (wenn überhaupt) zu konkreten Fragen und in der dann dazu passenden Zusammensetzung von Menschen herbeiführen. Das aber wäre dann Entscheidung in der Kooperation, d.h. niemand ist gezwungen, sich dem zu unterwerfen – es gibt keine gedachte und handelnde Figur über den Menschen.

Basis- und direkte Demokratie: Abstimmungen in Basisversammlungen schaffen wie direkt-demokratische Entscheidungen Festlegungen eines Kollektiv mit Wirkung mindestens im Kollektiv. Dieses Kollektiv bedarf einer klaren Abgrenzung, weil ohne diese wäre unklar, wer abstimmungsberechtigt ist. Das ist umso bedeutender, je stärker die Rechte des Einzelnen im Abstimmungsprozess verregelt sind. In Konsensverfahren ist über die Grenzziehung von Innen und Außen geregelt, wer ein Veto einlegen kann und wer nicht.

Beispiele:

- Abstimmungsprozesse aller Art, die in Verbänden, auf Camps oder Aktionen das Verhalten vereinheitlichen, z.B. über Programmabläufe, Nahrungsangebote, als gemeinsam deklarierte Aktionen und mehr.
- Vertretung des Ganzen nach außen, d.h. Presstexte, -erklärungen, -kontakte im Namen eines Verbandes, einer Gruppe, Kampagne oder Aktion; Vertretung gegenüber Behörden, EigentümerInnen usw.
- Auf verschiedenen sog. Delegiertentreffen in sozialen Bewegungen (z.B. Deli-Strukturen in der Anti-Atom-Bewegung) sind Kriterien für den Delegiertenstatus gar nicht festgelegt. Dennoch wird mit der Zuweisung dieses Status über die Anwesenheitsberechtigung von Menschen entschieden.

3. Innen und Außen

Demokratie: Jede demokratische Abstimmung braucht eine Definition darüber, wer mitstimmen darf oder nicht. Die Übergänge können zwar fließend sein, aber nicht gänzlich verschwinden, weil jede Versammlung, die als Kollektivsubjekt handelt, zumindest hinsichtlich der Frage, wer davon informiert bzw. eingeladen wird und somit auch nur mitstimmen kann, einer Festlegung bedarf. Damit entsteht immer ein „Innen“ und „Außen“, also die Dazugehörenden und die nicht Dazugehörenden.

Anarchie: Die Bildung von Innen und Außen stellt aus mehreren Gründen eine Ausübung von Herrschaft dar und ist deshalb nicht kompatibel mit der Idee der Anarchie. Zum einen ist schon die Definition, wo die Grenze eines Kollektivs ist, immer von oben vorgegeben, weil selbst demokratische Verfahren keinen Mechanismus aufweisen, mit dem sich ein späteres Kollektiv selbst als solches definiert. Denn vor der Bildung des Innen und Außen wäre ja noch unklar, wer wie mitbestimmen darf. Daher kann sich ein Kollektiv nicht vollständig aus sich selbst heraus bilden.

Zum anderen entsteht nach der Entstehung eine Grenze, die einer Überwachung bedarf. Sie kann nicht auf Selbstdefinition der sich dann Beteiligten basieren, da sie dann praktisch nicht existieren und das Kollektiv aufgehoben würde. Folglich bedarf es einer Kontrolle, wer dazugehört und wer nicht. Es muss Personen geben, die das Privileg haben, dieses bestimmen zu können.

Basis- und direkte Demokratie: In der Praxis basisdemokratischer Bewegungen wird zwar oft intern die Gleichberechtigung erhöht, aber es entsteht regelmäßig eine sehr deutliche Konstruktion von Innen und Außen. Es gibt nicht nur eine bestimmte Logik der Einladung zur Versammlung, sondern ständig sogar die konkrete Ausgrenzung von als nicht zugehörig definierten Personen – also über das Privileg des Eingeladenseins hinausgehend.

Die direkte Demokratie unterscheidet sich in der Logik der Grenzziehung gar nicht von repräsentativer Demokratie.

Beispiele:

- Auf einem Camp beschwerte sich ein Anwohner über die Lautstärke. Er war dafür (basisdemokratisch betrachtet völlig korrekt) zum Plenum gekommen und trug sein Anliegen vor. Er wurde aber als nicht zum Camp dazugehörend definiert und sein Anliegen übergangen. So zeigte sich ein deutliches Innen und Außen. Wer wann wie entschieden hatte, wer dazugehört und wer nicht, war zudem unklar. Der Auswahlmaßstab war offensichtlich am formalen TeilnehmerInnenstatus auf dem Camp, vielleicht an camptypischer Kleidung oder Ähnlichem orientiert, nicht aber an Betroffenheit von einer Entscheidung. Denn dann hätte der lärmgeplagte Anwohner wohl Teil des Entscheidungsprozesses sein müssen.
- Auf einem anderen Camp wurden Nazis ausgeschlossen. Doch kollektive Entscheidung kann die Auslegung und Definition im Einzelfall nicht ersetzen, sondern legitimiert „nur“ machtförmiges Handeln. Als Folge des Beschlusses zur Ausgrenzung von Menschen entwickelte sich eine zum Teil abenteuerliche Praxis am Kontrollpunkt (!) am Eingang, wer als Nazi definiert wurde und wer nicht. Das Aussehen spielte dabei die wichtigste Rolle.

4. Mit und ohne „Wir“, Gemeinwille, Einheit und Geborgenheit

Demokratie: Der „demos“ ist die Einheit, auf der alles basiert – im Großen (Volk, Nation) wie im Kleinen, z.B. im Verein, in der Familie oder Verwandtschaft, als Fanclub, religiöse Gruppe oder was auch immer. Das „Wir“ entstammt nicht des selbstbestimmten Zusammenkommens, sondern wird definiert – durch Abstammung, vermeintliche Tradition oder einfach durch die VerkünderInnen der erst durch die Verkündung produzierten, aber in der Verkündung als vorher bestehend behaupteten Gemeinsamkeit.

Dieses künstliche „Wir“ einer Nation oder Volksgemeinschaft (in Deutschland wegen der spezifischen Geschichte selten so genannt, sondern verschleiern umschrieben mit Wertegemeinschaft, Leitkultur oder Standort), trifft auf hohe Akzeptanz. Denn die Zurichtung im Leben eines Menschen (Erziehung, Bildung, soziales Umfeld, Medien ...) bringt fast alle Menschen dazu, sich selbst lieber als Rädchen im System zu begreifen statt als selbstbewusstes und selbst handelndes Individuum, das sich soziales Umfeld und Kooperationsebenen selbst wählt. So enden fast alle in vorgegebenen Rollen (Haushalt, Kindererziehung, Jobsuche, Ausbildung oder den jeweiligen Job mit seinen Arbeitsanforderungen; ergänzt durch die Rollen in Vereinsvorständen usw.). Da sie Selbständigkeit nicht gelernt haben, fühlen sie sich in Räumen mit vorgegebenen Orientierungen wohl. Insofern passen Vereinzelung (Individualisierung ohne Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung) und kollektive Identität gut zusammen. Das eine füllt die Leere im anderen.

Anarchie: Was der Demokratie Akzeptanz verschafft angesichts der auf Unselbständigkeit zugerichteten Menschen, macht es der Anarchie zur Zeit sehr schwer. Offene Systeme, in denen die Menschen selbst agieren, für sich entscheiden, sich positionieren, selbst handeln und intervenieren (z.B. bei Krisen oder Übergriffen), sind fremd, bereiten Angst, erzeugen Unsicherheit. Wer aber Welt verändern und bisherige Normalität brechen will, kommt darum nicht herum. Statt nun den Rückzug in eine neue Geborgenheit und Kollektivität zu organisieren, wäre es an der Zeit, den gewollten Bruch mit dem bisher Üblichen und (Fremd-)Orientierung Gebenden auch offensiv zu organisieren – von Methoden der Kooperationsanbahnung und gleichberechtigten Organisation über offene Räume und offenen Zugang zu allen Ressourcen bis zu Reflexion, Seminaren und mehr, deren Ziel das Hinterfragen der Normalität, das Entwickeln von Utopien und das Aneignen von Know-How im selbstorganisierten Leben ist.

Basis- und direkte Demokratie: Ähnlich erfolgreich wie die Demokratie ist die Basisdemokratie als Strategie von Entscheidungsfindung in politischen Bewegungen, weil sie ersehnte, externe Geborgenheit verschafft. Die meisten AnhängerInnen der Basisdemokratie wollen zwar etwas anderes als „die da oben“, aber das Neue soll keine ungewohnten Lebensverhältnisse hervorrufen – also nicht verunsichern, obwohl das angesichts der Verhältnisse nötig und sinnvoll wäre. Basisdemokratie schafft Einheit, Orientierung, Geborgenheit und ein kollektives „Wir“ – aufgrund der intensiven, gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren sogar stärker als andere Formen der Demokratie. Besonders gilt das für Konsensverfahren, die noch dazu den Schein des Einvernehmlichen hinzufügen. Damit kommen sie den erzeugten Bedürfnissen der unter den realen Verhältnissen aufgewachsenen Menschen entgegen. Auch „Linke“ suchen Orientierung von außen statt den offenen Prozess, in dem sie immer wieder ihre eigene Position finden oder klären müssten.

Direkte Demokratie führt im Vergleich mit der repräsentativen Demokratie oft zu gar keiner Veränderung der „Wir“-Bindung. Volksentscheide können die Identifikation mit der herrschenden Politik sogar erhöhen. Die gesteigerte Legitimation gehört zu den wichtigsten Gründen für die Direktwahl von Führungspersönlichkeiten. So enthalten viele Vorschläge z.B. zur Direktwahl von BundespräsidentIn oder -kanzlerIn in Deutschland als Argument den Hinweis, dass so eine akzeptierte VolksführerIn als Identifikationsfigur entstehen würde. Offenbar merken die ProtagonistInnen solcher Ideen nicht einmal, welch gefährlichen Entwicklungen sie damit den Boden bereiten. Es war und ist für DiktatorInnen dieser Welt immer eine interessante Legitimationsbeschaffung gerade für harte Machtdurchgriffe, sich vom „Volk“ in inszenierten Wahlen bestätigen zu lassen. Aus diesem Blickwinkel müsste auch das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte als direkte Demokratie gewertet werden.

Mail aus der Redaktion des FAU-Organs „Direkte Aktion“ als Ablehnung eines Textangebotes zur Kritik an der Basisdemokratie
Wir konstruieren bewusst ein starkes „Wir“. Wir wollen das halt so. Und weil wir das wollen, ist es auch nicht unanarchistisch.

5. Mit und ohne Stellvertretung

Demokratie: Die übliche, also repräsentative Demokratie ist ein System der Stellvertretung. Repräsentation bedeutet, dass Menschen legitimiert werden, für das Ganze zu reden. Ob Nation, Bundesland, Stadtverwaltung,

Sportverein, Partei oder Firma – immer gibt es Personen, die für das Ganze und im Namen auch der ungefragten Vielen innerhalb dieser Einheiten reden, Verträge abschließen und Kooperationen eingehen.

Text im Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ (auch www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/wirundalle.html)



Zur Kritik an Demokratie unter www.projektwerkstatt.de/demokratie/stellvertretung.html

Anarchie: Stellvertretung und Vereinbarungen sind Herrschaftsformen. Herrschaftsfreiheit besteht nur dort, wo Stellvertretung fehlt, d.h. alle Menschen nur für sich reden und direkte Vereinbarungen schließen. Das schließt komplexe Absprachevorgänge nicht aus – je-

doch handeln auch in komplexen bzw. überregionalen Kooperationen die Tätigen nie im Namen anderer, sondern für sich. Im günstigsten Fall stellen sie ständig Transparenz her, so dass andere, die betroffen sind, sich wiederum direkt einmischen können. Sie können dabei Einzelne ansprechen, sie als Kontaktpersonen nutzen, aber niemals werden diese zu ihren VertreterInnen.

Basis- und direkte Demokratie: Neben basisdemokratischen Versammlungen werden Räteysteme als Möglichkeit für herrschaftsfreies Entscheiden vorgeschlagen. In den Räten soll ein imperatives Mandat herrschen, d.h. die dort Handelnden sind an die Beschlüsse derer, die sie vertreten, gebunden. Ob das überhaupt funktionieren kann, ist bereits zweifelhaft, denn der Rückfluss an Informationen aus dem Geschehen in den Räten entscheidet darüber, ob die Vertretenen ihre Vorgaben erfüllt sehen. Steuerung über Information ist aber ein Mittel der Herrschaft und wirkt der tatsächlichen Möglichkeit imperativer Mandatierung entgegen. Zum Zweiten aber ist auch in der Logik des imperativen Mandats die Stellvertretung integriert. Das Recht, die Person jederzeit abzubrufen, hebt Stellvertretung nicht aus, sondern begrenzt sie nur in der zeitlichen Dimension. Die Privilegierung in der Phase, in der die Stellvertretung andauert, ist dennoch vorhanden und sichert sich selbst über die genannte Steuerung der Informationsflüsse ab. Was über die Vorgänge in den Räten nach außen dringt, unterliegt der privilegierten Beeinflussung durch die Personen in diesen Räten. Sie steuern die Diskurse über das, was als wahr und wichtig angenommen wird: Welche Probleme liegen vor? Was sind die Ursachen? Wer ist schuld? Gibt es eine Krise und welche? All das sind Diskurse, die in einer Gesellschaft ständig wirken und deren Steuerung in den modernen medialen oder sozialen Systemen den wichtigsten Machtfaktor darstellt. Bestehen hier Privilegien, ist Horizontalität weit weg. Räte schaffen solche Privilegien, weil die Aufmerksamkeit für deren Handlungen höher ist als für die anderer. Sie zu kontrollieren, ist schwierig, denn Informationen aus den Treffen werden gefiltert nach außen gegeben,

d.h. eine unabhängige Kontrolle der Tätigkeit von Delegierten ist für die von ihnen Vertretenen gar nicht möglich. Die Macht der Informations-hierarchie wirkt.

Direkte Demokratie schafft in der Reinstform keine Stellvertretung, ist aber in der Regel mit repräsentativen oder basisdemokratischen Strukturen gekoppelt, d.h. ergänzt diese nur. Die oben beschriebenen Probleme werden durch die direkte Demokratie nicht gelöst, ja nicht einmal angetastet.

6. Vereinheitlichte Fragestellungen oder offene Debatte

Die gesamte Struktur der Demokratie dient der Durchführung von Abstimmungen als Akt der Normsetzung oder, da in den Elitestructuren viele Entscheidungen informell vorbereitet werden, der Legitimation der Normsetzung. Der „demos“ ist nicht Diskussionsraum, sondern Abstimmungsgemeinschaft. Das Stellen von Entscheidungsfragen mit dem darauf folgenden Ringen um Mehrheiten oder Konsense ist konstituierendes Element von Demokratie.

Anarchie: Eine gute Analyse von Herrschaft muss genau sein. Wer so hinguckt, dem fällt auf, dass nicht nur mit der Abstimmung als Kollektiv massive Strukturierungsprozesse in einer (eigentlich) vielfältigen Menge an Menschen ablaufen, sondern die Vereinheitlichung schon bei der Fragestellung beginnt. Abstimmen kann mensch nur über etwas, was abstimmungskonform formuliert wird. Soziale Fragen werden damit auf Abstimmungsfähigkeit reduziert, wodurch Komplexität und unterschiedliche Sichtweisen der vielen Einzelpersonen auf das Thema verloren gehen. Wo über etwas abgestimmt werden soll, geht es um ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ – auch wenn der Abstimmungsprozess so organisiert sein sollte, dass diese beiden Positionen im Diskussionsverlauf änderbar sind. Es bleibt der Druck, die Lösung von Fragen immer im Rahmen der Abstimmungsfähigkeit zu halten – und nicht als offenes System, ungeklärt, dynamisch, unterschiedlich interpretiert. Die Vereinheitlichung der Fragestellung verschärft die Tendenz von Einheit und Kollektiv, sie schafft Identität, Gruppe, Geborgenheit.

Die Idee der Anarchie, des prinzipiell Offenen und der Welt, in der immer viele Welten Platz haben sollen, widerspricht der Logik von Abstimmungen.

Basis- und direkte Demokratie: Beide verschärfen die Wichtigkeit der Formulierung einer Frage in kollektiven Entscheidungsprozessen. Denn die Abstimmungen sind bei ihnen aufwendiger und daher seltener als z.B. in repräsentativen Gremien wie Parlamenten oder Vorständen. Dort können einmal getroffene Entscheidungen schneller wieder verändert oder aufgehoben werden. Bei Abstimmungen, an denen alle beteiligt sein können, ist der Aufwand höher. Daher kommt der Fragestellung eine größere Bedeutung zu. Erst recht gilt das für Konsensverfahren mit Vetorecht. Denn das Vetorecht verschafft denjenigen Macht, die die Frage passend zu stellen wissen. Daher birgt die Sache mit der

Fragestellung die Gefahr, dass die entscheidenden Machtkämpfe nun auf diesem Nebenschauplatz ausgetragen werden. Wer sich dabei durchsetzt, wie eine zur Abstimmung stehende Frage formuliert wird, hat entscheidenden Einfluss auf das Geschehen genommen. In den ganzen Erklärungen zur Basisdemokratie kommt dieser Punkt regelmäßig gar nicht vor. Das ist entweder ein Defizit an kritischem Denken oder Taktik. Diejenigen, die wissen, wie wichtig die Fragestellung ist, haben einen Durchsetzungsvorsprung gegenüber denen, die aus Mangel an Wissen bei der entscheidenden Phase, nämlich der Formulierung der Frage, nicht aufpassen.

i Mehr Beispiele und Informationen im Absatz zum Konsens (siehe unten) und im Kapitel zu modernen Hierarchien.

Beispiel: Wer will, dass in einem Raum nicht geraucht wird, muss die Frage stellen, ob geraucht werden darf, um dann per Veto die Rauchfreiheit zu erreichen.

7. Regeln, Grenzen und Sanktionen – oder auch nicht

Demokratie: Der Sinn demokratischer Entscheidung ist, soziale Räume mit allgemeingültigen, also vereinheitlichten Regeln zu schaffen. Diese können Einzelpunkte betreffen oder grundsätzliche Verhaltensnormen. Aus der Entscheidungsfindung entsteht die Erwartungshaltung, dass die Menschen sich den geschaffenen Bedingungen auch anpassen. Sollte das nicht geschehen, müssten Sanktionen erfolgen oder festgelegt werden, für die ein Durchsetzungsapparat ebenso erforderlich ist wie Personen, die die Definitionsmacht zur Entscheidung haben, ob ein Verstoß vorliegt und nicht – und welche Sanktion zu erfolgen hat. Im modernen Nationalstaat sind das Polizei und Justiz (oder andere Behörden). Das ist in allen Staaten gleich, unabhängig ob Monarchie, Diktatur oder Demokratie, ob kapitalistisch oder sozialistisch. In gesellschaftlichen Subräumen haben formale Gremien oder informelle Eliten diese Vollmachten.

Anarchie: Das Festlegen von Bedingungen für den Aufenthalt von Menschen in einem sozialen Raum ist ein Akt der Herrschaft. Es muss dafür privilegierte Kreise oder Gremien geben, die das „Recht“ haben, diese Bedingungen festzulegen und auch durchzusetzen. Anarchisch ist nur der offene Raum, d.h. Treffen, Gebäude, Prozesse oder Projekte, in die alle Menschen frei eintreten können und bei Konflikten kommunikative Prozesse ohne jegliche Vorbedingungen ausgetragen werden. Das bedeutet nicht die Abwesenheit von Veränderungsprozessen, sie werden aber immer zwischen Menschen in einem horizontalen Verhältnis miteinander ausgehandelt, nie über Gremien oder aus privilegierten Positionen heraus. Räume, Netzwerke, Kommunikationsnetze und vieles mehr sind offene Systeme, in denen es keine vereinheitlichten Regeln gibt, sondern im Fall von Krisen, Unbefriedigung und als Reaktion auf alltägliche Übergriffe, Einschüchterungen, Diskriminierungen oder Zugangsbeschränkungen die kommunikative und direkte Intervention und die offene Debatte – aber ohne kollektive Entscheidung.

Der Sinn von basis- und direktdemokratischen Entscheidungen ist der Gleiche wie bei der repräsentativen Demokratie. Auch hier geht es um Regeln und Beschlüsse für Orte, Netzwerke, virtuelle Räume, Aktionen, Veranstaltungen usw.

Angemerkt sei, dass Innerhalb konkreter Handlungsgruppen (Aktionsgruppe, WG, Betrieb ...) bezüglich sehr konkreten Fragestellungen oder zur Festlegung des Zweckes der Gruppe Entscheidungsfindungen unumgänglich sind. Die Form, in der diese erfolgt, ist hinsichtlich ihrer herrschaftserzeugenden Reichweite zweitrangig. Wichtiger ist, dass sie nicht über den eigenen konkreten Wirkungsbereich, auf Nichtanwesende und allgemeine Strukturen ausgedehnt wird, sondern für die konkret zusammen Handelnden gilt. Plena, Regierungen, Koordinierungskreise, Vorstände usw. entscheiden aber regelmäßig nicht nur für sich, d.h. die Anwesenden, sondern für alle, das Kollektiv aller Menschen, in deren Struktur das Gremium agiert.

Zur Idee offener Räume siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/offen.html, zu deren praktischer Umsetzung: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/offenerraum.html



Das Ganze am Beispiel: Medien – kontrolliert oder offen?

Diese Beschreibung bringt kein zusätzliches Kriterium, sondern wendet die oben benannten Unterschiede auf ein Fallbeispiel an. Es geht um die Frage, wie Medien (Zeitungen, Radio, Internet-Nachrichtenseiten ...) organisiert sein können.

Ein demokratisches Medium wäre eines, in dem es Abstimmungsprozesse über die Inhalte gibt. Konsequenter wäre noch, wenn auch die Eigentumsverhältnisse am Medium demokratische Prozesse zulassen würden, wenn RedakteurInnen und anderen Beteiligte gewählt würden usw. Das ist so gut wie nirgends der Fall, auch nicht in den sich von Genossenschaften getragenen Blättern, die meist froh darüber sind, dass die GenossInnen sich wenig für das Geschehen interessieren: Geld ja, Mitbestimmung lieber nicht.

Die meisten Medien in der heutigen Gesellschaft sind staatlich oder kapitalistisch organisiert. Rahmenbedingungen wie Pressegesetze werden repräsentativ demokratisch beschlossen. Das reicht, um die hiesige Medienlandschaft als demokratische Presse zu bezeichnen – schwach, aber wahr.

Anarchie bedeutet Herrschaftsfreiheit. In Medien müsste das bedeuten, dass Medien als offene Plattformen organisiert werden, bei denen die Grenzen von SenderInnen und EmpfängerInnen aufgelöst werden. Die NutzerInnen des Mediums werden zu gleichberechtigten GestalterInnen. Einige wenige Beispiele aus dem Internet zeigen, wie das in der Wirklichkeit aussehen könnte, z.B. Wikis und Indymedia – auch wenn bei näherem Hinsehen zumindest in Deutschland selbst da Zensurmechanismen auftreten. Ein besonders grauenvolles Beispiel ist die

Entwicklung des vielfach gehypten Wikipedia⁰ von einer offenen Enzyklopädie zu einer inzwischen hochkontrollierten Sphäre. Printmedien, freie Radios u.ä. könnten durchaus ähnliche Elemente verwirklichen wie es im technisch flexibleren Internet einfach möglich ist. Sie tun es aber fast nie – ein Grund für die Feststellung, dass es anarchistische Medien im deutschsprachigen gar nicht gibt, auch wenn sich einige so nennen.

Basisdemokratisch sind Zeitungen, Internetplattformen u.ä., bei denen die Auswahl der Beiträge, die Gestaltung usw. von den Beteiligten am Projekt entschieden werden. Basisdemokratie ist dabei der Verzicht auf Obrigkeit und Mehrheitsabstimmung. Konsens und gleichberechtigte Beteiligung aller Projektmitglieder an den Entscheidungen prägen das Geschehen. Zensur findet statt – aber im Konsens. Der Unterschied zur Anarchie ist gut erkennbar. Offene Systeme kennen keine Zensur, sondern nur Intervention z.B. in Form von Pro&Contra.

Beispiele:

- Ein Text mit Kritik an der Gleichsetzung oder Nähe von Anarchie und Basisdemokratie wurde an zwei sich anarchistisch nennende, tatsächlich aber (höchstens) basisdemokratische Zeitungen geschickt: Direkte Aktion und Graswurzelrevolution. Beide lehnten den Abdruck ab und begründeten das offensiv damit, dass sie kein Interesse hätten, Texte mit abweichenden Positionen zu ihren Ideologien zu veröffentlichen. Wegen der Basisdemokratie reicht bereits ein Veto, um den Text zu stoppen und eine solche Ablehnung als Meinung des Kollektivs nach außen zu vertreten. So legt z.B. in der GWR eine einzige Person (Künstlername: Lou Marin) seit Jahren ein prinzipielles Veto gegen Texte aus einer bestimmten anarchistischen Richtung ein. Dieses Verhalten wird wegen der informellen Macht dieser Person geduldet, obwohl es praktisch eine permanente Zensur bedeutet. Zensur ist hier korrekt, wenn sie basisdemokratisch zustande kommt. Die Ähnlichkeit mit dem Gewaltfreiheitsdogma, das ja in gleichen Kreisen hochgehalten wird, ist offensichtlich: Die Form ist entscheidend, der Inhalt weniger oder gar nicht.
- Das Projekt „Indymedia“ ist dort, wo privilegierte Zensurmöglichkeiten fehlen, eines der wenigen Medien, bei denen MacherInnen und NutzerInnen ähnliche Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die sogenannten „Wikis“ im Netz sind Seiten, die von den BetrachterInnen ebenso verändert oder erweitert werden können wie von denen, die eine Internetseite anlegen. Beide Projekte sind tatsächlich hoch umkämpfte Räume, weil die GegnerInnen offener Systeme (in linken Bewegungen wie erst recht im Rest der Gesellschaft klar dominierend) selbige immer wieder bekämpfen oder dann, wenn das nicht geht, erhebliche Ressourcen einsetzen, um diese dann wenigstens zu dominieren. So werden bei Wikipedia fast alle Seiten zu führenden PolitikerInnen von deren MitarbeiterInnen ständig kontrolliert und Kritisches entfernt, inzwischen

⁰ Fallbeispiele unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/beispiele/wikipedia.html

hat Wikipedia zudem selbst ein umfangreiches Zensursystem aufgebaut, was vor allem auf politisch brisanten Seiten täglich zu spüren ist. Dass sie aber solche Kapazitäten investieren müssen, zeigt dass der Raum grundsätzlich offener ist als andere. Würde sich die Zahl offener Systeme vergrößern, wäre Kontrollwahn schnell am Ende.

Fazit

Demokratie und Anarchie unterscheiden sich in mehreren grundlegenden Punkten. Herrschaftsfrei ist nur die Abwesenheit von Regeln, deren Durchsetzung, kollektiver Identität, Einheitlichkeit und daher der Verzicht auf kollektive Entscheidungsfindung. Diese ist für Demokratie aber konstitutiv, d.h. nicht wegdenkbar. Und auch die vielgelobte direkte und die Basisdemokratie sind höchstens eine Methode, die Entscheidungsfindung aller für alle gleichberechtigter zu organisieren. Sie schaffen Kollektivität und kollektive Entscheidung aber nicht ab. Jenseits der Kritik im Detail, z.B. an Konsens, Vetorecht oder der Einteilung an „Innen“ und „Außen“, ist dieser Unterschied zwischen Abwesenheit aller Kollektivsubjekte (Anarchie) und einer nur anderen Organisation des Kollektivs (Basisdemokratie) zentral. Basisdemokratie schafft Vereinheitlichung. Das Argument, ein Vetorecht würde die abweichenden Meinungen stärken, ist irrig. Tatsächlich zwingt gerade das Vetorecht zu Annäherungen der Unterschiedlichkeit und Kompromissen, zur Aufgabe von Verschiedenartigkeit und Konflikten. Die Dynamik von Streit und Vielfalt wird verringert – stärker sogar als in der Mehrheitsdemokratie, wo Abstimmungsschlachten zwar ebenfalls am Ende eine formale Einheitlichkeit nach außen schaffen und Dominanzen fördern, aber die Minderheiten erkennbar bleiben, zumindest für die Unterlegenen als interne Opposition. Basisdemokratie hingegen hat die Tendenz, die Unterschiedlichkeit zu verschleiern und das „Wir“ zu stärken.

Eine anarchistische Gesellschaft wird nur entstehen, wenn Stück für Stück kollektive Entscheidungsfindung und ihre Durchsetzung aus der Gesellschaft verdrängt werden. Horizontalität aller Menschen, d.h. gleiche Handlungsmöglichkeiten und die Steuerung von Prozessen über freie Vereinbarung statt Entscheidungsfindung wären das Ziel. Konkrete Projekte wie Medien, alternative Lebensprojekte, Betriebe oder Lernorte von unten haben die Chance, Experimentierflächen zu sein für den Verzicht auf kollektive Regeln, Vorbedingungen oder Entscheidungsfindung. Dann wäre Anarchie nicht nur eine Werbephase, eben eine Mogelpackung für Basisdemokratie, sondern zumindest im Ziel der Versuch eines Ausganges auch der „Linken“ aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit, sprich: Der Unterwerfung unter die Kollektivsubjekte.

Konkrete Methoden des
Hierarchieabbaus: www.hierarchie.de.vu
Demokratiekritik: www.demokratie-total.de.vu
Herrschaftsfreie Utopien:
www.herrschaftsfrei.de.vu
Das passende
Buch zum Thema
Demokratie: www.aktionsversand.de.vu



Ein Text, ähnlich den Absätzen dieses Kapitels, wurde an Graswurzelrevolution (GWR) und Direkte Aktion (DA) geschickt mit der Bitte um Veröffentlichung. Beide lehnten ab.



Dokumentiert unter <http://de.indymedia.org//2005/11/133847.shtml>

Auszüge aus dem Begründungen. GWR:

... in Deinem Text steht u.a., „dass es anarchistische Zeitungen gar nicht gibt, auch wenn sich einige so nennen.“ Demnach gibt es also die anarchistische Monatszeitung Graswurzelrevolution gar nicht. Und da es uns nicht gibt, können wir Dir auch nicht antworten. Und diese Antwort ist wiederum nur eine Illusion. Denn uns gibt's ja gar nicht. Auch wenn Du demnächst behauptest, dass die Erde

eine Scheibe ist, würde das die GWR voraussichtlich nicht abdrucken, da es im GWR-HerausgeberInnenkreis einen Konsens gibt, dass die Erde rund ist, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Zu Deinem Artikelangebot: Ich würde es mal so sagen, ‚eher positiv‘, weniger unter Umständen ‚ja‘, dabei dennoch nicht so eindeutig, wie ‚vielleicht‘. Alles klar? Na dann.

Der Text von „Direkte Aktion“:

In der DA würde ich ihn lieber nicht unterbringen, weil er da nicht reinpasst. Du hast schon recht: die DA ist keine anarchistische Zeitung, sondern eine anarchosyndikalistische. Sie versteht sich als Sprachrohr der Syndikate in der DA und nicht als anarchistische Diskussionszeitung. Wir haben in der FAU interne Diskussionsplattformen. Allerdings fokussiert sich die Diskussion bei uns auf andere Schwerpunkte, bei denen Deine Thesen z. T. sicher einer kritischen Würdigung wert sind und zur Hinterfragung der eigenen Haltung interessant sind.

Als Diskussionsgrundlage für eine neue Diskussion des Selbstverständnisses innerhalb der FAU finde ich ihn auch deshalb ungeeignet, weil wir uns bewusst anders organisiert haben, als einige grundsätzliche Forderungen von Dir es verlangen würden.

Zudem informierte die GWR auch andere Zeitungen über ihre Meinung – auffordernd, den Text auch dort abzulehnen. Offenbar war den BasisdemokratInnen wichtig, dass die abweichende Meinung ganz unterdrückt bleibt.

Anarchistische Kritik an Staat und Demokratie

Nun ist es nicht so, dass alle AnarchistInnen vergessen hätten, woran sie bei der Demokratie sind. Schon in alten, aber auch in einigen neueren Texten werden Abstimmungen und der demokratisch legitimierte Staat angegriffen.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A und im Internet (S. 25 f.)¹

Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfüng und Selbstentschließung der

¹ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden. Hierbei spielt die Regierungsform nicht die geringste Rolle. Monarchie, Demokratie, Diktatur stellen als Staatsarten nur verschiedene Möglichkeiten im Verfahren der zentralistischen Menschenbeherrschung dar. Wenn die Demokratie sich darauf beruft, daß sie dem Volksganzen die Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung mit gleichem Stimmrecht für alle gewährt, so ist daran zu erinnern, daß gleiches Stimmrecht nichts mit gleichem Recht zu tun hat und daß die Aussonderung von Abgeordneten eben die Beteiligung der Aussondernden an der Verwaltung verhindert und ihre Vertretung durch einander ablösende Machthaber bedeutet. ...

Die Macht des Staates ist aber gefährlicher als jede andere Macht, weil sie mit dem Anspruch auftritt, Ausdruck des allgemeinen Willens zu sein und die von ihr der Arbeit abgenommenen Reichtümer dem allgemeinen Nutzen zuzuführen. In Wahrheit dienen diese Reichtümer ausschließlich der Erhaltung des Staates selbst, das heißt der Macht der Obrigkeit, die die Ohnmacht der Regierten braucht.

Mühsams Kritik auch an der Demokratie wird heute nicht nur missachtet, sondern geradezu karikiert. Die Erich-Mühsam-Gesellschaft vergibt alle 2-3 Jahre einen nach dem Alt-Anarchisten benannten Preis.² Ihn erhalten durchweg pro-demokratische Organisationen, einmal sogar die autoritär-marxistischen bis stalinistischen Ideen zugelegte Junge Welt.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trozdem-Verlag in Grafenau (S. 96)

Das »gesellschafts«-politische Ideal hieße nicht mehr »Demokratie« (Herrschaft des Volkes), sondern individuelle Selbstbestimmung und kooperative Selbstverwaltung. In diesem Sinne erhalte der auch häufig ideologisch mißbrauchte Ausspruch von der Demokratie als beste aller schlechten Staatsformen einen emanzipatorischen Inhalt.

Ebenso finden sich Forderungen und Vorschläge, dass eine Weiterentwicklung des Demokratischen nötig und möglich ist – sogar in Büchern, die im deutschsprachigen Raum für AnarchistInnen zu den vielgelesenen Werken gehören.

Stowasser, Horst (2007): „Anarchie!“, Nautilus Hamburg (S. 492 f.)

Heute herrschen viele im Namen einer Idee, die sich auf das ganze Volk beruft. Die »vielen Herrscher«, Polyarchen, betreiben als Abgeordnete, Minister, Regierungschefs ihr Verwaltungsgeschäft im Namen der Gesamtheit der »mündigen Wahlbürger«. Die eingeschränkte Herrschaft vieler im Namen aller nennen wir »Demokratie«. Sie bringt eine Stellvertreterverwaltung hervor.

Gemäß der anarchistischen Idee, die heute noch im Rang einer Utopie steht, herrscht morgen jeder über sich selbst oder, was dasselbe ist, niemand mehr über andere. Die Gesamtheit nicht-herrschender Menschen, Anarchen, betreiben als autonome Individuen ihre Verwaltungsgeschäfte in dezentralen Strukturen im Namen ihrer selbst. Herrschaft wird durch Selbstorganisation ersetzt, einen Zustand, den wir »Akratie« nennen. Sie würde Selbstverwaltung hervorbringen. Somit wäre ein gesellschaftlicher Zustand der Akratie mit der Organisationsstruktur Selbstverwaltung der für die Partizipation aller Menschen am weitesten fortgeschrittene Entwicklungszustand.

² www.erich-muehsam.de/?cat=empreis

Trotzdem: AnarchistInnen für die (verbesserte) Demokratie

Eigentlich also scheint es klar: „Die parlamentarische Demokratie mag die beste aller möglichen Regierungsformen sein – die anarchistische Parlamentarismuskritik richtet sich jedoch gegen die Zumutung, überhaupt regiert zu werden. Es geht dem Anarchismus nicht um eine alternative Regierung, sondern um Alternativen zur Regierung.“³ Das gilt im Kleinen wie im Großen. Doch die Wirklichkeit sieht ziemlich anders aus. Demokratie, selbst im Allgemeinen, also auf staatlicher Ebene, übt auch in anarchistischen Kreisen eine seltsame Anziehungskraft aus und wird zum Inbegriff des Guten – der menschlichen Art des Herrschens.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 248 ff.)

Ich denke, hier liegen zwei Problemkreise vor, die getrennt voneinander untersucht werden müssen, nämlich erstens die Frage, ob Demokratie immer noch „Herrschaft“ ist, und zweitens, wie Minderheiten, selbst Minderheiten, die nur aus einer Person bestehen, geschützt werden können. In bezug auf das erste Problem ist offensichtlich, dass diejenigen, die – wie wir in Kapitel 5 gesehen haben irrtümlich – annehmen, Demokratie bringe eine Form von „Herrschaft“ mit sich, die nicht-staatliche Form von Demokratie mit deren staatlichen Formen verwechseln. Dabei ignorieren die Libertären, die diesen Einwand gegen die Demokratie erheben, ganz einfach die Tatsache, dass in einer nicht-etatistischen Konzeption von Demokratie kein Konflikt zwischen der Demokratie und der Freiheit des sozialen Individuums besteht, weil alle sozialen Individuen in gleichem Maß an der Macht teilhaben und am Entscheidungsprozeß teilnehmen können. Außerdem weist Bookchin zu Recht darauf hin, dass die von diesen Kräften vorgeschlagene Alternative, nämlich der Konsens, „die individualistische Alternative zur Demokratie“ (Murray Bookchin, „The democratic dimension of anarchism“, Democracy and Nature, Vol. 3, Nr. 2 (1996)) ist – eine Alternative, die in Wirklichkeit so tut, als gebe es die individuelle Verschiedenartigkeit, die von der Demokratie angeblich unterdrückt wird, überhaupt nicht!

Interview mit dem Comic-Autor Jacques Tardi, in: Graswurzelrevolution 4/2007⁴

Das Interessante an der Pariser Commune ist der Entwurf einer Demokratie von Menschen für Menschen. Das war ein echter ArbeiterInnenaufstand.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen ‘Stuttgart 21’“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)⁵

Wer zivilen Ungehorsam leistet, dem geht es um die Verbesserung der Demokratie, nicht um ihre Zerstörung. Durch ihre Bereitschaft, Nachteile und Strafen hinzunehmen, bekunden sie ihren Respekt vor dem Recht als solchem und appellieren an die Regierung und die Parlamente, die angefochtenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.

3 Quelle: www.anarchismus.at/txt3/alternative.htm

4 www.graswurzel.net/318/tardi.shtml

5 www.graswurzel.net/354/s21.shtml

Als logische Konsequenz werden AnarchistInnen zum Fanblock der Demokratie – mit der Forderung zu deren Rettung oder Stärkung. Hand in Hand stehen sie mit dem bürgerlichen RechtsstaatsschützerInnen, träumen von Weltregierungen und anderen Führungsebenen, die das Gute darstellen, wenn sie nur ordentlich demokratisch ist.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Demokratie ist nicht an ihrem denkbaren Ende, sondern nimmt gerade erst ihren Anfang.

Aus dem Entwurf der Gründungserklärung der Libertären – Basisdemokratien, in: Darwin Dante (1993): „5-Stunden sind genug“, Manneck Mainhattan Verlag in Frankfurt

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der BRD und der Respektierung aller in diesem Staat bestehenden Rechte und Gesetze machen wir Libertären – Basisdemokraten es uns zur Aufgabe, die Vollendung der Demokratie zur Basisdemokratie vorzubereiten und durchzuführen. ... Als Mittel zur Umsetzung unserer Gesellschaftsvorstellungen wählen wir die Aufklärung, über die wir eine landesweite 3/4-Zustimmungsmehrheit in der Bevölkerung erreichen wollen. Allein über diese 3/4-Mehrheit wollen wir auf demokratischem Wege in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz eine Umgestaltung des Grundgesetzes durchsetzen. ...

Insbesondere soll die anarchistische Rätestruktur ein Sprachrohr für die in den Libertären – Basisdemokraten zusammengeschlossenen anarcho-syndikalistischen Verbindungen und Kooperativenverbände sein ...

Ein demokratisches mehrheitliches Mitbestimmungsrecht besitzt hier Vorrang vor jedem Eigentumsrecht an Produktionsmitteln und Lebensgütern ... Anarcho-Kommunismus und Demokratie gehören zusammen, ergänzen einander und können NIE miteinander im Widerspruch stehen!

Die Schüler bestimmen selbst ihre Wünsche und Anforderungen an IHR SCHULSYSTEM durch den Mehrheitsbeschluß der Schülervollversammlung ...

Aus einem Bericht über den G8-Gipfel-Protest 2007⁶ in der Jugendzeitung „Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007⁷

Doch die Gewaltszenen beherrschten die Wahrnehmung in den Medien. Somit wurde der Protest für eine friedlichere, demokratischere, sozialere und ökologischere Welt von einigen wenigen Militanten und den Medien weniger glaubwürdig gemacht.

Geht wählen! Aufrufe und Konzepte für noch mehr Demokratie

Geht die Befürwortung der Demokratie noch in der allgemeinen Nebenligkeit anarchistischer „Theorien“ (das Wort ist meist schon eine Übertreibung) unter, so wird spätestens dann Absurdistan ganz betreten, wenn AnarchistInnen (und durchaus deren führende Vielredner) sogar das Wählen befürworten – sei es in romanhaften Utopien oder ganz

⁶ www.jugendzeitung.net/ausgaben/herbst-2007/gipfel-hinter-gittern/

⁷ Download über www.jugendzeitung.net

platt im laufenden Wahlkampf. So stand neben einem Werbeartikel zur Basisdemokratie in der „utopia“ im Mai 2009 (S. 2) gleich der Aufruf „Für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze“ mit Angabe der Internetadresse „Ich-will-waehlen.de“ (!) und dem Satz, dass ausgerechnet das Nichtwählenkönnen schlimm sei: „Wenn Menschen aber aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden Intelligenz das Recht auf politische Beteiligung aberkannt wird, ist das zutiefst undemokratisch.“

Aus Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“
Libertäre Demokratie ... Anstelle von Regierungen und Parlamenten, die über fast alles entscheiden dürfen, treten Fachräte (z.B. Ökorat) mit klar begrenzten Aufgabenbereichen.
Dezentralisierung der politischen Strukturen, z.B. Konflikträte auf kommunaler Ebene, Kapitalräte auf Ebene von heutigen Bundesländern.
Machtteilung durch Parallelstrukturen, Minderheiten können eigenen Konfliktrat, eigenen Kapitalrat wählen.
Nicht nur Personen sondern auch ihr Programm wird gewählt und ist verbindliche Grundlage für die Arbeit der Räte.

Ralf Landmesser von A-Laden in Berlin im Werberundschreiben für den A-Kalenda am 18.7.2005:
Übrigens: geht um Bakunins Willen wählen! Denn wir wollen doch nicht die schwarze Pest wieder am Ruder der Titanic. Nie wieder Kohlsuppe und schon gar nicht mit Ferkel-Einlage! Fasenken wa den Kahn selba!! Ein Revolutiönchen gefällig? Bitte. Gerne. Wenn ihr das hinkriegt. Und wenn nich, dann wählt gefälligst. Is zwar nich ejal wer dran is, aber kaputt machen muß mensch den Staat trotzdem, ne, wegens die Menschlichkeit. Nur müssen wir ihm ja nich noch helfen UNS kaputtzumachen.

Offenbar aber hört das Denken nicht ganz auf. So blieb den ProtagonistInnen der Demokratie im A-Gewand doch nicht verborgen, dass es bereits demokratische Gesellschaften gibt und diese Menschen ausbeuten, Umwelt zerstören, Kriege führen und die gesamte Sammlung von altergebrachten und modernisierten Schrecken der Marken Patriarchat, Antisemitismus, Rassismus, Kapitalismus usw. in sich tragen. Statt daraus nun die Konsequenz zu ziehen, dass demokratische Bomben auch töten und deshalb nicht besser sind, wird verzweifelt versucht, die herrschende Demokratie als gar nicht richtige Demokratie zu definieren und zu einem Feldzug für die Verwirklichung endlich der wahren Volksherrschaft aufzurufen.

Text, gefunden auf einer Anarchie-Internetseite⁸
Viel schärfer als der autoritäre Kommunist erkennt und entlarvt der/die AnarchistIn die strukturellen Mängel der bürgerlichen „Demokratie“. Der Parlamentarismus hat mit Demokratie, also Volksherrschaft nichts zu tun.

Aus Grosche, Mona (2003): „Anarchismus und Syndikalismus in Deutschland“, Syndikat A in Moers (S. 7)
Dem Zentralismus des Staates setzen die AnarchistInnen die 'natürliche' Ordnung der Gesellschaft auf föderativer und freiwilliger Basis entgegen, in ihr wird die einzige wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens gesehen.

Prinzipienerklärung der Bildungssyndikate in der FAU (Stand: 29.9.2003)⁹

Die parlamentarische Demokratie ist nur eine scheinbare Demokratie. Demokratie bedeutet ursprünglich „Volksherrschaft“. Parlamentarische „Demokratie“ äußert sich darin, dass die wahlberechtigten Bürgerinnen alle in Abständen die Wahl zwischen den verschiedenen Fraktionen der Herrschaft haben. Die gewählten Abgeordneten sind durch die Wähler nicht kontrollier- geschweige denn abwählbar. Daher ist die parlamentarische Demokratie nur eine Scheindemokratie. ... Jedes Land, das eine Regierung hat, ist ein vom Feind besetztes Land. Im Gegensatz dazu steht die „Direkte Demokratie“, in der jederzeit abwählbare, dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtige Delegierte, die aus dem Volk kommen, die jeweils anstehenden Entscheidungen treffen.

Aus Colin Ward: „Anarchismus als Organisationstheorie“, dort zur Anarchie¹⁰

Man könnte meinen, dies sei eine Art idealisierte Vorstellung von der Demokratie. Wenn das zutrifft, ist sie aber weit von der Art der Demokratie entfernt, die wir kennen. Denn der Begriff der Demokratie im Sinne von Selbstregierung des Volkes ist seit langem durch ein Konzept ersetzt worden, das unter Demokratie den Wettkampf rivalisierender, sich aber ähnelnder Eliten um die Stimmen des Volkes versteht.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 427 ff.)

Politische Demokratie erfordert die Schaffung von Institutionen direkter Demokratie auf der politischen Ebene, so dass alle Entscheidungen von den demotischen Versammlungen getroffen werden, d.h. den örtlichen Bürgerversammlungen auf der Ebene des demos.

...
Wirtschaftliche Demokratie erfordert die Schaffung von Institutionen kollektiven Eigentums an den produktiven Ressourcen (d.h. den Quellen des gesellschaftlichen Reichtums) sowie kollektive Kontrolle über diese Institutionen durch die demotischen Versammlungen.

Aus FAU Stuttgart u.a.: „Libertäres Positionspapier zu S21“, in: GWR Dez. 2010 (S. 9)

Das ist nicht unser Verständnis von Demokratie – wir fordern hierarchielose Entscheidungsprozesse. VertreterInnen in Gremien und Räten sind somit nur mit einem imperativen Mandat auszustatten und an die Beschlüsse der „Basis“ gebunden. Alles andere führt zu Machtkonzentration, zu einer Entdemokratisierung und Klügelwirtschaft (sic!).

Linke, soziale Bewegung und Anarch@s für einen Ausbau der Demokratie unter www.projektwerkstatt.de/demokratie/mehr.html#a
Zum Fanblock der Demokratie: www.projektwerkstatt.de/demokratie/fanblock.html



Verwirrungen

Ganz so eindeutig rollt das Ganze aber nicht. Offenbar entspringt der positive Bezug auf eine irgendwie gute Demokratie bei gleichzeitiger Distanzierung von der real existierenden

⁹ www.fau.org/bsy/selbst.html

¹⁰ www.anarchismus.at/txt4/colinward.htm

Demokratie nicht einer Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, sondern oft auch dem Bedürfnis, in der Mitte der Gesellschaft Anerkennung zu finden. Oder platter: Spenden. Denn wer sich als KritikerIn der Demokratie zeigt, hat im gut betuchten, spendenbereiten BildungsbürgerInnentum schlechte Karten.

Bizarr mutet dieser Spagat vor allem bei den gewaltfreien BasisdemokratInnen an, die in ihrer Eigenwahrnehmung anarchistisch fühlen und denken. Das zeigte eine interne Debatte um den Umgang mit der Staatsgewalt rund um die Stuttgart-21-Proteste 2010 und 2011. Auslöser war ein Gerichtsprozess gegen einige AktivistInnen, die nicht nur Protestlieder sangen und Schilder hochhielten, sondern einen Abrissbagger am Stuttgarter Hauptbahnhof bestiegen und dadurch blockierten. Ihren Protest gegen das dahinterstehende System setzten sie als Angeklagte im Gerichtssaal fort. Wolfgang Sternstein, Autor der Graswurzelrevolution und Urgestein der Gewaltfreienszene in Deutschland, riss das zu folgenden Bemerkungen hin: „Ich war vom Verhalten der angeklagten Aktivistin und einiger Zuhörer derart angewidert, dass ich nach einer Stunde den Gerichtssaal verließ. ... Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten. Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand.“¹¹ Doch damit nicht genug. Er setzte eine Grundsatzbemerkung pro Demokratie oben drauf: „Wer zivilen Ungehorsam leistet, dem geht es um die Verbesserung der Demokratie, nicht um ihre Zerstörung. Durch ihre Bereitschaft, Nachteile und Strafen hinzunehmen, bekunden sie ihren Respekt vor dem Recht als solchem und appellieren an die Regierung und die Parlamente, die angefochtenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.“¹²

Dem nun widersprach in der Sommerausgabe 2011 besaline und Lou Marin. Letzterer ist GWR-Herausgeber, im HerausgeberInnenkollektiv bekannt u.a. für Vetos und Zensur unerwünschter Texte und damit eine besonders prägende Person der GWR (zumal der langjährige Chefredakteur Bernd Drücke ähnliche Durchgriffsmethoden befürwortet und anwendet). Seine Entgegnung war selbst Ausdruck der Zerrissenheit, die entsteht, wenn mensch gleichzeitig gerne Anarchist und Fan der Demokratie sein will. In dieser Schizophrenie politischer Motivationen fordert Marin erst, die Demokratie sei „ein auf Gewalt gebautes System, das – gewaltfrei, aber gründlich – zerstört werden muss“, macht dann aber selbst wieder die Zweiteilung in gute und schlechte Demokratie auf mit einem vermeintlichen „Grundsatz direkt- und basisdemokratischer Gesellschaftsvorstellungen, der in eindeutigem Gegensatz steht zur parlamentarischen Demokratie“.

¹¹ Mail vom 4.5.2011: www.projektwerkstatt.de/gewalt/110503sternstein.rtf

¹² Quelle: GWR Dez. 2010 (S. 7), www.graswurzel.net/354/s21.shtml

Positiver Bezug auf das Volk

Wie mit dem Demokratiebegriff gehen viele AnarchistInnen auch sehr sorglos mit dem Begriff „Volk“ um. Offenbar steht auch bei ihnen dieser Begriff stumpfer, einheitlicher Masse für etwas Positives – als die Basis und damit das Gute von allem. Doch Volk ist eben nicht Bevölkerung. Es negiert die Unterschiedlichkeit und schafft eine Einheitlichkeit, die nicht existiert, sondern von den SprecherInnen des Volkes durch Vereinnahmung und Stellvertretung inszeniert wird. Wird überhaupt ein Argument genannt, was eigentlich die Unterscheidbarkeit eines Volkes von anderen herbeiführt, wird auf gemeinsame Geschichte, Abstammung, Sprache oder Heimat als verschwommener geografischer Lebensraum verwiesen. Doch diese Argumente sind blanker Unsinn. Gemeinsame Geschichte gibt es für die meisten „Völker“ nicht, denn die modernen Zuschnitte ändern sich laufend vor allem als Folge von Streit und Krieg. Das mit der Abstammung mag zwar angesichts der Neigung von Menschen, innerhalb bestehender sozialer Gruppen zu verharren, stimmen, stellt aber erstens keine Eigenart dar und würde zweitens Ostfriesen und Allgäuer mehr voneinander trennen als Letztere von ihrer Nachbarregion am anderen Bodenseeufer. Bei der Sprache gibt es mit der Schweiz ein prägnantes Gegenbeispiel, denn schließlich bildet ausgerechnet ein Viersprachenstaat die festgefügteste Nation in Mitteleuropa. Heimat als geografischer Raum, der die darin wohnenden Menschen prägen soll, ist nicht nur unsinnig angesichts der hohen Mobilität, sondern auch die auffälligste Blut- und Bodenlogik, die im Gedanken an die Existenz von „Völkern“ prinzipiell steckt. Mit Vielfalt, einer Welt, in der viele Welten Platz haben, offenen Systemen, Autonomie und Selbstentfaltung der Einzelnen sowie freier Kooperation hat die Idee von „Volk“ nichts gemeinsam. Dennoch schaffen es AnarchistInnen, sich positiv auf dieses Konstrukt zu beziehen.

Aus Grosche, Mona (2003): „Anarchismus und Syndikalismus in Deutschland“, Syndikat A in Moers (S. 7/8)

Eine wahre Volkssouveränität kann für den Anarchismus nur heißen: Keine Regierung und keine Regierten mehr.

Mühsam, Erich: „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, zitiert in: Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 19)

(Zum Staat) Er ist zentraler Ausführungsdienst einer vom Volk gelösten Klasse zur Beherrschung des entrechteten und zur beherrschten Klasse erniedrigten Volkes.

Aussage von Bakunin, zitiert in: Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 42 ff.)

Die arme Klasse, welche das eigentliche Volk bildet ...

Die Volksmassen sind zu Opfern stets bereit, bilden eine Macht und sind deshalb so brutal, wild und entschlossen, Heldentaten zu vollbringen (...), weil sie, die wenig oder gar nichts besitzen, nicht vom Besitzstreben verdorben sind. ...

Die besten Männer der bürgerlichen Welt von Geburt und nicht aus Überzeugung und Ehrgeiz, können nur unter einer Bedingung nützlich sein, daß sie im Volk aufgehen, in der Sache, die nur das Volk betrifft.

Aus dem Text „Parlamentarismus vs. Basisdemokratie“¹³

Aus der Sicht der AnarchistInnen ist schon das Wort Demokratie eine Zumutung. Demokratie heißt Volksherrschaft. Herrscht aber irgendwo das Volk? Natürlich nicht. ... Genau genommen ist das Wort Demokratie theoretischer Unsinn: Wenn das Volk alle sind, und das Volk herrscht, über wen herrscht es dann? Jeder über jeden? Keiner über keinen? Demokratie, radikal verstanden, käme der Anarchie, Akratie, also Herrschaftslosigkeit gleich.



Was ist das Volk? Antworten und mehr Zitate unter www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html

Es existieren weitere Texte, in denen zwar der Begriff „Volk“ vermieden wird, aber ähnliche Behauptungen von der Existenz eines einheitlichen Willens aufgestellt

werden. Verschleiern wird von diesem Gemeinwillen gesprochen oder eine Politik gefordert, die den offenbar feststellbaren einheitlichen „Interessen der Bevölkerung“ dienen soll.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Wir haben es also mit einer Kritik am Staate zu tun, die gerade das einfordert, was Demokratie ebenso einfordert, nämlich die Interessen der Bevölkerung zum Mittelpunkt der Politik zu machen.

In ganz schwachen Stunden entstehen sogar anarchistische Utopien und Ideen, in denen Parlamente und der Staat weiterhin existieren. Hier zeigt sich das ausgeprägte Gutmenschentum in Teilen deutschsprachiger AnarchistInnen, die damit eine bemerkenswerte Nähe zu bürgerlichen Kreisen aufweisen, die bei sogenannten gewaltfreien Aktionen (Sitzblockaden, Menschenketten usw.) auch praktisch wird. Anarchie wird dann zu einem Schmelztiegel von Wohlfühlreformen innerhalb der bestehenden Hierarchien. Doch die Konzepte für die irgendwie bessere Opposition, schlauer durchgeführte Wahlen, das Denken in Minderheit und Mehrheit, Vertretung und Abstimmungen ist nichts anderes als das Vokabular der Demokratie – und zwar sogar der ganz üblichen, repräsentativen.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana. Ideen für eine anarchistische Gesellschaft“

Jedes Projekt, das statt auf Staatsgelder auf einen Förderkreis solidarischer UnterstützerInnen baut, ist auch eine 'Demonstration' gegen den Staat. ... Jeder soll über die Verwendung, von sagen wir bis zu 10000 DM seiner Steuermittel im Jahr selbst entscheiden. ... Viele Entscheidungen in den Vereinen sind delegiert an Arbeitsausschüsse und gewählte Vereinräte. ... (S. 11)

Alle GenossInnen sind gleichberechtigte Eigentümer ihrer Genossenschaft und entscheiden demokratisch über die Grundsätze der Kreditvergabe. (S. 15)

Fiktives Interview mit Menschen, die schon in der zukünftigen Utopie leben (im gleichen Heft, S. 24 ff.)

Frage: Und wer kontrolliert, ob ihr eure Macht in diesem Sinne nutzt?

Erika: Vor allem die Opposition, die von den Gruppen gebildet

¹³ www.anarchismus.at/txt4/parlamentarismus6.htm

wird, die bei der Wahl zum Kapitalrat in der Minderheit blieben. Ihre Vertreter können an allen Sitzungen des Kapitalrates teilnehmen.

Sozialer Organismus

Alles ist steigerbar. Manche denken die Gesellschaft als Organismus. Klingt irgendwie toll – harmonisch, natürlich. Rudolf Steiner hat die Welt immer so beschrieben. Doch was ist ein Organismus? Der Begriff beschreibt ein System, in dem alle Teile eine bestimmte, vorgegebene Rolle spielen. Das alles voneinander abhängig und nichts ohne das andere überleben kann (jedenfalls im Großen und Ganzen), klingt irgendwie nett – hat aber mit einem analytischen Blick auf Herrschaftsverhältnisse nichts zu tun. Denn dass es GefängniswärterInnen ohne Gefangene nicht gäbe, beendet doch die Hierarchie unter ihnen nicht. Organismus ist das Bild feststehender Rollen. Das Leben ist in vorgegebene Tätigkeiten gepresst. Noch dazu ist der Organismus hierarchisch aufgebaut. Die Milz bestimmt eben nicht den Takt des Herzens oder das Anspannen des Bizeps-Muskels. Eine zentrale Verdrahtung steuert das Gesamte einschließlich der Kooperation der Teile. Dass das Gehirn die Teile braucht, um den Laden und sich selbst am Laufen zu halten, ändert an diesen Feststellungen nicht. Die Regierung braucht das Volk auch – gleichberechtigt werden sie dadurch nicht.

Gesellschaft als Organismus schafft das gleiche Bild wie soziale Anleihen z.B. aus den Abläufen im Ameisenstaat, wo alle Beteiligten kraft Geburt ihre Rolle einnehmen. Oder – für StarTrek-Fans – der Borg als kollektiver Organismus. Anti-emanzipatorischer ist kaum möglich.

Aus Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 18)

Die anarchistische Gesellschaft baut sich im Räteprinzip basisdemokratisch – „von unten nach oben“ – auf. Auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Freiwilligkeit bilden Gesellschaft und Individuum einen untrennbaren Organismus. In diesem Organismus wird sowohl dem natürlichen Freiheitswillen, als auch dem Bedürfnis nach Geselligkeit des Menschen entsprochen, er bildet die einzig wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens.

Anarchie gleich Basisdemokratie?

Die allgemeine Bejahung der Demokratie ist nicht prägend für deutschsprachige AnarchistInnen. Viele haben dazu gar keine Meinung. Auch der Hang, „demokratisch“ und „gut“ gleichzusetzen, dürfte eher einer fehlenden Herrschaftsanalyse und der gedankenlosen Übernahme gesellschaftlicher Diskurse folgen als einer reflektierten Überzeugung.

Anders sieht das bei der Befürwortung der Basisdemokratie aus. Zwar sind auch hier massive Theoriedefizite unübersehbar, denn auch die Schriften über Sinn und Zweck von Basisdemokratie im Allgemeinen oder bestimmter Formen wie dem Konsens im Besonderen weisen umfangreiche Leerstellen und Blindflecke auf. Dazu gehört die Problema-

tik der Frageformulierung vor Abstimmungen und die Definition von Innen und Außen in der Abstimmungsgemeinschaft. Dennoch ist die Befürwortung der Basisdemokratie eine bewusste Entscheidung. Sie wird gegen Kritik von Außen verteidigt und als ideologischer Kern der eigenen Überzeugung offensiv propagiert. Zählt mensch die überwiegend theorielosen Lebensabschnitts- und Lifestyle-Anarch@s nicht mit, so lässt sich sagen, dass fast alle deutschsprachigen AnarchistInnen eigentlich BasisdemokratInnen sind. Für sie ist das aber kein Widerspruch, weil sie annehmen, beides sei nicht nur verbindbar, sondern sogar dasselbe.

Abb.: Ankündigung in der Graswurzelrevolution Mai 2007 (S. 20)

**3.5., 20 Uhr, AJZ, Bielefeld:
FAU-Kneipe & Anarchistische
Konsensdemokratie**

Aus der Jugendzeitung

„Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007, a.a.O.

Um niemanden zu unterdrücken, zu misshandeln oder zu diskriminieren werden Beschlüsse möglichst im Konsens gefasst. Das heißt, dass ein Vorschlag nicht umgesetzt wird, wenn auch nur ein einziger oder eine einzige gegen diesen Vorschlag ist.

AnarchistInnen fordern eine Basisdemokratie, weil man nicht, wie in einer parlamentarischen Demokratie jemanden für vier Jahre wählen will, sondern einem Vertreter oder einer Vertreterin nur solange die Stimme leihen will, bis man mit seiner oder ihrer Arbeit nicht mehr zufrieden ist. Das kann jeden Tag der Fall sein. Dadurch wird die Basis, also die Wähler und Wählerinnen einer Gemeinschaft, gestärkt und es kann nicht dazu kommen, dass Politiker und Politikerinnen Gesetze machen, mit denen die Bevölkerung nicht einverstanden ist.

Aus der Jugendzeitung „Utopia“ im Mai 2009 (S. 2)¹⁴

Die Basisdemokratie ist nur eine von vielen Demokratieformen. Sie zählt zu den Formen der direkten Demokratie. ...

Eine Möglichkeit für die Bevölkerung eines Landes, das politische Geschehen direkt zu beeinflussen, sind beispielsweise Volksbegehren. Mittlerweile werden auch Überlegungen angestellt, ob und wie mensch das Internet zugunsten der Demokratie einsetzen kann. Vielleicht werden in Zukunft politische Entscheidungen online getroffen.

Aus Fuchs, Christian (2001): Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Libri Books on Demand, Norderstedt (Quelle)

Partizipatorische Basisdemokratie, alle Betroffenen entscheiden alles, das sie betrifft – so könnte ein Ideal des Anarchismus formuliert werden.

Aus dem Selbstverständnis¹⁵ der sich gleichzeitig basisdemokratisch und anarchistisch bezeichnenden Zeitung 'Graswurzelrevolution' *Basisdemokratische und föderalistische Organisationsformen, die die Verantwortung der Einzelnen und Gruppen nicht einschränken und etwa einer Mehrheit unterordnen, können die Tendenzen der Professionalisierung, der Führerherrschaft, der Bürokratisierung und der Anpassung an vorgegebene Strukturen, denen Gruppen immer unterliegen, kontrollieren und eindämmen.*

¹⁴ www.jugendzeitung.net/wirtschaft-und-soziales/was-ist-eigentlich-basisdemokratie/

¹⁵ www.graswurzel.net/ueberuns/thesen.shtml

Aus „Anarchismus 2.0“, in: *Contraste* 2/2010 (S. 7)

Anarchafeminismus steht für ... den Aufbau basisdemokratischer Strukturen sowie das Bemühen, Entscheidungen im Konsens zu treffen ...

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, a.a.O.

Heute ist es bei Mülltransporten und Castor-Entlagerungen der Fall, dass die betroffene Bevölkerung vor Ort keinerlei Vetorecht hat. Sie hat kein Recht, in irgendeiner Weise diese Entscheidungen der Regierung zu verunmöglichen, obwohl sie vor Ort regional sehr stark betroffen ist von etwaigen Folgen einer radioaktiven Verseuchung oder Unfällen. In einer anarchistischen Konsensdemokratie wären solche Entscheidungen nicht möglich, weil sie jederzeit von den Betroffenen verunmöglicht werden könnten, da die Betroffenen in diesem Falle schlicht ihr Veto einlegen würden. Wie das Konsensprinzip im Einzelnen funktioniert, lässt sich grob an drei Elementen zeigen: Es gibt eine Zusammenkunft von Betroffenen, also von denjenigen, die von einer Entscheidung irgendeine Folge haben. Es gibt dann die Möglichkeit, eine Entscheidungsfindung, die als Vorschlag ansteht, entweder mit einem Veto abzulehnen, oder die Entscheidung mitzutragen. Letzteres bedeutet, das betrifft mich jetzt, aber ich kann die Folgen ohne große Auswirkungen für mich hinnehmen, z.B. weil ich diesen ganzen Ablauf nicht aufhalten will und in dem Ablauf selbst einen Sinn sehe. Das Ideal stellt hingegen ein Konsens dar, also eine allseitige Zustimmung und Einwilligung in eine Entscheidungsfindung oder Entscheidungsperspektive.

Text und Streit um Anarchie und Basisdemokratie: www.de.indymedia.org/2005/11/133847.shtml.

Diskussionstext auf trend online:

www.trend.info

infopartisan.net/trd1205/t061205.html



Wer die Befürwortung von Basisdemokratie weiterdenkt, muss auch Gremien der Durchsetzung befürworten. Und tatsächlich treten viele AnarchistInnen, wenn sie über gesellschaftliche Strukturen schreiben, für Machtausübung und Normierung ein. Das steht zwar der Idee von Anarchie entgegen, folgt aber völlig logisch und widerspruchsfrei aus der Befürwortung einheitlicher Kollektive und vereinheitlichender Abstimmungen.

Aus der Jugendzeitung „Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007, a.a.O.

Stattdessen wollen Anarchisten und Anarchistinnen selber gemeinsam beraten, welche Regeln es in einer Gemeinschaft geben soll, wie man mit Leuten umgeht, die sich nicht daran halten und wie man zusammen, also kollektiv, die Sachen herstellt, die man zum Leben braucht.

Aus Darwin Dante (1993): „Prinzipien einer herrschaftsfreien Gesellschaft“, a.a.O.

Zur Durchsetzung des Mehrheitswillens darf es auf keinen Fall zur Schaffung eines institutionalisierten befehlsempfangenden Gewaltapparates (z.B. als stehende Polizei) kommen, da ein solcher Gewaltapparat immer gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung (zur Durchsetzung des Willens einzelner) entarten wird. Das Recht auf Gewaltanwendung muß immer bei den Bewohnern eines Landes belassen werden und direkt bei denen bleiben, die durch ihren Mehrheitswillen das Recht bestimmen.

Das Ganze ist nur ein kleiner Einblick. Da die Neigung vieler AnarchistInnen, zur Durchsetzung ihrer Ideen ausgerechnet auf Kontrolle zu setzen, in besonderer Weise das Denken der Beteiligten karikiert, ist dem ein Extrakapitel (siehe später) gewidmet. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz der Neigung selbst von AnarchistInnen zu Kontrolle und Verregelung diese Strömung noch harmlos ist.

Marxistische oder bürgerliche Linke neigen zu geradezu ekstatischen Wünschen brutaler Repression gegen ihre politischen GegnerInnen. Für DemokratInnen gilt das ohnehin.



„Linke“ pro
Repression: [www.
projektwerkstatt.
de/zitate/z__
prorepression.html](http://www.projektwerkstatt.de/zitate/z__prorepression.html)

Antifaschismus als Deck-
mantel für autoritäre Poli-
tik: [www.projektwerkstatt.
de/antirepression/
pro__repression.html](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/pro__repression.html)

Anarchie gleich Direkt-Demokratie?

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Direkt-Demokratie, wobei dieser Begriff noch unklarer ist und zumindest in zwei

große Gruppen zerfällt. Die einen meinen damit die demokratische Entscheidungshoheit der direkt Beteiligten oder Betroffenen, die anderen beziehen den Begriff „direkt“ auf die unvermittelte Entscheidungsfindung, also ohne zwischengeschaltete Gremien z.B. in Volksabstimmungen. Die zentralen Merkmale der Demokratie aber bleiben bei beiden: Der „demos“ als konstruierte Grundeinheit und die Regelung der als gemeinsam inszenierten Belange über ein Abstimmungswesen, das Einheitlichkeit und Erstarrung schafft.

In den vermeintlich anarchistischen Entwürfen zu Basis- oder direkter Demokratie werden Knackpunkte wie Abgrenzung von Innen und Außen, Formulierung der Entscheidungsfrage usw. nur oberflächlich oder gar nicht behandelt.

Am Fallbeispiel lässt sich das schnell erörtern: Für den Konflikt um Stuttgart 21 wurde im Herbst 2010 eine Volksabstimmung gefordert. Das klang gut und vor allem enorm demokratisch. Folglich wurde die Idee gerade vom gutgläubigen BürgerInnentum unterstützt, das von SPD/Grünen bis zu den ihnen nahestehenden gewaltfreien AnarchistInnen reichte. Doch wer genau hätte die Abstimmungsgemeinschaft sein sollen? Alle in Stuttgart? Baden-Württemberg? Deutschland? Vielleicht noch die Menschen in Ulm, aber nicht mehr in Neu-Ulm? Oder in Paris, Wien und Budapest, da es doch um deren tolle Zugverbindung ging? Inhaltlich besser begründbar wäre wahrscheinlich eine Auswahl nach Betroffenheit gegangen – aber wie die abgrenzen?

Am Ende gab es eine rein pragmatisch orientierte Lösung, nämlich die Orientierung an Verwaltungsgrenzen, die zu ganz anderen Zwecken bzw. aus historischen Zufällen heraus bestand und nun als Grenzlinie zwischen Innen und Außen des „demos“ zur Volksabstimmung über Stuttgart 21 erhalten musste. Dass die parlamentarische Entscheidungsebene noch problematischer war und ebenfalls auf einem solchen willkürlichen „demos“ beruht, macht die Sache mit der willkür-

lichen Grenzziehung nicht besser. Erst recht rettet es nicht vor dem Desaster, dass gerade die Abstimmung den S21-KritikerInnen eine bittere Niederlage bescherte. Es war die zweite große, selbstverschuldete Pleite nach der Geißler-Vermittlung. In beiden Fällen jammerten nachher genau die, die selbst die Ursache des Desasters waren – mit ihrer irrationalen Befürwortung kollektiver Abstimmungsprozesse. Lernen werden die AnarchistInnen (bzw. die, die sich für so etwas halten) daraus sicher nicht – zu tief sitzt die Befürwortung der vermeintlich guten Sache „Demokratie“.

Aus Ralf Burnicki (1998): „Anarchie als Direkt-Demokratie“, Syndikat A in Moers (S. 9f.)

„Demokratie“ ist ein Begriff, der aus dem Griechischen kommt und übersetzt „Volksherrschaft“ heißt. Ich interpretiere dies als Selbstherrschaft des ‚Volkes‘, oder – um den Begriff der ‚Herrschaft‘ zu vermeiden – als ‚Volks‘-Selbstbestimmung. Direkte Demokratie meint also die unmittelbare ‚Volks‘-Selbstbestimmung. ...

Wer ist das „Volk“? Die Antwort ist einfach. Dies sind alle Leute, die von einer Politik betroffen sind, egal, welche Sprache, Religion, Hautfarbe oder Ohrengröße sie haben. ... direktdemokratische Selbstverwaltung gründet auf den Prinzipien der freien Vereinbarung ...

Die Herrschaft haust in unseren Köpfen. Wenn wir Direktdemokratie jedoch mit „Volk“-Selbstbestimmung übersetzen, kommen wir gut weiter. ... Anarchie heißt Herrschaftslosigkeit. Die Umsetzung von Herrschaftslosigkeit bedeutet Direktdemokratie. Das, was Anarchie beinhaltet, ihr Gegenstand also, ist Direktdemokratie. Direktdemokratie bedeutet, daß sich die Menschen – ohne Eliten zu bilden – selbst organisieren. ... Anarchismus ist ein Aufruf zur direktdemokratischen Selbstregulierung aller Menschen.

Buchwerbung auf Wikipedia (Stichwort Anarchie)¹⁶

Ralf Burnicki: Anarchie als Direktdemokratie – Hier geht es um den wichtigsten Aspekt des Anarchismus, das Streben nach Direktdemokratie. Verlag: Syndikat A

Aus Fuchs, Christian (2001) Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Libri Books on Demand, Norderstedt¹⁷

Im Anarchismus wird eine Vorstellung von Demokratie als Repräsentativdemokratie abgelehnt, da dies die Verwaltung einer Mehrheit durch eine Minderheit bedeute, also die Herrschaft von gewählten RepräsentantInnen, die im Parlament Entscheidungen treffen, über das Volk. Nichtsdestotrotz gibt es Ansätze, die Anarchie als Demokratie begreifen. Demokratie nicht im Sinne einer Repräsentationsherrschaft, sondern im Sinn einer unmittelbaren, direkten Selbstbestimmung von Entscheidungen durch die Betroffenen. Die bürgerliche Demokratie koppelt dazu im Gegensatz stehend Entscheidung von den Betroffenen ab.

„Demokratie“ kommt von den Wörter „demos“ (Volk) und „kratein“ (herrschen, Macht ausüben) und bedeutet damit eigentlich „Volksherrschaft“. Herrschaft wird aber über jemanden ausgeübt. Damit wären eine Vereinbarung von Demokratie und Selbstorganisation also geradezu ausgeschlossen. Wird allerdings Demokratie als die Möglichkeit und Macht des Volkes, sämtliche Entscheidungen selbst

¹⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Anarchie>

¹⁷ www.anarchismus.at/txt4/fuchs1.htm

zu treffen, gesehen oder als „Volks-Selbstbestimmung“ (Burnicki 1998, S. 9), so kann Anarchie sehr wohl als direkte Form der Demokratie bezeichnet werden. ... Damit ist der Zusammenhang Anarchismus – Demokratie – Selbstorganisation hergestellt, es bedarf aber noch einer genaueren Untersuchung, inwiefern dieses Verständnis von Selbstorganisation mit einem Konzept sozialer Selbstorganisation vereinbar ist.

Im Gegensatz zu einem unreflektierten und undialektischen Verständnis von Demokratie, das die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem gewisser Begriffe vernachlässigt, erscheint die anarchistische Philosophie bei näherer Analyse als eine eigenständige Konzeption von Demokratie. ...

Moderne Staatswesen seien daher weniger Demokratien im Sinn der unmittelbaren Volksselbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Belangen als oligarchische Systeme. AnarchistInnen wie Murray Bookchin sehen den Anarchismus als die Form tatsächlicher Demokratie, da es hier keine Entmündigung des Volkes durch die Wahl von RepräsentantInnen und die Entkopplung der Entscheidungsfindung von den Menschen, die mit den einmal getroffenen Entscheidungen leben müssen, gäbe (vgl. z.B. Bookchin 1992, 1996).

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 173 f.)

Also ist eine Politik erst dann demokratisch legitimiert, wenn sie direkt durch die Menschen vorgeschlagen, diskutiert und entschieden worden ist – und nicht durch Stellvertreter oder Surrogate, gleich welcher Art. ...

Unter modernen logistischen Bedingungen kann kein Notfall so dringend sein, daß Versammlungen nicht rechtzeitig einberufen werden könnten, um wichtige politische Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß zu fällen und die entsprechenden Gremien mit ihrer Durchführung zu beauftragen, ganz gleich wie groß die Gemeinschaft oder wie komplex das Problem ist. Stets werden Experten bereitstehen, um für speziellere Probleme der Gemeinschaft ihre Lösungen anzubieten – möglichst sogar mehrere konkurrierende, um die Diskussion anzuregen.

Aus der Prinzipienerklärung der Bildungssyndikate in der FAU (Stand: 29.9.2003)¹⁸

Deshalb organisieren wir uns schon heute auf der Grundlage prinzipiell gleicher Rechte und Pflichten fuer alle, nach dem Prinzip der direkten Demokratie.



Seite zu direkter Demokratie: www.projektwerkstatt.de/demokratie/dir_demo.html (auch als Kapitel im Buch „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“)

Konsensdemokratie

Bleibt noch eine Steigerung einerseits der Formalisierung und andererseits der Bedeutungszunahme zentralisierter Abstimmungsprozesse: Der Konsens. Es ist oft ein gut gemeintes Instrument, leben doch die meisten AnhängerInnen der Konsenskultur im

Glauben, durch die damit verbundenen Vetorechte würde Gleichberechtigung erreicht oder zumindest gestärkt. Allerdings: Sie irren – und das wissen die Eliten der Konsensdemokratie, die Akzeptanz oder Hang

¹⁸ www.fau.org/bsy/selbst.html

zum Konsens eiskalt als Waffe einsetzen, ihre eigene Hegemonie zu festigen. Konsens bedeutet nämlich mindestens viererlei:

- Es stärkt das Innen und Außen, denn gerade wegen des Vetorechts aller Beteiligten muss genau darauf geachtet werden, wer abstimmungsberechtigt ist und wer nicht. Denn nur die nicht dem Abstimmungskollektiv abgehörenden Personen haben kein Vetorecht. Ausgrenzungen unerwünschter oder oppositioneller Personen haben also einen formalen Zusatznutzen.
- Konsens stärkt das „Wir“, zum einen durch die scheinbare Einheitlichkeit der Meinungen, zum anderen über den gefühlsintensiven Prozess der Meinungsbildung. Der Moment des Zustandekommens von Konsens trägt religiöse Züge. Er erscheint nicht als einfache Mischung aus Zustimmung, Tolerierung, angernertem Abwenden und angewidertem Verzicht auf Protest, sondern als höhere Verkündung des Einigenden als Einhauchen von Gemeinschaftlichkeit, die angeblich Stärke verleiht.
- Ein einmal gefasster (oder behaupteter) Konsens ist strukturkonservativ, weil die Änderung des Status Quo der Einstimmigkeit bedarf, nicht hingegeben die Beibehaltung (und sei die noch so daneben ...). Gerade deshalb ist eine Konsensdemokratie starr und das Gegenteil der offenen, dynamischen Systeme freier Vereinbarung, die für eine gelebte Anarchie typisch wären.
- Die Orientierung aller Aufmerksamkeit auf den Abstimmungsprozess verschleiern die wirklichen Machtpunkte, u.a. das Stellen der Frage für den Konsens, die Behauptung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Entscheidung und der vermeintlichen Betroffenheit aller usw. Hier öffnen sich erhebliche informelle Steuerungsmöglichkeiten durch dominante Personen oder Eliten.

Grundlegende Kritik am Konsens

Politische, psychologische und strategische Probleme belasten jede Konsenskultur. Starrheit und klare Grenzziehung zwischen Innen und Außen vermindert oder verhindert Dynamik, Offenheit und eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Der hohe Aufwand und die bei einem Veto auftretende starke Personenzentrierung fördern eine Vorsichtshaltung schon im Kopf der Beteiligten. Vorgeschlagen wird nur, was konsensfähig erscheint – Experimentierfreude, Kreativität und Abweichung werden unterdrückt. Weniger gilt das für die schon bestehenden Eliten, die gewohnheitsmäßig im Mittelpunkt stehen. Für sie schafft die Inszenierung „Veto“ nur dann, wenn sie sonst eher verdeckt agieren.

Tucholsky, Kurt: „Die Verteidigung des Vaterlandes“. In: Die Weltbühne. 06.10.1921 (S. 338f.)

Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und zu sagen: Nein!

Burkhard Keimburg (1989): Konsensprinzip in der Kommune, in: Trafik Nr. 2/1989, (S. 29ff.)

Kreativität blüht nur in konsensfreien Räumen oder im kleinen Rahmen, wie zum Beispiel in den verschiedenen Arbeitsbereichen.

Aus: Jens Herrmann (2001): „Politische Gemeinschaften, Teil 7“, in: Der Rabe Ralf, August 2001 (S. 22)

Auch in Kommunen selbst gibt es seit langem eine Diskussion um das „Konsensprinzip“. Exemplarisch dafür sind die Erfahrungen eines Kommunarden aus Niederkaufungen. Er verweist auf offene Fragen bezüglich der Ausgestaltung des Konsensprinzips. So sei weder klar, ob das Aussprechen eines Vetos bedeute, daß nun weiterdiskutiert werden müsse, oder ob damit die Entscheidung feststehe. Auch was passieren soll, wenn zwei sich gegenseitig ausschließende Meinungen vertreten werden und es zu keiner Einigung käme, oder was Verantwortung im Zusammenhang von Konsens heiße, sei letztlich nicht klar. Nach seinen Erfahrungen verhält sich das Konsensprinzip eher konservativ: „Dadurch daß Experimente extrem angstbesetzt sind und niemand Lust hat, sich durch einen Neuerungsvorschlag unnötig zu verschleißen, werden viele Ideen schon im Vorfeld verworfen.“ Zudem bedeute die Entscheidung im Konsens meist, daß die Lösung dann der kleinste gemeinsame Nenner werde. Neues Engagement werde immer von irgendwem mißtrauisch beäugt, was schnell dazu führe, daß KommunardInnen, die etwas Alternatives einbringen oder machen wollen, sich eher zurückhalten, in der Erwartung, daß es ohnehin nicht durchsetzbar wäre. ... Ein neues Modell, das die Niederkaufunger Kommune ausprobieren, sei die Dezentralisierung von Entscheidungen in Kleingruppen.

Auszug aus Len Fisher (2010): „Schwarmintelligenz“, Eichborn in Frankfurt (S. 85 f.)

Wenn der Druck der Gruppe so groß wird, dass ihre Angehörigen der »Selbsttäuschung, der erzwungenen Konsensbildung und dem Konformismus« erliegen, dann spricht man von Gruppendenke. Die einzelnen Mitglieder der Gruppe werden dazu gebracht, sich einer gemeinsamen Position anzuschließen und unter allen Umständen an ihr festzuhalten. Das kann sogar in Wahnvorstellungen münden: Die Angehörigen der Gruppe bügeln jedes noch so offensichtliche Gegenargument ab, klammern sich an wirklichkeitsfremde Überzeugungen und werden »Opfer einer kollektiven Selbstüberschätzung und Betriebsblindheit«.

Martin Wilke auf seiner Konsenskritik-Seite¹⁹

Konsensprinzip führt zur Abschottung der Gruppe, zumindest stärker als Mehrheitsentscheidung.

Verschiedene Meinungen aus der mehrheits-basisdemokratischen Sudbury Valley School²⁰

Ich habe mich genötigt gefühlt, mehr als eine Gruppe zu verlassen, weil ich mich unwohl fühlte und mir das Gefühl gegeben wurde, unerwünscht zu sein, als ich es ablehnte, Dingen zuzustimmen, die ich für falsch hielt. In einer gewöhnlichen, nach parlamentarischen Regeln ablaufenden Versammlung, wird mir nie das Recht verweigert, meine Abneigung zum Ausdruck zu bringen, meine Meinung, daß die Mehrheit unrecht hat, beizubehalten und mich dennoch dem Mehrheitswillen unterzuordnen. ... Ich persönlich finde, daß Konsens eine sehr subtile, heimtückische Form der Nötigung ist. ... Ich fühle mich sehr unwohl bei dem Gedanken, daß man versucht, die ganze Gruppe dazu zu bringen, auf die selbe Weise denken. Warum sollen wir alle immer einer Meinung sein? Was ist mit der

¹⁹ www.martinwilke.de/konsenskritik.htm, dortige Kurzkritik am Konsens unter www.martinwilke.de/konsens__kompakt.html.

²⁰ Zitiert nach: www.martinwilke.de/konsenskritik.htm

Wertschätzung von Verschiedenheit? Es ist eine großartige Sache, wenn Leute verschiedener Meinung sind und doch zusammenarbeiten können – das ist eine wirklich starke Gemeinschaft.

Darüber hinaus weisen Konsensverfahren methodische Schwächen auf, die nur – aber immerhin – teilweise behoben werden können.

Die Methode des Konsens

Im Konsens (lateinisch Gemeinsinn) ist eine Entscheidung dann ergangen, wenn alle an ihr Beteiligten diese tragen. In kleinen Gruppen werden Entscheidungen oft durch einfaches miteinander Reden im Konsens getroffen, zur Findung eines Konsens in großen Gruppen gibt es Konsensabstimmungsverfahren. Dabei gibt es kein komplett einheitliches Vorgehen, aber deutliche Ähnlichkeiten.

So ist typisch, die Abstimmung über einen zur Abstimmung stehenden und günstigstenfalls ausdiskutierten Vorschlag in sogenannten „Konsensstufen“ abzufragen. Jede Person kann ihre Stimme in eine dieser Stufen geben. Üblich sind vier. Die erste lautet „ich stimme vorbehaltlos zu“, die zweite „ich stimme mit Vorbehalten zu“. Als drittes gibt es eine Nein-Stimme ohne Sperrwirkung, also: „Ich stimme nicht zu, kann den Vorschlag aber akzeptieren und werde wahrscheinlich nichts zu dessen Umsetzung beitragen“ (z.B. bei einer Aktion nicht mitmachen). Die vierte Stufe ist dann das, was den Konsens zu etwas Besonderem macht: das Veto.

Unklarheiten herrschen mitunter, wann ein Vorschlag als angenommen gilt. Einige achten nur auf das Veto. Andere kombinieren ausbleibendes Veto mit einer Mehrheit an Befürwortung, d.h. ein Vorschlag ist dann angenommen, wenn die Summe der Stimmen zu Stufe eins und zwei die Stimmen der Stufe drei überwiegt – und kein Veto eingelegt wurde. Wird ein Konsensvorschlag abgelehnt, so gilt weiter, was bisher galt. Das schafft eine Menge Probleme und Möglichkeiten der verdeckten Steuerung. Denn:

- Alternativabstimmungen sind im Konsensverfahren kaum möglich. Das ist besonders bei Fragestellungen schwierig, bei denen bisher nichts gilt, eine alte Regelung Sinn oder Gültigkeit verloren hat oder (weitgehende) Einigkeit besteht, dass eine neue Entscheidung her soll. Außerdem wird oft nur zu einem Vorschlag abgestimmt. Welcher das ist, lässt sich in der Regel mit geringem Aufwand unauffällig arrangieren. Tatsächlich könnten oft mehrere Vorschläge einen Konsens erreichen. Durch die Abstimmung setzt sich aber nur der erstgenannte Vorschlag durch.
- Ein Konsens beendet eine Debatte und blockiert zumindest mental die Weiterentwicklung in der Sache. Denn die Aufhebung eines Konsens ist nur im Konsens möglich. Die gleichen Menschen, die zuvor etwas beschlossen bzw. sich zumindest nicht energisch gegen etwas gewehrt haben, müssten jetzt, wieder im Konsens, d.h. alle, die Sache aufheben. Außerdem lässt die Erinnerung an die Zähigkeit von Konsensprozessen den einmal geschlossenen Kon-

sens als unverrückbar erscheinen. Konsens bremst somit Entwicklung, Selbstentfaltung und bedeutet immer ein kleines Ende der Geschichte. Das ist sogar gewollt. Laut seinen VerfechterInnen „ist er im guten Sinne konservativ: Konsens verhindert abrupte Übergänge und dass Altes nicht von heute auf morgen über Bord geworfen wird. Dadurch werden organische, gesündere Übergänge gefördert“.²¹

- Angesichts der Stärke des Vetos kommt der Fragestellung eine besondere Bedeutung zu. Ständig erkennbar wird das bei der Ausgrenzung unerwünschter Personen oder Themen. Ein Veto bedeutet das Ende des nicht Gewollten, wenn die Frage lautet: „Darf XY teilnehmen?“ oder „Kann das und das stattfinden?“ Würde die Frage andersherum gestellt, nämlich z.B. „Wollen wir XY ausschließen?“, hätte das eine Veto gar keine Bedeutung mehr, würde zu einer banalen Ja-Stimme, während plötzlich das andersherum argumentierende Veto den Ausschlag gibt. Angesichts dieser entscheidenden Bedeutung des Stellens der Frage ist wenig überraschend, dass die jeweiligen Eliten oder dominanten Personen in Gruppen und Treffen hierauf ihr Hauptaugenmerk legen und die Formulierung der Fragestellung sowie die Wahl des ersten abzustimmenden Vorschlags (falls es mehrere gibt) keiner offenen Diskussion überlassen.

Ein Sonderfall ist das Gegenveto – eine mit der Vetologik eigentlich nicht zu vereinbarende Methode, die Wirkung eines Vetos wieder in Frage zu stellen. Dabei wird, kommt es zu einem Veto, ein abstraktes Veto gegen das Nichtzustandekommen eines Beschlusses (bzw. gegen das Weitermachen ohne Beschluss) eingelegt. Auf solche Ideen kommen auch hier vor allem die Bewegungseliten selbst, die mit dem Prinzip Konsens ihre Machtspiele betreiben. Ein abenteuerliches Beispiel bot die Frage bei Xtausendmalquer, ob ein einschleimender Flyer an die Polizei verteilt werden sollte oder nicht (siehe unten).

- Neben dem Veto lassen sich Abstimmungen auch auf andere Weise leicht manipulieren, etwa durch taktisches Redeverhalten, Antrag auf Schluss der Redeliste, nachdem sich fünf Personen der gleichen Meinung gemeldet haben usw. Das alles geschieht bei Mehrheit wie bei Konsens. Aber genau deshalb ist das Konsensverfahren ja keine wirkliche Alternative, wenn es um emanzipatorische Fortschritte geht.

Wie bei Mehrheitsentscheidungen blenden Konsensverfahren regelmäßig die Frage aus, ob überhaupt eine Entscheidung (aller) sinnvoll ist. Solches wäre nur dann der Fall, wenn alle von einer Entscheidung betroffen und an ihr interessiert sind, es also nicht möglich ist, dass verschiedene Gruppen einfach neben- oder nach freier Vereinbarung miteinander Verschiedenes tun, ohne dass andere sich in ihren Handlungen eingeschränkt fühlen. Fallen Entscheidungen darüber hinaus, hat Konsens mit Entscheidungsfindung von unten nicht zu tun, sondern ist

²¹ „Gewaltfrei aktiv“ Nr. 23/Mai 2004 (S. 2)

im Gegenteil ein repressives Instrument, alle oder einen mehr oder weniger sinnvoll abgegrenzten Kreis zur Beschlussfassung über bestimmte Fragen zu bringen. Das beinhaltet Intoleranz gegenüber Minderheiten oder unterlegenen Teilen. Auf sie wird Druck ausgeübt, sich zumindest hinsichtlich des Abstimmungsbedürfnisses der Mehrheit oder Eliten anzuschließen, um einen Konsens zu erzielen, der dann auch ihre Gruppenidentität darstellt. Werden Konsensverfahren so angewendet, sind sie oft sogar problematischer als Mehrheitsentscheidungen, in denen die Minderheit bzw. unterlegene Gruppe als solche bestehen bleiben kann und sich wenigstens weiter als Opposition begreifen kann.

Um einen fairen Konsens erzielen zu können, müsste folglich zunächst ein Konsens darüber bestehen, ob überhaupt ein gemeinsamer Beschluss (dann durch Konsens) angestrebt werden soll. Das kann nur in freier Vereinbarung geschehen. Der übliche Zwang zu Versammlungen, Gremien oder Plena prägt bereits vorab in Richtung Zentralisierung und weg von einer Welt, in der viele Welten Platzen haben. Dadurch werden die Möglichkeiten einer Entscheidungsfindung von unten stark eingegrenzt – schon bevor es überhaupt in die Abstimmung geht. Das ist nicht durch die Verherrlichung bestimmter Verfahren zu heilen.

Zum Abstimmungsverfahren

Konsensverfahren werden auf vielen Aktionsvorbereitungen, Kongressen oder Camps gewohnheitsmäßig angewendet. Das geht einher mit einer seltsamen Aufladung des Plenums als Ort der Konsensrituale. Dort wird entschieden, auch wenn keine Abstimmung aller nötig wäre. Darin unterscheidet sich Konsens kaum von Mehrheitsabstimmungen. Bei Beiden ist gleichermaßen entscheidend, ob eine Mehrheit dafür stimmt oder nicht (es sei denn, bei Konsens ist nicht einmal das nötig; das schafft dann aber nicht mehr Vielfalt, sondern macht die Minderheit auch formal zur dominanten Gruppe). Das Einlegen eines Vetos, beim Konsensverfahren immer als wichtiger Pluspunkt für das Verfahren behauptet, ist in der Praxis ziemlich schwierig, weil hier der/die Einzelne meist unter erheblichem Druck steht, sich der Mehrheit zu beugen statt eine Entscheidung zu blockieren. Begünstigt wird das durch den großen Unterschied zwischen Stufe drei und Veto. Während Stufe drei einer Akzeptanz der Mehrheitsmeinung gleichkommt und die Minderheit wirkungslos macht, wirkt das Veto durchschlagend. Es ist wegen der herausgehobenen Position, in die sich die Veto-Person begibt, wenig überraschend, dass es eher die Platzhirsche und Leitwölfe sind, die – neben ihrer informellen Macht – auch das Veto am schnellsten einsetzen, wenn es aus ihrer Sicht nötig ist.

Neben den weiteren, oben genannten Problemen wirkt Konsens – wie alle Abstimmungsverfahren – als Schlag gegen Vielfalt und Organisation von unten, wenn es mit zentraler Entscheidungsfindung verbunden ist. Das wäre dann anders, wenn Konsens in einer organisierten Vielfalt Anwendung findet, d.h. jeweils nur die Menschen verbindet, die sich gerade beteiligen wollen – und die anderen auch nicht ungefragt dem Beschluss unterwirft. Die Existenz eines „Plenums“ mit der Anma-

ßung, für etwas Gesamtes zu sprechen und zu entscheiden, ist in Kombination mit Konsens eine besonders stark hegemoniale Struktur.

Die Probleme, die mit der Idee des Konsens zusammenhängen, können nicht beseitigt, aber immerhin gemindert werden.

- Vor jeder Abstimmung im Konsens muss geklärt werden (im Konsens), ob eine Abstimmung aller überhaupt erwünscht ist oder nicht, d.h. lieber z.B. zwei Gruppen unterschiedliche Aktionen machen. Zudem sollte vorher und separat das Abstimmungsverfahren geklärt werden.
- Manipulationsmöglichkeiten bei Konsensverfahren müssen transparent gemacht werden. Das trifft besonders auf die Formulierung der Frage und auf den Trick des Gegenvetos zu. Zu Letzterem wäre vorteilhaft, wenn vorher überprüft wird, ob alle Anwesenden ein mögliches Veto überhaupt hinnehmen würden – sonst wäre es nichts als platte Propaganda der Gleichberechtigung. Zur Fragestellung gibt es Verfahren, aus denen die Abstimmungsvorschläge entstehen. Gut geeignet ist die Blitzlichtrunde, weil hier Vorschläge und Kompromisse offen von allen geäußert werden können. Anderenfalls ist es wichtig, dass Vorschläge und Kompromisse in kleineren Gruppen erarbeitet werden, die allen zugänglich sind, um zu vermeiden, dass nur Vorschläge von Leuten gemacht werden können, die sich trauen im Plenum zu reden. Konsensverfahren sind in größeren Gruppen umständlich, aber da wo ein Konsens unbedingt nötig ist (z.B. in konkreten Aktionsgruppen) eine naheliegende Entscheidungsfindungsmethode.
- Die abschreckende Wirkung der Folgen, ein Veto einzulegen, müssen gemildert werden. Hier könnte eine fünfte Stufe zwischen Akzeptanz und Veto eingeführt werden, die als „Passt mir noch nicht! Nochmal beraten!“ gewertet wird und zur Folge hätte, dass zumindest einmal zwischen denen die etwas wollen und denen, die das ablehnen, ein neuer Kompromiss gesucht wird.
- Um den konservativen Zug des Konsensverfahrens aufzubrechen, empfiehlt sich eine Vorklärung, ob der Status Quo noch auf Zustimmung nach Konsenslogik trifft. Gilt das nicht, darf der Status Quo nicht per Vetorecht gestärkt werden können, sondern es müssen Alternativen diskutiert werden. Statt dogmatisch auf Konsensverfahren zu bestehen oder diese wie ein Naturgesetz als gegeben anzusehen, sollten sich alle Beteiligten auch mit anderen Abstimmungsverfahren wie Mehrheit oder Losen²² auseinandersetzen, um aus verschiedenen Möglichkeiten frei wählen zu können. Eine Einigung, dass im Falle bestehenbleibender Meinungsunterschiede nicht der Status Quo überlebt, sondern das Los entscheidet, kann Machtspiele begrenzen.

²² Siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/reader/abstimmung.html

Der Konsens als Waffe – Beispiele politischer Konkurrenzkämpfe

Es ließen sich unendlich viele Beispiele des Machtmissbrauch bzw. – besonders häufig – der gezielten Gestaltung von Entscheidungsabläufen benennen. Das Beharren auf Basisdemokratie und Konsens hilft Eliten, die definieren können, wie eine Frage zu stellen ist oder was der Ausgangszustand ist, der bei Einlegung eines Vetos weiter gelten würde.

Beispiel Attac: Elite handelt, Basis muss Konsens finden zum Gegenhalten

Ein krasses Beispiel, wie ausgenutzt werden kann, dass die Vorentscheidungen der Führungspersonen als Ausgangslage gelten, geschah Anfang 2003 im selbsternannten „Netzwerk neuen Typs“, Attac. Deren Führungskader, verschleiernd „Koordinierungskreis“ genannt, erstellte zusammen mit Gewerkschaften ein Papier und unterzeichnete es. Das Papier stieß auf Missfallen fast aller Basisgruppen. Doch die Unterschrift wurde trotz einer überwältigenden Mehrheit von ca. 80% der Anwesenden auf der dafür zuständigen Versammlung nicht zurückgezogen. Der Trick der Oberen: Für die Rücknahme (und nicht für das Unterschreiben) sei ein Konsens nötig. Das Einzige, was diesem Fall zugute gehalten werden kann, ist, dass er auffiel. Meist gehen die MachtpolitikerInnen des Konsens geschickter vor. So fand die Konsenskultur sogar in den eigenen Reihen öffentliche Kritik.

Aus einem Text von Oliver Moldenhauer, Attac-KoKreis, 17.11.2004:
Die massiven Probleme des unkritisch angewandten Konsensprinzips, sind kaum im Bewusstsein. Deshalb möchte ich hier die wichtigsten Nachteile aufzählen.

1. *Konsens hat strukturkonservative Auswirkungen. Im Zweifelsfalle bleibt immer alles so wie es ist. Daher wird wahrscheinlich auch die jetzt angestoßene Strukturdebatte keine oder nur sehr minimale Ergebnisse in Beschlussform zeigen.*
2. *Gruppen mit Konsensentscheidungen können sich gegen solche mit effizienteren Entscheidungsverfahren nur schwer durchsetzen: Das gilt z.B. für das Zusammenspiel von NGOs und Attac-AGs oder von Büro und Kokreis.*
3. *Konsens führt tendenziell zu Entscheidungen in kleinen Gruppen, Konsensfindungsgruppen fällen auf den Ratschlägen die eigentlichen Entscheidungen.*
4. *Kontrolle der Leitungsgremien ist stark erschwert: Wie kann ein Ratschlag einen Beschluss gegen den Kokreises durchsetzen, z.B. um ihn zu kritisieren, wenn der Kokreis selber Veto-Player ist?*
5. *Bei Konsensentscheidungen sind machtpolitisch nur die Leute relevant, die potentiell Vetos einlegen. Dies sind deutlich überproportional ältere Männer und wesentlich weniger z.B. junge Frauen.*
6. *Entscheidungen, z.B. in Gruppenkonflikten werden nicht getroffen; am Ende verlassen gerade diejenigen die Gruppe, die an effektiver Arbeit interessiert sind.*
7. *Die Mächtigsten sind diejenigen, denen am wenigsten am Projekt liegt und die daher sagen können „Dann passiert eben gar nichts.“*

Beispiel X-tausendmal quer

Die Kampagne zählt zu den TrommlerInnen pro Konsens. Dafür wird offensiv geworben und suggeriert, dass Konsens Hierarchie abbaue – ja sogar Hierarchiefreiheit schaffen könne.

Aus der „Übereinkunft“ (später: „Aktionskonsens“)²³ der Aktion X-tausendmal quer (wird von allen Beteiligten per Selbstverpflichtungserklärung angenommen – quasi der „Eid“, auf den sich die festlegen, die ihre Teilnahme ankündigen):

In unserer Zusammenarbeit versuchen wir, hierarchiefreie Strukturen zur Anwendung zu bringen. D.h. wir werden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Konsensprinzip entscheiden und uns untereinander so weit wie möglich absprechen.

Widersprüchlich ist die weitere Formulierung, alles solle „überschaubar“ sein, aber gleichzeitig „selbstbestimmt“:

Wir werden uns bemühen, die Situation während unserer Aktion überschaubar zu gestalten, damit alle Beteiligten gute Bedingungen für ein selbstbestimmtes Handeln haben.

Die Realität sieht anders aus. X-tausendmal quer und ähnliche Kampagnen haben Gewicht. Ihre Stimme wird in den Medien gehört und ihr Ruf verspricht hohe Spendeneinnahmen. In der Folge tummeln sich Bewegungseliten in ihnen, die versuchen, die Kampagne zu ihrem Spielball zu machen. Konkurrenz ist da nicht erwünscht, sondern Geschlossenheit. Diese wird dabei auch gezielt über Verdummung erreicht. So legte der in vielen Anti-Atom-Bereichen selbst und mit Unterstützung etlicher Konsens- und ModerationsexpertInnen dominante Jochen Stay bei einem Sommercamp trotz der dort wenig zugespitzten Aktionssituation ein Veto gegen einen Arbeitskreis ein, der Wissen hätte vermitteln sollen, wie Kleingruppen durch Gleisblockaden den Atom-mülltransport stoppen können. Stay setzt auf Einheit. Den eigenen MitläuferInnen die Möglichkeit entziehen zu wollen, selbst zu handeln, zeigt sein besonderes Verständnis für die Erkenntnis von Albert Einstein: „Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muß man vor allem ein Schaf sein.“

Berichte von A. und C., die sich an einer Sitzblockade von X-tausendmal quer am AKW Brokdorf beteiligt haben (Abb.: Ausschnitte aus dem umstrittenen Flyer):

1) A.: *Es wurden vorher die Plenumsregeln festgelegt und so definiert, dass jede mit ihrem Veto die Aktion oder einen Teil der Aktion stoppen kann. In diesem konkreten Fall ging es um einen Flyer, also einen Teil der Aktion.*

C.: *Die Plenumsregeln (z.B.: genau 1 DelegierteR je Bezugsgruppe) sind m.E. von einer Elite (den X1000-CheckerInnen) vorgegeben, gelten aber dadurch als von der „Basis“*



²³ www.x-tausendmalquer.de/index.php?id=117

Unsere Bitte an Sie

- › Bewahren Sie die Verhältnismäßigkeit der Mittel gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die hier gewaltfrei auf der Straße sitzen.
- › Bemühen Sie sich, die Situation überschaubar zu halten und unnötige Hektik zu vermeiden.

abgesegnet, dass keine_r widerspricht. Und das Widersprechen ist schwierig, weil mensch sich dadurch in eine Außenseiterstellung bringt und sich dem Vorwurf aussetzen könnte, er/sie lehne das

Prinzip der Basisdemokratie ab. Mir fällt dabei die Analogie vom „deutschen Volk“ ein, das sich selbst das GG als Verfassung gegeben hat, indem es die Parteien gewählt hat, die es geschrieben haben (es konnte auch gar nicht anders, denn man kann ja nichts anderes als Parteien wählen – nicht abgegebene und ungültige Stimmen sowie nicht wahlberechtigte Personen zählen ja nicht und werden ignoriert).

Aber genau da sehe ich einen Ansatzpunkt: Die verordnete Plenumsordnung nicht stillschweigend zu akzeptieren, sondern gleich zu Beginn ein Veto gegen die Regel, dass nicht bei Bedarf mehrere Personen aus einer Bezugsgruppe im SprecherInnenrat sitzen dürfen (wenn sie das als wichtig empfinden), einlegen – oder sich einfach ohne Worte trotzdem dazu setzen. Da hätte bestimmt niemand widersprochen (hat in Strassbourg zum NATO-Geburtstag auch nicht) und Du, A., wurdest ja nachträglich explizit in den SprecherInnenrat eingeladen.

2) A.: C. und ich waren nicht einverstanden mit dem Flyer, den Formulierungen und dessen Verteilung.

C.: Einer der Punkte, warum ich nicht mit dem Flyer einverstanden bin, ist die Aufforderung an die Polizei, „verhältnismäßig“ (wer auch immer „verhältnismäßig“ definiert) zu handeln. Ich möchte nicht verhältnismäßig, sondern gar nicht von der Polizei aus dem Weg geräumt werden. Das allein wäre nicht schlimm – ich hätte den Flyer schlicht nicht verteilt – wenn ich nicht durch die konsequente „Wir“-Rhetorik und das X1000-Label als Teil einer vermeintlich homogenen Menschenmasse dargestellt würde, die gerne verhältnismäßig von der Straße geräumt werden wolle. Außerdem fühlen sich durch das „Wir“ möglicherweise Menschen unter Druck gesetzt, die (aus welchen Gründen auch immer) die Blockade vorzeitig verlassen möchten und die explizite „Erlaubnis“ dazu auf dem SprecherInnenrat nicht mitbekommen haben.

3) A.: Im Plenum war erst nur C. anwesend, da das ein SprecherInnenrat war und somit nicht die ganze Gruppe dort sein sollte. Er legte unser Veto bezüglich des Flyers ein. Hieraufhin wurde ich dann gesucht und vollkommen unvorbereitet (überrumpelt) hinzugezogen und sollte dazu Stellung nehmen vor dem ganzen Plenum. Ich bin nun nicht gerade der extrovertierteste Mensch ... Dementsprechend hab ich da auch nicht unbedingt die passenden Worte gefunden. Es gab ein Gegenveto, ich glaube von den MacherInnen des Flyers, die nicht an der Aktion teilnehmen wollten, wenn ihr Flyer nicht verteilt werden sollte. „Entweder die machen nicht mit, oder wir machen nicht mit, oder die ziehen ihren Einwand zurück (und wir haben ja schon vorher organisiert, d.h. lasst das mal)“. Auf uns wurde so ein diskutiert und Druck ausgeübt, dass wir in dem Moment quasi nur die Klappe halten konnten und „zum Wohle der Aktion“ eine Art „wenns denn unbedingt sein muss“ sagen mussten.

Hinterher fielen mir natürlich auch wieder die ganzen Argumente und so ein und vor allem wie ich mich weiter hätte verteidigen können, aber in dem überrumpelten Zustand ging das nicht.

C.: Dass mensch mit einem Veto oder beleidigte Leberwürste mit ei-

nem Gegenveto eine Aktion komplett kippen können, ist mit einem enormen psychischen Druck auf die einzelne Person verbunden. Das halte ich nicht für unumstößlich – ich finde, dass diese Sackgasse durch das „Wir“-Dogma erst künstlich geschaffen wird. Dabei kann der Dissens doch z.B. durch das Stattfinden mehrerer paralleler Aktionen mit unterschiedlichen Aktionskonsensen aufgelöst werden, z.B. hätte es eine dogmatischere Blockade von den Gegenveto-Leutis mit Wir-Flyern am einen AKW-Tor geben können und eine individualistischere Blockade von den Veto-Leutis ohne diese „Wir“-Vereinnahmung am anderen Tor. So ähnlich läuft's ja auch im Wendland und wäre es wohl auch gelaufen, wenn das etwas radikalere Block-Brokdorf-Camp nicht abgesagt worden wäre. Das Risiko, mit den „Nicht-Gewaltfreien“ in eine Schublade gesteckt zu werden, wird doch von den Gewaltfrei-Sekten z.T. selbst herbeibeschworen – durch die „Wir“-Rhetorik stecken sie ja selbst alle Aktionsteilnehmers in die „Wir“-Schublade.

4) A.: Positiv war, dass uns von einzelnen Personen gesagt wurde, dass sie unseren 'Mut' toll fanden diesen Einwand zu bringen und dass sie sich da 'nächstes mal' mit den Formulierungen der Flyer noch mehr Gedanken machen wollen.

C.: Wirklich positiv ist es eigentlich nicht, dass 'Mut' dazu gehört, von seinem formalen Vetorecht Gebrauch zu machen. Aber auch ich habe das Lob ermutigend empfunden.

Beispiel Stuttgart 21

Die ständig nach Hegemonie und Bevormundung strebenden Bürgerlich-Gewaltfreien redeten einen „Aktionskonsens“ herbei, der allerdings nie (wie es bei einem „Konsens“ ja nötig wäre) von allen irgendwo beschlossen worden war. Er wurde inszeniert als Meinung aller – so wie Kanzlerin Merkel die Meinung der Deutschen vertritt oder RichterInnen ihre Privatansicht oder die Interessen der Herrschenden „im Namen des Volkes“ preisgeben. Immer wird die vermeintlich gemeinsame Meinung durch die Verkündung erst geschaffen. So auch der Aktionskonsens. Ist er aber erst einmal als Diskurs in die Welt gebracht, lässt er sich als Waffe gegen Andersdenkende einsetzen.

Das geschah mehrfach, so unter anderem durch den immer wieder vermeintliche Konsense und Definitionen verkündenden Graswurzelrevolutionsautor Wolfgang Sternstein gegenüber der Aktionskletterin Cecile Lecomte und ihrer offensiven Prozessführung vor Gericht. Er forderte offen die Unterwerfung unter den Aktionskonsens.²⁴ Abweichung sei nicht akzeptabel.

Graswurzelrevolution-Autor Wolfgang Sternstein in einer Polemik gegen offensive Gerichtsprozesse am 3.5.2011²⁵

Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten.

²⁴ www.bei-abriss-aufstand.de/aktionskonsens/

²⁵ Text im Anhang einer Mail am 4.5.2011

(www.projektwerkstatt.de/gewalt/110503sternstein.rtf)

Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand. Sie schwächen unsere Widerstandsbewegung und ich glaube nicht, dass die Angeklagten das wollen.

Aus diesem Grund möchte ich an unseren Aktionskonsens erinnern und einen Abschnitt daraus zitieren: „Bei unseren Aktionen des zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln.“ Es wäre gut, wenn wir uns auch künftig an diesen Aktionskonsens halten würden.

Mit seiner Interpretation, das Konsens eine Art Regel für alle bedeute – auch wenn den nicht alle beschlossenen hatten –, war Sternstein nicht allein.

Aus Herrmann, Matthias: „Der Knigge für Parkschützer und S21-Gegner heißt ‘Aktionskonsens’“ auf einem Stuttgart-21-Blog²⁶ Wir nutzen alle gewaltfreien Mittel, um Stuttgart 21 zu verhindern, so steht es im Aktionskonsens. Es ist die Stärke unserer Bewegung, sich in aller Konsequenz gegen Stuttgart 21 einzusetzen und gleichzeitig die Gewaltfreiheit ernst zu nehmen. Schuhe auf Politiker oder ihre Leibwächter zu werfen gehört nicht zu den gewaltfreien Mitteln! Und sei es auch „nur“ eine leichte Schlappe.

Und, ganz pragmatisch betrachtet, der geworfene Schuh hat den großen Nachteil, dass er sehr wenig Aussage transportiert. Er verrät weder dem getroffenen Leibwächter noch dem vermutlich gemeinten Ministerpräsidenten, was er tun soll. Herr Kretschmann weiß jetzt, dass wir mit seiner Arbeit als Ministerpräsident unzufrieden sind. Dafür braucht es aber keinen geworfenen Schuh; wenn er unseren Unmut nicht aus den Pfiffen erkennen kann, ist ihm ohnehin nicht zu helfen. Die vielen treffenden Schilder verraten ihm schon mehr, um was es uns geht. Mit einem guten Plakat kann man ausdrücken, was genau uns an unserem Ministerpräsidenten stört oder besser noch, was wir von ihm erwarten – auch wenn das alles selbstverständlich sein sollte. Es ist besser, präzise und konkret formuliert zu sagen bzw. zu schreiben, was man will.

Noch wirkungsvoller dürfte es sein, das gute alte Briefpapier auszuwickeln und unserem Ministerpräsidenten und allen seinen grünen Parteifreunden zu schreiben, was Sache ist. Auch wenn es ein bisschen Aufwand ist und man keine sinnvolle Antwort bekommt – ster Tropfen höhlt den Stein. Ideen und Formulierungen können Sie z.B. aus der Parkschützer-Rede vom 14.1. abschreiben. Übrigens, Herr Kretschmann soll nicht zurüctreten, sondern er soll seine Arbeit tun: Er soll dafür sorgen, dass die Bahn ihre Hausaufgaben macht statt unsere Stadt zu zerstören.

Unabhängig davon enthielt der Stuttgarter Aktionskonsens einen bemerkenswerten Widerspruch: „Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel.“ Einerseits wird hier eine Abwägung im Einzelfall gefordert („Verhältnismäßigkeit“), andererseits darf bei dieser nicht herauskom-

²⁶ www.bei-abriss-aufstand.de/2012/01/15/der-knigge-fur-parkschuetzer-und-s21-gegner-heist-aktionskonsens/

men, dass Gewalt angemessen wäre. Von Abwägung aber kann nur dann gesprochen werden, wenn das Ergebnis nicht vorher feststeht.

Das ähnelt dem Aktionskonsens von X-tausendmal quer, der ähnlich formuliert ist und einen Widerspruch zwischen „überschaubar“ und „selbstbestimmten Handeln“ enthält.

AnarchistInnen pro Konsens

Bliebe noch zu beweisen, dass Konsens tatsächlich eine hohe Bedeutung für die deutschsprachigen AnarchistInnen hat. Diese reicht bis zu Behauptungen, dass in Kommunen „alle Entscheidungen in einer Kommune werden nach dem Konsensprinzip getroffen“ – was erstens informelle Hierarchien ausblendet und zweitens schlicht nicht stimmt. Das spricht nicht nur von mangelndem Wissen, sondern auch von einer typischen Art hegemonialem Anspruchs: Das Gewollte wird als Faktisches behauptet und so festgeschrieben.

Aus Wikipedia zu „Kommunen“²⁷

Alle Entscheidungen in einer Kommune werden nach dem Konsensprinzip getroffen, d. h. im Plenum werden alle anstehenden Entscheidungen (Anschaffungen, Neuaufnahmen, strukturelle Änderungen) zunächst diskutiert und – falls niemand ablehnt (also Veto einlegt) – von allen mitgetragen. Das bedeutet nicht, dass alle einer Meinung sein müssen; so können Entscheidungen auch auf vorläufiger Basis getroffen werden und später erneut diskutiert werden. Der Vorteil des Konsensprinzips besteht darin, dass die Stimme jedes einzelnen großes Gewicht hat und gehört werden muss, was sich positiv auf die Diskussionskultur auswirkt.

Aus Ralf Burnicki: „Die anarchistische Konsensdemokratie“, a.a.O.

Aber ein Konsens gilt in einer anarchistischen Konsensdemokratie als das anzustrebende Ziel. Mit ihm wird der Zweck verfolgt, herrschaftliche Entscheidungen zu verunmöglichen.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“, a.a.O.

Konsens versöhnt Selbstbestimmung und Gerechtigkeit ...

Nein, nicht einheitliche Regelungen sind für die anarchistische Gesellschaft notwendig, aber ein Konsens über Prinzipien und Wertvorstellungen, die einen Rahmen für die Vielfalt der Regelungen bieten.

Deutlich seltener hagelt es Kritik am Konsensprinzip. Die Texte stammen dann meist aus den englischsprachigen Teilen der AnarchistInnen – und schwappen bröckchenhaft in den deutschen Sprachraum. Dort scheint nur Wenigen klar zu sein, dass eine herrschaftsfreie Welt auf Offenheit, Dynamik und eine impulsiv-egalitäre Streitkultur ohne Hang zu Abstimmungssiegen aufbauen muss.

Alfie Kohn, No Contest: The Case Against Competition (S. 156)²⁸

Deshalb wird eine anarchistische Gesellschaft auf kooperativem Konflikt aufgebaut sein, da „Konflikt an sich nicht schädlich ist. ... Meinungsverschiedenheiten bestehen [und nicht versteckt werden sollten] ... Was Meinungsverschiedenheiten destruktiv macht, ist

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Kommune_%28Lebensgemeinschaft%29

²⁸ Zitiert nach www.martinwilke.de/konsenskritik.htm

nicht die Tatsache des Konflikts an sich, sondern das Hinzufügen von Konkurrenz. ... eine starre Forderung nach Übereinstimmung bedeutet, daß die Leute wirksam davon abgehalten werden, ihre Weisheit zu den Bemühungen der Gruppe beizutragen.“

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 175)

Eine Tyrannei des Konsens zieht, wie die berühmte „Tyrannei der Strukturlosigkeit“ eine freie Gesellschaft herab. Sie neigt dazu, die Individualität im Namen der Gemeinschaft und den Widerspruch im Namen der Solidarität zu untergraben. Wenn die Entwicklung des Einzelmenschen durch öffentliches Mißfallen abgewürgt wird und seine abweichenden Vorstellungen durch den Druck der öffentlichen Meinung „normiert“ werden, so fördert dies weder wahre Gemeinschaft noch Solidarität.

Weitere Kritiken an Diskussionsmethoden der Konsenskultur

Ohne es überzubewerten: Auch viele Begleitmuster im Verhalten bei basisdemokratischen und vor allem Konsensabstimmungen werfen Fragen nach den Hintergründen dieser Verregelungen auf. Häufig werden Äußerungsformen vereinheitlicht: Für Zustimmung, Ablehnung, Kritik an Wiederholungen oder Unverständlichkeit gibt es bestimmte Handzeichen. Abweichungen sind verpönt. Diese Vorgaben werden – wie beim Veto – freundlich begründet und klingen erstmal überzeugend. Doch beim näheren Hinsehen kommen Zweifel. Ist es für eine Person, die gerade spricht und dabei unsicher ist, tatsächlich so förderlich, wenn während des Sprechens überall Leute irgendwelche Handzeichen machen? Ist es nicht gerade ein Nachteil z.B. gegenüber Applaus oder Zwischenrufen, dass die sprechende Person bei Handzeichen cool bleiben und durchgehend weiterreden muss? Lassen sich so Scheinkonsense per optischer Dominanz herbeiwedeln?

Ähnlich sieht es mit Redezeitquotierungen und anderen Regeln für das Sprechen aus. Auch sie dürften die geschickten RhetorikerInnen bevorzugen. Denn die wissen ihre Redezeit einzuhalten, während ungeübte RednerInnen häufiger unterbrochen werden müssen, was ihren Redebeitrag stark verunstaltet. Das alles muss solche Methoden nicht grundsätzlich ausschließen, aber die Einseitigkeit, mit der sie seit Jahren und Jahrzehnten positiv dargestellt werden, während Missbrauchsmöglichkeiten verschwiegen und damit zum Steuerungswerkzeug der Eingeweihten werden, kann kaum reines Versagen sein. Es riecht genauso nach Absicht wie die Sache mit der Fragestellung bei Konsensabstimmungen. Auf die Feinheiten achten nur die Geübten – und sichern so ihre Macht, die sie mit ihrem Gerede von Gleichberechtigung und Basisdemokratie verschleiern. Zusätzlich sichern sie ihre Macht über die Moderation, die stark steuernde Möglichkeiten hat und in der Regel immer aus Personen der Bewegungseliten besteht. Das Gesamtpaket verschafft gute Kontrolle bei gleichzeitiger Legitimation durch die Abstimmungsorgane. Opposition wird dann nicht mehr mit Argumenten, sondern mit Hinweis auf bestehende Konsense bekämpft.

Kritik der Demokratiebefürwortung

In deutschsprachiger, anarchistischer Literatur finden sich kaum demokratiekritische Texte. Bei Horst Stowasser klingt die Skepsis an einigen Stellen an, um an anderen Stellen aber durch pro-demokratische Anspielungen wieder aufgehoben zu werden. Anders sieht es offenbar in anderen Ländern aus, wie Übersetzung z.B. englischsprachiger Anarchietexte ins Deutsche zeigen.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 108 f.)

Haben wir den anarchistischen Prozess erst einmal in dieser Weise gedeutet, wird es auch möglich, sich von dem Fehler zu lösen, der das Denken über diesen Prozess am nachhaltigsten verwirrt: die Begrifflichkeit der Demokratie, mit der er beschrieben wird. Zwar bestehen wichtige Parallelen zwischen den Werten, die Aktivisten in ihrer kollektiven Praxis anwenden, und denen der radikaleren Demokratie-Theorien. Das betrifft insbesondere Konzeptionen von Partizipation, Beratung und Einbeziehung. Trotzdem bestehen zwischen den beiden Konzepten fundamentale Unterschiede. Der Demokratie-Diskurs geht ausnahmslos von der Prämisse aus, dass der politische Prozess letztendlich in kollektiv bindenden Beschlüssen resultiert. Dass diese Beschlüsse durchaus das Ergebnis einer freien und offenen Debatte aller Betroffenen sein können, ändert nichts daran, dass dabei ein alle bindendes Mandat herauskommt. Zu sagen, etwas sei bindend, macht keinen Sinn, wenn jede und jeder einzelne Beteiligte darüber entscheiden kann, ob es für sie oder ihn bindend ist. Bindend heißt auch durchsetzbar, und Durchsetzbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung der Demokratie. Doch das Ergebnis des anarchistischen politischen Prozesses ist grundsätzlich nicht durchsetzbar. Insofern ist er keineswegs »demokratisch«; denn bei der Demokratie geht es ja darum, dass die gleichberechtigte Teilnahme an der Entscheidung gerade die anschließende Durchsetzung der Beschlüsse rechtfertigt – oder die Pille, die geschluckt werden muss, versüßt. Demnach ist Anarchismus nicht die radikalste Form der Demokratie, sondern folgt einem grundsätzlich anderen Paradigma kollektiven Handelns.

Eine ernst zu nehmende Kritik derer, die Basisdemokratie als integralen Bestand der Anarchie sehen, besteht in dem Vorwurf, dass bei Verzicht auf demokratische Elemente im Anarchismus das Individuelle überhöht und das Kooperative vernachlässigt würde. Ein Anarchismus der freien Vereinbarung ohne verbindliche Regeln und Entscheidungen sei nichts anderes als Individualanarchismus. Dieser Kritik kann mit überzeugenden Konzepten und Experimenten begegnet werden, die zeigen, dass es genau umgekehrt ist: Aus der Offenheit entstehen, gut entwickelte Kommunikation und Streitkultur vorausgesetzt, die Kraft, die Freiheit und der Wille zu mannigfaltiger Kooperation. Diese müssen nicht erst durch das Jammertal endloser Zustimmungsrouten gehen, sondern schöpfen ihre Kraft aus dem Impuls, dem Willen und der Akzeptanz einer Idee.

Enden wir mit einem Kommentar von GWR-Chef (tschuldigung: Koordinationsredakteur heißt das, damit es nicht so auffällt) Bernd Drücke über dieses Kapitel (Internetfassung) und die dort benannte Demokratiekritik (siehe rechts): „Sudelseite“. Danke für die Blumen.

Wenn die Marktwirtschaft zum anarchistischen Ideal wird ...

Zwar beteiligen sich viele AnarchistInnen an antikapitalistischen Kämpfen und lassen auch keine Zweifel an einer radikalen Gesinnung, das auf Profitmaximierung und ständige Warenbildung orientierte Wirtschaftssystem ganz abzuschaffen, aber in der – ohnehin eher dürftigen – Theoriearbeit im Anarchismus spielt die Ökonomie nur eine untergeordnete Rolle. Das ändert sich auch nicht in den Kreisen, die von ArbeiterInnenbewegung träumen und Agitation im betrieblichen Rahmen als Aktivitätsschwerpunkt benennen. Werden dort Texte entworfen oder verbreitet, so stellen die Kritiken eher Entnahmen aus anderen Strömungen dar. Das muss nichts Schlechtes bedeuten, schließlich sind viele marxistische Analysen des Wirtschaftsgeschehens brillant. Aber sie haben auch Grenzen z.B. was ihren Blick auf herrschaftsförmige Beziehungen betrifft, die außerhalb des rein ökonomischen Akquirierens von Wert und Mehrwert liegen.

Die Vorschläge und Konzepte aus mehreren Strömungen ragen in die anarchistische Debatte hinein:

- Die bürgerliche Debatte um kontrolliertes Wirtschaften, insbesondere eine Stärkung staatlicher Eigentätigkeit und Aufsicht (benannt als Neo-Keynesianismus, Reregulierung oder Rückkehr zu verbindlichen Regelwerken, wie z.B. international in Bretton-Woods beschlossen) oder die demokratische Kontrolle von Wirtschaftstätigkeit. Während ersteres eine Stärkung des Staates und zwischenstaatlicher Institutionen nach sich ziehen würde und deshalb anarchistischen Ideen konträr gegenübersteht, könnte eine Demokratisierung von Betrieben dann wichtige Schritte zu einer – weiter nötigen – Aneignung der Wirtschaftstätigkeit durch Menschen selbst schaffen, wenn damit die Stärkung der Mitbestimmung gemeint ist.
- Marxistische Diskussionen enden mitunter mit ähnlichen Ergebnissen wie neokeynesianische TheoretikerInnen. Auch personell gibt es eine hohe Überschneidung. Radikaler, aber sich auch auf Marxsche Analysen berufend bzw. diese weiterentwickelnd sind die sogenannten WertkritikerInnen, die den Gütern und Menschen ihre Warenform nehmen wollen und damit an ziemlich grundlegenden Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft rütteln.

```
Von : redaktion graswurzelrevolution <redaktion@graswurzel.net>
An : wichtig@graswurzel.net, jugend@graswurzel.net
Datum : Dienstag, 2. Oktober 2007, 18:03
Betreff: [gwr-jugend] Jörg Bergstedt wettert gegen Utopia, GWR, Ralf Burnicki u.a.
```

```
==8<----- Original Nachrichtentext -----
```

```
Liebe Utopia-Redaktion, liebe GWR-MitherausgeberInnen, lieber Ralf,
wie gewöhnlich wettert Jörg Bergstedt wieder auf seiner Sudelseite,
diesmal auch gegen die Utopia Nr. 1.
```

```
Viel Spaß beim Lesen:
```

```
http://www.projektwerkstatt.de/anarchie/a\_demokratie.html
```

```
Li(e)bertäre Grüße,
```

```
Bernd
```

```
==8<----- Ende des Original Nachrichtentextes -----
```

Gleiches gilt für konsequente GegnerInnen der Eigentumsform, bei denen marxistische Gedanken gut verbreitet sind. Schwammig bleibt die beliebte Floskel von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder Fabriken. Ist damit der Staat als Eigentümer gemeint (wie es bei dem oft synonym verwendeten Begriff der Verstaatlichung deutlicher wird). Dann gäbe es keinen emanzipatorischen Gewinn, denn der Staat ist für die Menschen genauso unerreichbar wie Konzernleitungen. Ist aber damit gemeint, dass die wirtschaftliche Tätigkeit in die Hand der BürgerInnen und von ihr geschaffener Zusammenschlüsse gelegt wird, so wäre dies ein Schritt in Richtung der Entmachtung zentraler Strukturen, also des Herausziehens von Gestaltungskraft aus Staat und Markt zugunsten der Menschen und ihrer freien Kooperationen.

- Zum Teil ebenfalls marxistischen Ursprungs, aber auch getragen von ideologisch nicht festgelegten Menschen z.B. aus dem Bereich freier Softwareentwicklung entstand die zunächst als „Oekonux“ (Kunstwort aus den Bestandteilen Ökonomie & Linux) geführte Debatte um ein gleichzeitig freies (im Sinne von liberales), aber nicht mehr von Wert- und Profitdenken durchzogenes und in diesem Sinne zu klassisch-wirtschaftsliberalen Konzepten gegenläufiges Wirtschaften. Mit den Texten „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“⁴⁰ schwappten solche Ideen auch in die deutschsprachige, anarchistische Debatte – beeinflusste die Debatten aber nur in kleinen Kreisen unabhängiger und gleichzeitig nicht theoriefeindlicher AktivistInnen.
- Eher eine Randgruppe bilden die FreiwirtschaftlerInnen, die hier auch nur deshalb Erwähnung finden, weil sie selbst sich mitunter als AnarchistInnen bezeichnen und als Vordenker den Finanzchef der Münchener Räterepublik, Silvio Gesell, betrachten. Da die Räterepublik mit anarchistischen Ideen in Verbindung gebracht wird, halten viele auch Gesell für anarchistisch und betrachten deshalb die von ihm entworfene Theorie einer natürlichen Wirtschaftsordnung als anarchistische Wirtschaftsform. Sie besteht aus zwei Teilen – einer Bodenreform und der Abschaffung des Zinses (bzw. weitergehender der Einführung neuer Währungen mit fallendem Wert). Erstere stellt immerhin die Eigentumsfrage und schlägt eine Verteilung vor, die dem Anspruch gleichberechtigten Zugangs zu Ressourcen deutlich näherkommt als die heutige, durch Kauf und Verkauf vor allem zugunsten der Reicherer gesteuerte Lage. Der zweite Teil seiner Theorie, die Abschaffung des Zinses, hingegen lässt nicht erkennen, wie dadurch eine Befreiung und Stärkung der Menschen entstehen soll. Da heutige FreiwirtschaftlerInnen vor allem der Sache mit den Zins anhängen, stehen sie anarchistischen Ideen zumindest von dieser Warte aus nicht nahe.

⁴⁰ Die 1. Auflage erschien im Jahr 2000, die aktuelle Ausgabe stammt aus Januar 2012 (www.projektwerkstatt.de/materialien/utop__utopie.htm).
 Texte im Internet: www.herrschaftsfrei.de.vu.

Weit verbreitet sind in anarchistischen Texten Forderungen nach Dezentralisierung und Organisierung von „unten nach oben“.

Kropotkin, Peter, zitiert in: „Was ist eigentlich Anarchie?“, Karin Kramer Verlag in Berlin (S. 96)

Bei einer Konzentration der Produktion auf Notwendiges und Sinnvolles, ist nicht nur eine enorme Mehrung des Wohlstandes aller, sondern auch eine erhebliche Reduzierung der allgemeinen Arbeitszeit möglich. Anstelle der kapitalistischen Ausbeutung und des staatlichen Autoritarismus soll ein System sich selbst organisierender, die Trennung von Stadt und Land aufhebender, durch freie Kooperation miteinander verbundener Kommunen treten. So erst erhält der 'schöpferische Genius' der Massen die notwendige Freiheit für seine volle Entfaltung.

Vorschläge für eine anarchistische Ökonomie¹

Genau wie alle anderen Gesellschaftsbereiche, so sollte auch die Wirtschaft und die Industrie von „unten nach oben“ organisiert werden, d. h. auf der Grundlage von freien und gleichberechtigten Produktionsgemeinschaften, die sich nach den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der ArbeiterInnen und VerbraucherInnen zu wirtschaftlichen Föderationen (Bünden) zusammenschließen sollten. Dasselbe sollte für die landwirtschaftlichen Genossenschaften gelten. Die Wirtschaft sollte also nicht durch Grenzen und zentrale Planung gehemmt, sondern sich von der Basis her, d. h. an den tatsächlichen Bedürfnissen der ProduzentInnen (ArbeiterInnen) und KonsumentInnen (VerbraucherInnen) orientieren. Nun wird es jedem/jeder einleuchten, dass mensch die wirtschaftliche Ordnung nicht dem Zufall überlassen kann. Das ist mit diesem Konzept auch keineswegs gemeint. Vielmehr sollten sich Industrie und Produktionszweige zu Räten zusammenschließen, die aus ihrer praktischen Erfahrung Probleme, wie z.B. Transport, Rohstoffgewinnung, Lagerung und Verteilung der Güter, beraten, beschließen und durchführen. Es leuchtet ebenfalls ein, dass bei einer solchen Organisation, in der HandarbeiterInnen und KopfarbeiterInnen aus ihrer täglichen und fachlichen Erfahrung heraus viel reibungslosere und richtigere Entscheidungen treffen, als irgendwelche studierten TheoretikerInnen an irgendwelchen grünen Tischen, in irgendwelchen staatlichen Zentralen.

Im Folgenden sollen Bruchstück und Teilforderungen aus anarchistischen Kreisen zur zukünftigen Ökonomie benannt werden. Ein umfassender Entwurf ist nicht vorhanden. Das einzige, in den letzten Jahren öfter benannte oder diskutierte Werk war das Buch „Parecon“, dem deshalb ein eigener Abschnitt gewidmet werden soll. Es ist schon bezeichnend, dass auch dieses fade Konzept nur eine Übersetzung war. Die deutschsprachige Anarchie bringt noch weniger Theorie hervor. Parecon belegte, wie bürgerlich große Teile der AnarchistInnen sind. Ihre Konzepte appellieren an die Gutmenschen und phantasieren die bessere Welt herbei, wenn alle ein bisschen mehr aufpassen und die Guten regieren.

¹ Quelle: www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm (überflüssige Worte „in der“ im Original)

Markt oder Staat – die falsche Frage

In den seit 1999 neu entfachten Debatten um die Verteilung wirtschaftlicher Macht und gesellschaftlichen Reichtums dominiert der Streit um die Machtbalance zwischen den Konzernen im sogenannten freien Marktgeschehen und des Staates als Regulator und Steuerer. Aus emanzipatorischer Sicht müsste diese Frage hingegen vernachlässigbar sein, denn weder Konzernleitungen noch Regierungen bieten Schutz, gleichberechtigten Ressourcenzugang und eine Mitsprache für die Menschen selbst. Der immer wieder beschworenen VerbraucherInnenmacht fehlt ebenso wie irgendwelche Wahlen der Einfluss, der ihnen propagandistisch zugesprochen wird. Eine anarchistische Theorie müsste also beiden, Staat und Konzernen, den Fehdehandschuh hinwerfen und für eine Machtverlagerung hin zu den Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen streiten.

Das geschieht auch, aber sehr, sehr selten. Eine Ausnahme war die Aneignung einer Fahrradfabrik und Produktion des „strike bike“. Viel häufiger rufen auch AnarchistInnen, sichtbar mangels eigener Vorschläge und mangels brauchbarer Herrschaftsanalyse, nach mehr Demokratie (oft praktisch gleichbedeutend mit mehr Staat) oder ähneln – trotz gefühlt und verbal in Widerspruch stehend – den LiberalisiererInnen der Wirtschaft.

Etliche AnarchistInnen ticken anders. Sie vertrauen ausgerechnet den zentralen Bausteinen des Kapitalismus. Ähnlich wie bei der demokratischen Kontrolle zeigt sich ein naives Verständnis gesellschaftlicher Vorgänge. Die Wirkungen von Geld, marktförmigem Handeln oder Eigentum werden nicht auf ihre herrschaftsförmigen Wirkungen untersucht, sondern als Mittel betrachtet, die ohne weiteres auch dem Guten dienen können. Banken, Kreditwesen, Wertlogik – für anarchistische Utopien kein Problem?

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana. Ideen für eine anarchistische Gesellschaft“

... auch dort mit Geld gewirtschaftet wird und die Marktwirtschaft in hohem Ansehen steht. ... Nach Überzeugung der Sozialen AnarchistInnen ist die Marktwirtschaft das anarchistische Wirtschaftssystem ... Die Marktwirtschaft reguliert sich selbst über freie Vereinbarungen und freien Austausch. ... (S. 12)

Die Sozialen AnarchistInnen lobten mir nicht nur das Geld, sie lehnen auch Konkurrenz, Gewinne und Gewinnstreben nicht ab. ... „Wenn Betriebe überdurchschnittliche Gewinne machen, dann fördern wir die Konkurrenz.“ ...

Anarchismus verlangt auch in wirtschaftlichen Dingen, verantwortlich für das eigene Tun zu sein. (S. 13)



NGOs, Ökos und andere pro Marktwirtschaft: www.projektwerkstatt.de/aes/prokapital.html

Demokratische Kontrolle der Wirtschaft

So wie unter AnarchistInnen die Demokratie und insbesondere ihre basisdemokratische Ausprägung viel Unterstützung haben, so ist auch die Hoffnung weit verbreitet, dass in der Wirtschaft alles gut wird, wenn sie demokratisch kontrolliert wird – also die Gesamtheit der beteiligten Menschen die Entscheidungen trifft. Diese aus radikaldemokratischen Kreisen entlehnte Theorie übersieht jedoch, dass immer dann, wenn die Gesamtheit herrscht, die Vielfalt und das Individuum im Gesamten untergehen. Gut erkennbar ist schon an den Vorschlägen selbst: Kontrolle, ob demokratisch oder anders, braucht Kontrollinstanzen.

Aus dem „Entwurf“ für ein Positionspapier zur Energieversorgung mit Strom und Wärme²

Damit die Erzeugung und Nutzung von Energie wieder demokratischer Kontrolle unterliegt und den Bedürfnissen der VerbraucherInnen und nicht der Profitinteressen unterliegt sind drastische Schritte notwendig. Die Stromerzeugung muss rekommunalisiert werden und die großen Stromkonzerne müssen enteignet werden. Um eine bessere Kontrolle zu erreichen muss als bereits bestehende Form der Organisation, die Genossenschaft gewählt werden.

Aus Albert, Michael (2006), „Parecon“, Trotzdem Verlag Grafenau Global soll Gerechtigkeit herrschen statt Armut, Solidarität statt Habgier, Vielfalt statt Konformismus, Demokratie statt Unterordnung, Nachhaltigkeit statt Raubtierverhalten. (S. 8)

So könnte man sie durch eine internationale Kapitalbehörde, eine globale Investitionsunterstützungsbehörde und eine globale Handelsbehörde ersetzen, deren Auftrag es wäre, im Bereich der internationalen Kapital-, Handels- und Kulturbeziehungen für Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, Selbstbestimmung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts zu sorgen. Sie sollten auch anstreben, die Investitions- und Handelsvorteile vorrangig den schwächeren und ärmeren Partnern zukommen zu lassen statt den stärkeren und reicheren. Sie sollten die Rücksicht auf nationale Ziele, kulturelle Identität und gerechte Entwicklung über die kommerziellen Interessen stellen. Sie sollten sich für die Bewahrung der nationalen Schutzgesetze und -regelungen auf den Gebieten Arbeitswelt, Verbraucher, Umwelt, Gesundheitswesen, Sicherheit, Menschenrechte, Tierrechte und anderer gemeinnütziger Anliegen einsetzen und die Länder belohnen, die in dieser Hinsicht die größten Erfolge aufzuweisen haben. Sie sollten schließlich zur Förderung des demokratischen Gedankens beitragen, indem sie demokratisch kontrollierten Regierungen mehr Entscheidungsspielräume verschaffen und – zu Gunsten des Überlebens, Blühens und Wachsens der kleineren Einheiten – die Forderungen der transnationalen Konzerne und der Wirtschaftsmächte im Zaum halten. ... (S. 11 f.)

Unsere Vision einer den Menschen und der Demokratie verpflichteten internationalen Wirtschaftsordnung konkretisierte sich zunächst in den drei vorgeschlagenen neuen Weltbehörden. (S. 14)

NGOs wie Attac und linke Parteien konstruieren den Gegensatz: Mehr Staat, weniger Markt (www.projektwerkstatt.de/zitate/z__markt__staat.html)



Einzelfragen

Anarchistische Gruppen und Einzelpersonen äußern sich auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Einzelfragen. Hier dominieren erneut Blindflecke und vergessene Themen, zudem sind Vorschläge und Kritiken meist tagespolitischer Art, d.h. sie werden nicht eingebettet in weitergehende theoretische Überlegungen und Konzepte. Immerhin gibt es sie: Die Einmischung per konkreter Forderung, als Kritik und oder Vorschlag zur Veränderung. Naturgemäß dominieren, entsprechend der Orientierung von Teilen der anarchistischen Strömungen, soziale Themen mit Bezug auf ArbeiterInnen. Vor allem anarcho-syndikalistische Organisationen haben hier Schwerpunkte.

Grundsicherung oder „Ohne Fleiß kein Preis?“

Es ist nicht schwer zu erkennen, dass Herrschaft vielfach auf den Entzug von selbstorganisierten Überlebensmöglichkeiten aufbaut. Wo Menschen nicht oder nur schwer selbständig die dazugehörigen materiellen Grundlagen schaffen (z.B. durch Zugriff auf Boden oder andere Produktionsmittel) oder wenigstens erwerben können, sind sie gezwungen, sich den Angeboten anderer zur fremdbestimmten Versorgung zu unterwerfen. Die AnbieterInnen der Versorgung diktieren dabei umso mehr die Bedingungen, wie die sich ihnen unterwerfenden Menschen nur als Einzelne und austauschbar dastehen. In der Regel erhalten die VerkäuferInnen ihrer Arbeitskraft als Gegenleistung der universale Tauschmittel Geld, es sind aber weiterhin auch moderne Formen der Sklaverei und Leibeigenschaft verbreitet, bei denen oft nur eine vorgegebene Unterkunft und Nahrung als „Lohn“ herauspringen.

Menschen, die keine andere Chance haben, müssen zur Revolte greifen oder sich mit Haut und Haaren unterwerfen. Sie unterliegen dann einer extremen Form der Beherrschung, die ihre ganze Person einnimmt und kaum Privatheit mehr zulässt. Gegen solche Unterdrückungsformen richtet sich die Idee der Grundsicherung, d.h. einer Garantie der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen unabhängig von der Unterwerfung unter Abhängigkeitsverhältnisse. Eine solche Grundsicherung würde die individuellen Handlungsspielräume erhöhen und hätte – wenn entsprechend gestaltet und nicht mit neuen Kontrollmechanismen verbunden – befreienden Charakter. Allerdings schafft sie gleichzeitig eine Legitimation für den Garanten der Grundsicherung, als der in allen vorliegenden Konzepten der Staat vorgesehen ist. Für eine anti-staatliche Theorie wie den Anarchismus ist das ein Widerspruch, der einer Grundsicherung daher den Rang eines Reformschrittes zuweist, der zu mehr führen muss – nämlich zu einem gleichberechtigten Zugriff auf alle gesellschaftlichen Ressourcen in freier Vereinbarung. Nur leider fehlt es dem meisten AnarchistInnen an gesellschaftlicher Theorie, so dass sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen, wenn sie nicht sogar ganz ausbleiben, auf Einzelvorschläge reduziert bleiben und oft staatslegitimatorischen Charakter annehmen.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 187)

Brot ist mit Verlaub „heiliger“ als priesterlicher Segen; Alltagskleider „gesegneter“ als kirchliche Gewänder; der persönliche Wohnraum spirituell wichtiger als Kirchen und Tempel; das bessere Leben auf Erden ist segensreicher als das im Himmel verheißene. Die Lebensgrundlagen müssen als das gelten, was sie buchstäblich sind:

Grundlagen, ohne die das Leben unmöglich ist. Sie Menschen vorzuenthalten, ist schlimmer als „Diebstahl“ (um Proudhons Bezeichnung für Eigentum zu gebrauchen); es ist schlechterdings Totschlag. Allerdings ist das nicht überall so. Vielmehr schlagen die bis ans marktliberale heranreichenden Theorien (oder was mensch mangels vorhandener Theorie zu solcher erklärt) auch hier durch. Zum Teil zeugen die Texte von regelrechtem sozialrassistischem Hass auf LeistungsverweigerInnen.

Peter Kropotkin: „Die Eroberung des Brotes“, Trotzdem Verlag in Grafenau

Alles soll allen gehören! Vorausgesetzt, daß Mann und Weib die ihnen mögliche Arbeit liefern, haben sie ein Recht auf den ihren Bedürfnissen entsprechenden Teil des Gesamtprodukts.

Vorschlag aus „Parecon“, ein sich als anarchistisch bezeichnendes Ökonomiekonzept (mehr Zitate unten)

Wer mehr verdienen will, muss eben länger oder härter arbeiten. ... (S. 17)

Entlohnung je nach persönlichem Bedarf. Doch so gut sich diese Norm anhört, sie hat eigentlich gar nichts mit ökonomischer Gerechtigkeit zu tun, sondern zählt zu einer anderen Kategorie – der des Mitgefühls. Unter moralischen Wertaspekten kann die reine Gerechtigkeit nicht das letzte Wort sein. ... (S. 43)

Eines ist allerdings klar: Es hätte natürlich keinen Zweck, die Einkommensgerechtigkeit und das Mitgefühl so weit zu treiben, dass die Produktion zusammenbricht oder andere unerwünschte Nebeneffekte uns das Leben erschweren. ... (S. 44)

Das hört sich etwas abgehoben an, doch stellen wir uns mal vor, ich wäre auf einer einsamen Insel gestrandet, mit mir 50 andere Schiffbrüchige. Das Schiff hätte Spielzeug geladen, von dem wir einiges retten könnten. Die Leute könnten am Traumstrand schwimmen gehen, sie könnten sich mit Spielen oder Musik die Zeit vertreiben, Beziehungen aufbauen, Gedichte schreiben, die Natur erforschen etc. Andererseits müssten wir auch Unterkünfte errichten, Nahrungsmittel anpflanzen, Trinkwasservorräte anlegen, Feuerstellen hüten etc. Zur Wahl stünden also eintönige Schwerarbeit oder aber Spaß und Muße.

Und jetzt meine ganz persönlichen Erwartungen: Ich brauche für mich ein Dach über dem Kopf, Lebensmittel und Trinkwasser, neuwertige Kleidung sowie eine kostbar geschnitzte Flöte. Meine Gesundheit, mein Glück, mein Lebenssinn – alles hängt davon ab, ob ich diese Dinge bekomme oder nicht. Ich brauche das einfach. Arbeiten mag ich aber auch nicht, weder an der Herstellung dieser Sachen noch anderswo. Ich mag viel lieber schwimmen und herumhängen, als mich tagtäglich mit solchen Pflichten zu befassen. Ich brauche sehr viel Freizeit. So bin ich eben.

Niemand wird ernsthaft glauben, ich käme mit dieser Erwartungshaltung durch. Doch was soll mit der Forderung, ich müsse in jedem Fall alles bekommen, was ich benötige, anderes gemeint sein, als dass solche Ansprüche auch legitim wären? Ich hege den Verdacht, man meint in Wirklichkeit: Klar, du bekommst was du brauchst, aber

du musst auch eine faire Gegenleistung in Form von Arbeit liefern, und du benötigst auch nicht was du sagst, sondern was im Licht dessen, was du sagst, die Gesellschaft dir zugesteht. Wenn aber dies so ist, dann ist die Forderung nach Bedürfnisbefriedigung ohne Arbeitsbezug nichts als dummes Gerede.

Außerdem ist diese Forderung nicht nur die Produktmenge betreffend utopisch – nicht alle können alles kriegen. Es wäre auch alles andere als gerecht, die Bedürfnisse Arbeitsfähiger, die nicht arbeiten, zu belohnen. Es würde auch nichts nützen, sich immer fair und gerecht verhalten zu wollen. (S. 274 f.)

Parecon-Autor Michael Albert in einem Interview³

Wirtschaftsgerechtigkeit, das sei, wenn man im Verhältnis zu seiner Anstrengung, bzw. zu den erbrachten Opfern, belohnt wird.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“ der Utopie-AG/Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg (1995, S. 24)

Grundsätzlich ist es doch gerecht, daß jemand, der viel und gut arbeitet, auch mehr verdient.

Arbeit

Interessant sind einige Theorieansätze und Vorschläge aus anarchistischen Kreisen zur Neuorganisation der Arbeit insgesamt. Hier zeigt sich mitunter das Besondere des Anarchismus, der von seinen Grundlogiken hier eine Ablehnung nicht nur eines auf Profit und Verwertung ausgerichteten Wirtschaftens, sondern auch eines dirigistischen Staates darstellt.

Im deutschsprachigen Raum hat das Modell der „5-Stunden-Woche“ von Darwin Dante eine größere Bedeutung errungen. Danach wird heute die meiste Arbeitskraft in Bereichen eingebracht, die keine für das menschliche Leben notwendige oder förderliche Produktivität darstellten. Kapitalismus (und sicher auch andere Wirtschaftssysteme) sind damit alles andere als effizient, sondern folgen den Zwängen zu Profit, Profitabilität und ständiger Verwertung aller Dinge und allen Lebens. Dabei werden Mensch und Natur zu reinen Waren, die möglichst kostengünstig auszubeuten sind. Das System beruht nicht auf Freiwilligkeit, sondern auf Kontrolle, Strafe, Entzug von Alternativen und Garantie von Privilegien sowie der formalen Absicherung ungleichen Zugriffs auf Ressourcen und Produktionsmittel. Die Aufrechterhaltung all dieser Herrschaftsbeziehungen und -verhältnisse verbraucht ungleich mehr Produktivkraft als die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen für das Leben der Menschen selbst.

Es ist folglich eine einfache mathematische Sache, dass schon Überwindung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse, noch mehr die Überwindung aller Herrschaftsformen viel Zeit und Kraft freisetzen würde, so dass, wenn zukünftig Freiwilligkeit statt Zwang vorherrschen, keine Sorge bestehen braucht, dass die für Überleben und gutes Leben notwendigen Tätigkeiten verrichtet würden. Im Gegenteil: Der menschlichen Schaffenskraft und Kreativität würden etliche Bremsen entzogen, wenn z.B. Neuerungen in der Gestaltung von Arbeitsabläu-

³ <http://parecon.de/interviews/interview.2005-10-15.5134555819>

fen, innovative Techniken usw. nicht mehr unter dem Zwang der Profitabilität stehen, sondern sich an freiem Willen oder Bedürfnissen orientieren.

Aus Schandl, Franz: „Die Welt sich vorstellen ohne Geld und Markt“, in: Freitag, 11.4.2004 (S. 5)

Hierzulande dürften wohl an die 90 Prozent aller Verausgabung von Arbeitszeit direkt oder indirekt dem kapitalistischen Rechnungswesen (Buchhaltung, Verkauf, Auspreisung, Kalkulation, Abrechnung, Werbung, Versicherung, Banken, Mahnwesen, Münzprägung, Gelddruck) geschuldet sein. Emanzipation meint ein Arbeitsentsorgungsprogramm ungeheuren Ausmaßes. Dieses Potenzial wird frei und steht anderweitig zur Verfügung. Imagine!

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 196)

Ich muß aber unzweideutig klarmachen, daß man größten Wert auf arbeitersparende Geräte legen wird – seien es nun Computer oder automatische Maschinen – um die Menschen von unnötiger Plackerei zu befreien und um ihnen den zeitlichen Freiraum dafür zu sichern, an sich selbst als Einzelwesen und als Bürger zu arbeiten. Wenn neuerdings vor allem die amerikanische Umweltbewegung den Einsatz von arbeitsintensiven Technologien fordert, offenbar um auf den Knochen der arbeitenden Klassen Energie zu „sparen“, so ist dies eine skandalöse, selbstgerechte Anmaßung der Mittelschichten. Diese Professoren, Studenten, Akademiker und der ganze übrige gemischte Salat der Leute, die diese Ansichten vertreten, sind meist solche, die noch nie in ihrem Leben gezwungen waren, einen mühsamen Arbeitstag etwa in einer Gießerei oder am Fließband einer Automobilfabrik hinter sich zu bringen. Ihre eigenen arbeitsintensiven Aktivitäten haben sich meistens auf ihre „Hobbies“ beschränkt, die allenfalls Joggen, Sport und erholsame Wanderungen in Nationalparks und Wäldern einschließen. Ein paar Wochen heiße Sommerwochen in einem Stahlwerk würde sie schnell von der Vorliebe für arbeitsintensive Industrien und Technologien heilen.

Das Genannte gilt aber nicht immer und überall. Einer der aktuellsten unter den umfassenden und auch in anarchistischen Spektren angesehenen Vorschläge für ein vermeintlich anderes Wirtschaften schlägt unter dem Stichwort „partizipatorische Ökonomie“ (Parecon) wieder nichts anderes als Steuerung und Verteilung vor, ohne das gewaltige Herrschaftspotential in solchen Vorgängen zu erfassen. Wie üblich steckt hier ein blinder Glaube an eine irgendwie geartete bessere Obrigkeit hinter dem Gesamtmodell. Der Akzeptanz in anarchistischen (und auch anderen, z.B. politisch „linken“ Kreisen und NGOs) tat das keinen Abbruch. Vielleicht war die Begrenztheit sogar förderlich, weil fehlende Herrschaftsanalysen hier mindestens üblich, wenn nicht sogar gewollt sind, um nicht allzustark auf Konfliktkurs mit Hierarchien und den zur Zeit Herrschenden zu geraten.

Vorschlag aus „Parecon“, a.a.O.

Daher soll jeder arbeitenden Person – also jedem, der zum Sozialprodukt beiträgt – ein Bündel verschiedener Tätigkeiten zugewiesen werden. Diese Tätigkeitsbündel sind so gestaltet, dass im Durchschnitt für jeden die gleiche Arbeitsplatzqualität gilt. (S. 16)

Wer mehr verdienen will, muss eben länger oder härter arbeiten. ... Wer aber stellt die Tätigkeitsbündel gerecht zusammen, und wer be-

wertet den Grad des Einsatzes – und entscheidet somit über die Bezahlung? Das machen die Arbeiter natürlich selbst, und zwar in ihren Räten. (S. 17)

Arbeit einschließlich fremdbestimmter Erwerbsarbeit wird in vielen Zusammenhängen nicht grundlegend, sondern nur in seinen konkreten Ausformungen kritisiert, obwohl diese nichts Anderes sind als die erwartbare Folge eines Systems von Abhängigkeiten, Zwang und Entzug von Alternativen. Dennoch sind profitable Betriebe, Arbeit und Herstellung von Waren für den Verkauf im Markt selten theoretisch hinterfragt und auch Praxis in den meisten anarchistischen Projekten, z.B. Kommunen. Der Arbeitsethos kam zu neuen Weihen ...

Michail A. Bakunin (1873): Staatlichkeit und Anarchie (S. 639)

Kooperation in jeder Gestalt ist zweifellos die rationale und gerechte Form der zukünftigen Produktion. Um aber ihr Ziel erreichen zu können – die Befreiung der arbeitenden Massen und ihre volle Entlohnung und Zufriedenstellung – ist es unerlässlich, daß Land und Kapital in jeder Hinsicht zum Kollektivbesitz gemacht werden.

Aus Wicht, Cornelia (1980): „Der Ökologische Anarchismus Murray Bookchins“, Verlag Freie Gesellschaft in Frankfurt (S. 29)

In dem Maße, wie die Anzahl der Industriearbeiter im Verhältnis zu anderen sozialen Klassen zunahm, wurde der Arbeit – genauer gesagt, der mühevollen Arbeit – auch im revolutionären Denken ein höherer, positiver Wert zugemessen. Diese puritanische Arbeitsethik der Linken ging im Laufe der Zeit nicht zurück, sie bekam sogar in den 20er Jahren einen gewissen Nachdruck. Die Massenarbeitslosigkeit machte den Arbeitsplatz und die soziale Organisation der Arbeit zu einem zentralen Thema der sozialistischen Propaganda. Der Sozialismus wurde gleichgesetzt mit einer auf Arbeit beruhenden Gesellschaft.

Aus Peter Kropotkin: Die Eroberung des Brotes. Trotzdem Verlag in Grafenau

Das Recht auf Wohlstand ist die soziale Revolution, das Recht auf Arbeit ist günstigstenfalls ein industrielles Zuchthaus. ...

Das Lohnsystem hat seinen Ursprung in der persönlichen Aneignung des Grundes und Bodens und der Arbeitsinstrumente durch einige wenige. Es war dies eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Das Lohnsystem wird mit dieser verschwinden, selbst wenn man es unter der Form von „Arbeitsbons“ wird vermummen wollen.

Aus Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik⁴

... brachten die alte Genossenschaftsbewegung seit dem 19. Jahrhundert ebenso wie die sogenannte Alternativbewegung der Neuen Linken seit den späten 70er Jahren wie aus dem Lehrbuch des Marxismus tatsächlich all das hervor, was ihnen die Politikaster und Staatsplanungs-Fetischisten immer schon vorgeworfen hatten: massive Kleinbürgerlichkeit und Klitschenmentalität, Abwendung von jeder gesamtgesellschaftlichen Perspektive, technologische Rückständigkeit und Selbstausbeutung, Verblödung des Landlebens; schließlich Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft qua Bankrott oder qua kapitalistischer „Professionalisierung“.

Was zurückblieb, waren im Fall der älteren Arbeiterbewegungs-Genossenschaften stinknormale kapitalistische Konzerne wie Co-op oder Neue Heimat, die sich bekanntlich durch besondere Anfälligkeit für Korruptionsskandale blamierten. Die Reste der jüngeren

Alternativbewegung dagegen besetzten hauptsächlich Marktnischen im Kasinokapitalismus durch handwerkliche Luxusproduktion für eine betuchte Honoratiorenkundschaft, durch Edel- und Ethno-Gastronomie, Kultur- und Sozialarbeitsklitschen (kommerziell oder am Staatstropf) usw. Hier hat sich ein klassisches Mittelstands- und neues Spießbürgerpotential übelster Sorte zusammengebraucht, das entweder den keynesianistischen Umverteilungsgeldern hochkonkurrent nachjammert oder gar längst wieder „stolz“ auf sein „selbsterarbeitetes“ und selbsterrafftes Kleineigentum ist, protestantischen Arbeitsmasochismus pflegt und politisch zwischen kommunaler SPD-Mafia und grünen Realos angesiedelt ist. Daraus kann auch noch bei weitergehender Krise ein Zulauf für den rechtsradikalen oder „linken“ Sozialnationalismus kommen. Zwar gibt es unter den Resten der Alternativbewegung auch Menschen, die sich ihren emanzipatorischen Anspruch und die radikale Gesellschaftskritik nicht abgeschminkt haben, aber sie finden dafür in ihrem eigenen Milieu keinen sozialen Boden mehr. ...

Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre ... die damaligen Vorstellungen einer „anderen Produktions- und Lebensweise“ waren durchweg mit einer reaktionären „Kritik der Produktivkräfte“ verbunden. Mikroelektronik, Computer und Potentiale der Automatisierung in der industriellen Produktion wurden verteufelt. Diese Produktivkraftkritik konnte und wollte die Frage der sozialen Emanzipation nicht an die Aufhebung der „abstrakten Arbeit“ binden, sondern umgekehrt an deren Rückführung auf ein historisch tieferes Niveau. Damit blieb die Alternativbewegung aber auch dem System der „Arbeitsplätze“ verhaftet; sie ergriff die Partei der (vermeintlich alternativ und sozial befriedigend auszugestaltenden) „Arbeit“ gegen die vom Kapitalismus hervorgebrachten Produktivkräfte. Auf diese Weise wurde sie sogar kompatibel mit konservativen und kulturpessimistischen Ideologien, die schon seit dem späten 18. Jahrhundert etwas in Gestalt der literarischen, politischen und sozialökonomischen Romantik das Rad der Geschichte zurückzudrehen versuchten. In den meisten Fällen wurde dabei nur innerhalb der kapitalistischen Durchsetzungsgeschichte irgendein früherer Entwicklungsstand phantasmatisch verklärt und in eine „schwarze“, reaktio-näre Utopie verwandelt.

Zitate zu Arbeit und Arbeitsethos unter www.projektwerkstatt.de/zitate/z__arbeit.html



Eigentum

Eine merkwürdige Blindstelle zeigen viele anarchistische Texte in Sachen Eigentum. Obwohl diese Gesellschaft stark auf dem Eigentumsprinzip aufbaut und sich wesentliche Teile der Zwangsapparate nur mit deren Sicherung und Akkumulation beschäftigen, wird Eigentum oft nicht als Problem an sich, sondern nur in seiner konkreten Form z.B. allzu großer Reichtumsunterschiede problematisiert.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana“ a.a.O.

Die sozialen AnarchistInnen haben fünf Gebote für ein herrschaftsfreies Nebeneinander unterschiedlicher Ideen aufgestellt

- keine Gewalt gegen Menschen und deren Eigentum
- keine gravierende Ungleichheit in der Eigentumsverteilung ...

Weil jeder Mensch ein Recht auf Eigentum hat, wird gravierende Eigentumsungleichheit – wie wir sie etwa in unserer kapitalistischen

Gesellschaft kennen – in Manjana nicht akzeptiert. Die AnarchistInnen schützen das Recht auf Eigentum, soweit es nicht in solchem Umfange angehäuft wird, dass andere dadurch arm an Eigentum werden. ... (S. 6)

Ein Unternehmen, das keine wirtschaftliche Perspektive mehr hat, tut gut daran, seinen Kapitalkredit zu kündigen. Das ist jederzeit mit einer Frist von einigen Monaten möglich. Anders als bei einem Bankkredit brauchen die UnternehmerInnen ihren Kredit nicht geldlich zurückzahlen. Ihre Kreditschuld gilt getilgt, wenn sie ihr Unternehmen, also Grundstücke, Gebäude, Produktionsmittel, Warenlager, Kasse usw. der Genossenschaftsbank übergeben. (S. 17)

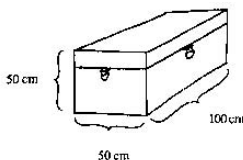
Ein seltenes Gegenbeispiel lieferte das Buch *bolo'bolo*, ohnehin einer der wenigen romanhaften Zukunftsentwürfe, in dem tatsächlich auf Kontroll- und Steuerungsstrukturen verzichtet wird. Mensch mag ihn im Detail als mehr oder weniger gelungen ansehen, aber immerhin war es ein Versuch.

Das gilt auch für die Eigentumsfrage. Statt Wischi-waschi-Aussagen über irgendwie bessere Steuerung durch Räte voller gutwilliger Menschen oder, wie im Marxismus sehr beliebt, die Vergesellschaftung zu fordern, ohne zu erklären, wer oder was eigentlich denn diese Gesellschaft als Eigentümerin ist, entwirft P.M. frech ein Modell: Jede Person („ibu“) hat eine Kiste – das *taku*. Was da reinpasst, ist der eigene Besitz. Niemand anders darf an die Kiste. Was nicht mehr reinpasst, gehört allen und ist hinsichtlich der Nutzung immer Gegenstand freier Vereinbarung ohne Privilegien. Soll etwas Neues rein und es fehlt der Platz, muss etwas Anderes raus.

Daneben gibt es wenig aktuelle anarchistische Texte, die Eigentum klar ablehnen. Der Satz „Eigentum ist Diebstahl“, ja aus anarchistischer Quelle stammend, ist heute vergessen oder zum plakativen Slogan für die typischen Demonstrationsblöcke verkommen, in denen Lautstärke die Inhalte ersetzt.

Aus P.M.: „*bolo'bolo*“ zu *taku*⁵

Jedes ibu bekommt von seinem bolo einen Behälter aus solidem Material (50x50x100 cm), über dessen Inhalt es als sein exklusives Eigentum verfügen kann.



Geld, Zinsen und Co.

Da überrascht nicht, wenn AnarchistInnen auch noch das Geld loben. Das sei ein „ideales Instrument“ zur Selbstbestimmung. Als Basis scheint immer wieder das Eigentumsrecht durch: Das Recht auf Handel (mit Geld) ergebe sich als Folge der uneingeschränkten Bestimmungsgewalt über das Eigentum.

Aus Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“

Zum Recht, frei über den Ertrag der eigenen Arbeit zu verfügen, gehört auch das Recht sich mit anderen auszutauschen. Geld ist ein ideales Instrument, mit dem Menschen ihre Austauschverhältnisse zueinander selbstbestimmt und unkompliziert gestalten können. Die

⁵ Quelle: <http://bolo.cnr.ch/deutsch.htm>

Prinzipien und Regelungen, nach denen Menschen sich austauschen, sind offen und selbstbestimmt. Geld ermöglicht, Menschen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, ohne daß der Verwendungszweck fest gelegt ist.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana“, a.a.O.

„Geld erst ermöglicht unser Leistungen ohne direkte Gegenleistungen zu tauschen“, sagten mir meine manjanischen Freunde. „Wo wir geben, müssen wir nicht zugleich nehmen, und wo wir nehmen, müssen wir nicht geben. Das Geld verbindet uns in der Gesellschaft miteinander und lässt doch den einzelnen frei über sein Geben und sein Nehmen, über seine Arbeit und seinen Konsum entscheiden.“ Die Sozialen AnarchistInnen lobten mir nicht nur das Geld, sie lehnen auch Konkurrenz, Gewinne und Gewinnstreben nicht ab. ...

„Wenn Betriebe überdurchschnittliche Gewinne machen, dann fördern wir die Konkurrenz.“ ... (S. 13)

Die Zinsen schaffen Anreiz, sparsam mit Kapital umzugehen. Manjana ist keine rechte Gesellschaft, viele Dinge müssen mit einfachen, arbeitsintensiven Mitteln erledigt werden. Die Genossenschaften setzen die Zinsen so hoch (oder so niedrig), dass ihr Angebot an Kredit der Nachfrage entspricht. (S. 14)

Aus dem Kapitel „Der Kapitalrat – die Monopolbank der Gesellschaft“, in: „Utopie – ein Vorschlag“, a.a.O. (S. 26)

Das Privatgeldkonto: Auf dieses Konto wird mein Arbeitsverdienst überwiesen, eventuell ein Einkommenszuschuß und unabhängig von meinem Einkommen, meine Rente, falls mir eine solche zusteht.

An anderen Stellen gehört die Abschaffung des Geldes zu den Versuchen alternativer Ökonomie. Doch auch hier zeigt sich, dass zentrale Mechanismen kapitalistischer Wirtschaft nicht erfasst und analysiert werden. Denn ein zentrales Problem, welches Geldflüsse nach sich zieht und durch diese in konkrete Form gebracht wird, ist die Wandlung aller Sachwerte und menschlichen Fähigkeiten in Waren. Ihnen wird ein Wert zugeordnet, der sie kauf- und verkaufbar macht. So wandelt wirtschaftliches Geschehen alles in Werte, freigegeben zum Handeln mit ihnen.

Dieses Prinzip wird nicht abgeschafft, wenn die Währung wechselt – also weder durch regionale Währungen noch durch eine Umstellung auf Zeit als Währungseinheit. Damit werden zwar die Parameter von gerechter und ungerechter Verteilung verschoben, es entstehen neue Arme und Reiche, aber das Prinzip wird nicht aufgehoben.

Technikkritik

Das Verhältnis zur Technik unter den AnarchistInnen scheint gegensätzlicher kaum sein zu können. Während einige diese komplett ablehnen und vom Leben in Einklang mit der Natur träumen, bejubeln andere die Technik als neue Ausgangsbasis für eine Befreiung des Menschen aus der Fremdbestimmung der Lohnarbeit. Platt sind oft beide einschließlich vieler Zwischen- und Nebenformen solcher Ideologie. Denn das macht die Schnittmenge vieler Auffassungen zur Technik aus: Es fehlt der Blick durch die Herrschaftsbrille. Die Frage nach emanzipatorischer und antiemanzipatorischer Wirkung wird selten gestellt.

Technik pauschal als Chance oder Gefahr zu werten, ist zu wenig für einen emanzipatorischen Ansatz. Die entscheidenden Fragestellungen sind, ob sie eine Befreiung in Gleichberechtigung der Menschen fördert oder die Herrschaftsverhältnisse stärkt. Dazu findet sich ein Text „Mensch – Natur – Technik“ in der Sammlung „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“. Hier klaffen – zumindest im deutschsprachigen Raum – riesige Lücken. Es dominieren unpolitische Positionen der Art „Atomkraft schlecht, Windkraft gut“ oder ähnlich.

Die am weitesten entwickelte der neuen Debatten über Herrschaft und Befreiung lief (und läuft zum Teil noch) im Zusammenhang mit freier Software. In den Organisationsprinzipien von Betriebssystemen, Programmen, Treibern und mehr wurde die Keimzelle für mehr gesehen. Nach einiger Zeit erschienen Bücher und Abhandlungen über mögliche Perspektiven über den Softwarebereich hinaus. Leider ebte diese Diskussion wieder ab. Freie Software ist heute zu einer Normalität geworden, die bis in Regierungsetagen Bedeutung gewonnen hat. Ihre ProtagonistInnen beraten heute Konzerne, Polizei und Staatsanwaltschaften, während das Ringen um Befreiung und Gesellschaftsgestaltung stark nachgelassen hat.

In einigen politischen Bewegungen gibt es kleine Strömungen, die emanzipatorische Ideen in den politischen Widerstand einzubringen zu versuchen. Dazu gehört die Idee des „Umweltschutz von unten“ oder die „emanzipatorische Gentechnikkritik“.



● Seite mit Zitaten zum Thema Technik: www.projektwerkstatt.de/zitate/z__technik.html

- Debatten um freie Software und ihre Übertragbarkeit auf die Gesellschaft: www.oekonux.de und www.opentheory.org
- Selbstbestimmte Technikentwicklung & -nutzung: www.ak-anna.org/selbstbestimmte__technik/reader.pdf

Reader
„Technik für
ein gutes Leben
oder für
den Profit?“
mit etlichen
Texten Technik
und Technikkritik. A5,
114 S., 4 €,



ISBN 978-3-86747-049-0

Mehr Infos und Download über
www.fragend-voran.de.vu.

Die Schnittstellen zu Marktwirtschaft und Bürgerlichkeit

Aus den Überschneidungen zwischen anarchistischen und bürgerlichen, mitunter sogar zu marktliberalen oder demokratiefetischistischen Kreisen entwickelt sich ideologische Nähe. Blindflecke dehnen sich aus, der analytische

Blick trübt sich immer mehr ein. Im Ergebnis weiten sich die Übereinstimmungen, die zunächst aus gesellschaftstheoretischer Unschärfe entstehen, zu Ähnlichkeiten aus, die kaum noch einen Unterschied zwischen anarchistischen Entwürfen und bürgerlichen Realitäten erkennen lassen. Als zusätzliche Klammer wirken ähnliche Lebensweisen – es sind die in jungen Jahren leicht aufmüpfigen und sanft bis radikal anarchistischen Kinder des BildungsbürgerInnentum, die auch

die nächste Generation dieser stark rechtsstaatsgläubigen, auf typische Gutmenschenideale wie Gerechtigkeit und Demokratie bilden. Fehlende inhaltliche Füllung macht es einfach, völlig konträre Gesellschaftsmodelle wie Demokratie und Anarchie in den nebulösen Gedankenwelten zusammenzubringen oder Gerechtigkeit als Ideal zu empfinden, obwohl gerecht je nach Blickwinkel schlicht alles sein kann – bis zum Auge um Auge, Zahn um Zahn.

Die Nähe bürgerlicher und aus solchem Denken stammender anarchistischer Ideen ist auch in Texten über mögliche Zukünfte zu erkennen, wenn Besitzrecht als notwendig und die Marktwirtschaft als „ideale Form der Vernetzung in einer freien Gesellschaft“ abgefeiert wird.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“, a.a.O.

Individuelle Freiheit braucht privates Besitzrecht. ... Unter bestimmten Bedingungen ist die Marktwirtschaft geradezu die ideale Form der Vernetzung in einer freien Gesellschaft. ... (S. 10)

In meiner Utopie setze ich auf die Kraft der Wirtschaftsgemeinschaft, die ich für die freiheitlichste Form der Gemeinschaftsbindung halte. (S. 55).

Fiktives Interview mit Menschen, die schon in der zukünftigen Utopie leben (im gleichen Heft, S. 24 ff.)

Karl: Wir erwarten nicht, daß jeder Verantwortung für ein Unternehmen tragen will. Jedem steht es frei, sich direkt bei einem Unternehmen anstellen zu lassen und mit Lohnarbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Auch in unserer Bäckerei tragen wir zu viert die Verantwortung für das Unternehmen als ganzes und drei weitere sind angestellt, d.h. sie erhalten einen festen Lohn und sind nur für ihren Arbeitsbereich verantwortlich.

Frage: Gibt es also auch bei euch weiterhin zwei Klassen: diejenigen, die ein Unternehmen leiten, und diejenigen, die in Lohnarbeit tätig sind?

Erika: Menschen sind verschieden und wir akzeptieren, daß es Menschen gibt, die Interesse und Fähigkeiten haben, ein Unternehmen zu leiten, und Menschen, die das nicht wollen oder nicht können. ...

Frage: Trotzdem gilt in eurem Wirtschaftssystem weiterhin das Leistungsprinzip: Je nach wirtschaftlichen Erfolg verdienen die einen mehr, die anderen weniger. Werden dadurch nicht wieder Menschen wirtschaftlich an den Rand gedrängt?

Erika: Grundsätzlich ist es doch gerecht, daß jemand, der viel und gut arbeitet, auch mehr verdient. Wir vom Kapitalrat bemühen uns allerdings, daß die wirtschaftlichen Unterschiede nicht zu krass werden. Wir ermutigen die Betriebe, von den Konzepten der wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen zu lernen, und weisen Unternehmensneugründer auf die Wirtschaftsbereiche hin, in denen gute Gewinne gemacht werden. ...

Mit dem 'Startgeld', das jeder Mensch zwischen seinem 21. und 27. Lebensjahr ausgezahlt bekommt, läßt sich bei sparsamer Lebensführung gut neun Jahre ohne Arbeit leben. Darüber hinaus hat niemand, der arbeitsfähig ist, das Recht, auf Kosten anderer zu leben.

...

Wenn die Löhne sinken, werden die Menschen, die noch über ihr Startgeld verfügen (also vor allem die jüngeren), es bevorzugen vorübergehend von diesem Geld zu leben, als für einen niedrigen Lohn zu arbeiten. Andere werden es vorziehen, statt abhängig-beschäftigt zu arbeiten, selber ein Unternehmen zu gründen. Die

(zeitweisen knappen) Arbeitsplätze werden diejenigen erhalten, die darauf angewiesen sind, weil sie keine Alternative haben.

Anarch@s als VorreiterInnen der Monetarisierung von Umweltschutz

Die hohe Kompatibilität einiger anarchistischer Strömungen mit moderner Bürgerlichkeit zeigt auch der von ihnen mitgetragene Wandel der Umweltschutzbewegung von der auf BürgerInnenbeteiligung ausgelegten BI-Zeit (70er und 80er Jahre) zu einer auf moderne, hochprofitable Wirtschaftstätigkeit ausgelegten Ansammlung von Firmen, Geldanlagevermittlung usw. In der alten Umweltliteratur und -debatte nahmen anarchistische Kreise immer eine Gegenposition zu Modellen z.B. der Vordenker Herbert Gruhl, dem Club of Rome und anderen konservativen Zirkeln ein. Inzwischen haben sich alle Flügel weitgehend konfliktfrei auf dem Sektor öko-marktwirtschaftlicher Ideen getroffen. Im Begriff der Nachhaltigkeit vereinigten sich die Strömungen. Gut sichtbar wurde diese von einer analytischen Betrachtung der Herrschaftsförmigkeit moderne Ökokonzepte völlig befreite Phalanx des Öko-Gutmenschen in der Debatte um den Schutz des Klima. Nur sehr kleine Kreise wehrten sich gegen die Idee, durch Luftverschmutzungsrechte die Atmosphäre kauf- und verkaufbar zu machen. Immerhin waren es erkennbar anarchistisch geprägte Kreise, die die Kritik überhaupt noch aufrecht erhielten – das Bündnis Risingtide aus dem anglo-amerikanischen Raum und niederländischen AktivistInnen sowie das kleine Netzwerk „Umweltschutz von unten“ im deutschsprachigen Raum. Sie bildeten in der Umweltbewegung wie auch unter den AnarchistInnen nur kleine Minderheiten.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“, a.a.O.

Jeder Ökorat stellt den Regionen, von denen seine Region Schadstoffe empfängt, eine Rechnung aus in Höhe der eigenen Umweltschadensverwertung. ... (S. 50)

Wer ein AKW betreibt, muß zumindestens alle Haftungs- und Folgekosten in seinen Strompreis mit einrechnen. (S. 57)

Parecon – krude Wirtschaftstheorie anarchistischen Kreise

Die einzige umfassende Wirtschaftstheorie, die in den letzten Jahren in breiteren Kreisen des Anarchismus, aber auch im bürgerlichen Sektor politischer Opposition Aufmerksamkeit errang, war das Konzept der „partizipatorischen Ökonomie“ (abgekürzt nach dem Originalbegriff im Englischen: Parecon). Schon die Breite der Akzeptanz zeigte an, dass hier entweder ein besonders beeindruckender Entwurf vorlag, der bürgerliche, marxistische und anarchistische Strömungen vereinte. Von Letzteren waren sowohl dogmatisch gewaltfreie wie auch die stärker autonom-anarchistische Gruppen im Fanclub des Werkes von Michael Albert vertreten, ebenso Verlage der deutschen Anarch@szene. Parecon bezeichnete sich auch selbst als anarchistischer Entwurf.

Aus Albert, Michael (2006), „Parecon“, a.a.O. (S. 253)

Schließlich würde unter der Parecon soviel individuelle Freiheit herrschen wie überhaupt nur vorstellbar, solange nicht auf den entsprechenden Freiheiten anderer herumgetrampelt wird. Merkwürdiger Weise stammt diese Kritik vor allem aus der anarchistischen Ecke – merkwürdig deshalb, weil die Parecon, indem sie mit erstarrten Hierarchien Schluss macht und Selbstbestimmung herbeiführt, im Grunde ja eine anarchistische Vision realisieren will.

Ein Blick in den Entwurf zeigt, warum Parecon so überzeugte: Es setzte vor allem auf das Ideenspektrum der Gutmenschen, deren Hoffnungen auf gute Menschen beruhen, die irgendwie entstehen, wenn es alle ernst meinen mit einer besseren Welt. Die Leitbegriffe solcher Kreise finden sich in Parecon in schöner Vollständigkeit wieder: „Gerechtigkeit ... statt Armut, Solidarität statt Habgier, Vielfalt statt Konformismus, Demokratie statt Unterordnung, Nachhaltigkeit statt Raubtierverhalten“. Das klingt gut, kann von allen unterschrieben werden, denen gesellschaftliche Herrschaftsanalyse zu anstrengend ist, und so zu einem schönen, breiigen Identifikationspunkt gemeinsamer Ideen werden. Nur: Ausgesagt ist mit all diesen Begriffen gar nichts – und genau das bietet die Basis der Einigkeit. So verwunderte es nicht, dass Linksparteistiftung, Anarch@s, KommunistInnen und das eher bürgerliche Attac zusammen eine Veranstaltungsreihe mit dem Autor organisierten (siehe Abbildung). Wuchs hier, vermittelt über die schwammigen Inhalte eines die heile Welt verkündenden Buches zusammen, was zusammen gehört? Weil es sich in seiner schärfelosen Gesellschaftskritik ähnelt?

Parecon-Autor Albert selbst könnte mit seinem Gerechtigkeitsbegriff, mensch solle immer „im Verhältnis zu seiner Anstrengung, bzw. zu den erbrachten Opfern, belohnt“ werden, durchaus in der F.D.P. Karriere machen. Dort hört sich die Ideologie sehr ähnlich an, wenn auch in der Praxis des Neoliberalismus oft wiederum deren vorgetragene Leistungsideologie verraten wird, steht doch eher die Sicherung struktureller Lohnunterschiede, also mehr Geld für gleiche oder selbst für weniger Leistung, im Vordergrund.

Aus Albert, Michael (2006):

„Parecon“, a.a.O.

Global soll Gerechtigkeit herrschen statt Armut, Solidarität statt Habgier, Vielfalt statt Konformismus, Demokratie statt Unterordnung, Nachhaltigkeit statt Raubtierverhalten. ... (S. 8)

Zur Überwindung des Kapitalismus bieten nun einige Globalisierungskritiker mit der Parecon eine Vision neu zu schaffender Institutionen an, die sich auf die bereits bei den globalen Alternativen erwähnten Werte Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, Selbstbestimmung und ökologisches Gleichgewicht stützen.

Ein Charakteristikum dieser Vision ist das Gemeineigentum an den Arbeitsstätten. Diese gehören also jedem Bürger zu gleichen Teilen; ohne dass

**Michael Albert
Leben nach
dem Kapitalismus**

5.–12. Oktober 2006



Trotzdem



Rote Fabrik



attac

WOZ DIE WOCHENZEITUNG

graswurzelrevolution

Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Zusammenarbeit mit attac, Rote Fabrik,
Die Wochenzeitung, graswurzelrevolution
und Trotzdem Verlagsgenossenschaft

rls

mit dem Eigentum noch Sonderrechte oder Einkommensvorteile verknüpft wären. Bill Gates wäre dann eben nicht mehr der Eigentümer eines Großteils der Software-Industrie. Diese Industrie würde uns allen gehören, niemand wäre dadurch besonders reich oder mächtig. Die mit dem Prinzip „Reichtum durch Profit“ verbundenen Übel wären verschwunden. (S. 15)

Solche Räte würden auf allen Ebenen – von der Arbeitsgruppe bzw. vom Haushalt über Betriebe bzw. Kommunen bis zum Gesamtstaat – gebildet; sie wären die eigentlichen Entscheidungsorgane. Die Abstimmungsverfahren in den Räten müssten nicht einheitlich festgelegt sein; denkbar wären einfache Mehrheiten, Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit, ja selbst Konsens – je nachdem, was angebracht erscheint. Entscheidungen können demnach auf verschiedenen Ebenen fallen; manche sind einer einzelnen Person übertragen, über andere muss ein ganzer Betrieb oder eine ganze Kommune befinden. (S. 16)

Partizipatorische Ökonomie (wie hier vorgeschlagen): Gemeineigentum; Allokation durch partizipatorische Planung mit Räten; ausgewogene Tätigkeitsbündel; Entlohnung nach Einsatz und Entbehrung; Entscheidungen durch partizipatorische Selbstbestimmung ohne Klassenschranken. ... (S. 31)

Die Bilanz der ganzen vertrackten Sache ist einfach: Um sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum allen Betroffenen Mitsprache im Sinne der Selbstbestimmung zu verschaffen, sind in der Parecon auf allen Ebenen ArbeiterInnen- und VerbraucherInnenräte eingerichtet, von der einzelnen Familie bis zur größten Branche oder Region. Wer dabei mitreden will, kann auf die erforderlichen Informationen zählen, muss aber motiviert und fähig sein und Selbstvertrauen besitzen. Über die anzuwendenden Kommunikations- und Entscheidungsverfahren können die Räte autonom befinden, je nach verfügbarer Zeit, den ggfs. zu vermeidenden Reibereien und den mit möglichen Fehlentscheidungen verbundenen Risiken. (S. 101)

Arundhati Roy, zitiert auf dem oben rechts abgebildeten Werbefaltblatt zur PARECON-Rundreise

PARECON ist ein starkes Argument für eine absolut notwendige Vision für ein demokratischeres, weniger hierarchisches, alternatives Wirtschaftsmodell.

Einmütigen Applaus erhalten solche Ideen in anarchistischen Strömungen nicht. AnhängerInnen sind stark vertreten in den gewaltfrei-anarchistischen Zusammenhängen, deren Nähe zu rechtsstaatlich-bürgerlichen Kreisen auch sonst unübersehbar ist. Es gibt wenig Anlass, Zeitschriften wie die „Graswurzelrevolution“ und ihr Umfeld als anarchistisch zu begreifen.

Aber schon Projekte wie das Miethäusersyndikat (Sitz in Freiburg), die überall im deutschsprachigen Raum Wohnhäuser genau vor dieser Eigentumsverwendung des freien Handels schützen wollen, dürften über solche Theorien von Freiheit durch Geld und Marktwirtschaft nur den Kopf schütteln – obwohl sie inzwischen selbst zu einer Art „Immobilienkonzern“ geworden sind. Ihre Attraktivität jedenfalls speist sich stark aus der eigenen Wirtschaftsstärke. AnarchistInnen, deren Herrschaftsbegriff weiter reicht und auch ökonomische Verhältnisse mit erfasst, müssten eigentlich eine deutlich weitergehende Position beziehen. Doch leider fehlen sie, sind nicht besonders prägend oder öffentlichkeitswirksam.

Alternativökonomie

Anarchistische Ideen und bekennende AnhängerInnen derselben sind in alternativ-ökonomischen Zusammenhängen immer wieder anzutreffen. Hier werden konkrete Firmen geschaffen oder verwandelt, die dann in ihrer Struktur Herrschaftsverhältnisse abbauen sollen. Besonders beliebt sind kleine Firmenkollektive und Genossenschaften.

Ein genauerer Blick auf solche Strukturen lässt allerdings einen doppelten Zweifel aufkommen. Zum einen weisen die meisten der Firmen keine interne Hierarchiefreiheit auf, obwohl das in der Regel das erklärte Ziel ist. Bei kleinen Kollektiven, also Firmen, in denen zwar das Innen und Außen (wer gehört dazu und wer nicht) klar und damit auch eine Hierarchie der Mitbestimmung definierend geschaffen wurde, könnten immerhin innerhalb des Kollektivs horizontale Verhältnisse geschaffen werden. Das hängt allerdings mehr von der Praxis der gemeinsamen Tätigkeit und sonstigen, dann vor allem freien Vereinbarungen ab – weniger von der Rechtsform und -struktur.

Ganz düster sieht es hingegen bei größeren Betrieben, vor allem den hochgelobten Genossenschaften aus. Diese werden immer wieder als Inbegriff für Gleichberechtigung präsentiert. Tatsächlich verfügen sie aber über eine stark zentralistische Struktur mit Vorstand und Aufsichtsrat. Denen steht die Menge weitgehend einflussloser GenossInnen gegenüber. Das ähnelt den verpöhten Aktiengesellschaften mit dem einzigen Unterschied, dass in der Genossenschaft alle gleiches Stimmrecht haben. Praktisch hat das wenig Effekt, denn so oder so sind die großen Versammlungen der großen Firmen von den zentralen Gremien gesteuert. Eine aufmüpfige Basis lässt sich in allen Fällen leicht ausbremsen – durch die Machtspiele bei Tagesordnung, Abstimmungsmethoden oder Wahl von Tagungsort und -zeitpunkt, um die Teilnahme der nicht in den Firmeneliten verankerten GenossInnen zu erschweren. So legte die aus anarchistischen Kreisen kommende, dann sich innerhalb weniger Jahre bruchlos zu bemerkenswerter Bürgerlichkeit wandelnde Szene um das Ökozentrum Verden ihre Genossenschaftssitzungen absichtlich auf Termine wie Montagmorgen, um der basisdemokratischen Pflicht nachzukommen, aber doch unter sich zu bleiben. Die dahinter stehende Denklogik setzte sich in den Folgejahren bruchlos in die Modernisierung und Hierarchisierung aller Strukturen dort fort.

Siehe Bergstedt, Jörg (2001): „Reich oder rechts?“, IKO-Verlag in Frankfurt. Erhältlich über www.aktionsversand.de.vu.



Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat

– mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 127 f.)

Diskutiert wird hingegen über die Alternativ- und Selbsthilfeökonomie in ihrer eingeschränkten Bedeutung als »Schattenwirtschaft« innerhalb des staatlich-kapitalistischen Rahmens. Betont wird der genossenschaftliche Charakter solcher Alternativbetriebe, die Einkommensgleichheit, das Fehlen einer innerbetrieblichen Hierarchie und die Versuche, die Trennung von Kopf- und Handarbeit sowie von Arbeit und Privatleben aufzuheben oder einzuschränken. Ebenso posi-

tiv wird häufig auch vermerkt, daß ökologisch sinnvolle Produkte hergestellt werden.

Bei vielen solcher wohlmeinenden Untersuchungen zur Alternativ-ökonomie und zur Selbsthilfebewegung wird vor allem die sozial-psychologische Dimension dieser Formen der Selbstorganisation gewürdigt: Es werde die Isolation und Anonymität abgebaut, Arbeitslose erhalten Beschäftigung, Minderheiten und sozial Benachteiligte könnten ihr lädiertes Selbstbewußtsein in der Gruppe aufpolieren. Neben dieser psychischen Korrekturfunktion werden auch die Aspekte der Erziehung zur Demokratie, zur (unternehmerischen) Selbständigkeit und zur Mitbestimmung und Eigeninitiative genannt. Weder aus den zuvor genannten Wertungen noch aus dem Selbstverständnis vieler Beteiligten geht hervor, daß in den bereits praktizierten Ansätzen der Selbstverwaltung und solidarischen Kooperation etwas qualitativ Neues steckt, das in seinen Prinzipien erkannt und über die vorhandenen Ansätze hinaus erweitert eine gesellschaftliche Strukturveränderung zur Folge haben könnte. ...

Die pragmatische Orientierung im Umfeld der Alternativ-Projekte läßt häufig die Chance ungenutzt, mit der eigenen Praxis von Selbstverwaltung und Vernetzung auch die bestehenden ökonomischen Strukturen in Frage zu stellen und aus diesen Praxisansätzen weitergehende Perspektiven zu entwickeln.

Dieses Fehlen der von Anarchisten propagierten Perspektive eines dezentral strukturierten Selbstverwaltungs- oder Gesellschaftssozialismus droht bei zunehmender Professionalisierung, beim Zwang zur Anpassung an den kapitalistischen Markt oder an staatliche Subventionsauflagen den »alternativen« Anspruch zurückzudrängen. Die Bemühungen um die notwendige ökonomische Effizienz lassen oft einen perspektivlosen Pragmatismus überhand nehmen, bei dem die ursprünglichen Ziele, sofern es solche gab, ihre systemsprengenden Konsequenzen erst gar nicht entfalten können. Die Angleichung der alternativen Betriebe an die etablierten herrschaftlich-kapitalistischen Strukturen ist nur noch eine Frage der Zeit. Ähnliche Anpassungsprozesse gab es bereits in der Genossenschaftsbewegung vor allem zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Kritik

Doch – wie immer – gibt es keine Einheitlichkeit. AnarchistInnen sind eine bunte Mischung, wenn auch die generelle Theorielosigkeit fast die gesamte Breite erfasst und so wesentliche Schwächen verursacht. Dazu gehören die geringe Interventionsfähigkeit in gesellschaftliche Debatten und die kurze Verweildauer der meisten AktivistInnen, für die Anarchie nur eine diffuse Empörungsphase vor dem Wiedereintauchen in die Bürgerlichkeit darstellt, meist auf einem modernisierten Niveau gegenüber der Generation ihrer Eltern, LehrerInnen oder anderen Abgrenzungsvorbilder.

Selbstkritik, z.B. an macht- und marktorientierten Konzepten sogenannter Anarch@s, ist selten, aber kommt vor – z.B. die Kritik an Ähnlichkeit von Anarchie und Kapitalismus (dieses Buch ist ja selbst ein Beleg dafür).

Aus dem kritischen Kommentar „Mit der Marktwirtschaft in die Zukunft?“ in: „Utopie – ein Vorschlag“, a.a.O. (S. 44 f.)

Auf diese Art und Weise wird das Menschenbild des Kapitalismus in die Utopie hinein verlängert. Arbeiten ist eine zentrale Sache im Leben. In unserer heutigen Gesellschaft läuft die Identitätsbildung zu einem großen Teil über die ausgeübte Arbeit ab. Auch in der Utopie wird Arbeit als wesentliches identitätsstiftendes Moment erhalten bleiben. ...

Ein Großteil unserer heutigen gesellschaftlichen Probleme rührt von der Fixierung auf die individuelle Leistungsfähigkeit am Arbeitsmarkt und welche Konsummöglichkeiten die Menschen haben, wenn sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Eine Utopie sollte die heutige bürgerliche Ideologie, wonach Leistung und möglichst viel Konsum einen Großteil des Lebensglücks/Lebenssinns ausmachen, gründlich überwinden.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trozdem-Verlag in Grafenau (S. 85)

Das Konkurrenzprinzip hat nicht nur die Kapitalisten in den Kampf gegeneinander um die Märkte gehetzt, sondern alle Ebenen der Gesellschaft durchdrungen. Käufer und Verkäufer werden gegeneinander ausgespielt, Bedürfnis gegen Habgier und Individuum gegen Individuum gesetzt, bis in die elementarsten Bereiche menschlicher Begegnungen hinein. Selbst Arbeiter begegnen einander auf dem freien Markt sozusagen mit einem Knurren, und jeder sucht aus Überlebenswillen den anderen zu übervorteilen. Kein Moralisieren und kein Predigen kann die Tatsache ändern, daß Rivalität bereits auf den allerelementarsten Ebenen der Gesellschaft ein bourgeoises Lebensgesetz ist das im wahrsten Sinne des Wortes über „Leben“ entscheidet. Akkumulation – um den Konkurrenten zu fällen, aufzukaufen oder auf andere Weise in Verlegenheit zu bringen – ist eine Existenzbedingung innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Eine Perspektive jenseits von Markt und Staat wird von libertären KommunistInnen und ihnen nahestehenden Strömungen formuliert. Vor ihrem marxistischen Hintergrund wehren sie sich gegen eine Individualisierung von Eigentum. Zwar fehlt ihnen eine Idee für eine Aufhebung des im Kapitalismus so zentralen Eigentums. Doch ihr Versuch, die Vergesellschaftung zumindest der Produktionsmittel mit anarchistischen Freiheitsidealen zu verbinden, böte immerhin die Chance, eine weitergehende Perspektive zu entwickeln. Denn Begriffe wie „Gemeinbesitz“ oder „Vergesellschaftung“ bedürfen einer näheren Klärung, in deren Folge sich Widersprüche und Komplikationen zeigen würden, die Ansporn zum Vorantreiben anarchistischer Theorien schaffen.

Aus einem Grundlagentext über Anarchie, verfasst in der Anarchistischen Föderation Französischer Sprache (FAF)⁶

Die Freiheit und die Gleichheit sind die beiden Schlüsselbegriffe, um die sich alle libertären Entwürfe drehen.

● *Als Sozialisten sind sie für den Gemeinbesitz an Produktions- und Distributionsmitteln.*

⁶ Herausgegeben von der I-AFD – IFA (Initiative für eine anarchistische Föderation in Deutschland – angeschlossen an die Internationale der Anarchistischen Föderationen), www.anarchismus.at/txt2/anarchie.htm

● *Als Libertäre glauben sie, dass der Einzelne nur frei sein kann in einer Gesellschaft wirklich freier Menschen, und dass die Freiheit eines jeden von der Freiheit der anderen nicht eingeschränkt, sondern bestätigt wird.*

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau
*Im Hinblick auf das Postulat »Weniger Staat – Mehr Gesellschaft« ist bei aller Kritik am Etatismus »mehr Gesellschaft« nicht mit »mehr Markt« gleichzusetzen, da damit die verschiedenen Formen ökonomisch bedingter Herrschaft und die dadurch mitverursachten sozialen Mißstände unangetastet blieben; zudem steht der kapitalistische Markt mit seinen konkurrenzhaften unsolidarischen Verkehrsformen einer Neustrukturierung der Gesellschaft durch den Aufbau von dezentralen und kooperativen Ordnungsstrukturen im Wege. Der angestrebte, auf dezentraler Selbstorganisation und Selbstverwaltung basierende »Gesellschaftssozialismus« ist nicht über eine Ausweitung des Marktes und über eine Verstaatlichung zu erreichen, ebenso wenig allein über einen »Austritt aus dem Kapitalismus« und die Neuorganisation einer Alternativökonomie. ... (S. 131)
 Eine Vergesellschaftung durch Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Demokratisierung bleibt notwendig. Reprivatisierung ist für eine libertäre Perspektive auszuschließen, da dies zwar »weniger Staat«, aber nicht »mehr Gesellschaft« und schon gar nicht weniger Herrschaft bedeutet. (S. 167)*

Schockierend! Monsanto auf Deutsch!



**In diesem Reader finden Sie alles:
 Namen, Verbindungen und Zentren des
 Gentechnik-Filzes in Deutschland: Behörden, Konzerne, Lobbyverbände, Forschungsseilschaften in Amtsstuben: BVL, ZKBS, JKI, Efsa und andere. Leuchttürme des Filzes: IPK, AgroBioTechnikum und BioTechFarm. Lobbyverbände von Inno-Planta bis WGG. Konzerne und Forschungsprogramme. B5-Format, 32 S., alles in Farbe!
 Gegen Spende oder 2 €.
 Auch größere Mengen möglich!**



20 Seiten voller Tipps für 1 €: Wo gibt es Informationen zu den Feldern? Mittel der Öffentlichkeitsarbeit. Technische Ratschläge für Gegenseeten, Besetzen und Befreien.



CD „Gentechnik“ 5,- €
 PDFs, Texte und Kopiervorlagen zur Gentechnikkritik, Aktionsanleitungen und Ausstellungen. Filme und mehr.

Libertärer Kommunismus oder gegenseitige Hetze zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen?

Es gibt Strömungen, die marxistische und anarchistische Ideen miteinander zu verknüpfen versuchen. Das ist nicht neu, sondern geschah so in den Anfängen der ArbeiterInnenbewegung. Die später als Vordenker bekannt gewordenen Personen, allen voran Marx und Bakunin, schienen zunächst an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten, um sich dann stark zu entfremden und politisch zu bekämpfen. Der mit ihren Namen verbundene Streit zeigt, dass sowohl Gemeinsamkeit wie auch Unterschiede das Verhältnis von Marxismus und Anarchismus prägen. Es lohnt daher, diese zumindest zusammenfassend zu benennen, auch wenn eine exakte Beschreibung schon deshalb schwerfällt, weil beide in viele Unterströmungen zerfallen, die wiederum untereinander hoch zerstritten sein können. Mensch denke nur an die ständigen Rivalitäten zwischen TrotzkiInnen und anderen MarxistInnen, vor allem AnhängerInnen von Stalin, aber auch die Streitereien zwischen gewaltfreien und militanten AnarchistInnen, zwischen BasisdemokratInnen und antidemokratischen Strömungen fallen mitunter recht schroff aus.

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, a.a.O.

● *Der Anarchismus wird von Anarchisten immer für die einzig legitime Verkörperung sowohl des Sozialismus als auch des Kommunismus gehalten: Die herrschaftsfreie Gesellschaft ist das eigentliche, gemeinsame Ziel.*

● *Anarchismus will dabei jedoch mehr als Sozialismus und Kommunismus, nämlich nicht nur eine klassenlose oder genossenschaftliche, sondern auch eine von jedwedem unnötigen institutionellen Überbau befreite Gesellschaft. ... (S. 10)*

Das ebenfalls verhandelte Programm zur Abschaffung des Grundbesitzes fand eine nur knappe Mehrheit von 27:23 der Delegierten – gegen Marx übrigens, der dem Programm der Überführung des Eigentums in die Verfügungsgewalt einzelner, kleiner Produktionskollektive nichts abgewinnen konnte. ... (S. 16)

Schon beim vierten Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation vier Monate später, vom 5.-12. September in Basel, kam es zum offenen Eklat. Bakunin trat als Delegierter der Mechaniker von Neapel auf und forderte gegen Marx vor allem die Gleichmachung der Klassen, nicht die Eroberung politischer Macht durch die Arbeiterklasse. Die weiteren Meinungsverschiedenheiten zwischen Bakunin und Marx können in sieben Punkten festgehalten werden:

- 1. ob das Erbrecht oder das Privateigentum an Produktionsmitteln die Grundlage des Staates sei;*
- 2. ob die Produktionsmittel sofort sozialisiert, also in die Hände von Produzentenvereinigungen gegeben, oder verstaatlicht werden sollten;*
- 3. ob die Deklassierten oder die Industriearbeiter das revolutionärste Element sind;*
- 4. ob das Zusammenwirken von Denken und Empörung oder der Klassenkampf die entscheidende Triebkraft der Geschichte bildet;*

5. ob die Macht verneint oder erobert werden soll;
6. ob die Arbeitervereinigungen föderalistisch oder zentralistisch aufzubauen seien;
7. ob der Mensch ein Produkt der Natur, der gegebenen Verhältnisse und seiner Selbsttätigkeit oder nur der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Auf alle Fragen gab Bakunin die erste und Marx die zweite Antwort. Der Schlagabtausch mündete in eine Kampfabstimmung über zwei Anträge, wie das Erbrecht „nach der Revolution“ gestaltet werden sollte: Völlige Abschaffung (Bakunin, 32 Stimmen), Beschränkung (Marx, 19 Stimmen), Enthaltung (24 Stimmen); das waren im wesentlichen die Proudhonisten, die es wiederum für unvereinbar hielten, daß Bakunin gleichzeitig kollektives Eigentum haben wollte und für unbeschränkte individuelle Freiheit eintrat. So gab es keine absolute Mehrheit, der Schlagabtausch endete unentschieden.

Im Januar 1869 war in Genf ein erster Kongreß der Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation in der französischen Schweiz abgehalten worden, die seit 1865 unter dem Namen „Fédération romande“ firmierte. Es gab über 30 lokale Sektionen, und dieser erste Kongreß brachte außer einem Gründungsstatut à la Bakunin nur eine Gemeinsamkeit zustande: „Der Kongreß erklärt, daß die Religion nicht zu den menschlichen Kenntnissen zu zählen ist.“ Beim zweiten regionalen Kongreß brachen heftige Zwistigkeiten hervor, weniger aus theoretischen, sondern vor allem aus persönlichen Motiven, wodurch sich der Kongreß in zwei Gruppen spaltete, die getrennt berieten, wobei jede der Gruppen behauptete, vollständig die Fédération zu vertreten.

Im September 1871 fand die fünfte Tagung der Internationalen Arbeiter-Assoziation in London statt – fast ausschließlich von Marxisten besucht. Sie diskutierten kaum inhaltlich, übertrugen aber dem Generalrat der Assoziation disziplinarische Befugnisse gegenüber den nationalen Sektionen. Daraufhin verlangte der eine Teil der Fédération romande die Abschaffung des Generalrats und taufte sich in Fédération jurassienne um. Die Belgier, Italiener und Spanier schlossen sich der jurassischen Forderung an, in England, Holland und den USA kam es zur Spaltung der jeweiligen nationalen Sektion. Marx und Engels erkannten, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation im Begriff stand, mehrheitlich von Anarchisten bestimmt zu werden. ... (S. 17 f.)

Der Dissens mit Marx ist programmiert, wenn Bakunin aus dieser Analyse den Schluß zieht, daß die Eroberung der politischen Macht auch der Arbeiterschaft nur Nachteile bringe. Schon das allgemeine Wahlrecht, von dessen Einführung sich viele Arbeiter politische Freiheit versprechen, würde gerade eine radikale sozialistische Partei nur demoralisieren. Selbst bei einer Regierung, so behauptet Bakunin, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei und ausschließlich aus Arbeitern gebildet wäre, würden diese von heute auf morgen zu den entschiedensten Aristokraten und offenen oder geheimen Anbetern der Prinzipien der Autorität, der Ausbeutung und Unterdrückung werden. So würden die Arbeiter schnell ihre revolutionäre Gesinnung verlieren.

Bakunins fundamentale Opposition gegen das allgemeine Wahlrecht entsprach seiner Überzeugung, daß sich an der bestehenden Verteilung von Macht und Reichtum dadurch nichts ändern würde. Anders als Marx, der glaubte, ein allgemeines Wahlrecht werde schließlich den Kommunismus herbeiführen, berief sich Bakunin in dieser Sache auf Proudhon, der das universale Wahlrecht mit der

Konterrevolution gleichgesetzt hatte. Im Hinblick auf die marxistische Forderung nach einer Diktatur des Proletariats ergaben sich vor diesem Hintergrund gravierende Differenzen. (S. 124)

Vergleiche

Im Kern unterscheiden sich Anarchismus und Marxismus vor allem in der Rolle, die ihre AnhängerInnen bestehenden oder zukünftigen Herrschaftsstrukturen zuweisen. Während AnarchistInnen von der Idee her jede Form der Herrschaft ablehnen, auch auf dem Weg zum Ziel, halten MarxistInnen – je nach Strömung – zumindest die vorübergehende Übernahme der bestehenden Herrschaftsapparate für möglich, ohne darin dann zu korrumpieren oder die Herrschaftsverhältnisse nur wieder aufleben zu lassen. Ihre Hoffnung und Überzeugung ist, dass der Staat von selbst abstürbe, wenn er seiner Funktion beraubt würde, die ArbeiterInnen im Sinne des Kapitals zu unterdrücken.

Es gibt gute Gründe, an den Annahmen der MarxistInnen zu zweifeln – zu eindeutig sind bisherige Experimente schiefgegangen und haben, statt den Staat zum Absterben zu bringen, ihn zu neuer Allmacht getrieben. Unüberlegt wirken die Erklärungsmodelle, warum die Selbstreproduktion von Herrschaft nicht mehr zutreffen sollen, bloß weil die Guten – SozialistInnen und KommunistInnen als Sprachrohre des Proletariats – die zentralen Posten der Macht einnehmen. Eine intensive Auseinandersetzung mit den Mechanismen von Herrschaft muss geradezu die Überlegung nach sich ziehen, den Abbau der Herrschaft möglichst schnell und konsequent zu vollziehen, um die nötigen Freiräume zu schaffen, in denen Gesellschaft von unten wachsen kann. Der Aufstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko) ab dem 1.1.1994 mag dafür eher als Vorlage dienen als marxistische Theorien der Machtübernahme des Staates durch das Proletariats (wer auch immer das, dann ja in konkreten Personen ausgedrückt, dann ist).

Doch auch bei den AnarchistInnen sind Zweifel angebracht. Ihr Theoriebild ist oft diffus. Immer wieder beziehen sich Strömungen positiv auf die Idee von Recht, mitunter sogar auf die Existenz staatsähnlicher Gebilde wie internationaler Organisationen oder Gerichtshöfe.

In utopischen Beschreibungen tauchen fast durchgehend Gremien und Organe auf, die Regierungen sehr, sehr ähnlich sehen. Basisdemokratische Strömungen entwerfen Bilder von Räte-Systemen, die so auch in verschiedenen kommunistischen Ideen vorkommen. So gibt es in der Spanne zwischen Anarchismus und Marxismus auch den Übergangsbereich, in dem sich Gruppen und Personen auf beides beziehen und sich dann libertäre KommunistInnen oder ähnlich nennen.

Unterschiede im Detail

Noch schwieriger als in den großen Linien lassen sich Unterschiede im Detail fixieren. Denn sowohl im Anarchismus wie auch im wesentlich breiteren, von verschiedenen Theorierichtungen und -schulen geprägten Marxismus, deren Teile mitunter in heftigem ideologischen Streit

stehen, lässt sich fast jede Ausformung finden. Hier zwischen Anarchismus und Marxismus unterscheiden zu wollen, bedarf also erheblicher Vereinfachungen, die die Haupttendenzen abbilden und um jeweils viele bis unzählige Ausnahmen ergänzt werden müssten, hätte dieses Buch lexikalische Ambitionen. Da es das nicht hat, sei hier wie auch in anderen Ausführungen immer bedacht, dass zu allem, was benannt wird, Abweichungen bestehen.

Natur- und Menschenbild

Es gibt Schriften des Anarchismus, in dem Überlegungen zu Mensch und Natur angestellt werden. Das geschieht allerdings in der Regel nur am Rande. Ergiebiger sind Darstellungen, die sich nicht explizit zum Anarchismus zählen, aber um die Begriffe Freiheit oder Emanzipation herum wertvolle Impulse für die Debatte liefern.

Regelmäßig wird von AnarchistInnen die Vorstellung abgelehnt, der Mensch sei durch seine natürliche Ausstattung, also z.B. über die genetischen Informationen, als soziales Wesen überwiegend vorgeprägt. Selbst wenn das nicht im Besonderen erwähnt wird, kann aus der Idee der Anarchie, dass soziale Bedingungen vom Menschen selbst geformt werden sollen und ein kontrollierender Überbau nicht nur überflüssig, sondern schädlich ist, geschlossen werden, dass der Mensch als Akteur und Produkt seiner Sozialisation gedacht wird. Wäre er bloßes Abbild der Natur, wäre das Thema der Anarchie mehr oder weniger gegenstandslos.

In der Annahme, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, sind sich MarxistInnen und AnarchistInnen einig. Allerdings folgern sie unterschiedliche Dinge daraus. Während die Anarchie der Selbstentwicklung des Menschen die Räume öffnen und konsequent eine Fremdsteuerung verhindern will, sehen die Hauptströmungen des Marxismus die Beeinflussung des Menschen zunächst als Ursache für deren Integration in bürgerliche, soziale Verhältnisse. Gleichzeitig wittern sie das als Chance ihrer Revolutionsidee, nämlich zumindest für den Übergang die staatliche Zentralgewalt zu übernehmen und zur Veränderung der Menschen hin zu einer freien Gesellschaft zu nutzen – böse formuliert also: die Menschen umzuerziehen. Über die Konsequenzen solcher Überlegungen herrscht zwischen AnarchistInnen und MarxistInnen ein tiefer Graben, der oft nur nicht sichtbar ist, weil eine Theoriedebatte zwischen ihnen fehlt oder – vor allem die AnarchistInnen – diese auch einfach gar nicht führen.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 144 ff.)

Für die anarchistischen Theoretiker sollte das Individuum die Freiheit haben, sich als ethisches Wesen – und nicht als engstirniger Egoist – zu betätigen, um eine rationale, hoffentlich uneigennützig Wahl zwischen rationalen und irrationalen Alternativen in der Geschichte zu treffen. Die marxistische Ente, daß der Anarchismus das Produkt eines liberalen oder bourgeoisen „Individualismus“ sei, hat ihre Wurzeln in Ideologien, die in ihrem tiefsten Kern selbst bourgeois sind, wie jene, die sich auf den Mythos einer „unsichtbaren Hand“

(Liberalismus), den Geist (Hegelianismus) und einen ökonomischen Determinismus (Marxismus) gründen. Die Betonung der individuellen Freiheit durch die Anarchisten und libertären Utopisten bedeutete die Emanzipation von einer ahistorischen Präordination der Geschichte selbst und unterstreicht die Bedeutung ethischer Einflüsse auf die Wahl. Das Individuum ist wahrhaft frei und erhält wahre Individualität, wenn es von einer rationalen, humanen und hochstehenden Vorstellung vom Wohle der Gesellschaft oder Gemeinschaft geleitet wird.

Unterschiede ergeben sich auch in der Frage, was das Ziel von Befreiung und gesellschaftlicher Umgestaltung ist – wobei auch hier wieder die internen Unterschiede teilweise groß sind, während sich keine eindeutige Trennlinie zwischen Anarchie und Marxismus festlegen lässt. Doch die Tendenz ist unübersehbar, dass in marxistischen Ideologien immer wieder als Allgemeininteressen oder ähnlich bezeichnete Zielvorgaben für die Gesellschaft konkurrierend neben die Selbstentfaltung des Menschen treten. Die Übereinstimmung wird zwar argumentativ so geglättet, dass die formulierten Allgemeininteressen ja den Einzelnen dienen, aber solche Annahmen unterliegen immer einer erheblichen Gefahr, dass sich allgemeine Ziele verständigen und am Ende gegen Menschen und ihre Bedürfnisse wenden. Hier vertreten AnarchistInnen – wenn sie denn Theorien entwickeln – in der Regel deutlich konsequentere Positionen gegen jede Bevormundung des Menschen durch abstrakte Entwürfe dessen, was gut und richtig sein soll.

Aus Cantzen, Rolf: „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, a.a.O.
Der Herrschaftsanspruch des Menschen über das Natürliche kommt im abendländischen Denken darin zum Ausdruck, daß in der Natur lediglich ein Potential gesehen wird, dessen man sich beliebig bedienen kann. Diese Auffassung findet sich sehr anschaulich in der Vision einer »Humanisierung der Natur«, wie sie Trotzki (1879-1940) vorstellt: Der »sozialistische Mensch« werde die »gegenwärtige Verteilung von Berg und Tal, von Feldern und Wiesen, Steppen, Wäldern und Meeresküsten« ändern und die Erde nach »den Erfordernissen des gesamten Produktions- und Kunstplanes« umgestalten (1972, 208). Schließlich werde auch der Mensch selbst »zum Objekt kompliziertester Methoden der künstlichen Auslese und des psychosozialen Trainings werden« und sich derart »radikal umarbeiten«, bis schließlich auch ein menschliches Durchschnittsexemplar »das Niveau eines Aristoteles, Goethe oder Marx« erreicht, (1972, 213) Aus diesen Träumen Trotzki spricht die ungebrochene Hoffnung auf einen geradezu unbegrenzten Fortschritt und verbindet sich mit einer Herrschermentalität, mit der die natürliche Umwelt und auch die Menschen selbst auf eine bloße Ressource reduziert werden, auf die die (staatlichen) Kräfte des Fortschritts zurückgreifen können. In Trotzki's Zukunftsvision gewährleistet der Gesamtplan, daß alles machbar ist – durch Eugenetik und Psychotraining selbst der vollkommene Mensch. Wie auch in den klassischen Staatsutopien ist Trotzki's Utopie Ausdruck eines zutiefst herrschaftlichen und hierarchischen Denkens; die Ordnung des »gesamten Produktionsplanes« zielt auf Ein- und Unterordnung (des Materials) in ein Gesamtkonzept. Was bei Trotzki noch Zukunftsträumereien waren, wird heute in den Industriegesellschaften Wirklichkeit. Eine »Betrachtungsweise« und Mentalität, vor allem aber politische und ökonomische Organisa-

tionsstrukturen haben sich durchgesetzt, die nach dem Prinzip ausgerichtet sind: Machbarkeit durch Unterordnung der zum Material reduzierten Umwelt und Menschen unter ein herrschaftliches Ordnungssystem. ... (S. 38 f.)

Als unzeitgemäß erschien das nicht-hierarchische anarchistische Denken, das die Menschen nicht auf Träger von Funktionen reduzierte, nicht zur »Hand« im Produktionsprozeß verkümmern lassen wollte, das ihn nicht zum Vollstrecker einer göttlichen oder »geschichtlichen« Vorsehung vereinnahmte und nicht als Rechnungsgröße den strategischen Planungsspielen der Militärs überlassen wollte. Die aus diesem Denken hervorgehende Naturauffassung schien ebenfalls unzeitgemäß. (S. 41)

Die Rolle des Staates

Am deutlichsten wirken sich die unterschiedlichen Auffassungen bei der Beschreibung von Sinn und Unsinn des Staates aus. Beide, ob anarchistisch oder marxistisch geprägt, stilisieren den existierenden, bürgerlichen Staat als Schreckgespenst gegen menschliche Emanzipation. Dafür wissen sie gute Gründe zu nennen, die sich in den Schwerpunkten unterscheiden, weil z.B. AnarchistInnen mehr auf individuelle Freiheitsrechte achten und daher Polizei, Gefängnisse oder Militär besonders heftig ablehnen, während MarxistInnen oft einen Betrachtungsschwerpunkt auf Produktionsprozesse haben und daher das bestehende Arbeitsregime und die Verteilung der Produktionsmittel in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Das bedeutet aber keine Gegensätzlichkeiten, sondern nur abweichende Schwerpunkte, die sogar gut verbindbar bleiben, solange nicht die einen zur Lösung ihrer Schwerpunktthemen Vorschläge unterbreiten, die in anderen Feldern Herrschaftsförmigkeiten verschärfen oder legitimieren.

Genau aber da schlummert der zentrale Konflikt: Kann der Staat Teil einer Lösungsstrategie sein, zumindest als Übergang? AnarchistInnen mit Theorieinteresse (leider eher selten) lehnen das vehement ab, während viele MarxistInnen in der Übernahme der Staatsgewalt eine Chance sehen – oder wahlweise diese revolutionäre Eroberung der Staatsgewalt sogar für taktisch notwendig einschätzen, um die massive Macht der InhaberInnen von Produktionsmitteln in die Knie zwingen zu können. Das penetrante Scheitern solcher Strategien in der bisherigen Geschichte sozialer Revolutionen führt bisher kaum zu Zweifeln, so dass der Traum weiterblüht, es könne beim nächsten Mal klappen – eine nicht nur geschichtslose, sondern auch von erheblichen Blindflecken in der Herrschaftsanalyse geprägte Einschätzung. Sie erfolgt allerdings nicht überraschend angesichts der spürbaren Tendenz im Marxismus, wider dem Leitsatz, dass alle (!) Verhältnisse umzuwerfen sind, die den Menschen knechten, dennoch wieder Ziele zu formulieren, die über die Individualität der Einzelnen gestellt werden. So ist auch nur folgerichtig, dass Recht und Rechtsstaatlichkeit oft ein hohes Ansehen genießen.

Überraschender ist, wie häufig der Glaube an das Gute im Recht bei AnarchistInnen auftritt. Immer wieder werden Missstände als „illegal“ bezeichnet – als wäre das eine Aussage zu mangelnder Qualität. Ge-

schuldet ist das einmal der häufigen Theorielosigkeit, zum anderen der doch bemerkenswerten Akzeptanz demokratischer Spielregeln, die dann schnell – und analytisch unscharf – mit Rechtsstaatlichkeit gleichgesetzt werden. Recht und Volk sind aber künstliche Schöpfungen, deren Bedeutung über dem einzelnen Menschen angesiedelt wird und die daher niemals anarchistischen Ideen entsprechen können. Zumal sie regelmäßig in ihrer konkreten Verfasstheit durch privilegierte Kreise definiert werden.

Aus Wicht, Cornelia (1980): „Der Ökologische Anarchismus Murray Bookchins“, Verlag Freie Gesellschaft in Frankfurt (S. 30)

Die Marxisten konnten hoffen, die Notwendigkeit mittels eines Staates zu verwalten, und die Anarchisten, in freien Gemeinschaften damit fertig zu werden. Die Anarchisten konnten den Marxisten entgegenhalten, daß jeder Übergangstaat, so revolutionär auch seine Rhetorik und so demokratisch auch seine Struktur sei, sich selbst in alle Ewigkeiten verlängern würde; er würde tendenziell ein Selbstzweck werden und eben die materiellen und sozialen Bedingungen, die abzuschaffen er ins Leben gerufen worden war, bewahren. Umgekehrt konnten die Marxisten die Geschichte als Zeugin dafür anführen, daß die Gewohnheit und genossenschaftliche Instinkte niemals wirksame Sperren für das Druckmittel materieller Not waren, gegen die Attacken des Eigentums oder der Entwicklung von Ausbeutung und Klassenherrschaft.

Aus den „Zwölf Thesen über Anti-Macht“ von John Holloway⁰

Während des vergangenen Jahrhunderts konzentrierte sich ein Großteil der Anstrengungen, eine würdige Welt zu schaffen, auf den Staat und die Vorstellung, die staatliche Macht zu erobern. Die wichtigen Auseinandersetzungen (zwischen Reformisten und Revolutionären) kreisten um die Frage, wie staatliche Macht erobert werden könnte, sei es auf dem parlamentarischen oder außer-parlamentarischen Weg. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts macht jedoch deutlich, dass die Frage der Machteroberung gar nicht so wichtig war und ist. In keinem Fall folgte aus der Eroberung staatlicher Macht das, was sich jene, die dafür kämpften, erhofft hatten. Weder die reformistischen, noch die revolutionären Regierungen schafften es, die Welt radikal zu verändern.

Es ist einfach, die Führungen dieser Bewegungen des Verrats an der Bewegung zu bezichtigen. Die Tatsache, dass es derart viel Verrat gab, verweist jedoch auf tiefer gehende Ursachen für das Scheitern der radikalen, sozialistischen oder kommunistischen Regierungen. Der Grund, warum man den Staat nicht dafür nutzen kann, um eine radikale Veränderung der Gesellschaft zu erreichen, liegt darin, dass es sich beim Staat um eine soziale Form handelt, die in die Totalität der kapitalistischen sozialen Verhältnisse eingebettet ist. Die Existenz des Staates als eine von der Gesellschaft separate Instanz bedeutet, dass er unabhängig von den konkreten Inhalten seiner Politik aktiv dazu beiträgt, die Menschen von der Kontrolle über ihr eigenes Leben zu trennen. Der Kapitalismus ist vor allem das: Die Trennung der Menschen von ihrem eigenen Tun. Eine am Staat orientierte Politik reproduziert unausweichlich diesen Spaltungsprozess, wo Führer von den Geführten, wo ernste politische Aktivität von persönlichen Angelegenheiten getrennt werden. Eine am Staat orientierte Politik, weit davon entfernt eine radikale Veränderung

⁰ <http://aardl.blogspot.de/2006/12/30/j-holloway-zwoelf-thesen-ueber-anti-macht/>

der Gesellschaft zu erreichen, führt zu einer zunehmenden Unterordnung der Opposition unter die Logik des Kapitalismus. Die Vorstellung, die Welt könnte über den Staat verändert werden, ist eine Illusion. Wir haben das Glück, das Ende dieser Illusion zu erleben.

Zitate zu Arbeit und Arbeitsethos unter www.projektwerkstatt.de/zitate/z__arbeit.html



Arbeit und Arbeitsethos

Mit der Schwerpunktbildung, oft sogar Reduzierung der Gesellschaftskritik auf die Aspekte wirtschaft-

licher Macht und Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung zeigen MarxistInnen eine Nähe zu anarchosyndikalistischen Kreisen. Auch dort werden die Arbeitsverhältnisse als zentrale Machtstruktur in der Gesellschaft betrachtet und die ArbeiterInnen folglich zum revolutionären Subjekt auserkoren. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will ... so werden Einheitlichkeit und gesellschaftliche Macht konstruiert.

Für andere AnarchistInnen ist eine solch einseitige Zuweisung des revolutionären Potentials nicht tragbar, weil es – zumindest für die Rolle in gesellschaftlichen Umwerfungen – selbst eine 2-Klassen-Gesellschaft schafft. Zudem ist problematisch, dass damit vielfach solche Menschen, die ohnehin schon doppelt und dreifach Unterdrückungsverhältnissen unterworfen werden, wie viele Frauen, Kinder, RentnerInnen, Arbeitslose usw., nochmals ins zweite Glied gerückt werden.

Wahrheit und Objektivität

Ursprünglich eher philosophischer Natur sind unterschiedliche Annahmen über die Dinge an sich. Sie haben aber deutliche Auswirkungen auf die Streit- und Kommunikationskultur. Gibt es eine objektive Wahrheit? Kann sie gefunden und wertfrei, also das Ding an sich betreffend, beschrieben werden?

Viele AnarchistInnen, soweit sie überhaupt theoretisch orientiert sind, hängen dekonstruktivistischen Modellen an: Es gibt keine Chance, irgendetwas „objektiv“ wahrzunehmen. Der Mensch wertet immer, baut jede Wahrnehmung in seine Erfahrungs- und Begriffswelt ein. Selbst technische Untersuchungsgeräte sind davon nicht frei, weil erstens das Ergebnis immer von Menschen gesichtet und sofort im Moment der Wahrnehmung auch interpretiert wird. Und zweitens schon der Bau des Testgerätes in Form gießt, was Menschen gedacht haben. So neigt jede Beobachtung, also auch die wissenschaftliche Untersuchung dazu,

das zu reproduzieren, was an Vorannahmen existiert. Nur die Zusammenschau der verschiedenen gerichteten Wahrnehmungen kann den BetrachterInnen erweiterte Erkenntnis schaffen.

Siehe den Text zu Wahrheit und Wahrnehmung in der Sammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/logik.html.



Das klingt durchaus dialektisch und könnte somit kompatibel sein mit der marxistischen Idee von Erkenntnis. Doch der Unterschied bleibt in der Erwartung des Ergebnisses: Dialektik führt, so die Theorie, bei richtiger Anwendung zum Erkennen der Wahrheit. Skeptisches, dekonstruierendes Hinterfragen und Forschen, neues Wissen, immer neue Erkenntnisse ohne abschließende Erkenntnis – So sähe kritisches Erforschen aus. Denn alles ist immer gefärbt von der Gerichtetheit eigener Wahrnehmung und Beschränktheit der augenblicklichen Wahrnehmungsmittel. Technische Verbesserungen der Zukunft und neue Überlegungen können jederzeit alles Bisherige in Frage stellen.

In der Konsequenz ergeben sich grundsätzliche Anforderungen an eine Debatte. Wer sich im Besitz der Wahrheit wähnt, ist nicht nur auf einem wissenschaftlichen Holzweg, sondern wird andere – mehr oder weniger zartfühlend – belehren. Kommunikation dieser Art ist dann eine Einbahnstraße. Das Gefälle zwischen den gefühlten InhaberInnen des Richtigen (eben der Wahrheit) und den Unwissenden schafft Hierarchie. Grund ist nicht der Wissensunterschied als solches, sondern ob eine Auffassung als absolut („wahr“) angenommen wird und deshalb Kommunikation nicht mehr gleichberechtigt läuft (Beispiele: RichterInnen, LehrerInnen, Polizei, oft AnwältInnen ...). Das Ergebnis kommt dem Verhältnis zwischen Erleuchteten und Ungläubigen nahe. Wenn Herrschaftsstrukturen auf dieses objektiv Richtige oder „Notwendige“ gestützt werden, wächst die Gefahr des Totalitären rasant heran.

Aus der Zeitung „Gegen die Strömung“ (Juli/August 2006)

Welche praktische Bedeutung der Kampf um die Anerkennung der objektiv bewiesenen wissenschaftlichen Wahrheit heute für demokratische und revolutionäre Kräfte hat, wird deutlich, wenn wir die ganzen acht so kritischen Phrasen heutiger Propagandisten der These „Es gibt keine objektive Wahrheit“ mit der sogenannten Auschwitz-Lüge konfrontieren. ... In der Tat handelt es sich um eine Grundfrage in allen Themen: Wissen oder Glauben. ...

Ein Beispiel: Die Erforschung der heutigen Gesellschaftsordnung hat klar und deutlich seit Marx und Engels erwiesen und bewiesen, dass der eigentliche Motor gesellschaftlicher Entwicklung das Profitprinzip, die Mehrwertmaximierung, die verschärfte Ausbeutung durch die herrschende Klasse der Kapitalbesitzer ist.

Lenin in „Materialismus und Empirio-kritizismus“, zitiert in der Zeitung „Gegen die Strömung“ (Juli/August 2006)

1. Die Dinge existieren unabhängig von unserem Bewusstsein, unabhängig von unserer Empfindung, außer uns; ...

2. Zwischen der Erscheinung und dem Ding an sich gibt es absolut keinen prinzipiellen Unterschied, und es kann einen solchen nicht geben. Einen Unterschied gibt es nur zwischen Erkanntem und noch nicht Erkanntem; ...

3. In der Erkenntnistheorie muss man, ebenso wie auf allen anderen Gebieten der Wissenschaft, dialektisch denken, d.h. unsere Erkenntnis nicht für etwas Fertiges und Unveränderliches halten, sondern untersuchen, auf welche Weise das Wissen aus Nichtwissen entsteht, wie unvollkommenes, nicht exaktes Wissen vollkommener und exakter wird. ...

Für den Materialisten ist die Welt im Gegenteil reicher, lebendiger, mannigfaltiger als sie scheint, denn jeder Schritt der wissenschaftlichen Entwicklung entdeckt in ihr neue Seiten. Für den Materialisten

sind unsere Empfindungen Abbilder der einzigen und letzten objektiven Realität – der letzten nicht in dem Sinne, dass sie schon restlos erkannt ist, sondern in dem Sinne, dass es eine andere außer ihr nicht gibt und nicht geben kann. ...

Das menschliche Denken ist also seiner Natur nach fähig, uns die absolute Wahrheit, die sich aus der Summe der relativen Wahrheiten zusammensetzt, zu vermitteln, und es tut dies auch.

Wer sich im Besitz der objektiven Wahrheit wähnt, wird mit anderen nicht diskutieren und um Erkenntnis ringen, sondern diese aus gefühlt überlegener Position belehren. Dem steht die Idee der Dialektik gegenüber. Sie ist mit dem Glauben an eine objektive Wahrheit nur dann in Einklang zu bringen, wenn mensch (wie Marx, Engels und Lenin) davon ausgeht, dass es eine Methode ist, um vom Nichtwissen zum Wissen zu kommen – mitunter über Zwischenschritte. Der Irrtum hinter dieser Annahme gleicht dem Irrtum vieler PhysikerInnen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte, die auf der Suche nach dem Basisbauteil des Materiellen waren, bis sie erkannten: Es gibt ihn wohl nicht. Alles ist immer weiter hinterfragbar und gerät am Ende in die Nähe des völlig Unbestimmten. Ohne den Glauben an eine am Ende stehende endgültige Erkenntnis macht Dialektik erst ihren eigentlichen Sinn als Antriebsständiger weiterer Durchdringung der offenen Fragen und scheinbaren Klarheiten des Seins.

Anarchokritik und -hetze gegen (autoritären) Kommunismus/ Sozialismus

Gegenwärtig ist das Verhältnis von Anarchismus und Marxismus durch erhebliche Gegensätze geprägt. Praktisch spielt das nur eine begrenzte Rolle, weil Theoriedebatten in politischen Aktionen selten stattfinden (was bedenklich ist). Außerdem sind Begegnungen aufgrund deutlicher Unterschiede in den sozialen Einnischungen der ProtagonistInnen anarchistischer und marxistischer Ideen eher selten. Anarchie ist stark im jugendlichen Protest gegen die Erwachsenenwelt verankert und dort vor allem in der Variante des Anarch@-Lifestyles realisiert. Theoriefeindlichkeit entspringt aus der (verständlichen) Ablehnung autoritärer Erziehungsmodelle und dadurch geformter Lernunwilligkeit. Dadurch liegt auch die Auseinandersetzung mit den meist trockensten bis völlig abgehobenen marxistischen Theorietexten fern. Letztere sind wiederum deshalb oft so abgehoben, weil viele MarxistInnen im realen Leben in einer spießigen Bürgerlichkeit eingebunden sind – obwohl das eigentlich ihr eigenes, ideologisches Feindbild darstellt.

Viele AnarchistInnen sind hierarchiefeindlich – auch wenn sie intern sehr wohl Kontrolle auszuüben verstehen. Sie liefern sich immer wieder heftige Organisationsdebatten im Rahmen politischer Aktionen. Viele MarxistInnen befürworten klare Führungsstrukturen, weshalb ihre revolutionären Konzepte – ohnehin meist aus dem Wohnzimmer-sessel des gut situierten BürgerInnentums heraus entworfen – die Bildung von Avantgarde, Führung durch Parteien usw. vorsieht. So entste-

hen Gegensätze, die allerdings regional sehr unterschiedlich sein können.

Die durch Zugehörigkeit zu mitunter sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Gruppen bestehenden Unterschiede verfestigen sich manchmal zu deutlicher Ablehnung bis Hass, der sich durch gegenseitige Kritik bis Hetze entlädt. Es zeugt dabei von einer gewissen Niveaulosigkeit beider Seiten (die, dass kann gar nicht oft genug wiederholt werden, keine einheitlichen Blöcke darstellen, sondern in sich viele Unterschiede und auch Streitlinien aufweisen), dass umfassende, kritische Analysen eher selten, Slogans und vereinfachende Hetzbilder hingegen deutlich häufiger sind.

Kritik an der Idee der Übernahme des Staates

Hauptkritikpunkt von AnarchistInnen an der Theorie des Marxismus ist deren Akzeptanz einer dominierenden Rolle des Staates zumindest in der revolutionären Übergangsphase oder auch darüber hinaus. Diese Kritik dürfte nach umfassender Analyse der verschiedenen Formen und Verselbständigungstendenzen von Herrschaft gerechtfertigt sein. Ein Update marxistischer Theorie wäre hier wünschenswert. Doch die anarchistische Kritik unterlässt oft diese Analyse und greift marxistische Phantasien von der Diktatur des Proletariats oder die naive Erwartung eines quasi automatischen Absterbens des Staates aus einer plumphen Anti-Haltung zu Staat oder Parlamenten heraus an. Auf diesem Niveau verharret dann auch die Kritik an der Teilnahme linker Parteien beim Legitimationszirkus von Wahlen und Parlamentsdebatten, entwickelt aber kaum Impulse für subversiven Gebrauch der verhassten Obrigkeitsstrukturen und auch nicht für Alternativen zur Herrschaft des Volkes, also des konstruierten Gemeinwillens über die Vielfalt der Einzelnen und ihrer freien Zusammenschlüsse.

Diese Schwäche anarchistischer Kreise ist immer gut zu sehen, wenn bei Erhebungen unzufriedener Bevölkerung gegen ihre Regierungen (zuletzt im arabischen Raum) keinerlei Vorschläge sichtbar werden, aus dem Umsturz eine Entmachtung der Apparate zugunsten der Selbstbestimmung der Menschen und, zumindest als Übergangsform, eine radikale Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen zu formen. Stattdessen prägt allein der Streit, wer nun in Zukunft regieren soll, das Geschehen – und hier mischen marxistische Kreise dann aufgeregt mit, um den historisch längst entlarvten Irrtum zu wiederholen, durch die Besetzung der Machtpositionen die politische Wende zu erreichen.

Aus Bakunin, Michail: „Sozialismus und Freiheit“¹

Keine Diktatur kann ein anders Ziel haben als ihre eigene Perpetuierung, und sie kann nur Sklavengeist zeugen in dem Volk, das sie duldet; Freiheit kann nur durch Freiheit geschaffen werden, d.h. durch eine allumfassende Rebellion von Seiten des Volkes und freie Organisation der arbeitenden Massen von unten nach oben. Während die politische und soziale Theorie der Anti-Staats-Sozialisten oder

¹ www.marxists.org/deutsch/referenz/bakunin/1871/xx/freiheit.htm

Anarchisten sie stetig dem Bruch mit allen Regierungen entgegenführt, mit allen Formen bürgerlicher Politik, und ihnen nur noch den Weg der sozialen Revolution offen läßt, weist die entgegengesetzte Theorie des Staatskommunismus und der wissenschaftlichen Autorität ihre Anhänger unter dem Vorwand taktischer politischer Notwendigkeiten auf den Weg endloser Kompromisse mit Regierungen und politischen Parteien und verstrickt sie in Mächenschaften mit diesen, d.h. sie drängt sie auf den Weg unleugbarer Reaktion. ... Sie werden alle Regierungsgewalten in ihren starken Händen konzentrieren, weil die bloße Tatsache, daß die Massen unwissend sind, starke, besorgte Lenkung durch die Regierung notwendig macht. Sie werden eine einzige Staatsbank gründen, in der alle kommerzielle, industrielle, agrarische und sogar wissenschaftliche Produktion konzentriert sein wird; und sie werden die Masse des Volkes in zwei Armeen aufteilen – eine industrielle und eine agrarische Armee unter der direkten Befehlsgewalt von staatlichen Technokraten, die die neue privilegierte wissenschaftlich-politische Klasse bilden werden.

Aus Bookchin, Murray: „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, a.a.O.

Mindestens ebenso aufregend ist die Erkenntnis, daß Marx „Wissenschaftlicher Sozialismus“ sich im Gleichklang mit der böartigen Verneinung des eigentlichen Ziels wie auch der ideologischen Grundlagen des revolutionären Projekts durch die Bourgeoisie bewegte, indem er nämlich eine Rechtfertigung dafür lieferte, dezentrale Einheiten in einem zentralistischen Staat, föderalistische Visionen in einer chauvinistischen Nation und menschlich angepaßte Technologien in einem System alles verschlingender Massenproduktion aufgehen zu lassen. ... (S. 122)

Das Proletariat als Klasse wandelte sich aus dem unnachgiebigen Todfeind der Bourgeoisie als Klasse zu deren Vertragspartner. In der Sprache, die der proletarische Sozialismus – entgegen seinen eigenen Mythen – entwickelt hat, wurde die Arbeiterklasse schlechterdings zu einem Organ innerhalb des kapitalistischen Systems und nicht etwa der „Embryo“ einer zukünftigen Gesellschaft, also zu jenem Begriff, dem eine so zentrale Bedeutung innerhalb des revolutionären Projektes des proletarischen Sozialismus zukam. ... (S. 129)

Zweitens mystifizierte Marx, Mythos einer „embryonischen“ Entwicklung die Geschichte und brachte sie um ihr wesentliches Element, die Spontaneität. In einer solchen Theorie konnte es grundsätzlich nur einen Verlauf der Entwicklung geben; Alternativen waren nicht zugelassen. Wahlmöglichkeiten spielten für die gesellschaftliche Entwicklung nur eine untergeordnete Rolle. Der Kapitalismus, der Nationalstaat, der technische Fortschritt, der Zusammenbruch aller traditionellen Bindungen, aus denen einst ein Gefühl sozialer Verantwortung erwuchs – all dies wurde nicht nur als unvermeidlich, sondern sogar als erstrebenswert angesehen. Im wesentlichen räumte die Geschichte dem Menschen nur ein Minimum an Autonomie ein. „Die Menschen gestalten ihre eigene Geschichte...“ schrieb Marx – eine ziemlich offensichtliche Feststellung, die kulturorientierte Marxisten noch lange nach seinem Tode und inmitten zunehmender Widersprüche zwischen seiner Theorie und der objektiven Wirklichkeit betonten. Häufig übersahen sie dabei aber, daß Marx mit diesen Worten eigentlich nur den zweiten Teil des Satzes hervorheben wollte: „... dies geschieht jedoch nicht unter von ihnen selbst ausgesuchten Umständen, sondern unter den von ihnen vorgefundenen, gegebenen und aus der Vergangenheit überlieferten!“ (Anm. zur Quelle: Karl Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“).

Auf der ganzen Linie wurde die Zentralisierung der Wirtschaft und des Staates als Schritt in die Richtung einer „Planwirtschaft“, d.h., einer hoch rationalisierten Ökonomie, begrüßt. So stark waren die Marxisten, bis hin zu Engels persönlich, diesen unglückseligen Auffassungen verbunden, daß sich die marxistische deutsche Sozialdemokratie in den 20er Jahren sogar weigerte, Antimonopol-Gesetze zu verabschieden (zum dauerhaften Verdruß des Kleinbürgertums, das alsbald sein Heil bei den Nazis suchen sollte), da die Konzentration von Handel und Industrie in der Hand weniger Konzerne als „historisch fortschrittlich“ – nämlich das Land einer Planwirtschaft näherbringend angesehen wurde. (S. 131)

Marx' „Humanismus“ baute vielmehr auf einer ausgesprochen hinterhältigen Reduzierung menschlicher Wesen zu objektiven Kräften der „Geschichte“ auf -, er unterwarf sie einer gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit, über die sie keine Kontrolle hatten. Diese Mentalität ist beunruhigender als jede gefühllose Form des „Anthropozentrismus“. ... In diesem Sinne steht Marx im Widerspruch zur authentischen humanistischen Tradition der Vergangenheit, derzufolge der Mensch aufgrund seines Bewußtseins, seiner Moralität, seiner ästhetischen Sensibilitäten und seines Einfühlungsvermögens in alles andere Lebende eine Sonderstellung einnimmt. Schlimmer noch: wenn doch alle Menschen, der marxistischen Theorie nach, bloße „Instrumente der Geschichte“ sind, kann das Glück und Wohlbefinden der gegenwärtigen Generation der Befreiung zukünftiger geopfert werden – eine Amoral. ... (S. 133 f.)

Der Anarchismus blieb sensibel gegenüber der Spontaneität gesellschaftlicher Entwicklung – einer Spontaneität allerdings, die von einem Bewußtsein und der Notwendigkeit einer strukturierten Gesellschaft geprägt ist. Der Marxismus kettete sich fest an eine „Embryo“-Theorie der Gesellschaft, an eine „Wissenschaft“ der „Voraussetzungen“ und „Vorbedingungen“. Tragischerweise hat der Marxismus fast alle frühen revolutionären Stimmen mehr als ein Jahrhundert lang zum Schweigen gebracht und die Geschichte selbst im eisigen Griff einer ausgesprochen bourgeoisen Entwicklungstheorie gehalten, die sich auf der Beherrschung der Natur und der Zentralisierung der Macht gründet. (S. 167)

Aus: Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trotzdem Verlag in Grafenau (S. 40 ff.)

Die Folgen dieser Sichtweise, die die notwendige emanzipative Auseinandersetzung mit allen anderen gesellschaftlichen Strukturen vernachlässigt, sind fatal: Die ökonomistisch reduzierte Sichtweise und die im Wesentlichen auf das Postulat der revolutionären Aneignung der Produktionsmittel eingeeengte politische Strategie, verhindert nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit Macht und Staat per se, da sie nur den bürgerlichen Staat als Unterdrückungsinstrument beschreibt, nicht jedoch den „proletarisch post-revolutionären“ (da ja der immanenten Logik zufolge niemand mehr zu unterdrücken bleibt). Schlimmer noch, sie erhebt Anspruch auf die Eroberung staatlicher Macht. ...

Um nicht falsch verstanden zu werden, die Macht ökonomischer Verhältnisse als prägender Faktor gesellschaftlicher Verhältnisse soll hier nicht in Abrede gestellt werden – was jedoch angezweifelt werden muß, ist der absolute, fast religiöse und allgegenwärtige Einfluß der Ökonomie als ausschließliche Ursache menschlichen Seins, sowie die von Marx fatalerweise daraus gezogene Folgerung, die jede Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse ans der ökonomischen Ebene abzuleiten versucht. Die falsche Marx'sche Kausalität

führt zu einer katastrophalen Fehleinschätzung gesellschaftlicher emanzipativer Dynamik, die eben darin gipfelt zu behaupten, die Aufhebung des Privateigentums und die Verstaatlichung der Produktionsmittel führten automatisch zum gesellschaftlichen Glück aller, zum Ende der „Entfremdung“ per se. ...

So sehr die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel Kriterium des sozial-ökonomischen Zustands einer Gesellschaft ist und bleibt, sowenig kann die zentrale, alleinige Antwort auf Ausbeutung und Entfremdung darin bestehen, lediglich die Verstaatlichung dieser Produktionsmittel zu fordern. „Verstaatlichung“ hebt eben nicht den Interessenwiderspruch zwischen Produzenten und Besitzern auf, auch dann nicht, wenn der „neue“ Staat ein „vom Proletariat eroberter“ sein sollte. Die Geschichte bleibt Beispiele für einen solchen positiven Aneignungsprozess schuldig.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 16 f.)

Aber ich gestehe, viele sozialistische Anschauungen, denen ich begegnet bin, scheinen mir mit unsauberen Vorstellungen von autoritärer Gewalt, wenn nicht tatsächlichem Zwang behaftet zu sein. Autoritäre Gewalt und Zwang können natürlich nicht in Frage kommen. Alle Vereinigung muß ganz freiwillig sein. Nur in freiwilligen Vereinigungen ist der Mensch schön.

Kritik an den Organisationsformen

Ebenso heftig prallen anarchistische und marxistische Ideen aufeinander, wenn es um die Organisation politischer Aktion geht. Konsens oder Mehrheitsabstimmung, Stellvertretung oder nicht, einheitliches Auftreten, geschlossene Gemeinschaftsaktionen oder unberechenbare Vielfalt – es gibt viele Punkte, an denen sich leidenschaftlich diskutieren und auch zerstreiten lässt.

Die letzten Jahre im deutschsprachigen Raum waren weniger von solchen Streitereien geprägt. Wer sich die Entwicklungen genauer anschaut, bekommt Zweifel, ob es sich hier um eine strategische Annäherung oder vielmehr eine Folge handelt, dass politische Bewegungen – schlicht genauso wie in der gesamten Gesellschaft – von jeweiligen Funktionseliten geführt werden und diese ein stärkeres gemeinsames Interesse entwickelt haben, Bewegungen zentral zu steuern und die Aktionen als telegenen Hintergrund für ihre Botschaften umzufunktionieren. In dieser Neigung, Protest als Aufmerksamkeitsbringer für das eigene Label, für Mitglieder- und Spendenwerbung zu nutzen, sind sich Kirchen und Autonome, Bürgerliche und Militante, Heiner Geißler und Jutta Ditfurth, anarchistische und marxistische Eliten schlicht einig. Wenn alle die Kröte schlucken, dass nicht nur sie im Mittelpunkt stehen, dann wächst zusammen, was – organisationsstrategisch – zusammen gehört. Auf der Strecke bleiben die Menschen, die Basisinitiativen, unabhängigen und selbstorganisierten Gruppen, die in der nun stärker einheitlich gesteuerten Vielfalt von Bewegung ganz unterzugehen drohen.

Sozialistische und kommunistische Kritik und Hetze

Trotzki als Chef der Roten Armee (1920) über AnarchistInnen
Geht wohin ihr gehört: Auf den Müllhaufen der Geschichte!

Was die AnarchistInnen können, ist den SozialistInnen und KommunistInnen nicht fremd. Und so dreschen sie auf die Anarchie drein – zumindest wo sie als konkurrierend empfunden wird. Das ist vielerorts nur deshalb nicht der Fall, weil anarchistische Strömungen so schwach sind, dass sie kaum einer Beachtung bedürfen. Unter dem Anarchie-Label toben sich viele junge Menschen aus, die später – mangels entwickelter Theorie und Praxis – der Radikalität ohnehin wieder den Rücken kehren. Freiheitliche Impulse können marxistischen Ideen nur dort gefährlich werden, wo unter dem Banner des Marxismus Herrschaft organisiert wird und sich ein organisierter Anarchismus dem entgegenstellt. In den bisherigen Versuchen des sogenannten Real-Sozialismus (was auch immer das ist bzw. war) oder in politischer Organisation, in denen sich autoritär-marxistische Eliten der Kritik an zentralistischer Steuerung erwehren müssen, saßen und sitzen AnarchistInnen regelmäßig hinter Gittern.

Aus „Anarchismus“ in: Klaus, Georg/Buhr, Manfred (1975), „Philosophisches Wörterbuch“, VEB Bibliographisches Institut Leipzig (S. 72 f.)

Utopisch-kleinbürgerliche, pseudorevolutionäre Ideologie und Bewegung, die im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus den organisierten politischen Klassenkampf wie überhaupt jede politische Organisation, Disziplin und Autorität ablehnt und die Realisierung der „absoluten Freiheit“, der Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Gesellschaft von der Abschaffung aller staatlichen Machtorgane und Zwangsmittel erwartet. ... Wie Lenin in seinen Thesen über Anarchismus und Sozialismus ausführt, hat der Anarchismus in der Zeit seines Bestehens nichts gegeben außer allgemeinen Phrasen gegen die Ausbeutung. Dabei begriff er weder die Ursachen der kapitalistischen Ausbeutung noch die gesellschaftliche Entwicklung, die gesetzmäßig vom Kapitalismus zum Sozialismus führt, noch die Rolle des organisierten proletarischen Klassenkampfes als der schöpferischen Kraft zur Verwirklichung des Sozialismus. „Der Anarchismus ist ein Produkt der Verzweiflung. Die Mentalität des aus dem Geleise geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariats, aber nicht des Proletariats.“ (5, 334 ff.)

Aus Lotter, K./Meiners, R./Treptow, E. (2006): „Das Marx-Engels-Lexikon“, Papyrossa Verlag Köln zum Stichwort „Anarchismus“ (S. 18 ff.)
 Zusammenfassung der Autoren:

Der Anarchismus (mit Bakunin als seinem Hauptvertreter) ist seinem Wesen nach gegen Herrschaft und staatliche Autorität gerichtet. Er sieht im Staat fälschlich den Ursprung der kapitalistischen Produktionsweise und begreift nicht die politische Organisation der herrschenden Klasse als den Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise (1). Seine abstrakte Ablehnung des Staats führt ihn zu politischem Indifferentismus bzw. zur vollständigen Abstinenz von der Politik (2). Statt sich den Staat als Diktatur des Proletariats zur Absicherung der eroberten Macht zunächst anzueignen, erklären die Anarchisten die Abschaffung des Staats zum ersten Ziel der proletari-

schen Revolution (3). Ohne Bewußtsein der historischen, ökonomischen Bedingungen begreift er die Revolution als Verschwörung und erhebt damit den bloßen Willen zu ihrer Grundlage (4). Mit der Ablehnung von Autorität verbindet der Anarchismus die Forderung absoluter Autonomie. Er verkennt, daß sich die Gültigkeit beider Prinzipien mit der sozialen Entwicklung verändert, daß nicht nur die Revolution das autoritärste Ding ist, das es gibt (5), sondern auch in einer freien Gesellschaft der Ablauf von Produktion und Distribution Autorität erfordert (6).

(3) Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit anfangen, daß sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber die einzige Organisation, die das Proletariat nach seinem Siege fertig vorfindet, ist eben der Staat. Dieser Staat mag sehr bedeutender Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße, den einzigen Organismus zerstören, vermittelt dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müßte in einer neuen Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiter, ähnlich derjenigen nach der Pariser Kommune. (Zum Tode von Karl Marx, 1883, MEW 19, 3 44 L; vgl. ebd., 6 f.; MEW 18, 343 f.; MEW 36, 11 f.)

(4) Eine radikale soziale Revolution ist an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztere sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt. ... Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen mittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen. (Von der Autorität, 1872/73, MEW 18, 307 f)

(6) [In der zukünftigen Gesellschaft existiert nach der Ansicht der Anarchisten] vor allem keine Autorität, denn Autorität = Staat = absolut vom Übel. (Wie die Leute eine Fabrik treiben, eine Eisenbahn befahren, ein Schiff leiten wollen, ohne einen in letzter Instanz entscheidenden Willen, ohne einheitliche Leitung, das sagen sie uns freilich nicht.) Auch die Autorität der Majorität über die Minorität hört auf, jeder einzelne, jede Gemeinde ist autonom, wie aber eine Gesellschaft von nur zwei Menschen möglich ist, ohne daß jeder von seiner Autonomie etwas aufgibt, das verschweigt Bakunin abermals. (Engels an Th. Cuno, 24. 1. 1872, MEW 33, 389; vgl. MEW 18, 306 ff.)

Zusammengedacht: Marxismus und Anarchismus

Dass die Gräben zwischen Marxismus und Anarchismus nicht unüberwindbar sind, glauben zumindest die, sich sich beider Theorien bedienen und eine Art freiheitlichen Kommunismus kreieren. Die Namensschöpfungen dieser Kombination sind vielfältig und verbinden jeweils die Namensbestandteile aus beiden Spektren.

Aus den Praxiserfahrungen heraus bleibt offen, ob die Zusammenschau deshalb gelingt, weil sich „libertäre KommunistInnen“ einfach nur die kompatiblen Teile aus allen Theorien entnehmen und daraus ihre spezifische Mischung bauen – oder ob es möglich ist, die Gesamtmodelle so zu interpretieren, dass eine gemeinsame Gesamtheorie entsteht.

So oder so wirkt der Versuch reizvoll, denn die Kombination der konsequent freiheitlichen Idee des Anarchismus mit dem Willen zur analytischen Durchdringung und nachfolgend gedanklichen Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse im Marxismus könnte Defizite und Blindflecke der beiden Richtungen beheben. Wenn MarxistInnen ihre Skepsis gegenüber jeder Form formaler und informeller Beherrschung erhöhen und AnarchistInnen von der oft nur gefühlten Pauschalablehnung des verhassten Systems zu einer intensiven Gesellschaftsanalyse kämen, wäre viel gewonnen. Ob sich dann beide Strömungen näher kommen würden, wäre dann zu sehen. Ähnliches gilt auch für weitere Kreise, die zumindest teilweise freiheitliche Idee verfolgen, z.B. humanistische Gruppen.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A (S. 8)²

Sozialismus ist, wirtschaftlich gesehen, die klassenlose Gesellschaft, in welcher der Grund und Boden sowie alle Produktionsmittel der privaten Verfügung entzogen sind, somit weder Grundrente noch Unternehmerprofit noch auch die Abgeltung vermieteter Arbeitskraft durch Lohn oder Gehalt die schaffenden Hände und Hirne um den Ertrag ihrer Mühen berauben können. An der Stelle der privaten oder staatlichen Ausbeutung steht die planmäßige gemeinsame Bewirtschaftung des Gemeineigentums, an der Stelle der bevorrechtigten Minderheit der Besitzenden jedes Landes die zum Volk geeinte Gesamtheit in allen Ländern.

Aussage auf Internetseiten der Föderation deutschsprachiger AnarchistInnen, eines auch eher identitären Anarch@-Zusammenhanges unabhängiger Einzelgruppen und -personen

Doch die Alternative besteht in einem freiheitlichen Sozialismus, zum Beispiel auf anarchokollektivistischer Grundlage

Wer in den Werken von Karl Marx direkt liest, wird keine ganz so einheitliche Position finden. Vieles spricht dafür, dass Marx und sein Umfeld selbst nicht so klar hatten, wie der gesellschaftliche Wandel sinnvollerweise ablaufen sollte und was am Ende das Ziel sei. So gibt es von Marx Formulierungen, die auch in einem Anarchiebuch stehen könnten ...

² Auch im Internet: www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1890), „Manifest der Kommunistischen Partei“, zitiert nach: „Gegen die Strömung“, Dez. 2005

An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Im sich auf Marx berufenden Marxismus stehen solche libertären Gedanken heute eher am Rande oder werden ganz außer Acht gelassen. Hier dominieren daher auch Interpretationen, die Anarchismus ablehnen und oftmals sogar als konterrevolutionär diffamieren. Marx selbst entwickelte im Zuge seiner Bemühungen, eine klare Hierarchie zu seinen Gunsten in den entstehenden Arbeiterassoziationen aufzubauen, deutliche Abwehrstrategien, wenn nicht gar Hassgefühle gegen AnarchistInnen. Seine autoritären Spaltungsversuche erzeugen wie die ganze weitere Geschichte auch eine wichtige Erkenntnis: In einer Welt, in der viele Welten Platz haben, muss der Rahmen offen und herrschaftsfrei sein. In ihm können Subräume nach Belieben, d.h. in freier Vereinbarung der dort tätigen Menschen, gestaltet werden. Umgekehrt geht es nicht, da sonst immer die Gefahr besteht, dass die autoritäre Gewalt des äußeren Rahmens die innere Vielfalt beendet. Es ist wichtig, dass sie das gar nicht kann.

Frei von Inhalt?

Hauptschwächen anarchistischer Konzepte – emanzipatorisch geprüft

Bevor an einigen zentralen Punkten Lücken und Widersprüche in als anarchistisch gepriesenen Theorien und Positionen genauer benannt werden, seien hier die Hauptschwächen zusammengefasst beschrieben. Das dient dem leichteren Lesen der Folgetexte. Denn neben vielen kleinen Auslassungen gibt es einige schwere Defizite, die sich wie rote Fäden durch Theorie und Praxis der AnarchistInnen ziehen. Sie entspringen veralteten Herrschaftsanalysen und dem Festhalten an Organisationskonzepten, die durch Blindheit gegenüber informellen Hegemonien und modernen (versteckten) Hierarchien zum anarchistischen Standard werden konnten.

Machtkämpfe

unter vermeintlich Herrschaftsfreien

Eigentlich ... müssten AnarchistInnen horizontale Organisationsformen schaffen und interne Machtkämpfe meiden.

Die Realität sieht jedoch deutlich anders aus: Ausgrenzungen, Ellbogenmentalität, offen und verdeckt ausgetragene Konkurrenzkämpfe oder sogar Zensur sind an der Tagesordnung. Meist geht es um Definitionsmacht, Anteile an öffentlicher Aufmerksamkeit (PR), Spenden- und Fördergelder. So werden KonkurrentInnen weggebissen, aus Medien oder Protestaktionen weggedrängt, diffamiert, isoliert. Oft werden ausgerechnet die Gruppen und Personen ausgegrenzt, deren Kontakt dem guten Image bei Staat oder reichem BildungsbürgerInnentum im Weg stehen – fast unglaublich, schließlich geht es um Anarchie! Als Tricks zur Durchsetzung werden gesteuerte Entscheidungsverfahren und spaltende Dogmen genutzt. Spitzenreiter ist die Gewaltfrage, aber auch der vermeintliche Gegensatz zwischen Reform und Revolution oder andere Streitfragen können für das Gerangel um die besten Plätze in den anarchistischen Hierarchien genutzt werden.

Angst vor der eigenen Konsequenz:

Sicherheit und Kontrolle statt dynamischer Offenheit

Eigentlich ... müsste Anarchie das Offene, Unklare, Unsichere und Dynamische lieben. Wer moderne Herrschaftsanalysen liest (siehe z.B. die entsprechenden Kapitel⁹ zu Beginn von „Freie Menschen in freien Ver-

einbarungen“), wird schnell erkennen, dass Verregelung oder Kontrolle nicht ohne Privilegien, Vereinheitlichung und Definitionsmacht über Richtig und Falsch zu haben sind. Anarchie unterscheidet sich fundamental von allen (!) anderen Gesellschaftskonzepten, die das Gute über Institutionen der Durchsetzung und Absicherung erzwingen wollen. Die einen setzen auf den guten Herrscher (oder imaginieren einen Übertäter als Gott in dieser Rolle mitsamt irdischer StellvertreterInnen). Andere kreieren komplizierte Wahlsysteme und glauben, dass für alle am besten ist, wenn an nur vom Namen her bekannte Personen Kreuzchen vergeben werden. Die sind dadurch plötzlich legitimiert, Regeln und SchiedsrichterInnen des Lebensspieles zu bestimmen. Die große Masse wird an der Leine der Lohnabhängigkeit gehalten. Sie nennen das Demokratie. Deren historische Demokratievorbilder z.B. aus Griechenland können sich nicht wehren, obwohl es bei ihnen ganz anders ablief: Ämter wurden verlost und rotierend besetzt – allerdings nur unter der männlichen, waffentragenden Bevölkerung.

Wieder Andere finden das Wählen irgendwie doof und wollen, dass immer alle überall mitbestimmen. Sie sitzen in endlosen Plena zusammen (Basisdemokratie) oder rennen ständig zu Wahlurnen (direkte Demokratie). Alle unterscheiden sich damit nur in der Art, wie ihre Regeln zustande kommen. Sie glauben an das Gute durch Beschlüsse, Vorschriften und – logischerweise – deren Kontrolle. Sie brauchen Durchsetzungsorgane, denn irgendwer muss darüber wachen, ob etwas Beschlossenes auch eingehalten wird. In den offenen Hierarchien gleicht sich das: Diktatur, Demokratie oder Kommunismus haben allesamt Regierungen, Ämter, Polizei, Gerichte und Gefängnisse. Es ist erstaunlich, wie ähnlich sich diese vermeintlich gegensätzlichen Systeme in der Praxis sind. In den Scheinalternativen von Basis- oder direkter Demokratie sind solche Strukturen versteckter – aber ebenso vorhanden.

Mit Anarchie hat das wenig zu tun. Genauer: Nichts. Anarchie ist der Verzicht auf Einheitlichkeit, Regeln und deren Kontrolle mitsamt Durchsetzung. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Gegenkultur. Genau deshalb fällt es AnarchistInnen wohl auch so schwer, offensiv dafür einzutreten, dass herrschaftsfreie Gesellschaft kommunikativ und dynamisch sein soll – ohne doppelten Boden. Absicherungen würden freie Kommunikation und Vereinbarungen einengen. Sie würden Grenzen schaffen, die überwacht und deren Übertreten sanktioniert werden muss (sonst existieren sie nicht). Das aber bildet dann wieder ein Korsett – schon im Kopf. Hinzu kommt, dass in anderen Systemen das Versprechen der Sicherheit nur ein Propagandatrick ist, mit dessen vorgetäuschter Erfüllung Staaten Zustimmung ergaunern. Das gilt auch für autoritäre Ideen in der Anarchie. Niemand kann Zukunft vorhersagen und festlegen. Die sanktionierende Gewalt in Form Uniformierter kommt meist ohnehin erst, wenn es zu spät ist. Noch mehr gilt für die Justiz, dass sie Verbrechen nicht verhindert, sondern nur hinterher eine Art eigenes Zusatz-Verbrechen ausführt – sprich: Weitere Menschen schädigt (durch Verhöre, Einsperren ...). Anarchie müsste stattdessen das Unsichere und Offene als Ziel formulieren und dafür werben, genau das bewusst zur Grundlage gesellschaftlicher Prozesse zu machen.

Aus Rudolf Rocker: Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus
Der Anarchismus ist keine Patentlösung für alle menschlichen Probleme, keine Utopie einer perfekten Gesellschaftsordnung (wie er so oft bezeichnet wurde), weil er grundsätzlich alle absoluten Schemata und Konzepte verwirft. Er glaubt nicht an eine absolute Wahrheit oder an bestimmte Endziele der menschlichen Entwicklung. Vielmehr an eine unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit von sozialen Modellen und menschlichen Lebensbedingungen, (...) denen man (...) keinen bestimmten Endpunkt und kein festes Ziel zuweisen kann.

Für die offensive Befürwortung des Verzichts auf Regeln, Überwachung und Sanktion sind fast alle AnarchistInnen zu ängstlich. Spätestens nach ein oder zwei kritischen Nachfragen ziehen sie sich zurück auf das sicher scheinende Festland des Kontrollierens und Eingreifens aus privilegierter Position. Bisherige anarchistische Positionen, Utopien oder Programmatiken sind voller skurriler Ideen, das Freie und Offene einzuhegen. Damit machen sich die AnarchistInnen zu den TotengräberInnen ihrer eigenen Ideen. Offenbar glauben sie selbst nicht, was sie propagieren: Eine Gesellschaft ohne Sicherheiten und Kontrolle!

Dass viele AnarchistInnen ihren eigenen Idealen nicht vertrauen, bringt sie in beste Gesellschaft. Politischer Meinungskampf ringt nirgends darum, ob kontrolliert wird, sondern wie das geschieht und wer das darf. Überall auch in sich als „links“ oder emanzipatorisch verstehenden Gruppen ist der seltsame Hang zum Glauben an das Gute von oben verbreitet. Es scheint also kein typisch anarchistisches Phänomen zu sein, den Bock zum Gärtner machen zu wollen. Die bestehenden Herrschaftsverhältnisse werden kritisiert, aber nichts sehnlicher gewünscht, als dass diese das Gute schaffen und sichern. Am liebsten mit den eigenen FreundInnen auf dem Thron ...

Entscheidungsfindung, Kollektivsubjekt, Innen und Außen

Eigentlich ... wäre eine anarchistische Welt eine ohne Institutionen, Überwachung und Schubladen. Doch das klappt nicht mehr, wenn AnarchistInnen konsequent ihre Irrwege weiter verfolgen. Denn wer Regeln aufstellt, muss auch kontrollieren, sonst sind die sinnlos. Darüber hinaus bedarf es Methoden, wie die Regeln aufgestellt werden. Da ein Verzicht auf Überwachung und Regulierung wegen der eigenen Angst vor offen-dynamischer Gesellschaft nicht wirklich angestrebt wird, muss der eigene, meist etwas breiige Hang zur Wir-haben-uns-alle-lieb-Egalität im Ringen um die etwas bessere Art der Führung ausgelebt werden. Das hat in der Vergangenheit zu einer unübersichtlich großen Zahl an Vorschlägen für Entscheidungsfindungsmodellen, Kollektivität, vermeintlich guten Hierarchien usw. geführt. Doch alle leiden unter den gleichen Problempunkten:

- Sie vertrauen nicht den Menschen und ihren Vereinbarungen, sondern suchen etwas, was verbindlich ist und für alle gilt. Dazu müssen Entscheidungen getroffen werden, für die wiederum Verfahren notwendig sind.

- Die Entscheidungen sollen von allen für alle getroffen werden – doch dieses „alle“ ist unbestimmt. Es muss ihm eine Grenze zwischen Innen und Außen gegeben werden, sonst funktioniert das Modell nicht. Dadurch entstehen Privilegien, zudem bedarf jedes so definierte Kollektiv eines Gründungsaktes, der dem Kollektiv selbst vorangeht – also ohne Legitimation erfolgt.
- Um das Kollektiv zu beschreiben, es damit überhaupt zum Leben zu wecken und in die Köpfe der Beteiligten zu bringen, bedarf es einer beschreibenden Qualität des Kollektivs. Es entsteht ein „Wir“, welches als Subjekt zu handeln beginnt und neben die Menschen mit ihren freien Vereinbarungen tritt. Da die Handlungsmacht aber nur entweder auf den Einzelnen oder auf dem Gesamtwillen fußt, stehen die Menschen und ihre Kollektivsubjekte in Konkurrenz zueinander. Das Kollektivsubjekt braucht Macht.

Traditionen, Dogmen und Tabus

Völlig überflüssig, aber dennoch auch in anarchistischen Kreisen weit verbreitet, sind Traditionen, Dogmen und Tabus, die nicht begründet werden, sondern einfach da sind. Die darüber entstehenden Vereinheitlichungen reichen von Kleidung über Aktionsabläufe bis zu Szensur und Umgangsformen. Alle diese durch ständige Wiederholung dominanten Formen des Verhaltens und Denkens stellen den offenen und dynamischen, sozialen Raum permanent in Frage. Zudem verstärken sie das Innen und Außen durch die Unterstreichung mittels kultureller Codes.

Aus: Michael Wilk, 1999: Macht, Herrschaft, Emanzipation, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 130)

PC=Political correctness – das richtige politische Verhalten. Begriff aus dem angloamerikanischen Raum, mit in meinen Augen dann zweifelhafter Wirkung, wenn er die Auseinandersetzung über Verhalten auf die Erfüllung von Verhaltenskodizes reduziert.

Soweit einige zentrale Schwächen im deutschsprachigen Anarchismus. Beginnen wir, gewappnet mit diesem Wissen, nun die Wanderung durch ausgewählte Blindflecke.

Revolution oder Reform?

Vom seltsamen Gegensatz zweier oft dummer Konzepte

Steigen wir aber mal in die konkreten Strategien und großen Fragestellungen anarchistischen Wirkens ein. Eine Reihenfolge wichtiger und weniger wichtiger Themen zu finden, fällt ebenso schwer wie überhaupt eine vollständige Liste zu erstellen, was AnarchistInnen bewegt, worüber sie sich intern oder zwischen den verschiedenen Strömungen streiten.

Von Quantitäten und Qualitäten

So sei aus der Fülle offener Fragen eine erste herausgegriffen, die sich schon über Jahrzehnte als Streit um den richtigen Weg zur Anarchie hinziehen: Reform oder Revolution? Darüber wird mitunter recht leidenschaftlich gestritten. Es gibt – in anarchistischen Kreisen ebenso wie in anderen gesellschaftskritischen Strömungen – verschiedenste Theorien, die Reformen oder Revolutionen stigmatisieren und diskreditieren sollen. Das sind mitunter recht verknotete Gedankengänge, z.B. der, dass Reformen den Herrschenden oder „dem Kapital“ die Chancen zum Lernen bieten, also Herrschaftsverhältnisse nur zu festigen vermögen. Wie aber der große Umwurf möglich sein soll, steht meist in den Sternen.

Aufgrund der in anarchistischen Kreisen verbreiteten Theorieferne ist eher der Blick ins größere und theorieorientiertere, oft aber praxislos marxistische „Lager“ (tatsächlich ein bunter Haufen verschiedener, oft verfeindeter Strömungen) unterhaltsam. Von Marxlesungen bis zum ewigen Traum einer echten ArbeiterInnenpartei reichen die Strategien, den Umsturz zur Diktatur des Proletariats herbeiführen zu können.

AnarchistInnen sind hier eher PragmatikerInnen – auch aus blanker Unlust an theoretischer Reflexion. Für viele ist ohnehin das Lebensgefühl entscheidend, d.h. der kulturelle Code. Hier ist das Revolutionäre attraktiver – ReformenInnen machen sich auf dem T-Shirt einfach nicht so cool. Und zur Selbstinszenierung als coole Person, vielleicht noch mit speziellen Interessen innerhalb unausgesprochener Gruppenhierarchien oder am gleichen bzw. anderen Geschlecht wäre ein „Hoch die Tobin Tax!“ auch nicht so der Hit. So prangen Che Guevara und – ach Mist, viel mehr kennen wir eigentlich nicht – von den Oberkörpern inzwischen recht vieler politischer Strömungen. Wer das eigentlich war, was er wollte, welche Rolle er im Guerillakampf und dort spielte, wo er an der Macht war – das frage mensch lieber nicht nach. Meist ist das unbekannt, weshalb die Ikone ja auch Anarch@s, Nazis, Neoliberalen und manch frustriertem/r Bürgerlicher/m als Projektionsfläche dient.

Die Sehnsucht nach der Revolution, ob nun gespeist vom Willen nach grundlegender Befreiung des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit oder allen knechtenden Verhältnissen, als Kompensation der Tristheit des eigenen Lebensalltages oder zwecks Posieren in der eigenen sozialen Gruppe gezeigt, müsste eigentlich ein Interesse an Utopien oder zumindest an Fragen von Herrschaft, ihren Formen und Möglichkeiten der Überwindung hervorrufen. Das aber geschieht selten, was einerseits zeigt, dass das Revolutionäre tatsächlich eher ein kultureller Code ist, andererseits so der Graben zwischen Reform und Revolution bleibt, obwohl er eigentlich sehr schnell überbrückt werden könnte. Denn wer sich ein (hoffentlich immer weiterentwickelndes) Bild einer anderen Gesellschaft schafft und dort hin strebt, wird feststellen, dass auf dem Weg dahin eine Menge auch kleinerer Schritte hilfreich sind. Schritte, die mensch als Reform bezeichnen würde, aber die zur Revolution führen können und sollen, wenn sie die größere Utopie als Richtung berücksichtigen.

Umgekehrt sind auch die meisten VerfechterInnen von Reformen weit entfernt davon, Reform und Revolution in Einklang zu bringen, d.h. die Reform als Schritt zur weitergehenden Befreiung zu sehen. Stattdessen frickeln sie mit losgelösten Minivorschlägen herum und stärken damit oft bestehende Machtverhältnisse, tragen also nicht zur Befreiung, sondern zur autoritären Zuspitzung bei. Gedanklich nachvollziehbar ist das schon, wenn angesichts der oft spürbaren Ohnmacht in politischen Kämpfen der leise Wunsch entsteht, die hegemonialen Strukturen dieser Gesellschaft wie Staat, Marktmechanismen oder Kapital mögen doch mal im Dienste der eigenen Sache wirken, also zum Klimaschutz, zur Sicherung von Naturgebieten, gegen Nazis oder prügelnde Ehemänner. Falsch aber bleibt es, aus emanzipatorischer Richtung betrachtet, trotzdem. Denn mehr Gesetze, härteres Polizeieingreifen oder Verschärfung von Versammlungsgesetzen sind immer ein Rückschritt im Ganzen – mögen sie auch ein Detailproblem (scheinbar) lösen helfen.

Eine Reform ist dann auch aus emanzipatorischer Sicht akzeptabel, wenn sie Befreiung schafft. Das geschieht zwar, der Logik von Reformen folgend, nur im Kleinen. Aber jede Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, jedes Zurückdrängen von Zwängen, jede Stärkung von Selbstorganisation und gleichberechtigtem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sowie jede Schaffung neuer Freiräume zur Selbstentfaltung sind es wert.

In anarchistischen Strömungen sind solche Überlegungen überwiegend ohne Bedeutung, da konkrete Reformvorschläge von ihnen nur selten kommen. In der konkreten Alltagsauseinandersetzung kann das eher passieren. So überrascht immer wieder die Forderung nach harten Polizeieinsätzen oder sogar Strafen für Nazis. Hier gilt: Wer wenig theoretischen Background hat, ist anfällig für Populismen – und fordert als AnarchistIn gleichzeitig mehr Staat.

Ein Doppelleben führen viele Menschen aus gewaltfreien Gruppen, die einerseits dem Softanarchismus der Graswurzelrevolution und des zivilen Ungehorsams anhängen, gleichzeitig aber fast alles gut finden,

was Besserung verspricht und nett aufbereitet wird. Hier zeigt sich ein bürgerliches Gutmenschentum, dem eine scharfsinnige Gesellschaftsanalyse völlig abgeht. Viele demonstrieren aus einem wohligen, mitunter zusätzlich christlich gefärbten Glauben an das Gute aller gut gemeinten Vorschläge gleichzeitig gegen Überwachung und unterschreiben z.B. bei Attac für die Schaffung neuer Überwachungsbehörden für alle Kontobewegungen.

Im Übrigen können auch ReformistInnen, also die überzeugten AnhängerInnen der Idee, dass kleine Schritte wichtiger sind, kulturelle Gründe für ihre Ausrichtung haben. In den Zirkeln, in denen sie verkehren, ist mehr der schlaue Detailvorschlag beliebt – in politischen Kreisen sogar oftmals bis hin zu Maßnahmen, die nichts bringen bzw. niemanden stören, aber schön wirken. Solche Placebos suggerieren politische Handlungskraft, ohne real viel zu verändern. Das gefällt den NutznießerInnen der herrschaftsförmigen oder neoliberalen Verwandlungen in der Gesellschaft. Zumindest im deutschsprachigen Raum repräsentieren „linke“ Parteien, NGOs und andere politisch-oppositionelle Gruppen eher Teile der Gesellschaft, die sich noch gut halten können im Kampf um die Futtertröge der Lohnarbeit. Die Tobin Tax von Attac, eine weitgehend wirkungslose, aber wegen häufiger Nennung im Kontext der Antiglobalisierungskämpfe um die Jahrtausendwende mit revolutionärem Pathos aufgeladene Steuer, ist ein typisches Beispiel für solche Reformen. Vorschläge zu machen, die „machbar“ sind (also nichts über das Detail hinaus verändern) und die seriös wirken (also dem Denkschema der Herrschenden entsprechen), fördern die eigenen Möglichkeiten in den gehobenen Sphären dieser Welt. Wer solches vorbringt, kann damit punkten in den passenden kulturellen Kreisen, an den Tischen der Mächtigen und Reichen – so wie der/die Anarch@ mit dem Che-Guevara-Kopf auf der Brust in den jeweiligen Kreisen.

Damit zeigen sich interessante Parallelen zwischen den Lagern der RevoluzzerInnen und der ReformanhängerInnen: Beide wollen mit ihren Vorschlägen soziale Anerkennung finden und beiden fehlt in der Regel eine brauchbare theoretische Grundlage. Ihre Trennung voneinander ist künstlich. Wer gesellschaftliche Utopien entwickelt und bestehende Herrschaftsverhältnisse analysiert, merkt schnell, dass sich Reform und Revolution nicht ausschließen, sondern gerade in der Verbindung die Chance besteht – nämlich dass die einzelnen Schritte einer Richtung bedürfen, die Befreiung schafft.

Es bedarf eines veränderten Verständnisses von Revolution und Reform, wenn diese emanzipatorischen Zielen folgen sollen. Es kommt auf deren Qualität an, auf den tatsächlich befreienden Charakter. Die Kunst gesellschaftlicher Intervention ist es, neben den konkret verfolgten Zielen (Castor stoppen, offene Grenzen, Knäste abreißen, Alltagssexismus verhindern usw.) das Leitbild der Befreiung vor Augen zu haben und solche Lösungen anzustreben, die die heutigen Verhältnisse dieser Utopie annähern. Also konkret: In und mit jedem politischen Vorschlag muss die Macht-

Zitate zu
Reformis-
mus unter
www.
projektwerkstatt.de/
aes/reform.html



frage gestellt werden – und zwar nicht in dem Sinne: Wer hat die Macht? Sondern: Wie lassen sich die Steuerungspotentiale aus Firmen, Parlamenten und anderen Elitesphären herauszerren und verlagern dort hin, wo das Leben der Menschen spielt.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 90 f.)

Die Hauptforderung vieler revolutionärer Anarchisten, nämlich die sofortige Zerschlagung des Staatsapparates, ist in den heutigen westlichen und östlichen Industriegesellschaften nicht realisierbar und – wie ich meine – auch nicht anzustreben. Denn solange sich keine freiheitlichen Strukturen entfaltet haben, die die bestehende herrschaftlich-staatliche Organisation der Gesellschaft zu ersetzen vermögen, würden Umstürze – die großen historischen Revolutionen zeigen das – mit großer Wahrscheinlichkeit auf nichts anderes hinauslaufen als auf einen Wechsel der Machthaber. Der Staat übernimmt in der bestehenden Gesellschaft wichtige Funktionen und ist nicht einfach abzuschaffen.

Das heißt jedoch nicht, daß nicht auch ohne die vorherige Herausbildung herrschaftsfreier (oder -armer) Gesellschaftsstrukturen auf zahlreiche staatliche Maßnahmen und Gesetze verzichtet werden könnte. Libertäre Perspektiven stehen dem Weg in den totalitären »Sicherheitsstaat« mit einer umfassenden Kontrolle und Überwachung des Bürgers ebenso entgegen wie einem staatlichen Schul- und Bildungssystem, das zur Konformität erzieht. Nicht der »gläserne Mensch« kann Inhalt einer libertären Perspektive sein, sondern »gläserne Verwaltung« und »gläserne Institutionen«; nicht die Sicherheit des Staates vor dem kritischen Bürger, sondern die Sicherheit des Menschen vor staatlichen Zugriffen, nicht die Kontrolle der Menschen durch den Staat, sondern die Entstaatlichung und Vergesellschaftung des Staates, seiner Bürokratien und sozialen Institutionen sowie der Betriebe und Industrieunternehmen durch die jeweils betroffenen Menschen.

»Weniger Staat« bedeutet im Hinblick auf die Perspektive einer Entstaatlichung der Gesellschaft also zunächst die Zurückdrängung staatlicher Eingriffe, Kontrollen und Reglementierungen, nicht zuletzt aber auch den vollständigen Verzicht des Staates auf die Durchsetzung einer bestimmten Gesinnung, der Verzicht auf »geistige Führung«.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 70 ff.)

Dem entspricht es, dass heute unter Anarchistinnen und Anarchisten kaum noch die Erwartung gehegt wird, eine Revolution der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse werde ein für alle Mal das menschliche Verhalten verändern. Dass die unter grundsätzlich veränderten Bedingungen sich frei entfaltende Anarchie alles hinwegfegt, was Menschen bisher daran hindert, als Gleiche wohlwollend zu kooperieren, dürfte eine fragwürdige Utopie sein. Tatsächlich kann vermutlich nicht ausgeschlossen werden, dass auch unter den günstigsten Bedingungen der Wille zur Macht bestehen bleibt und ein Idealzustand des gesellschaftlichen Lebens nie endgültig erreicht werden kann. Die Einsicht, dass hierarchische und Ausbeutungsmuster immer wieder auftauchen können, und dies selbst in Gesellschaften, die sich dagegen richten, bedeutet, dass für Anarchisten immer etwas zu tun bleibt. Es bedeutet auch eine praktische Infragestellung der Vorstellung von einem Abschluss des revolutionären Projekts nach »geglückter« Revolution.

Radikalität?

Eng verknüpft mit den oben diskutierten Aspekten ist die Frage nach der Radikalität politischer Vorschläge oder Aktionen. Denn auch hier kommt es vor allem darauf an, ob eine bzw. welche befreiende Wirkung eintritt. Radikal

ist, was nicht nur an Symptomen herumdoktert, sondern die dahinterstehenden Systemzusammenhänge und Herrschaftsformen angreift.

Allerdings spielt, auf die Einzelforderung bezogen, auch die Quantität eine Rolle. Radikal im emanzipatorischen Sinne kann nur etwas Befreiendes sein. Der Grad der Radikalität kann sich aber auch darin messen, wie viel Befreiung ein Vorschlag oder eine Aktion bringt. Insofern ist hier beides enthalten – die Qualität und die Quantität. Wer härtere Strafen für Nazis fordert, hat gar kein befreiendes Moment in der Forderung (und auch keines gegen Nazis, denn autoritäre Verhältnisse sind besonders geeignet zur Rekrutierung neuer FaschistInnen – also insbesondere Knäste), sondern sogar das Gegenteil. Wer Freiheit für alle politischen Gefangenen fordert, liegt in einer Grauzone. Einerseits wäre das immerhin eine Verbesserung für einige Menschen (im deutschsprachigen Raum ziemlich wenig, weil die politische Szene extrem legalistisch und auch ideologisch pro-rechtsstaatlich agiert), andererseits legitimiert es den Knast als solches (es sind nur die falschen Leute drin). Die Position „Weg mit allen Knästen!“ wäre also radikaler, aber immer noch nur eine Reform, weil es ja jede Menge anderer Anstalten des Zwang und der Verhaltenskonditionierung unangetastet lässt.

Da nur wenige anarchistische Zusammenhänge im deutschsprachigen Raum überhaupt solche strategischen Debatten führen, spielt die Frage politischer Radikalität heute kaum eine Rolle. Sie beschränkt sich weitgehend auf die schon beschriebenen kulturellen Ausdrucksformen und damit auf die Strömungen, in denen es angesagt ist, radikal zu erscheinen. In der seltsam gemischten softanarchisch-bürgerlichen Runde der mit Gewaltfreiheitslabel auftretenden Gruppen haben demgegenüber gegenteilige Orientierungen Vorrang.

Hinzu kommt, dass anarchistische und alle anderen politischen Strömungen im deutschsprachigen Raum, aber auch in vielen anderen Industrieländern, seit Jahrzehnten nur sehr zurückhaltend agieren. Sie entwickeln ihren Begriff von Radikalität folglich in einer Relation, die in anderen Teilen der Welt sehr anders wahrgenommen würde. Deutlich wird das z.B. an Berichten über Polizeihandeln, das permanent als willkürlich, gewaltförmig, brutal oder krass dargestellt wird. In der Regel sind damit Schubsen, Festnahmen, Abfilmen oder vereinzelter Schlagstockeinsatz gemeint – Polizeiverhalten also, welches in anderen Ländern als ungewöhnlich zurückhaltend gewertet würde.

Damit soll die Polizei nicht verharmlost werden – aber es ist gerade nicht die Willkür und das Ausnahmeverhalten, sondern die übliche,

Befreiung als Prozess und Thesen zur Frage nach Reform und Revolution in den Textsammlungen „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/prozess.html



normale und normalisierende Rolle der Polizeitruppen, die das Problem darstellen. Die aber wird mit der Kritik an Einzelfallverhalten überforderter BeamtInnen geradezu legitimiert.

Die Polizei muss im deutschsprachigen Raum kaum hart zugreifen, weil der politische Protest von selbst die fremdbestimmten Spielregeln einhält – und das auch intern gegenüber Konzepten des Ungehorsams durchgesetzt wird.

Aus Bookchin, Murray (1981): „Hierarchie und Herrschaft“, Karin Kramer Verlag in Berlin (S. 9 f.)

Was wir unter „radikal“ verstehen, ist ein Hohn auf die zurückliegenden drei Jahrhunderte revolutionärer Opposition, sozialer Agitation, intellektueller Aufklärung und Volkerhebungen. Radikale Politik in unseren Tagen ist auf die starre Ruhe der Wahllokale, die abgestumpften Plättitüden von Petitionskampagnen, Wahlslogans auf Autoaufklebern, die widerspruchsvolle Rhetorik gewiefter Politiker, auf das Vergnügen der Teilnehmer bei öffentlichen Kundgebungen und schließlich auf devote, bescheidene Reformanträge heruntergekommen – kurz: auf bloße Schattengefechte anstelle der direkten Aktion, des kämpferischen Pflichtbewußtseins, der rebellischen Auseinandersetzung und des gesellschaftlichen Idealismus, die kennzeichnend waren für alle revolutionären Unternehmungen der Geschichte. Nicht daß für Petitionen, Slogans, Kundgebungen und die mühselige Arbeit der öffentlichen Aufklärung in solchen Unternehmungen kein Platz wäre. Aber wir brauchen kein unverantwortliches Abenteuerertum zu unterstellen, um den Verlust einer ausgewogenen revolutionären Position anzuerkennen, die ein ausreichendes Gespür für Zeit und Ort besitzt, um die richtigen Mittel für die richtigen Zwecke ausfindig zu machen. Ich meine, daß die Ziele des gegenwärtigen Radikalismus selber alle Merkmale des Opportunismus von Bürgern im mittleren Alter haben: des Feilschens um kleine Vorteile, des Respekts vor massenhaften, aber bedeutungslosen Wählerpotentialen des schädlichen Rückzugs in die Politik des „kleineren Übels“, die der freien Wahl immer mehr Möglichkeiten verbaut – und schließlich der Verknöcherung von gesellschaftlicher Phantasie, organisatorischen Formen und utopistischer Voraussicht. ...

Mit der radikalen Theorie als der Ideologie für diese geschichtliche Wende radikaler Politik sieht es noch schlimmer aus. Wo Sozialismus und auch Anarchismus noch nicht zur dogmatischen Nachbeterei der Theorien des vergangenen Jahrhunderts geworden sind, haben sie sich zu akademischen Disziplinen gemausert und dienen nun dazu, den „Managerradikalismus“ mit theoretischen Exotika zu garnieren. Viel von dem, was heute unter „radikaler“ Theorie läuft, ist entweder Fußnote zur Ideengeschichte oder intellektuelles Verdunkelungsmanöver, welches Hand in Hand mit der pragmatischen Volksverdummung auf den Marktplätzen der Politik geht.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 58 f.)

Die veränderte Blickrichtung (nicht die gute Gesellschaft schaffen, sondern die Möglichkeit freien und gleichen Handelns durchsetzen) bedeutet auch eine veränderte Vorstellung von Radikalität. Radikal sein heißt im Sinne der freien Kooperation, keinen gesellschaftlichen Bereich, keine soziale Kooperation vom Anspruch der freien Kooperation auszunehmen; es bedeutet, sich diesen Anspruch nicht abkaufen zu lassen; und es bedeutet, ihn wirklich durchzusetzen zu wollen und sich nicht mit symbolischen Gesten zufrieden zu geben.

Verabschiedet wird damit ein Pseudobegriff von Radikalität, der auf der Trennung von »politischem Menschen« und Alltagsmenschen beruht. Derartige Pseudoradikalität kennt keine Zwischenschritte, keine Kompromisse, sie lässt keine Einwände gegen die Zumutungen gelten, die ein »möglichst radikales« Vorgehen den Menschen auferlegt. Im Grunde sollten wir am besten erst mal alles in die Luft sprengen, um es dann gründlich richtig zu machen – was ein wenig alltagstaugliches Konzept ist. Derartige falsche Radikalität ist immer patriarchal und immer elitär, denn man muss sie sich leisten können. ... Wir gehen, individuell wie kollektiv, durch viele seltsame Phasen unseres Lebens, in denen sich die Suche nach radikaler Veränderung von den konkreten Kooperationen unseres Alltags krampfhaft abspaltet, wie wenn es dadurch schneller und »radikaler« ginge. Die Suche nach der »radikalen Aktion«, der absoluten Nicht-Teilhabe am herrschenden System, die irri-ge Idee, es gebe eine »Abkürzung« bei der mühsamen Veränderung der Verhältnisse, gehören ebenso dazu wie die magischen Praktiken, die »richtigen« Sprachregelungen für wichtiger zu halten als die reale Tendenz alltäglicher Kooperationen. Nicht alles davon lässt sich immer vermeiden; wir müssen manchmal ein bisschen seltsam sein. Aber in Sachen »politische Utopie« zielt die Theorie der freien Kooperation darauf ab, diese seltsame Phase zu beenden.

Fragend voran ...

So bleibt Emanzipation ein Prozess. Gelingen große Schritte – zur Revolte oder Revolution (v)erklärt: umso besser. Aber jeder kleinere Schritt ist auch schon mal gut, zumal viele kleine wie ein großer wirken können und auch unklar ist, ob der große jemals gelingen wird. Entscheidend ist die Qualität jedes Schrittes, also der befreiende Inhalt. Das muss immer vorher durchdacht werden. Und es bedarf einer Reflexion, denn die Komplexität von Herrschaftsbeziehungen ist nicht genau vorausberechenbar. Vorwärtsdringen und kritische Rückschau mit Bereitschaft, erneut zu ändern, bilden das Paket des Handelns. Die Zapatistas in Chiapas (Mexiko) formten das zu einem schönen Satz, der auch auf eine einprägsame Weise Reform und Revolution verbindet: „Fragend schreiten wir voran“. Der Aufstand der Zapatistas (ab 1.1.1994) gilt als Revolte, wenn nicht als Revolution. Doch der Satz zeigt eher das Selbstverständnis einer ständigen Entwicklung aus unzähligen kleinen Schritten. Aber immer „voran“, also – aus emanzipatorischer Sicht – in jedem Schritt zu mehr Freiheit und Selbstentfaltung.

Es ist nicht ganz klar, ob solche Überlegungen in anarchistischen Zusammenhängen inzwischen Allgemeingut geworden sind oder ob die Abneigung gegenüber Theorien zu einem schlichten Desinteresse an Revolutionskonzepten geführt hat. Jedenfalls scheint die Luft raus zu sein aus der Debatte um die großen Entwürfe. Einige anarchistische Basisgruppen streiten, wo sie existieren, um lokale Probleme und beteiligen sich an konkreten Kämpfen. Die große Masse zeigt politisches Engagement ohnehin nur als BesucherInnen großer Events oder beschränkt sich auf die kulturellen Ausdrucksformen anarchistischer Gesinnung.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 67)

Heute dagegen kommt der anarchistische Diskurs ohne die Erwartung eines revolutionären Abschlusses der Kämpfe aus und interessiert sich auch nicht für utopische Entwürfe einer »postrevolutionären« anarchistischen Gesellschaft. Nachdem Vielfalt zu einem anarchistischen Kernprinzip geworden ist, wird auch die Befreiung auf ganz unterschiedliche Weisen gedacht und angestrebt. Selbstentdeckung in der vorwegnehmenden Politik und Respektlosigkeit gegenüber allen Ikonen sind die Grundlagen einer Praxis, die unvollkommen ist und in der Gegenwart stattfindet. Sie wird als vorrangiger Bereich der Verwirklichung von Anarchie betrachtet.

Ein Update für die Anarchie bitte ...

Anarchistische Reform, Revolte oder Revolution – alles ist möglich. Es kommt auf den Inhalt an. Da aber bestehen riesige Defizite. Die Aneignung von moderner Herrschaftsanalyse, die Debatte um Utopien und schließlich von Strategien als Brücken zwischen dem skeptisch durchleuchteten Hier und Jetzt und dem als Möglichkeitsmenge formulierten Zukunftsentwurf bietet die Voraussetzung, konkrete Praktiken und Politiken der Befreiung zu entwickeln. Es ist dann gleichgültig, welcher Stempel diesen aufgedrückt wird. Wer solche Etiketten braucht, um sich in seinem sozialen Umfeld zu präsentieren – bitte, wenn der Rest es aushält. Auf die Qualität der gesellschaftlichen Intervention hat das Etikett allerdings keine Wirkung.

Die Projektwerkstatt nutzen

Archive und Bibliotheken

Das „KABRACK!archiv“, ein Ideen- und Bewegungsarchiv in der Projektwerkstatt kann jederzeit genutzt werden – also wühlen in den langen Regalen von Büchern, Aktenordnern und mehr. Zudem suchen wir MitstreiterInnen. Die müssen nicht aus der Region selbst kommen (können aber ...), denn das Haus verfügt über viele Übernachtungs- und Arbeitsplätze, so daß eine Mitarbeit auch z.B. an ausgewählten Wochenenden oder zu anderen Zeiträumen möglich ist. Gefragt sind Leute, die Lust haben, in Bibliotheken und Archiven mitzusammeln, zu sortieren und Anfragen zu bearbeiten.

Möglich ist allgemein die Mitarbeit im Archiv (Sortieren, neue Materialien beschaffen, Archivieren und Anfragen beantworten, aber auch Ausbau und Renovierung der Archivräume bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit z.B. im Internet) oder, allein bzw. mit anderen zusammen einen bestimmten Themenbereich zu übernehmen. Dann ist es möglich, diesen eigenverantwortlich zu gestalten.

Es gibt verschiedene Themenbereiche, z.B. Antifa, Umwelt, (Anti-)Pädagogik, Naturschutzfilz, Esoterik/Rechte Ökologie, Direct Action, Gruppen/Organisationsfragen, Visionen/Utopien/Anarchie, Internationalismus/Eine Welt, Baubiologie, Feminismus/Gender, Demokratie- und Staatskritik.



www.projektwerkstatt.de/saasen

Die Völker des kleinen M@nnes – Anarchie, Kollektiv und kollektive Identität

Kommen wir zum nächsten Thema – und jetzt wird es deutlich verfahrenere. Denn im Umgang mit Kollektivität und Identität sind anarchistische Strömungen selbst deutlich in herrschaftsförmigem Gedankengut gefangen oder reproduzieren mangels eigener Analyse munter solche Herrschaftsformen. Um das zu begreifen, ist zunächst einmal zu klären, was Kollektivität ist und wodurch es sich z.B. von Kooperation oder Kommunikation unterscheidet. Das ist wichtig, um Missverständnisse zu vermeiden – schließlich soll hier Kollektivität als Gefahr und kollektive Identität als Beherrschungsform behandelt werden.

Kollektiv ist ein Zusammenhang von Menschen, der mehr ist als die Summe der Einzelnen und auch mehr als die Kooperation der Einzelnen, die ja dank besserer Handlungsmöglichkeiten, gegenseitiger Hilfe und Ergänzung von Fähigkeiten auch bereits über die reine Summe der Beteiligten hinausgeht. Kollektivität macht aus der Summe eine Art eigener Person. Das Kollektiv handelt nicht mehr nur in Form der Einzelnen, sondern selbst. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das bei näherem Hinsehen tatsächlich stimmt oder es doch weiterhin Einzelne sind, die handeln. Entscheidend ist, dass es so wirkt, dass das Kollektiv handelt und dieses auch bei den Mitgliedern des Kollektivs so empfunden wird. Das „Wir“ entwickelt sich im Kollektiv von der reinen Beschreibung („Wir spielen Fußball“) zur eigenen Persönlichkeit („Wir sind der FC X“). Diese kann handeln und als Rechtsperson Verträge unterschreiben, Eigentum bilden usw. – jedenfalls im zur Zeit existierenden kapitalistischen Rechtsstaat.

Eine weitere Stufe erlangt das Kollektiv mit einer Identität, die dem Kollektiv zugedacht wird. Sie beschreibt Wesensmerkmale des Kollektivs und trennt damit zwischen Innen und Außen. Sie ist – wie das Kollektiv selbst – immer damit verbunden, auch gedacht zu werden von den Mitgliedern des Kollektivs (allen, den meisten oder den prägenden). Die größte kollektive Einheit ist zur Zeit das Volk als originäre Bevölkerung einer Nation oder nach ähnlichen Kriterien, z.B. Regionen, abgegrenzt. „Die Schweizer“ sind mehr als das Nebeneinander von Millionen Menschen, mit unterschiedlicher Sprache und noch vielen weiteren Unterschieden. Die Schweiz als Ganze ist handlungsfähig, tritt als Akteur im globalen Maßstab auf und schuf sich eine Identität, die mehr darstellt als die Grenzkontrolle an einer eher zufälligen Linie durch die Landschaft. Immerhin ist diese Identität nicht mit einem derart übersteigerten Gefühl der Rassenüberlegenheit verbunden, wie das „die“ Deutschen schon einige Male drauf hatten und daraus einen – blutig umgesetzten – Anspruch auf Vernichtung vermeintlich Minderwertiger ableiteten. „Die“ Schweiz diskutiert „nur“ über Begrenzung und „Wegweisung“ (=Abschiebung) von Nicht-SchweizerInnen.

Es fällt nicht schwer, derart absurde Kollektivitäten und Identitäten abzulehnen. Das ist in anarchistischen Kreisen auch durchgehend der Fall. Nationen und Staaten werden dort regelmäßig abgelehnt, wenn mensch von skurrilen Randerscheinungen rechtsextremer Szenen wie den NationalanarchistInnen absieht, die aber offensichtlich eher mit dem revolutionären Pathos der Anarchie kokettieren als irgendwas begriffen zu haben, was Herrschaftsfreiheit bedeuten könnte.

Schwieriger wird es mit anderen Kollektiven und kollektiven Identitäten. Hier tun sich vielerlei Überraschungen auf, wie angesehen Kollektivität ist, wenn sie nicht mit den bösen Kategorien wie Nation oder Religion verbunden wird. Oft wirkt es so: individuell = schlecht, kollektiv = gut.

Stowasser, Horst (2007): „Anarchie!“, Nautilus in Hamburg (S. 489 ff.)

Der Glaube, kollektives Arbeiten, kollektive Entscheidungen und kollektives Leben seien in jedem Falle gut und stünden für die libertäre Lebenseinstellung schlechthin, ist in der heutigen Anarchobewegung hartnäckig verbreitet. All das ist natürlich höherer Blödsinn, denn Kollektive können ebenso gut schlechte Arbeit leisten, dumme Entscheidungen treffen oder das Leben zur Hölle machen. Die Tatsache, dass in unseren Gesellschaften das soziale Zusammenwirken von Menschen mittels Hierarchie und Vereinzelung denkbar schlecht organisiert ist, hat dazu geführt, dass der Anarchismus kollektive Modelle entwickelte, die möglicherweise besser sind. Das bedeutet aber nicht, dass auf einmal alles kollektiv zu geschehen habe. Praktische Kollektivmodelle können hervorragende Lösungen bieten, dogmatische Kollektivideologie aber ist das Ende von Freiheit und Vielfalt. Formalisiertes Kollektivhandeln führt leicht zum Tod individueller Kreativität und würgt jede Art persönlichen Genies ab. Heraus kommt das graue Einheits-Mittelmaß. Wer aber hat denn gesagt, dass man sich entscheiden müsse zwischen entweder kollektiv oder individuell? Das kann nur der kleine monokausale Virus im Hinterkopf gewesen sein!

Egal was, Hauptsache Einheit und/oder Kollektiv

Kollektivität wird in vielen anarchistischen Kreisen per se als wertvoll angesehen. Diese kann sogar mit sehr deutlichen Kennzeichen gemeinsamer Identität versehen sein und gilt immer noch als anarchistisch. Die FAU mit ihrer Tendenz zu einheitlichen Marschformationen und Fahnenmeeren auf Demonstrationen ist ein beeindruckendes Beispiel solcher Orientierung. Selbst bei internen Treffen wird im Versammlungsort mitunter eine Fahne gehisst.

Andere Gruppen verzichten zwar auf derart aggressive Inszenierung von Kollektivität, benutzen aber ihren Gruppennamen auch zur Darstellung einer gemeinsamen Sprache nach außen. Die Gruppe erhält damit eigene Persönlichkeit und erhebt sich über die Individuen in ihr.

Im Spektrum der gewaltfreien Gruppen findet sich zwar ebenfalls eine offensive Außendarstellung, diese begründet sich aber weniger auf Kollektivität als auf bürgerlich-wirtschaftliche Überlegungen. Dort wird

Markenimage erzeugt, um Spendengelder und Aufmerksamkeitsanteile in den Medien zu akquirieren. Die Organisation von Gruppen- und „Wir“-Gefühl dient dort eher der internen Disziplinierung. So sind Selbstverpflichtungserklärungen, gegenseitige Verhaltensversprechen und Konsense ein weit verbreitetes Mittel, um Individualität zugunsten einer Einheitlichkeit der Gesamtgruppe zu reduzieren. Es ist geradezu das Kennzeichen der großen Massenaktionen, aber auch kleinerer Aktivitäten von X-tausendmalquer, „ausgestrahlt, Compact oder Gendreck-weg, die beteiligten Menschen auf eine einzige, durch- und vor-geplante Vorgehensweise einzuschwören. Abweichungen oder eigenständiges Denken in der Aktion sind nicht gern gesehen und werden nicht nur über die Selbstverpflichtungen, sondern auch schnell über massiven, durch die Führungskreise erzeugten Gruppendruck erzeugt („das gefährdet uns alle“ usw.).

Eindeutig der Identitätsbildung dient auch die dogmatische Festlegung auf absolute Gewaltfreiheit. Sie folgt nicht aus einem Auseinandersetzungsprozess der Beteiligten über unterschiedliche Aktionskonzepte. Nachfragen zu konkreten Beispielen kreativer Militanz werden regelmäßig mit Nichtwissen beantwortet. Dem Bekenntnis gegen Gewalt geht offenbar keine Auseinandersetzung mit qualitativ hochwertigen, militanten Aktionen und mit Situationen, in denen gewaltfreie Methoden an ihre Grenzen geraten, voran. Stattdessen dominiert eine – durchaus dem religiösen Gebrauch dieses Begriff ähnliche – Verkündung, der die Beteiligten sich unterzuordnen haben. Sie tun das meist auch, weil sie die propagandistisch gut aufbereiteten Scheinargumente (z.B. „der Weg muss dem Ziel entsprechen“ oder „durch Gewalt lässt sich keine Gewaltfreiheit erreichen“) überzeugend finden und nicht hinterfragen. Dem Verlangen nach garantierter Gewaltfreiheit folgt dann der Wille zu klaren Abgrenzung gegenüber anderen, was die Bildung des identitätsstiftenden Innen und Außen stärkt.

Fast identisch, nur mit umgekehrten Vorzeichen, verläuft die Bildung identitärer Kollektive in vielen der – zumindest verbalradikal – auf Kampf und Militanz stehenden Gruppen. Sie erzeugen Innen und Außen durch Abgrenzung von den „Weicheiern“, die angeblich nur die Begleitfolklore zur Herrschaft oder schlicht zu feige sind, mal ordentlich draufzuhauen. Slogans, Kleidung, Plakate, Aufkleber und Songtexte z.B. punkautonomer Musikgruppen trüben von einem Militanzfetisch, der eher Ohnmachtsgefühle kompensiert als praktische Handlungsanleitungen gibt. Denn tatsächlich sind militante Aktionen im deutschsprachigen Raum extrem selten und dazu noch mehrheitlich spontane Wutausbrüche aufgrund unbefriedigender Aktionsverläufe oder Partys, deren Vermittlungsqualität schon mangels Vorbereitung und strategischer Überlegung sehr zu wünschen übrig lässt. Für ein starkes „Wir“-Gefühl in Abgrenzung zu den vermeintlichen Luschen anderer Gruppen reicht es aber – und so entsteht die absurde Situation, dass sich Militante und Gewaltfreie geradezu brauchen, um ihren inneren Zusammenhalt über den sinnstiftenden Gegenpart zu stärken.

Schließlich gibt es sogar in den Kreisen Kollektivität, die ohne Label und irgendeine Art von Überbau agieren. Weit verbreitet sind Cliques,

deren Zusammenhalt stark über Zuneigung, erotische Abenteuer und die sehr ähnlichen Biographien von BildungsbürgerInnen-Kindern in einer Phase der Zweifel an der Gerechtigkeit der Welt funktioniert. Nur in wenigen Fällen führen politische Neigungen zur Abgrenzung vom Umfeld und damit zur Bildung eines verstärkten inneren Zusammenhaltes. Meist ähneln die Cliques Familien: Zusammenhalt als Selbstzweck. Solche Mischungen aus mangelnder Individualität, sich aufeinander beziehen und politischer Aktion als soziales Erlebnis sind vor allem bei jüngeren Personen häufig. Prägend sind sie für den (verbal-) radikalen Veganismus, dessen Fixierung auf ein, dann dogmatisch ausgelegtes Hauptthema bestens geeignet ist, in Abwehrkämpfen gegenüber den „FleischfresserInnen“ oder KonsumentInnen des „weißen Blutes“ eine Innen und Außen definierende Grenze um die eigene Gruppe oder Szene zu ziehen.

Unabhängig davon, auf welche Weise kollektive Identität entsteht – sie ist eine Form der Beherrschung. Denn sie macht gleicher als nötig und als tatsächlich Gleichheit besteht. Das geschieht durch Überhöhung des identitätsstiftenden Merkmals, wodurch gleichzeitig andere Unterschiede zwischen den beteiligten Persönlichkeiten in den Hintergrund gedrängt werden. In identitären Kollektiven, also solchen Gruppen mit Gruppenpersönlichkeit, die auf (eingebildeten) Merkmalen beruht, besteht weniger oder gar keine Neigung, die innere Vielfalt zu fördern und auf freie Kooperation zu setzen. Typisch ist, dass die Gruppe – zumindest nominell – immer oder sehr oft als Ganzes handelt statt für jeden Einzelfall neu zu schauen, welche Runde von Interessierten sich einem Thema oder einer Aktivität widmet.

Für die Idee der Anarchie ist das Begreifen dessen, was Grundlage eines Kollektivs ist, wie Identität entsteht und was davon in den eigenen Zusammenhängen akzeptabel und was gefährlich sein könnte, von außerordentlicher Bedeutung. Die skeptische Analyse aller Kollektivität fällt zusammen mit der Kritik der Demokratie. Denn der „Demos“ als Kernbestandteil der Demokratie ist ein solches identitäres Kollektiv, ein „Wir“ mit notwendigerweise klarer Abgrenzung des Innen und Außen. Das gilt in jeder Spielart der Demokratie, also auch der in anarchistischen Kreisen überraschend oft befürworteten direkten oder Basisdemokratie. Demokratie ist die Herrschaft des „demos“, also des Kollektiv, über die Einzelnen – und damit eine klar anti-anarchistische Gesellschaftsform.

Der „demos“ findet sich auf unterschiedlichen Ebenen, in großen gesellschaftlichen Sphären als Völker, Klassen und Nationen, aber ebenso in den vielen Subräumen als WGs und Parteien, Belegschaften und Fußballmannschaften. Überall dort bilden sich diese nicht klar definierbaren, aber dennoch in den Köpfen der Beteiligten existenten kollektiven Einheiten. Irgendwo um sie herum befindet sich die Grenze zu denen, die nicht dazu gehören.

Dieser „Demos“ ist immer ein Herrschaftsgebilde – ob er nun basisdemokratisch oder als Führerstaat organisiert ist. Nicht dass die Unterschiede zwischen diesen hier negiert werden sollen, aber ein Kern bleibt immer: Diese seltsame Definition dessen, wer zur Schicksals-

oder Abstimmungsgemeinschaft dazugehört und wer nicht. Zwei Klassen – innen und außen – tun sich zwangsläufig auf. Noch verschärft: Wie überhaupt die Grenze gezogen wird, ist fast immer unklar. Sie ist einfach da bzw. setzt sich diskursiv durch. Das ist in Deutschland so: Wer ist deutsch? Wer gehört zu diesen, die da in einer Bundeskanzlerin ihre Vertretung haben? Wo ist die Schicksalsgemeinschaft zwischen einem jugendlichen Nazischläger und einem der letzten lebenden Ex-KZ-Gefangenen? Aber es ist auch so in jeder WG. Scheinbar logisch gehört zu ihr, wer dort ein Zimmer hat. Draußen ist, wer keines hat. Aber warum ist die Person privilegiert, die für ein Zimmer Geld bezahlt, aber seltener da ist wie Freund/Freundin eines/r Anderen? Was ist mit der Nachbarin, die von der zu diskutierenden Fete mehr betroffen sein wird als WG-Mitglied Gerd, der an dem Tag in der Ukraine unterwegs ist? Nein – es geht nicht, ein klares Kriterium zu definieren, was eigentlich der „Demos“ ist, der da „kratein“ ausüben soll. Jedes Kollektiv basiert auf der Definition von Innen und Außen. Hinter solcher Grenzziehung steckt immer ein Machtakt. Irgendjemand, eine Einzelperson oder eine Gruppe, muss über die Definitionsmacht des Zugehörens zu einem Kollektiv verfügen. Sonst gäbe es keines.

Was hat was?	Das Innen („Demos“)	Inszenierung des „Demos“	Wo ist das Außen?	Mechanismus der Steuerung	Wer definiert und repräsentiert?
Nation und Staat	Volk	Wahlen (Variante und Ergänzung: Volksabstimmungen, Umfragen)	Andere Länder. Je nach Bedarf wird das Außen auch im Innen entworfen (z.B. AusländerInnen, Juden, FaulenzerInnen, Kriminelle ...)	Delegation und formale Herrschaft	Repräsentanten (PolitikerInnen, Prominente) und Kampagnen („Du bist Deutschland“, „Sommermärchen“ usw.)
Moderne Demokratien	Bürgerschaft	wie Staat/Nation	wie Staat/Nation	Diskursmacht und Kontrolle	Funktionsebenen plus RepräsentantInnen
Religion/ Glaubensgemeinschaft	Gott und seine Schäfchen (Psalm 23)	Gottesdienst, Kreuzzüge, Glaubensfeste	Anders- oder Ungläubige	Verkündungsmonopole zum angeblichen Willen der höheren Macht	VerkünderInnen von Gottes Wort oder anderen Weisheiten
Verein und Partei	Mitglieder	Versammlung, Jubiläum, Vereinsfest	Nichtmitglieder, konkurrierende Verbände/Parteien	Wie ein Staat im Kleinen	SprecherInnen, Vorstand, PräsidentIn
Kommune, WG	Die dort Wohnenden	Plenum, WG-Abend, Haustürschlüssel	NachbarInnen, HausbesitzerInnen, potentiell alle Anderen	Hausrecht	Off niemand, manchmal MietvertragsnehmerIn
Rätesysteme	Basis	Bezugsgruppen und SprecherInnenrat	Bei bisherigen Versuchen im Kleinen: Die, die so nicht agieren wollen oder – bei Konsensprinzip – die außerhalb des Konsens bzw. die KonsensgegnerInnen	Diskursmacht und Kontrolle von Koordinierung und Kommunikation	Funktionsebenen (PressesprecherIn, Moderation u.ä.)

Formen des „demos“:

Ist das Kollektiv konstruiert, erlangt es Handlungsmacht, d.h. es agiert als eigene Persönlichkeit neben oder meist sogar über den Individuen. Diese treten in ihrer Bedeutung stark oder komplett zurück. Das Subjekt wechselt, es abstrahiert sich von den Einzelnen hin zum Kollektiv.

Aus Bergstedt, Jörg (2006), „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“, SeitenHieb-Verlag Reiskirchen (S. 40)
Basis der Demokratie ist ... nicht nur die Erfindung des Volkes, sondern zudem diese gedankliche Erschaffung als Kollektivsubjekt, d.h. als handlungsfähige Masse (Subjekt) in seiner Gesamtheit (Kollektiv, Gemeinwille).

Darin liegt auch ein entscheidender Unterschied zwischen Kollektiv und Kooperation. In einer Kooperation bleiben die Einzelnen die Subjekte des Handelns. Sie treten als Personen auf, agieren und entscheiden als Personen. Erklärungen, Meinungen und politische Positionen erfolgen im Namen der Person – und, wenn mehrere eine gemeinsame Meinung formulieren, als Runde dieser Personen. Es gibt kein Subjekt außer den Menschen selbst. Ein „Wir“ existiert nur als beschreibendes Wort, das tatsächliche, gemeinsame Handlungen oder Positionen im konkreten Fall darstellt. Kollektiv schafft eine Metaebene. Wer zum Kollektiv gehört, geht als Einzelperson ganz oder teilweise unter. Das „Wir“ bekommt eine Eigenständigkeit. Wenn das Kollektiv handelt oder nach außen tritt, muss die/der Einzelne nicht mehr dabei sein. Ja – er/sie muss nicht einmal davon wissen.

i Spezielle Kritik der Vorliebe demokratischer Verfahren im Anarchismus im Extrakapitel und unter www.projektwerkstatt.de/anarchie/a_demokratie.html

Die Merkmale des „Demos“ im Überblick:

- Innen und außen sind definiert, in Abstimmungs- und Eigentumsgemeinschaften sogar auf die Person genau.
- Der „Demos“ handelt wie eine eigene Persönlichkeit, d.h. er kann Entscheidungen treffen, für das Ganze sprechen und handeln.
- Er steht über den Individuen und besitzt Anspruch auf Durchsetzung gegenüber den Einzelnen.
- Für Definition und Sanktion der Regelverletzungen bedarf es konkreter Personen oder Gremien mit Privilegien.
- Die gemeinsamen identitätsstiftenden Werte oder Merkmale sowie die über den Interessen der Einzelnen stehenden Gemeininteressen fördern eine Normierung.

Durch bestimmte Ritualisierungen der Entscheidungsfindung oder Verkündung der identitätsstiftenden Gemeinsamkeiten kann die antiemanzipatorische Wirkung des „Demos“ verstärkt werden. Hierzu zählen spirituelle Beschwörungen gemeinsamer Eigenschaften (kosmische Quellen, Götter, Karma ...), Selbstverpflichtungserklärungen und Konsensfindungen.

Erscheinungsformen und Steigerung

Konsens als vermeintliche Ausprägungsform des Gemeinsamen

Konsensabstimmungen sind nicht nur eine Form der Entscheidungsfindung, sondern immer auch ein Ritual der Erzeugung von „Wir“-Gefühl. Das beginnt bereits mit der Betonung der Wichtigkeit von Einstimmigkeit, bei der sich allerdings etliche Widersprüchlichkeiten zeigen. So wird das Vetorecht, das Einzelnen erlaubt, eine Entscheidung zu blockieren, zwar einerseits als zentraler Baustein geehrt, weil so – anders als in Mehrheitsabstimmungen – nicht einfach Einzelne übergan-

gen werden können. Gleichzeitig ist der Gebrauch des Vetorechts aber der 'worst case' für die so heilige Einmütigkeit. Folglich wechseln sich Bewerbung des Vetorechts und massiver Druck gegen Personen, die es tatsächlich anwenden, ab. Außerdem stimmt die Theorie nicht. Das Vetorecht stärkt nicht die Einzelnen, sondern nur diejenigen, die Neues oder Änderungen verhindern wollen. Wer als Einzelner mit neuen Vorschlägen kommt, ist durch das Vetorecht erheblich behindert, weil es notwendig wird, alle von einem Vorschlag zu überzeugen oder zumindest vom Veto abzuhalten, um selbst agieren zu können. Insofern ist das Vetorecht ein strukturkonservatives Mittel, das hilft, eine bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten und gegenüber Veränderungen zu verteidigen. Das hilft meist den formal oder informell Mächtigen in einem Zusammenhang, weil die bestehende Ordnung und Ausrichtung die von ihnen geprägte ist.

Wegen dieser Stärkung des Bestehenden können Konsensrituale Identität schaffen, denn in ihnen manifestiert sich die bestehende Ordnung, d.h. Konsensverfahren fördern die Wahrnehmung des „Wir“ und vermeintlicher gemeinsamer Werte und Deutungen.

Kollektive der Natürlichkeit: Stämme, Gleichgewichte ...

Jedes identitäre Kollektiv braucht Merkmale, die eine Unterscheidbarkeit zum Außen zumindest suggerieren, damit sich unter den Beteiligten ein Zugehörigkeitsgefühl einstellt. Dieses kann in der Praxis durch Rituale, Mitgliedsausweise u.ä. vermittelt oder aus Tradition, externen Quellen oder höherer Gewalt vorgegeben sein. Manche AnarchistInnen nehmen biologistische, natürliche oder spirituelle Ursprünge kollektiver Identität an, z.B. bioregionale Besonderheiten oder Abstammungsidentitäten in Stämmen und Völkern. Statt der Befreiung der Individuen aus den vielfältigen Umklammerungen u.a. auch genau durch solche schicksalhaften Vereinnahmungen werden dann plötzlich Stämme oder Völker zum Ort oder sogar Ziel der Befreiung.

Aus Bookchin, Murray (1981): „Hierarchie und Herrschaft“, Karin Kramer Verlag in Berlin (S. 31)

Die Algonkians der nordamerikanischen Wälder haben die Vorstellung, daß der Biber, genau wie sie, ein Stammesleben führt: in eigenen Behausungen und in verständnisvoller Kooperation im Sinne des gemeinsamen Wohles. So verfügen auch Tiere über eine „Magie“, haben ihre Totemahnen und werden von Manitu inspiriert, dessen Geist den gesamten Kosmos belebt. Deshalb müssen auch die Tiere besänftigt und versöhnt werden, andernfalls könnten sie den Menschen ihre Häute und ihr Fleisch verweigern. Eine kooperative Gesinnung, Bedingung des Überlebens organischer Gemeinschaften, bestimmt völlig die Sichtweise von Natur und das Wechselspiel zwischen Natur und Gesellschaft. Der Zerfall dieser in sich geschlossenen, organischen Gemeinschaften, die auf Verwandtschaftsverhältnisse und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gegründet waren, in hierarchische und schließlich in Klassengesellschaften untergrub allmählich die Einheit von gesellschaftlicher und natürlicher Ordnung.

Gleiches gilt für bestimmte gesellschaftliche Zustände, die nicht mehr durch die freie Vereinbarung, sondern aus natürlichen oder anderen externen, z.B. spirituellen Vorgaben abgeleitet werden. Ökologische Gleichgewichte werden dann als Vorbild für die menschliche Gesellschaft beschworen, obwohl sie nicht einmal in der sehr dynamischen, wandlungs- und entwicklungsfähigen Natur so vorkommen. Damit soll nicht einer Skepsis gegenüber Naturwissenschaft das Wort geredet, allerdings dessen soziale Funktion begrenzt werden. Sie dient als Auf- und Erklärung, aber nicht als Quelle von Vorgaben.

Die bizarren Streitereien um die Fragen, ob der Mensch ein Herden-, Rudel-, Hordentier oder eher Einzelgänger ist, ob er als Fleisch-, Pflanzen- oder Allesfresser zu gelten hat oder welchem Zweck wohl die Sexualität dient, mögen anregende Informationen liefern, taugen aber nicht als vorweggenommene Entscheidung, wie Menschen zu leben haben. Das bleibt ihre Entscheidung – autonom oder, zusammen, in freier Vereinbarung.

Bezugspunkt Volk?

Das am häufigsten angerufene und auch als existent angenommene Kollektiv ist das Volk. Ob in Diktaturen, in der Demokratie oder bei AnarchistInnen: Das Volk scheint überall als reales Subjekt akzeptiert. Doch schon was „Volk“ überhaupt sein soll, wird nirgends geklärt. Umso intensiver dient es als legitimatorische Größe im Hintergrund, als großer Ideen- und Auftraggeber irdischer Ordnungen und gesellschaftlicher Handlungen. Bei näherer Betrachtung entpuppen sich diese aber eher als profane Wünsche einzelner Menschen, meist der Eliten bzw. MachthaberInnen im Kollektiv. Der Bezug auf das Volk schafft, ähnlich dem früher behaupteten, göttlichen Ursprung gebieterischer Vorgaben, einen legitimatorischen Hintergrund von Herrschaftsausübung – und es schafft gleichzeitig das Kollektiv, dem viele der Anordnungen dienen. Konkrete können so hinter scheinbar allgemeinen Interessen versteckt werden.

Das sich auch anarchistische Ideen und Aufträge auf dieses mit Macht aufgeladene Konstrukt „Volk“ beziehen, mag erschrecken, zeigt aber die fehlende Herrschaftsanalyse von Kollektivität sehr deutlich. Das mag bei alten TheoretikerInnen noch als Stand der damaligen Debatte akzeptabel sein, ist aber enttäuschend, wenn es auch heute noch kritiklos übernommen oder sogar neu formuliert wird.

Von Michail Bakunin über eine anarchistische Avantgarde⁰

Das Volk schenkt ihnen Leben ...

Hat das Volk erst einmal triumphiert und sich nach freiheitlichen Prinzipien organisiert ...

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A¹

... an der Stelle der bevorrechtigten Minderheit der Besitzenden jedes Landes die zum Volk geeinte Gesamtheit in allen Ländern.

⁰ Zitiert auf www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm

¹ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Weiteres Zitat, auch in: Grosche, Monika (2003), a.a.O.

Es ist in aller Eindeutigkeit so, daß wo Gesellschaft besteht, für den Staat kein Raum ist; wo aber der Staat ist, er ihr nicht erlaubt, ein Volk zu bilden, sie statt dessen in Klassen trennt und dadurch hindert, Gesellschaft zu sein.

Bei Mühsam:

Staat ist nichts anderes, kann nichts anderes sein als zentralisierter Ausführungsdienst einer vom Volk gelösten Klasse zur Beherrschung des entrechteten und zur beherrschten Klasse erniedrigten Volkes.

Aus Bakunin, Michail: „Sozialismus und Freiheit“²

... es gibt keine Kombination von klugen Köpfen, die so gewaltig wäre, all die unendliche Vielfalt und Verschiedenartigkeit realer Interessen, Sehnsüchte, Willensäußerungen und Bedürfnisse zu umfassen, die in ihrer Totalität den kollektiven Willen des Volkes konstituieren; es gibt keinen Intellekt, der in der Lage wäre, eine soziale Organisationsform zu erfinden, die es möglich machte, alle und jeden zufriedenzustellen.

Bakunin, zitiert in: Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 42 ff.)

Die Volksmassen sind zu Opfern stets bereit, bilden eine Macht und sind deshalb so brutal, wild und entschlossen, Heldentaten zu vollbringen (...), weil sie, die wenig oder gar nichts besitzen, nicht vom Besitzstreben verdorben sind. ... Die besten Männer der bürgerlichen Welt von Geburt und nicht aus Überzeugung und Ehrgeiz, können nur unter einer Bedingung nützlich sein, daß sie im Volk aufgehen, in der Sache, die nur das Volk betrifft.

Aus: Arschinoff, Peter A. (1923): „Geschichte der Machno-Bewegung“, Nachdruck bei Unrast, Münster (S. 247)

Der Anarchismus ist keine Mystik, keine Unterhaltung über das Schöne, kein Schrei der Verzweiflung. Er ist vor allen Dingen dadurch groß, daß er sich in den Dienst der geknechteten Menschheit stellt. Er trägt die Wahrheit der Massen, ihren Heroismus, ihre Willensimpulse in sich und ist im gegebenen Augenblick die einzige soziale Lehre, auf die sich die Massen in ihrem Kampf vertrauensvoll stützen können. Um aber dieses Vertrauen zu rechtfertigen, genügt es noch nicht, daß der Anarchismus eine große Idee ist, die Anarchisten aber deren platonische Verkünder. Die Anarchisten müssen ständige Teilnehmer, Schwarzarbeiter der revolutionären Massenbewegung sein, dann wird diese Bewegung die ganze Fülle der anarchistischen Ideale entfalten. Nichts wird einem umsonst zugeteilt, ein jedes Werk fordert hartnäckiges Bemühen und Opfer. Der Anarchismus muß die Einheit des Willens und die Einheit des Handels, eine genaue Vorstellung seiner historischen Aufgaben erwerben. Der Anarchismus muß in die Massen eintauchen, mit ihnen verschmelzen.

Immerhin: Verglichen mit anderen politischen Strömungen beziehen sich AnarchistInnen seltener oder distanzierter auf kollektive Subjekte bzw. das Volk als gesellschaftliche Basis. Demokratische oder marxistische VordenkerInnen sind da in der Regel skrupelloser oder unreflektierter. Anarchistische Kritik gab es früher und gibt es heute, wenn auch erschreckend selten.

Jubeldemo-
kratInnen:

www.
projektwerkstatt.
de/demokratie/
fanblock.html



² www.marxists.org/deutsch/referenz/bakunin/1871/xx/freiheit.htm

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 173)

Mehr noch: das revolutionäre Projekt muß seinen Ausgangspunkt von einem grundlegenden libertären Gebot nehmen: jedes normale menschliche Wesen ist fähig, die Belange der Gesellschaft und insbesondere der Gemeinschaft, welcher er oder sie angehört, zu regeln. Dieses Gebot wirft jakobinischen Abstraktionen wie „das Volk“ und marxistischen Abstraktionen wie „das Proletariat“ den Fehdehandschuh hin mit der Forderung, die reale Gesellschaft müsse von realen, lebendigen Menschen „bevölkert“ sein, die frei über ihr eigenes Schicksal und das ihrer Gesellschaft bestimmen können.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau

Eine Integration in die staatlich organisierte Gesellschaft halten auch – oder gerade – Demokraten für eine Bürgerpflicht, die gegebenenfalls von der Staatsgewalt auch gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt wird. Man denke an die Wehr- oder Schulpflicht. Die so oft gegenüber dem »Kommunismus« hervorgehobenen Freiheiten meinen keinesfalls die individuelle Selbstbestimmung.

...

Goldman gelangte so zu einer Massenverachtung und zu einer entschiedenen Ablehnung des „Märchens von der Tugend der Mehrheit“: »jajawohl, Autorität, Zwang und Abhängigkeit beruhen auf der Masse, aber nie die Freiheit, nie die freie Entfaltung des Individuums, nie die Geburt einer freien Gesellschaft ... das Volk als kompakte Masse... hat die Stimme des Menschen unterdrückt, den Geist des Menschen unterjocht, den Leib des Menschen gefesselt. Als Masse ist sein Ziel immer gewesen, das Leben gleichförmig, grau und eintönig wie die Wüste zu machen. Als Masse wird es immer der Vernichter der Individualität, der freien Initiative, der Originalität sein.« (1972, 190f.)

Goldman hofft nicht auf Veränderungen, die von der Masse oder von demokratischen Mehrheiten ausgehen, sondern setzt ihr Vertrauen auf »intelligente Minoritäten« und freie Individuen: »Die Zivilisation ist ein ständiger Kampf des Individuums oder von Gruppen von Individuen gegen... die Mehrheit, die durch den Staat und die Staatsverehrung unterdrückt und hypnotisiert wird.« (1977, 65) Die Kritik an der Masse und an der »Mehrheits-Demokratie« vieler Anarchisten ist also durchaus elitär – elitär allerdings nicht im Sinne eines Herrschaftsanspruchs einer Elite über die Mehrheit, sondern im Sinne einer Selbstbehauptung und Weigerung, die Vertretung ihres Anspruchs auf individuelle Selbstbestimmung Mehrheitsentscheidungen zu überlassen. ... (S. 144 ff.)

Vorausschauend kritisiert Kropotkin um die Jahrhundertwende den Sozialstaat als Mitverursacher an der Zerstörung traditioneller Formen (»gesellschaftlicher«) gegenseitiger sozialer Hilfe und konkreter Gemeinschaftlichkeit: »Der Staat allein und die Staatskirche dürfen sich um öffentliche Angelegenheiten kümmern, während die Untertanen lose Haufen von Individuen vorstellen müssen, die keine besondere Verbindung untereinander haben und verpflichtet sind, sich jederzeit, wenn sie eine gemeinsame Not empfinden, an die Regierung zu wenden.« (1975, 208) (S. 170)

Aus Le Guin, Ursula K. (1974), „Planet der Habenichtse“, Wilhelm Heyne Verlag in München (S. 9f.)

Da sie Mitglieder einer Gemeinschaft waren und nicht Elemente einer Masse, waren sie auch nicht von Kollektivgefühlen beherrscht; es gab so viele verschiedene Gefühle hier, wie es Menschen gab.

Andererseits finden sich auch AnarchistInnen, die dem Konstrukt „Volk“ noch eine gefährliche Weiterung mitgeben. Das Volk wird bei ihnen zum sozialen Organismus. Dieses auf den ersten Blick vor allem der Beschreibung einer vermeintlichen Harmonie und Kooperation zwischen den Beteiligten dienende Bild ist tatsächlich eine böse Legitimation nicht nur der Konstruktion von Volk als zusammenhängende, aber nach außen klar abgegrenzte Schicksalsgemeinschaft, sondern zudem eine mit fester interner Rollenverteilung. Denn die Bestandteile in einem Organismus suchen sich ihre Funktion und ihren Ort ja nicht selbstbestimmt, sondern entwickeln sich zu Organen, Zellen oder Blutkörperchen nach einem festen Plan, der zudem auch vorsieht, dass einige Teile die anderen in ihren Handlungen steuern.

Aus Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 18)

Die anarchistische Gesellschaft baut sich im Räteprinzip basisdemokratisch – „von unten nach oben“ – auf. Auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Freiwilligkeit bilden Gesellschaft und Individuum einen untrennbaren Organismus. In diesem Organismus wird sowohl dem natürlichen Freiheitswillen, als auch dem Bedürfnis nach Geselligkeit des Menschen entsprochen, er bildet die einzig wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, a.a.O.

Gesellschaft und Mensch ist demnach als einheitlicher Organismus zu begreifen, und jeder Fehler in der Wechselbeziehung der Menschen zu einander muß sich als gesellschaftlicher Schaden, jeder Mangel in der gesellschaftlichen Ordnung als Krankheitserscheinung im sozialen Getriebe und somit als Benachteiligung von Individuen in Erscheinung setzen. Diese Untrennbarkeit eines Ganzen von seinen Gliedern, dieses Ineinanderverstricktsein der Teile, deren jedes ein Organismus mit den Eigenschaften des Ganzen ist, dieses Miteinander- und Durcheinander-Bestehen des Einzelnen und des Gesamten ist das Merkmal des organischen Seins in der Welt und jeder Verbindung in der Natur.

Aus Rocker, Rudolf (1979, Nachdruck von 1923): „Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus“, Verlag Freie Gesellschaft in Frankfurt (S. 13)

Die föderalistische Organisationsform ist dem menschlichen Organismus vergleichbar. Der menschliche Körper ist sozusagen ein Bund einzelner Glieder, von denen jedes seine besondere und selbständige Funktion erfüllt. Das harmonische Zusammenarbeiten von Herz, Leber, Gehirnzellen, Nerven und aller anderen Organe ist die erste Vorbedingung für das Leben und Gedeihen des Gesamtorganismus. Kein Glied tanzt aus der Reihe, alle erfüllen ihren besonderen Zweck. Überall finden wir die größte Selbständigkeit in der Ausübung jeder besonderen Funktion und in derselben Zeit die natürliche Gebundenheit aller Organe im Rahmen des Ganzen. Der Magen streitet nicht mit der Leber, das Herz nicht mit der Lunge, und wenn ja einmal ein solcher Fall eintritt, so findet er seine Erklärung in krankhaften Störungen, die entweder bald wieder behoben werden oder früher oder später zum Absterben des Gesamtorganismus führen müssen. Jedes Organ existiert zwar für sich, aber gleichzeitig und in noch viel höherem Maße für die Gesamtheit, aus der es seine Lebenskräfte zieht. Und darum sind seine besonderen Funktionen nicht bloß durch seine individuelle Existenz, sondern auch durch die

Existenz des Ganzen bestimmt und dieser angemessen.

Ähnlich wirken Bilder, in denen menschliche Gesellschaft mit Tiergemeinschaften verglichen wird und ebenfalls eine durch äußere Bedingungen klar vorgegebene Rollenverteilung besteht.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, a.a.O.

*Wie der Wald aus Bäumen besteht ... und wie in diesem Werden und Vergehen und in der wechselseitigen Kraftübertragung der einzelnen Bäume das Leben des Waldes als Zusammenfassung zu einem Ganzen wiederum völlig den Charakter eines lebenden, sterbenden, sich stets von neuem schaffenden individuellen Wesens erhält, so ist jede Gemeinschaft ein Organismus aus Organismen, ein Bund von Bündeln, eine zur Einheit gewordene Vielheit von Einheiten. ... (S. 17 f.)
Föderalismus ist Organisation durch natürliche Ordnung; (S. 19)*

Kritik der Konstruktion von Volk: www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html



Region als Kollektivsubjekt

Ein ebenfalls oft benanntes Kriterium kollektiver Identität ist regionale Spezifität. Klimatische und landschaftliche Eigenarten, Traditionen, Sprache und Ernährungsgewohnheiten, mitunter auch ortsspezifische „Energiefelder“ sollen Menschen in einer jeweils typischen Form prägen.

Nun ist unbestritten, dass die soziale Zurichtung Menschen stark formt und diese in unterschiedlichen Regionen auch unterschiedlich ausfallen kann. Daraus aber eine naturgesetzähnliche Vorgabe zu konstruieren und diese dann auch noch zu befürworten als Basis einer besseren Gesellschaft, ist mindestens dreifach absurd. Denn freie Menschen in freien Vereinbarungen gibt es nur dort, wo die Beteiligten sich frei entscheiden können, welchen Orientierungen sie sich anschließen und welche sie lieber verlassen oder verändern wollen. Das spricht nicht gegen regionale Sonderheiten, aber gegen jede Ableitung, dass wäre für die Menschen dann auch das für sie Passende. Zudem ist die Mobilität und Migration von Menschen so hoch, dass zumindest heute die Betonung regionaler Identität die Anpassung vieler Zugezogener einfordert, und nicht den Erhalt von etwas. Schließlich lässt sich schnell feststellen, dass in allen Regionen die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Privilegierten und Anderen sowie zwischen Metropole und Peripherie größer sind als zwischen den Regionen. Trotzdem genießen Ideen wie die des Bioregionalismus in anarchistischen Kreisen erhebliche Sympathien, wenn auch weniger im deutschsprachigen Raum. Die wichtigsten Quellentexte des Bioregionalismus stammen aus dem anglo-amerikanischen Raum.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 227 ff.)

In vielen Regionen der Welt ist jedoch die Idee einer kollektiven, an den Ort gebundenen Identität, die auf der Gemeinsamkeit von Kultur, Sprache und Geist basiert, fragwürdig geworden, wenn Jahrhunderte des Kolonialismus und der Immigration multikulturelle Bevölkerungen hervorgebracht haben, die in dieser Hinsicht wenig

gemeinsam haben. Können Anarchisten eine andere Art von Zugehörigkeit oder Zusammengehörigkeit definieren, die auch mit ihren allgemeinen politischen Vorstellung übereinstimmt? Die Idee des Bioregionalismus scheint hier einen alternativen Ansatz zu bieten. Bioregionalismus ist eine Form, lokale Identität zu denken, die in der radikalen Umweltbewegung Verbreitung gefunden hat und die sich weder an ethnischen noch an politischen Kategorien orientiert, sondern an den natürlichen und kulturellen Besonderheiten eines Ortes. Eine Bioregion wird im allgemeinen als ein zusammenhängendes geographisches Gebiet definiert, das sich durch spezifische natürliche Gegebenheiten der Formationen, des Bodens, der Gewässer, der Pflanzen- und der Tierwelt auszeichnet, sowie auch der menschlichen Siedlungsformen und kulturellen Eigentümlichkeiten, die sich in der Auseinandersetzung mit der lokalen Natur entwickelt haben. Daher ist die Bioregion auch ein Terrain des Bewusstseins ... Die bioregionale Herangehensweise fördert also das ökologische Bewusstsein, die Wiederherstellung natürlicher Umgebungen, die Möglichkeiten lokaler Selbstversorgung und ähnliches, doch – potenziell zumindest – bietet sie auch eine überzeugende Alternative sowohl zu nationalistischen als auch zu »volkstümlichen« Identitätsansätzen. Eine Identität, die auf der Verbindung zur Region beruht, hat keinerlei essenzialistische Züge – stellt keine Forderungen an die persönlichen und kollektiven Identitäten, die sich in und neben ihr entfalten können.

Kurze Transportwege, direkte und damit vor allem lokale bis regionale Wirtschaftskreisläufe, mehr gemeinsame Ökonomien, freie Kooperation und gegenseitige Hilfe sind aus vielerlei Gründen sinnvoll. Daraus erwachsen aber nur direktere Beziehungen über tendenziell kürzere Entfernungen, nicht jedoch abgrenzbare Bioregionen. Denn die Person, die an der Nordgrenze einer vermeintlichen Bioregion lebt oder wirkt, hat es zu Menschen an der Südgrenze der benachbarten Region dichter als zum Südrand der „eigenen“ Bioregion. Ein Geflecht freier Menschen in freien Vereinbarungen kennt keine Grenzen und damit auch keine Bioregionen.

Klasse

Komplizierter wird es mit der Klasse. Diese Kategorie, die bei MarxistInnen eine große Rolle spielt, wird auch von vielen AnarchistInnen genutzt als Erklärungsgrundlage gesellschaftlicher Verhältnisse, Abgrenzung von Personengruppen und Zuweisung revolutionären Subjektstatus. Es trifft daher auf erhebliche Gegenwehr, Klassen als bloße Konstrukte oder gar legitimatorischen Hintergrund eigener Führungsansprüche abzulehnen. Das Festhalten an der Kategorie Klasse beruht darauf, dass sie als „objektive“ Struktur der Gesellschaft angenommen werden und daher nicht in Frage gestellt werden können. Diese „objektive“ Struktur bestehe unabhängig davon, ob sich die ArbeiterInnen auch selbst als Klasse definieren oder nicht.

Praktisch aber stellt das eine Ähnlichkeit zur Kategorie von Volk dar, die ja auch über scheinbare Objektivitäten (Abstammung, Sprache, Kultur

Extraseite zu
Bioregionalismus:
www.
projektwerkstatt.de/
aes/rechts_
biologismus.html



u.ä.) definiert und herbeigeredet wird – und es für die Existenz der „Deutschen“ schlicht egal sei, ob sich die Deutschen auch als Deutsche fühlen oder fühlen wollen.

Für die Klasse wird als „objektiver“ Sachzusammenhang der unterschiedliche Zugang zu Produktionsmitteln benannt. Die einen hätten den (KapitalistInnen), die anderen nicht. Letztere müssten deshalb ihre Arbeitskraft verkaufen – wobei in moderneren Theorien immerhin z.B. im Haushalt tätige Personen (also hauptsächlich Frauen) hineingedacht werden, die ja ebenfalls ohne Besitz eigenen Kapitals mit ihrer Arbeitskraft das Überleben sichern, wenn auch nochmal eine Stufe stärker in Abhängigkeit, nämlich (im Idealbild des Patriarchats) als Zuarbeit für die männliche Arbeitskraft.

Doch all diese Bilder hinken gewaltig. Zum einen sind – zumindest heute – gerade die großen Konzerne längst keine Personengesellschaften mehr, sondern verrechtlichtes Kapital. Die DrahtzieherInnen sind Angestellte der Konzerne – ihre horrenden Gehälter (weit oberhalb dessen, was für die meisten früheren KapitalbesitzerInnen typisch war) ändern nichts an ihrer „objektiven“ Stellung zum Kapital. Sie sind nicht dessen BesitzerInnen. Das Kapital hat sich verselbständigt, formal ist es oft Streubesitz, mitunter sogar unter den ArbeiterInnen – was eine Klasseneinteilung nach diesem Kriterium spätestens völlig ad absurdum führt. Doch das hat wenig Bedeutung. Alle, auch die TopmanagerInnen, sind Getriebene des ewigen Zwangs zur Verwertung aller Werte, der Akkumulation von Kapital und der Erzeugung immer neuer Profite. Sie sind nicht DienerInnen einer Klasse von KapitalistInnen, sondern der Gesetze des Kapitalismus, die keiner HerrscherInnen mehr bedürfen, sondern nur noch williger VollstreckerInnen.

Aus dem Memorandum zur linken Programmdebatte, in: Junge Welt, 19.10.2010 (S. 10)

Am Anfang steht der Lohnarbeiter als Eigentümer der Arbeitskraft, die er dem Eigentümer von Kapital verkaufen oder vermieten muß, um leben zu können. Ihnen gegenüber steht der Kapitalist, der Besitzer der Produktionsmittel, der die Produktion organisiert und sich die Ergebnisse der Produktion aneignet. Am Ende dieses Prozesses steht der Lohnarbeiter so da wie zu Beginn des Produktionsprozesses: als Eigentümer bloßer Arbeitskraft. Der Kapitalist aber hat sich bereichert. Dieser Kreislauf wiederholt sich immer wieder. Ebenso wie das angelegte und verwendete Kapital sich wieder herstellt, reproduziert sich auch das Verhältnis zwischen Arbeitenden und Aneignenden. Wichtiger Ausgangspunkt von Klassenbewußtsein der Lohnarbeiter ist die Erkenntnis, daß sie den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, den sich andere aneignen.

Mit der Absage an Klassen soll nicht behauptet werden, dass die Menschen im ökonomischen Sinne gleich oder auch nur gleichberechtigt wären. Wer in der Rolle als willigeR VollstreckerIn der wirtschaftlichen Zwänge wieviel Macht über andere ausübt, sich wieviel des entstehenden Mehrwerts und Eigentums einstreichen kann und wieviel Einfluss auf die Abläufe hat, ist nicht zufällig oder nur dem Fleiße der Beteiligten folgend. Personale Verhältnisse spielen weiterhin eine Rolle, z.B. die Vererbung von Betrieben und Reichtümern. Allerdings hat das beträchtlich an Bedeutung verloren – und tut dieses weiterhin, zumindest

im Vergleich zur neuen herrschenden „Klasse“, den Funktionseliten, die mittels ihrer Positionen, Netzwerke und Handlungsmöglichkeiten das Geschehen steuern.

AnarchistInnen pro Kollektiv

Trotz der offensichtlichen Herrschaftsförmigkeit kollektiver Organisation hängen viele AnarchistInnen dieser Idee an oder verklären sie sogar zum integralen Bestandteil des Anarchismus. Dabei treten, auch in den anarchistischen Texten selbst, die Widersprüchlichkeiten zutage, wenn einerseits Autonomie der Einzelnen und andererseits der Vorrang des Kollektivs gepredigt wird.

Aus Johann Bauer, „Direkte gewaltfreie Aktion ...“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 39ff.)

Es spielt auch eine Rolle, dass die Motive noch Mitte der 60er Jahre stark individualistisch und existenzialistisch waren: Der Einzelne gegen die Maschine, das vereinnahmende Kollektiv, den Totalitarismus. Kriegsdienstverweigerung war – wie oppositionelle Orientierung überhaupt – eine moralische Entscheidung, Gewissensentscheidung. Nun wurde gerade das Kollektiv entdeckt. „Masse“ wurde allmählich vom Skeptizismus der Kulturkritik befreit zu einem positiven Bezugspunkt.

Auch die „Gegenmacht“ braucht Massen, auch dies hatte sich durch die großen Kampagnen etwa der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gezeigt, die Solidarisierung mit den wenigen, die zuerst gegen die Segregation in den Südstaaten der USA gehandelt hatten, hatte Erfolge bewirkt und überhaupt erst eine „Bewegung“ entstehen lassen. Durch den Einfluss der vietnamesischen Revolution und der chinesischen Kulturrevolution wurde der „Massen“-Begriff geradezu mit göttlichen Qualitäten aufgeladen: Unbesiegbarkeit, Unsterblichkeit, Allmacht, ein reißender Strom, der hinwegfegt, was reaktionär ist und sich „dem Fortschritt in den Weg stellt“ ...

Die Kehrseite der „Einheits“-Parolen war immer, dass die Abweichler ausgeschlossen wurden, dass alle, die die Minimalkonsense überschreiten wollten, als „Spalter“ ausgegrenzt wurden. Die paradoxe Wahrheit der „Einheit“ ist gerade Ausgrenzung und Spaltung. Das wurde in den Sekten der 70er Jahre einmal mehr bewiesen. Schon in der Arbeiterbewegung waren „Einheitsfront“-Taktik oft genug demagogische Manöver schärfster Polemik und „Volksfront“-Konzepte antirevolutionär. Solidarität schließt Kritik nicht aus, Dialog setzt sogar voraus, dass die Grenzen klar und deutlich sind. Jeder hat das Recht, andere zu überzeugen zu wollen, niemand hat das Recht, andere zu manipulieren oder zu zwingen. Deshalb sind oft auch die Diskussionen lebendig, solange es nicht darum geht, Vollversammlungen zu dominieren und zu majorisieren, die ständige Betonung der Einheit riecht nach Verwaltung.

Forderungen für eine anarchistische Praxis bei AnarchistInnen³
... alle Beschlüsse werden kollektiv gefasst und ausgeübt ...

Aus Bakunin, Michail: „Sozialismus und Freiheit“, a.a.O.

Genau an diesem Punkt trennen sich die Sozialisten oder revolutionären KollektivistInnen von den autoritären Kommunisten, den Anhängern der absoluten Initiative des Staates. Das Ziel beider ist dassel-

³ Quelle: www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm

be: beide Parteien wünschen die Schaffung einer neuen sozialen Ordnung, die ausschließlich auf kollektiver Arbeit gegründet sein soll, und zwar unter ökonomischen Bedingungen, die für alle gleich sind – d.h. unter den Bedingungen kollektiven Besitzes der Produktionsmittel. Der Schritt von der Befürwortung identitärer Kollektive zur Bejahung der Demokratie als Herrschaft bis zum guten Kollektiv „Volk“ ist dann nur noch ein kleiner ...

AnarchistInnen als Kollektiv: Wir und die anderen

Neben der Akzeptanz oder Befürwortung kollektiver Identitäten erschaffen anarchistische Gruppen diese auch selbst. AnarchistInnen treten überwiegend sehr stark als einheitliche Gruppen auf, erkennbar durch ähnliche Kleidung, Symbole, Sprache, Parolen, Label und sogar Fahnen. Offenbar besteht ein erhebliches Interesse an der Gleichförmigkeit, die eine Form der Distanzierung von anderen Teilen der Gesellschaft ist – vergleichbar mit der Punkkultur, die in ihrem Willen nach Abgrenzung eine besonders identitäre, gleichförmige und mit vielen Verhaltenscodes durchzogene Kultur schuf. Auf Demonstrationen formieren sich AnarchistInnen in abgegrenzten Blöcken oder beteiligen an solchen, z.B. im durch Medienberichterstattung legendär gewordenen „black bloc“. Statt einem Ausdruck von Vielfalt und emanzipatorischen Ideen wird eine strenge, einheitliche und eigene Identität gebildet, um sich vom Rest der Welt oder dem Rest der Demo zu unterscheiden. Innen und Außen haben hier bizarr eindeutige Züge.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 26)

Anarchismus ... ist ein Zusammenhang, in dem viele politisch sehr aktive Subjekte »wir« sagen und darunter weitgehend dasselbe verstehen können – eine kollektive Identität, die sich auf einem gefestigten gemeinsamen Weg des Denkens und Tuns herausgebildet hat.

Aus anarchistischen Texten⁴

Entsprechend der Definition des Anarchismus als „herrschaftsfrei“ wird von vielen Anarchisten grundsätzlich die Berechtigung von Symbolen, Flaggen oder auch Hymnen (z.B. von Nationalstaaten u.a.) kritisiert und der „Respekt“ in Form von Achtungserweisen vor ihnen verweigert. Aus diesem Grund wird von manchen auch eine entsprechende Symbolik, die stellvertretend für den Anarchismus oder eine Teilbewegung des Anarchismus stehen soll, abgelehnt. Trotz der Kritik an Symbolen aus den eigenen Reihen wurden schon immer auch von Anarchisten und anarchistischen Gruppen Symbole verwendet. Peter Kropotkin, der Begründer der Theorie des kommunistischen Anarchismus im 19. Jahrhundert, propagierte die rote Flagge als gemeinsames Symbol mit dem Sozialismus und Kommunismus. Darüber hinaus entwickelten sich im 19. und 20. Jahrhundert weitere eigene Symbole. Die bekanntesten sind heute das eingekreiste A, sowie eine einfache schwarze Flagge. Das Schwarz zeigt kein Herrschafts-Symbol an, und wird somit als Negation der Herrschaft angesehen. Die anarchosyndikalistische Bewegung verwendet oft die Farben schwarz und rot zusammen, in der Fahne dia-

⁴ Quelle: www.bastardserver.cz/de/Anarchismus

gonal schwarz-rot bzw. rot-schwarz in zwei gleich große entsprechend gefärbte Dreiecke geteilt. Diese Symbolik taucht auch in einem ähnlich gestalteten rot-schwarzen fünfzackigen Stern auf.

Sprache und kulturelle Ausdrucksformen

Für viele deutschsprachige AnarchistInnen sind Sprache und kulturelle Ausdrucksformen sogar hauptsächlich identitätsstiftend, also nach innen und kaum als tatsächliche gesellschaftliche Intervention gedacht. Selbst bei den wenigen öffentlichen Handlungen stellt sich angesichts der Ausführung die Frage, ob hier mehr Binnen- als Außenwirkung erzeugt werden soll. Das gilt sowohl für die scharf abgegrenzten Demonstrationsblöcke wie auch für das clandestine Anbringen von Graffiti, Aufklebern oder Plakaten. Das Ritual der anarchisch geprägten Tätigkeit steigert das Zugehörigkeitsgefühl und, wenn gemeinsam ausgeführt, auch den Zusammenhalt.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau

Es fällt auf, wie wenig diese organische, im wesentlichen schriftlose oder „Stammes“-Gesellschaft herrschaftsorientiert war – nicht nur in der Struktur ihre Institutionen, sondern schon in der Sprache. Stimmen die linguistischen Analysen von Anthropologen wie Dorothy Lee, dann kannten bestimmte indianische Stämme, z.B. die Wintus von der Pazifikküste, keine Transitivverben wie „haben“, „nehmen“ oder „besitzen“, die eine Macht über Menschen oder Dinge ausdrücken. So „ging“ beispielsweise eine Mutter mit ihrem Kind in den Schatten, ein Häuptling „stand“ bei seinem Volk und ganz allgemein „lebten“ die Menschen mit Gegenständen, anstatt sie zu „besitzen“.
... (S. 36)

Dies zeigte sich, als euroamerikanische „Erzieher“ Hopi-Kindern Wettkampfspiele beizubringen versuchten und es enorme Schwierigkeiten bereitete, die Kinder dazu zu bewegen, das Punkteverhältnis festzuhalten. Die Hopi-Sitte duldet, als für die Solidarität der Gemeinschaft schädlich, keine Rivalitäten und Selbstdarstellungen.
(S. 54)

Allerdings können Sprache und kulturelle Ausdrucksformen auch praktizierte soziale Gestaltung sein und nicht nur Abgrenzungsritual, wie es im deutschsprachigen vorrangig scheint. Aus anderen Teilen der Welt lassen sich aus Gesellschaften, bei denen weniger Hierarchien angenommen werden, auch in Bezug auf Sprache und Symbolik Details beschreiben, die zeigen, dass die Praxis sozialer Zurichtung durchaus sehr anders aussehen kann. Selbst in der Graswurzelrevolution, ein auf Eigenlabel und Abgrenzung orientiertes Magazin im gewaltfreien Spektrum, fand sich eine Kritik an der Orientierung auf Codes und Symbole der Abgrenzung.

Aus Webin, Teodor: „Die militante Identität“, in: Graswurzelrevolution 10/2007 (S. 18)

Die pubertäre Rebellion, die sich nicht nur gegen das Elternhaus, sondern auch gegen die spießige Gesellschaft richtete, ist verständlich. Anders aber als pubertierende Jugendliche ist die linke Subkultur nie erwachsen geworden.

Sie hat nicht gelernt, Verständnis oder Toleranz aufzubringen, für den Großteil der Gesellschaft, zu der sie doch gehört. Ein integri-

ves Projekt, das Sozialismus als Alternative für alle nicht nur benannte, sondern auch lebte, hat sie nicht geschaffen. Sie beharrt darauf, ‚anders‘ zu sein.

Selbst ihre fortschrittlichsten Projekte, Kommunen, Genossenschaften usw., waren reserviert für jene, die ihre (sub)kulturellen Codes verstanden, Die Linke war und ist – auch jene Teile, die sich als anarchistisch verstehen – exklusiv.

Spätestens deutlich wurde das mit den Autonomen der 1980er und frühen 1990er Jahre: Wer den kulturellen Code nicht voll und ganz erfüllte, war ‚Spitzel‘ oder wenigstens ‚Spießer‘. Mir selber ist der Fall eines engagierten Alt-Autonomen bekannt, der, nach Berufsausbildung und entsprechend ‚spießig‘ gekleidet, Anfang der 1990er Jahre aus einem Infoladen rausflog, weil dort keine ‚Spitzel‘ erwünscht seien.

Überall: Konsens- und Basisdemokratie als anarchistische Entscheidungsmodelle

Es ist also schnell erkennbar: AnarchistInnen neigen immer wieder zur Bildung identitärer Blöcke, Symboliken und Strukturen. Sie übertreffen mitunter marxistische und demokratische Gruppen in diesem Gehabe, obwohl diese das Kollektive (Arbeiterklasse/Proletariat bzw. Volk) sogar in ihrer Ideologie verankert haben. Die Faszination des „black block“ auf Demonstrationen, die ständige Neigung zur Bildung einheitlicher Marschformationen, die Überbetonung des Militärischen in der Geschichte der Anarchie (Machno, Kolonne Durruti) und das stolze Herumtragen einheitlicher Fahnen zeigen eine Lust auf Gemeinschaft, in der die Einzelnen untergehen wie in der Konzeption von Klasse oder Volk. So zeigen sich AnarchistInnen als systemkompatibel zur Demokratie und anderen kollektivistischen Gesellschaftsmodellen. Nicht besser ergeht es den Menschen in der Binnenstruktur: Plena und Konsens dominieren über Vielfalt und horizontale Kooperation.

Es spricht einiges dafür, dass der Hang zu identitären Kollektiven und die dafür erforderlichen Mechanismen aus einer Schwäche folgt, die gerade Menschen mit emanzipatorischen Ideen, also auch anarchistische Menschen trifft. Ihnen ist nämlich überwiegend klar, dass die großen künstlichen Kollektive nichts anderes sind als Erfindungen und Ersatzorientierungen. Sie rauben dem Menschen seine Würde und seine Eigenartigkeit. Er ist zur Freiheit befähigt und hineingeboren in eine Welt, in der er den sozialen Zwangsbezügen entwachsen kann. Doch die „Furcht vor der Freiheit“ (Erich Fromm) mündet immer wieder in

die Sehnsucht nach Geborgenheit, die auch in klaren Rahmenbedingungen und Gruppengefügen bestehen kann.

Konsense sind solche Regeln. Sie bieten Halt und Orientierung. Was Konsens ist, ist unhinterfragbar, weil jeder Zweifel den Konsens beendet. Anders als bei anderen Regeln ist jeder Konsens ein Paradox, weil er bereits die Sichtweise integriert, dass mensch selbst den Konsens

i Zur Natur des Menschen in „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/mensch.html

akzeptiert. Denn wäre es nicht so, wäre es ja kein Konsens. Konsens sagt aus, dass die mit dem Konsens konfrontierte Person selbst in diesen bereits integriert ist. Gerade deshalb bieten Konsense ein besonderes Gefühl von Geborgenheit.

Das Plenum dient als Projektionsfläche für ungeklärte Fragen. Statt sich selbst als hinausgeworfenes Wesen und Subjekt des Geschehens zu begreifen, können Unklarheiten verschoben und verdrängt werden. Mit „wird im nächsten Plenum besprochen“ ist der Mensch raus aus der Rolle, es selbst zu klären. Zwar tut sich dann erstmal nichts, aber die Aussicht auf das gefühlte höhere Niveau des Plenums schafft das Gefühl, dass das eigene Nichthandeln in Ordnung ist. Auch das suggeriert Geborgenheit – in der Gemeinschaft der Alltagsgleichgültigen.

Zur Zeit neigen AnarchistInnen zu Formen der Entscheidungsfindung im Kollektiv. Die meisten neigen zu Plena und Konsens. KritikerInnen des Konsens sind selten und dann wiederum meist AnhängerInnen von Mehrheitsabstimmung in direkt-demokratischen Entscheidungsabläufen oder in Form gestufter Räte. Kaum jemand stellt die Frage: Warum überhaupt Entscheidungen aller für alle? Ist Anarchie nicht die Welt, in der viele Welten Platz haben? Das würde auch in den gesellschaftlichen Subräumen gelten: immer offen, vielfältig, bunt und als Kooperation bis Nebeneinander unterschiedlicher Ausrichtungen ohne Zwang zur Bildung von Einheit.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“, in: GWR, Nr. 216, Februar 1997⁵

Gegen eine naive Vorstellung vom Anarchismus, die meint, daß jede/r über alles mitentscheiden müsse, finde ich ausreichend, wenn die Entscheidungsregeln von allen Beteiligten getragen werden. Beispielsweise sind Mehrheitsentscheidungen keineswegs „unanarchistisch“, solange ein Konsens darüber besteht, daß diese Entscheidungsregel für bestimmte Fragen angewendet werden soll.

Chancen und Gefahren bei Räten: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/raetesystem.html



Autonomie und Kooperation – gegen Individualismus und Kollektivismus: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/autokoop.html

Anarchistische Kritik des Kollektiven

Doch einheitlich ist die Meinung nicht. Es gibt AnarchistInnen, die kollektive Identitäten kritisieren. Interessanterweise stammt das sogar aus der Felder von SozialanarchistInnen. Das spricht dafür, dass Sozial- und Individualanarchismus kein grundsätzlicher Gegensatz sind, sondern es auf die Art der sozialen Interaktion ankommt. Stellt diese die Vielfalt der Beteiligten in den Mittelpunkt, belässt Autonomie und begreift nichts als abgeschlossenes Kollektiv, sondern immer als offene Kooperation – eine Welt, in der viele Welten Platz haben –, dann ist individuelle Eigenart und intensive soziale Vernetzung kein Widerspruch.

⁵ www.anarchismus.at/txt2/recht.htm

Es gibt aber auch Kritik, Kollektive als Eigenzweck, Subjekt oder Ziel von Befreiung zu sehen. Denn Emanzipation ist der Blick durch die Augen des einzelnen Menschen und eine Politik zugunsten der Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse. Das ist eine ganz andere Sichtweise und Politik als eine für die Menschheit insgesamt oder für deren Subräume als ganze Kollektive.

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, a.a.O. (S. 10)

Stattdessen, so wie wir vage Begriffe wie „Menschheit“ oder zoologische Wörter wie Homo sapiens benutzen, die riesige Unterschiede bis hin zu erbitterten Antagonismen verdecken, welche zwischen privilegierten Weißen und Menschen anderer Hautfarbe bestehen, zwischen Männern und Frauen, Reichen und Armen, Unterdrückern und Unterdrückten – gerade so benutzen wir vage Begriffe wie „Gesellschaft“ oder „Zivilisation“, die in sich ebenso solche enormen Unterschiede, nämlich zwischen freien, nicht-hierarchischen, klassen- und staatenlosen Gesellschaften zum einen, und andererseits graduell unterschiedlich hierarchisch, klassengeschichtet, staatlich und autoritär gestalteten Gesellschaften verbergen. Somit wird eine sozial orientierte Ökologie letztlich durch Zoologie ersetzt. Über alles hinwegfegende „Naturgesetze“, abgeleitet von Populationschwankungen bei Tieren, sollen zur Erklärung widerstreitender ökonomischer und sozialer Interessen unter den Menschen herhalten.

Einfach nur „Gesellschaft“ gegen „Natur“, „Menschheit“ gegen die „Biosphäre“, und „Vernunft“, „Technik“ und „Wissenschaft“ gegen weniger entwickelte, oft primitive Formen menschlicher Interaktion mit der natürlichen Welt auszuspielen, hindert uns daran, die hochkomplexen Unterschiede und Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu untersuchen, was zur Bestimmung unserer Probleme und deren Lösungen so notwendig wäre.

Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trotzdem Verlag in Grafenau (S. 66)

Anarchistisches Ziel ist das Aufbrechen der inneren Hermetik der Menschen und das Aufheben der Deckungsgleichheit von System und Individuum ...

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 25)

„Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person als auch in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“, heißt es bei Kant: Hier gebietet die Vernunft die Unterwerfung der Person unter das meta-individuelle Ideal einer moralisch qualifizierten „Menschheit“. Stirner versucht, in seinem Hauptwerk sowohl dem Liberalismus in allen seinen Erscheinungsformen einerseits als auch dem Sozialismus beziehungsweise dem Kommunismus andererseits nachzuweisen, diese Unterordnung mit neuen Argumenten zu propagieren, und damit die Person, den Einzelnen seiner Eigenheit zu berauben, ihn um sein Eigentum zu bringen. ...

„Man meint wieder, die Gesellschaft gebe, was wir brauchen, und wir seien ihr deshalb verpflichtet, seien ihr alles schuldig. Man bleibt dabei, einem 'höchsten Geber alles Guten' dienen zu wollen. Daß die Gesellschaft gar kein Ich ist, das geben, verleihen oder gewähren könnte, sondern ein Instrument oder Mittel aus dem wir Nutzen ziehen mögen, daß wir keine gesellschaftlichen Pflichten, sondern

lediglich Interessen haben, zu deren Verfolgung uns die Gesellschaft dienen müsse, daß wir der Gesellschaft kein Opfer schuldig sind, sondern, opfern wir etwas, es uns opfern: daran denken die Sozialen nicht, weil sie – als Liberale – im religiösen Prinzip gefangen sitzen und eifrig trachten nach einer, wie es der Staat bisher war, – heiligen Gesellschaft! Die Gesellschaft, von der wir alles haben, ist eine neue Herrin, ein neuer Spuk, ein neues 'höchstes Wesen', das uns in Dienst und Pflicht nimmt!" (Stirner)

Verycken, Laurent (1994): Formen der Wirklichkeit. Auf den Spuren der Abstraktion. Penzberg: GrundRiss-Verlag

Anarchismus ist die Weigerung das Allgemeine zu denken. [...] Vernünftig ist es, der Individualität der Dinge gerecht zu werden. Keine Wissenschaft, keine Politik, keine Moral und keine Religion nimmt uns die eigene Entscheidung ab.

Die Projektwerkstatt nutzen

Tagungshaus

Gut erreichbar (per Bahn und per Trampen), ökologisch ausgestattet, alle Werkstätten, viele Kleingruppenräume usw. nutzbar: Im Seminarhaus der Projektwerkstatt ist das Nötige vorhanden und doch vieles anders. Vorhanden, was für ein Seminar nützlich ist: Große Gruppenräume, eine technisch gute Ausstattung, Gruppenküche und -sanitäranlagen sowie Schlafräume. Alles ist handgemacht, in allem spiegeln sich gestalterische Ideen und das handwerkliche Geschick der beteiligten Gruppen und EinzelhelferInnen wieder. Es gibt Sanitär-einrichtungen, die an einem Ort zusammengefaßt sind. Und zwei Schlafräume mit 10 bzw. 8 Betten plus weitere Schlafmöglichkeiten per Isomatte. Das Besondere aber sind die Werkstätten, Archive, Bibliotheken, viele Kleingruppenräume und das System mit Infobrettern, Pinnwänden und mehr (optimal für Open Space!). All das kann mitgenutzt werden! Die Gruppen kochen und putzen in der Regel selbst. Dafür brauchen sie weniger Geld zu bezahlen als anderswo – komplett nach Selbsteinschätzung, d.h. alle Gruppen oder die Menschen, die hier sind, zahlen soviel, wie sie können.



Mehr: www.projektwerkstatt.de/seminarhaus

www.projektwerkstatt.de/saasen

Angst essen Freiheit auf: Kontrollwahn in anarchistischer Theorie & Praxis

Draußen in der realen Gesellschaft fürchten alle, zumindest alle, die etwas zu verlieren haben (oder das glauben), die Herrschaftsfreiheit. Wer garantiert Privilegien, Reichtum und mehr? Anarchie ist das Angstwort schlechthin für (fast) alle MonarchistInnen, DemokratInnen, KapitalistInnen, MarxistInnen usw. Sie zermartern ihr Gehirn mit immer neuen Überlegungen, wer wie die Welt regieren soll – aber auf keinen Fall darf mensch den Menschen die Gestaltung der Gesellschaft selbst überlassen.

Was aber ist mit den AnarchistInnen selbst? Sie lehnen doch jeden Überbau ab – und damit eigentlich auch die externe Absicherung der Verhältnisse. Doch bemerkenswerterweise sieht es bei ihnen kaum anders aus: Fürchten AnarchistInnen die Anarchie?

Anarch@s für Kontrolle

Die Angst um Kontrollverlust ist eines der absurdesten Phänomene anarchistischer Debatte und Organisation. Das erstaunt, denn eigentlich ist Anarchie ja gerade die Idee des Verzichts auf Instanzen, die das Richtige durchsetzen und, herrschaftsanalytisch noch bedeutender, erst einmal „richtig“ und „falsch“ (bzw. gut-böse, wahr-unwahr, normal-verrückt, gesund-krank) definieren. Nun ist, das sei zugegeben, der Kopf eines/r durchschnittlichen MitteleuropäerIn voll von eingetrichterten Deutungen und Bewertungen, nach denen Menschen egoistisch seien und dieser Egoismus asoziales Verhalten fördere, dass der Staat als Organisator gesellschaftlichen Lebens unersetzlich sei, dass es Menschen gäbe, die gebändigt werden müssten zum Wohle aller usw. Da wird es zum kulturellen Problem, sich eine Welt oder auch nur einen gesellschaftlichen Subraum vorzustellen, in dem das Miteinander der Menschen einfach frei ausgehandelt wird – ohne Sanktionsmittel, Kontrollrechte in der Hinterhand oder irgendwelche vergleichbaren Sicherungsmechanismen. Das wäre ein kulturelles Gegenprogramm, spürbar auch in jeder/m selbst. Denn konsequent ist Herrschaftsfreiheit nur, wenn es kein Mittel der Sanktionierung von Abweichungen gibt, sondern immer alles der freien Vereinbarung freier Menschen unterliegt. Wo immer Zwangsmittel blieben, um bestimmtes Verhalten zu unterbinden oder zu erzwingen, wären diese mit Privilegien verbunden, wer sie anwenden darf. Denn bereits in ihrer Logik steckt, dass nicht jedeR Einzelne selbst über diese verfügt, sonst könnte auch die zu sanktionierende Person auf selbige zugreifen. Etwas versteckter liegen in der Idee, Verhalten sanktionieren zu können, weitere Herrschaftsmuster, z.B. die Definitionsgewalt, was erwünschtes und unerwünschtes Verhalten überhaupt ist. Selbst in der herrschaftsförmigen Welt hat sich das über die Jahrhunderte ständig gewandelt, ist also offenbar keine konstante Größe.

Sich gedanklich dazu durchzuringen, mit der Herrschaftsfreiheit auch immer den vollständigen Kontrollverlust über gesellschaftliches Geschehen zu meinen und Konflikte in horizontaler Kommunikation auszutragen, aber niemals zu sanktionieren, fällt offenbar selbst denen schwer, die mit der Attitüde des Anarchischen kokettieren. Schnell ist die Parole von Befreiung gesungen – und ebenso schnell erfolgt der Rückfall in klassische Kontrollmechanismen, wenn es ins Detail geht.

Wunderschön hat eine Vielfachautorin von auch in anarchistischen Kreisen verbreiteten Werken über vermeintlich alternative Ökonomieansätze und Mitautorin des Kommunebuches diese gedankliche Pirouette vollzogen. Die globalen Probleme hält sie für zu groß, um sie allein mit kleinen Initiativen und Projekten zu bekämpfen, und wählt ausgerechnet den Staat, also die Täter globaler Ausbeutung, als Hoffnungsträger aus.

Aus Elisabeth Voß: „Ermutigung zur Umsetzung Solidarischer Ökonomien“, in: *Contraste* 1/2011 (S. 12)

Wachstumswahn, High-Tech- und Exportorientierung lassen sich nicht in kleinen Initiativen bekämpfen, und die gnadenlose Ausbeutung des globalen Südens wird nicht allein durch Fair Trade oder Ernährungssouveränität hierzulande (z.B. Community Supported Agriculture) gestoppt werden. Und bei aller berechtigten Staatskritik möchte ich mir nicht vorstellen, was bei einem plötzlichen Wegfall staatlicher Strukturen an Lebensunsicherheit und Recht des Stärkeren ausbrechen würde. Da setze ich lieber auf die Umgestaltung des Staates von einer autoritären Institution zum Moderator der Artikulation der Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, ohne rassistische Ausschlüsse, und auf demokratisch legitimierte und kontrollierte Organe zur Eindämmung der Interessen des Kapitals und zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Moderator? Eindämmung der Interessen des Kapitals? Diese Naivität, Ausblendung von Herrschaftslogiken und akzeptierende Nähe zum Machtkoloss Staat ist gepaart mit einem Hass gegen alles antistaatliche – Voß möchte sich lieber „nicht vorstellen, was bei einem plötzlichen Wegfall staatlicher Strukturen an Lebensunsicherheit und Recht des Stärkeren ausbrechen würde“. Die Breite der Ausblendungen solcher Überlegungen ist beachtlich. Ganz offensichtlich wird mit der Angst gearbeitet, also genau der üblichen Keule gegen Herrschaftsfreiheit (meist dann in polemischer Absicht als „Chaos“ oder eben „Anarchie“ bezeichnet). Dann wird, so lässt sich die Behauptung über Lebensunsicherheit und „Recht des Stärkeren“ auch lesen, die Behauptung aufgestellt, dass solches vor dem Wegfall der staatlichen Strukturen, also in der heutigen Zeit, nicht bestehen würde – welch absurde Ausführung, dass im realen Kapitalismus Lebensunsicherheit und Recht des Stärkeren offenbar fehlen. Schließlich verbreitet die Autorin den Mythos über die höherwertige Herkunft des Rechts, wenn sie Staat und „Recht des Stärkeren“ gegenüberstellt. Doch wer, wenn nicht der Stärkere, schafft das Recht? Und ist nicht die Stärke des Rechts, durchgesetzt über den Staat, nichts anderes als eine Ausdrucksform des Rechts der Stärkeren? Zuletzt werden dann auch noch die geschichtlichen Erfahrungen bei augenblicklichem Wegfall des Staates übergangen. Selbst in der jüngeren Geschichte ist mit der Republik Schwarzenberg ein Beispiel gege-

ben – verschwiegen im Schul-Geschichtsunterricht wie von der Autorin vermeintlicher gesellschaftlicher Alternativen.

Anarchismus von Polizei bis Knast

Offenbar trauen AnarchistInnen ihren eigenen Ideen nicht. Gilt Anarchie nur für Schönwetterphasen, also wenn sich alle lieb haben? Muss dann die Keule her, wenn das nicht klappt – sei es in Form von demokratischer Entscheidungskultur oder als anarchistische Polizeitruppen? Wer aber hat oder ist diese, solange sich alle lieb haben? Das bleibt zwar oft verborgen, beeinflusst aber jede Kommunikation durch die Option, jeden Streit im Falle des Falles auch anders entscheiden zu können?

Polizei und Überwachung

„Was ist aber, wenn ...?“ ist eine beliebte Frage, wenn es um das Ende von Autorität geht. Menschen sind vollgepumpt mit Ängsten. Es herrscht eine umfassende Angstkultur, denn Angst ist eine wesentliche Legitimation der Autorität, die sich dann als Schutzpatron der Ängstlichen inszenieren kann. Wenn den Menschen klar würde, dass Gewalt und Kriminalität vor allem aus dem eigenen Bekanntenkreis heraus geschehen, dass Armut keine Folge fehlender Ressourcen ist, sondern gezielter Verteilung zu Schaffung profitabler Mängel – bestände dann nicht die Gefahr, dass die Legitimation der Autorität dahin wäre? Also wird Angst geschürt. In der Folge wünschen sich viele Verängstigte dann einen Schutz herbei – und schon dient sich derjenige als Schutz an, der eben noch die Angst selbst geschürt hat.

AnarchistInnen scheinen davon nicht frei zu sein. In ihren Veröffentlichungen blenden sie solche Themen aus oder verfallen selbst in die Idee, die unerwünschte Abweichung mit autoritärer Gewalt zu bekämpfen.

Aus Darwin Dante (1993): „5-Stunden sind genug“, Manneck Mainhattan Verlag in Frankfurt

Aus den „Prinzipien einer herrschaftsfreien Gesellschaft“: Freiheit und Leben eines jeden Menschen sind unantastbar, es sei denn, er verstößt wesentlich gegen die existentiellen Lebensrechte anderer Menschen. ... Die Bewohner einer Landesregion besitzen das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht und stellen in örtlichen Vollversammlungen ihren Mehrheitswillen fest. D.h. die gemeinsamen Handlungsziele einer Bevölkerung werden durch ihren Mehrheitswillen in direkten basisdemokratischen Abstimmungen bestimmt. Zur Durchsetzung des Mehrheitswillens darf es auf keinen Fall zur Schaffung eines institutionalisierten befehlsempfangenden Gewaltapparates (z.B. als stehende Polizei) kommen, da ein solcher Gewaltapparat immer gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung (zur Durchsetzung des Willens einzelner) entarten wird. Das Recht auf Gewaltanwendung muß immer bei den Bewohnern eines Landes belassen werden und direkt bei denen bleiben, die durch ihren Mehrheitswillen das Recht bestimmen.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 28)

»Anarchie ist ... eine Regierungsform oder Verfassung, in welcher das öffentliche und private Gewissen ... allein zur Erhaltung der Ordnung und Sicherstellung aller Freiheiten genügt, in welcher also das Autoritätsprinzip, die polizeilichen Einrichtungen, die Steuern usw. auf das einfachste beschränkt sind, in welcher ... die Zentralisation – durch föderative Einrichtungen und kommunale Gebäude ersetzt – verschwinden.« (Proudhon, zitiert nach Souchy in Borries u. a. 1970, 11 f.)

Wie solche Gedankenwelten sich in der Praxis auswirken würden, ist schwer abzuschätzen, denn anarchistische Entwürfe sind weit weg davon, Wirklichkeit zu werden. Selbst in kleinen Subräumen und Organisationen, in denen anarchistisch orientierte Menschen zusammenkommen, besteht kaum Neigung, die eigenen Idee einmal auszuprobieren. Meist überwiegen demokratische Strukturen mit etwas flacheren Hierarchien als in der umgebenden Gesellschaft – was angesichts der hohen kulturellen Ähnlichkeit der dort aufeinander treffenden Personen aber auch nicht besonders schwer ist. In einigen Fällen sind die Hierarchien im Vergleich zur Umwelt aber sogar gesteigert – nämlich wenn es um politische Dominanz geht. Die Aussicht auf Medienpräsenz, Redezeit auf Kundgebungen oder Spendengelder ruft regelmäßig scharfe Hegemonialkämpfe hervor.

Interne Kontrolle

Ein drastisches Beispiel, wie schnell die Schönwetterlage innerhalb von Gruppen in offene Autorität umschlagen kann, zeigte das antirassistische Camp 2004 in Jena. Eingangskontrollen und endlose Plena deuteten bereits an, dass hier „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ herrschte. Der Höhepunkt war dann eine Camppolizei, die das Recht hatte, Personen, denen Vorwürfe unerwünschten Verhaltens gemacht wurden, „festzunehmen“ und in einem dafür bereitgehaltenen Zelt „einzusperren“, bis sich die Lage geklärt hatte (was dann noch ein seltsames, bürgerliches Verständnis von Wahrheitsfindung zeigte).

Beispiel Wikipedia:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/offenerraum.html
 #wikipedia



Strafen, Überwachen, Recht und Gerichte

Die Logik von Kontrolle, Wahrheitsfindung und Strafe wird selbst in den romanhaften Utopien der AnarchistInnen selten verworfen. Obwohl die AutorInnen hier vom Hickhack des Alltag freier sind, ringen sie sich nicht zu Entwürfen durch, die die bürgerlich-rechtsstaatliche Gedankenwelt hinter sich lassen. Offenbar fehlt das Vertrauen in die Kommunikation und die freie Vereinbarung. Wenn alles gut läuft, können Menschen sich miteinander einigen. Läuft es schlecht, mischt sich die Autorität ein – Anarchismus wird hier zum Plagiat demokratischer, d.h. zur Zeit rechtsstaatlich-kapitalistischer Gesellschaft.

Aus Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“

Der politische Bereich – vier regionale Räte ...

Der Konfliktrat ist den anderen Räten übergeordnet und wird aktiv, wenn er angerufen wird, von Menschen, die sich in ihrer Freiheit ungerechtfertigt beschränkt oder geschädigt sehen. ... Der Konfliktrat mobilisiert die gesellschaftliche Selbstverteidigung gegen Menschen, die (wiederholt) sich der Bearbeitung eines Konfliktes verweigern: Öffentliche Nennung des Konfliktes und des 'Konfliktverweigerers', sozialer und ökonomischer Boykott, Beschlagnahmungen u.ä.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“ der Utopie-AG/Gewaltfreies Aktionsbündnis Hamburg (1995)

Das wirksamste Machtmittel der Gesellschaft ist deshalb die soziale Ächtung und der wirtschaftliche Boykott von Rechtsbrechern und Gewalttätern. (S. 9)

Bei Konflikten, sei es zwischen Privatleuten oder mit und zwischen den Räten, kann der Konfliktrat angerufen werden. Er ist allen anderen Räten übergeordnet, denn im Konfliktfall ist er oberste Entscheidungsinstanz. ...

Über verschiedene Sanktionsmittel haben wir innerhalb der Utopie-AG diskutiert:

- *Beschlagnahmung von Einkommen und Vermögen,*
- *Öffentlichmachung des Konfliktes mit Namen des verantwortlichen 'Konfliktverweigerers'*
- *Aufruf zu verschiedenen Formen des sozialen und ökonomischen Boykotts gegen den Verweigerer,*
- *demonstratives 'Begleiten' des Verweigerers, 'Schutzwachen',*
- *Überwältigen und auf einer Insel aussetzen ...*

Wieder ist es eine Gratwanderung, einerseits der Politik so wenig Machtmittel wie möglich in die Hand geben zu wollen und andererseits der Notwendigkeit, daß sich die Gesellschaft gegen rücksichtslose und machtorientierte Menschen schützen muß. ...

Zur Lösung von Konflikten zwischen den Regionen bestimmen die regionalen Konflikträte einen überregionalen Konfliktrat, der angerufen werden kann, ... (S. 19 f.)

Solange die Idee von Sanktion als Reaktion auf unerwünschtes Verhalten existiert, wird das reale Geschehen mit dem Freiheitsanspruch kollidieren. Sanktion, da ist die bürgerliche Gesellschaft sogar ehrlicher, dient keiner Konfliktlösung und auch nicht dem Schutz der Betroffenen. Stattdessen geht es um die „Sicherung des Rechtsfriedens“, wie es das Bundesverfassungsgericht als Ziel von Strafe beschreibt (2 BvR 716/01⁰). Sanktion soll also der abstrakt-autoritären Ordnung Akzeptanz verschaffen – ein unmittelbar anti-anarchistisches Ziel. Fast bemitleidenswert hilflos erscheinen da Versuche, bei gleichzeitiger Befürwortung von Sanktion dieser wenigstens das Hierarchische nehmen zu wollen mit den Beschönigungen, in einer Räterepublik wären RichterInnen mit den Angeklagten irgendwie „gleich“ oder die RichterInnen nur freundliche KonflikthelferInnen (klingt irgendwie nach modernen Polizeistrategien ...).

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A¹

Ein sozialer Schädling muß genötigt werden, sich in die Notwendig-

⁰ www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20030116__2bvr071601.html

¹ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

keit der gemeinsamen Lebensgestaltung einzufügen. Solche Verhinderung und Nötigung ist Zwang. Unzulässig im Sinne anarchistischer Auffassung werden Gewalt und Zwang erst, wenn sie im Dienste einer Befehlshoheit stehen, ... (S. 27 f.)

Zum Beispiel: die Justiz im Staate kann niemals Recht schaffen, weil sie nach zentralen Anweisungen zentrale Behörden über individuelle Handlungen aburteilen läßt. Gerechtigkeit kann nur da an der Rechtsprechung teilhaben, wo die sozial schuldig gewordene Persönlichkeit von Ihresgleichen, mit den räumlichen und seelischen Voraussetzungen der Tat vertrauten Menschen ohne Bindung an eiförmige Vorschriften vernommenen, überführt und notfalls an weiteren Schädigungen des allgemeinen Wohls verhindert wird. In der Räterepublik steht der Gleiche vor Gleichen, vor Nachbarn und Genossen. (S. 69)

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana. Ideen für eine anarchistische Gesellschaft“ (S. 7)

Was bei uns Gerichte sind, sind dort KonfliktshelferInnen und Schiedsleute ...

Wenn trotz aller Bemühungen keine gemeinsame Lösung und kein Kompromiss gefunden wird, dann ist die einzig gerechte Lösung, einen unparteiischen Dritten entscheiden zu lassen – was die Aufgabe der Schiedsleute ist. ...

Wenn Menschen von Gewalt bedroht sind, kommen Freiwillige, geübt Konflikte zu entschärfen, zu jeder Tages- und Nachtzeit, um sich einem Gewalttäter entgegenzustellen. Sie scheuen sich nicht, auch einem bewaffneten Menschen mit bloßem Körper und klaren Worten entgegen zu treten. Auch leisten die Komitees – ähnlich wie unsere Polizei – Aufklärungsarbeit, wenn ein Verbrechen geschieht, bei dem die Täter unbekannt sind.

Schärfstes Kampfmittel der Komitees ist der Aufruf zur 'Sozialen Verteidigung', d.h. zur Nicht-Zusammenarbeit. Dieses massive Mittel wird angewendet, wenn Menschen sich weigern, begangenes Unrecht zu klären und Wiedergutmachung zu leisten. Ist ein Boykott ausgerufen, arbeitet niemand mehr mit dem Übeltäter zusammen: Vom Bäcker erhält er keine Brötchen, seine Energieversorgung wird gekappt usw.

Die autoritäre Idee des Strafens und Ausschließens ist voll entfaltet: Übeltäter sind objektiv ausmachbar, „gut“ und „böse“, TäterIn und Opfer voneinander trennbar, Rache und Sanktion treffen und schützen. So verlaufen die Diskurse. Offenbar ist die Angst vor bösen Menschen ein starker Antrieb für die Installation und Legitimation von Macht. Dass explizit Gewaltfreie über Dinge wie „Überwältigen und auf einer Insel aussetzen“ nachdenken, zeigt, welche Macht davon ausgeht, in der Kategorie zu denken, dass „die Gesellschaft“ geschützt werden müsse. Die gesamte Idee von Emanzipation und Anarchie geht verloren, wenn sich die autoritäre Gewalt auch in anarchistischen Entwürfen gegen Menschen richtet, um das abstrakte Ganze zu fördern. Auf der Strecke bleibt nicht nur die Frage, wer das eigentlich ist: „die Gesellschaft“?

Problematisch ist zudem, dass die Definitionsmacht darüber, was schädlich ist und was nicht, in den meisten Texten komplett ausgeblendet bleibt. Moderne Herrschaftsanalysen müssen aber gerade solche verdeckten Herrschaftsmomente benennen, denn dort entsteht ein wesentlicher Teil der Machtpotentiale. Ganz nebenbei wird noch verschwiegen, dass Existenz von Sanktionsgewalt auf alle Situationen im

Leben wirkt. Es ist ein Unterschied, ob ich in Kooperationen, Kommunikation oder Konflikten mit anderen darauf hoffen kann, eine höhere Gewalt für mich einspringen zu lassen oder nicht.

Was hier als Utopien angeboten wird, ist nur ein Abklatsch demokratischer Logik. 'Volk' und 'Gesellschaft' werden nicht als handelndes Subjekt aufgelöst zugunsten der Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse, sondern neu mit Leben und Handlungsmacht erfüllt. Doch Volk bzw. Gesellschaft bedeutet keine Befreiung der Einzelnen, zudem sind sie nicht die Summe der Vielen in deren Unterschiedlichkeit, sondern abstrakte Konstrukte, in denen privilegierte Einzelne oder Eliten definieren, was der Gemeinwille ist. Sie können damit ihre eigenen Interessen verkleistern und eigene Meinungen überhöhen, indem sie diskursiv die Wahrnehmung erzeugen, dass sei jetzt irgendwie gut für alle bzw. eine wie auch immer definierte Gesamtheit.

Strafe und Verhaltenskonditionierung sind große, blinde Flecken auf der Landkarte des Anarchismus. Gleiches gilt für die wenigen überlieferten Experimente anarchistischer Gesellschaftsorganisation. Der Verzicht auf Strafe und Sanktion war, soweit sich das überblicken lässt, nie dabei.

Antifaschistische Repressionsbefürwortung: www.projektwerkstatt.de/antirepression/pro__repression.html

i

Positionen pro Repression – auch von links: www.projektwerkstatt.de/zitate/z__prorepression.html

Entscheiden und Verregeln

Abwesenheit jeglicher Herrschaft – das soll Anarchie sein. Eigentlich. Da Entscheidungen und Regeln schon im Entscheidungsprozess hochver-

machtet sein können und sind, spätestens aber bei der Durchsetzung sanktionierender Gewalt mit privilegiert Handlungsbevollmächtigten bedürfen, müsste eine anarchische Gesellschaft auf all das verzichten.

Aus einem Text auf der Internetseite der basisdemokratischen GWR² Paragraph 1 der Straßenverkehrsordnung: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.“ Und: „Jeder Verkehrsteilnehmer hat sich so zu verhalten, dass kein Anderer geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“ ... Können wir nicht den § 1 der Straßenverkehrsordnung nehmen und als komplett hinreichendes Regelwerk für unsere Gesellschaft verwenden, nur noch ergänzt um die Ermunterung, nach individuellem und kollektivem Glück zu streben? „Die Teilnahme an der Gesellschaft erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht. Wer an der Gesellschaft teilnimmt, hat sich so zu verhalten, dass niemand sonst geschädigt, gefährdet oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.“ Wäre das nicht Anarchie?

Doch offenbar glauben sich das die AnarchistInnen selbst nicht. Statt gedanklich konsequent weiterzugehen und Konzepte, Experimente

² www.graswurzel.net/321/regeln.shtml

oder Utopien unter Verzicht auf Regeln und Kontrolle sowie kollektive Entscheidungen zu entwickeln, verfallen sie kleinkrämerisch und mutlos in die Abfassung irgendwelcher Entwürfe für vermeintlich bessere Regeln und irgendwie gute Exekutivorgane.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana“, a.a.O. (S. 6)

Die sozialen AnarchistInnen haben fünf Gebote für ein herrschaftsfreies Nebeneinander unterschiedlicher Ideen aufgestellt

- keine Gewalt gegen Menschen und deren Eigentum
- keine gravierende Ungleichheit in der Eigentumsverteilung
- keine Manipulation der Meinung anderer durch Unehrlichkeit
- keine Zerstörung gemeinsamer Umwelt
- Lösung von Konflikten durch Gespräche, gemeinsam bestimmte Schiedsleute und versöhnende Wiedergutmachung ...

Weil jeder Mensch ein Recht auf Eigentum hat, wird gravierende Eigentumsungleichheit – wie wir sie etwas in unserer kapitalistischen Gesellschaft kennen – in Manjana nicht akzeptiert. Die AnarchistInnen schützen das Recht auf Eigentum, soweit es nicht in solchem Umfange angehäuft wird, dass andere dadurch am an Eigentum werden.

Aus „Utopie – ein Vorschlag“, a.a.O. (S. 15 f.)

Der Ökorat kann auch aus Naturschutzsicht wertvolle Gebiete in anderen Regionen erwerben, wenn er den Eindruck hat, daß diese dort nicht ausreichend geschützt werden (vergleichbar mit der Initiative von Naturschutzgruppen, die heute Teile des Regenwaldes erwerben, um diesen zu schützen).

Selbst der Logik des Rechts entziehen sich AnarchistInnen nur selten. Es stellt für sie offenbar einen Garanten der Freiheit und nicht ein Instrument der Unterdrückung und Normierung dar.

Aus „Anarchie – eine Einführung“ (Flyer ohne AutorInnenangabe)

Nichtsdestoweniger ist es enorm wichtig, mit all denen, die heute in solche Schubladen gesteckt und diskriminiert werden, Rechte zu erkämpfen und gegen das Patriarchat (der Diskurs weißer Männer) zu kämpfen. Dazu zählen die Definitionsmacht, Frauen- und Schwulenrechte, Rechte für Nichtdeutsche in Deutschland und viele mehr.

Doch wo kommt das Recht her? Wer macht es und wer setzt es wie durch? Manche Rechtsgelehrten der bürgerlichen Demokratie sind wieder einmal ehrlicher. Gustav Radbruch, einer der beiden wichtigsten deutschen Rechtsphilosophen, sagt: „Die Rechtsordnung gilt, die sich faktisch Wirksamkeit zu schaffen vermag ... Wer Recht durchzusetzen vermag, beweist damit, daß er Recht zu setzen berufen ist.“ Rechtsetzung und Rechtsprechung wären demnach Akte der Herrschaft – und damit unvereinbar mit der Idee von Anarchie.

Übersehen wird zudem, dass Regeln und Recht immer konservativ wirken. Gesetze und Normen formen sich als Artikulation dominanter gesellschaftlicher Verhältnisse, prägend durch die Eliten, aber mitunter auch als Ergebnis sozialer Kämpfe. So oder so stellen sie schon zum Zeitpunkt ihres Gültigwerdens den Willensstand der Vergangenheit an. Dann bleiben sie in Kraft, oft Jahrhunderte. Das aktuell geltende Strafrecht im deutschsprachigen Raum ist überwiegend Jahrhunderte alt, stammt also zu großen Teilen aus Kaisers Zeiten. Selbst viele Paragraphen, die unter den Nationalsozialisten geschaffen wurden, gelten bis

heute – einschließlich der Rechtsvorgaben durch die Bundesrichter, die über 1945 hinaus ihr faschistisches Gedankengut zu Urteilen schmieden durften, z.B. am Bundesgerichtshof. Emanzipation und Herrschaftsfreiheit aber lebt von der Selbstentfaltung der Menschen – und die verträgt sich nicht mit einem derart strukturkonservativen Element.

Legitimation von Überwachen und Strafen

Natürlich fällt AnarchistInnen auch selbst auf, dass Kontrolle und Sanktion mit ihren hehren Zielen der Herrschaftsfreiheit nur schwer in Einklang zu bringen sind. Statt aber nun das eigene Köpfchen anzustrengen und die gemeinsame Debatte anzufachen, wird dieser Umstand verschleiert durch hilflose bis abenteuerliche Versuche, das Herrschaftsförmige zu legitimieren, um es anarchie-kompatibel zu machen.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 225)

Es sind keine institutionalisierten politischen Strukturen vorhanden, die ungleiche Machtbeziehungen verkörpern. Wenn also beispielsweise an Teile der Körperschaft der Bürger die Autorität zur Verrichtung bestimmter Pflichten delegiert wird (wie zum Beispiel als Mitglieder von Volksgerichten oder von regional- und Föderationsräten), geschieht diese Delegation prinzipiell durch Los und auf Rotationsbasis und kann jederzeit durch die Körperschaft der Bürger widerrufen werden.

Nehmen wir die AnarchistInnen aber andererseits auch wieder in Schutz – ohne inhaltlich die Kritik zu relativieren: Sie sind nämlich nicht allein. Die Akzeptanz von Strafe und Kontrolle ist in politischen Bewegungen insgesamt weit verbreitet. Statt von einer Welt zu träumen, die von der Geißel ständiger Verhaltensnormierung befreit ist, werden immer neue Konzepte zu guten Gesetzen, fairen Gerichten oder humanitärer Kriegsführung verfasst.

Wirtschaft kontrollieren

Was für die einzelnen Menschen und ihr Verhalten gilt, wird auch auf das wirtschaftliche Geschehen angewendet: Kontrolle soll es bringen. Vielleicht erzielt hier die verdrehende Propaganda der freien (Markt-) Wirtschaft ihre üblen Wirkungen. Diese hat mit Freiheit eigentlich wenig zu tun. Einerseits ist der „freie“ Markt selbst gewaltförmig erzwungen als weitgehend alternativloser Ort des Handels, andererseits ist er hochverregelt. Die ihm innewohnenden Zwänge zur Profitabilität und ständiger Verwertung sind keine Naturgesetze und auch keine Folge wirtschaftlicher Freiheit, sondern entstehen aus Regeln, die Eigentum und Akkumulation von Kapital fördern und sichern, während sie Selbstbestimmung und Subsistenz auszuschalten versuchen.

Dennoch wird dieser Kapitalismus mit all seinen Zwängen sowie ausgerechnet seine extremsten Formen mit Begriffen wie Freiheit oder, gewählter ausgedrückt, Liberalismus geschmückt.

Dieses durch die Methoden und Folgen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“ verschlissene Image der Idee von Freiheit mag seinen Teil dazu beitragen, dass GegnerInnen des Kapitalismus, zu denen auch die meisten AnarchistInnen gehören dürften, nicht wagen, für eine zukünftige Wirtschaft ausgerechnet die Idee der Freiheit vorzuschlagen. Tun sie es doch, so ist mitunter zu erkennen, dass es wieder nur um die Freiheit zu mehr Umsatz oder Gewinn geht (z.B. in Konzepten des manchmal als anarchistisch bezeichneten Ex-Finanzchefs der Münchener Räterepublik, Silvio Gesell).

Die meisten sind durch einen Impuls getrieben, der sich selbst als dereguliert inszenierenden Marktwirtschaft ein Modell der Kontrolle und Regulation entgegen zu stellen. Damit aber fallen sie nicht nur naiv auf den Propagandatricks der eiskalt staatliche Gewalt bis hin zu Eroberungskriegen für ihre „freie Marktwirtschaft“ einsetzenden Kapitalismus-Eliten herein. Sondern sie verfallen wieder in das Dilemma, selbst die Normierung gesellschaftlicher Aktivität zu fordern und damit Herrschaftsstrukturen zu legitimieren. Der Fehler aus der Kontrolle von Verhaltensweise und damit einhergehender Legitimierung von Strafe und Überwachung wiederholt sich.

Verbunden ist das, wie bei anderen Vorschlägen für Kontrolle und Sanktion, mit der Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit – wie ohnehin der Begriff der Gerechtigkeit immer wieder als Legitimation herrschaftsförmiger Eingriffe in die Selbstorganisation der Menschen dient. Bei ökonomischen Fragen dominiert die Frage der gerechten Verteilung von Gütern – im Gegensatz zur Selbstbestimmung. Dabei wird übersehen, dass Institutionen, die die Macht haben, etwas gerecht zu verteilen, damit auch die Macht haben, es ungerecht zu verteilen. Es ist immer dieselbe Macht, die etwas so oder so regeln kann. Einzige Alternative ist die Überwindung privilegierter Macht zugunsten des freien Aushandlungsprozesses gleichberechtigter Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse.

Aus Albert, Michael (2006), „Parecon“, Trotzdem Verlag Grafenau
So könnte man sie durch eine internationale Kapitalbehörde, eine globale Investitionsunterstützungsbehörde und eine globale Handelsbehörde ersetzen, deren Auftrag es wäre, im Bereich der internationalen Kapital-, Handels- und Kulturbeziehungen für Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, Selbstbestimmung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts zu sorgen. Sie sollten auch anstreben, die Investitions- und Handelsvorteile vorrangig den schwächeren und ärmeren Partnern zukommen zu lassen statt den stärkeren und reicheren. Sie sollten die Rücksicht auf nationale Ziele, kulturelle Identität und gerechte Entwicklung über die kommerziellen Interessen stellen. Sie sollten sich für die Bewahrung der nationalen Schutzgesetze und -regelungen auf den Gebieten Arbeitswelt, Verbraucher, Umwelt, Gesundheitswesen, Sicherheit, Menschenrechte, Tierrechte und anderer gemeinnütziger Anliegen einsetzen und die Länder belohnen, die in dieser Hinsicht die größten Erfolge aufzuweisen haben. Sie sollten schließlich zur Förderung des demokratischen Gedankens beitragen, indem sie demokratisch kontrollierten Regierungen mehr Entscheidungsspielräume verschaffen und – zu Gunsten des Überlebens, Blühens und Wachsens der kleineren Einheiten – die Forde-

rungen der transnationalen Konzerne und der Wirtschaftsmächte im Zaum halten. ... (S. 11 f.)

Unsere Vision einer den Menschen und der Demokratie verpflichteten internationalen Wirtschaftsordnung konkretisierte sich zunächst in den drei vorgeschlagenen neuen Weltbehörden. (S. 14)

Aus Jörg Huffschmid, „Globalisierte Finanzmärkte“ in: Christine Buchholz u.a., 2002, „Handbuch für Globalisierungskritiker“, KiWi in Köln (S. 64 f.)

... ein internationales Kooperationsregime zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern, das auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 konzipiert worden war ... An die Stelle der kooperativen trat die konfrontative Internationalisierung. ... Der Weltmarkt hatte vorher auch bestanden, aber er war politisch reguliert und gezähmt.

Der Logik, dass Wirtschaft kontrollierbar sein muss, folgen dann auch passende Begründungen für die Ablehnung von Großtechnologie. Diese ist nicht problematisch, weil sie einerseits der erzwungenen Zuarbeit von vielen Menschen bedarf und andererseits die Folgen anderen genauso ungefragt auferlegt, sondern die fehlende Kontrolle aufgrund z.B. fehlenden Wissens der allgemeinen Bevölkerung soll dazu führen, dass solche Vorhaben ... tja, was eigentlich, verboten werden?

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 43)

An einer Großtechnologie wie der Kernkraft läßt sich nun verdeutlichen, wie das Ideal einer politischen und sozialen Emanzipation in Widerspruch zu dieser Produktivkraft geraten kann. Ein Atomkraftwerk ist, darauf wird heute häufig hingewiesen, wegen seiner Größe und Komplexität nicht demokratisch zu kontrollieren. Den hochspezialisierten Fachleuten ist die Öffentlichkeit ausgeliefert; sie muß sich ihnen anvertrauen und kann allenfalls aufgrund von Informationen, die diese Fachleute ihnen zukommen lassen, Entscheidungen treffen. Hinzu kommt, daß eine solche Technologie die finanziellen und organisatorischen Aufwendungen für die »Entsorgung« über Jahrzehnte hinaus festlegen und demokratische Nachkorrekturen erheblich einschränken.

Autoritäre oder marktwirtschaftliche Ökologiekonzepte bei Anarch@s

Vorschläge für anarchistische Gesellschaften oder romanhafte Utopien entwickeln eigene Vorschläge für eine vermeintlich andere und bessere Art des Wirtschaftens. Im Vordergrund stehen Kontrolle und starre Regeln.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana“, a.a.O.

(Vertreterin „Kinderschutz“) Alle drei Jahre wählen unsere Mitglieder ein Parlament umweltengagierter Fachleute. diese erstellen ein Umweltprogramm und bestimmen Obergrenzen für die Menge der Umweltgifte, die wir in unserer Umwelt tolerieren können. ...

Als erstes beraten wir die Betriebe, wie sie ihre Produktion umweltfreundlich umstellen können. Als nächsten Schritt erheben wir auf Umweltschädigungen, die unser Programm überschreiten, eine Umweltschutz-Steuer. Anfangs ist diese Steuer relativ niedrig. Aber die Unternehmen wissen, dass wir unsere Steuer schrittweise solange

anheben, bis unser Umweltziel erreicht ist. Diese Kombination von Beratung und langsam sich verschärfendem wirtschaftlichen Druck läßt uns oft in wenigen Jahren unsere Umweltschutzziele erreichen. ... (S. 18)

Nun gibt es auch in Manjana Menschen, die sich um die nicht unerheblichen Naturschutzkosten drücken, indem sie keiner Naturschutzorganisation beitragen. Als 'Soziale AnarchistInnen', die sich Engagement für den Naturschutz versprochen haben, sind sie dann nicht akzeptiert. ... Wer sich dieser Verantwortung entzieht, muß in Manjana damit rechnen, schief angeguckt und auch angesprochen zu werden. (S. 20)

Rolf Cantzen hatte in „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“ (S. 240) immerhin gewarnt, dass „libertäre Perspektiven aus dem Anarchismus“ eigentlich bewirken sollten, „daß bei notwendigen ökologischen Maßnahmen nicht analog der heutigen ökonomistischen Orientierungen das Ziel der politisch-sozialen Emanzipation vergessen wird oder daß die Ökologie zur Legitimationsideologie etatistisch-autoritärer Herrschaft verkommt.“ Denn hier gilt wieder: Die gleiche Macht, die eine ressourcenschonende Nutzung der Umwelt durchsetzen kann, hat auch die Macht, die Ausbeutung zu organisieren. Umwelterstörung ist vor allem eine Folge der Fähigkeit, Land, Ressourcen und die negativen Auswirkungen ihrer Nutzung ungleich verteilen zu können. Herrschaftsanalytisch ist das aber genau die gleiche Kraft, die angerufen wird, wenn Umweltschutz „von oben“ organisiert werden soll.

Der Vollständigkeit halber erwähnt: Anarcho-Kapitalismus

Der ziemlich absurden Idee, dass „freie Marktwirtschaft“ nicht nur propagandistisch, sondern auch tatsächlich etwas mit Freiheit zu tun hätte, frönen kleine, vor allem publizistisch aktive Kreise mit einer Steigerung. Sie behaupten, dass ein Wegfallen aller Regulierungen der Wirtschaft zu einer kapitalistischen Form der Anarchie führen würde – und finden das gut. Als VerfechterInnen solcher Ideen treten z.B. etliche ehemalige Öko-Journalisten auf, z.B.

Ex-Natur-Chefredaktion Dirk Maxeiner und der HR-Umweltredakteur und Buchautor Michael Miersch,³ ebenso der Gründer der „Ökologischen Briefe“, Edgar L. Gärtner,⁴ aber auch Teile der Freiwirtschaftsszene⁵ oder einige esoterisch orientierte AnarchistInnen.⁶

Seite zu ProtagonistInnen
gegen Umweltschutz: [www.
projektwerkstatt.
de/aes/gegen_—
oeko.html](http://www.projektwerkstatt.de/aes/gegen_oeko.html)



Speziell im Bereich Agro-
gentechnik: [www.
projektwerkstatt.de/gen/
filz_lobby.htm#journal](http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz_lobby.htm#journal)

³ www.maxeiner-miersch.de

⁴ www.gaertner-online.de

⁵ www.projektwerkstatt.de/aes/freiwirtschaft.html

⁶ www.projektwerkstatt.de/aes/rechts_oeko.html

Spätestens in der Krise: Demokratisierung von Entscheidungsprozessen

So wie das Vertrauen in eine Welt ohne Kontrollstrukturen nicht lange reiche, scheint auch die Vorstellung, eine Gesellschaft ohne allgemeinverbindliche Beschlüsse und Regelungen zu organisieren, eher Unwohlsein auszulösen. Mensch muss sich offenbar an etwas Festes klammern. Das typisch Menschliche, in „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ als Losgelöstsein von bindenden Vorgaben beschrieben, führt zur Sehnsucht nach neuem Halt. Dieser soll in Form verbindlicher und allgemeiner Regeln geschaffen werden. Da diese aber nur Sinn machen, wenn sie auch durchsetzbar sind, schaffen AnarchistInnen selbst die Legitimationsgrundlage zumindest für eine Teilstaatlichkeit, die – positiv ausgedrückt – für Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit sorgt, damit aber aus Kontrollmacht und Gewaltmonopol besteht.

Diese untrennbare Kopplung von allgemeingültigen Beschlüssen und Regeln mit der Notwendigkeit von Durchsetzungsorganen führt bereits zu einem unüberwindbaren Gegensatz zwischen universell gültigen Normen und Anarchie. In der Praxis zeigen sich weitere Probleme, wie denn Entscheidungen, die für alle oder eine bestimmte Gruppe gelten sollen, gefällt werden sollen. Mangels anarchistischer Formen (die logischerweise fehlen, wenn das Fällen allgemeiner Beschlüsse bereits als solches nicht mit anarchistischen Ideen verbindbar ist) leihen viele AnarchistInnen, die solche Beschlüsse wollen, ihre Instrumentarien aus der Demokratie – verbunden mit zahlreichen Versuchen, bestimmte Formen der Demokratie als mit der Anarchie verbindbar oder – wie die Basisdemokratie – sogar zur gelebten Anarchie selbst zu verklären.

Siehe auch das Kapitel zu AnarchistInnen pro Demokratie

Demokratiemerkur: www.demokratie-total.de.vu
mit Texten zum „Fanclub der Demokratie“, Forderung nach weltweiter und immer mehr Demokratie

i

Thesenpapier zu Anarchie und Basisdemokratie: www.projektwerkstatt.de/ovv/download/anarchie_basisdemokratie.pdf

Aus Chomsky, Noam (2004): „Eine Anatomie der Macht“, Europa Verlag in Hamburg (S. 253)
Anarchisten sind vom Wert einer gut organisierten Gesellschaft überzeugt, die jedoch von unten her demokratisch verfaßt sein muß.

Aus Fotopoulos, Takis (2003), a.a.O. (S. 225)

In letzter Instanz hängt die individuelle und kollektive Autonomie von der Internalisierung demokratischer Werte durch jeden Bürger ab.

Das Gesamtbild anarchistischer Utopien ist in dieser Hinsicht fatal: Die ganze Welt wird letztlich in autoritären Utopien dargestellt, weil der Mut fehlt, den Gedanken feh-

lender Kontrolle und Sanktion weiterzudenken. Ausnahmen, etwa bolobolo, bestätigen die Regel.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 73)

P.M. kommt zu dem Schluss, dass die meisten modernen Utopien tatsächlich totalitäre, monokulturelle Modelle darstellen, die um Arbeit und Erziehung kreisen. Das Welt-Anti-System hingegen, bolo'bolo genannt, ist ein Mosaik, zusammengesetzt aus rund 500 Gemeinschaften, von denen jede so selbstgenügsam wie nur möglich ist und vollkommen autonom darin, ihr Ethos oder ihre »Atmosphäre« (nima) zu definieren, sei es eine klösterliche, eine marxistische oder eine sadomasochistische.

Naives Machtverständnis: Hierarchien schöngeredet

Grund für die hohe Akzeptanz machtförmiger Gesellschaftsgestaltung ist nicht nur der Mangel an Mut, das offene, kommunikative und unsichere Terrain freier Vereinbarung gedanklich zu betreten und stattdessen einen Fluchtpunkt auf dem scheinbar festeren Boden geregelter Verhältnisse zu suchen. Sondern er entspringt auch der fehlenden Intensität von Herrschaftsanalyse und -kritik.

Text auf www.anarchismus.at⁷

Hat das Volk erst einmal triumphiert und sich nach freiheitlichen Prinzipien organisiert, haben diese Avantgarden keine Funktion mehr, sie verschwinden.

Aus: Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trozdem Verlag in Grafenau (S. 15)

Beschränkt sich der Faktor eigener Macht in den meisten Fällen auf die Rolle sogenannter „Gegenmacht“, so erscheint die Problematik noch überschaubar. Sie erreicht jedoch eine andere Dimension, wenn sich die Rolle des gesellschaftlichen Agierens vom Revolütieren weg – hin zur Neugestaltung gesellschaftlicher Realität wandelt. Die Schwierigkeiten im Umgang mit Macht traten in der anarchistischen Geschichte deshalb immer dann am deutlichsten zu Tage, wenn es gelungen war, libertäre Philosophie aus den Diskussions- und Widerstandszirkeln in breitere soziale Zusammenhänge wirken zu lassen, sprich wirkliche gesellschaftliche Relevanz zu erreichen.

Avantgarde und Elite

Der Theoriemangel wirkt sich auch auf die Einstellung zu Autoritäten aus. Beruhen deren Macht nicht auf klar erkennbaren Hierarchien oder Privilegien, so scheint für viele AnarchistInnen die Herrschaftsfreiheit bereits vollendet. In alten Texten mag das entschuldbar sein angesichts des damals noch wenig verbreiteten Wissens über informelle und diskursive Machtgefälle.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, a.a.O. (S. 46)

Wir Anarchisten verabscheuen eine Führerschaft mit Befehlsgewalt und auf Dauer gesicherter Wirksamkeit, also jede Staatsregierung, Beamtenschaft und Parteizentrale, jede Diktatur und jede Klüngelherrschaft. Aber wir leugnen weder die Nützlichkeit des Spielleiters

⁷ www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm

im Theater noch des Vorsitzenden einer Versammlung oder des Kapitäns auf einem Schiff. Hier teilen persönliche Eigenschaften dem Geeigneten bestimmte Aufgaben in bestimmten Fällen zu.

Aus: Arschinoff, Peter A. (1923): „Geschichte der Machno-Bewegung“, Nachdruck bei Unrast, Münster (S. 31)

Wir kennen keine einzige Revolution in der Weltgeschichte, die vom werktätigen Volk selber, das heißt von den städtischen Arbeitern und von der armen, die Arbeit anderer nicht ausbeutenden Bauernschaft im eigenen Interesse geführt worden wäre. Obwohl die eigentliche Kraft aller Revolutionen Arbeiter und Bauern waren, die – um sie zum Sieg zu führen – unzählige Opfer brachten, waren doch die Führer, Ideologen und Organisatoren der Formen und Ziele der Revolution immer wieder nicht Arbeiter und Bauern, sondern abseits stehende, fremde Elemente, gewöhnlich eine Art Mittelelement, das zwischen der herrschenden Klasse der absterbenden Epoche und dem Proletariat von Stadt und Dorf schwankte.

Ein emanzipatorisches Verständnis von Wissen und Wissenschaft müsste privilegierte Stellungen auflösen. Menschen sind immer Experten, jeweils in den Gebieten, die sie in ihrem Leben berühren. Die einen können Perfektionswaffen bauen, die anderen das Gewürzregal in der eigenen Küche managen. Was komplizierter und mehr Wissen bzw. Übung verlangt, ist bereits eine offene Frage. Was von beiden der Menschheit mehr nützt, ist augenfällig. Es ist eine Form der Macht, bestimmtes Wissen als bedeutend zu definieren, die Personen mit Titeln (und Geld) zu überschütten und ihnen damit einen gesellschaftlich höheren Einfluss zu verschaffen.

Aus Bakunin, Michail: Gott und der Staat, Nachdruck 1995 im Trotzdem Verlag (S. 67 f.)⁸

Folgt heraus, daß ich jede Autorität verwerfe? Dieser Gedanke liegt mir fern. Wenn es sich um Stiefel handelt, wende ich mich an die Autorität des Schusters; handelt es sich um ein Haus, einen Kanal oder eine Eisenbahn, so befrage ich die Autorität des Architekten oder des Ingenieurs. Für irgendeine Spezialwissenschaft wende ich mich an diesen oder jenen Gelehrten. Aber weder der Schuster, noch der Architekt oder der Gelehrte dürfen mir ihre Autorität aufzwingen. Ich höre sie frei und mit aller ihrer Intelligenz, ihrem Charakter, ihrem Wissen gebührenden Achtung an, behalte mir aber mein unbestreitbares Recht der Kritik und der Nachprüfung vor. Ich begnüge mich nicht, eine einzige Spezialautorität zu befragen, ich befrage mehrere, vergleiche ihre Meinungen und wähle die, die mir die richtigste zu sein scheint. Aber ich erkenne keine unfehlbare Autorität an, selbst nicht in ganz speziellen Fragen; folglich, welche Achtung ich auch immer für die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit einer Person habe, setze ich in niemanden unbedingten Glauben. Ein solcher Glaube wäre verhängnisvoll für meine Vernunft, meine Freiheit und den Erfolg meines Unternehmens, er würde mich sofort in einen dummen Sklaven und ein Werkzeug des Willens und der Interessen anderer verwandeln.

Wenn ich mich vor der Autorität von Spezialisten beuge und bereit bin, ihren Angaben und selbst ihrer Leitung in gewissem Grade und, solange es mir notwendig erscheint, zu folgen, tue ich das, weil diese Autorität mir von niemand aufgezwungen ist, nicht von den Menschen und nicht von Gott. Sonst würde ich sie mit Abscheu zu-

⁸ www.anarchismus.at/txt2/bakunin6.htm

rückweisen und ihre Ratschläge, ihre Leitung und ihre Wissenschaft zum Teufel jagen, in der Gewißheit, daß sie mich die Brocken menschlicher Wahrheit, die sie mir geben könnten, in viele Lügen eingehüllt, durch den Verlust meiner Freiheit und Würde bezahlen ließen.

Ich neige mich vor der Autorität von Spezialisten, weil sie mir von meiner eigenen Vernunft auferlegt wird. Ich bin mir bewußt, daß ich nur einen sehr kleinen Teil der menschlichen Wissenschaft in allen Einzelheiten und positiven Entwicklungen umfassen kann. Die größte Intelligenz genügt nicht, alles zu umfassen. Daraus folgt für die Wissenschaft wie für die Industrie die Notwendigkeit der Arbeitsteilung und Vereinigung. Ich empfangen und ich gebe, so ist das menschliche Leben. Jeder ist abwechselnd leitende Autorität oder Geleiteter. Es gibt also keine stetige und feststehende Autorität, sondern einen beständigen Wechsel von gegenseitiger Autorität und Unterordnung, die vorübergehend und vor allem freiwillig ist.

Diese gleiche Ursache verbietet mir also, eine feste, beständige und allgemeine Autorität anzuerkennen, weil es keinen universellen Menschen gibt, der in der Lage wäre, mit jenem Reichtum an Einzelheiten, ohne den die Anwendung der Wissenschaft auf das Leben nicht möglich ist, alle Wissenschaften, alle Zweige des sozialen Lebens zu umfassen.

Verzwickte Sache: Räte

Für die überregionale Koordinierung schlagen AnarchistInnen regelmäßig Räteysteme vor – und leben sie auch in ihren politischen Organismen. Dort zeigen sich allerdings schon die Probleme: Wer in den Räten sitzt, hat zumindest diskursive Macht, dominiert die Wahrnehmung gemeinsamer Entscheidungen und ist sprachliche(r) VermittlerIn dessen, was dort geschieht. Da helfen auch imperatives Mandat und jederzeitige Abberufbarkeit nicht. Andererseits bedarf es auch überregionaler Koordinierung. Es ist eine Schwäche anarchistischer Theorie, sowohl die Probleme diskursiver Macht durch Räte nicht sinnvoll analytisch aufzuarbeiten wie auch kaum überzeugende Konzepte für überregionale Kooperation zu haben.

Aus Erich Mühsam: Alle Macht den Räten⁹

Nach mancherlei zweifelndem Schwanken hat sich in den Bewegungen des kommunistischen Anarchismus und des Anarchosyndikalismus das Bekenntnis zur Räterepublik als der freihheitlichen Gesellschaftsform des Sozialismus ziemlich allgemein durchgesetzt. Die Losung „Alle Macht den Räten“ (...) erwies sich als so erschöpfender Ausdruck des wahren Willens der gesamten revolutionären Arbeiterschaft in allen Ländern.

In der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ findet sich ein Text zu Räteystemen, ihre Gefahren und Chancen sowie einer zu überregionaler Kooperation: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/raetesystem.html.



⁹ www.anarchismus.at/txt2/muehsam7.htm

Nur konsequent: Interne Hierarchien

Wer an das Gute von oben glaubt, ist nur konsequent, dass auch im Inneren umzusetzen. So lassen sich überall versteckte Hierarchien finden – und mitunter wird das sogar formalisiert. Darwin Dante wollte eine anarchistische Partei bilden, schön gestuft mit Gremien und Kontrollorganen.

Aus der Satzung der Partei „Basisdemokratie Jetzt/Die Libertären Basisdemokraten“

Organe der Partei sind: ... der Ortsgruppenvorstand, ... die Mandatsverwaltungsbeauftragten ... die Landes- und Kontinentalräte und den Weltrat. (§ 4)

Verwaltungsbeauftragte sind der Vorsitzende, dessen Stellvertreter, der Protokollführer und die geschäftsführenden Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes. (§ 9)

Die Aufgabe des Kontinentalrates soll die Verteilung von gewonnenen Rohstoffen bzw. die Koordination des Abbaus von Rohstoffen nach den Anforderungen der Landesräte sein. Die Aufgabe des Weltrates soll die Koordination von Hilfsprogrammen bei Natur- und Umweltkatastrophen neben der von den Landesräten und Ortsgruppen direkt eingeleiteten Hilfe sowie die Koordination von Welt-raumprojekten sein. (§ 13)

Gegentwürfe: Herrschaftskritische Positionen

So ernüchternd diese Bilanz klingt, so bleibt sie doch uneinheitlich. Mitunter treten die Widersprüchlichkeiten innerhalb der anarchistischen Texte selbst auf und zeigen damit, dass auch die einzelnen AutorInnen von Zweifeln geplagt werden, ob der schnelle Ruf nach Regeln und Kontrolle wirklich die Lösung sein könne – zumindest aus dem Blickwinkel der Anarchie. Oft stehen Anspruch und dann die Wirklichkeit des eigenen Konzeptes in einem bizarren Missverhältnis zueinander und es scheinen vor allem Mut und Kreativität zu fehlen, das Praktische aus dem Ziel abzuleiten. Dann würde nicht wie im Strafgesetzbuch die Was-wäre-wenn-Frage in Form quantifizierbarer Sanktionsgewalt beantwortet, sondern auf den Wert kommunikativer Prozesse und gesellschaftlicher Entwicklung gesetzt.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“ in der sich als anarchistisch bezeichnenden GWR, Nr. 216, Februar 1997¹⁰

Der Gedanke, daß Menschen, die die Freiheit anderer verletzen und mißachten, selber keinen Anspruch mehr auf ihre Freiheitsrechte haben, hat eine überzeugende Logik. Viele AnarchistInnen werden etwa einem Faschisten kaum Freiheitsrechte zuerkennen wollen. Ich bin da allerdings anderer Meinung. Wenn wir anderen Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht aberkennen, dann stellen wir uns über sie – was der Idee des Anarchismus widerspricht. Wir haben das Recht, unsere Freiheitsrechte zu verteidigen und ungerechte Macht anderer zurückzuweisen. Aber das anarchistische Recht legitimiert niemanden, die Freiheitsrechte anderer zu verletzen. Strafjustiz ist unvereinbar mit dem Anarchismus.

¹⁰ www.anarchismus.at/txt2/recht.htm

Verteidigung der Freiheit kann nicht bedeuten, den Gegner meiner Freiheit zu vernichten oder mir zu unterwerfen, sondern seine Macht zu begrenzen und ihn zu zwingen, die Grundsätze friedlichen Nebeneinanders einzuhalten. Die Mittel des anarchistischen Freiheitskampfes sind an diesem Ziel orientiert. Der Widerstand gegen maßlose Machtansprüche erfolgt vor allem mit Kampfmethoden die im Selbstbestimmungsrecht wurzeln: Das Recht, die Zusammenarbeit aufzukündigen und zu verweigern, also Boykott, Streik, Ziviler Ungehorsam. Weitergehend sind 'Direkte Aktionen', mit denen durch Besetzung, Blockade und Sabotage in ungerechtfertigte Eigentumsansprüche anderer eingegriffen wird. Gibt es in einer Gesellschaft einen breiten anarchistischen Grundkonsens ist gewaltfreier Widerstand wirksam genug, um das Selbstbestimmungsrecht selbst gegen Gewalt zu verteidigen.

Erich Mühsam, zitiert nach: Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trotzdem Verlag in Grafenau (S. 11 f.)

Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfügung und Selbstentschließung der Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden.

Ebenso finden sich in einigen Schriften Zweifel, ob Metastrukturen mit Machtmitteln helfen können. Offensiv formulierte das Christoph Spehr in seinen Grundlegungen zur freien Kooperation. Das wäre eigentlich ein interessantes Theoriewerk für AnarchistInnen. Diskutiert wurde es aber in herrschaftskritischen Kreisen marxistischer bis bürgerlicher Herkunft. Das mag damit zusammenhängen und/oder dazu beigetragen haben, dass Spehr Funktionär der Partei „Die Linke“ wurde und heute selbst nötig hätte, seine eigenen Bücher zu lesen. Denn längst ist er, um bei seinen Bildern zu bleiben, „Alien unter uns“. Dass sein Buch wenig LeserInnen in anarchistischen Zusammenhängen fand dürfte allerdings vornehmlich an deren Theoriefeindlichkeit oder -ferne liegen.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin

Aufgrund der Komplexität von Herrschaftsinstrumenten ist das Gewaltmonopol übergeordneter Strukturen keine Lösung; es dient denen, die auf den anderen Ebenen (denen außer der »militärischen«) Vorteile haben und zur Anwendung bringen. Auch auf den anderen Ebenen von Herrschaftsinstrumenten bringt eine Politik, die der des Gewaltmonopols entspricht, keine Lösung – wir wissen heute, dass die Verstaatlichung von produktivem Eigentum und ökonomischer Verfügung an sich keineswegs bewirkt, dass strukturelle Unterordnung verschwindet. ... (S. 35)

Eine Freiheit aber, deren Grenzen von einer übergeordneten Instanz »erkannt« und gesetzt würden, wäre totale Unfreiheit dieser Instanz gegenüber. ... (S. 43)

Die Theorie der freien Kooperation ... rät, das Recht zu verhandeln keinesfalls an irgendwelche Strukturen formalisierter Entscheidungsfindung, an irgendwelche übergeordnete Instanzen, an irgendwelche Chef- und Vordenker abzugeben. ... (S. 57)

Wenn wir also fragen: Wer entscheidet denn, was ein vergleichbarer und vertretbarer Preis für alle Beteiligten ist, eine Kooperation zu verlassen oder Kooperationsleistungen einzuschränken?, dann lautet die Antwort: Die Menschen selbst, und sie können sich dabei irren. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen. Es gibt keine Instanz, die mit absoluter Verbindlichkeit und Sicherheit an ihrer Stelle entscheiden könnte. Es gibt kein Monopol, weder auf die Theorie noch auf korrekte Schlussfolgerungen daraus. (S. 65)

Monika Grosche schrieb 2003 in „Anarchismus und Revolution“ (Syndikat A in Moers, S. 20), dass „eine anarchistische Gesellschaft ... nur auf der Basis von Freiwilligkeit beruhen“ kann. „Niemand wird gezwungen, sich ihr anzuschließen, sich zu föderieren, vielmehr geht der Anarchismus von der Macht des Beispiels aus.“ Mit vielen ihrer konkreten Vorschläge vertreten AnarchistInnen jedoch andere Theorien, z.B. für Rätssysteme (hierarchisch), Basisdemokratie oder Demokratie als System oder für Kontrolle und Sanktion als Methode. Nur wenige deutschsprachige AutorInnen haben in der Vergangenheit gewagt, einmal Entwürfe für eine Welt jenseits von Norm und Überwachung zu entwerfen. Dazu gehört bolo'bolo von P.M., der auch in anderen Werken offensiv seine Vorliebe für dynamische und unverregelte Gesellschaften benannte, und mit Abstrichen Horst Stowasser, der in einigen seiner Veröffentlichungen über die spießigen AnarchistInnen lästert, die sich immer wieder von ihrer eigenen Angst fangen lassen und dann rückwärtsgewandte Theorien und Konzepte vertreten.

Die Projektwerkstatt nutzen

Werkstätten

Alle Räume, Einrichtungen und Werkstätten in der Projektwerkstatt sind offen nutzbar, d.h. alle Menschen und Gruppen können hier werkeln, sich treffen, lesen, Bildungsveranstaltungen durchführen oder was auch immer sie wollen. Alles in den Räumen ist nutzbar und niemand muss gefragt werden. Wer also einfach auftauchen und die Dinge tun will, die er/sie/es vorhat ohne Kontakt zu anderen – auch das ist möglich!

In der Projektwerkstatt gibt es viele Räume. Sie alle haben spezifische Ausstattungen, die immer mit genutzt werden können: Biologische Untersuchungsgeräte, z.B. für Bäche und Seen (Siebe, Lupen, Mikroskope, Photometer usw.) ++ layoutwerkstatt (DTP-Computer, Bilder-/Fotoarchive, Zeichentisch) ++ Internetzugänge und Internetprogrammierung ++ Fotolabor (schwarz-weiß) ++ Holz- und Heimwerkstatt ++ Fahrradwerkstatt ++ Theaterbühne (ungeheizt) ++ Gruppenräume ++ Seminarraum mit Projektoren ++ Direct-Action-Archiv und Aktionsplattform ++ Musikraum (schallgeschützt) mit technischer Ausstattung für Fetten ++ Musikwerkstatt (Sound-PC & Co.).



www.projektwerkstatt.de/saasen

Das Doppeldogma: Gewaltfreiheit oder Militanz – ist das eine Frage?

War Heiner Geißler, der Superschlichter und Bahnbauretter von Stuttgart, CDU-Mitglied und erkennbarer Freund geordneter Staatsverhältnisse ein Militanter? Das wird wohl kaum jemand annehmen. Aber was sagt es uns, wenn ein solcher Mensch, der sonst geradezu Inbegriff eines zwar streitlustigen, aber doch eher christlich-konservativen Gutmenschen ist, Gewalt gegen Menschen als eigene Handlungsoption benennt: „Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück – und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus, dann lasse ich mich nicht anfassen, von niemandem.“ (Geißler nach seinem Attac-Beitritt im Juni 2007 mit Bezug auf den G8-Gipfel)

Geißler Satz sagt viel und wenig. Wenig deshalb, weil sein Motiv im Dunkeln blieb. Viel aber auch, weil hier etwas in Frage gestellt wurde, was meist wie ein Heiligtum behandelt wird: Das Gewaltmonopol des Staates in Einheit mit dem freiwilligen oder erzwungenen Gewaltverzicht der Untertanen. Daher hätte der Satz durchaus ein kleines Beben bei denen auslösen können, für die Geißler auftrat und warb: Attac – neben Bionade die fast offizielle Marke für eine bessere, aber geordnete und eigentlich auch gar nicht so viel andere Welt. Zwar ist die Organisation wegen ihrer offenen Strukturen ein Sammelbecken für viele politische Richtungen, aber die von den zentralen Personen und Gremien verkörperte und verkündete Hauptlinie ist doch ziemlich eindeutig so ausgerichtet. Dass das mentale Beben ausblieb, war ungewöhnlich. Meistens nämlich hat die Gewaltfrage eine paralysierende Wirkung auf politische Zusammenhänge. Kein anderes Thema führt so schnell zu erbitterten Streitdebatten, zu Ab- und Ausgrenzungen oder sogar zu Phantasien, sich mit der anderen Seite (z.B. der Polizei) zu verbünden, um die eigene Position durchzusetzen. Warum erregt Gewalt die Gemüter, während Debatten um konkrete Inhalte und Aktionsformen nur selten intensiv diskutiert werden oder schlicht gar nicht interessieren?

AnhängerInnen der Gewaltfreiheit führen verschiedene Argumente für ihre Position ins Feld. Danach soll eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichbar sein, d.h. „der Zweck heilige nicht die Mittel“. Es sei deshalb auch so wichtig, diese Frage tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen, weil es kein Mit- oder Nebeneinander von Gewaltfreiheit und Militanz geben könne. Letztere würde erstere immer kaputt machen. Andere halten Gewaltfreiheit schlicht für die wirksamste Strategie. Solche Gründe kann mensch teilen oder nicht. Auffälligste und einmalig unter den vielen Streitthemen der Politszene aber ist die Vehemenz, mit der die Gewaltfrage Emotionen weckt und spaltet, ohne jemals näher begründet zu werden. Meist steht sie wie ein Lehrsatz im Raum.

Was unter die Räder der Gewalt(freiheits)debatte kommt ...

Die Frage der Gewaltanwendung prägt viele Diskussionen und zerstört oft Willen und Chancen zur Gemeinsamkeit. Ist aber die Frage der Anwendung von Gewalt überhaupt ein derart wichtiger Knackpunkt, dass er zum Scheidepunkt werden muss? Diese Frage wird selten gestellt. Meist geraten Gewaltfreiheit oder Militanz – je nach Blickwinkel – zum Inbegriff von richtig und falsch, haben also identitätsstiftende Kraft. Die beiden Auffassungen werden zum Ausschlusskriterium. Wenn es gut läuft, gehen sich die Lager aus dem Weg. Sonst kommt es mitunter zu erbitterten Auseinandersetzungen – zumindest als mediale Zerfleischung vor, während und nach Aktionen.

Um derartige Abgrenzungen und Glaubenskampf-ähnliche Debatten zu legitimieren, müsste Militanz oder Gewaltfreiheit ein dominanter Grundsatz aller politischen Arbeit sein – also sich qualitativ von anderen Fragen, die nicht zu Abgrenzungen führen, unterscheiden. Fände sich kein Grund für diese Sonderstellung, wäre es nicht nur willkürlich, die Gewaltfrage immer wieder zum Knackpunkt zu erheben, sondern auch gefährlich. Denn die erzwungene Dominanz dieser Debatte lenkt von Anderem ab, was mindestens ebenso nötig zu diskutieren wäre, aber oft hinten runterfällt – bei Gewaltfreien, Militanten und vielen Anderen: Nämlich die Frage nach der Qualität von Aktionsformen und -vermittlung, ob nun gewaltfrei oder nicht.

- Wie sehen die Dominanzverhalten und Hierarchien in Gruppen aus, u.a. die CheckerInnen-, Männer- oder Erwachsenen- und -dominanz innerhalb von Aktionsstrategien oder Bündnissen?
- Fördern politische Positionen die Zwangsverhältnisse durch Staat oder Markt?
- Werden Kritiken oder Forderungen so stark populistisch verkürzt, dass die falsche Auslegungen hervorrufen, für rechte Gruppen anknüpfungsfähig sind u.ä.?
- Wieweit reproduzieren Aktionen mit ihrem Hang zu prominenten RednerInnen, Aufrufen im Namen von Gruppen usw. die Normen und Zurichtungen in der Gesellschaft?
- Welche Außenvermittlung hat eine Aktion? Wen erreicht sie wie und mit welchen Positionen?
- Sind die Eingriffe in den Alltag von Menschen, die jede Aktion (auch die gewaltfreie!) mit sich bringt, angemessen und sichtbar begründet?
- Wie können Vielfalt und Qualität von Aktionen verbessert werden, sowohl von der Aktionsmethode her wie auch bei der Vermittlung?

Darum wird selten überhaupt gestritten, zumindest nicht mit der Inbrunst, wie um die Gewalt. Das gilt für gewaltfreie wie für militante Gruppen gleichermaßen. Die Qualität von Aktionen leidet sichtbar darunter. Verdrängt die Fetischisierung von Militanz bzw. Gewaltfreiheit, verbunden mit Gruppenzwang und dem mangelndem Willen, sich eigene Gedanken zu Aktionsformen zu machen, eine vorantreibende Debatte um die Qualität von Aktionen?

Was ist eigentlich Gewalt?

Die Definition ist bereits eine schwierige Sache. Sie wird von Seiten gewaltfreier Aktionsgruppen fast nie genau geklärt. Und das hat Methode. Gewaltfreiheit ist nicht nur ein Ideal, sondern eine Imagefrage und identitätsstiftend für das „Wir“ der Zusammenhänge. Daher wird Gewaltfreiheit auch „verkauft“, wobei Aktionsformen je nach öffentlicher Reaktion als gewaltfrei eingemeindet oder eben ausgegrenzt werden – öffentliche Distanzierungen gewaltfreier Gruppen sind häufig, meist bekanntgemacht gegenüber der bürgerlichen Presse oder dem Staat, denen damit ein erheblicher Vorteil in der öffentlichen Interpretation verschafft wird.

Auffällig ist ein Zusammenhang zwischen Gewaltfrage und PR-Aspekten. So werden Aktionsformen gegen Atomkraft oder Gentechnik, die noch vor einigen Jahren von identitär gewaltfreien Gruppen abgelehnt wurden, heute als gewaltfrei bezeichnet – und zwar deshalb, weil sie in der Öffentlichkeit positiv rüberkamen und sich so imagemäßig gut nutzen ließen. Möglicherweise entstanden sogar dauerhafte Verschiebungen im Gewaltfreiheitsdiskurs – immer aber in der bequemen Sicherheit, sich bei Misserfolgen doch einfach distanzieren zu können. Das gilt z.B. für Gleissabotage oder Genfeldzerstörung. Diese Vorgänge machen deutlich, dass eine besondere Rolle der Gewaltfrage schon aus Definitionsproblemen kaum umsetzbar wäre.

Selbst die Gewalt gegen Menschen unterliegt ständigen Veränderungen. Der Antrieb dieser Wandlungen ist propagandistischer Art: Wahlweise als militant oder gewaltfrei werden Ereignisse dargestellt, wenn mit ihnen geworben oder durch sie abgeschreckt werden soll. Der Aufstand der Zapatistas ab 1994 in Mexiko, die Blockade der WTO-Sitzung 1999 in Seattle oder die Vertreibungen nordafrikanischer Diktatoren durch ihre protestierende Bevölkerung – im Lichte dieser epochalen Ereignisse sonnt sich jedeR gern. Und so werden die gleichen Ereignisse mal als gewaltfrei und mal als gewalttätig dargestellt. Tatsächlich waren sie Mischungen, und die AkteurInnen veränderten ihre Handlungsformen auch im Laufe der Auseinandersetzungen und je nach Notwendigkeit.

Die Debatte um Gewalt klärt den Begriff selten oder nie. Stattdessen erscheinen Gewaltfreiheit und Militanz oft als Modeworte und Label, wobei Aktionsformen je nach öffentlicher Reaktion eingemeindet oder eben ausgegrenzt werden. Zudem ist Gewalt nicht gleich Gewalt. Wer das nicht klärt, blendet einerseits Motive und Ziele des Handelns aus, zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ sowie der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Damit machen sich viele zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Unterscheidung mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung.

Gewalt (eine Bildung des althochdeutschen Verbes walten, bzw. waltan – stark sein, beherrschen) bezeichnet von seiner etymologi-

schen Wurzel her das 'Verfügenkönnen über innerweltliches Sein'. Der Begriff hebt ursprünglich also rein auf das Vermögen zur Durchführung einer Handlung ab und beinhaltet kein Urteil über deren Rechtmäßigkeit. Im heutigen Sprachgebrauch wird „Gewalt“ dagegen stark wertend verwendet. Eine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs gibt es nicht, da seine Verwendung in Abhängigkeit von dem spezifischen Erkenntnisinteresse stark variiert. Dieses Fehlen einer belastbaren Definition verursacht insbesondere Probleme bei der statistischen Erfassung von Gewaltdelikten. Assoziierte Termini sind heute vor allem Aggression, Machtmissbrauch, Körperkraft oder Zwang. Gewalt ist in diesem Sinne definiert als Einwirkung auf einen anderen, der dadurch geschädigt wird. Als Gewaltformen werden psychische oder physische, personale oder strukturelle, statische oder dynamische sowie direkte oder indirekte unterschieden. Ein enger, auch als „materialistisch“ bezeichneter Gewaltbegriff beschränkt sich auf die zielgerichtete, direkte physische Schädigung einer Person, der weiter gefasste Gewaltbegriff bezeichnet zusätzlich die psychische bzw. verbale Gewalt, teilweise auch den Vandalismus und in seinem weitesten Sinn die „strukturelle Gewalt“. Wesentliche Anwendung findet der Begriff „Gewalt“ in der Staatsphilosophie, der Soziologie und der Rechtstheorie.⁹

Aus der Definition ergeben sich bereits mehrere Schwierigkeiten für eine Praxis von Protest. Wenn alle Zwangsmomente als Gewalt gewertet würden, bliebe gar keine Handlungsoption mehr offen außer der direkten Überzeugung von Menschen, also auch der Privilegierten und MachtinhaberInnen. Das aber dürfte gerade dann, wenn kein weitergehender Handlungsdruck aufgebaut werden könnte und das der Person, die für eigene Ideen gewonnen werden soll, auch bekannt ist, selten zum Erfolg führen. Außerdem ist schon fraglich, ob der direkte Kontakt überhaupt hergestellt werden kann. Politischer Protest vermittelt sich meist über öffentliche Wirkung, mediale Berichterstattung und mitunter auch direkte Einwirkung, selten aber als Überzeugungsarbeit im netten Gesprächsrahmen. Ob gewollt oder nicht, vollziehen PolitikerInnen, Firmenleitungen und Verbandsführungen öffentlichen Druck in ihrem Verhalten nach, wenn sie das für opportun halten. Dafür bedarf es keines direkten Kontaktes. Öffentlicher Druck aber wäre nach der erweiterten Definition schon Gewalt.

Ein zweiter Problempunkt ist die Frage von Gewalt gegen Sachen. Es ist noch nicht lange her, da war diese in vielen gewaltfreien Kreisen auch verpönt. Heute ist sie weitgehend akzeptiert – obwohl jeder Angriff auf Sachen einen psychischen Druck auf die dahinterstehenden Menschen, z.B. deren EigentümerInnen, ausübt. Das ist in der Regel auch gewollt. Somit lässt sich sagen: Im erweiterten Sinne des Gewaltbegriffs ist jede politische Aktion Gewalt. Das gilt auch umgekehrt: Ob eine Polizeieinheit nun prügelt oder in der verschleiernenden Frage „Gehen Sie freiwillig?“ die Androhung von Gewalt unübersehbar enthalten ist, spielt beim erweiterten Gewaltbegriff keine Rolle. Beides ist eine Beeinflussung, die den Gegenüber zu einem Handeln bringen will, das er nicht freiwillig zeigt. Insofern bleibt zumindest in der politischen Debatte meist recht unklar, was denn eigentlich Gewalt bedeutet – und welche Protestform noch gewaltfrei ist und welche nicht mehr.

⁹ Quelle dieses Absatzes einschl. der Links: www.bastardserver.cz/de/Anarchismus

Trotzdem: Gewalt als zentraler Punkt – pro und contra

Es mag viele Gründe geben, in den Debatten über passende oder gewollte Aktionsformen auch alle Aspekte der Wirkung von Gewalt zu diskutieren und zu berücksichtigen. Im Sinne emanzipatorischer Aktionskultur ist es auch selbstverständlich, dass Menschen für sich Grenzen ziehen, die ihren Überzeugungen, Bedenken oder vorhandenen Ängsten entsprechen. Doch aus nichts leitet sich die seltsame Überhöhung der Bedeutung der Gewaltfrage ab. Trotzdem bildet sie für viele politisch Aktive und ganze Strömungen und Verbände den zentralen Orientierungspunkt – und zwar nicht nur, wie vielleicht manche beim Lesen dieser Sätze denken mögen, auf Seiten der Gewaltfreien. Nein, auch der Militanzfetisch auf Seiten gewaltbereiter Gruppen schiebt die gleiche Frage (wenn auch mit entgegengesetzter Antwort) in den Mittelpunkt, und zwar ebenfalls identitätsstiftend. Im Folgenden sollen die Argumentationsmuster und die mit der Gewaltfrage verbundenen Hegemonialansprüche dieser zwei Strömungen aufgezeigt werden, die beide aus der Gewaltfrage einen Fetisch machen, wenn auch mit so unterschiedlichem Ergebnis.

Vergleich Gewaltfreie
Aktion und Direct Action:
www.
projektwerkstatt.
de/debatte/
kritikanlinks/
gewaltfreieaktion.html



Die Argumente pro Gewaltfreiheit – und was davon zu halten ist

Ohne Kenntnis der konkreten Situation und Rahmenbedingungen über Aktionsstrategien zu diskutieren, ist per se absurd. Denn vielen wichtigen Kriterien wie dem der Angemessenheit oder des kreativen Umgangs mit den Gegebenheiten fehlt dann der Maßstab, zudem würde das bereits beschriebene Problem verschärft, die Form zu Lasten des Inhalts überzubetonen. Das Ergebnis wären pauschale, nicht konkret begründbare Einschränkungen eigener Handlungsfähigkeit sowie dogmatische Kriterien und Grenzen der Tätigkeit. Daher soll an dieser Stelle auch kein Pro und Contra von Gewaltfreiheit bzw. Militanz aufgemacht werden. Alle vielleicht irgendwann mal geltenden Punkte aufzuzählen, die für oder gegen Gewaltanwendung sprechen, wäre unmöglich – es sind zuviele. Denn je nach Situation kann sehr viel dafür sprechen, den Angriff auf Personen oder sogar auf Sachen als unangemessen, inhaltsleer, falsche Ziele vermittelnd oder zu gefährlich zu verwerfen. Es kann aber auch etliche Gründe geben, in anderen Situation anders zu entscheiden.

Hier geht es daher um die Frage, ob die Gewaltfrage so bedeutend ist, dass sie zu der oder einer der grundlegenden Fragen gemacht werden sollte, an denen sich die Frage von Aktionsstrategien oder Bündnissen entscheidet. Es beginnt mit den Argumenten, die vorgebracht werden, um Gewalt immer, überall und unabhängig von den vorgefundenen

Bedingungen und sonstigen Handlungsmöglichkeiten auszuschließen. Also auch dann (wie oft auch immer das vorkommt), wenn nichts Anderes mehr bliebe als die Wahl zwischen Feigheit (Nichtstun) und Gewalt – also der Moment, wo die vermeintliche Gewaltfreiheits-Ikone Gandhi zur Gewalt raten würde (siehe S. 260).

Pro Gewaltfreiheit, zum ersten: Der Weg muss dem Ziel entsprechen

„Wir können eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichen“, wird die Forderung nach gewaltfreier Aktion oft begründet. Gleichbedeutend wären: Der Zweck heiligt nicht die Mittel, oder: Wer gegen Gewalt ist, darf sie nicht anwenden. Dieses Argument klingt zunächst plausibel.

Aus „Gewaltfreie Aktion“, in: „Hilfreiches für Aktive“ zur Aktion 2008 in Büchel

Die Gewaltfreie Aktion zeigt sich dadurch, dass Druckmittel (Kräfte) eingesetzt werden, ohne physische Gewalt anzuwenden oder anzu-drohen. ... Grundhaltung ist die absolute Achtung der menschlichen Person. Die angewendeten Methoden müssen mit der Grundhaltung und dem Ziel übereinstimmen. Das bedeutet sowohl den Ausschluss personenverletzender Gewalt als auch den Verzicht, den/die GegnerIn abwertend oder diskriminierend zu behandeln.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Auch in anarchosyndikalistischen Zusammenhängen wie in gewaltfreien Zusammenhängen gilt der Satz, dass das Ziel der Revolution, nämlich Freiheit und Gleichberechtigung, auch in den Mitteln dieser Revolution sich wieder finden sollen. Diese Mittel können also nicht auf Gewalt beruhen, weil Gewalt kein Ziel in einer anarchistischen Gesellschaft darstellt.

Aus Dreis, Ralf: „Anarchistische Bombenleger?!“, in: Graswurzelrevolution März 2011 (S. 17)

Wer die Mittel der Bestie, gegen die er kämpft, übernimmt, wird ein Teil von ihr.

Bei näherer Betrachtung ist alles wenig gehaltvoll. Zum einen fehlt eine Begründung der Behauptung, Weg und Ziel müssten übereinstimmen. Meist wird sie als sich selbst begründendes Axiom hingestellt, das keiner zusätzlichen Begründung bedarf. Das aber ist schon als solches fraglich, denn jede strategische Position muss hinterfragbar und zu diesem Zweck überhaupt erstmal begründet sein. Sonst wird sie zum reinen Bekenntnis, also einer religiösen Überzeugung ähnlich.

Zweitens würde die Gleichschaltung zwischen Strategien im Hier und Jetzt mit dem Verhalten in einer zukünftigen Gesellschaft zu einer seltsamen Erstarrung führen. Taktische, kreative und subversive Mittel würden weitgehend wegfallen. Eine herrschaftsfreie Welt wird vor allem eine kommunikative sein – muss dann der heutige Protest auch auf Dialoge begrenzt sein, auch wenn von den Herrschenden niemand zuhört? Ein Blick auf die Praxis der Gewaltfreien zeigt, dass sie (zum Glück) ihr Axiom von Weg und Ziel selbst nicht ernst nehmen – sie machen häufig Aktionen, die in ihrer Utopie nicht nötig, passend oder

möglich wären. Die Grundaussage, Ziel und Mittel müssten immer im Einklang stehen, führt sich nämlich schnell selbst ad absurdum, wenn sie mit anderen Inhalten gefüllt würde: Darf Umweltschutz nur auf umweltgerechte Art und Weise durchgesetzt werden? Dann dürfte es schwierig sein, überhaupt noch zu agieren, denn jeder Verbrauch von Ressourcen ist eine Umweltbeeinträchtigung. Kann eine herrschaftsfreie Welt nur erreicht werden über Strukturen, die herrschaftsfrei sind? Der Wille und Versuch dazu sind durchaus wichtig, aber ihre vorherige und vollständige Erfüllung als Voraussetzung zu nehmen für politische Aktion hieße, nicht mehr agieren zu können.

Zum Dritten widerspricht eine dogmatische Gewaltfreiheit dem Ruf nach Angemessenheit von Aktionen. Dieser wird aber auch im Lager der Gewaltfreien erhoben. Beeindruckend deutlich wurde der Widerspruch im sogenannten Aktionskonsens zu den Protesten gegen „Stuttgart 21“. Dort wurde beides gefordert: „Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel.“ Die Verbindung aber klappt nicht. Entweder ich lege eine Aktionsform dogmatisch fest oder ich entwickle sie aus den Verhältnissen vor Ort, meinen Zielen und Möglichkeiten. Eine Torte im Gesicht als symbolische Aktion kann verhältnismäßig, nicht aber gewaltfrei sein.

Emanzipatorische Positionen zu verwirklichen, ist überall wichtig – in jeder politischen Aktion, in Gruppen und im Alltag. Ihre Verwirklichung aber bereits als Voraussetzung einzufordern, macht politisch handlungsunfähig. Gewaltfreie Gruppen fordern das auch gar nicht. Sie wollen allein, dass die Gewaltfreiheit als Dogma bewertet wird.

Aus Lou Marin, „Wir kämpfen nicht für Demokratie“, in: GWR Sommer 2011 (S. 18)

Hier soll daran erinnert werden, dass der Kern sowohl der Gewaltfreiheit als auch des zivilen Ungehorsams eine – auch von Sternstein selbst immer wieder beschworene – sogenannte Ziel-Mittel-Relation ist, die sich umgangssprachlich in den Slogans „Das angestrebte Gesellschaftsziel muss sich in den angewandten Mitteln ausdrücken“ oder „Der Weg ist das Ziel“ widerspiegelt. ...

So eindeutig das klingen mag – es ist es nicht. Denn der Begriff Ziel-Mittel-Relation hat keine eindeutige Auslegung. Es wäre ebenso denkbar, daraus abzuleiten, dass das Mittel dem Ziel entsprechen muss, also geeignet sein muss, dem Ziel näher zu kommen oder es zu erreichen. Das wäre dann die Grundlogik emanzipatorischer Widerstandsstrategien, bei der Menschen selbst denken, d.h. eigene Abwägungen vornehmen statt sich einem Dogma zu unterwerfen (wie im Konzept von „Direct Action“).

Zum Vergleich siehe Ideen zu „Direct Action“ unter www.direct-action.de.vu



Pro Gewaltfreiheit, die zweite:

Gewaltfreiheit ist die wirksamste Strategie

Mit dieser oder ähnlich formulierten Aussagen wird behauptet, dass politische Wirkung von der Tatsache der Gewaltfreiheit ausgeht. Als

Beispiel wird oft M. Gandhi angeführt, ohne auf die konkreten historischen Umstände und sich nicht automatisch wiederholende Vorgänge (z.B. die Berichterstattung der Massenmedien damals) zu schauen. Tatsächlich spricht nämlich wenig dafür, dass dieses Einzelereignis beliebig verallgemeinerbar ist. Gewaltfreie Bewegungen werden eher marginalisiert – siehe z.B. oppositionelle Gruppen in Jugoslawien bzw. den ex-jugoslawischen Staaten, deren Existenz meist nicht einmal bekannt wurde, während als AkteurInnen immer wieder die verschiedenen gewaltorientierten Gruppen (NATO, jugoslawische Regierung, UCK usw.) in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Ähnliches gilt auch für den bewaffneten Widerstand international, z.B. der Zapatistas in Chiapas, die gegenüber nichtbewaffneten Aufständen wesentlich mehr Aufmerksamkeit erhielten (vergleiche z.B. die Intercontinental Caravan von indischen BäuerInnen Mitte 1999, die in der Presse und politischen Debatte kaum vorkam).

Die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre zeigen eher, dass vielfältige Aktionskonzepte die höchste Aufmerksamkeit und Mobilisierungswirkung erreichen – offenbar auch deshalb, weil dann viele Menschen ihren passenden Bezug zur Aktion finden können. Die rein militante, aber inhaltslose Aktion (z.B. 1. Mai in Berlin) ist genauso wenig geeignet, politische Wirkung zu erzeugen (wird eher als Randalie dargestellt, ohne politische Ziele transportieren zu können) wie die gewaltfreie Aktion.

Gewaltfreiheit als Ausdruck demokratischer oder rechtskonformer Gesinnung

Lässt sich durch den Verzicht auf bestimmte Formen des Protest eine ideologische Gesinnung ausdrücken? Was bedeutet es, wenn diese sich positiv auf das herrschende System bezieht – also just auf das, welches die Missstände produziert, gegen die sich der Protest richtet?

Die Fragen stehen, so absurd sie zunächst klingen, im Raum. Denn in der Tat begründen viele gewaltfreie Zusammenhänge ihren Verzicht auf Gewalt mit einem Bekenntnis zu demokratischen oder rechtsstaatlichen Vorgaben.

Aus Wolfgang Hertle, „Plädoyer für zivilen Ungehorsam“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 43)

Gewaltsame Auseinandersetzung von Demonstranten mit der Polizei hat dieselbe fatale Wirkung auf die Öffentlichkeit, ob sie entsteht, weil sich die Gegenseiten magnetisch anziehen oder ob durch gezielte Provokation: durch den spektakulären Schlagabtausch wird die Gewalt zum ausschließlichen Thema und verdeckt das ursprüngliche Anliegen. Beide Kampfparteien sehen das Unrecht nur auf der jeweiligen Gegenseite und rechtfertigen damit ihre eigenen Handlungen. ... Gewalt macht blind, ihr autoritärer Charakter steht in völligem Gegensatz zum demokratisch-gewaltfreien Ziel der Selbstbestimmung. ... Wir haben nichts zu verbergen, wollen bewusst weder Konspiration noch Vermummung. Wir stehen zu unseren Aktionen, wir wollen überzeugen und uns notfalls mit unserer ganzen Person gegen die organisierte Gewalt stellen.

Bundjugend-Hessen-Vorständler Adrian im AktivInfo Febr./
März 2001

Aus drei Gründen halte ich Aktionen gegen die Castor-Transporte dennoch für nicht in unserem Sinne:

Erstens: Wenn wir unterstellen, die Castor-Transporte seien unsicher – und sie sind es –, müssen wir das Risiko, das mit ihnen verbunden ist, nicht noch dadurch steigern, dass wir Terroristen und Systemfeinde die Möglichkeit geben, unter dem Deckmäntelchen unserer Aktionen diese Gefahr noch zu steigern. Es ist bereits geschehen, dass während Anti-Castor-Aktionen Schienen unterhöhlt wurden und ähnliches. Ich muss schon fragen: Wollen wir wirklich die Gefahr der Kernkraft demonstrieren, indem wir Unfälle provozieren? Das kann nicht sein!

Zweitens: Jeder Widerstand, den Umweltschutz und Terroristen – Systemfeinde, die dies lediglich als Scheinlegitimation nutzen – gegen die Castor Transporte leisten, führt einen Bedarf an staatlichem Aufwand zum Schutze dieser Transporte mit sich. Dies kostet Geld, und zwar das Geld aller Bürger, auch unseres. ...

Drittens: In der Regel laufen Aktionen von Umweltschützern unter dem Begriff Widerstand. Das Grundgesetz – und einzig hierauf kann man sich berufen, will man nicht den Weg der Illegalität beschreiten – spricht jedem Deutschen auch das Recht auf Widerstand zu. Widerstand allerdings lediglich gegen systemwidrige Entscheidungen oder systemfeindliche Personen, und auch das erst dann, wenn die staatlichen Organe zur Abwehr dieser Systemfeinde außerstande sind.

Dieter Rucht¹ im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)

Gewalt in unserem demokratischen Rahmen ist kontraproduktiv.

Eine pauschal legalistische Argumentation ist aus etlichen Gründen abwegig. Zum einen ist die Rechtsordnung selbst schon keine aus höheren Quellen stammende und damit übergeordnet gültige Setzung. Vielmehr ist sie Ausdruck der politischen Auffassung derer, die sich durchzusetzen vermochten. Recht ist also immer das Recht der Stärkeren. Die lebten zudem in der Vergangenheit, denn die meisten Gesetze sind recht alt. Sich auf eine solche Rechtsordnung positiv zu beziehen und eigene Handlungen diesen zu unterwerfen, bedeutet eine bedingungslose Akzeptanz der Dominanz derer, gegen die sich Protest richtet (direkt oder indirekt).

Zum anderen wäre eine allgemeine Akzeptanz so pauschal, dass sie auch die vielen Gesetze als Grundlage annimmt, die z.B. die Nationalsozialisten geschaffen haben, um die Juden aus der Gesellschaft zu drängen, und die noch immer gelten. So ist etwa das Rechtsberatungsgesetz, welches dazu diente, jüdische Anwälte an der Arbeit zu hindern, erst vor wenigen Jahren entschärft worden. Vergewaltigung in der Ehe war bis in die 90er Jahre hinein nicht strafbar, ca. ein Viertel der Strafparagrafen handelt von der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole – wer will sich auf solche Gesetze positiv beziehen? Wer Recht

¹ Zu Dieter Rucht: Er tritt ständig als unabhängiger Bewegungsforscher auf, während er tatsächlich einseitige Positionen und auch bestimmte Organisationen vertrat (wie Attac oder die Bewegungsstiftung, in denen er Funktionen innehatte). Damit konnte neben den Organisationen selbst immer noch eine schein-neutrale Person die gleichen Positionen benennen.

prinzipiell als Handlungsgrundlage setzt, spricht es heilig. Dann aber wäre nicht erklärt, warum es doch immer wieder geändert wird – immerhin in manchen Fällen aufgrund entsprechenden sozialen Protests.

Zu alledem kommt hinzu, dass keine auf der Welt gültige Rechtsordnung sich gegen Gewalt ausspricht. Vielmehr teil sie in legale und nicht legale Gewalt. Wer eine Person umbringt und damit nicht als Scherge des Staates handelt, wird eingesperrt, nach aktuellem Zeitgeist gleich mehrere Jahrzehnte mit anschließender Sicherungsverwahrung, also praktisch lebenslang. Wer hundert Menschen tötet und das in Uniform vollbringt, erhält Orden. Recht und Gewaltfreiheit haben wenig miteinander zu tun oder sind sogar das Gegenteil.

Ähnlich verhält es sich mit der Demokratie. Es sind die demokratischen Staaten, die per wirtschaftlicher Ausbeutung oder schlichtem Bombenwerfen große Teile der Erde unterworfen haben. Fast 1 Milliarde hungernde Menschen oder Millionen Hungertote sind nicht undemokratisch, sondern Wirkung demokratischen Regierungshandelns. Es ist eine Propagandalüge, dass Demokratie als Staats- oder Gesellschaftsform etwas mit der Selbstbestimmung der Bevölkerung zu tun hätte. Das ist weder im Begriff noch im Wesen oder in der Praxis der Demokratie so angelegt. Besonders absurd wird es, wenn AnarchistInnen sich auf demokratische Protestformen festlegen und das auch noch ideologisch begründen.

*Aus der Jugendzeitung „Utopia“, Ausgabe Nr. 1 / Herbst 2007²
Die Gewalt wurde von den Organisator/innen sowie von der überwältigenden Mehrheit der Anwesenden abgelehnt. Doch die Gewaltszenen beherrschten die Wahrnehmung in den Medien. Somit wurde der Protest für eine friedlichere, demokratischere, sozialere und ökologischere Welt von einigen wenigen Militanten und den Medien weniger glaubwürdig gemacht. Zudem wurde den Repressionen und Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld ein Rechtfertigungsgrund gegeben.*

Dahinter steht oft eine naive Herrschaftsanalyse. Die Macht werde gut, wenn sie gewaltfrei ausgeübt wird. Damit wird ausgeblendet, dass in einer herrschaftsförmigen Welt nicht nur die Gewalt monopolisiert ist, sondern auch der Diskurs, was Gewalt ist und welche Gewalt legitim ist. Das lässt sich nicht trennen, auch wenn zum naiven Bekenntnis zur Gewaltfreiheit an die gute, weil gewaltfreie Macht gehört: „Kein Gewaltmonopol sondern gewaltfreie, soziale Machtausübung“, phantasierte Jan Stehn in seine romantischen Anarchiewelten.³

Kommen wir zum dritten Argument: Gewalt und Militanz beeinflussen das Image politischer Aktionen

Das ist kaum zu bestreiten. Allerdings gibt es zwei gewichtige Aspekte, die dem Argument seine Relevanz nehmen. Der erste ist, dass Militanz

² Download: www.graswurzel.net/utopia/UtopiaNr1.pdf

³ Quelle: Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“

oft das öffentliche Interesse und damit eine Imagebildung überhaupt erst schafft – wenn auch in der Regel negativ. In etlichen Fällen konnte diese öffentliche Aufmerksamkeit anschließend für eine inhaltliche Debatte genutzt werden. Dass das nicht häufiger geschieht, liegt nicht an der Gewaltanwendung als solcher, sondern an Inhaltslosigkeit und Unorganisiertheit so agierender Gruppen. Eine weitere Ursache bildet die Tatenlosigkeit Anderer, die öffentliche Debatten in der Folge von Militanz nicht für die Vermittlung von Inhalten nutzen. In jedem Fall gilt, dass es heute meist um die Frage geht: Kein Image oder ein schlechtes, letzteres allerdings zunächst nur in den Augen der Herrschenden. Das ist wenig überraschend – angesichts der aktuellen Politik trifft Widerstand auf die Abwehrreaktion der zur Zeit Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Medien. Dennoch vertrat z.B. der meist als „Wissenschaftler“ auftretende Verbandsfunktionär Dieter Rucht über die Globalisierungskämpfe des Jahres 2001, die immerhin den Beginn der massiven Proteste auch in Europa darstellten und Kapitalismuskritik aus der Versenkung holten, die Auffassung, alles sei „vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet“ worden. Dem widersprach Markus Wissen, der den Gründungshype z.B. um Attac sehr wohl gerade mit der Militanz von Göteborg und Genua begründete: „Das weniger radikale globalisierungskritische Spektrum wurde nicht zuletzt durch eine praktisch gewordene radikale Kritik in das Wahrnehmungsfeld bürgerlicher Öffentlichkeit gespült.“⁴

Das zweite Gegenargument lautet, dass das öffentliche Image gar nicht das entscheidende Ziel politischer Arbeit ist, weil es sich an der Gruppe bzw. dem Verband und nicht an der Aktion festmacht. Das Image einer Gleisdemontage verändert sich nämlich nicht durch die Durchführung derselben. Die damit transportierte Forderung z.B. nach Abschaltung der Atomanlagen oder Stopp der Atommülltransporte wird nicht verdeckt. Imageverluste müssen, wenn überhaupt, die beteiligten Personen oder Gruppen in Kauf nehmen. Sie, nicht ihre Forderung, wird öffentlich diskutiert und eventuell diskreditiert. Das kann bedauerlich sein. Ein positives Image für Gruppen oder Verbände aber darf ebenso wenig Selbstzweck von politischer Aktion sein wie Ehre für die Mitwirkenden. Zudem schafft manche Distanzierung erst die öffentliche Wahrnehmung, dass Gruppen zusammenhängen, d.h. das Problem wird durch sie erst geschaffen.

Hinzu kommt, dass schon die Grundannahme, Gewalt/Militanz könnten imageschädigend sein, sehr fragwürdig ist. Wer macht Image? Wenn sich eine Gruppe z.B. durch Mitwirkung bei Anti-Kriegs- oder Anti-Castor-Aktionen bei den Herrschenden (Regierungen, Medien, Konzerne usw.) unbeliebt macht, so wäre das nur dann bedauerlich, wenn die Gruppe es als Ziel hat, dort beliebt zu sein. Das, nicht die militante Aktionsform, wäre dann zu hinterfragen.

⁴ Markus Wissen u.a., „Vom Gebrauchswert radikaler Kritik“, in: Frank Bsirske u.a., „Perspektiven!“, VSA-Verlag Hamburg 2004 (S. 203)

Aus Dieter Rucht: „Zwischen Strukturlosigkeit und Strategiefähigkeit – Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen“, in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 12, Dezember 2001, S. 358-360)⁵

... andere wurden vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet (Göteborg, Prag und Genua)

*„fang“ in Attac! Attac? in Graswurzelrevolution März 2002 (S. 2)
... nach dem militanten Desaster von Genua ...*

Graswurzelrevolution-Autor Wolfgang Sternstein in einer Polemik gegen offensive Gerichtsprozesse am 3.5.2011

Was nützt und was schadet dem Widerstand gegen S 21?

Ich war am 3. Mai bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Stuttgart gegen zwei Aktivisten wegen der Baggerbesetzung am Nordflügel. Bevor diejenigen, die meinen, sie brauchten die Kritik eines „bürgerlichen Schleimers“ nicht zu beachten, möchte ich zu bedenken geben, dass ich 35 Jahre meines Berufslebens mit gewaltfreiem Widerstand gegen Atomanlagen und Atomwaffen zugebracht habe, mehr als ein dutzendmal wegen Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Gericht stand, neunmal im Gefängnis war, weil ich die Geldstrafen nicht bezahlte, insgesamt 14 Monate. Ich weiß also, was ich sage, wenn ich feststelle, dass das, was ich als Zuhörer in der Verhandlung erlebte, mit gewaltfreiem Widerstand in der Tradition Thoreaus, Gandhis und Kings rein gar nichts zu tun hat. Ich bezweifle auch, dass Gerichtsverhandlungen wie diese den gewaltfreien Widerstand gegen Stuttgart 21 stärken und darum geht es uns doch hoffentlich.

Ich war vom Verhalten der angeklagten Aktivistin und einiger Zuhörer derart angewidert, dass ich nach einer Stunde den Gerichtssaal verließ. Ich kann deshalb nicht sagen, wie die Verhandlung ausging. Die Aktivistin, eine junge Französin, fiel der Richterin ständig ins Wort und versuchte, die Gerichtsverhandlung in ein Kasperletheater umzufunktionieren. Einige Personen unter den Zuhörern störten die Verhandlung durch Zwischenrufe sowie durch Missfallens- und Beifallsbekundungen.

Unbegreiflich war für mich allerdings auch das Verhalten der Richterin. Sie lehnte die Anträge, zwei Frauen als Rechtsbeistände zuzulassen mit dürftiger Begründung ab. Darauf legten die Angeklagten Beschwerde ein, die ebenfalls abgelehnt wurde, desgleichen ein Antrag der Aktivistin auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des Landgerichts über die Beschwerde. Ich bin ziemlich sicher, dass das Landgericht der Beschwerde stattgeben und die Verhandlung wegen Verfahrensmängeln zur Neuverhandlung an das Amtsgericht Stuttgart zurückverweisen wird.

Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten. Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand. Sie schwächen unsere Widerstandsbewegung und ich glaube nicht, dass die Angeklagten das wollen.

⁵ www.inwent.org/E%2BZ/1997-2002/ez1201-6.htm

Aus diesem Grund möchte ich an unseren Aktionskonsens erinnern und einen Abschnitt daraus zitieren: „Bei unseren Aktionen des zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln.“ Es wäre gut, wenn wir uns auch künftig an diesen Aktionskonsens halten würden.

Ein bekanntes Beispiel für die Frage, ob Militanz andere Protestformen beeinträchtigt, bot die große G8-Auftaktdemo am 2. Juni 2007 in Rostock. Machte hier das – fraglos ziemlich strategielose und blinde – Steinewerfen eine ansonsten tolle Demo kaputt? „Am 2. Juni abends hätten wir Protestierer die Fernsehschirme der Welt für uns gehabt. Statt aber über Schuldenerlass, eine gerechtere Nord/Süd-Politik bei Handel, Finanzen, Umwelt oder Ressourcennutzung zu informieren, haben die Medien Bilder von der Gewalt in Rostock um die Welt geschickt.“ So steht es im Entschuldungs-Kurier Extra 1/2007. Doch stimmt das? Ein Blick acht Jahre zurück zeigt anderes. Damals lief der G8-Gipfel auch in Deutschland, ausgerichtet in Köln. Randalen, aber auch – typisch für deutsche soziale Bewegung – kreative Aktionen waren Fehlanzeige. Stattdessen dominierten Herumlatschen, Zuhören bei wichtigen Leuten in organisations-quotierter Reihenfolge das Hochhalten von Werbeschildern für eigene Verbände. Resonanz: Null. Die Randalen acht Jahre später in Rostock war inhaltsleer und langweilig. Der Rest der Demo auch. Die Randalen verdrängte also keine Inhalte, weil diese auf allen Seiten ebenso fehlte wie interessante Aktionen!

Etwas anderes ist noch wichtig: Alles beeinflusst sich. Das Argument zieht deshalb grundsätzlich nicht. Nicht allzu selten ist es sogar genau umgekehrt: Die zähe Debatte um Gewaltfreiheit, verbunden mit einem Hegemonieanspruch der Gewaltfreien, bremst Kreativität und Handlungsfähigkeit aus. So gab es in der Vorphase der Zuspitzung um den Konflikt von „Stuttgart 21“ an vielen Orten Debatten, wie sich Militanz verhindern ließe. Statt Aktionsmethoden zu entwickeln, die Vielfalt erlauben würden (Vorbild: Streckenkonzept beim Castor), ging die Angst um. Der Anspruch der Gewaltfreien, ihre Position zur Dominanten zu machen, lastete permanent wie Blei auf der Bewegung. Ohne die Entschlossenheit vieler DemonstrantInnen hier herabwürdigen zu wollen: Ein Feuerwerk an Unberechenbarkeit und Kreativität war der Protest nicht.

Pro Gewaltfreiheit, die Vierte:

Wie es hineinruft, so schallt es heraus

Bleibt noch ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument: Gewalt erzeuge Gegengewalt. Auch das ist in vielen Fällen zutreffend. Aber ist es deshalb ein Argument? Nein, im Gegenteil: Pauschal formuliert ist die Behauptung sogar reaktionär. Was denken KleinbäuerInnen, die von bewaffneten Milizen von ihrem Land vertrieben wurden, über eine solche Parole? Oder Betroffene rassistischer oder sexistischer Gewalt? Sollen sie, um Schlimmeres zu verhüten, passiv oder nur mit gewaltfreiem

Protest die Übergriffe erleiden? Das wird wohl niemand verlangen – aber in einer pauschalen Gewaltfreiheit steckt diese Konzeption drin.

Armin Torbecke, früher Aktivist in der Jugendumweltbewegung, später im esoterischen Lebensgarten Steyerberg, in: GrünDerZeit Februar 2002 (S. 14)

Um zu erreichen, dass die eigenen Interessen erfüllt werden, ist es nicht sehr hilfreich, anderen Vorwürfe zu machen. Meist erreicht man damit das genaue Gegenteil, nämlich Ablehnung und Widerstand, statt Entgegenkommen und bereitwilliger Unterstützung. ... Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, führt nur zu noch mehr Gewalt! Das lehren die Menschheitsgeschichte und die Weisen aus allen Kulturen. Und das ist nicht der Weg der Mediation. Mediation ist meines Erachtens die tiefste Form von Demokratie und die radikalste Anarchie.

Doch auch in einer differenzierteren Form hat das Argument keine pauschale Kraft. Vielmehr muss je nach Situation und Zielrichtung abgewogen werden, was wann passend ist. Schließlich wäre nicht einmal die Position, auf keinen Fall die Gewalt der anderen Seite zu provozieren, ideologisch begründbar. Es wird meist sinnvoll sein, aber es kann auch andere Situationen geben. Gewalt, gerade wenn sie von den Herrschenden ausgeht, hat auch etwas Demaskierendes, welches in besonderen Situationen erwünscht sein kann. EinE RichterIn, der/die um sich schlägt, wäre schließlich eine bemerkenswerte Ausdrucksform der „sitzungspolizeilichen“ Alleinherrschaft, die er/sie im Gerichtssaal beansprucht.

Es ist also wie auch bei allen anderen Punkten: Die pauschale Ablehnung von Gewalt ist ein Bekenntnis und hat wenig emanzipatorischen Gehalt, weil sie den Menschen Handlungsmöglichkeiten und eigenständige Entscheidung nimmt. Es geht immer um Abwägung – und die verträgt keine Vorab-Festlegungen. Sie hat die Analyse der Situation und das gewünschte Ziel vor Augen.

Offene Fragen und blinde Flecken

Bei fast allen Menschen, die strikte Gewaltfreiheit bei politischen Aktionen für richtig halten oder der Parole anhängen, dass eine gewaltfreie Gesellschaft nur durch Gewaltfreiheit entstehen kann, lassen sich schnell erhebliche Wissenslücken nachweisen. Das Beispiel der Nachfrage „Was haben Sie gegen Beate Klarsfeld und Georg Elser?“ wurde schon erwähnt – in allen Testfällen vor der Bundespräsidentinnenkandidatur von Klarsfeld war Schweigen die Reaktion – gefolgt von der Antwort „Kenne ich nicht“ oder Nachfrage „Wer ist das?“. Ganz ähnlich fallen Nachfragen zu anderen Personen und Situationen aus, die für die Gewaltfreiheitsfrage eigentlich sehr wichtig sind. Offenbar fällt die Entscheidung für eine dogmatische Gewaltfreiheit ohne Auseinandersetzung mit dem Thema. Damit dieses Wissensdefizit nicht bleibt, sei an dieser Stelle erläutert, um wen es sich handelt.

Wikipedia zu Beate Klarsfeld⁶

Um auf die Vergangenheit des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger als NSDAP-Mitglied (PG 2633930) hinzuweisen, initiierte Beate Klar-

sfeld verschiedene öffentliche Aktionen. So rief sie ihm 1968 im Bonner Bundestag „Nazi, tritt zurück!“ zu und wurde abgeführt, aber alsbald freigelassen. Während des CDU-Parteitags in Berlin am 7. November 1968 bestieg sie das Podium, ohrfeigte Kiesinger und rief: „Nazi, Nazi!“ Sie wurde daraufhin noch an demselben Tag in einem beschleunigten Verfahren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ihre Gefängnisstrafe wurde 1969 zu vier Monaten auf Bewährung umgewandelt.

Wikipedia zu Georg Elser⁷

Johann Georg Elser (* 4. Januar 1903 in Hermaringen, Württemberg; † 9. April 1945 im KZ Dachau) war ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er verübte am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller ein Bombenattentat auf Adolf Hitler und weitere Mitglieder der NS-Führung, für das er kurz vor Kriegsende auf Hitlers Befehl hin ermordet wurde. ... Elser war früh entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er verweigerte nach 1933 den Hitlergruß und beachtete Hitlers Auftritte und zahlreiche Reden über den Volksempfänger nicht. ... Elser erkannte die Kriegsvorbereitungen und das Nachgeben der Westmächte bezüglich territorialer Forderungen des Deutschen Reichs: „Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die ‚Obersten‘, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. Durch meine Überlegungen kam ich zu der Überzeugung, dass durch die Beseitigung dieser 3 Männer andere Männer an die Regierung kommen, die an das Ausland keine untragbaren Forderungen stellen ‚die kein fremdes Land einbeziehen wollen‘ und die für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft Sorge tragen werden.“ ...

Da Hitler bekanntlich abends vor jedem Jahrestag seines gescheiterten Putschversuchs vom 9. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller eine Rede hielt, beschloss Elser, in die Säule direkt hinter dem Rednerpult eine Zeitbombe einzubauen. Er heuerte zunächst als Arbeiter in einem Steinbruch an, um sich auf diese Weise Sprengstoff zu besorgen. Im Sommer 1939 zog er nach München und mietete dort eine kleine Werkstatt. Den Nachbarn gegenüber gab er sich als Erfinder aus und konnte so unauffällig einen Zeitzünder konstruieren.

Ab Ende August 1939 suchte Elser den Bürgerbräukeller jeden Abend auf, nahm dort zunächst eine einfache Arbeitermahlzeit für 60 Pfennig zu sich und wartete eine günstige Gelegenheit ab, um sich unbemerkt in der Besenkammer zu verstecken. Dort verharrte er noch mehrere Stunden, bis das Gasthaus abgeschlossen wurde. Insgesamt 30 Nächte lang höhnte er dann in mühevoller, riskanter Kleinarbeit eine Säule aus, um die Bombe mit Zeitzünder darin zu deponieren. Die anfallenden Späne versteckte er in einem zusammengerollten Teppich. Am 8. November 1939 explodierte die Bombe exakt zu der von Elser vorgesehenen Zeit um 21:20 Uhr. Das Attentat misslang jedoch, da Hitler wegen schlechten Wetters nicht mit dem Flugzeug, sondern mit der Reichsbahn zurück nach Berlin

6 http://de.wikipedia.org/wiki/Beate_Klarsfeld. Die Unbekanntheit der oft als „Nazi-Jägerin“ bezeichneten Klarsfeld in gewaltfreien Kreisen galt zumindest bis Anfang 2012, als die Partei Die Linke Klarsfeld zu ihrer Bundespräsidenten-Kandidatin machte.

7 http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Elser

fahren musste. Er redete deshalb viel kürzer als sonst und verließ den Saal 13 Minuten vor der Explosion des Sprengsatzes. Dieser verwüstete den Saal, tötete acht und verletzte 63 Besucher, davon 16 schwer. Unter den Toten waren sieben Mitglieder der NSDAP.

Ab diesem Punkt ist nicht mehr einheitlich, wie die Reaktionen im Gespräch ausfallen. Nur der Tenor ist immer gleich und ähnelt der Reaktion aller, deren religiöses Bekenntnis in Frage gestellt wird: Die Argumente fehlen. So muss das irritierte Innere zur Ordnung gerufen werden. Das geht zum Beispiel mit dem Satz: „Naja, das ist ja was Anderes“ oder „Das sind aber jetzt Ausnahmen“ bzw. „Extremsituation“. Darin schwingt dann aber schon eine gewisse Anerkennung mit, dass es ganz dogmatisch wohl auch nicht sinnvoll ist. Beeindruckender ist schon eine andere Möglichkeit: „Naja, eine Ohrfeige ist ja keine Gewalt!“ Das würde der ohnehin vorhandenen Inhaltsleere des Gewaltfreiheitsbegriffs vollends den Boden entziehen. Es würde aber auch nur dazu dienen, eine Theorie zu bestätigen, für die es keine Bestätigung gibt. Im Grunde genommen folgt das Gespräch immer dem Schema, was die Satire auf alle Dogmen ist:

§ 1: Gewaltfreiheit ist immer richtig

§ 2: Ist Gewaltfreiheit mal nicht passend, tritt automatisch

§ 1 in Kraft.

Dabei hätte es ja noch etwas, wenn die ewige Debatte um Gewalt wenigstens zum analytischen Ringen um sinnvolle, wirksame und angemessene Aktionsformen beitragen könnte. Das aber tut sie regelmäßig nicht. Stattdessen wird sie dogmatisch geführt, d.h. es geht um Grenzziehung und Bekenntnis: Dafür oder dagegen, ohne Wissen um die Situation, ohne Graustufen und vor allem ohne eine klare Begründung.

Ist Gewalt gleich Gewalt?

Ein politisch inakzeptabler Fehler vieler gewaltfreier Gruppen ist ihre völlige Undifferenziertheit gegenüber verschiedenen Ausgangspunkten von Gewalt. Hier hat das Fixieren auf diesen für sie wichtigsten Punkt zu einer gleichartigen Betriebsblindheit geführt wie das bei vielen anderen Zusammenhängen auch der Fall ist, wenn z.B. Ökos, Eine-Welt-Gruppen, Fraueninitiativen u.a. auf ähnliche Weise alles nur an ihrem Thema festmachen und dabei andere politische Ziele als weniger wichtig abtun. Von Seiten gewaltfreier Gruppen ist die Losung oft: Gewaltfrei = gut, militant = schlecht (bei vielen Militanten ist es umgekehrt, was genauso plump ist). Die Ziele, die mit gewaltfreier oder militanter Aktion verfolgt werden, geraten dabei oft in den Hintergrund.

Zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ und der Gewalt, die befreiende Ziele hat sowie sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Die Positionen mitteleuropäischer gewaltfreier Ideologien wären z.B. in Diktaturen oder im Fall von Krieg oder ähnlichem krasser, direkter Unterdrückung völlig abwegig. Schon im Kleinen haben sie keinen Bestand, wenn es z.B. um das Abwehren sexistischer oder rassistischer Gewalt geht usw. Viele gewaltfreie Gruppen verteufeln Gewalt als solches. Damit machen

sie sich zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine qualitative Unterscheidung mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung, Diktatur und Aufstand.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am 10.4.2001

Greenpeace weist die heutige Darstellung ..., wonach Greenpeace-Aktivisten in Göttingen einen ICE-Zug an der Ausfahrt gehindert hätten, entschieden zurück. ... Zu dieser Aktion hatte offenbar ein „Anti-Atom-Plenum“ in Göttingen aufgerufen. Möglicherweise haben die Demonstranten behauptet, sie seien Greenpeace-Aktivisten oder Sympathisanten. Greenpeace hat mit diesen Demonstranten nichts zu tun. Greenpeace protestiert nur gezielt gewaltfrei gegen Atommüll-Transporte. Aktionen dieser Art, die gezielt Behinderungen im Personen-Verkehr verursachen, sind sinnlos und schaden den friedlichen Protesten.

Während zwischen unterwerfender und befreiender Gewalt nicht differenziert wird, unterscheiden viele Gewaltfreie plötzlich doch, wenn es um die Frage von Legalität oder die Akzeptanz einer Herrschaftsordnung geht. Gewalt, die den Herrschenden dient, hat dann schnell mehr Legitimität als die, die sich im Protest zeigt. Dann werden selbst die Sachmittel eines Aggressors zum schützenswerten Gut.

Aus der Einleitung zum Schwerpunkt „Gewaltfreie Kommunikation“ von Heinz Weinhausen, in: *Contraste* Nov. 2008 (S. 1)

Gewaltfreiheit im Sinne von Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Diese Tradition meint mehr, als keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden, und seien es auch Besatzungssoldaten. Diese meint auch mehr, als keine Gewalt gegen Sachen anzuwenden, und seien es auch Polizeiautos, mit denen der Weg des Castors nach Gorleben gesichert wird. Gewaltfreiheit geht vielmehr im Kern davon aus, dass der Mensch in der Uniform beispielweise in Offizier, auch ein Mensch ohne Uniform ist, dass er ansprechbar ist, dass er bereit ist, Verantwortung für sein Tun zu übernehmen.

Diese herrschaftsstützende Form der Akzeptanz von Ordnungsgewalt wurde schon vielfach kritisiert. Liegt es daran, dass politischer Protest und selbst große Teile anarchistischer Bewegung im deutschsprachigen Raum zutiefst bürgerlich sind und den Staat im Normalfall als Garanten ihrer Privilegien wahrnehmen? Dann wäre weniger überraschend, dass das Schwert des Staates mehr Rechtfertigung erfährt als das Aufbegehren der Unterprivilegierten.

Erich Fried

Die Gewalt herrscht dort, wo der Staat sagt: Um die Gewalt zu bekämpfen darf es keine Gewalt mehr geben außer meiner Gewalt.

Georg Orwell, zitiert nach „Freitag Nr. 41“, 5.10.2001

Leute, die durch Geld und Kanonen geschützt sind, hassen die Gewalt zu Recht und wollen nicht einsehen, dass sie Bestandteil der modernen Gesellschaft ist und ihre eigenen zarten Gefühle und edlen Ansichten nur das Ergebnis sind von Ungerechtigkeit, gestützt durch Macht.

Gewalt ist keine Gewalt, wenn die Aktion gut ankam?

Irritierend ist eine seltsame Unschärfe im Gewaltbegriff, abhängig vom Erfolg einer Aktion. Was ins Konzept der eigenen Selbstdarstellung passt, wird als gewaltfrei vereinnahmt. Was schief geht oder schlecht ankommt, gilt hingegen schneller als gewalttätig. Offenbar geht es mehr um Wohlfühlatmosphäre, plump-anbiedernde Außenwirkung, Mitglieder- und Spendensammeln als um eine analytische Position. Ein absurdes Beispiel bot ein Vorgang im September 2009: In einer Phase mit mehreren Prozessen und Verurteilungen gegen FeldbefreierInnen auf Genmais-Feldern (Aktion von Gendreck-weg 2008 bei Kitzingen) wurde das zuständige Amtsgericht mit Parolen besprüht. Vorher waren bei mehreren Prozessen krasse Rechtsbrüche von Seiten des Richters erfolgt, z.B. die härtere Bestrafung wegen fehlender Unterwürfigkeit im Prozess oder sogar die Aussperrung zweier Angeklagter von deren eigenem Prozess. Bemerkenswert war schon, dass die Rechtsstaatstreuen unter den FeldbefreierInnen den so Ausgegrenzten kaum bis keine Solidarität entgegenbrachten. Klassisch gewaltfrei-bürgerlich ist eben die

Meinung: Wer angreift, muss sich nicht wundern ...

Unbekannte besprühten dann die Gerichtswand. Es ist immer interessant, zu diskutieren, was von solchen Aktionen zu halten ist. Doch darum geht es hier nicht, sondern um die Gewaltfrage. Denn einige FeldbefreierInnen titulierte die Graffiti als Gewalt, die das Image der gewaltfreien FeldbefreierInnen kaputt mache. Moment mal ... Pflanzen auszureißen ist gewaltfrei, eine tote Mauer zu übermalen hingegen Gewalt?

Bericht in der Mainpost vom
17.9.2009 zu den Graffiti's:

[www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Kitzingen-Amtsgericht-Schmierereien-Kripo-ermittelt;art773,5292185,](http://www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Kitzingen-Amtsgericht-Schmierereien-Kripo-ermittelt;art773,5292185)



Distanzierung von
FeldbefreierInnen in der
Mainpost vom 18.9.2009:
www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Aktivisten-verurteilen-Schmierereien-am-Gericht;art773,5293925

Gewalt und Berechenbarkeit

Die Absage an Gewalt ist ein Verzicht auf eine potentielle Form der Gegenwehr. Sie dogmatisch zu verkünden, macht berechenbar und vermittelt den InhaberInnen eines Gewaltmonopols, dass Gewalt ausüben können, ohne Auflehnung in Form von Gegengewalt befürchten zu müssen. Diese Ideologie reicht in gewaltfreien Kreisen bis in die verbale Ebene hinein, d.h. Gewaltverzicht gilt dort bereits für die Kommunikation und bedeutet eine weitere Ausdehnung des Gewaltbegriffs nun auf die verbale Ebene.

Aus Johann Bauer, „Von der Konfrontation zurück zum Bitten?“,
in: GWR Januar 2010 (S. 20 f.)⁸

Was „Gewaltlosigkeit“ oder „Gewaltfreiheit“ jeweils bedeuten, ist

⁸ www.graswurzel.net/345/gfk.shtml

eine Frage der sozialen Praxis, des Handelns sozialer Bewegungen und Einzelner. In der langen Geschichte des Ungehorsams waren der sprachliche Ausdruck und die tatsächlichen Handlungsdimensionen des Widerstehens vielen Veränderungen unterworfen, ...

Gewaltfreie Kommunikation (GfK) kann als Methode je nach Situation und Willen der Beteiligten eine nützliche Methoden sein. Voraussetzung ist, dass sich die miteinander Redenden auf Augenhöhe begegnen. Sonst verwischt GfK nur das Gefälle der Macht – wie in einem Projekt zur gewaltfreien Kommunikation im Knast des Vereins Achtsamkeit und Verständigung (im Umfeld der Kommune Niederkaufungen. In den dortigen Formulierungen werden strukturelle Herrschafts- und Gewaltverhältnisse ausgeblendet, GfK erscheint blind gegenüber den bereits bestehenden Hierarchien. Es geht scheinbar immer nur um den Menschen, die Kommunikation zwischen den ihnen ist gleichberechtigt, wenn sich nur alle gewaltfrei äußern. So werden selbst Gefangener und Vollzugs-Abteilungsleiter zu Freunden.⁹ In Feedbacks schildern so „behandelte“ Gefangene: „so hab ich vorher noch nie über mich nachgedacht“ und „ich konnte meinen Vollzugs-Abteilungsleiter das erste Mal als Mensch sehen. Das Gespräch lief ganz anders und es gab Ergebnisse, die ich nicht im Traum erwartet habe.“

Aus der Selbstdarstellung der VeranstalterInnen

Wir sehen eine Strafanstalt als ein System, in der alles aufeinander einwirkt. Wir möchten mehr und mehr dazu beitragen, dass dort, wo Menschen zusammen wirken, zufriedenstellende Verbindungen zu sich und untereinander entstehen. ...

Wir werden die Justizministerien aller Länder sowie alle Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen und Hessen über diese Veranstaltung informieren. Damit wollen wir unsere Arbeit den entscheidungsbefugten Organen bekannt machen und Kontakte knüpfen.

Dass gewaltfreie Begegnung bestehende Herrschaftsverhältnisse ausblendet, wiederholt sich in unzähligen Fällen. Wer im konsensorientierten Plenum laut wird, konkrete Menschen kritisiert oder intransparente Vorentscheidungen geißelt, wird schnell zum Buhmensch. Die Etikette zählt mehr als die verborgene Hierarchien.

Verfälschte Leitfiguren: Gandhi, Jesus & Co.

Gewaltfreie beziehen sich vielfach auf Vorbilder und Vordenker. Besonders genannt: Gandhi und Jesus. Ihre Taten und Worte werden ungefragt benutzt. Wehren können sie sich nicht. Vielleicht würden sie das aber gerne. Denn ihre Worte und Taten zeigen, dass Gewaltfreiheit für sie kein Dogma war, sondern in der konkreten Situation das passende Mittel – wenn sie es wählten. Jesus, zumindest als Figur der Bibel, wusste da schon zu unterscheiden und griff, wenn es nötig war, auch zur blanken Gewalt. Und Gandhi wusste immer, dass Gewaltfreiheit Grenzen hatte und er auch Mut zur Gewalt haben müsste, wenn andere Mittel versagen würden.

⁹ Quellen unter www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

Aus dem Johannes-Evangelium 2, 13-16 in der Einheitsübersetzung:
 13 Das Paschafest der Juden war nahe und Jesus zog nach Jerusalem hinauf.

14 Im Tempel fand er die Verkäufer von Rindern, Schafen und Tauben und die Geldwechsler, die dort saßen.

15 Er machte eine Geißel aus Stricken und trieb sie alle aus dem Tempel hinaus, dazu die Schafe und Rinder; das Geld der Wechsler schüttete er aus und ihre Tische stieß er um.

16 Zu den Taubenhändlern sagte er: Schafft das hier weg, macht das Haus meines Vaters nicht zu einer Markthalle!

Satz 15 der Satyagraha-Normen von Mahatma Gandhi¹⁰

Wähle Gewalt vor Feigheit!

Du sollst immer bestrebt sein, Ahimsa zu folgen in der Bedeutung 1-14, aber in einer Lage, wo du es nicht fertig bringst, ist ein gewalttätiges Verhalten mit einem von Ahimsa erfüllten Sinn einem nichtgewalttätigen, aber aus Feigheit entstandenen Verhalten vorzuziehen.

Aus „Gandhi und der Kampf gegen den Imperialismus“¹¹

Für Gandhi bedeutete Konflikt eine Herausforderung: sich kennenlernen, Gemeinsamkeiten finden, füreinander Bedeutung haben.

Lasst uns darüber reden! Ihm war die Gewalt lieber als die Feigheit, der Konflikt, die Disharmonie lieber als gar keine Beziehung zueinander.

Die Gewaltfreiheits-IdeologInnen Reiner Steinweg und Ulrike Laubenthal starteten angesichts der Aussagen von Gandhi in ihrem Buch „Gewaltfreie Aktion“ (a.a.O., S. 184) ein Rettungsmanöver. Zunächst stellen sie richtig fest: „Diese Norm scheint eine Hintertür für die Rechtfertigung von Gewaltanwendung in besonderen Bedrohungssituationen zu öffnen.“ Dann wollen sie mit weiteren Verweisen auf Gandhis Aussagen und Handlungen aber das widerlegen. Sie erwähnen dabei selbst das weitere Zitat: „Ich glaube, dass ich, wo es nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt gibt, Gewalt empfehlen werde.“ Dann versuchen sie sich an der Rettung des Gewaltfreiheits-Dogmas: „Für Gandhi war Widerstand gegen Unrecht das zentrale Motiv. Es veranlasste ihn stets auch zu Sympathie für diejenigen, die den Widerstand mit gewalttätigen Mitteln leisteten, statt sich aus Feigheit dem Unrecht zu unterwerfen, obwohl er selbst immer den gewaltlosen Widerstand bevorzugte und niemals zu den Waffen gegriffen oder gerufen hat. Er sagt im ersten der beiden Beispiele auch nicht, die Männer hätten die Plünderer erschlagen sollen, sondern: Sie hätten nicht weglaufen dürfen. Vielleicht hätten sie eine Chance gehabt, sie zur Besinnung zu bringen, wenn sie ihr Gewissen angesprochen hätten.“ Daraus folgern sie: „Es kam ihm offensichtlich mehr auf die innere Haltung als auf den Erfolg an.“ Was hier als „offensichtlich“ bezeichnet wird, ist nichts als ein plattes Rettungsmanöver. Gandhi sprach gerade von einer Extremsituation, wo der Mut oder die Idee zum gewaltfreien Widerstand fehlt. Dann wäre Gewalt sinnvoller als Nichtstun. Steinweg und Laubenthal hingegen widerlegen sich mit ihrem Rettungsversuch selbst. Denn ihr „Vielleicht hätten sie eine Chance gehabt“ zeigt gerade die Grenzen gewaltloser

¹⁰ www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/konfliktloesung/hintergrundtexte/die-satyagraha-normen/104468/

¹¹ www.lebenshaus-alb.de/magazin/004677.html

den patriarchalen Strukturen auch in politischen Zusammenhängen oder die Forderung nach umweltgerechter Durchführung von Aktionen. Nur, ohne die Berechtigung der Forderungen absprechen zu wollen: Wenn jede Gruppe ihr Hauptanliegen zum Knackpunkt über Sein und Nichtsein machen würde, wären Bündnis-Aktionen nicht mehr möglich. Auffällig ist aber, dass Gewaltfreie die Ansprüche anderer Gruppen oft belächeln, ihren eigenen Vorschlag für eine dominante Regel aber verbissen durchzusetzen versuchen.

Gewaltfreiheit ist legitim – wenn sie eine gleichberechtigte Option unter vielen ist

Der Dominanzanspruch von Gewaltfreiheit ist nicht akzeptabel. Das ändert aber nichts daran, dass gewaltfreie Positionen legitim sind. Gerade im Sinne einer gewollten Vielfalt, d.h. die Autonomie der Gruppen stärkenden Aktionsstrategie müssen gewaltfreie Aktionen nicht nur geduldet, sondern ihnen aktiv Raum geschaffen werden, damit sie in ihrer besonderen Form auch zur Geltung kommen. Das bedeutet, Aktionsplanungen so vorzunehmen, dass Gewaltfreiheit nicht durch militante Aktionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort unkenntlich wird. Die Debatte über Sinn und Zweck von Gewaltfreiheit hat nämlich weder einen Anspruch auf Dominanz noch darf sie ignoriert werden. Sie hat den gleichen Anspruch auf Verwirklichung wie alle anderen Aktionsformen – und muss sich bei der Entscheidungsfindung über konkrete Abläufe und Orte auf die Absprachediskussion mit allen anderen einlassen. Jede Form von Dominanz ist falsch: Sowohl die der Gewaltfreien gegenüber den anderen, die in der Gewaltfrage offen sind oder die Anwendung von Gewalt zumindest bei Anderen akzeptieren, als auch umgekehrt die gegenüber den Gewaltfreien und ihren Aktionsformen. Denn schon von der Mobilisierbarkeit her schafft eine Aktionsstrategie, die verschiedene Aktionsformen zulässt, deutliche Vorteile, da sich alle Menschen mit ihren bestimmten Neigungen und Einstellungen bewusst „ihre“ Aktion aussuchen oder selbst eine entwickeln können. Der Castor-Widerstand, dessen politisch-inhaltliche Qualität damit nicht gleichzeitig gelobt werden soll, bietet dafür ein positives Beispiel.

Gut und Böse: Identitätsstiftende Kraft der Gewaltfreiheit

Wie schlecht auch immer Gewaltfreiheit begründet wird, die Verbindung des Heilsversprechens (politischer Erfolg durch Gewaltfreiheit) mit der als Verteufelung aufgezogenen Kritik der Gewalt reicht, um dem Dogma eine identitätsstiftende Kraft zu verleihen. Gelübde in Form von Selbstverpflichtungserklärungen, einprägsame Botschaften und Hasspredigten gegen das Böse gehören zum Kanon der Selbstvergewisserung. Wie bei anderen Identitäten auch, geschieht dieses zusammen mit der stabilen Bildung von Innen und Außen, also der Abgrenzung vom Andersartigen.

Erklärung der War Resisters' International, in: Graswurzelrevolution Oktober 2001 (S. 17)

Wir sind uns bewusst, dass unsere Gewaltfreiheit beinhalten muss, sich der Gewalt von Polizei und Staaten zu stellen, Gewalt gewaltfrei zu widerstehen, und Gewalt durch eine kleine Minderheit von BewegungsaktivistInnen zu verhindern.

Schweizer Bundesamt für Polizei im Juli 2001 in der Studie „Gewaltpotenzial in der Antiglobalisierungsbewegung“

Den Anliegen und der Dialogbereitschaft der erklärt gewaltlosen Akteure innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung muss mehr Beachtung geschenkt werden. Sie sollten in ihrer Abgrenzung gegen die gewaltbereiten Gruppen aktiver unterstützt werden.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am 2.4.2001

Die friedlichen Anti-Castor-Demonstranten im Wendland – und das waren 95 Prozent – haben mit der kleinen, gewaltbereiten Minderheit von Protestierenden nichts zu tun.

Horst-Eberhard Richter in der Werbezeitung von attac, Beilage zur Jungen Welt 5.10.2001

Die gewaltträchtigen Begleiterscheinungen bei ihren Auftritten in Seattle, Göteborg und Genua haben davon abgelenkt, dass die schnell wachsende Kerngruppe der Kritiker, in der Organisation Attac vernetzt, sich im allgemeinen Unbehagen über eine internationale Unordnung vereint hat, die ...

Wuppertaler Rundschau am Mittwoch, 28. August 2002

Die Initiatoren des „Wuppertaler Bündnisses gegen Krieg“ legen Wert darauf, den feierlichen Rahmen der Gelöbnisveranstaltung nicht durch Trillerpfeifen oder Wurfgeschosse stören zu wollen. Allerdings wolle man sehr deutlich sichtbar gegen die Unsinnigkeit einer solchen Bundeswehr-Aktion protestieren. Falls „Autonome“ oder andere Gruppen den Boden des friedlichen Protestes verlassen wollten, werde man „sehr massiv versuchen, auf diese Demonstranten einzuwirken“.

Über Peter Wahl mit Zitat von ihm im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)

Er dringt deshalb stets auf strikt gewaltfreie Aktionsformen. Wenn einzelne Gruppen Gewaltaktionen nicht ausschließen wollen, erzwingt er eine offizielle Distanzierung. ... „Wir wollen das nicht ... man muss sich dagegen schützen ... Spinner, die so etwas machen“

Anzeige des AK Vorratsdatenspeicherung zur Demo „Freiheit statt Angst“ in Berlin am 11.10.2008, in: Junge Welt, 10.10.2008 (S. 4)

Wir, die beteiligten Organisationen und einzelnen UnterstützerInnen der Demonstration „Freiheit statt Angst“ stehen für den konstruktiven politischen Dialog. Jede Form von Gewalt erzeugt Angst, Angst verhindert Freiheit ... Um unser politisches Ansinnen möglichst nachhaltig zu vermitteln, wünschen wir uns die unbedingte Einhaltung der Friedenspflicht aller beteiligten Institutionen, Organisationen und Personen.

Aus Mathias Edler (2001): Demonstranten als „Staatsfeinde“ – „Staat“ als Feindbild?, Alte Jeetzel-Buchhandlung (S. 119)¹³

Dadurch begünstigt „x-tausendmal-quer“ unbeabsichtigt die von Politiker-, Polizei- und Medienseite vorgenommene Spaltung in „gute“ und „böse“ Demonstranten, in „gewaltfreie Bürgerinitiativler“ und „militante Autonome“. Der in den Medien und den Parlamenten

¹³ Edler war bei Erscheinen seines Buches Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg

erreichte politische Raum wird hier auf Kosten anderer Atomkraftgegner erreicht, die nicht automatisch weniger „gewaltfrei“ sein müssen als die „x-tausender“.

Es hat bereits mehrere Übergriffe von Gewaltfreien gegen vermeintlich militante AkteurInnen gegeben. Bemerkenswerterweise fallen diese oft rabiat aus und wenden Mittel an, die z.B. gegenüber den uniformierten VollstreckerInnen des Gewaltmonopols ausgeschlossen werden. Hier zeigt sich ebenso eine Scheinheiligkeit wie bei der ewigen Leier von den „kleinen Minderheiten“, die mit militanten Aktionen anderen die Schau verderben. Dieses Herunterrechnen zeugt von einer verbissenen Feindschaft gegenüber Andersdenkenden beim alles überprägenden Dogma Gewaltfreiheit.

Wie eine Religion: Gewaltfreiheit als Gesamtideologie

Mit ihrem umfassenden Anspruch trägt die Ideologie der Gewaltfreiheit religiöse Züge. Sie walzt mit getrübttem Blick über Widersprüche und offene Fragen hinweg. Sie denunziert Andersdenkende und hält den eigenen Anspruch für höherwertig als abweichende Vorlieben, Konzepte und Strategien.

Aus Gernot Jochheim (1984): „Die gewaltfreie Aktion“, Rasch & Röhring in Hamburg

Zur Definition von Gewaltfreiheit und gewaltfreier Aktion: *Die Träger von gewaltfreien Aktionen halten Personen nicht fest und verletzen niemanden, zerstören in der Regel keine Sachen, die nicht ihr Eigentum sind ... (S. 23)*

Ist doch das Wesensmerkmal der gewaltfreien Konfliktaustragung allein vom Begriff her der Verzicht auf Gewaltanwendung. ... Wo immer Menschen auf der Welt bewußt und aktiv auf gewaltfreiem Weg gesellschaftliche und politische Veränderungen erkämpfen wollen oder gewaltfreien Widerstand leisten, tun (oder taten) sie dies auf der Grundlage eines Gewaltfreiheitsverständnisses, dessen Grundsätze nicht voneinander abweichen. (S. 288 f)

Zu Sabotage und Gewalt gegen Sachen:

Was bringt ein Sabotageanschlag, selbst wenn er erfolgreich ist und großen Schaden anrichtet? Im Grunde nichts, jedenfalls nichts Gutes. ... Sabotage kann langfristig nur konspirativ gemacht werden. Konspiration aber bedingt eine möglichst vollständige Abkapselung von der Umwelt. Saboteure und Terroristen nehmen ihre Umwelt nur noch verzerrt und selektiv wahr. ... Der politische Effekt der Sabotage ist mithin eine Verhärtung der Fronten, eine Polarisierung zwischen der großen Masse der Befürworter der Atomenergie und einer radikalen Minderheit von Gegnern. (S. 113 f)

Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution. ... (S. 121)

Zu dieser Haltung gehört als Wesensmerkmal die Bereitschaft, lieber Leiden auf sich zu nehmen, als Gewalt anzuwenden. ... In keinem Fall – und mag er von der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit seines Anliegens noch so überzeugt sein – fügt der Gewaltfreie jenen, die der Verwirklichung seines Ziels entgegenstehen, Schaden zu. (S. 25)

Aus Günther Gugel: „Wir werden nicht weichen“. Erfahrungen mit Gewaltfreiheit. Eine praxisorientierte Einführung. Tübingen 1996 (S. 12-22)¹⁴

Gewaltfreies Handeln versteht sich – gerade auch in einer solchen gesellschaftlichen Situation – als ein Handeln, das an klaren sittlichen Werten orientiert ist und Beteiligungsformen für alle Bürger eröffnet.

Die wesentlichen Kennzeichen der Gewaltfreien Aktion sind:

- *der bewußte Verzicht auf den Einsatz von Gewalt gegen Personen oder Sachen;*
- *die enge Verknüpfung von Ziel (dem Abbau von Gewalt) und Mittel (dem Einsatz gewaltfreier Mittel); ...*
- *die zuverlässige Mitteilung an den Gegner, dass ausschließlich gewaltfreie Mittel angewendet werden;*
- *der Verzicht auf Geheimhaltung. Also die öffentliche Ankündigung der geplanten Aktion.*
- *die eigene Bereitschaft „zum Leiden“, d.h. Sanktionsmaßnahmen hinzunehmen; ...*

Wolfgang Sternstein: „Von Wyhl nach Brokdorf“, o.O., o.J. (S. 15)

Gewaltfreiheit ist etwas anderes als Verzicht auf physische Gewaltanwendung. Ich kann einem Menschen mit haßerfülltem Herzen begegnen, ohne ihm ein Haar zu krümmen, aber gerade dann tue ich ihm Gewalt an! Mit dem Begriff Gewaltfreiheit wird mancher Etikettenschwindel betreiben. Wer auf physische Gewaltanwendung gegenüber Menschen verzichtet, handelt noch lange nicht gewaltfrei. Das entscheidende Motiv der gewaltfreien Aktion ist die Nächstenliebe oder Feindesliebe. Ohne Feindesliebe kann es überhaupt keine gewaltfreie Aktion geben, die diesen Namen verdient.

Renate Wanie: „Neun Thesen für die Weiterarbeit nach Straßburg“, in: Friedensforum 3/09¹⁵

Renate Wanie ist seit 1987 hauptamtliche Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden. Sie bietet u.a. Workshops zum gewaltfreien deeskalierenden Eingreifen in gewaltvollen Situationen an. Schwerpunkte sind Trainings in Zivilcourage und Gewaltfreier Aktion, Konsensentscheidungsfindung, Macht »von unten« sowie Fortbildungen in gewaltfreier Konfliktaustragung. Seit 2004 ist sie als Delegierte und zeitweise als Sprecherin in der bundesweiten »Kooperation für den Frieden« aktiv. Ihre Thesen sind eine Reaktion auf die miterlebten Proteste gegen den 60. NATO-Gipfel im April 2009 in Straßburg,¹⁶ die z.T. in unkalkulierbare und gewaltvolle Angriffe eskalierten.

1. Die Zeit der Formelkompromisse ist nach Straßburg vorbei. Die Friedensbewegung ist gewaltfrei oder sie ist nicht. Ziviler Ungehorsam ist eine gewaltfreie Strategie und kein Slogan, hinter dem sich RandaliererInnen verbergen können.

2. Randalie ist keine Politik, Randalie ist Randalie. Gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Emanzipation und Freiheit werden in hochentwickelten Gesellschaften nicht über Gewalteskalationen herbeigeführt.

¹⁴ www.friedenspaedagogik.de/themen/gewaltfr/grundlag/grund__01.htm

¹⁵ www.friedenskooperative.de/fff/ff09/3-21.htm, zitiert im Buch „Gewaltfreie Aktion“

¹⁶ Die Aktionen in Straßbourg bilden selbst ein prägnantes Beispiel der Auseinandersetzung. Texte sind auf der Internetseite www.projektwerkstatt.de/debatte/gewalt__contra.html zu lesen.

3. *Gewaltfreiheit greift den staatlichen Gegner nicht dort an, wo er am stärksten ist: beim Monopol der Gewalt. Sondern dort, wo er am schwächsten ist: bei der Legitimation seiner kriegerischen Aktivitäten.*
4. *Gewaltrituale wie in Straßburg seitens der Polizei und seitens der RandaliererInnen sind Ausdruck eines männlich-chauvinistischen Handelns. Die Friedens- und Antikriegsbewegung muss diese patriarchal-militaristischen Handlungen überwinden und offen kritisieren.*
5. *Die Kritik an RandaliererInnen aus Demonstrationen heraus spaltet die Friedensbewegung nicht. Steine werfen spaltet die Friedens- und Antikriegsbewegung. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung und erleichtert ProvokateurInnen der Polizei, ihr friedloses Handwerk zu betreiben.*
6. *Die Friedensbewegung wird nicht erfolgreich durch Gewalt, sondern durch kreative und beharrliche Kritik an Gewalt und Gewaltorganisationen wie der NATO.*
7. *Heiligendamm hat neue gewaltfreie Aktionsformen auf der grünen Wiese hervorgebracht. Nach Straßburg ist über neue kreative gewaltfreie Aktionsformen innerhalb von Städten nachzudenken, die auch über Blockaden hinausgehen.*
8. *Gewaltfreie Aktionen wie auch Großdemonstrationen brauchen Vorbereitung. Dort, wo gewaltfreie Aktionen vorbereitet wurden, wie z.B. für »Heiligendamm« oder im Bündnis NATO-ZU für Straßburg, haben sie funktioniert und zu Teilerfolgen beigetragen. Wir brauchen mehr und verbindlichere Vorbereitungen.*
9. *Mobilisierungen für große internationale Events zeigen ihren Erfolg immer auch darin, Menschen für den Montag danach zu gewinnen. Die Qualität von großen Events bemisst sich darin, wie viel mehr Menschen in den nächsten Monaten aktiv werden. Hier war Straßburg ein Rückschlag.*

Leidensbereitschaft

Zur bekennnishaften Gewaltbereitschaft gehört die Hingebung an das Gute, also eine Leidensbereitschaft in Folge der eigenen Überzeugung. Damit werden Bilder an die großen Vorbilder verbunden, zu denen Jesus, Gandhi usw. gemacht wurden – unter pragmatischer Umdichtung derer tatsächlichen Positionen.

Tatsächlich wird aber von dieser Leidensbereitschaft nur wenig praktisch umgesetzt. Viele AnhängerInnen der Gewaltfreiheit sind gut situierte Bürgerliche, die – ob nun mit gewaltfrei-anarchischen Hobbyideologien oder brav-rechtstaatlich – niemals ihren hohen Lebensstandard riskieren würden. Gewaltfreiheit hat bei vielen, aber nicht allen, sehr viel mit Selbstbelugung zu tun. Sie verdeckt eine Feigheit, indem sie die Handlungsbremsen als ideologisches Konzept verkauft. Die, die ihnen diese Ideologie eintrichtern, gewinnen dadurch AnhängerInnen und GeldgeberInnen – auch darin ähnelt das Konzept dem einer Religion.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen ‘Stuttgart 21’“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)
Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne sollte „zivil“, also offen, dialogbereit und gewaltfrei sein. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung oder die Gehorsamsverweigerung ver-

hängte Sanktion klaglos hinzunehmen. ...

Selbst wenn Staat und Wirtschaft ein Projekt mit aller Macht durchsetzen wollen, werden sie am gewaltfreien Widerstand der betroffenen Bevölkerung scheitern, vorausgesetzt – und diese Bedingung ist entscheidend – sie ist bereit, den Preis zu bezahlen, den gewaltfreier Widerstand kostet.

Pro Gewalt: Notwendig oder Fetisch?

Den Gewaltfreien auf der Skala der Militanz stehen Gruppen und Strömungen gegenüber, die – wie die Gewaltfreien ihre Gewaltfreiheit – ihre Militanz als Selbstzweck sehen und ohne weitere Abwägungen und Überlegungen zu Zielen und Vermittlung von Aktionen ausleben. Die Militanz wird zum identitätsstiftenden Kristallisationspunkt der eigenen Aktivität. Das ist kein Kriterium des Militanten. So wie viele Menschen (auch) gewaltfreie Aktionen machen, aber deshalb nicht der Auffassung sind, diese seien allein zulässig oder seligmachend, so gibt es auch viele AktivistInnen, die bei passender Gelegenheit, um politische Außenwirkung zu erreichen oder etwas aufzuhalten, versuchen mit Sabotage oder gar Angriffen auf Menschen einzugreifen, ohne gleich die Überzeugung zu vertreten, nur der militante Kampf sei richtig und gut.

Fetisch Militanz

In der Praxis vieler militanter Gruppen zeigt sich allerdings auch ein unreflektierter Umgang mit Gewalt. Sie wird durch sprachliche Überhöhung, Kleidung und plakative Außendarstellung zum Symbol von Potenz. Klassisch gewaltfreie Methoden und viele kreative Darstellungsformen werden als „Hippiekacke“ oder ähnlich abgetan – der weit verbreitete MackerInnenkult der sich identitär gefährlich inszenierenden Gruppen trägt ein Übriges zu diesen Positionen bei. Zwar nicht von den verwendeten Codes, aber schon von der Einseitigkeit und Dogmatik ähnelt solcher Militanzkult eher dem, was auch bei gewaltfreien Strömungen dominiert: Die Aktionsmethode wird zum eigentlich Wichtigen, das Mittel heiligt die Zwecke. Fast wöchentlich lässt sich diese Orientierung im Sprachrohr militanter AktivistInnen, der in Berlin erscheinenden Zeitung „Interim“ bewundern. Dort werden anonyme BekennerInnenschreiben abgedruckt, bei denen eine inhaltliche Vermittlung nur selten vorhanden ist – wobei ein Abdruck in einer Szenezeitung auch kaum eine Öffentlichkeit erreichen dürfte. Fast legendär sind die selbst verfassten Heldengeschichten von zusammengetretenen Fahrkartensautomaten an irgendwelchen dunklen Vorort-S-Bahnhöfen, die sich für die späteren BetrachterInnen wohl kaum von plattem Vandalismus unterscheiden und so genau keine inhaltliche Vermittlung haben dürften (falls sie nicht sogar zur Akzeptanz der als Reaktion angebrachten und so besser legitimierten Überwachungskamera dienen). Fast Kultstatus hat die „radikal“, die mit – oft schlechten oder veralteten – Bastelanleitungen für Bomben und Brandsätze daherkommt, d.h. für Aktionen, die in der Praxis des überwiegend bürgerlichen oder verbal-

radikalen Protests im deutschsprachigen Raum so gut wie nie vorkommen. Ihr Status wird noch erhöht durch die absurd-aufwändige Jagd von Staatsorganen nach solchen Heften oder Nachdrucken der Anleitungen. Das Gewaltmonopol des Staates mit seinen uniformierten Truppen und der Militanzfetisch vieler AktivistInnen passen ohnehin gut zusammen. Der Staat legitimiert seine autoritäre Gewalt mit Bildern geworfener Steine, die angesichts der Panzerungen von aufstandsbekämpfender Polizei die längstens Verletztenlisten immer auf den eigenen Seiten hinterlassen. Die Militanten prahlen in ihren Geschichten ebenfalls mit Begegnungen mit „Bullen“ und inszenieren sich als x-fach überwachte Person. Das gibt Selbstwertgefühl in politischen Strömungen, deren Bedeutungslosigkeit, in einer marginalisierten, radikalen Protestszene sonst stets fühlbar wäre.

Gewalt ersetzt Sinn und Vermittlung, wird zur Qualität an sich und auch in genau dieser Dimension als wertvoll angesehen. Es soll hier keine Psychologisierung erfolgen, auch wenn alles dafür spricht, dass militante Handlungen eher Ohnmachtsgefühle kompensieren sollen als Angriff bedeuten. Die emanzipatorische Alternative wäre, mehr Handlungskompetenz zu erwerben, um durch Widerständigkeit im Alltag die permanente Ohnmacht zu überwinden. Gewalt sollte, wenn sie als notwendig angesehen wird, nicht aus eigener Hilflosigkeit sowie Mangel an Alternativen, sondern bewusst und überlegt angewendet werden.

Doch leider wird Militanz in bemerkenswert vielen Fällen zum Selbstzweck. Es geht nicht mehr darum, im Ergebnis eines abwägenden Strategiefindungsprozesses den Entschluss zu fassen, mit einem Angriff auf Material oder sogar Menschen ein bestimmtes Ziel zu erreichen, was anders nicht zu erreichen ist. Die Illusion, dass brennende Mülleimer, Barrikaden oder Flaschenwürfe auf PolizistInnen bereits als solches Ausdruck einer politischen Botschaft sind, treibt zum Handeln in diese Richtung an.

Entgegnung von John Doe auf den Gewaltfreiheits-Vordenkers
Jochen Stay in: *Jungle World*, 13.6.2007 (S. 19)

Der Autonome Werbeblock zur Prime Time hat allen anderen die Show gestohlen. Der von der Bild-Zeitung zum »Bürgerkrieg« geadelte Krawall legt sich wie ein Tränengasnebel über die Inhalte der Demonstration. Und das ist auch gut so, denn der staatsfetischistische Quark von Attac und der antiimperialistische Firlefanz aus dem gleichnamigen Block verdienen es, ohne Gehör zu bleiben.

Dabei ist der Schwarze Block im doppelten Sinne aufregend. Er hebt sich nicht nur durch seine ebenso bizarre und unterhaltsame Selbstinszenierung angenehm vom Rest ab. Neben vielen Spinnern, Pyromanen und Verkleidungskünstlern finden sich bei den Autonomen Gruppen und Personen, die mit der Systemkritik aufs Ganze gehen und gegen die Diktatur der Produktion über die Bedürfnisse das Primat der Bedürfnisse über die Produktion fordern.

Der Schwarze Block macht die Radikalität und Kompromisslosigkeit dieser Systemkritik sichtbar. Schon um der Glaubwürdigkeit willen muss das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt werden. Kollektiv wird durch die Straftat „Vermummung“ das Demonstrationsrecht gebrochen. Alleine die Formierung eines solchen Blocks ist ein Zeichen von politischem Selbstbewusstsein. Der zur Schau gestellte Unwille, sich von den Knüppelschergen verkloppen zu lassen und ge-

benenfalls zurückzuschlagen oder sogar selber anzugreifen, ist Teil einer politischen Strategie. Angriffe auf die Polizei sind Ausdruck einer Staatsfeindlichkeit, die wiederum Folge einer radikalen Gesellschaftskritik ist. Das in dieser symbolischen und trotzdem handfesten Auseinandersetzung dem einen oder anderen mitunter wehgetan wird, liegt in der Natur der Sache. Schön ist das nicht, aber mein Mitleid für Leute, die auf Befehl und für Sold andere Leute mit dem Knüppel bearbeiten, hält sich in Grenzen. Es ist eine politische Entscheidung' sich zum Werkzeug zu machen, wie es eine politische Entscheidung ist, militante Systemkritik zu betreiben. ...

Ach, es lässt sich nur schwer abstrakt über Militanz reden. In ein paar Minuten auf der Straße kann man manchmal mehr über die Verhältnisse lernen als beim jahrelangen Sitzen im Lesekreis. Da stellt man etwa schnell fest, dass ein rot-grüner Polizeiknüppel genauso wehtut wie ein schwarz-gelber. Wer nie das erotische Kribbeln beim Flambieren einer Wanne erfahren hat, wird es nie verstehen. Überhaupt, warum soll man angesichts der ungeheuren Gewalttätigkeit der Verhältnisse friedfertig bleiben? Nein, es gilt, auf die Barrikaden zu gehen und den Verhältnissen wenigstens symbolisch den Krieg zu erklären.

Jammern auf hohem Niveau: Linke Macker über militante Faschos

Noch etwas Seltsames geschieht. Zwischen den selbstkreierten HeldInnengeschichten mehr oder weniger sinnfreier Militanz erfolgt ein regelmäßiges Jammern, wenn es um die Gewalt der Falschen geht. Dann ist auch BefürworterInnen von Gewalt plötzlich das Argument billig, Gewalt als solches sei irgendwie schlimm. Das tritt regelmäßig auf, wenn Faschos gewalttätig werden. Dabei wäre eine präzise Kritik vor allem der Form und Stoßrichtung solcher Gewalt, die bei FaschistInnen keinen befreienden, sondern einen unterdrückenden Cha-

rakter hat, für eine emanzipatorische Militanzkultur von besonderem Wert – könnte doch deutlich sichtbar gemacht werden, was der Unterschied zwischen einem entschlossenen Entgegenstemmen gegen ausländInnenfreie Zonen und dem Verprügeln Nichtdeutscher ist.

Stattdessen wird selbst dann gejammert, wenn Rechte exakt die gleichen Mackersymbole wie ihre linken Pendanten benutzen, wie z.B. der Spruch „Good night left side“ als ziemlich phantasieloses Plagiat einer in gleichem Design und stylischer Männlichkeits-Kämpfersymbolik vorhandenen Antifavorlage. Lustigerweise regte sich die marxistisch-dogmatische Tageszeitung Junge Welt am 7.7.2007 (S. 5)¹⁷ just darüber auf: „Gewaltaufruf als rechtes Modeaccessoire“. Gewalt ist also per se schlimm, wenn sie von der anderen Seite kommt ...



¹⁷ www.jungewelt.de/2007/07-07/015.php

Zur Bedeutung von Militanz als Protestform

Nun sind nicht alle militanten Aktionen, bei denen Sachen oder, hierzulande ja äußerst selten, Menschen zu Schaden kommen, von Ohnmacht oder einem Selbstzweck der Gewalt angetrieben. Einige dienen auch der direkten Beendigung unerwünschter Verhältnisse und/oder der nachdrücklich-symbolischen Vermittlung von politischen Positionen oder Forderungen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

- Das Abfackeln von Bundeswehrfahrzeugen diente nicht nur der tatsächliche Behinderung militärischer Tätigkeit. Wahrscheinlich war den TäterInnen selbst klar, dass der Staat mit seinen Ressourcen die Fahrzeugflotte schnell würde ersetzen können. Die militanten Angriffe waren mit einer intensiven Kampagne gegen die Bundeswehr verbunden, so dass jedes brennende Fahrzeug neben der vorübergehenden Schwächung von Infrastruktur ein Symbol für die Kritik an Militär und Kriegsführung schuf.
- Das Zerstören von Genversuchsfeldern war, da eine Neuanlage in der laufenden Vegetationsperiode nicht so einfach möglich war wie die Neubeschaffung eines Militär-LKWs, das tatsächliche Ende des Unerwünschten, gleichzeitig aber in vielen Fällen auch Anlass für eine intensive Vermittlung der inhaltlichen Kritik an dieser Technik.
- Sabotageaktionen an Schienen, Straßen und Bahneinrichtungen begleiten jeden größeren Castortransport. Sie sind in vielen Fällen mit inhaltlicher Kritik an der Atomkraft oder Energiepolitik verbunden. „Gen“feldbesetzungen und -befreiungen sind, zusammen mit begleitenden Kampagnen zu Risiken, Herrschaftsfragen und Enthüllungen über Seilschaften, eine der politisch und praktisch erfolgreichsten militanten Kampagnen der letzten Jahre gewesen.
- Feministische Tomatenwürfe erzwangen wichtige Debatten über Mackermentalität und patriarchale Rollenverteilungen in den 68er Protesten und im damals federführenden Sozialistischen SDS. Ähnlich bekannt wurden Eierwürfe z.B. gegen Helmut Kohl oder Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen.
- Torten- und Schuhwürfe, Pudding„attentate“ oder Stinkbomben sind Angriffe auf Personen, die ihren Sinn nur in der Symbolik, d.h. mit einer intensiven Vermittlung von Inhalten entwickeln können. Die dazu passenden „Tatwerkzeuge“ wie Torte, Eier oder Pudding haben durch ihre mehrfache Anwendung in der Gesellschaft bereits eine selbstredende symbolische Funktion. Erst recht gilt das für Aktionen, bei denen das im Vordergrund stehende Symbolhafte fehlt, sondern die als inhaltsschwerer Gewaltakt gegen Ausführende der Macht für sich stehen.¹⁸ Die Ohrfeige¹⁹ von Beate Klarsfeld gegen den Bundeskanzler und Ex-Nazi Kurt-Georg

¹⁸ Sammlung von Beispielen: www.sueddeutsche.de/politik/attacken-auf-politiker-schmerzhaft-volltreffer-1.146815

¹⁹ www.ericricke.de/media/ohrfeige.html

Kiesinger,²⁰ der Farbbeutelwurf²¹ auf Joschka Fischer²² oder die Krückenattacke gegen Bundespräsident Karl Carstens.²³

Bei allen Benannten zeigte sich als besondere Stärke und Chance zur Vermittlung, wenn militante Aktionen Teil von Kampagnen sind oder zumindest mit anderen Aktionen gemischt werden. Dann vor allem kann die militante Attacke ihre Wirkung als Aufreger, Interessenswecker und damit Rahmen für eine inhaltliche Füllung voll entfalten.

Aus dem Interview mit Günther Anders, erstveröffentlicht in „natur“ (Interviewer: Manfred Bissinger)

A.: Also, ich will erst einmal – und das mag Sie vielleicht erschrecken oder auch nicht – gestehen: Obwohl ich sehr häufig als Pazifist angesehen werde, bin ich inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß mit Gewaltlosigkeit nicht mehr zu erreichen ist. Verzicht auf Tun reicht nicht als Tun. ...

Ziel darf Gewalt für uns niemals sein. Aber daß Gewalt – wenn mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden soll und nur mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden kann – unsere Methoden sein muß, das ist wohl nicht abstreitbar.

Aus dem imaginären Interview mit Günther Anders (von ihm selbst verfasst) im gleichen Buch

Gewaltlose Widerstandsaktionen ähneln nicht nur Happenings. Sie sind Happenings.

Und warum sind sie das?

Deshalb, weil Happenings verspielte Scheinakte sind und Als-Obs, die so tun, als seien sie mehr: nämlich wirkliche Aktionen oder mindestens Bastarde von Sein und Schein, von Ernst und Spiel. (S. 98) ... die Als-Ob-Täter prahlen ja noch mit ihrem Als-Ob. Sie geben ja ihre Harmlosigkeit pompös als „Humanität“ oder als Ehrfurcht oder gar als „Geist der Bergpredigt“ aus. Nichts schrecklicher übrigens, als wenn sich solche Bravheit und solcher „Mut zur Feigheit“ auf Jesus zu berufen wagt. (S. 99)

Unsere Gewaltausübung darf immer nur als Verzweiflungsmittel, immer nur als Gegengewalt, immer nur als Provisorium eingesetzt werden. (S. 102)

Gewaltlosigkeit gegen Gewalt taugt nichts. Diejenigen, die die Vernichtung von Millionen Heutiger und Morgiger, also unsere endgültige Vernichtung vorbereiten oder mindestens in Kauf nehmen, die müssen verschwinden, die darf es nicht mehr geben. (S. 104)

Auf Sie als Pazifisten kann man also nicht mehr rechnen.

Doch. Aber Frieden ist mir nicht Mittel, sondern Ziel. Und deshalb kein Mittel, weil Frieden das Ziel ist. (S. 108)

20 www.welt.de/politik/article3198422/

Beate-Klarsfeld-Nazis-jagen-Kanzler-ohrfeigen.html

21 <http://de.wikipedia.org/wiki/Farbbeutel>

22 www.tagesspiegel.de/politik/farbbeutel-und-pfiffe-gegen-joschka-fischer-proteste-bei-wahlkampfauftritt/336388.html,

Video auf <http://bibliothek.phoenix.de/videobeitrag,52.html>

23 www.zeit.de/1987/22/wie-war-das-gemeint

Ist Gewalt bei Aktionen notwendig?

Diese Frage ist von Bedeutung, weil eine Kritik des Militanten unterschiedlich ausfallen muss je nachdem, ob solche Aktionsformen notwendig oder prinzipiell ersetzbar sind. Ersetzbar wären sie, wenn mit anderen, weniger Menschen gefährdenden oder zerstörerischen Mitteln bessere, gleiche oder zumindest ausreichende Ergebnisse erzielt werden könnten. Nicht emanzipatorisch wäre, das ist bereits in der Kritik der Gewaltfreiheit erörtert worden, eine dogmatische Position, die die Aktionsmethode über die Ziele stellt – also nach dem Motto „Das Mittel heiligt die Zwecke“: Hauptsache gewaltfrei, egal wofür und mit welchem Ergebnis.

Eine Antwort auf diese Frage liefern gewaltfreie Zusammenhänge selbst: Ihnen fehlen für viele Situationen schlichtweg die Ideen für gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten. Sie bleiben bei vielen Themen einfach weg oder organisieren nur symbolische Einmalaktionen, die mitunter ihren ergänzenden Nutzen haben, oft aber auch als Begleitfolklore des Kritisierten eher eigene Ohnmacht als Handlungsfähigkeit signalisieren.

Eine völlige Leerstelle zeigt der Umgang mit bewaffneter Unterdrückung durch Regierungen, Milizen oder Einzelpersonen und -clans. Zwar gibt es Versuche, die Widerstandspotentiale gegen Regime wie den Nationalsozialismus aus gewaltfreier Sicht zu beschreiben, doch diese Texte zeigen eine große Hilflosigkeit an. Die konkrete Entwicklung zum Dritten Reich zeigt eher an, wie schnell weitgehende Handlungsunfähigkeit entsteht, wenn politischer Protest nicht in selbstorganisiert-unberechenbaren Bahnen verläuft, sondern als zentral gesteuerte Opposition, die mit der Zerschlagung ihrer Zentren weitgehend lahmgelegt werden kann. Es ist nicht nur im Bezug auf die Phase von 1933 bis 1945 bedauerlich, dass entschlossene Menschen wie Georg Elser sehr selten waren, sondern es spricht auch für sich, dass gerade diese erst seit wenigen Jahren in der Geschichtsschreibung überhaupt wahrgenommen werden: Geehrt werden neben gewalt- (und weitgehend wirkungs-)losen sowie nicht grundsätzlich herrschaftsfeindlichen Oppositionellen, bevorzugt mit christlichem Hintergrund, vor allem gewalttätige, deutsch-nationale bis faschistische Kreise.

Aus Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967), „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 30)

Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kälte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 35)

Aufgrund der Komplexität von Herrschaftsinstrumenten ist das Gewaltmonopol übergeordneter Strukturen keine Lösung; es dient denen, die auf den anderen Ebenen (denen außer der »militärischen«) Vorteile haben und zur Anwendung bringen. Auch auf den anderen Ebenen von Herrschaftsinstrumenten bringt eine Politik, die der des Gewaltmonopols entspricht, keine Lösung – wir wissen heute, dass die Verstaatlichung von produktivem Eigentum und ökonomischer Verfügung an sich keineswegs bewirkt, dass strukturelle Unterord-

nung verschwindet. Die Politik der »Zivilisierung«, typisch für das demokratische Zeitalter, ist entsprechend ambivalent: Sie mag positive Elemente einer Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten enthalten, zumeist wirkt sie jedoch negativ im Sinne einer Entwaffnung der Beherrschten, um sie desto reibungsloser den anderen Instrumenten und Ebenen von Herrschaft auszuliefern.

Aus „Thesen zur Autonomie“, in: Interim, Februar 2011

15. Die Autonomie setzt sich gegen jene zur Wehr, die ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht anerkennen. Sie sucht den Bereich der Autonomie und der Selbstbestimmung auszudehnen, indem sie alles in ihren Möglichkeiten stehende tut, um Zwangs- und Herrschaftsstrukturen zu zerstören. Sie besteht konsequent darauf, sich das Recht auf selbstbestimmtes Leben Hier und Heute zu nehmen und verteidigt es militant.

16. Mit Militanz meint Autonomie kein bestimmtes Verhältnis zur Gewalt, schon gar nicht militaristisches oder militärisches Handeln, deren blinden Kadergehorsam, Allmachts- und Unterdrückungsphantasien sie verachtet. Unter Militanz versteht sie vielmehr eine Haltung, bei der die Einzelnen trotz des Risikos persönlicher Konsequenzen entschlossen danach streben, zu einer Übereinstimmung ihrer Überzeugungen und ihres Handelns zu gelangen. So verstanden bedeutet Militanz das Gegenteil von Opportunismus und Karrierismus – sie bedeutet selbstverantwortliches, reflektiertes, entschlossenes und offensives Handeln.

17. Autonomie strebt weder Zwangs- noch Gewaltausübung an. Die gemeinsame Gestaltung selbstbestimmter und emanzipatorischer Verhältnisse ist mit Mitteln der Gewalt nicht zu haben. Doch sie weiß, dass sich ihr Kampf nicht auf Appelle und Dialoge beschränken kann, dass die Vertreter_innen des Faustrechts und der Gewalt oft keine andere Sprache verstehen als eben jene der Gewalt und es notwendig sein kann, sich ihrer zu bedienen. Dabei ist klar, dass Gewalt zur Ausübung physischen oder psychischen Zwangs, unter Verletzung des gleichen Freiheitsspielraums Aller von augenfällig anderer Qualität ist als Gewalt, die zur Selbstverteidigung und Abwehr solchen Zwangs eingesetzt wird. Die Autonomie verweigert sich dem einseitigen und undifferenzierten Gewaltbegriff der Herrschaft, der tatsächliche Gewaltverhältnisse verschleiert. Sie sucht die Ursprünge und Strukturen der Gewalt, wo diese im Verborgenen oder in institutionalisierter Form existieren, macht sie sichtbar, benennt sie und greift sie an – dabei zieht sie Sachbeschädigungen und Sabotage vor. Autonomie betreibt keinen Fetisch der Gewalt; sie erwägt jedes mal von neuem, ob Gewalt geeignet ist, eine bestehende Unterdrückung zu thematisieren, skandalisieren oder zu beenden und ob vielleicht eine andere Handlungsmöglichkeit, z.B. eine List, nicht eine ebenso gute oder bessere Wahl wäre. Sie trachtet nicht nach der Verletzung von Menschen; sucht umsichtig auszuschließen, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden. Und wie jeder Mensch, der halbwegs bei Sinnen ist, weiß sie, dass zwischen Sachbeschädigung und einem Angriff auf Menschen Welten liegen.

Kann zwischen verschiedenen Formen von Gewalt unterschieden werden?

Anders als viele AnhängerInnen von Gewaltfreiheits- oder Militanzfetisch glauben, unterliegen Sachbeschädigung und Angriffe auf Menschen aus emanzipatorischer Sicht den gleichen Kriterien, nach denen

alle Aktionsformen überlegt, geplant, durchgeführt und reflektiert werden sollten. Das reicht von Fragen zur Methodik wie Angemessenheit, inhaltlicher Vermittlung, Zielgenauigkeit und Wirksamkeit über Strategien der Kooperation und Integration in Konzepte vielfältigen Nebeneinanders verschiedener Aktionsformen bis zu Überlegungen hinsichtlich möglicher Folgen durch Repression und politische Reaktionen. Unter diesen Gesichtspunkten gilt für Angriffe auf Material oder Menschen die gesamte Spannweite von „völlig daneben“ bis zu „sehr passend“, jeweils unter den voneinander abweichenden, subjektiven Sichtweisen der konkreten AkteurInnen. Weder Gewalt noch Gewaltfreiheit genießen einen Sonderstatus. Beide lassen sich pauschal und unabhängig von der Situation weder als schlecht noch als gut hinzustellen.

Gewalt muss aber besonders intensiv dieser abwägenden, hinterfragenden Betrachtung unterworfen werden: Sie hat nämlich, das liegt in der Natur dieser Aktionsmethode, regelmäßig nicht oder nur schwer wieder rückholbare Folgen. Das ist kein Gegenargument als solches, sondern ein besonderes Signal, Militanz klug zu planen und immer kritisch zu hinterfragen. Die aktuelle Praxis militanter Aktionen erfüllt dieses regelmäßig nicht. Das Zerstören von Fensterscheiben, das Abfackeln von Autos oder das Werfen von Steinen dokumentiert immer wieder eine beeindruckende Gedankenlosigkeit. Offenbar liegt den meisten gewaltförmigen Aktionen überhaupt keine Planung und keine Vermittlungsidee zugrunde – sie entsteht aus einer bloßen Laune zur Militanz oder sogar aus einem spontanen Bedürfnis heraus, die eigene Ohnmacht in Gewalthandlungen zu kompensieren. Insofern dürfte Gewalt eher die Folge der Strategiefeindlichkeit politischer Bewegung als bewusster Entschluss sein. Das gilt aber genauso für die massenhafte Teilnahme an peinlich platten oder bevormundenden Aktionen der Gewaltfreiheit, die aus Unwillen und Unfähigkeit zu selbständiger Aktionsorganisation folgt. So bleibt festzustellen: Der Reiz gewaltfreier und militanter Aktion entsteht aus ziemlich ähnlichen Quellen!

Wo aber Angriffe auf Material oder Menschen Ergebnis eines Prozesses von Planung, Abwägung und Aneignung von Handlungskompetenz sind, kann sich Gewalt als adäquates und zielführendes Mittel darstellen. Sie ist es immer dann, wenn gar keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, Nichthandeln aber eine wesentliche Beeinträchtigung der eigenen Handlungsfähigkeit und der erwünschten Wirkung darstellen würde. Sie ist es aber auch, wenn der Gewaltverzicht eine erhebliche Verminderung der erwünschten Wirkung bedeuten würde.

Ein praktisches Beispiel auch hierfür: Im Protest gegen die Agrogenetik haben gewaltfreie Zusammenhänge von 2005 bis 2008 zu großen, symbolisch-praktischen Attacken auf Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen aufgerufen. Gegenüber den Umwelt-NGOs, die sich zum Teil sogar davon distanzieren und lieber am Gesprächstisch mit Mächtigen über politische Rahmenbedingungen (und ihre eigenen Fördergelder) verhandelten, war das schon mutig. Doch „Gendreck weg!“, das sich aus den klassischen gewaltfreien Zusammenhängen bildete, griff nur MON810 an, die Bauern gehörten. Die konnten sich

kaum wehren. Als MON810 verboten wurde, beendete „Gendreck weg!“ seine großen Aktionen. Für die hochbewachten Versuchsanlagen deutscher Agro-Gentechnik fehlte ihnen der Mut – und wahrscheinlich hätten ihre für die jährlichen „Feldbefreiungen“ zusammengetrommelten BürgerInnen eine Aktion, bei der erwartbar eine deutlich massivere Auseinandersetzung mit Bewachungspersonal oder Polizei gefolgt wäre, auch nicht mitmachen wollen.

Wer später die hochgesicherten Felder umlegte oder in anderen Fällen die notwendigerweise gut durchdachten Sabotageakte gegen Symbole oder Infrastruktur von Ausbeutung, Krieg oder Macht durchführte, ist unbekannt. Es spricht aber einiges dafür, dass es weder die AnhängerInnen der sich nur im Harmlosen aufhaltenden Gewaltfreiheit noch die der blanken und stumpfen Militanz waren.

Es ist ein riesiger Unterschied, ob eine als „terroristisch“ diffamierte, aber auch selbst in ihrer Gewaltsamkeit schwelgende Gruppe einen Arbeitgeberpräsidenten entführt, bereits da aus Desinteresse oder mangels Willen zu besserer Planung schnell mal ein paar Menschen als Kollateralschaden abknallt, um schließlich auch nichts Besseres zu wissen, als das Entführungsoffer zu erschießen (wobei die stärkere Trauer um den zuletzt Erschossenen die peinliche Neigung zur Verehrung deutsch-nationaler bis faschistischer Männer zeigt, also die Nummer mit dem 20. Juli 1944 neu aufgießt) – oder ob ein bewaffnetes Kommando (sorgsam im Vergleich zu den Kollateralopfern vorhergehender Anschläge) zunächst einen Gefängnisbau durchkämmt, alle Menschen her austreibt und dann, verbunden mit intensiver inhaltlicher Kritik, den Bau in die Luft sprengt. Es ist aus einem emanzipatorischen Verständnis von Meinungsvielfalt weiterhin zulässig, beide Aktionen abzulehnen oder gut zu finden. Aber zwischen diesen keinen Unterschied zu sehen, setzt eine bemerkenswerte Betriebsblindheit voraus. Gewalt kann, wie jede andere Aktionsform auch, schlau oder stumpf sein.

Das Nicht-Argument der Spielregeln

Angriffe auf Material oder Menschen sind, wenn sie mit emanzipatorischen Zielen erfolgen, so gut wie immer Verstöße gegen geltende Gesetze. Das Gesetz legitimiert neben dem auf seltene, persönliche Betroffenenfälle begrenzten Notwehrrecht ausschließlich Gewalt von oben, also durch VollstreckerInnen der sich offiziell aus der bestehenden Herrschaft ableitenden Gewalt. Diese besteht auf dem sogenannten Gewaltmonopol, welches festlegt, dass nur die im offiziellen System verankerte Herrschaft als Einzige auch noch direkte Gewalt ausüben darf – zusätzlich zu ihren sonstigen Privilegien. Die umfassen neben dem Zugriff auf fast unendliche personelle, materielle und finanzielle Ressourcen, dem dominanten Einfluss auf Diskurse und der Vereinnahmung als SprecherInnen des konstruierten Gemeinwillens das Setzen der Regeln. Gesetze, Normen, Verordnungen, Auflagen und Anweisungen stammen also aus der Feder derer, die auch über das Macht- und Gewaltmonopol verfügen. Zwar bilden diese Eliten angesichts ihrer Größe und Einbettung in die Gesellschaft zumindest in den modernen Demo-

kratien keine Einheit, sondern sind von internen Konkurrenzen durchzogen. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Regeln der Gewalt von denen gesetzt werden, die auch die Ausführenden der Gewalt sind bzw. diese befehligen. Das Recht ist das Recht der Stärkeren.

Daraus ergibt sich, dass die bestehenden Regeln aus emanzipatorischer Sicht, die ja die Befreiung aus der Fremdbestimmung will, keinen Wert haben. Dass sie dennoch in einer Aktionsstrategie bedacht werden müssen, folgt dem Argument des abwägenden Vorgehens, in das auch mögliche Reaktionen der MachthaberInnen und Repression einfließen. Darüber hinaus können sie aber keine Bedeutung haben. Es ist also im emanzipatorischen Sinne angemessen, wenn z.B. in autonomen Konzepten oder auch manchen Statements des zivilen Ungehorsams die Selbstbestimmung bei der Wahl der Aktionsform (wie auch des eigenen Lebensstils) über den rechtlichen Rahmen gestellt wird.

Aus Jutta Ditfurth/Rose Glaser (1987): „Die tägliche legale Verseuchung unserer Flüsse und wie wir uns dagegen wehren können“, Rasch und Röhring in Hamburg (S. 283 f.)

Uns abverlangte Dauerbekenntnisse und Distanzierungsrituale sind eine prima Methode – weil auch genug darauf reinfallen (wollen) –, um vom allgegenwärtigen Staatsterrorismus abzulenken. Damit wir nicht darauf zeigen, von wem und gegen wen die Gewalt ausgeht: gegen Asylsuchende und Flüchtlinge aus Folterländern, die schon außerhalb der Grenzen dieses reichen Landes abgewiesen werden, gegen Menschen in der Dritten Welt, gegen Erwerbslose, gegen Frauen, gegen Arme, gegen Menschen in den psychiatrischen Anstalten, gegen Lohnabhängige durch inhumane und krankmachende Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne, gegen alle Menschen durch die Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen, durch die Bedrohung mit Krebs, Waldsterben, Allergien, ..., durch sinkende Lebenserwartung und die Zunahme chronischer Krankheiten.

Ein Staat neigt dazu, immer mehr Macht anzuhäufen und einen immer größeren Gewaltapparat zu schaffen, um seine Herrschaft abzusichern. Das Gewaltmonopol des Staates zu akzeptieren heißt, ein Monopol der Gewalt zu akzeptieren, und bedeutet den Verzicht auf Widerstand, der mehr sein kann, als Protestbriefe zu schreiben oder mal was anderes zu wählen. Staatliche (Entscheidungs-)Gewalt zu dezentralisieren, an die Menschen zurückzugeben, heißt nicht, das Chaos ausbrechen zu lassen, sondern die ökologische Zerstörung und die soziale Verelendung um uns herum Schritt für Schritt zu beenden.

Perspektiven zur Gewaltfrage jenseits von Hegemonialkämpfen

Abschließend soll es um die Perspektiven gehen, die aus der Sackgasse herausführen, die mit dem Hegemonialanspruch der Gewaltfrage verbunden ist. Denn wer bestimmte Verhaltensnormierungen durchsetzen will, will Macht über die Menschen ausüben. Wenn der Staat dazu aufruft, auf Gewalt zu verzichten, dann wissen seine Vollstrecker, dass sie nicht darauf verzichten. Das ist auch vielen klar: Der Staat predigt Gewaltfreiheit und feiert Bombenattentäter, weil und auch nur wenn sie

der Nation dienen – ob in Afghanistan oder zum 20. Juli 1944. Gewaltfreiheitsdogma heißt hier schlicht Herrschaftssicherung. Doch auch in politischen Bewegungen ist die Debatte um Gewalt fast immer mit Hegemonialkämpfen verbunden. Es geht um die Dominanz über die Köpfe, die Medien und die praktische Organisation von Protest.

Für qualitativ hochwertige und passende Aktionen statt freiwilliger Selbstbeschränkung

Hier sollte weder der Gewalt noch der Gewaltfreiheit per se das Wort geredet werden. Sondern die Alternative lautet, die eigenen Aktionsformen frei und passend zur Situation zu wählen. Zudem kann es bedeuten, statt ständiger Distanzierung von Gewalt deren wichtige Bedeutung in der Geschichtsschreibung hervorzuheben und für die Aneignung emanzipatorischer und einfach kluger Aktionsmethoden ohne prinzipielle Ausschlüsse zu werben. Die Option der Militanz aber gehört dazu – unberechenbar nach außen, aber immer überlegt und hinterfragt eingesetzt von den AkteurInnen. Ob sie gezückt wird, hängt von der Situation und den Zielen ab.

Aus: Christoph Spehr, „Die Aliens sind unter uns“ (S. 184)

Wer nicht in der Lage ist, der anderen Seite weh zu tun, hat nichts Nennenswertes zu erwarten: dieser simplen Regel sind auf ihre Art alle Sektionen des Maquis gefolgt. Sie haben sich nicht ins Ghetto der „Gewaltlosigkeit“ einsperren lassen und sich darum bemüht, Fakten zu schaffen. Gewalt kann vielerlei bedeuten, vom Befreiungskrieg bis zum Streik, vom verbalen Angriff bis zum Outing, von der Enteignung bis zur Verweigerung reproduktiver Leistungen. ... Fanon betont, daß die Gegenmacht über den Aspekt der Durchsetzung hinausgeht, daß die Anwendung von Gewalt (welcher Art auch immer) eine Form der Selbstheilung ist, ein Bruch mit der eigenen Opfer-Identität, ein notwendiger Schritt, der eigenen beschädigten Identität die Erfahrung, sich wehren und ausbrechen zu können, zurückzugeben.

Für eine Protestkultur emanzipatorischer Vielfalt und Aneignung

Wirksame Aktionsstrategien sind oft Mangelware – zumal wirksam ein relativer Begriff ist, d.h. er hängt von der diskutierten Zielsetzung ab. Diese ist aber ebenfalls nur selten klar, so dass eine entsprechende Analyse der Qualität von Aktionsformen anschließend ebenfalls unterbleibt. Dieser Mangel politischer Bewegung muss überwunden, d.h. über Aktionsformen und -strategien künftig mehr und intensiver, vor allem auch als Erfolgsbewertung und bezogen auf dann folgende Aktionen diskutiert werden. Streit und Kritik sind gewollt und dienen dabei der Verbesserung von Inhalt und Strategie, nicht der Ausgrenzung.

Die meisten der in jüngster Zeit gelaufenen Aktionen und Kampagnen zeigen eher ein enormes Defizit politischer Strategie. Selbst Qualitäten, die vor zehn oder mehr Jahren schon Stand der Dinge gewesen sind, sind verloren gegangen: Pressearbeit, Informationsflüsse innerhalb von

Bündnissen usw. Diese wiederzugewinnen, ist Mindestziel. Tatsächlich muss die politische Strategieentwicklung aber darüber hinaus gehen, die eigenen Aktivitäten hinterfragen und weiterentwickeln. Besonderes Ziel wird sein, vielfältige Aktionsansätze zu schaffen, d.h. das Mit- und Nebeneinander verschiedener Aktionsformen, z.B. gewaltfreier und militanter. Es wird noch vieles entworfen und ausprobiert werden müssen, damit sich diese Vielfalt zu einer Stärke entwickelt, sich die einzelnen Aktionen gegenseitig stärken, unterstützen und insgesamt wirkungsvolle, vielfältige Strategien hervorbringen. Ein Nebeneinander von Militanz und gewaltfreier Aktion ist möglich und fördert die öffentliche Debatte – das beweisen die Castor-Auseinandersetzungen, die mit ihrem Streckenkonzept seit Jahren die große Ausnahme organisierter Vielfalt sind.

Reinhard Jessel, „Über Gewalt“ in: Junge Welt, 7.2.2009 (S. 7)
Warum sich auf Rechte berufen, die nutzlos sind, oder die man sich nicht leisten kann? Politische Phantomrechte in Anspruch zu nehmen, wie z.B. sich als Stimmvieh von einer Horde größenwahnsinniger Staubaugervertreter verarschen zu lassen oder demonstrierend am Demokratiefasching teilzunehmen und sich damit zu begnügen, zeugt unserer Meinung nicht gerade für einen kritischen Intellekt, der die Mächtigen schlecht schlafen lassen muß. Den wie bereits Carl von Clausewitz bemerkte, besteht in einer kriegerischen Auseinandersetzung ein entscheidender Vorteil darin, sich das Schlachtfeld selbst auszusuchen, und damit dem Gegner die Bedingungen seiner Reaktionen aufzuzwingen. Statt aufwendige Show-Veranstaltungen wie am Heiligendamm zu besuchen, wo Sitzblockaden aus den bürgerbewegten 80er Jahren nachgestellt werden, die anscheinend den Zweck erfüllen, einerseits Polizeieinheiten ein Gratistraining für den Bürgerkrieg zu spendieren, den wir in 20 Jahren haben werden, wenn sich nichts ändert, andererseits den Protestierern eine Stärke vorzugaukeln, die sie freilich gar nicht haben, sollte man sich eher wieder darauf konzentrieren, gezielte Aktionen an neuralgischen Punkten durchzuführen, für die es wiederum keine hunderttausend Demonstranten braucht, sondern ein paar glückliche gut Organisierte.

Doch kann mensch sich überhaupt auf Strategien festlegen, ohne die Situation zu kennen?

Heinz von Förster/Bernhard Pörksen (8. Auflage 2008), „Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“, Carl Auer in Wiesbaden (S. 154)
Worauf es ankommt ist, daß ethische Fragen nicht zurückgelehnt im Lehnstuhl besprochen werden können; sie ergeben sich in einer konkreten Situation, sie sind nicht abgehoben und losgelöst debattierbar. Natürlich bin ich auch ein Erkenntnistheoretiker und war Mitglied einer Universität, aber wenn Sie nach einer ethischen Dimension fragen, dann geht es um die Praxis, um Down-to-earth-Probleme und nicht um jene Kategorien und Begriffssysteme, die akademische Clubs und ihre Spezialisten so sehr faszinieren.

Es geht also nicht um Gewalt als solche, sondern um die Qualität. Damit gilt für die Gewaltfrage nichts anderes als für andere strategische Fragen und alle Protestformen: Für jede Aktion und jedes politische Ziel, passend zu den Rahmenbedingungen und den aktionstragenden Gruppen muss neu diskutiert werden, welche Aktionsformen sinnvoll sind.

Die Anwendung von Gewalt bzw. die Strategie der Militanz ist dabei keine dominante Fragestellung. Sie ist eine der vielen zu diskutierenden Punkte, wenn es um Aktionsformen geht – neben anderen Fragen wie der nach politischen Grundaussagen (Motto oder der Titel einer Aktion), Zeitpunkt, Ort usw. Im allgemeinen gehört die Gewaltfrage aber nicht zu den Fragen, bei denen eine Einigung auf eine einengende Strategie nötig ist, weil ohne Probleme verschiedene Stile neben- und miteinander möglich sind. Wie das jeweils erfolgen kann, welchen Abstand (zeitlich und/oder räumlich) sie eventuell zueinander halten, ist eine Frage strategischer Absprachen innerhalb vielfältiger Aktionsstrukturen. Diese Form der Vielfalt gilt für die Frage der Militanz genauso wie für viele weitere Fragen, in denen nebeneinander verschiedene Positionen bestehen können. Gruppen können diese Unterschiedlichkeit sogar benennen – wie das z.B. bei Castor-Aktionen auch gemacht wird. Dort gibt es offen dargestellt die Vielfalt mit unterschiedlichen Ansätzen in der Militanzfrage: Gruppen wie X-tausendmal quer mit ihrer dogmatischen Gewaltlosigkeit neben aggressiv-militanten Gruppen und solchen, die beide Positionen akzeptieren. „Gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand“ ist hier Tradition. Ebenso herrscht solche Vielfalt bei anderen Fragen, z.B. von der auf den Castortransport beschränkten politischen Position bis zu allgemein gesellschaftskritischen Parolen und Forderungen.

Unkalkulierbar werden und bleiben

Ein wichtiges Ziel emanzipatorischer Aktionsformen ist die kreative Unkalkulierbarkeit. Flexibilität und die Fähigkeit, Aktionsstrategien jederzeit weiterentwickeln zu können, sind wichtig. Jegliche dogmatische Selbstbeschränkung, vor allem die nach außen benannte, wird es dem mit Gewaltmonopol ausgestatteten Staat, aber auch politischen GegnerInnen leichter machen, mit den Aktionen umzugehen. Sichtbar ist das z.B. an den Strategien der Polizei. Diese haben Massendemonstrationseinsätze geübt und drängen deshalb VeranstalterInnen zu geschlossenem Auftreten (siehe Aktionen in Köln im Juni 1999 oder das Drängen der Polizei, spontane Aktionsformen wie RTS oder Critical Mass als angemeldete Demonstrationen zu organisieren). Daher sollten neue und kreative Aktionen entwickelt werden, die die auf Konformität eingestellte Polizei zur Zeit überfordern würde. Die Polizei würde aber nach einiger Zeit reagieren, d.h. die Aktionsformen müssen ständig weiterentwickelt werden. Dafür bedarf es einer Aktions- und Streitkultur, die Abweichung fördert. Denn nur aus Kreativität und Unzufriedenheit mit dem Status Quo erwächst das Neue. Hierarchien und Vereinheitlichung stehen dem ebenso im Wege wie deren RepräsentantInnen. Politische Bewegung im deutschsprachigen Raum ist durchzogen vom Festhalten an alten Verhaltensmustern, weil die den jeweiligen Eliten ihren Status bzw. ihr Einkommen sichern. Das gilt auch im anarchistischen Lager, wo Platzhirsche neuen Ideen mit Ausgrenzung, Diffamierungen und anderen schmutzigen Tricks statt offener Debatte entgegneten. Ergebnis ist die aktuelle Phantasie- und Inhaltslosigkeit

keit, die zu ein-punkt-bezogenem Aktionismus oder zur Anbiederung an Machtstrukturen (NGOs, Bewegungsagenturen, interne Hierarchien) führt.

Modelle für eine organisierte Vielfalt eigenständiger, kreativer Aktion statt geschlossener Einheiten sind selten – aber es gibt sie:

- Nachdem 1999 in Köln 30.000 Menschen in einer langweiligen Demo fast unbemerkt durch die Stadt latschten, entwickelte eine Gruppe den Slogan 1000 mal 30 statt 1 mal 30000. Idee war, Aktionen mehr auf Vielfalt und Selbstorganisation aufzubauen statt auf Masse und Geschlossenheit. Die Idee fand in der deutschen sozialen Bewegung keinen Widerhall. Dort herrschte von radikal bis angepasst Einigkeit: Hierarchie, Zentralismus und Einheitlichkeit sind gut. Nur um die Posten der Führung wird gestritten.
- In Rostock zum G8-Gipfel 2007 agierten ca. 80000 Menschen, meist jedoch als Einheit. 4000 Aktionsgruppen mit je 20 Personen hätten ein interessantes Bild abgegeben. In Seattle beruhte die Wirkung besonders auf dieser vernetzten Selbstorganisation. Ob eine Kleingruppe militant agierte oder nicht, war dort ein Nebenaspekt. Rostock war anders, ganz anders. Dabei hatte es im Vorfeld einige kleine selbstorganisierte Aktionen gegeben: Ein leerstehendes Hochhaus wurde bemalt, die Gentechfabrik in Lüsewitz tagelang attackiert, die Siegestsäule erklommen, manch Brandsatz gezündet. Doch als die Masse sich formte, verschwand all das weitgehend.
- Am bekanntesten ist das Streckenkonzept zum Castor-Widerstand. Hier verwirklichen entlang der Schienen- und Straßenkilometer unterschiedlichste Gruppen ihre Art von Widerstand. So entsteht eine bunte Mischung – und sichtbar die höchste Wirkung.

Klare Positionen benennen

Aktionen sollten klare Positionen benennen – am besten radikale, denn öffentliche Aktionen dienen der Formulierung der „reinen“, also von politisch-taktischen Überlegungen freien Forderungen. Neben dem speziellen Anlass oder Motto einer Aktion können allgemeinpolitische Positionen eingebunden werden und Grundlage von Bündnisbildung sein. Beispiele: Eine Aktion gegen einen Abschiebeknast verbunden mit der Forderung eines Abschiebestopps oder offenen Grenzen insgesamt. Die Aktion gegen den Castor-Transport verbunden mit der Forderung nach Atomausstieg, Energiewende oder Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Usw. Wenn eine solche Zielrichtung die Grundlage der Aktion ist, sollte das klare Profil auch nicht aufgegeben werden, z.B. um Organisationen zu gewinnen, die diese Positionen nicht mittragen würden. Der Mut zu klaren Positionen ist unabdingbare Grundlage politischer Wirkungsfähigkeit. Denkbar wäre erneut organisierte Vielfalt, um Abweichungen zu ermöglichen.

Fazit: Mehr Hirn!

Gewalt muss angemessen, kommunikativ und zielgenau sein, ...

Welche Gewalt ist wann angemessen? Jede politische Position oder Aktion muss diskutiert und strategisch vorbereitet werden. Ebenso kann jede Erfahrung der kritischen Analyse dienen, um Strategien weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass verschiedene Vorschläge für Aktionsformen und -inhalte eingebracht werden – gewaltfreie, militante und erst einmal einfach alle! Sowohl die Kritik an gewaltfreien Positionen, Strategien oder Dominanzen kann voranbringen als auch die an militanten Konzepten oder Verhaltensweisen. In allen Fällen ist zwar zulässig, einzufordern, dass Strategien, Positionen oder politische Zielaussagen insgesamt oder innerhalb eines Bündnisses für alle gelten sollen. Aber das wird zu begründen sein und ist nie Ausgangspunkt der Debatte – denn sonst wäre das, wenn die Trickkiste der KonsensfetischistInnen greift, nur noch *vetolos* zu ändern. Das gilt auch für die Gewalt. Wer einfordert, eine Aktion müsse insgesamt militant ablaufen, muss das aus Lage, Strategien, Möglichkeiten und Zielen heraus begründen. So gilt es für alle. Immer wird erst die Frage nach der Angemessenheit zu stellen sein: Welche Form ist wann richtig? Ist es nötig, dass Entscheidungen für alle gelten?

Es spricht vieles dafür, dass der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt die Aktionsmöglichkeiten stark einschränkt. In der Folge sind gewaltfreie Aktionsgruppen besser kalkulierbar für die Staatsmacht, deren Anwesenheit jede Aktion potentiell gewalttätig macht, weil sich der Staat nicht auf den Gewaltverzicht einlässt. Dieser ist immer einseitig. Für viele Fragestellungen sind Aktionen gar nicht mehr machbar. Gewaltfreie Aktionen haben ihre Grenze dort, wo staatliche oder sonstige Gewalt nicht mehr gewaltfrei abzuwenden ist. Der Krieg gegen Jugoslawien war nicht nur ein quantitativer Misserfolg politischer Mobilisierung, sondern auch ein qualitativer: Die gewählten Aktionsformen, stark von gewaltfreien Gruppen mit ihrem hohen Interesse an antimilitaristischen Positionen geprägt, blieben stumpf gegen eine sich routiniert abwickelnde Kriegsmaschinerie. Ob Militanz, z.B. gegen Rüstungskonzerne, Parteibüros, Ministerien usw. mehr gebracht hätte, ist fraglich – muss aber diskutierbar sein.

Es sind bereits genügend Beispiele für Gewalt gegen Menschen beschrieben worden, die überlegt und passend zur Situation wirkten. Es wäre die Frage an dogmatisch Gewaltfreie, warum sie sagen würden: Georg Elser, Beate Klarsfeld – das war falsch! Zudem sind sie nicht allein: Als Marathonläuferin Kathrine Switzer²⁴ im Jahr 1967 mit abgekürztem Vornamen an einem Marathon in Boston teilnahm, fiel das zunächst nicht auf. Die peinlich-patriarchale Männergesellschaft zeigte bis dato, dass Diskurs und Dummheit nicht nur mit gleichem Buchstaben anfangen. Sie postulierte die Gefahr, dass die Gebärmutter beim

²⁴ www.fr-online.de/sport/marathon-pionierin-kathrine-switzer--ich-wollte-zeigen--dass-frauen-das-schaffen-,1472784,10892948.html

Laufen herausfallen würde und verbot Frauen den Langlauf. Als Switzer entdeckt und von Medien sensationsgeil fotografiert wurde, stürzten sich die Veranstalter auf sie und versuchten sie, aus dem Rennen zu zerrren. Mitlaufende Männer gaben ihnen auf die Nuss. Switzer stieg zwar als Reaktion trotzdem aus, aber der Vorgang machte das Ganze berühmt und trug zum Ende der krassen Diskriminierung in diesem Bereich bei.

Vergleichen wir die Handlung von Beate Klarsfeld einmal mit der von Rosa Parks. Letztere ist (auch das wissen viele derer nicht, die sich auf Gewaltfreiheit beziehen), eine der wichtigsten Aushängeschilder gewaltfreier Aktion. Sie hatte sich geweigert, in Zeiten der Apartheid in den USA einen der für Schwarze vorgesehenen Plätze im Bus einzunehmen. Ihre Weigerung und die Reaktionen lösten die überregional wirkungsvollen Proteste der schwarzen Bürgerrechtsbewegung (mit) aus. Die Courage von Rosa Parks gilt heute als Sternstunde gewaltfreier Aktion. Ob sie das allerdings wirklich ist, lässt sich im Nachhinein nicht beurteilen. Denn dem Dogmatismus der Gewaltfreien würde sie nur entsprechen, wenn sie aus gleicher Ideologie, also einer Bekenntnis-Gewaltfreiheit erfolgt ist. Hätte Rosa Parks (vielleicht auch zusammen mit anderen) aber ihre Aktionsform überlegt und als angemessen sowie ausreichend provokativ bewertet, so wäre das konkrete Handeln einfach die Entscheidung gewesen, die von einer Personen in der konkreten Situation als sinnvoll eingestuft worden wäre – so wie Beate Klarsfeld ihre Ohrfeige als angemessen bewertet und Kiesinger eine runtergehauen hatte (was ihr erstinstanzlich ein Jahr Haft einbrachte – soviel ist deutschen RichterInnen eine symbolische Geste gegen Nazi-Täter wert!). Wenn beide Handlungen, die von Rosa Parks und die von Beate Klarsfeld, die in der jeweiligen Situation und für die ausgewählten Ziele angemessenen Formen waren, dann sind sie sich in ihrer Qualität sehr ähnlich. Die dogmatische Gewaltfreiheit würde sie aber zwei scheinbar diametral gegenüberstehenden Kategorien zuordnen. Das ist, weil es das menschliche Denken in Schubladen presst, anti-emanzipatorisch.

Die Alternative wäre die Aneignung von Knowhow, Entscheidungskompetenz, das Analysieren von Situationen und – nach einer Handlung – die kritische Reflexion, um uns in jedem Einzelfall für die angemessene, d.h. vom Grad der Intervention, von Außenwirkung und Vermittlung her passende Aktion zu entscheiden, die zudem noch repressive Folgen vermeidet. Der Mensch im emanzipatorischen Blickwinkel ist Akteur und Entscheider – aber mit analytischem Interesse, d.h. abwägend, hinterfragend und kreativ.

Aus dem Kommentar „Autonomer Krawall“, in: Junge Welt, 3.7.2007 (S. 3)²⁵

Es gab in der Vergangenheit immer wieder politisch und strategisch kluge Aktionen von autonomen Aktivistinnen und Aktivisten. Selbstbestimmt, daher der Begriff. Rostock zählt wohl nicht dazu. Eine Bundestagsabgeordnete stellte bei einer nachbereitenden Anhörung die Frage, was denn gewesen wäre, wenn Autonome die Spähpanzer der Bundeswehr angegriffen hätten. Gute Frage!

²⁵ www.jungewelt.de/2007/07-03/028.php

Leider, aber auch erwartungsgemäß, griffen die Autonomen und andere Beteiligte solche Ziele nicht an. Ihre Militanz war und ist einfach schlecht.

..., Gewaltfreiheit auch

Überlegt und reflektiert vorzugehen, gilt aber nicht nur für militante Aktionen, wenn es auch dort eine besondere Wichtigkeit hat angesichts möglicher Folgen. Gewaltfreie Aktionen wirken oft schematisch, auf bloße Massenmobilisierung und nette Sonntagsausflüge ausgerichtet. Event und Happening stehen im Mittelpunkt. Angesprochen davon fühlen sich vor allem bürgerliche Kreise, deren Leben auch ansonsten zu einer weitgehenden Routine mit überdurchschnittlichem Verdienst, Eigenheim, Erst- und Zweitauto sowie regelmäßigem Einkauf im Bioladen verkommen ist. Es wäre wichtig, wenn in diesen Kreisen wieder eigene Handlungsfähigkeit entwickelt wird. Denn emanzipatorische Veränderung ist keine Sache von Events mit bunten Einladungskarten, sondern Handarbeit überall. Je größer der Fundus angeeigneter Fähigkeiten ist, desto besser lassen sich in den konkreten Situationen Anwendungschancen nutzen. Was jeweils passt, muss nach konkreter Lage ausgewählt werden. Wer aber regelmäßig an große NGOs spendet, 1-2x im Jahr an vorgekauften Events teilnimmt und schließlich noch eine vorgedachte Protest-Email an die Bundeskanzlerin schickt, lebt alles andere als widerständig. Solch ein Protest ist perfekt eingepasst in die Normalität der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft – und das soll er auch! Emanzipatorische Widerstandskultur hingegen lebt im Alltag und in der selbstorganisierten Gruppe von Menschen, ihren Ideen und Kooperationen. Sie zehrt aus dem Wissen um Handlungsmöglichkeiten, um möglichst selten ohnmächtig oder ideenlos wegzugucken zu müssen.

In Bezug auf den Anteil der Gewalt an solcher Handlungsfähigkeit empfiehlt es sich dann, Mahatma Gandhi, endlich einmal zu lesen. Dann würde klarer, welche Rolle diese Legende der Gewaltfreien der Gewalt tatsächlich zugebilligt hat. Er war erkennbar ein Gegner der Gewalt und suchte – bekannterweise recht erfolgreich – Aktionsformen, die ohne Gewalt funktionierten. Aber er war nicht so ideologisch verblindet wie die meisten der heutigen ProphetInnen oder AnhängerInnen der dogmatischen Gewaltfreiheit, dass sein Wunsch immer in Erfüllung gehen würde. Daher räumte er in seinen Überlegungen der Gewalt einen Platz ein: Wenn es gewaltsame Lösungen gäbe und keine anderen, dann sollte die Gewalt dem Nichtstun vorgezogen werden. Gandhi kam nie an diesen Punkt oder es ist nicht überliefert bzw. die Geschichte hier passend gemacht worden, aber er wusste, dass es keine Garantie geben könne. Er hat die Gewalt nicht verteufelt, sondern als Handlungsoption belassen.

Das wäre das Mindeste, was als Update einer emanzipatorischen Gewaltfreiheit nötig wäre: Das Dogma zu verlassen und das eigene Abwägen zuzulassen. Wenn am Ende herauskommt, dass Gewaltfreien immer etwas einfällt, wie in einer konkreten Aktion Widerstand ohne

Gewalt möglich ist – umso besser. Sie würden dann aber Teil eines Nachdenkprozesses um Aktionsmöglichkeiten werden, der die Handlungskompetenz immer weiter vorantreibt. Das wäre ein wichtiger Beitrag zu Emanzipation.

Mahatma Gandhi, zitiert in Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 121)

Ist Gewalt in unserem Herzen, ist es besser, Gewalt auszuüben, als sich den Mantel der Gewaltlosigkeit umzuhängen, um unsere Impotenz zu verhüllen. Gewalt ist immer der Impotenz vorzuziehen. Ein gewalttätiger Mensch kann noch gewaltlos werden, für den Impotenten besteht solche Hoffnung nicht.

Aktions-Know-how entwickeln und aneignen

Im Zentrum emanzipatorischer Aktionskultur steht also die Aneignung von Handlungsfähigkeit. Das hilft in alle Richtungen. Es vermeidet Gewalt, weil viele der Angriffe auf Material oder Menschen eine Folge gefühlter Ohnmacht sind. Diese folgt aus mangelnder Vorbereitung und/oder fehlendem Knowhow. Viele militante Attacken strahlen eine bemerkenswerte Hilf- und Orientierungslosigkeit aus. Insofern sind die gewaltfreien Zusammenhänge schlecht beraten, mit ihren Einheitskonzepten und Instantaktionen selbst dazu beizutragen, Menschen unselbständig zu machen. Vor dem Hintergrund ihrer Jagd nach SpenderInnen und willigen MitläuferInnen ist das zwar verständlich, aber weder ein emanzipatorischer Ansatz noch stärkt es die Idee gewaltfreier Aktion.

Auch den Militanten könnte die Aneignung von mehr Aktions-Know-how nicht schaden. Denn bessere Wirkung und Effizienz würden deren Aktivität mehr Sinn und auch mehr Befriedigung verleihen. Für alle Protestformen nützlich wäre zudem das Wissen um Vermittlungsmöglichkeiten, von Medienarbeit über Kommunikationsguerilla, und verstecktem Theater bis zu Gegenöffentlichkeit z.B. eigenen Medien.

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist die Qualität: Wir brauchen eine Charmeoﬀensive für kreative, reflektierte, inhaltsreiche und direkte, also einfach „gute“ Aktion!

Mit der Aneignung und Anwendung kreativer, durchdachter und gut vermittelter Aktionen kann und sollte eine Werbung für solche Aktion einhergehen, sowohl für die Teilnahme an Protest wie auch für die Entwicklung eigener, selbstorganisierter Handlungen. Freude, nicht nur klammheimliche, über gelungene Aktivitäten – gewaltfreie wie militante –, Trainings (ruhig auch öffentliche und plakative) und viel mehr Vermittlung von Wissen und Beispielen können eine Charmeoﬀensive für das Einmischen ins öffentliche Leben bilden. Es wird Zeit, dass Sich-Wehren sowohl aus der Ecke der verbissen-einfältigen Militanz wie auch aus den zur Begleitfolklore für das Unvermeidliche verkommenen Instant- und Schafherdenmobilisierungen heraus kommt

und zu einem attraktiven, wirksamen Alltagswiderstand unbeugsamer, kreativer und abwägender Menschen wird.

Aus dem Papier des AK Vermittlung (2007): „Militante Praxis“²⁶
Militante Praxis ist anschlussfähig. Bei Plünderungen machen Dritte begeistert mit. Abschiebungen von geliebten, bekannten Menschen animieren NachbarInnen und KlassenkameradInnen zum Blockieren. Wer es wagt, Grenzen zu übertreten, Regeln zu brechen, entdeckt eine Erweiterung der eigenen Kraft. Der Horizont endet nicht mehr beim Fahrkartenschaffner. Militante Praxis vermittelt die Erfahrung dass wir Viele sind und Kontrolle verweigern können. Dadurch wird erfahrbar, dass Grenzen nicht da enden wo ein Gesetzgeber sie festlegt. Grenzen können erweitert und selbst bestimmt werden. ...

Militante Praxis ist mehr als Sachschaden anrichten oder Steine werfen! Deswegen noch einmal ausdrücklich: Es geht auch, aber nicht per se um Steine werfen, sondern darum, gesellschaftlich vorgegebene Spielregeln für politische Opposition bewußt zu brechen. Es geht darum eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, sowie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken.

1. Militante Praxis bedarf hoher Verantwortung. Menschen unterlaufen Fehler und Irrtümer. Militante Praxis muß mit Achtsamkeit geplant und ausgeübt werden.

2. Militante Praxis ist nur horizontal denkbar. Vertikale Organisation lehnen wir ab. Unser Bezugsrahmen hierfür ist, wie gesagt, der europäische Raum. Unter anderen Rahmenbedingungen muß sich Widerstand unter Umständen militärisch organisieren.

3. Den Aktionen und Planungen anderer linker politischer AkteurInnen begegnen wir mit Respekt. Mit Respekt ist ein nicht-instrumentelles Verhältnis zu Anderen gemeint. Aktionen Anderer sollen nicht für Militante Praxis vereinnahmt werden Z.B. muss in einer Bündnisdemonstration vorsichtig abgewogen werden, welche Auswirkungen eine Aktion auf das Gesamtgeschehen hat. Dies bedeutet nicht, dass daraus der Umkehrschluss aufgemacht wird, Militante Praxis sei abzulehnen und zu vermeiden, wo Planungen anderer berührt würden.

4. Auch wenn zum Geheimrezept von Massenmilitanz Spontaneität und Impulsivität gehören, läßt sie sich planen und führt so zu größerem Erfolg. Dies wird sich leider immer seltener zu Eigen gemacht.

...
 5. Die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten ist eine Grundvoraussetzung für Militante Praxis. Dazu gehört, MitaktivistInnen nicht zu verletzen; sei es durch Steinwürfe aus der 10. Reihe oder das Erzeugen hektischer und unübersichtlicher Situationen, bei denen z.B. Kinder oder langsame Menschen umgerannt werden. Genauso wichtig ist uns die körperliche Unversehrtheit Dritter. Das bedeutet etwa, keine Gebäude anzuzünden in denen sich Menschen aufhalten oder deren Brand sich auf andere Gebäude ausbreiten könnte.

...
 7. Ziele von Militanz sind solche, die die Herrschenden (wer auch immer das sein mag) treffen, Herrschaftsstrukturen, Zwangsräume (wie z.B. Lager, Knäste oder Schulen) demontieren, sowie Kriegs- oder Zwangsmaterialien (Fahrzeuge, Zäune, Kameras) zerstören. Ziel kann auch das Entern einer Bühne der eigenen Bündnispartnerin sein, um einen ausgebooteten Redebeitrag durchzusetzen.

²⁶ www.indymedia.org/de/2007/10/894477.shtml

8. Der Besitz von Privatpersonen (Kleinwagen, Vorgärten, Gartenzäune) oder öffentliche Infrastruktur (Bushaltestellen, Briefkästen) sollte kein Ziel Militanter Praxis sein. Kontextbezogen sind andere Einschätzungen möglich, wie z.B. Schienen beim Castor-Transport, Innenstädte beim G8 oder das Anzünden eines Kleinwagens für eine wichtige Barrikade. In all diesen Fällen kommt es auf die Abwägung und politische Begründung an!

9. Die Motivation für Militante Praxis muß stets reflektiert werden. Unhinterfragte Massenmilitanz reproduziert hegemoniale Männlichkeit. Militante Praxis darf kein identitäres Ritual sein. ...

11. Militanz schafft Erregungskorridore. Deutungsversuche Militanter Praxis, insbesondere der Massenmilitanz, werden zu oft kommerziellen Medien, staatlichen Autoritäten und Nichtregierungsorganisationen überlassen. Wir müssen uns diese Deutung wieder aneignen und unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen. Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!

Die wichtigen Fragen stellen!

Die Qualität von Aktionen macht sich nicht daran fest, ob eine bestimmte Aktionsmethode angewandt wird oder nicht. Denn ob eine Methode passt oder nicht, hängt vom Ziel, noch mehr aber von der Situation ab. Ob ich ein Genfeld zerstören oder den Castor stoppen will, ist eine ganz andere Entscheidungsgrundlage als wenn gerade ein Abschiebehäftling ins Flugzeug geschleift wird oder ein Kampfbomber in den Krieg startet. Will ich unabhängig von konkreten Vorkommnissen mit Straßentheater oder Verteilen von Fakes informieren oder zum Nachdenken bringen, ist das wieder eine andere Sache. Wer Aktionsformen festlegt, ohne zu wissen, für was, agiert mit einem Dogma oder einer religiösen Identität.

Das bedeutet aber nicht, dass es gleichgültig ist, wie mensch agiert. Es gibt eine Menge wichtiger Kriterien – was Menschen wichtig ist, müssen diese selbst entscheiden. Hier sollen ein paar Aspekte aufgezählt werden, die in Frage kommen. Sie gelten für alle Aktionsformen, also auch für gewaltfreie und militante.

- Emanzipatorische Inhalte zum Ausdruck bringen
Politische Aktion soll Inhalte vermitteln (ist zwar eine Binsenweisheit, wird aber oft vergessen). Verbandssymbole sind kein Inhalt, Dresscodes auch nicht. Steine und Unterschriftensammlungen allein auch nicht. Bei vielen Demos oder Infoständen müssen sich BeobachterInnen fragen, um was es eigentlich geht. Das ist von außen kaum erkennbar. Für eine emanzipatorische Politik sind aber nicht nur das Vorhandensein und die Erkennbarkeit von Inhalten wichtig, sondern auch deren befreiende Qualität. Herrschaft und Zwang scheiden sowohl als Ziel wie auch als Mittel emanzipatorischer Veränderung aus. Die meisten politischen Forderungen aktueller Zeit beinhalten aber genau das: Mehr Staat, mehr Kontrolle, Nazis in Knäste, härtere Strafen (aber für andere), mehr Gesetze usw. Das ist bei Gewaltfreien und Militanten gleich, ebenso bei den meisten anderen Strömungen.

- **Kommunikativer werden**
Die moderne Welt ist kommunikativ organisiert. Symbole und Überzeugungen zählen immer mehr, die harten Formen des Zwangs verschwinden hinter ihnen. Sie werden nicht entfernt, sondern durch Symbolik überprägt – ein Kampfbomber wird zum Demokratiebringer, ein Polizeiknüppel dient dem sicheren Leben aller usw. Emanzipatorische Politik basiert auf horizontaler Kommunikation. Die fehlt bei Reden Weniger vor Vielen. Sie lebt nur, wo es direkte Gespräche zwischen Menschen gibt. Aktionen sollten so angelegt sein, dass sie Interesse wecken, noch besser Erregung schaffen und dann in direkte Kommunikation münden.
- **Widerstandsformen für den Alltag entwickeln**
Eventhopping oder das Warten auf professionell gesteuerte Kampagnen zum Mitmachen der Marken Greenpeace, Campact usw. haben viel mit Profi-PR, Mitglieds- und Spendenwerbung, aber wenig mit gesellschaftlicher Veränderung von unten zu tun. Wichtig ist massenhaft widerständiges Leben, dass sich auch unabhängig voneinander und an vielen Orten in vielen Facetten widerständig zeigt.
- **Know-how aneignen**
Gerade wenn politische Aktion stärker in den Alltag getragen werden soll, hilft es, wenn sich mehr Menschen Know-how zu Aktionsformen aneignen. Wer wozu Lust hat oder was wichtig ist, bedarf keiner zentralen Steuerung: Kommunikationsguerilla, Layout von Flugblättern, Sabotagetechniken, verstecktes Theater, Schlösser öffnen, Mollis bauen – Emanzipation heißt immer auch, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Nur dann kann ich frei entscheiden, was ich wann in welcher Situation will. Und brauche nicht mehr diese nervigen Bewegungs-Eliten, die Menschen als Schaf in ihrer Herde haben wollen.
Ideen und Beispiele unter www.direct-action.de.vu.
- **Mut zu Utopien: Neue Spinner braucht die Welt!**
Kann es sein, dass viele politische AkteurInnen, vor allem aber die Eliten von Bewegungen und Organisationen ein Hauptaugenmerk darauf richten, mit ihrer Form von Protest genau bei denen auf Anerkennung zu stoßen, denen sie selbst vorwerfen, überdurchschnittlich viel zu Unterdrückung, Umweltzerstörung usw. beizutragen? Die Welt verändert sich, wenn Menschen etwas Abweichendes vom Bestehenden zum Ausdruck bringen: Widerständig, symbolisch oder experimentell. Wer das tut, läuft Gefahr, als SpinnerIn dazustehen in den Augen und in der Propaganda derer, die vom Normalen nicht genug kriegen können. Wer Rückgrat hat, wird spüren, dass das unumgänglich und bei genauerer Betrachtung eher ein Lob ist.
Kritik und Utopien unter www.herrschaftsfrei.de.vu.
- **Dominanzverhalten und Hierarchien abbauen**
Innerhalb von kleinen Gruppen bis hin zu den Führungskadern von Strömungen und Verbänden ist zur Zeit fast alles von starken formalen, Wissens- und Stellvertretungshierarchien durchzogen.

Das liegt auch daran, dass Wenige sich viel Know-how aneignen oder gerne im Namen von vielen auf den Bühnen dieser Gesellschaft posieren, während Viele sich wohl fühlen in der trägen Masse, die ohne eigene Ideen den Vorgaben hinterher läuft. Für Gegenentwürfe und konkrete Methoden siehe www.hierarchie.de.vu.

- **Selbstorganisation und Unabhängigkeit**
Wer am nächsten Tag arbeiten muss, kann viele Aktionen nicht mitmachen. Nach einigen Jahren wird er/sie auch gar nicht mehr über solche Aktionen nachdenken und sich Kreise suchen, die nur noch in den vorgegebenen Normen aktiv sind. Wer nicht ständig um seine Lebensbasis fürchten muss, kann anders agieren. Hilfreich sind Formen der Selbstorganisation im Leben und die Stärkung von Kooperation.
Anregungen unter www.alltagsalternative.de.vu.

Die genannten Themen spielen selten eine wichtige Rolle. Fragen dazu werden kaum gestellt oder diskutiert, bei gewaltfreien wie militanten Gruppen. Das Ergebnis ist verheerend – die meisten militanten wie auch die meisten gewaltfreien Aktionen sind platt, inhaltlich und methodisch langweilig. Militanz überzeugt zur Zeit selten, aber nicht wegen ihrer Gewalt, sondern weil die Gewalt primitiv ist, meist aus Hilflosigkeit resultiert und ohne Vermittlung daher kommt. Gleiches gilt für Mahnwachen, Latschdemos und Postkartenaktionen. Notwendig wäre eine deutliche Weiterentwicklung von Zielen, Visionen, Gesellschaftskritiken und Methoden von Aktionen plus Außenvermittlung. Trainings, Veröffentlichungen, Aktionsplattformen als Basisstationen für die unabhängige, selbstorganisierte Durchführung von Aktionen und vieles mehr können dazu beitragen. Wenn dann im Zuge politischer Kämpfe kreative, vermittlungsstarke militante und gewaltfreie Aktionen nebeneinander geschehen oder sogar intelligent miteinander verknüpft werden können – wer wollte sich darüber ärgern?

Blicke vor und hinter die Kulissen: Wie sieht die Praxis der AnarchistInnen aus?

Werfen wir noch einmal einen Blick in die anarchistischen Zusammenhänge, die sich im deutschsprachigen Raum so zeigen – diesmal aber hinsichtlich der Systematik von Handlungen und Organisation. Wegen der Kleinheit der Organisationen und versprengten Basisgruppen ist alles recht übersichtlich. Nur den mit der Leitschnur „Gewaltfreiheit“ arbeitenden Strömungen gelingt es ab und zu, dank erheblicher Überschneidungen mit dem bildungsbürgerlichen Lager große Massenmobilisierungen hervorzurufen. Denen aber fehlt dann jeglicher herrschaftskritischer Ansatz, sie verfallen vollständig ins Appellative und legitimieren damit die Macht der Exekutive, also der Regierungen. Anarchistisch wirkt das nicht, und der Widerspruch zur pro-anarchistischen Verbalradikalität derselben Personen an anderer Stelle könnte größer kaum sein.

Das ist aber nicht das einzige Merkmal anarchistischer Praxis, die Zweifel sät, ob Anspruch und Wirklichkeit derliegen, dass sie überhaupt etwas miteinander zu tun haben. Ja – es entstehen Zweifel, ob der Anspruch, in wohlklingende Worte gefasst, überhaupt so besteht, wie er behauptet wird.

Anarchistische Aktion

Beginnen wir mit dem, was AnarchistInnen am bekanntesten macht: Ihre Aktionen. Das Primat der „Propaganda der Tat“ ist tief verwurzelt und traditionell verfestigt. Das Zerrbild des/der unerschrockenen KämpferIn, des gefürchteten Guerrilleros oder des geschickten Hackers prägen die Wahrnehmung auch in den Träumen derer, für die Anarchie der Inbegriff von Abenteuer als Ausbruch aus einem als trist empfundenen Alltag darstellt. Es taucht auf Plakaten und in Comics auf, sei es das verwegene Anarcho-Männchen mit Bart, Hut und Bombe oder der gestählte Männer- bzw. Frauenkörper im Einsatz gegen das Böse in Form von Nazis oder KapitalistInnen. James Bond und Rambo lassen grüßen.

Mit der Realität hat diese Projektion, die sowohl unter bürgerlichen AnarchiehasserInnen als auch in anarchistischen Cliquen selbst geschürt wird, wenig zu tun. Zwar sind anarchistische Strömungen bei spektakulären Aktionen oft dabei, aber praktische Bedeutung haben solche Auseinandersetzungen kaum im Leben der AktivistInnen. Ob militanter Angriff oder gewaltfreie Massenblockade – es ist wie der Urlaub auf Mallorca ein Event, das zum tristen Alltag den Gegenpol bildet. Langfristige Kampagnen oder kontinuierliche Projekte sind eher die Ausnahme.

Event-Hopping

So sicher, wie zu bestimmten und in der Regel vorhersehbaren Ereignissen große Menschenmengen bewegt werden, so wahrscheinlich ist ihr Fehlen dort, wo kein Hype entsteht. Massen stemmen sich dem Castor im Wendland (und z.T. auch anderswo) entgegen – aber die Energiepolitik vor Ort findet in den Büros von Verwaltungen und Geldanlagefirmen statt. 23.000 demonstrieren im Januar 2012 für eine andere Landwirtschaftspolitik, nur knapp 100 stürmten 2007 und 2008 als gemeinsames Gendreck-weg-Event je ein Feld des bösen US-Konzerns Monsanto, aber an den deutschen Versuchshochburgen, wo die neuen Pflanzen und Methoden entwickelt werden, regt sich kaum Protest. Wenn Deutschland neue Kriege anzettelt, gehen Tausende auf die Straße. Aber der Alltag von Bundeswehr, Besatzungspolitik unter humanitärem Schein, Rüstungsexporte und mehr interessieren nur Wenige. Das läuft in der gesamten Breite von Bewegung so – und ist auch gar nicht anders vorstellbar, solange Menschen eingebunden sind in die Zwänge des Alltags, in die Notwendigkeit, ihr Leben durch Verkauf der Arbeitskraft zu sichern und dafür im Zweifel auch die Klappe mehr zu halten als gut wäre.

Das anarchistische „Lager“ ist hier kaum anders aufgestellt. Es lebt von den Einzelmobilisierungen zu Großevents. Nur sehr wenige dauerhafte Projekte, Zeitschriften und Verlage prägen die Landschaft, gestützt auf (Teil-)Hauptamtlichkeit. Immerhin ein Stück weit Kampagnenfähigkeit zeigte z.B. die FAU im Zusammenhang mit dem „strike-bike“, einem Fahrrad aus einer Fahrradfabrik, die für einige Zeit selbstverwaltet weitergeführt wurde, als der Bankrott drohte (und schließlich auch kam). Doch das war eher die Ausnahme von der Regel.

Wenig Aktionen mit Willen, die Änderung auch durchzusetzen

Geht mensch vom Anspruch anarchistischer Aktion aus, nicht durch Anrufung der Mächtigen deren Rolle noch zu legitimieren, sondern die Dinge direkt zu ändern, so enttäuschen die meisten Handlungen. Für die aus dem Spektrum der mit dem Label „gewaltfrei“ agierenden Gruppen organisierten Menschenketten gilt das in extremer Weise, weil kaum noch Aktionen stattfinden, die eine eigene direkte Handlung wenigstens symbolisiert, z.B. die Einschließung einer Kaserne, eines Atomkraftwerkes oder anderer Konfliktpunkte. Im Vordergrund steht seit Langem die Erzeugung telegener Hintergrundbilder, die eigene SprecherInnen und die Kontonummer durch bunt-harmlose Massenaufläufe. Damit das Ganze reibungslos gelingt, wird schon mal die Vorabsprache mit denen gesucht, gegen die sich scheinbar die Aktion richtet – so z.B. 2003 bei einem Spektakel vor einem Eingang der Rhein-Main-Airbase der US-Luftwaffe, das aber mit den Militärs abgesprochen war, um diese nicht wirklich zu stören. Wenn dann noch führende Politiker, wie SPD- und Grünenchef bei der Anti-Atom-Menschenkette auf den Elbedeichen, mit in der Händchen-halt-Reihe

stehen, ist die Grenze zum reinen Wohlfühlvent überschritten. Dieses steht dann konkurrierend zu konkreten Formen von Protest, denn gefühlter Widerstand kann den Wunsch nach konkreter Veränderung zurückdrängen: Spenden, Klicks und Händchenhalten als moderner Ablasshandel.

Das gilt ebenso für viele militante Aktionen. Steinwürfe in Schaufenster wirken zwar mitunter entschlossen, folgen aber meist einem ohnmächtigen, ziellosen und platten, „Männlichkeit“ ausstrahlenden Gewaltfetisch. Ein direktes Signal, dass irgend etwas beendet oder selbst geschaffen werden soll, geht von einem botschaftslosen Stein nicht aus. Das liegt nicht am Steinwerfen selbst. Sehr wohl können Steinwürfe gezielt, gut überlegt und Botschaften vermittelnd sein. Leider aber überwiegt der Militanzfetisch in Form ritualisierter Gewaltausbrüche in Verbindung mit fehlenden Inhalten oder platten Parolen.

Selbst der Versuch, politische Treffen zu verhindern, ist wieder außer Mode gekommen. Zwar ist richtig, dass sich ein Erfolg wie in Seattle 1999 angesichts der riesigen Ressourcen staatlicher Strukturen nicht einfach wiederholen lässt, doch die Suche danach ersatzlos aufzugeben, um sich dann zehn Jahre später nur noch auf appellative Formen wie Menschenketten zu beschränken, ist enttäuschend. Zumal selbst das nur auf wenigen Events gelingt, während z.B. die Millionen alltäglicher Treffen, Partei- und Konzernsitzungen, Gerichtsprozesse usw. unangetastet bleiben.

In der Unterscheidung zwischen Protest und Widerstand, wie ihn z.B. Ulrike Meinhof vornahm, ist anarchistische Aktion in der Regel „nur“ Protest – und liegt damit im Trend fast aller politischer Handlungen im deutschsprachigen Raum. Dort dominiert organisierte Harmlosigkeit verbunden mit hohem Spendenaufkommen, Medienpräsenz und Schaffung hauptamtlich geführter Apparate.

Einheitlich ist das Bild aber nicht. Etliche Ausnahmen bestimmen das Bild so, dass mensch darin auch mehr, also doch eine Kontinuität von direkten Aktionen erblicken kann.

- Die Serie von Besetzungen aus dem Spektrum unabhängiger AktivistInnen, sei es auf Genfeldern (2007 bis 2009), auf Großbaustellen (2008 und 2009) oder solchen von Tierlaboren und -mastanlagen (2009 und 2010) sind direkte Aktionen, die in einigen Fällen verhindert haben, gegen was sie sich richteten.
- Der Widerstand gegen Castortransporte zielt zumindest als Versuch darauf ab, den Transport auch tatsächlich zu stoppen. Das trifft für Blockaden ebenso zu wie für Großaktionen, wie es mit dem „Castor schottern“ dank freundlicher Unterstützung der hysterischen Justiz recht bekannt wurde. Die Kritik an den hierarchischen Organisationsformen ändert nichts daran, dass es sich um eine direkte Aktion handelte, die also nicht an irgendwelche Mächtigen appellierte und deren Handeln damit legitimierte.
- Die Firmenübernahme und die Produktion des „strike-bike“ war ein schönes, aber seltenes Ereignis, die Abläufe selbst in die Hand zu nehmen, statt in Streiks oder noch niedrigschwelligeren Hand-

lungen an die BetriebsinhaberInnen zu appellieren, ein bisschen freundlicher zu sein.

- Kleine Versuche im und für den Alltag ergänzen das Spektrum – von der Fibel mit Tipps zum Blaumachen bis zum Reader über Dominanzabbau oder über Selbstorganisierung.

Trotz dieser Beispiele ist der deutschsprachige Raum recht leer an direkter Aktion. Das ist aber kein auf diese Region beschränktes Phänomen, sondern zumindest in Mittel-, Nord- und teilweise Osteuropa sehr verbreitet. Historisch fehlen hier Revolutionen weitgehend, wobei Zusammenhänge da nur spekulativ sind. Wirkungen hinterließ der staatliche Umgang mit den nach 1968 folgenden Unruhen und Besetzungen. Es waren die modernen Eliten z.B. der sozialliberalen Koalitionen, die neben der Peitsche das Zuckerbrot auspackten und über massive finanzielle Förderung besetzte Häuser, alternative Betriebe, selbstverwaltete Jugendzentren, freie Schulen und politische Bewegungen erst befriedeten, dann integrierten und schließlich zum Modernisierungspotential der heutigen Zeit machten. Zurückgeblieben sind kleine Nischen, Gruppen ohne große Ausstrahlung – und die Events.

Appell statt direkte Aktion

Was ist am Streik eine direkte Aktion? Appelliert er nicht an die Firmenleitungen, deren Macht er aber durch die Forderungen grundsätzlich anerkennt? Warum sind Betriebsbesetzungen, die Form direkter Aktion in betrieblichen Auseinandersetzungen hingegen so selten? Auch Anarcho-SyndikalistInnen favorisieren immer wieder Streiks und wagen selten die Aneignung. Dabei bekennen sich AnarchistInnen regelmäßig zur direkten Aktion, also zu der Idee, eigenhändig die Dinge zu verändern. Die wichtigste Zeitung der Anarcho-SyndikalistInnen heißt „Direkte Aktion“. Es wäre also anzunehmen, dass sich AnarchistInnen nicht für Appelle oder appellative Aktionen interessieren. Doch weit gefehlt: In vielen Strömungen ist der Appell das Kernstück politischer Intervention.

Besonders verwunderlich ist die Liebe gewaltfreier Gruppen, in denen sich viele als AnarchistInnen bezeichnen und mit der als anarchistische Zeitung auftretenden „Graswurzelrevolution“ sympathisieren, zu appellativen Aktionen. Dabei kommt doch aus dieser Ecke die als Handlungssaxiom aufgestellte These, politische Mittel müssten dem Ziel entsprechen. Anarchie aber wäre das Aus jeglicher Hierarchie und autoritärer Durchsetzungsstrukturen. Wer, weil die Mittel dem Zweck entsprechend sollen, inbrünstig jegliche Gewalt ablehnt, handelt widersprüchlich, wenn andererseits völlig selbstverständlich die Mächtigen angerufen werden, die eigenen Ziele umzusetzen. Denn das wäre genau das: Der Zweck heiligt die Mittel. Regierungshandeln soll Atomkraft verbieten. Oder den MON810-Genmais aus den USA. Oder ...

Warum ersetzen neuerdings Menschenketten die wenigstens symbolisch als direkte Aktion bewertbaren Blockaden? Was ist die reine Latschdemo anderes als eine Hommage an die Mächtigen, die anerkannt werden, aber bitte ihre Politik im Detail korrigieren sollen?

Um keine Missverständnisse zu erzeugen: Hier geht es nicht um gute oder schlechte Noten für Aktionen, sondern um die Analyse, welche Aktionsformen direkt wirken und welche appellativ. Angesichts der komplexen Herrschaftsverhältnisse und unterschiedlichen Formen, in denen Herrschaft auftreten kann, gibt es viele Arten der Intervention. Was einen Zug stoppt, die Aussaat gentechnisch veränderter Pflanzen behindert, den Abflug eines Flugzeuges mit Abschiebehäftlingen unmöglich macht oder offene Grenzen schafft, indem Stacheldraht und Kamera verschwinden, ist genauso eine direkte Aktion wie das Straßentheater oder die Kommunikationsguerilla, wenn sie in Diskurse oder öffentliche Debatten eingreifen. Es muss niemanden ärgern, wenn als ohnehin nicht zu verhindernde Reaktion auf gut vermittelte, druckvolle Aktionen parlamentarische oder behördliche Maßnahmen folgen.

Aber eine Unterschriftensammlung? Vorgefertigte Protestmails? Eine Menschenkette mit Luftballons? Das strahlt geradezu aus, dass es Regierende geben soll und diese endlich handeln:⁰ „Politiker reden, Führer handeln!“ – drastischer als dieser Slogan von Greenpeace kann das dahinterstehende Gedankengut wohl kaum formuliert werden. Der Traum vom starken Mann, gedacht von denen, die eine andere Welt wollen ... oder wollen sie die gar nicht?

Selbst das Konzept des zivilen Ungehorsams, das vielen als radikal und herrschaftskritisch erscheinen mag und vor allem in gewaltfreien Kreisen hohes Ansehen genießt, ist bei näherem Hinsehen eher appellativ. Zwar ist denen, die mit diesem Begriff hantieren, nicht immer bewusst, dass hier eine Beschränkung auf einen Appell besteht, wenn auch dramaturgisch zugespitzt inszeniert. Daher darf die Kritik an denen, die sich auf den Begriff beziehen, nicht generalisiert werden. Doch im Konzept steckt die bewusste Regelübertretung als besonders aufdringlicher Vorwurf an die Adresse der Mächtigen, Missstände endlich abzustellen.

Definition¹

Ziviler Ungehorsam ist der aus Gewissensgründen und gewaltfrei vollzogene bewusste Verstoß gegen ein Gesetz, eine Pflicht oder den Befehl eines Staates oder einer anderen Macht. Im Gegensatz zu einem Streik ist er nicht rechtlich abgesichert, und der Ungehorsame nimmt bewusst in Kauf, dafür bestraft zu werden. Wer zivilen Ungehorsam ausübt, gilt als Anarchist oder Staatsfeind, da er eine fremde Herrschaft über seine Aktivitäten ablehnt.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 31f.)

Zwischen der direkten Aktion und einem verwandten Konzept, dem des »zivilen Ungehorsams« sollte unbedingt unterschieden werden. Unter dem Letzteren ist meiner Ansicht nach jede Art kollektiver Verweigerung gegenüber dem Gesetz zu verstehen, wobei dies entweder aus moralischen Motiven geschieht oder um Druck auf die Regierenden auszuüben, damit sie schließlich auf Forderungen eingehen. ... Demnach ist ziviler Ungehorsam im Grunde eine konfrontative Form des Dialogs zwischen Bürgern, die sich nicht unterordnen,

⁰ <http://klimaschutzvonunten.blogspot.de/2010/01/08/greenpeace-politicians-talk-leaders-act/>

¹ Quelle: www.bastardserver.cz/de/Ziviler+Ungehorsam

und dem Staat. Dieser Dialog stellt die grundlegende Legitimität des Staates nicht infrage (denn es wird vom Staat erwartet, dass er auf die Forderungen der Ungehorsamen reagieren und beispielsweise ein ungerechtes Gesetz ändern wird). Oft geht der zivile Ungehorsam mit einer Rhetorik der Aufrufe an die Gesellschaft einher, sie möge sich doch ihren eigenen Idealen gemäß verhalten. Auf diese Weise wird der Status quo der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Institutionen eher bestätigt als herausgefordert.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen ‘Stuttgart 21’“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)

Unter zivilem Ungehorsam in der Tradition von Henry David Thoreau, Mahatma Gandhi und Martin Luther King versteht man die bewusste Übertretung von Gesetzen oder gesetzesähnlichen Vorschriften sowie die Gehorsamsverweigerung gegenüber polizeilichen Anweisungen mit dem Ziel, staatliches Unrecht oder staatliche Korruption zu beseitigen.

Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne sollte „zivil“, also offen, dialogbereit und gewaltfrei sein. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung oder die Gehorsamsverweigerung verhängte Sanktion klaglos hinzunehmen. ...

Durch ihre Bereitschaft, Nachteile und Strafen hinzunehmen, bekunden sie ihren Respekt vor dem Recht als solchem und appellieren an die Regierung und die Parlamente, die angefochtenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.

Das wird auch in den konkreten Handlungen deutlich. Ein Blick auf die Feldbefreiungen von „Gendreck weg“ zeigt das. Die Kampagne gehört zum Netzwerk Z.U.G.A.Be, beruft sich also auf den Begriff des zivilen Ungehorsams. Anfangs ging es noch darum, ganze Felder platt zu machen. Am Ende waren es nur noch symbolisch einzelne Pflanzen, die herausgezogen wurden – als dramatische Form des Appells, die unerwünschten Pflanzen in einem hoheitlichen Akt doch bitte zu verbieten.

Mit Gewaltfreiheit hat das dann nebenbei auch wenig zu tun, denn der Appell an die Mächtigen kann nie eine gewaltfreie Aktion sein, weil sie die Nutzung struktureller Gewalt einfordert. Die schafft also zumindest ein Stück der Legitimation des Rechts auf Gewalt.

Bei näherem Hinsehen sind aber nicht nur ziviler Ungehorsam und Streiks appellative Aktionen, sondern auch vieles dessen, was als militant gilt. Es ist nämlich nicht eine Frage der Aktionsform, sondern des Motivs, der Zielrichtung und der Vermittlung. Steinwürfe in die Fenster der Mächtigen mögen zwar in der Form des Appells nachdrücklicher sein, aber sie bleiben der Ausruf der Wut. Sie behindern nichts und beklagen nur die konkreten Handlungen derer, denen sie gewidmet sind. Das liegt nicht im Prinzip des Steinwurfes, sondern in der konkreten Ausführung. Nur selten haben Sabotage und Militanz eine direkte behindernde Wirkung oder vermitteln sehr klar: Wir wollen das und das nicht! Tröstlich: Das muss nicht so sein – und erst recht nicht so bleiben.

Anarchistische Organisation

Fehlende Selbstorganisation

Der übliche Weg materieller Reproduktion ist heute der anonyme Markt, auf den die Früchte fremder (und meist fremdbestimmter) Arbeit oder die Dienstleistung selbst eingekauft werden kann. Der Zugang zu diesem Angebot erfolgt fast überall über das universelle Tauschmittel Geld. Das zieht eine Reihe grundsätzlicher Probleme nach sich. Neben der Neigung, allem einen Wert zu geben und es in Geld umsetzen zu wollen, führt der Markt zum Verlust an Wissen und damit der Kontrolle und Beeinflussung von Produktionswegen. Wer ein Produkt kauft, weiß in der Regel nichts mehr über dessen Entstehungsgeschichte, die bei der Herstellung geltenden Arbeitsbedingungen und nur selten mit gewisser Sicherheit – wenn entsprechende Zertifikate vorliegen – etwas über ökologische Folgen.

Zudem zwingt die Reproduktion über den Kauf fremder Leistung im anonymen Markt zur Beschaffung des dort gültigen Tauschmittels Geld. Das aber ist für die meisten Menschen nur über den Verkauf der eigenen Arbeitskraft oder eine unterwürfige bis unwürdige Anbiederung an staatliche Transferstrukturen möglich. Beides schafft Abhängigkeit, beides trennt die Menschen von einer möglichen selbstbestimmten Lebensgestaltung.

Nun wäre es denkbar, diese Zwangsverhältnisse einerseits zu bekämpfen, andererseits punktuell zu durchbrechen, um zumindest Nischen zu bilden, in denen andere Grundsätze der Produktion und des Güteraus-tausches gelten. Bedürfnisorientierte Produktion, produktive Selbstentfaltung, gleicher Zugang für alle zu den Ressourcen und Produkten könnten Merkmale solcher Alternativen sein. Doch von solchen Versuchen ist wenig zu sehen. Fast alle Menschen mit anarchistischer Attitüde leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft oder davon, dass andere ihre Arbeitskraft einsetzen, um sie mit durchzufüttern. Das soll nicht moralisch bewertet werden (zumal Moral als Versuch einer allgemeingültigen Ordnung von Wertungen immer herrschaftsförmig ist), sondern zunächst einmal festgestellt werden. Wer als AnarchistIn unterwegs ist, ist meist den tristen Arbeitsprozessen fremdbestimmter Beschäftigung unterworfen oder lebt in einer Zwischenphase des Lebens davon, dass andere das tun. Das gilt auch für manche Leuchttürme anarchistischer Organisation wie die bekannten Bewegungsagenturen ‚ausgestrahlt oder Compact, deren massive Jagd nach Spenden eher reicher Klientel alle Handlungen prägt.

Versuche (mehr meist nicht) einer Selbstorganisation finden sich nur in zwei Strömungen: Zum einen der anarcho-syndikalistischen FAU, die ihre Organisationsarbeit per durch Votum auf Basisversammlungen auf rotierende, konkrete Basis- oder gesondert zusammenkommende Personengruppen überträgt. Als reproduktive Grundlage verbleibt jedoch die Lohnarbeit der Mitglieder, aus denen sich die Organisation finanziell wesentlich speist. Zudem hat die Binnenstruktur einen bemerkenswerten Grad an Bürokratie erreicht, welche die Möglichkeiten zur spontanen Selbstorganisation stark beschneidet.

Die zweite Gruppe sind Teile der unabhängigen AktivistInnen, zu deren Lebensstrategie es gehört, unabhängig vom Zwang zur geldorientierten Reproduktion zu leben. Viele von ihnen leben von den Abfällen einer kapitalistischen Gesellschaft, die nicht nur ständig Waren wegwirft, weil diese ihren Geldwert verloren haben (während der Nutzwert geblieben ist), sondern zwecks Erzielung höherer Preise auch systematisch Waren vernichtet. Damit auszukommen, ist zwar eine im Hier und Jetzt offenbar recht gut mögliche Lebenskunst, aber kein Modell einer herrschaftsfreien Gesellschaftsutopie. Zudem verwirklicht nur ein kleiner Teil der unabhängigen AktivistInnen eine solche Alltagspraxis für sich und für die Organisation politischen Widerstands. Viele Andere beteiligen sich höchstens sporadisch, leben phasenweise einfach von den Reproduktionsaktivitäten anderer und verabschieden sich mangels eigener Überlebensfähigkeit außerhalb kapitalistischer Reproduktionsangebote recht schnell wieder in die Normalität, meist eine bürgerliche.

Ansonsten herrschen auch in als anarchistisch etikettierten Zusammenhänge die gleichen Hemmnisse wie überall:

- Im durchorganisierten, hochkontrollierten modernen, demokratischen Rechtsstaat gibt es kaum Platz für eine Organisation jenseits des Zwangs zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft und des Einkaufs der Leistungen anderer. Die Produktionsmittel sind mit dem Übergang vom personalen Kapitalisten zur entpersonalisierten Kapitalbesitzgesellschaft noch weiter entfernt vom Zugriff der Einzelnen für ihre eigenen Ideen. Sie sind nur mehr Bausteine in der riesigen Maschine des Kapitalismus, die Mensch und Material dem großen Zwang der ständigen Verwertung von Werten und des Anhäufens von Profit bzw. Kapital unterwirft.
- Es gibt kaum (noch) eine Neigung, sich eigenes Wissen für das selbstbestimmte Überleben in Alltag und politischer Organisation anzueignen. Das ist zum Teil erst eine Entwicklung der letzten Jahre. Die heute immer stärker dominierenden Bewegungsagenturen organisieren politischen Widerstand als spendenfinanziertes Angebot zur Teilnahme an Instantaktionen ähnlich wie TUI den Sommerurlaub. Die zentralen Personen waren zu großen Teilen in ihrer eigenen Jugendzeit in politischen Bewegungen aktiv, die stark auf Selbstorganisation gesetzt haben, in denen Seminare und Eigenfortbildung wichtig waren. Daher stammt auch ihr Wissen um Organisationsprozesse, welches sie jetzt nutzen, um das Gegenteil von dem zu schaffen, was ihr eigener biografischer Hintergrund ist. Viele von ihnen „züchten“ heute leicht lenkbare Menschenmassen in einer Kultur fremdbestimmter politischer Aktion nicht obwohl, sondern weil sie selbst einmal in anarchistischer oder zumindest dem nahestehender Tradition aufgewachsen sind.
- Solange das Wissen um die Selbstorganisation fehlt, erscheint diese anstrengend. Ob handwerkliche Arbeiten, materielle Reproduktion oder eigenständige Beschaffung von Informationen – wer das nicht kann oder übt (ob selbst oder als anzapfbares Wissen in einer Kooperation mehrerer Menschen), hat wenig andere Chan-

cen als sich im gewohnten Rhythmus z.B. einer Erwerbsarbeit Geld zu beschaffen und dafür das einzukaufen, was nötig ist. Die Aneignung von Wissen um die Methoden der Selbstorganisation und der Wille zu einem strategischen Verwirklichen der Handlungsmöglichkeiten bildet die Voraussetzung, ein Leben jenseits anonymer Märkte und fremdbestimmter Erwerbsarbeit zu wollen und als Befreiung zu erleben. Das gilt für den eigenen Alltag ebenso wie für die Organisation politischen Protests. Wenn das Wissen abhanden kommt (und das ist in großen Teilen schon geschehen), wie eigene Flugblätter entstehen, wie ein Infostand klappt oder eine gezielte Sabotage zum gewünschten Ergebnis führt, wird sich – wie die ArbeiterIn der Erwerbsarbeit – den Bewegungsagenturen oder NGOs mit ihren Politangeboten unterwerfen.

- Freie Kooperation als anarchistische Art der Organisation bedarf der einzelnen Menschen als AkteurInnen. Sie bestimmen ihre eigenen sozialen Bezüge – vom Zusammenwohnen über Produktion bis zum politischen Widerstand. Dazu bedürfen sie der Souveränität über ihre Außenkontakte, also die Kommunikation und Begegnung mit anderen Menschen. Das aber geschieht immer weniger. Politische Organisation wird fast nur noch von hauptamtlichen oder sonstigen FunktionsträgerInnen vorangetrieben. Selbständige Prozesse fehlen weitgehend. Meist scheidet es schon an der Kommunikation: Es gibt kaum noch Orte, wo Menschen sich selbstbestimmt begegnen, aus diesem Kontakt Ideen entwickeln und gemeinsam aktiv werden. Meist ist alles schon vorgedacht – bis hin zu den sozialen Netzwerken im Internet, wo Computer berechnen, wer am besten wessen FreundInnenkreis bildet.

Die schöne freiheitlich wirkende Welt böte Freiräume zu selbstorganisierten Strukturen und Strategien in Widerstand und Alltag. Der Nutzung steht allerdings eine gewaltige Systematik der Verhaltenssteuerung entgegen. Es ist ein gegenkultureller Ansatz, sich das eigene Leben wieder anzueignen. Zur Zeit bringen kaum Menschen die Kraft dazu auf. Die Verlockung des Mitschwimmens im Strom und der Aufgabe des eigenen Willens zugunsten gefühlter Geborgenheit als Rädchen im System ist hoch.

Beispiele und Analysen zu modernen Hierarchien in anarchistischen und linken Gruppen, Kampagnen und Netzwerken im Folgekapitel.



Kollektive Identität und Label

Kooperationen, die von den Menschen ausgehen, in denen deren Wille zu Kommunikation, Produktivität oder gegenseitiger Hilfe zum Ausdruck kommt, bedürfen keiner Bewerbung. Sie entstehen aus Bedürfnissen der Beteiligten. Diese sind frei, ihrer Kooperation einen Namen zu geben, um sich sichtbar und ansprechbar zu machen. Doch tragendes Motiv ist der Wille, in der Kooperation etwas Gewünschtes zu erreichen. Das sieht anders aus, wenn sich die Organisation als Selbstzweck verselbständigt. Parteien und große Verbände werden heute unabhän-

gig von konkreten Absichten aufrecht erhalten. Die Arbeitsplätze der dort Beschäftigten mutieren ebenso zum Selbstzweck wie der Bekanntheitsgrad und das Image der Organisation. Die Frage, ob die jeweilige Organisationsform zur Erreichung z.B. ideeller Ziele noch sinnvoll ist, wird nie gestellt, wenn das Überleben des Gesamtgebildes sich selbst begründet.

Kollektive Identität entsteht, d.h. das Gesamte wird zum eigenen Zweck, erlangt eine eigene Persönlichkeit und tritt oft sogar den Wünschen der Einzelnen konkurrierend gegenüber. Das ist lange bekannt und sichtbar in den großen Metaidentitäten Nation und Volk, dessen Eigenleben immer wieder gegen die Interessen der Teile gerichtet ist. Im Denken des „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ fokussiert sich die Extremform dieses Denkens, in der nur noch das Interesse des Ganzen, der „Gemeinwille“ zählt. Mit freier Kooperation hat das nichts zu tun – gut sichtbar ja auch darin, dass die Menschen nicht mehr gefragt werden, ob sie Teil des Kollektivs sein wollen oder nicht. Sie werden dort hineingesteckt oder draußen gehalten, wie es dem übergeordneten Zweck des Ganzen entspricht.

Verbände mit eigenen Labeln ähneln dieser Konstruktion in Vielem. Auch sie sind keine Kooperation, in der die Vielfalt der unterschiedlichen Menschen im Mittelpunkt steht, sondern der – auf welche Weise auch immer ermittelte – Gemeinwille. Das Wohl des Kollektivs, sein Konto- und Mitgliederbestand, sein Renomé in der Öffentlichkeit usw. sind wichtiger als die Ideen der Einzelnen. Eine Welt, in der viele Welten Platz haben, ist selten.

So auch in anarchistischen Kreisen. Vielfalt und Unterschiedlichkeit leben nur in den wenig vernetzten Zusammenhängen von Einzelgruppen und Einzelpersonen. Eine

Organisationskultur der gewollten Vielfalt in Kooperation zeigt sich aber auch dort selten – sei es aus Mangel an strategischem Willen oder schlicht aus der Isolation der Einzelnen voneinander. Wer es nicht einmal hinkriegt, miteinander zu kommunizieren, kann keine kollektive Identität, allerdings auch keine freie Kooperation aufbauen.

Die (relativ) großen AkteurInnen anarchistischer Strömungen wie FAU oder GraswurzlerInnen mit ihren Bewegungsagenturen setzen sehr stark auf kollektive Identität, sicht- und bewerbbares Label sowie den Selbsterhalt der Organisationen als Selbstzweck.

Der Streitfrage um kollektive Identität und Label war bereits ein Kapitel gewidmet.



Konsens- und Basisdemokratie

In fast allen anarchistischen Zusammenhängen ist Basisdemokratie die prägende Form der Entscheidungsfindung. Das geschieht nicht nur mangels Alternativen, sondern bewusst und wird als gelebte Anarchie beschrieben. Meist werden Konsensverfahren angewendet, die nach Meinung derer, die so verfahren, eine weitere Steigerung der Selbstbestimmung der Einzelnen nach sich ziehen und deshalb besonders anarchistisch seien.

Diese Auffassungen sind überraschend, denn Konsens und Basisdemokratie basieren ziemlich auffällig auf abgegrenzten Kollektiven. Gerade Konsensverfahren bedürfen einer scharfen Grenzziehung zwischen Innen und Außen, d.h. Abstimmungsberechtigten und denen ohne Stimm- einschließlich Vetorecht. Da eine solche Grenzziehung immer ein Kriterium beinhalten muss – ob nun Wohnort, Geschlecht, Alter oder politische Orientierung –, ist sie immer mit der Bildung kollektiver Identität verbunden.

Hinzu kommt, dass Basisdemokratie Veränderungswünsche auf ein Gremium (Plenum, Vollversammlung ...) projiziert, statt sie zur Sache der direkten Intervention und freien Vereinbarung zu machen. Damit sind alle grundlegenden Mängel der Demokratie auch in den Untertypen wie Basis- und Konsensdemokratie anzutreffen. Dennoch gelten sie bei der Mehrheit der AnarchistInnen als gelebte Anarchie – ein sehr deutlicher Hinweis auf massive Theoriedefizite in diesen politischen Strömungen.

Eigene Kapitel über das seltsame Verhältnis von AnarchistInnen zur (Basis-)Demokratie, die Probleme des Konsens und zu modernen Hierarchien.



Informelle Hierarchien

Wo Mut und Wille fehlen, das Miteinander von Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen offene Dynamik horizontaler Kommunikation und freier Kooperation zu organisieren, schleichen sich schnell informelle Hierarchien ein. Sie bestehen aus der Mischung Vieler, die zufrieden sind, nicht selbst denken und entscheiden zu müssen, mit dem Willen Weniger, ihre eigenen Ideen oder sogar das Wohl kollektiver Identitäten (Verbände, Labels ...) durchzusetzen.

Akzeptierte, formale Hierarchien

Damit ist es nicht getan. Mit Tomaten auf den Augen oder hoher Akzeptanz fremder Führung (auch aus Bequemlichkeit, dann nicht selbst denken zu müssen) entstehen schnell informelle Hierarchien. AnarchistInnen haben aber auch Hierarchien offen gefordert. Ihnen fehlte und fehlt sichtbar der Mut, sich eine Handlungsfähigkeit vorzustellen, die ohne steuernde Strukturen als komplexer Raum voll horizontaler Kommunikation und freier Kooperation besteht. In der Folge der Annahme, Hierarchien seien nötig, floss der Hauptteil strategischen Denkens in die – z.B. basisdemokratische – Ausgestaltung der Steuerung und Kontrolle statt in horizontale Modelle des Miteinanders.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A²

Wir Anarchisten verabscheuen eine Führerschaft mit Befehlsgewalt und auf Dauer gesicherter Wirksamkeit, also jede Staatsregierung,

Beamtenschaft und Parteizentrale, jede Diktatur und jede Klügelherrschaft. Aber wir leugnen weder die Nützlichkeit des Spielleiters im Theater noch des Vorsitzenden einer Versammlung oder des Kapitäns auf einem Schiff.

Text mit Auszügen aus: Bakunin, gesammelte Werke Bd. 3 (S. 97)³
Ein System von Betriebskomitees und Räten, ja selbst eine starke anarchosyndikalistische Bewegung reicht aber nicht aus, um eine Revolution effektiv vorzubereiten und durchzuführen: Es müssen Leute vorhanden sein, die sich in bestimmten Gebieten auskennen, die sich auf die Vorbereitung der Revolution konzentrieren, die Unternehmungen planen und durchführen können, ohne dabei auf ihre Arbeit oder ähnliche Verpflichtungen Rücksicht nehmen zu müssen. Vor allem in den Aufständen vor (und z.T. auch während) der spanischen Revolution sah mensch, dass dezentrale Räte in der vorrevolutionären Phase nicht die nötige Schlagkraft besaßen. Diese bittere Erfahrung haben die spanischen AnarchosyndikalistInnen machen müssen. ... In „Staatlichkeit und Anarchie“ beschreibt Bakunin eingehender die Rolle solcher Kader: „Diesen Schichten (gemeint sind: den ProletarierInnen) schließen sich aus der bürgerlichen Welt nur einige Individuen an, die der Klassen, der sie entstammen, den Rücken gekehrt und sich völlig den Interessen des Volkes angenommen haben, weil sie die gegenwärtige Ordnung, sei es nun die politische, soziale oder ökonomische, von ganzem Herzen hassen.“ Bakunin spricht hier vornehmlich von Kadern aus der bürgerlichen Klasse; natürlich kommen auch sehr viele aus den Reihen des Proletariats, besonders während sehr revolutionärer Epochen; oft sind es aber tatsächlich hauptsächlich Personen aus dem Bürgertum, die ihren Klassen den Rücken kehren und zur Avantgarde werden. (...) Aber zurück zur intellektuellen Avantgarde: „Diese Individuen sind nicht zahlreich, aber dafür wertvoll, natürlich unter der Bedingung, dass sie durch ihren Hass auf das Herrschaftsstreben der Bourgeoisie in sich selbst auch die letzten Überreste von persönlichem Ehrgeiz gelöscht haben – in diesem Falle, so wiederhole ich, sind sie wirklich wertvoll. Das Volk schenkt ihnen Leben, elementare Kraft und ein Aktionsfeld; als Gegenleistung bringen sie ihre positiven Kenntnisse mit, Methoden der Abstraktion und der Analyse, sowie die Kunst, sich zu organisieren, Allianzen zu bilden, die ihrerseits diese aufgeklärte, kämpferische Kraft bilden, ohne die der Sieg unerreichbar bleibt. (...) Damit sie (die Kader) aber handeln, müssen sie vorhanden sein und dazu muss man sie vorbereiten und im Voraus organisieren, denn Sie wird nicht ganz von selbst entstehen – weder durch Diskussion, noch durch Auseinandersetzungen und prinzipielle Debatten, noch durch Volksversammlungen.“ ...

Diese Art der Avantgarde wirkt also wie in der Chemie ein Katalysator: d.h. sie macht die Revolution nicht selbst, sondern gibt in günstigen Gelegenheiten nur den Anstoß dafür. Hat die Revolution gesiegt, ist er überflüssig geworden.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana. Ideen für eine anarchistische Gesellschaft“

Beachtlich ist, dass diese Vereinigungen sich ausschließlich durch Engagement, von Mitgliedsbeiträgen und Spenden oder durch den Verkauf von Leistungen tragen. ... (S. 9)

Der Einsatz der meisten Menschen beschränkt sich darauf, sich zu entscheiden, welche Vereinigung sie durch (passive) Mitgliedschaft und finanzielle Beiträge unterstützen. ...

³ Zitiert auf www.anarchismus.at/txt2/anarchie2.htm

Viele Entscheidungen in den Vereinen sind delegiert an Arbeitsausschüsse und gewählte Vereinsräte. ... (S. 11)

Aus Andreas Speck: „Nach Straßbourg. Zum Umgang mit Gewalt in den eigenen Reihen“, in: GWR Mai 2009 (S. 11 f.)⁴

Es ist klar, dass es dabei nicht um eine Zusammenarbeit mit der Polizei gehen kann oder um einen eigenen „Sicherheitsdienst“. Das den Demonstrationen inhärente Problem ist jedoch, dass sie als unorganisierte Masse in der Regel nicht handlungsfähig sind. Es wäre daher vielleicht über trainierte Bezugsgruppen nachzudenken, die schnell deeskalierend eingreifen können, ohne Menschen auszugrenzen oder gar der Polizei auszuliefern.

Parteien

Darwin Dante schlägt in seinen anarchistischen Büchern sogar die Gründung einer Partei vor – und zwar (wenn schon, denn schon) nach § 4 richtig bürokratisch mit „Ortsgruppenvorstand, ... Mandatsverwaltungsbeauftragten ... Landes- und Kontinentalräte und ... Weltrat“.⁵ Parteigründungsphantasien lebte auch schon der zwar nicht mit anarchistischer Attitüde agierende, aber dennoch viel theoretische Vorarbeit für freiheitliche Orientierungen leistende Erich Fromm mit seinem Vorschlag einer Partei humanistischer SozialistInnen aus.

Aus Fromm, Erich (1985): „Über den Ungehorsam“, dtv München (S. 96 f.)

Die SP-SDF muß zum moralischen und intellektuellen Gewissen der Vereinigten Staaten werden und ihre Analysen und Beurteilungen so weit wie möglich verbreiten. ...

4. Die SP-SDF muß ein breit gestreutes Erziehungsprogramm in Gang setzen bei Arbeitern, Studenten, Fachleuten und Angehörigen aller sozialen Schichten, von denen ein mögliches Verständnis für sozialistische Kritik und Ziele erwartet werden kann.

5. Die SP-SDF kann einen Erfolg nicht in kurzer Zeit erwarten, jedoch soll dies nicht heißen, daß sie nicht nach größtmöglichem gesellschaftlichen Einfluß streben soll. Sie muß sich bemühen, die Unterstützung einer ständig wachsenden Zahl von Menschen zu gewinnen, die – durch die Partei – ihre Stimmen in den Vereinigten Staaten und der ganzen Welt hören lassen.

Hegemonialkämpfe, Ausgrenzung und Zensur

Wenn schon Hierarchien, dass auch richtig. Wo Macht besteht, entwickeln sich auch Konkurrenzen und Angst um die eigenen Privilegien. Diese führen zu Hegemonialkämpfen – in basisdemokratischen Zusammenhängen regelmäßig perfider ausgeführt als in den Mehrheits-schlachten der NormaldemokratInnen. Dabei wären Letztere bereits abschreckend genug angesichts des ständigen Ringens um Ressourcen und Diskurssteuerung zwischen ohnehin privilegierten Gruppen, die die Masse der Menschen nur als Abstimmvieh und damit Werkzeug in den Kämpfen der Eliten betrachten.

⁴ www.graswurzel.net/339/nato2.shtml

⁵ Aus der Satzung der Partei „Basisdemokratie Jetzt/Die Libertären Basisdemokraten“, in: Darwin Dante, a.a.O.

In basisdemokratischen oder rein informell gesteuerten Zirkeln ist vieles ähnlich. Hier gibt es keine offenen Systeme. Ressourcen, Zugang zu Medien und Mächtigen, Wissen und Kontakte – das alles wird exklusiv verwaltet von den Eliten und steht den einfachen AktivistInnen regelmäßig nicht zur Verfügung.

In allen überregionalen anarchistischen Printmedien herrschen Regeln und Zensur, selbst das relativ offene Indymedia ermöglicht es in Deutschland technisch, Beiträge ganz zu eliminieren. Das typisch deutsch zu nennen, mag übertrieben sein – ganz falsch ist es aber auch nicht.

Sehr ähnlich wirkt sich die Arbeitsweise der meisten anarchistischen Buchverlage aus, die vor allem ihr eigenes soziales Umfeld schreiben lassen und so kaum selbst zu einer Streitkultur um Theorie- und Praxisansätze beitragen.



Die Steigerung: Vom Etikettenschwindel zum Machtspiel

Die Gräben zwischen anarchistischem Schein und organisationsegoistischer Realität sind tief. Anarchische Ideen dienen eher als Verschleierung denn als ideelle Grundlage. Das kann sehr weit gehen, wenn z.B. basisdemokratische Abstimmungsverfahren nicht nur als Etikett dienen, sondern sogar als knallhartes Machtmittel. Ein spektakuläres Beispiel lieferte der ständig auch mit anarchistischer Attitüde agierende Bewegungsführer Jochen Stay, als er versuchte, per Veto Workshops zur Aneignung von Aktionsmethoden (z.B. Anketten an Schienen) auf dem Wendlandcamp 2010 zu verhindern. Dahinter stand die entlarvende Hoffnung, dass Menschen bei den geplanten Instantaktionen mitmachen, wenn sie möglichst wenig eigenes Knowhow hatten. Hier wurden Menschen systematisch dumm gehalten, um sie steuern und vereinnahmen zu können. Das ähnelt der Strategie des Kapitalismus, Menschen Wissen, Willen und Möglichkeiten zum selbstbestimmten Leben zu entziehen, um sie für die Teilnahme am Arbeitsmarkt gefügig zu machen.

Neben diesem Extrembeispiel bietet aber auch der Alltagsbetrieb der meisten anarchistischen Netzwerke und Organisationen, die gleichzeitig basisdemokratisch organisiert sind, Anschauung dafür, wie kollektive Gleichschaltung wichtiger genommen wird als Selbstentfaltung der Einzelnen und freie Kooperation. Konsens und Vetorecht bevorteilen einen Mainstream, weil durch sie vor allem kreative Minderheiten und abweichende Ideen ausgeschaltet werden.

Projekte und Keimzellen

Anarchistische Praxis zeigt sich nicht nur in politischer Organisation und Alltag (falls sie sich zeigt), sondern in Projekten, die – nach ihrer Selbstwahrnehmung und/oder Außendarstellung – als Keimzelle für etwas Neues betrachtet werden. Leider ist aber auch hier das Zeitalter

gegenkultureller Versuche – falls es das je in ausgeprägter Form gab – vorbei. Heutige Projekte, z.B. „alternative“ Wohnhäuser, werden von Beginn an in einer beeindruckenden Spießigkeit organisiert, sowohl von den Wohnungszuschnitte wie auch von den Finanzierungsmodellen her. Zwar werden dabei durchaus kreative Verwirklichungsstrategien angewendet (wie z.B. die Idee im Miethäusersyndikat, Häuser als GmbH zu organisieren). Die praktische Ausführung aber lässt im praktischen Leben kaum noch Unterschiede zu beliebigen Wohnkasernen im Kapitalismus erkennen. Das gilt selbst für Bauwagenplätze. Einstmals geradezu als Aushängeschild alternativer Wohnkultur gepriesen oder – je nach Standpunkt – angefeindet, verkommen sie mehr und mehr zu legalisierten Kleingartenkolonien mit Willen zu geordnetem Erwerbs- und Familienleben.

Das große Scheitern alternativer Betriebe ist indes schon Geschichte. Vor allem in den 70er und 80er Jahren suchten Oppositionelle und AussteigerInnen ihr Heil in der Gründung chefloser Betriebe. Kollektive Organisation oder, von Anfang an seltsam verklärt dargestellt, die Gründung von Genossenschaften sollten den Wandel bringen. Mag damals noch Blauäugigkeit ein wesentlicher Grund gewesen sein, zu übersehen, dass fehlende ChefInnen den Zwang zu Verwertung und Profitabilität nicht außer Kraft setzten, so bleibt heute beim Festhalten an solchen Irrtümern nur das Kopfschütteln übrig. Es ist aber nur in seltenen Ausnahmen nötig. Die meisten der Versuche alternativen Wirtschaftens sind längst gescheitert oder zu hochprofitabler Akteuren in kapitalistischer Konkurrenz gewandelt worden – gerne weiter ohne Chefin.

Gescheitert sind auch die wenigen großen Versuche, praktische Anarchie als gegengesellschaftliche Entwürfe zu entwickeln. Viel Stoff für eine Analyse von Versuch und Scheitern bietet das „Projekt A“, in dessen Rahmen – nach einem schnell aufgegebenen ersten Versuch in Alsfeld (Vogelsberg) – in Neustadt (Weinstraße) mehrere Kombinationen zwischen Betrieben und gemeinnützigen Projekten entstanden, die eng vernetzt Stück für Stück die Stadt verändern sollten. Viele der einzelnen Projekte existieren auch heute noch, bilden aber keinen festen Zusammenschluss mehr und sind nicht mehr als Versuch einer weitergehenden gesellschaftlichen Umwerfung zu verstehen. Die Abnutzung früherer Ideale, interne Zerwürfnisse und Entfremdungen sowie die Spaltung dann an einem Punkt, der im bildlichen Sinne ein Fass zum Überlaufen brachte, beförderten das Projekt ins Reich der Geschichte.

Ein weiterer Versuch, noch zu Lebzeiten der Neustädter Utopie, wurde in Verden aus der sogenannten „Großraumkommune“ heraus gestartet. Das war ein Zusammenhang von über einhundert nach anarchistischen und alternativen Lebensideen strebenden Personen der unabhängigen Jugendumweltbewegung Anfang der 90er-Jahre. Doch das Verdener Projekt wandelte sich nach kurzer Anfangsphase zu einem modernen, ökokapitalistischen Zentrum und wurde schließlich zur Keimzelle der modernen Bewegungsagenturen und ersten Bundesgeschäftsstelle von Attac.

Noch größer waren die Ideen und Entwürfe von P.M., Autor des Buches *bolo'bolo*, der im experimentellen Schreibstil eine Welt ohne zentrale Leitung und Steuerung entwarf – einer der wenigen konsequenten Versuche anarchistischer Zukunftsromantik, auch wenn sich um seine konkreten Vorhersagen und Vorschläge leidenschaftlich streiten lässt. Aber er verzichtete auf die sonst üblichen Gutmenschen-Räte und PräsidentInnen, wegen derer großen Weisheit in anderen libertären Romanen alles besser wird. P.M. formulierte in seinen Büchern immer den Anspruch, dass auch mal umgesetzt werden müsste, was an Ideen in seinen Büchern steht – und sei es nur als Versuch.

Weniger extrem, aber von der Richtung her ähnlich entwickelten sich einige (Öko-)Kommunen, von denen viele mit anarchistischer Attitüde gestartet waren, zu Schöner-Wohnen-Projekten oder ökologischen Gewerbehöfen mit marktwirtschaftlicher Orientierung.

Experimente herrschaftsfreien Wirtschaftens: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/oekonomie.html



Interessanter sind da schon solche Versuche alternativer Ökonomie, die die zentralen Wirkungsmechanismen kapitalistischer Wirtschaft in Frage stellen oder überwinden wollen. Dazu gehört die „Community supported agriculture“. Das sind landwirtschaftliche Höfe, die nicht für den Markt, sondern für konkrete Bedürfnisse produzie-

ren. Offene Werkstätten, in denen Menschen selbst produktiv sein können. Freie Software und freies Wissen, die niemandem mehr gehören, aber von allen weiterentwickelt und -verwendet werden können.

Wir sind gut, weil alt – Anarchie als Nabelschau

Wer Büchertische oder Zeitschriften von AnarchistInnen wälzt, wird feststellen, dass dort eine erstaunliche Zuneigung zu alten Geschichten und Männern herrscht (ausnahmsweise auch mal für alte Frauen). Aus deren Theorien und Leben wird erzählt – seitenlang in Direkte Aktion und Graswurzelrevolution, Veröffentlichungen der anarchistischen Verlage und auf Veranstaltungen. Die Debatte über aktuelle Modelle und Möglichkeiten herrschaftsfreier Gegenwart und Zukunft, z.B. um freies Wissen, Umsonstökonomie oder Direct Action überlassen Anarch@s fast vollständig anderen Diskussionskreisen. Höchstens einzelne Anarch@s, zudem meist aus dem selbstorganisiert-unabhängigen, aber zersplitterten Spektrum, sind dort zu finden. Die große Mehrheit ist theorie-abstinent oder lauscht andächtig den lehrerhaften Erzählungen namhafter AnarchistInnen wie etwa Lou Marin oder Bernd Drücke, die aus der Vergangenheit plaudern – und gerne, wie Lou Marin, in der Graswurzelrevolution sogar Texte zu modernen Herrschaftsanalysen per Veto verhindern.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, a.a.O. (S. 4)

Kein Gedanke wird dadurch richtiger, daß schon ein anderer ihn früher geäußert hat.

Aus Schwerdtfeger, Johannes: „Anarchismus und Pädagogik“, in: Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 67)

Seit der Zerschlagung der letzten politisch bedeutsamen und revolutionär aktiven anarchistischen Bewegung im Spanischen Bürgerkrieg hat sich das Interesse am Anarchismus weitgehend reduziert auf die literarische Beschäftigung mit Ideen des Anarchismus und den Personen, die diese Ideen öffentlich vertreten haben und revolutionär zu realisieren versuchten.

Sieht mensch einmal von der Graswurzelrevolution und der anarchosyndikalistischen direkten aktion ab, die auch nach 34 bzw. 29 Erscheinungsjahren immer noch quicklebendig sind, dann scheint im libertären Blätterwald zur Zeit ein Blattsterben stattzufinden.

Die Denke ist tatsächlich so: Alt = gut. Wenn die selbsternannt „quicklebendige“ Graswurzelrevolution (siehe Abb. aus Heft 2/2006, S. 4) über die Entwicklung des libertären Zeitungs-

geschehens im deutschsprachigen Raum berichtet, werden nicht nur neuere Zeitungsprojekte gern vergessen, sondern lange Existenz (ob jetzt „quicklebendig“ oder dahinsiechend) als Qualitätskriterium gewertet. Warum das eines sein soll, also Überdauern per se gut ist, hat die GWR bislang nicht zu erklären gewusst. Dabei spräche aus der Idee von Selbstorganisation, evolutionärer Entwicklung und Selbstentfaltung eher einiges dafür, dass Weiterentwicklung und nicht Kontinuität für emanzipatorische Qualität steht. Projekte, die nach der idealistischen Anfangsphase zum Selbstzweck werden (ähnlich den NGOs), verarmen hingegen eher qualitativ. Die GWR mit ihrem Hang zur Nostalgie, immer gleiche Themen und Zensur abweichender Position ist da ja selbst ein deutlicher Beleg für diese These.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 23 ff.)

Die verbreitetste Form des Widerstands gegen die Bezeichnung als Anarchist ist jedoch die Abneigung, die viele Anarchistinnen und Anarchisten gegen jedwede Etikettierung hegen. Nicht wenige unter ihnen identifizieren sich mit diversen politischen und kulturellen Strömungen und halten die Umschreibung ihrer Überzeugungen durch irgendeinen Ismus für eine unnötige Einschränkung, die ihnen zudem die Unterstellung einträgt, auf ein paar unumstößliche Dogmen festgelegt zu sein. In den Worten von Not4Prophet: „Ich persönlich stehe nicht auf irgendwelche Titel, Zuordnungen oder Schubladen. Die meiste Zeit meines erwachsenen Lebens habe ich damit verbracht, solche Einschränkungen hinter mir zu lassen. Ich denke, eigentlich sind wir immer besser dran, wenn wir uns kein Label aufkleben und uns auch von niemandem sonst eins aufdrängen lassen. Anarchie oder Anarchismus ist etwas, das wir wirklich anstreben, was wir leben und wofür wir kämpfen, und deshalb ist es auch ohne Belang, als was wir uns bezeichnen (oder nicht bezeichnen), wenn wir mitten drin sind und es tun.“

Moderne Formen von Hierarchie: Wie geht Dominanz in hierarchiekritischen Gruppen?

Muss politische Bewegung für die eigenen Strukturen den Anspruch entwickeln, eine „andere Welt“ zu wollen und, wo es geht, zu schaffen? Oder ist sie nur ein Abbild gesellschaftlicher Normalität, mit der ein mehr oder weniger von der hegemonialen Politik abweichender Inhalt verkauft wird? Wäre sie Letzteres, würde sie – gleichzeitig, verzögert oder vorausgehend – auch die Modernisierungen von Hierarchien vollziehen. Genau das lässt sich beobachten. Wie in den modernen Demokratien verdrängen auch in Politorganisationen und -netzwerken intransparente Elitesphären die vorherigen, weitgehend formal gebildeten Führungen. Pluralität bedeutet dann nur noch das Neben- und Miteinander von je nach Einzelfall und Nützlichkeit konkurrierenden und kooperierenden Teilen der Eliten, darunter auch weiter hierarchisch organisierten Strömungen. Grabenkämpfe und Spaltungen sind meist nur das Ergebnis von Flügelkämpfen innerhalb der Eliten z.B. um politische Positionen, Anteile öffentlicher Wahrnehmung, Besetzung von Posten oder Zugang zu finanziellen und materiellen Ressourcen. Menschen und Gruppen ohne Anteil an den Eliten werden übergangen oder zum ungefragten Legitimationshintergrund der um Hegemonie ringenden Elitenangehörigen. Diesen gelingt es jeweils mehr oder weniger gut, Teile der Nichteliten durch steuernde Informationspolitik und die Konstruktion eines „Wir“ für eigene Zwecke zu mobilisieren. Dadurch entsteht der Eindruck von Zersplitterung und Streit, der tatsächlich aber ein Ausdruck zwar intern um Macht ringender, aber insgesamt autoritärer, oligarchischer Organisationsstrukturen ist. Diese Struktur politischer Bewegungen entspricht dem Parteiwesen im Parlamentarismus, wo hoch-zentralistische Apparate über Informationspolitik und Kollektivbildung ihre jeweilige AnhängerInnenschaft gegen „das Andere“ mobilisieren. Der Parteienstreit suggeriert Pluralität im politischen System, obwohl schon bei oberflächlichem Hinsehen deutlich erkennbar ist, dass sehr wesensähnliche Strukturen mit sehr ähnlichen Zielen um ihre Organisationsegoismen (Ressourcen, Macht, Ämter, Monopole) streiten. Das Gezänk erzeugt den Eindruck von Pluralismus, der angesichts der hohen Ähnlichkeit der sich Streitenden eine Täuschung ist. Der Eindruck aber reicht, um nennenswerte Opposition mit tatsächlich abweichenden Vorstellungen ganz oder in der medialen Wahrnehmung zu unterdrücken.

Zitat aus Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967): „Die Transformation der Demokratie“ in: Voltaire Verlag Berlin (S. 30 f.)

Innerhalb eines Systems hingegen gehen nur Führungskonflikte vor sich, die im wesentlichen Konkurrenzkämpfe zur Ablösung der jeweiligen Führungsgruppe sind und die der teilweisen Umgruppierung innerhalb eines Oligarchienkreises dienen. Die Verkürzung des Herrschaftskonflikts auf den Führungskonflikt reproduziert staatlich-

politisch den gesellschaftlichen Vorgang – und den manipulativ vorgenommenen Versuch – der Reduzierung des Antagonismus auf den Pluralismus. Diese Verkürzung – das eigentliche technisch-politische Kernstück des Friedens – trägt wesentlich zur Anpassung und schließlich zur Auflösung eines antagonistischen Bewußtseins gegenüber den Oligarchien bei.

Genau so wie in der modernen Demokratie funktioniert es auch in politischen Bewegungen. Hier wie dort macht gerade die Aufteilung in Strömungen mit ihren jeweiligen Oligarchien eine grundsätzliche Kritik fast unmöglich. Das Problem autoritärer Strukturen wird nun erfolgreich verschleiert – und eine Kritik daran stößt regelmäßig auf Abwehr und Unverständnis, weil die Ursache von kaum jemandem überhaupt noch wahrgenommen wird.

i Kritischer Bericht zur Aktions- und Strategiekonferenz in Frankfurt (19./20.11. 2005) mit bemerkenswertem Schulterchluss der Eliten verschiedener Strömungen gegenüber Kritik selbstorganisierter Aktivist:innen
<http://de.indymedia.org/2005/11/133452.shtml>

Modern führen: Das Methodenpaket für versteckte Dominanz

Dieser Text beschreibt moderne Führungsmethoden in sozialen Bewegungen. Die Bedeutung dieser Betrachtung geht über die Binnensicht politischer Gruppen hinaus. Denn sie könnten Experimentierlabore für emanzipatorischen Wandel sein, d.h. sie haben potentiell eine Bedeutung als Praxis – sei es eine anarchistische oder eine andere mit befreiender Perspektive. Kommen sie dieser nicht nach, sondern streben nach modernen Organisationsformen, die den Selbstzweck des Kollektivs (Verband, Partei usw.) und die innere Disziplinierung vorantreiben, so dienen sie sogar dem Gegenteil: Sie helfen bei der nötigen Modernisierung der Gesellschaft, durch soziale Innovation Herrschaftsstrukturen effizienter und stabiler zu gestalten.

Modernisierung der Hierarchien, zum Ersten: Herrschen, ohne aufzufallen

Die abnehmende Befürwortung offener Hierarchien und Fremdbestimmung hat in den vergangenen Jahrhunderten und vor allem Jahrzehnten in vielen Ecken der Gesellschaft zu einem Wandel von Mechanismen und Inszenierung der Macht geführt. Die alten, personalisierten und formalen Pyramiden gesellschaftlicher Steuerung und Gewalt sind Methoden gewichen, die durch schwer lokalisierbare und kaum spürbare Prozesse wirken: Bildung, Medien, Werbung, das öffentliche Gerede. Etliche Beherrschungs-, Legitimations- und Integrationstechnologien sind hinzugekom-

i Siehe Kapitel zu Hierarchien und informeller Steuerung in „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/institution.html und .../diskurs.html

men, die autoritäres Handeln, Normierung, Privilegien und sich herausbildende Eliten verschleiern sollen. Auf allen Kanälen der Propaganda läuft die Einnordung allen Denkens auf die Akzeptanz des Guten: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie haben den Platz Gottes übernommen, der in den düsteren Phasen kirchlicher Dominanz als Quelle legitimer Macht inszeniert wurde.

Ein solcher Prozess hat auch in politischen Bewegungen stattgefunden. Er unterscheidet und unterscheidet sich von den gesellschaftlichen Modernisierungen nicht prinzipiell, wohl aber in den konkreten Ausformungen. Denn Menschen sind – anders als im Staat oder bei der Gültigkeit von Gesetzen – nicht zwangsintegriert und unterworfen, sondern müssen ihre Mitwirkung an den fremdbestimmten Handlungsformen vollständig als freiwillig und gewollt empfinden. Zudem sind in politischen Organisationen, seien sie formaler Verband oder informelle Initiative, die handelnden Personen sichtbar oder schnell herauszufinden. Das macht andere Methoden der Beherrschung nötig, die aber gefunden wurden und werden. Dass sich dabei der eine oder andere Verband bzw. seine Führungselite als nicht flexibel genug herausstellte und im Zuge der Veränderungen hinweggespült wurde, ändert nichts daran, dass Modernisierungsprozesse von Herrschaftstechnologien auch in politischen Bewegungen ein Kontinuum sind. Schließlich ist auch das wie in der Gesellschaft: Altbackene Parteien oder Konzerne gehen unter, neue entstehen und integrieren die jüngeren Generationen auf ihre modernere Weise.

Im Ergebnis findet sich ein Nebeneinander absterbender und in Wandel befindlicher Alt-Organisationen mit modernen Kampagnen und Organisationen, die neue Strategien und Beherrschungstechnologien in Bewegungen einbringen, um dann zu einer dauerhaften Struktur zu werden oder von den wandlungsfähigen Dinosauriern der Zukunft eingefangen, d.h. integriert oder aufgekauft zu werden. Es ist die „Zunft der Mitglieder- und SpendeneintreiberInnen“ mit integrierter Jagd nach Medienaufmerksamkeit. Über Strukturen wird dort – auch mangels bestehender Kontakte zur Basis – gar nicht mehr geredet. So agierten die Vorbereitungsrunden zu allen großen Events der vergangenen Jahre ohne jegliche Legitimation. Sie waren einfach da und sicherten sich ihre Hegemonie durch das Einschwören auf eine vermeintlich gemeinsame Aktionslinie und die Stellvertretung gegenüber Behörden und Medien. Gepaart wird dieses oft mit basisdemokratischem Schein. Doch glaubt wirklich jemand, dass die erst kurz vor Aktionsbeginn gebildeten und über alle wichtigen Sachen (Pressearbeit, Außenvertretung, Materialbestand, Kommunikationsflüsse, wichtige Telefonnummern usw.) gar nicht informierten Bezugsgruppen entscheidend sind? Wer an Schalthebeln sitzt, bleibt den MitläuferInnen meist unbekannt. Oft wollen die das gar nicht genauer wissen. Vielmehr gehört zum ständigen Ritual heutiger Organisationen und Mobilisierungen, dass sich die im Hintergrund Fäden ziehenden Eliten in der großen Runde Dank und Anerkennung für ihre aufopferungsvolle Rolle einholen, als die sie ihre Hegemonie verkaufen.

Aus Mathias Edler (2001): „Demonstranten als „Staatsfeinde“ – „Staat“ als Feindbild?“, Alte Jeetzel-Buchhandlung (S. 120)⁰
„X-tausendmal-quer“ bildet die vielleicht extremste Form der Inszenierung von Widerstand, die das Wendland bisher erlebt hat – und die wiederum eine Inszenierung von rechtsstaatlichem Verhalten auf Polizeiseite zur Folge hat, bis der Castor-Fahrplan durch die Aktion in Gefahr gerät. Widerstand wird zum vorher in „gewaltfreien Trainings“ eingeübten Rollenspiel, in dem jeder seine feste Rolle – nicht mehr und nicht weniger – zu bekleiden hat.

Text und Interviewauszüge mit Jochen Stay über X-tausendmalquer¹
Es gibt einige konkrete Strategien im Umgang mit Medien, die gezielt angewandt werden, um eine möglichst intensive Berichterstattung zu erreichen. Zum einen ist dies die Konzentration auf bestimmte Personen, die im Fokus der Pressearbeit stehen, diese Strategie beinhaltet aber auch Widersprüche zum eigentlichen gesellschaftspolitischen Anspruch: „Also, ich glaube, beispielsweise war eine sehr wesentliche Entscheidung, die wir irgendwann getroffen haben, diesem Medienmechanismus, der gerne Personalisierung will, [...] dem entgegen zu kommen. Zum Beispiel einfach, indem man Pressesprecher benennt und in Presseerklärungen Namen reinschreibt. ‚Der sagte, dass...‘ und so weiter. Dass das auch nicht immer rotiert, sondern dass das möglichst kontinuierlich gleiche Personen sind. Das widerspricht [sich] ja eigentlich erst mal, wenn man sagt, man will relativ egalitär arbeiten [...]. Da haben wir an der Stelle aber gesagt, uns ist es [...] wichtiger, dass wir mit dem, was wir zu sagen haben, möglichst gut [...] wahrgenommen werden in den Medien.“ ...

Für die untersuchten Kampagnen und ihre Zielsetzungen spielen Medien eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund passen sie sich, um von den Medien berücksichtigt zu werden, an bestimmte Funktionsweisen der Medien an. Die Beschränkung auf wenige Personen, die gegenüber den Medien sprechen – auch als Personalisierung bezeichnet – ist eine dieser Anpassungen an Medienfunktionsweisen. Dies ist ein Kompromiss, der zu Lasten der emanzipatorischen Ansprüche von Nicht-Hierarchisierung und Aktivierung der Kampagnen geht. Er hat zur Folge, dass die Darstellung in den Medien oft den emanzipatorischen und antihierarchischen Charakter der Kampagne nicht wiedergibt und teilweise sogar Personen ausmacht, die die Proteste „anführen“.

In den Propagandaschriften wird dennoch Herrschaftsfreiheit suggeriert. Zwar haben die Basis- und Bezugsgruppen kaum Informationen und wenig zu sagen, aber „in unserer Zusammenarbeit versuchen wir, hierarchiefreie Strukturen zur Anwendung zu bringen, d.h. wir werden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Konsensprinzip entscheiden“.² Der Trick ist gut. Was schön klingt, ist gefestigte Macht. Wer in Eliten einfach entscheidet und macht, der Basis aber den Konsens verordnet, sichert sich bei internen Machtkämpfen doppelt ab: Erstens fällt alles nicht so auf, zweitens ist die Basis durch den Konsenszwang stark geschwächt, gegen die eigene Elite handeln zu können.

⁰ Edler war bei Erscheinen des Buches Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg.

¹ Diplomarbeit von Mareike Korte in 2008: „Medienstrategien von Protestbewegungen“ (S. 43 f. und 100)

² Aus dem Faltblatt „Castor 2010“: Aktionskonsens (S. 2), www.nato-zu.de/fileadmin/natozu/share/documents/Flyerx1000__Auflage2.pdf

Vorgaben von oben ließen sich nur ändern, wenn niemand dagegen stimmt. Solche Einstimmigkeit werden Eliten zu verhindern wissen, wenn es drauf ankommt.

Wie das praktisch aussieht, zeigte das Vorbereitungscamp im Sommer 2010 im Wendland. Per Veto durch den informellen Führer Jochen Stay wurde sowohl die gleichberechtigte Mitwirkung der BI Lüchow-Dannenberg nach dem Motto „Keine Nebenkönige!“ verhindert als auch Workshops zu Kleinaktionen aus dem Programm gestrichen. Ziel war, die TeilnehmerInnen absichtlich blöd zu halten, um sie zum Mitmachen an der zentral geplanten Sitzblockade zu bringen.

Zum Zweiten: Kommunikation als Einbahnstraße im Gewand des Dialogs

Kritik am Konsens: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/konsens.html

i

Es gibt in den modernen Organisationen kaum noch Orte, an denen überhaupt noch über Fragen der Organisationsform gestritten werden könnte. Die alten Verbände hatten dafür Mitgliederversammlungen vorgesehen. Die waren zwar hochvermachtet und für einzelne Mitglie-

der kaum beeinflussbar. Aber die Konkurrenzen zwischen den formalen MachthaberInnen und Strömungen in den Verbänden schufen Streit und boten dadurch Spielraum für ein Ringen um Veränderungen.

Nicht so bei den modernen Netzwerken, Bewegungsagenturen und Kampagnen – sei es nun die Interventionistische Linke, die Teilorganisationen im ZUGABe-Netzwerk oder Delegiertensysteme in Themenkampagnen. Alle Kommunikationssysteme sind hier in der Hand Weniger, die kaum noch lokalisierbar sind.

Beispiele:

- Ein kritischer Blick auf die Internetseiten von X-1000malquer und Gendreck-weg brachte – zumindest 2008 bis 2012 – schon erste Erkenntnisse: Beide Aktionen, die mit den klassischen Attitüden gewaltfrei, basisdemokratisch usw. die Nebelwurfmaschine kräftig anwerfen, um die internen Strukturen unsichtbar zu machen, bieten keine einzige (!) Kommunikationsform der Beteiligten untereinander an. Der Klassiker heutiger Mobilisierungen, die offene Mailingliste, fehlt bei beiden völlig. Alles ist kontrolliert und Einbahnstraßen-Kommunikation. Warum fällt das niemandem auf? Vielleicht weil hier zusammengewachsen ist, was zusammen gehört? Eliten und MitläuferInnen? Die Organisation nach Methode der Schafherde? Von allen Seiten so gewollt?
- PressesprecherInnen bei linksradikalen Camps sind in der Regel Personen mit Kunstnamen. Kaum jemand weiß dann noch, wer da für das Camp spricht. Was egalitär wirkt, ist tatsächlich eine vollendete Vereinnahmungsstrategie: Sprechen für ein Kollektiv, ohne überhaupt noch von dessen Angehörigen bemerkt zu werden. Das Kollektiv wird hinter seinem Rücken geformt.

- Bei der Gendreck-weg-Aktion in Badingen 2006 war selbst der Pressegruppe nicht einmal bekannt, dass sich für die Massenaktion (für eigenständige Aktionen wurde ohnehin nirgends geworben) eine kleine Kungelgruppe gründete, die alles vorbereitete. Sie bestand „zufällig“ aus den FunktionärInnen, die auch bei X-1000malquer und anderen Aktionen dieser Art solche Führungsgruppen bilden.
- Bei einem Treffen des Netzwerks gewaltfreier Kampagnen im Januar nahe Kassel sollte über den Umgang mit „(noch) nicht gewaltfreien“ Gruppen diskutiert werden. Damit das reibungslos im Sinne der Eliten ablaufen konnte, wurden zwei Personen aus solchen Aktionsgruppen eingeladen. Darüber wurde nicht einmal in der Vorbereitungsgruppe diskutiert. Es geschah einfach. Wer genau im Hintergrund die Fäden zog, blieb intransparent.

Und zum Dritten: Suggestion von Mitbestimmung und Pluralität

Keine moderne Herrschaft kann bestehen, wenn es ihr nicht gelingt, sich selbst als das Gegenteil zu inszenieren. Denn das Moderne an ihr ist ja, dass sie auf sichtbar autoritäre Züge weitgehend verzichtet. Stattdessen gelingt ihr, Unterstützung bei den Geführten oder Vereinnahmten einzuwerben durch den Anschein, dass alles ein gemeinsamer Wille und ein gemeinsames Projekt ist. Dafür notwendig sind Dialoge, die Meinungen einbinden, ohne sie unkontrolliert wirken zu lassen. Opposition wird assimiliert, wegmoderiert, eingebunden in weitgehend wirkungslose Diskussionszirkel, getrennt von Debatte und Realpolitik.

Die Eliten, die auf vereinheitlichtes Verhalten oder auf vereinnahmbare Aktionsvielfalt aus sind, stellen Projekte, Aktionen und Kampagnen nicht als ihr Werk, sondern als gemeinsame, von Vielen getragene Sache dar. Abweichung verliert seine Spürbarkeit.

Ein beeindruckendes Beispiel, zudem eines der ersten in dieser Größe und durchgreifenden Wirkung, war der Protest gegen den G8-Gipfel in Rostock. Statt den üblichen Grabenkämpfen einigten sich die Eliten sonst sehr unversöhnlicher Bewegungsteile (z.B. Kirchen und autonome MarxistInnen) auf ein gemeinsames Programm. Linken und aktivistischen Zusammenhängen gelang es, die Reste unberechenbarer Aktionsgruppen in große Kampagnen einzubinden oder auszugrenzen. Dabei war die Ankündigung noch ganz anders: Es sollten „die Möglichkeiten und die Kräfte der Veränderung in der Aktion sichtbar werden“.³

Stattdessen aber setzte sich eine Zuspitzung auf eine große gemeinsame Aktion durch, durch die eine „möglichst kalkulierbare Situation geschaffen werden“ sollte. Es ging um „Kollektivität vieler“. Die Kontrolle verkaufte sich als freundliche Sorge, indem „eine politische und praktische Verantwortung für den Ablauf der Blockaden übernommen“ werde.

³ Aus der Mobilisierungsseite zur 2. Aktionskonferenz in Rostock zum G8-Gipfel: www.g8-2007.de/content/view/18/lang/de/

Das Konzept gelang – zumindest aus dem Blickwinkel des Ziels, eine Einheit zu schaffen und (fast) alle Menschen als große Herde zusammenzuführen. Unter Einsatz erheblicher Ressourcen (Medien, Treffen, TrainerInnen und Dominanz in Camps bzw. Plena) entstand eine Aktion, die als Aktion durchaus Erfolge erzielte, aber hinsichtlich des Selbstorganisierungsgrades sehr niedrig lag. Die Wirkung über den Aktionstag hinaus ließ sich absehen: Die Bewegungseliten priesen sich selbst als HeldInnen, erzielten Medienaufmerksamkeit, rekrutierten Mitglieder und sammelten Spenden. Doch die herbeiphantasierte Belegung der Bewegung blieb aus. Überraschen konnte das nicht. Wer Menschen entmündigt, macht sie zu Angehörigen einer Herde, nicht zu einer Vielfalt selbständig aktionsfähiger Individuen, Zusammenschlüsse und Kooperationen.

Das Selbstorganisierungsdesaster von Rostock verwundert hinsichtlich seiner allgemeinen Akzeptanz und unkritischen Übernahme auch deshalb, weil viele Jahre vorher im Castorwiderstand ein anderes Aktionskonzept gewählt wurde und seit Jahren zeigt, dass es anders geht und wirksamer ist: Das Streckenkonzept. Es sollte Vereinheitlichung überflüssig machen und eine Vielfalt schaffen – was auch gelang. Den Bewegungseliten mit ihrem ständigen Anspruch, Menschen zu Rädchen ihrer Ideen zu machen, scheint das nicht zu gefallen ...

Erinnert sei an den Spruch aus dem zapatistischen Widerstand in Chiapas (Mexico), auf den sich viele soziale Bewegungen auch hierzulande positiv bezogen haben. Sinngemäß hieß es: „Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben“. Dieser Zielsetzung werden sowohl politische Ziele wie auch Organisationskonzepte sozialer Bewegungen regelmäßig nicht gerecht. Gefordert wird mehr Einheit, mehr Handlungsstärke zentraler Strukturen wie dem (National-)Staat oder globaler Institutionen. Gleichzeitig werden intern einheitliche Aktionsformen durchgesetzt statt Vielfalt organisiert und gefördert.

Noch ein Viertes: Privilegien und Zugang zu Wissen/Ressourcen

Wissen ist Macht – das wissen auch die Eliten der Bewegungen. Sie brauchen keine formalen Hierarchien, nicht einmal die Tricks der Verhandlungsführung in den egalitär wirkenden Plena und konsensualen Debatten. Sie benötigen nur das für die Durch- und Umsetzung von Ideen und Themen nötige Wissen: Adressen, Pressekontakte, Zugang zu materiellen und finanziellen Ressourcen usw. Sind die ungleich verteilt, entstehen Privilegien. Das ist regelmäßig der Fall. Meist wird das einfach vertuscht, ab und zu aber sogar begründet, z.B. mit vermeintlichen Gefahren.

Text von Jörg Djuren aus der Graswurzelrevolution Okt. 2005 (S. 18)
*Eine der zentralen Forderungen alter Revolutionen war die Aufhebung der Geheimdiplomatie
 Eine Forderung, die nie umgesetzt wurde und an deren Nichtumsetzung u.a. die Revolutionen gescheitert sind. Informationsmonopole, das Beschränken von Informationen auf bestimmte In-Gruppen, sind*

insbesondere in informellen Strukturen der anarchistischen und autonomen Linken ein oft genutztes Mittel zur Durchsetzung von Entscheidungen und zum Aufbau informeller Hierarchien. In der BRD gibt es nur wenige Bereiche, in denen auf Grund der realen Repression eine solche Geheimhaltung notwendig ist (also dort, wo Dritte betroffen sind, bei der Arbeit im Ermittlungs-Ausschuß, bei der direkten Soli-Arbeit für Illegalisierte, usw.). Im Regelfall ist die Geheimhaltung aber sogar unter Sicherheitsgesichtspunkten eher kontraproduktiv, macht sie doch die klandestin organisierten Gruppen zur idealen Projektionsfläche der Medien und der Spitzelbehörden für alles Böse auf der Welt. Und vereinfacht so ihre Kriminalisierung. Außerdem schafft sie auf Grund des nicht mehr offen miteinander Umgehens/Sprechens eine Situation, in der es Spitzelbehörden und SpitzelInnen leicht gemacht wird, Gruppen zu zerstören, indem Personen durch gezielt gestreute Halbwahrheiten und Fehlinformationen gegeneinander ausgespielt werden. Zumindest werden die Gruppen dazu gebracht, sich primär mit sich selbst zu beschäftigen. Die größte Sicherheit gegen staatliche Repressionen bildet ein offener Umgang untereinander und eine Öffnung nach Außen, was auch den offenen Umgang mit Konflikten beinhaltet. Ich rede hier nicht vom Verhalten in laufenden Ermittlungsverfahren, hier gilt immer: keine Aussage machen, zumindest nicht ohne AnwältIn und Rücksprache mit der eigenen Gruppe. Dies ist aber die Ausnahme und nicht der politische Alltag. ... Die unnötige Selbstzensur innerhalb der Linken durch Anonymisierung in Bereichen, wo dies nicht nötig ist, befördert die Repression. Geheimhaltung und Informationshierarchien produzieren innerhalb einer Gruppe autoritäre Strukturen, und die paranoide Abschottung nach Außen („Feindesland“) produziert sektenähnliche Gruppenstrukturen.

Wie wichtig den Eliten die Frage der Wissenskontrolle ist, zeigte der Versuch einer offenen Presseplattform.⁴ Er gelang erfolgreich 2002 bei den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, scheiterte ab dann aber durch Verbote seitens linker Führungskreise im Folgejahr bei gleichem Anlass und beim Castor-Widerstand.⁵ Die ursprüngliche und 2002 auch so umgesetzte Idee war die der entpersonalisierten Vermittlung direkter Kontakte zwischen Aktionsgruppen und JournalistInnen. Dieses geschah über ein Suche/Biete-Pinnbrett in einem festen Raum und im Internet, eine eingeladene unmoderierte Pressekonferenz als Begegnungsraum zwischen JournalistInnen und Aktionsgruppen sowie ein Presse-Arbeitstisch mit Faxverteiler und Telefonnummern. Durch die öffentliche Zugänglichkeit dieses Wissens verschwanden Privilegien. Im Ergebnis waren 2002 verschiedene Aktionsgruppen mit zum Teil deutlich radikaleren Positionen in den Medien zu finden als in den darauffolgenden Jahren. Die Folge: NGO- und linke Eliten sorgten dafür, dass unabhängige Aktionsgruppen in politischen Zentren der Stadt keine Handlungsmöglichkeit mehr hatten. Ebenso verhinderten linksradikale Szenefürsten in Lüneburg 2003 die Verwirklichung dieser Idee.

⁴ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/plattform01.html

⁵ www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor/castor_lueneborg.html

Das Fünfte in der Hinterhand behalten: Formale Macht

Sei es aus mangelndem Vertrauen zu den noch recht neuen Methoden moderner Führung oder als zusätzliche Absicherung: Die klassischen Handwerkszeuge der Macht bleiben erhalten. Spürbar werden die spätestens, wenn moderne Machtmittel hinterfragt werden. Wer das tut, gerät schnell unter Druck. Reichen die diskursiven Steuerungsmittel nicht, kommt der Knüppel: Rauswürfe, Verbreitung von angstmachenden Gerüchten usw. über die missliebigen Personen oder Gruppen sind schnell an der Tagesordnung. In der Regel reicht das hinten rum, d.h. die Masse der MitläuferInnen bekommt von den Ellbogeneinsätzen wenig mit.

Am 27.8.2011 druckte die FR auf S. 21 ein Interview mit der „Ökobuch“-Schreiberin Charlotte Roche (Sexbücher „Feuchtgebiete“ und „Schoßgebete“) ab. Die berichtete dort, sich auch für den Umweltschutz zu engagieren. Doch sie machte die Rechnung ohne die FührerInnen: „Ich wollte mich jetzt auch anketten in Gorleben, gegen das Atomzwischenlager. Hab ich hingeschrieben, an die Organisatoren. Klar gerne, in zwei Jahren, war die Antwort. Die haben eine Warteliste, und ich muss mich wie alle anderen hinten anstellen“. Das aber war harmlos. Ausgrenzung und Rauswürfe sind Standard in politischen Bewegungen – auch in linksradikalen und anarchistischen. So wurden zwei ProjektwerkstattlerInnen von einem Vernetzungstreffen gewaltfreier Aktionsgruppen eingeladen. Zudem flog die Projektwerkstatt aus dem Emailverteiler der deutschsprachigen Infoläden.⁶

Liebste Projektwerkstatt!

Wen zum Teufel interessiert Eurer Kram? Was habt Ihr auf dieser Mailinglist zu suchen? ... Eigentlich haben wir massenhaft Fragen an Euch, aber wenn wir ehrlich sind, dann möchten wir keine Antworten haben. Schleichts Euch aus dieser Mailing-List.

Infoladen 10 Wien

so langsam reichs, die infoladen mailinglist hat eine klare funktion (siehe e-mail 18.5.01), das beinhaltet nicht das, was du da immer rumschickst. wir haben kein interesse an dem ganzen zeug. ... schorsch /il ffm

Es ist also wie bei „Animal Farm“. Einige sind gleicher als andere. Und die belügen die weniger Gleichen, indem sie ihre Herrschaft zu verschleiern versuchen. Gelingt das nicht, können sie auch anders ...

Aus Bookchin, Murray (1981): „Hierarchie und Herrschaft“, Karin Kramer Verlag in Berlin (S. 17 f.)

Der „Managerradikalismus“ hat kein wirkliches Interesse für seine Anhänger und für deren Qualitäten als informierte, gesellschaftlich engagierte und aktive Persönlichkeiten. „Massenaktion“ ist ihm wichtiger als Selbsttätigkeit, die Zahl wichtiger als das Ideal – Quantität geht vor Qualität. Das Konzept der direkten Aktion, das zu aktiven Persönlichkeiten führen soll, die als Individuen und individualisierte Gemeinschaften fähig wären, alle sozialen Belange direkt zu ihren

⁶ Eigenmächtiger Austrag durch Infoladen Bielefeld, unterstützt durch weitere Infoladen(sprecherInnen). Fehler im Original.

eigenen zu machen – eine authentische und von ethischen Überlegungen anstatt von legislativen Maßnahmen geleitete Öffentlichkeit –, dieses Konzept der direkten Aktion ist auf widerliche Weise zu einer bloßen Sache der „Taktik“ – statt Selbsttätigkeit, Selbstentwicklung und Selbstbestimmung – geworden. „Affinitätsgruppen“, ein anarchistisches Organisationsmodell, das gedacht war, enge, menschliche und dezentralisierte Formen für die Entwicklung eines neuen Selbst und der Sensibilität für eine wirklich freie Gesellschaft bereit zu stellen, werden lediglich als Einsatzgruppen betrachtet, die man schnell herbeirufen und wieder auflösen kann, um begrenzte, konkrete Aktionen durchzuführen. Kurz gesagt, befaßt sich der „Managerradikalismus“ in erster Linie mit Managen und nicht mit Radikalisieren. Und indem er zunehmend die Manipulation der ihm folgenden Massen kultiviert, zersetzt er alle wirklich libertären Ansätze der gegenwärtigen Epoche, oft auf Kosten der Geschichte, die ein abstoßender Karrierismus innerhalb seiner selbsternannten Elite und der Zynismus in den Kreisen seiner naiven Anhänger einbringt.

Herrschen, ohne dass es jemand merkt: Instrumentalisierung

Instrumentelle Herrschaft bedeutet, dass keine direkte Befehlsgewalt (Hierarchie) vorliegt, sondern eine Elite im Namen derer spricht, die sie instrumentalisiert. Eine „Basis“ ist nötig als bunter Background, damit die „SprecherInnen“ als wichtig erscheinen. Die BasisakteurInnen haben aber keinen oder kaum Einfluss auf das, was die Eliten als Meinung „aller“ behaupten.

Diese instrumentelle Herrschaft übt z.B. Attac nach innen aus, d.h. die Basis wird vereinnahmt. Ebenso tritt Attac als Sprachrohr noch breiterer Teile von Bewegung auf – z.B. bei Bündnissen, Demonstrationen, gemeinsamen Aktionen. In den Medien wird Attac für die gesamte globalisierungskritische Bewegung genannt, ab Ende 2002 auch zum Thema Krieg sowie phasenweise zu ökologischen und sozialen Fragestellungen (siehe die Instrumentalisierung durch und den Filz um Attac).

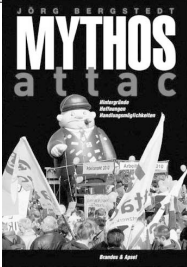
Was ist instrumentelle Herrschaft? Das Beispiel Attac ...

Nach den Protesten von Göteborg (EU-Gipfel) und Genua (G8) kurz nach der Jahrtausendwende wurde die regierungsnah und prostaatliche Gruppe Attac von Medien und Regierungsparteien systematisch zum Ansprechpartner für alle KritikerInnen und zur „Dachorganisation der Globalisierungskritiker“ (FR, 5.9.2001) stilisiert, um damit radikalere Forderungen zu verdrängen. Attac war zu dem Zeitpunkt, als es zum Dach aller konstruiert wurde, nur eine kleine Gruppe. Die Forderungen von Attac finden sich teilweise bereits bei Weltbank oder SPD – sind also leicht zu erfüllen ... ganz im Gegensatz zu antikapitalistischen Positionen.

Kritik an Attac
mit Seiten zur
Vereinnahmung
sozialer Bewegungen:
www.attac-online.de.vu



i Buch „Mythos Attac“ und NGO-kritische Schriften: www.aktionsversand.de.vu.



Aus einen Kritiktext an Attac⁷
Instrumentelle Herrschaft übt keine direkte Befehlsgewalt aus. Es bedarf gar keines Kontaktes zur Basis außer dem Wissen, dass es sie gibt. Die Attac-Basisgruppen sind unabhängig von den zentralen Gremien. Das macht ihre Aktionen und Positionen bunter als in anderen Verbänden. Manche Basisgruppen sind linkspopulistisch, viele marxistisch geprägt, andere von Parteien wie der PDS, der SPD oder Grünen dominiert. Einige haben pazifistische Schwerpunkte, andere argumentieren bürgerlich-demokratisch, manche gehören rechten Strömungen an. Das ist möglich, weil für die Medienpolitik und das öffentliche Auftreten von Attac die Positionen der Basis nicht wichtig sind. Die zentralen Attac-Forderungen sind nie breit diskutiert, ge-

schweige denn abgestimmt worden. Das politische Programm stammt aus der Retorte, wurde in der Gründungsphase von den wenigen Personen des Koordinierungskreises und den am Aufbau von Attac beteiligten Medien geformt und ist seitdem nur um einige aktuelle Aspekte ergänzt worden. Die Handlungsmacht dazu haben Medienstars wie Sven Giegold oder Peter Wahl – international vor allem Susan George und Ignacio Ramonet. Keine Basis kann sie kontrollieren oder gar auf eine Verbandslinie einschwören. Ihr Wort ist die Meinung von Attac, denn was von Attac nach außen und zur eigenen Basis durchdringt, steht in Zeitungen wie taz, FR, Spiegel oder Junge Welt. Mit der Anti-Kriegs-Kampagne „Resist“ wiederholten die StrategInnen von Attac dieses Meisterstück. Sie schufen in kleinen Runden Profil und Positionen, bevor dann über den Medienhype die Basis zum bereits bestehenden Projekt entstand und wenige Personen über die „Marke“ Resist immer wieder als Sprachrohr der Friedensbewegung agieren konnten.

„Oben“ und „unten“ neu ausgerichtet

Die bisher üblichen Hierarchien setzen den Kontakt zwischen „Oben“ und „Unten“ voraus. Es gibt formalisierte oder informelle, d.h. eingespielte Regeln, wie sich Interessen durchsetzen – auch gegen den Willen anderer. Es gibt Unterschiede darin, wer was „zu sagen“ hat, wer welchen Zugang zu Wissen, materiellen und finanziellen Ressourcen hat usw. Es gibt aber ebenso Regeln, wie sich Positionen von unten nach oben durchsetzen lassen, z.B. über Anträge auf Mitgliederversammlungen.

Instrumentelle Herrschaft kommt ohne den direkten Kontakt aus. Allein die Existenz einer Basis reicht. Instrumentalisierung bedeutet, die Existenz und die Tätigkeit der „Beherrschten“ für sich zu nutzen, sie abzuschöpfen und nach eigenen Interessen umzulenken. Die Führungsgremien von Attac benutzen die breite Basis, die steigenden Mitgliedszahlen, den Flair des offenen und umfassenden Bündnisses für ihre Interessen. Sie reden im Namen von Attac, sie machen Politik als Attac. Eine Handvoll Personen „ist“ Attac. Denn Attac ist das Produkt der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Für die politische Wirkung sind die Basisgruppen, ihre Aktionen und Positionen völlig unbedeutend. Selbst in den regionalen Tageszeitun-

⁷ Autor: Jörg Bergstedt, Quelle: Faltblatt „Mythos Attac“ aus 2006, www.projektwerkstatt.de/attac/faltblatt.pdf

gen sind die Inhalte und Aussagen der Attac-Bundesführung öfter zu finden als die Aktivitäten der örtlichen Gruppe.

Weil die Basisgruppen von ihrer Führung nicht direkt in bestimmte Richtungen gedrängt werden, nehmen sie die Beherrschung im Verband kaum wahr. So erklärt sich, warum Kritik an der Struktur kaum benannt und Kritik von außen auch von den Basis-AktivistInnen oft zurückgewiesen wird. Was aus dem Bundesbüro kam, war nett, bunt und offen. Es gab Empfehlungen, was mensch tun konnte. Manches war mitreißend formuliert, so dass schon deshalb viele mitmachten. Der Zwangscharakter entstand nicht über eine direkte Aufforderung zum Mitmachen, sondern die Attac-Führung steuerte die politische Außenvermittlung und die Akzeptanz von Kampagnen über die Medien. Attac-Mitglieder und -Aktive erfuhren wie andere Menschen auch aus den Medien, was als neues Thema angesagt war und welche Aktionen laufen sollten. Das hatte Zugkraft, wurde aber nicht als Dominanz wahrgenommen. Die Attac-Führung sprach im Namen der bunten Basis, ohne sie zu konsultieren. Die Positionen und Kampagnen entstanden in kleinen Runden. Sie wurden dann professionell aufbereitet und präsentiert.

Mit einer solchen Politik „instrumentalisiert“ die Attac-Führung seine Mitglieder, AktivistInnen und Basisgruppen. Das Ganze wurde zudem als „Organisierung neuen Typs“ mythologisiert. Wo gar keine Basisbeteiligung stattgefunden hat, suggerieren die Worte der Führungsgruppe die Breite der Entscheidungen. Vermeldet wurden sogar Ausgrenzungen über die Medien – wie vom Spiegel im Bericht zum Attac-Kongress 2001: „Unvermeidlich waren von den Autonomen bis zu den Trotzlisten alle alt-linken Gruppen und Grüppchen vertreten, zumeist mit lautstarken Rednern. Gegen deren Forderung nach Radikalisierung setzten Giegold und seine Mitstreiter ihr Konzept der ‚wirklich innovativen‘ Netzwerk-Organisation: Außer Neo-Nazis und Gewalttättern solle jedermann mitarbeiten dürfen. Unter dem Rubrum attac könnten gleichwohl nur jene ‚Kernforderungen‘ firmieren, die ‚in jahrelanger Arbeit international unter hunderten von Initiativen‘ abgestimmt seien“. Dass Attac Deutschland zu diesem Zeitpunkt erst wenige Monate existierte und seine Forderungen aus der Retorte seiner Eliten stammten, fällt bei solchen Worten nicht mehr auf.

Beispiele:

- Intern: Der Koordinierungskreis bzw. einige prominente Ko-Kreis-Mitglieder vertreten nach außen, was Attac ist und fordert. Die Mitglieder und aktiven Gruppen erfahren aus der Zeitung davon. Es wird aber immer als „Attac“ oder „wir“ gesprochen, d.h. alle Mitglieder und Aktiven werden vereinnahmt. Die Forderung nach einer „anderen Welt“ wird mit Tobin Tax und Schuldenerlass gefüllt. Sven Giegold forderte einen Kapitalismus wie in Skandinavien oder bekannte sich z.B. am 1. Mai 2004 als Hauptredner beim DGB in Fulda zur freien Marktwirtschaft. Aufgrund seiner Medienmacht wurde das, was er sagt, als Meinung von Attac wahrgenommen.
- Proteste in Seattle und Genua: Die Aktionen in den Städten waren breit getragen, widerständig und mit unterschiedlichen Forderungen versehen. Die Tobin Tax kam dort gar nicht oder selten vor. Erst einige Jahre nach Seattle und nach den Protesten von Genua wurden sie von Attac und den Attac-nahen Medien als Demonstrationen für eine Tobin-Tax „verkauft“ und damit die vielen Gruppen für die politischen Forderungen von Attac vereinnahmt.
- Sozialforen: In der Charta des Weltsozialforums, die auch vom Europäischen Sozialforum und den meisten regionalen Sozialforen

anerkannt wird, ist eindeutig festgelegt, dass die Sozialforen offene und horizontal organisierte Räume sind. Niemand darf für sie sprechen, es werden keine gemeinsamen Beschlüsse gefasst. Attac und einigen weiteren organisierten Verbänden ist diese Charta gleichgültig. Nach jedem Sozialforum präsentieren sie Beschlüsse und Kampagnen, die angeblich dort gefasst worden sein sollen. Auf dem Weltsozialforum werden Pressekonferenzen mit Bodyguards gegen Basisgruppen abgeschirmt, damit Attac & Co. – oft zusammen mit Regierungsvertretern – gegenüber der Öffentlichkeit verkünden können, welche Ziele das Sozialforum hat.

Vorläufer instrumenteller Herrschaft: Castor, Demos & Co.

Die Vereinnahmungstaktik von Attac ist nicht neu, aber erstmals in einem großen NGO und dauerhaft so umgesetzt. Beim Widerstand gegen den Castor hat kein Verband und kein Führungsgremium die Chance, die Vielzahl bunter Aktionen zu kontrollieren. Befehle oder Beschlüsse, wer was tun solle, erfolgen nicht oder nur innerhalb der Gruppen und Verbände. Dennoch waren es immer nur wenige Personen, die gegenüber den Medien in Interviews und Pressemitteilungen die politischen Ziele der Aktionen vermittelten – ohne selbst dabei zu sein. Diese instrumentelle Herrschaft, Aktionen anderer ohne deren Einverständnis zur Präsentation eigener Positionen zu nutzen, wurde verstärkt dadurch, dass die meisten AktivistInnen ihre Handlungen kaum oder gar nicht nach außen vermitteln wollten oder konnten. Die Pressesprecher redeten dagegen im „Wir“-Stil und ständig für die Anti-Atom-Bewegung.

Bei großen Demos, Camps oder Aktionstagen ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier treten RednerInnen oder PressesprecherInnen im Namen aller auf, sprechen von „wir“ bei der Beschreibung von Aktionen und Zielen. Vielfach nutzen sie diese instrumentelle Herrschaft auch zur Steuerung von Aktionsformen, in dem sie nicht mehr im direkten Verhältnis (Entscheidungsverfahren, Versammlungen, direkte Anweisungen), sondern über die Presse bis hin zu den Kooperationsgesprächen mit Unterstützerguppen oder gar der Polizei formulieren, was alles dazugehört bzw. erwünscht ist und was nicht.

Kontrolle der Außenvertretung

Es gibt unzählige Veröffentlichungen, Podiumsgespräche usw., bei denen Leute über Strategien politischer Bewegung debattieren. Und auch hier: Immer die gleichen Kreise mit ihren StellvertreterInnen. Selbstorganisierte fehlen, aber manchmal schwingen sich Eliten auf, die behaupten, in ihrem Namen zu reden ...

Ein Beispiel (siehe Abbildung): Die Personen sind handverlesen. Daniel Mittler kommt aus dem BUND, Jochen Stay und Felix Kolb sind Bewegungsstiftung, Heike Walk in nahestehenden Projekten zur Bürgergesellschaft. Zusammengefasst also: Hier diskutiert eine bestimmte Clique

mit sich selbst – aber über die Strategien und mit dem Anschein der gesamten Bewegung.⁸ Das

Strategieforum „Viel Lärm, wenig Resonanz: Rolle von Umweltbewegungen“

Seit den 1970er Jahren sind Umweltbewegungen aktiv, die öffentliche Aufmerksamkeit ist gewachsen, viele ökologische Forderungen wurden in etablierte politische und gesellschaftliche Strukturen integriert. Ein systematischer ökologischer Umbau steht jedoch nach wie vor aus. Wie können Umweltbewegungen überzeugende alternative Leitbilder entwickeln, die gesellschaftliche und politische Ausstrahlung entfalten können? Im Forum werden verschiedene Handlungsansätze diskutiert und bewertet.

- Daniel Mittler (European Climate Foundation)
- Jochen Stay (.ausgestrahlt)
- Heike Walk (TU Berlin)
- Moderation: Felix Kolb
- und andere!

kleine Beispiel steht für viele, die aufzuzählen den Rahmen sprengen würde. Einige kleine Fallbeispiele der vergangenen Jahre mögen die Logiken der Herrschaftsausübung durch Vereinnahmung und Stellvertretung beleuchten.

Klima-/Antira-Camp 2008 in Hamburg

Das Antira-/Klimacamp im August 2008 in Hamburg gehörte zu den Nachfolgeereignissen des als Erfolg stilisierten G8-Protestes von Rostock. Das stimmte insofern, als wieder Funktionseliten dominierten und für das Camp alle wichtigen Entscheidungen vorher trafen. Die TeilnehmerInnen des Camps waren die Massen, die vorgedachte Aktionen ausführen und ausfüllen sollten. Dabei war nicht eine Gruppe am Werk, sondern mehrere Teile elitärer Strukturen machten ihr Ding – immer schön nach dem Elitenmotto „Eine Hand wäscht die andere“ in Abstimmung mit anderen, die an einem anderen Tag dann ihr Ding machten. Jeder Eliteteil bekam seinen Aktionstag. Über dem Ganzen thronen die besonders wichtigen Eliten, die dem Camp ungefragt Themen, Motto und Presseausagen aufdrückten. Unprivilegierte durften das Pressezelt gar nicht betreten, wo einsame Macher ihre Kreise zogen und den Medien erzählten, wofür auch die Teile des Camps da waren, mit denen sie sich vorher gut gestritten hatten. Auf dem Camp gab es kaum Streit. Die Hierarchien wirkten sich nicht sichtbar nach innen aus. Die Eliten handelten einfach und an den Tafeln stand wie selbstverständlich ein Programm, an dem teilgenommen werden durfte. Eigene Ideen und Spontaneität – Fehlanzeige. Als dann eine der Elitenpersonen vor Gericht stand, inszenierte ihn sein Umfeld erfolgreich als Chef: „Hier sollte um jeden Preis der Sprecher des Klimacamps verurteilt werden, das Land will die Anti-Kohle-Bewegung einschüchtern“.⁹

Die Pressekonferenz, in der der „Sprecher“ Tazio Müller (zweiter von links) von anderen VertreterInnen wichtiger Eliteteile präsentiert wur-



Kritiktexte aus dem Öko-Anarcho-Barrio: <http://de.indymedia.org/2008/08/224667.shtml> und [.../11/231359.shtml](http://de.indymedia.org/2008/11/231359.shtml)



⁸ Quelle: Programm für den Attac/BUND/Grünen/usw.-Kongress McPlanet 2009, www.mcplanet.com/media/programme/McPlanet_Programm_Stand_16.3.09.pdf

⁹ Aus einem Text bei Indymedia, 11.2.2009, als AutorInnen genannt wurde X-tausendmal quer HH – also: Eine Elitehand wäscht die andere (<http://de.indymedia.org/2009/02/241582.shtml>).

de. Unerwünschte Basiszusammenhänge wurden von der Konferenz ebenso gar nicht informiert wie diejenigen, die die Aktion durchführen, an deren Rand es zu der Festnahme kam. Durch solche Inszenierungen werden Stellvertretungsfunktionen geschaffen – nicht nur des Sprechers für das Gesamte, sondern die anderen Personen als SprecherInnen für Teilströmungen (z.B. G8-Landwirtschaftsnetzes, einer Mini-gruppe von Personen, die dadurch auffällt, dass sie sich als Netzwerk zu Themen wie Landwirtschaft, Gentechnik usw. in linksradikalen Kreisen inszeniert und damit alle anderen, die dort arbeiten, aus den Organisierungsvorgängen herausdrängen).

Flughafen Frankfurt: Waldbesetzung 2008/2009 und später



Hierarchien in Netzwerken, Bündnissen und bei großen Aktionen:
www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/dachverbaende.html

Kern des Protestes sind seit Jahren viele BürgerInneninitiativen. Sie haben formale Strukturen mit SprecherInnen oder sogar Vorständen. Doch 2009, als der Neubau einer Landebahn im Kelsterbacher Wald näher rückte, kletterten plötzlich bislang weniger aufgefallene AktivistInnen auf die Bäume, errichteten Hütten und versuchten, durch

direkte Aktion Widerstand zu leisten. Das klappte nur begrenzt, was auch an fehlender Fähigkeit zu Selbst- und Aktionsorganisation lag. Dennoch entstand ein Kristallisationspunkt außerhalb der im Laufe der Jahre immer biederer gewordenen BI-Szene, die sich als ziemlich verschlafen zeigte und erst aufwachte, als die Flugzeuge auf der neuen Bahn landeten – und zwar laut. So stand das Wald-Hüttendorf lange im Zentrum – und die modernen HierarchistInnen rüsselten nach der öffentlichen Aufmerksamkeit. Für die Graswurzelrevolution (GWR Nr. 3/2009, S. 1) war klar, dass „seit Mai 2008 gewaltfreie AktivistInnen einen Teil des Waldes besetzt“ hatten. So wurde eingemeindet. Passte es andersherum besser, ging das auch locker von der Hand. Als das Auto eines Fraport-Managers Feuer fing, titelte die Frankfurter Rundschau (12.3.2003): „Gewaltsamer Protest“ und sammelte Zitate wie nach einem Bombenangriff: „Das kann man sich gar nicht vorstellen“ und „Ich bin dankbar, dass es keinen getroffen hat“. Das Bild in der FR war so aufgenommen, dass es wirkte, als sei der Wagen von einer Bombe zerstört worden. Tatsächlich zerstörte der Brand aber nur eine vordere Ecke. Interessant die Stellungnahme des LKA dazu, die zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Beweise hatten, dass es überhaupt ein Brandanschlag war. Sichtbar versuchte die FR hier, ein noch gar nicht geklärtes Kleinstereignis zu einer Art Terror aufzuspielen und auch gleich denen eine Plattform zu bieten, die das billige Spiel der Spaltung mitmachten. Passend dazu platzierte sie daneben einen Artikel „Erinnerungen an die Schüsse“, mit dem daran erinnert wurde, dass bei Auseinandersetzungen an der Startbahn West einst zwei Polizisten erschossen wurden.

Aus einem Interview mit Winfried Heuser, von der FR als „Sprecher des Bündnisses der Bürgerinitiativen“ (so treten aber Etliche auf) dargestellt, in: FR, 12.3.2008 (Hessen D3)¹⁰

Wir arbeiten auf sachlicher, fachlicher Ebene mit Argumenten. ... Radikal ist bei uns niemand. Die Leute sind alle friedlich. Manche mögen im Aussehen nicht immer den bürgerlichen Idealen entsprechen, aber von der Gesinnung her sind sie die treuesten Staatsbürger. Gewalt oder gar Terrorismus sind keine Lösung für gesellschaftspolitische Konflikte. Wir setzen auf Vernunft und gute Argumente.

Ohnehin war bei den BIs alles wohlsortiert. Damit keine unerwünschten Menschen zu ihren Versammlungen kamen, wurden Namenslisten, Anmeldezwang und Eingangskontrollen eingeführt: „Die Teilnehmer sind namentlich gemeldet und werden am Eingang kontrolliert. Zu diesen strengen Maßnahmen sind wir leider gezwungen. Das hat einen wichtigen Grund. Ausnahmen wird es keine geben“, gab die informelle Chefetage der BIs per Mail bekannt.

Stuttgart 21

2010 eskalierte ein Streit um große Umbaumaßnahmen in der baden-württembergischen Bahninfrastruktur. Auffälligster Umbau sollte der Abriss des bisherigen Kopfbahnhofs in Stuttgart mit Neubau eines unterirdischen Durchgangsbahnhofs sein. Dagegen hatte es schon viele Jahre Protest gegeben – oft aber in der typischen Form der NGO-Arbeit. Auf der Straße sichtbar wurde er erst, als die Bagger rollen wollten. Dann eskalierte er schnell: Ramboallüren der führenden Politiker, Beratungsresistenz bei der Bahn-Führung und ein gewalttätiger Einsatz der wieder mal Profitinteressen durchsetzenden VollstreckerInnen in Uniform machten aus dem bis dahin provinziellen Thema einen bundesweiten Nachrichtenhit. Die damalige schwarz-gelbe Landesregierung geriet unter Druck, die Grünen schossen in den Wahlumfragen nach oben (aufs Wählen degradierte Massen vergessen schnell ...), Demonstrationen wurden Woche für Woche größer. CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus zauberte trotzdem eine Lösung aus dem Ärmel. Sehr schlau nutzte er – offenbar lernfähig nach anfänglicher Stümperei in der Protestbekämpfung – die Steuerungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Diskurse und moderne Integrationsmethoden von Protest: Heiner Geißler wurde als Schlichter eingesetzt. Er ist CDU-Mitglied, aber auch bei Attac. Die um Medienerwähnung buhlende NGO hatte Geißler auch immer wieder selbst in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gerückt. Das nutzte Geißler nun geschickt aus. Es kam zu einem Runden Tisch. Dort saßen fast nur noch PolitikerInnen und FunktionärInnen (darunter auf beiden Seite je eine Frau), die live im Fernsehen übertragenen Schlichtungsgespräche boten den Flair von Duellen vor Wahlen. Der Protest auf der Straße ging fast auf Null zurück. Eine Einigung erreichte die Schlichtung nicht, aber den bundesweiten Applaus für eine ungewöhnliche Fernsehunterhaltung. Der als Moderator geschickt agierende Geißler erntete derart viel Lob, dass er zum Abschluss ganz

¹⁰ www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/1688494__BI-Sprecher-Heuser-Radikal-ist-bei-uns-niemand.html

allein ein Ergebnis präsentierte. Als „Schlichterspruch“ getarnt warb er für den Bau des unterirdischen Bahnhofs – selbstverständlich ein bisschen grün angestrichen.

Nun geschah etwas Beeindruckendes: Ob Ministerpräsident, Bahnchef oder der Grünen-Bundesboss Özdemir – sie alle kündigen an, dem Schlichterspruch folgen zu wollen. Innerhalb weniger Wochen war aus dem völlig unbeteiligten Geißler der König der Stuttgart-21-Debatte geworden. Gereicht hat ihm ein mediales Schauspiel erster Güte, das ihm die Chance bot, als diskurssetzende Institution wichtiger zu werden als sämtliche sonstigen gesellschaftlichen Einflussgrößen. Eine beachtliche Leistung, die nur gelang, weil Geißler mit dem Label Attac und seiner beachtlichen Medienschläue als großer Integrator erschien.

Aus „Stuttgart, sonnig, warm“, in: SZ, 2.12.2010 (S. 3)

Die Werte der CDU sackten ab. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl. Jetzt aber hat der Schlichter gesagt: weiterbauen. Das ist das, was für Mappus zählt. Weiterbauen. Heiner Geißler, den doch fast alle toll finden, dem fast alle vertrauen, er hat sich mit seiner ganzen moralischen Autorität für Stuttgart 21 ausgesprochen.

Aus einem Interview mit Heiner Geißler nach der Schlichtung, in: SZ, 2.12.2010 (S. 2)

Ich habe den Konflikt humanisiert. Man kann Konflikte nicht einfach beseitigen, vor allem nicht, wenn sie so kontradiktorisch angelegt sind. Aber wir können die Austragung des Konfliktes harmonisieren und humanisieren. ...

Frage: Erwarten Sie, dass die Zeit des aufeinander Eindreschens nun vorbei ist?

Ja, zwischen den Schlichtungsteilnehmern und ihren Gruppen. Aber niemand kann die Verantwortung übernehmen für kleine Gruppierungen wie die „Aktiven Parkschützer“, die an der Schlichtung nicht teilgenommen haben. Das vielleicht 15 Leute mit vielleicht noch einmal 50 Anhängern. Sie sind keine Massenbewegung, sie sind nicht die eigentlichen Träger des Alternativkonzepts. Die Träger sind vielmehr die Zehntausenden Bürger von Stuttgart, ganz normale Leute, die die Methoden der Parkschützer ablehnen.

BILD-Zeitung am 2.2.2010 (zitiert in: Junge Welt, 3.12.2010, S. 4)

Sie wollen wieder Demo, Krawall, Bäume besetzen. (...) Wer jetzt noch weitermacht, als habe es keinen Schlichterspruch gegeben, verletzt entweder die Regeln von Anstand und Rechtsstaatlichkeit oder er ist nur der nützliche Idiot für Leute, die einen anderen Staat wollen.

Aus einem Kommentar von Heribert Prantl, in: Süddeutsche Zeitung, 1.12.2010 (S. 4)

Geißler sagt „Ja, wenn“ zu Stuttgart 21. Dann lässt er eine Kette von (zum Teil unübersehbaren Bedingungen) folgen. Wenn es gutgeht, sorgen diese Bedingungen für einen wackeligen Frieden in Stuttgart. Wenn es wirklich gutgeht, dann wird es vor dem Bahnhof nicht wieder Bilder von gewalttätigen Polizeieinsätzen geben. Wenn es noch besser geht, wird aus dem umstrittenen Projekt Stuttgart 21 ein halbwegs akzeptiertes Projekt „Geißler 21“. ... Geißler hat in einer vorbürgerkriegsähnlichen Situation aus Kriegern wieder Bürger, aus Feinden wieder Gegner gemacht ...

Die Steigerung, Stufe 1: Im Namen der gesamten Bewegung

Ein konkretes Projekt, einen Verband, ein Camp oder eine Aktion zu steuern und/oder zu vereinnahmen, erscheint noch recht einfach. Aber die ganze Bewegung? Tatsächlich aber ist das noch einfacher, vorausgesetzt, jemand hat privilegierte Zugänge zu Behörden, Medien oder anderen, vor denen er/sie als „die Bewegung“ auftreten kann. Leichter ist das deshalb, weil es „die Bewegung“ gar nicht gibt. Sie ist also nicht nur eine Vereinfachung und Hierarchisierung wie bei den selbsternannten oder gewählten SprecherInnen von Organisationen oder Kampagnen. Sondern sie ist komplett konstruiert. Damit verfügt sie aber auch über keine Möglichkeiten, sich den Übergriff der Vereinnahmung zu verbitten. So ging es jedes Jahr im November den vielen Castor-Aktionsgruppen. Sie ketteten sich vor den Zug, baumelten an Seilen zwischen Bäumen oder Brückenpfeilern oder kletterten direkt auf die strahlende Fracht. Doch im Scheinwerferlicht der Kameras und, noch beliebter, in den warmen Fernsehstudios vermittelten die immer gleichen Führungspersonen, warum die da draußen das machten. Da half es nicht einmal, wenn sich Aktionsgruppen dieser Vereinnahmung selbstbewusst entgegenzustemmen suchten. Die Eliten der Bewegung mit ihren besseren Zugängen zu den JournalistInnen trafen auf eine Erwartungshaltung von Medien, die genau passte: Schnelle O-Töne ohne anstrengendes Kraxeln bei Kälte im Gelände.

Das Spiel des Castors ist anderswo Alltag. RednerInnen auf Demos reden im „Wir“-Stil. Bündnisse reden nicht nur für sich, sondern für alle. „Das Transition Town Movement ist momentan der Überbegriff für alle Bewegungen“, behauptet dreist ein ein Kölner Mitwirkender der kleinen, revolutionsromantischen Splittergruppe (Contraste, März 2012, S. 1). Ständig werden so Einheit und Gemeinwillen konstruiert, die – wie bei Volk und Regierung – aber erst dadurch entstehen, dass Privilegierte sie verkünden.

Die Steigerung, Stufe 2: Im Namen der Menschheit

Das lässt sich noch weiter toppen: Reden nicht nur für „die“ Bewegung, sondern für die ganze Welt. Occupy agiert mit dem Spruch „Wir sind 99%“ – eine bemerkenswerte Anmaßung, unverständlich gerade aus kritischen Kreisen, die den Anspruch, für „die Welt“ zu handeln, eigentlich energisch zurückweisen müssten statt sich selbst in diese Rolle zu verset-



zen. Ins Absurde gerät der Spruch vollends angesichts der überwiegend stark auf sich und die kleinen Zeltdörfer bezogenen Aktivitäten.

Neu ist die Idee aber nicht, einfach eine Menschheit herbeizureden, sie zur Einheit zu konstruieren und ihr Eigenschaften bzw. Meinungen anzudichten – um sie als vermeintliches Sprachrohr dann zu verkünden. Auffällig ist die Ähnlichkeit zu Propheten, die sich erst ihren Gott erschaffen, um dann – mit seiner Autorität aufgeladen – in seinem Namen die eigene Meinung zu verpacken.

Aus dem Konzept für einen Weltzukunftsrat¹¹

Unsere Welt braucht eine starke Stimme, die für unsere Werte als Weltbürger und für die Interessen des Planeten spricht. Der Weltzukunftsrat wird als Stimme der globalen Vernunft, die sich für gemeinsame menschliche Werte und Traditionen einsetzt.

Zitate und Beispiele zu Stellvertretung und Vereinnahmung in großen Kampagnen, Bündnissen und bei großen Aktionen: www.projektwerkstatt.de/debatte/struktur/dachverbaende.html

Aus Ignacio Ramonet (Attac-Initiator und Ehrenpräsident, Chefredakteur der *le monde diplomatique*), 2002: „Kriege des 21. Jahrhunderts“. Rotpunktverlag, Zürich ... *Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre. Dort sind fünf von den sechs Milliarden Menschen vertreten, die auf dieser Welt leben. Das Forum von Porto Alegre vertritt die Menschheit. Was sich dort jedes Jahr Ende Januar versammelt, ist zum ersten Mal in der Geschichte – die Menschheit.*

Neu ist eine Art Wohlfühltheorie hinter der modernen Steuerung, die Schwarmintelligenz. Der Begriff „neu“ bezieht sich hier auf das Jahr 2011, in dem die Idee der Schwarmintelligenz von politischen Bewegungen als positive Idee aufgenommen wurde. Besonders prägnant vollzog sich das innerhalb der Occupy-Bewegung, die ihre Orientierungslosigkeit und fehlende Selbstorganisation so verschleierte. In den Monaten und Jahren vorher waren verschiedene Bücher und Aufsätze zum Verhalten von Schwärmen (Bienen, Fische usw.) erschienen. Die Übertragung auf Menschen reduziert diese auf Rädchen im System und ist zudem ein klassischer Biologismus, d.h. die Ableitung sozialer Organisation aus instinktiv gesteuerten Überlebensstrategien in der Natur.

Auszug aus Len Fisher (2010): „Schwarmintelligenz“, Eichborn in Frankfurt (S. 48 f.)

Ein chinesisches Sprichwort, das Lao-Tse, dem Gründer des Taoismus, zugeschrieben wird, besagt: »Ein Führer ist dann am besten, wenn ihn die Menschen kaum bemerken. Wenn die Arbeit getan und sein Ziel erreicht ist, dann sagen sie, 'Wir haben es selbst vollbracht'.« Neu jedoch ist der theoretische und praktische Beweis, dass ein Anführer (oder eine Gruppe von Anführern) eine Gruppe unerkannt und von innen heraus auf ein Ziel zuführen kann. Daraus lässt sich eine Regel ableiten, die wir nutzen können, wenn wir eine Gruppe in unserem Sinne beeinflussen wollen: Führen Sie von innen heraus (am besten mit einer Gruppe gleichgesinnter Kollegen oder Freun-

¹¹ Quelle: www.weltzukunftsrat.de, mehr Hintergründe unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/weltzukunftsrat.html

de), aber achten Sie darauf, dass es die anderen Gruppenmitglieder nicht bemerken. ... Das funktioniert in Gruppen, deren Angehörige eine angeborene oder angelebte Neigung haben, sich anderen in ihrer Umgebung anzuschließen. ... Polizeibeamte haben uns berichtet, dass es ausreicht, bei Demonstrationen und Straßenschlachten eine kleine Gruppe von Randalierern festzunehmen, um die ganze Menge zu kontrollieren.

Nase vorn: Instantaktionen und Bewegungsagenturen als Anführer der Modernisierung

Politische Aktion wird in Hauptamtlichenapparaten, meist aus jungdynamischen Ex-AktivistInnen zusammengesetzt, vorbereitet. Das Mitmachniveau wird immer niedriger gesetzt: Protestmails werden einschließlich der AdressatInnen vorgefertigt, Busse und Winkelemente für Demos bereitgestellt, Betreuung auf der Anfahrt und vor Ort sichergestellt. Mensch muss eigentlich nur noch überweisen und während der Teilnahme das Atmen nicht vergessen.

Auszug aus dem .ausgestrahlt-Rundbrief Winter 2010/11 (S. 2)
Nehmen wir jetzt den Atomausstieg selbst in die Hand! Wie ginge das besser als mit einer Menschenkette?

Im Begleitbrief dazu von Jochen Stay:
Doch unsere Kampagnen-Kasse ist leer. Jetzt brauchen wir Dich, Dein Engagement, Deine Spende, um die Erfolgsstory fortsetzen zu können. ... Mehr Informationen auf der Kampagnen-Webseite ... Dort kannst Du auch online spenden.

Herrschaftskritik
 und Utopien:
www.herrschaftsfrei.de/vu



Entscheidungsfindung
 von unten und Dominanzabbau: www.hierarchie.de/vu

Beispiel: Campact

Die von einer kleinen, zentralen Hauptamtlichengruppe getragene Organisation verbindet mehrere moderne Methoden, zum einen der Steuerung von Bewegung, zum anderen auch des Unternehmertums mit politischem Protest. In der Zentrale werden politische Einzelaktionen fernab der Orte der Auseinandersetzung geplant. Nach immer gleichem Muster entstehen Instantaktionen, aus der Retorte. Als in Stuttgart der Streit um den Tiefbahnhof „Stuttgart 21“ eskalierte, war Campact sofort mit einer Email-Aktion dabei. Andernorts drücken sie AktivistInnen ihre professionell gefertigten Schilder in die Hand und schaffen es immer wieder dank ihrer überlegenen Pressearbeit, den Eindruck entstehen zu lassen, Campact hätte die Aktion gemacht. Der Lohn: Viele Adressen (über die Emailaktionen), viele Spenden und hohe Aufmerksamkeit in den Medien. Letztere fördern Campact auch gern, denn das ist Widerstand, wie sich taz, FR, SZ und Co. das vorstellen: Schnell, sauber und nur als zurückhaltende Politikberatung. Für Campact ist ein solcher Protest Unternehmertum. Wie andere Firmen Toastbrot oder Taxifahrten anbieten, verkauft Campact Fertig-Aktio-

nen. Das trifft auf den Zeitgeist des trägen BildungsbürgerInnentums, die – oftmals mit Bildern von Wackersdorf, Wyhl oder der Startbahn West im Wohnzimmerschrank – zu den wohlhabenden Schichten aufgestiegen sind, aber ab und zu einen Klick auf den Campactseiten, einen Überweisungsträger an selbige oder Greenpeace, den Einkauf in der Naturkost-Boutique und das Kreuz für die Grünen brauchen, um vor sich selbst zu vertuschen, dass sie in eine beeindruckende Passivität, verbunden mit einem aufwendigen und daher trotz Bioladen-Einkauf stark umweltbelastenden Alltag verfallen sind.

Aus den Internetseiten von Campact (Stand: 1.7.2010)¹²

Der Campact-Newsletter verbindet bereits 238.781 politisch interessierte und aktive Menschen. Sie unterzeichnen Appelle und Petitionen, informieren Freunde und unterstützen die Campact-Kampagnen durch Spenden und Förderbeiträge. ... Schon mit ein paar Minuten Zeit in der Woche können Sie Ihren politischen Vorstellungen wirksam Ausdruck verleihen.

So sieht das praktisch aus: Auswahlmenü an Aktionsmöglichkeiten auf der Campact-Eingangsseite im Internet:

ATOMKRAFT Keine atomare Brücke Abgeordneten schreiben	SPARPAKET Kein Streichkurs im Sozialen Appell unterzeichnen	ATOMKRAFT Nein zum Comeback! Erklärung unterschreiben	CAMPACT Unterstützen Sie Campact mit einer Fördermitgliedschaft
--	--	--	--

Bewegungsstiftung

Tür an Tür mit Campact residiert die Bewegungsstiftung ebenfalls in der norddeutschen Kleinstadt Verden. Die Konzeption stammt aus den gleichen Köpfen und trägt die gleichen Ideen: Finanzgrundlagen sichern durch Hegemonie in der Protestbewegung. Stiftung und Campact ergänzen sich dabei gut. Campact bedient die spontanen Proteste und sammelt unauffällig Spenden und Adressen unter dem Deckmantel bunter Aktion oder vorgekaufter Protestschreiben. Die Bewegungsstiftung hingegen besetzt zentrale organisatorische Positionen. Ganz offen bemühen sie sich darum, zentrale Personen in verschiedenen Teilen politischer Bewegung in ihre Finanzförderungen zu bekommen. Die müssen sich

zwar dann selbst um die Einnahmen kümmern, sammeln die aber nicht direkt, sondern per Stiftung, so dass sie – wie ein ArbeitnehmerIn – geldabhängig von der Stiftung werden. Hinzu kommen Förderungen für Initiativen – grundsätzlich keine schlechte Sache, aber im Gesamtpaket doch eine bemerkenswerte Ballung von Steuerungsmitteln. Ausnutzen müssen die BewegungsmanagerInnen um Campact und Bewegungsstiftung ihre Macht gar nicht. Die Schwäche selbstorganisierter Protestes hat den Hauptteil aller Unzufriedenen längst zu antriebslosen MitläuferInnen gemacht, die geradezu darauf hoffen, dass von irgendwo her Protestmöglichkeiten angeboten werden, die möglichst einfach sind – vom Mausclick bis zur organisierten Busfahrt zwecks

Kritischer Text von
Hanna Poddig über
Campact, in:
Grünes Blatt
2/2009
(S. 46, www.
projektwerkstatt.de/
hoppetosse/
hierarchNIE/
beispiele/grbl2009-
02s46campact.pdf)

¹² www.campact.de/campact/about/home

Händchenhalten auf irgendwelchen Deichen. Das für Protest heute regelmäßig Geld zu zahlen ist wie für den Gang ins Kino, vollendet die Ähnlichkeit solcher Vorgänge.

Aus einem Text von Wiebke Jahanning, Pressesprecherin der Bewegungsstiftung, in: FR, 16.11.2010

Bewegungsstiftung ... Gegründet wurde sie von Menschen, die selbst in Bewegungen aktiv waren – und erlebt haben, was diese erreichen können. Sie haben aber auch erlebt, dass Bewegungen scheitern können, wenn Geld oder eine klare Strategie fehlen. Hier setzt die Stiftung an und fördert Kampagnen finanziell und mit Beratung. Ziel ist es, Bewegungen zu mehr Stabilität zu verhelfen und ihnen auch über Flauten hinwegzuhelfen. In solchen Phasen sind Vollzeitaktivisten wichtig. Sie bilden das Rückgrat von Bewegungen und verfügen über eine Menge Erfahrung.

.ausgestrahlt

Spezialität sind Massenaktionen ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten. Alles ist instant: Politische Aktion wie Fast-Food. Händchen halten und Geld spenden. Das sind die modernen Konzepte der Bewegungsagenturen. Sie bilden wachsende Hauptamtlichenapparate, leben von den Spenden des gut situierten BildungsbürgerInnentums, die ihre frühere BI- und Ökozeit nun mit Überweisungsträgern weiterführen.

Häuptling ist Jochen Stay. Er agiert aber unter verschiedenen Labeln. Zudem ist er Hauptamtlicher und Geförderter der Bewegungsstiftung, vorher dort im Stiftungsrat.¹³ Die gehört zum krakigen Geflecht der Verdener BewegungsmanagerInnen, die ganz praktisch überall Aktive an Schaltstellen fördern oder platzieren. Völlig zurecht erhielt er den Utopia-Award 2010 – und zwar den Publikumspreis. So jemand, der den Menschen suggeriert, mit kleinen Gesten vom Händchenhalten auf Elbedeichen oder Protestbriefchen an die Mächtigen sei eine andere Welt möglich, ist einfach der Liebling derer, die ansonsten auch daran glauben, mit ihrer gut gefüllten Geldbörse in den Öko-Boutiquen die bessere Welt einkaufen zu können (während sie wegen ihres ständigen Konsums oft teurer Produkten eine katastrophal schlechte Ökobilanz im Leben haben ...).

Aus einem Massenbrief des Vielfachfunktionärs und .ausgestrahlt-Kopfes Jochen Stay im Februar 2011

Wir gehen davon aus, dass uns die Ketten-Mobilisierung alles in allem 75.000 Euro kosten wird. Davon sind bisher etwa 30.000 gedeckt. Es fehlt also für jeden Meter der 45 Kilometer langen Kette ein Euro. Wie viele Meter Kette kannst Du mit Deiner Spende ermöglichen? Mit 20 Euro sorgst Du für 20 Meter Kette, mit 100 Euro finanzierst Du schon 100 Meter und mit 1.000 Euro einen ganzen Kilometer. Jede Spende hilft!

Extra-Absatz zu Jochen Stay und .ausgestrahlt als selbsternannte Sprachrohre und „Wir“ der Anti-Atom-Bewegung: www.projektwerkstatt.de/aktuell/castor.htm



¹³ www.bewegungsstiftung.de/119.html?&L=wtqhgllcqr

Abb.: Geld schafft Atomausstieg ... Auszüge aus dem Rundbrief Nr. 13 von ausgestrahlt (Sommer 2011)¹⁴

Soll es .ausgestrahlt weiter geben?

Nur wenn uns genügend Menschen fördern, können wir weiterarbeiten

Es ist ja nicht so, dass wir nicht gewartet wurden, als wir vor drei Jahren mit .ausgestrahlt richtig loslegten: Eine thematische Organisation, so sagten uns viele, sei extrem abhängig von den Stimmungskonjunkturen einer einzelnen Protestbewegung. Andere Umweltschutzorganisationen arbeiten deshalb zu ganz unterschiedlichen Themen.

Trotzdem haben wir uns ganz bewusst entschieden, uns einzig und allein der Stilllegung von AKW und Atomanlagen zu widmen. Diese „Spezialisierung“ hat sich bewährt, weil sie uns besonders schlagkräftig macht. Wir wollen das auch zukünftig

.ausgestrahlt?
gemeinsam gegen atomenergie

nicht ändern, denn es gibt – wie dieser Rundbrief zeigt – noch irre viel zu tun.

Aber nicht wir entscheiden, ob es .ausgestrahlt in handlungsfähiger Stärke weiter geben wird, sondern Du! Nur wenn sich jetzt genügend Menschen entscheiden, .ausgestrahlt regelmäßig zu fördern, können wir weiterarbeiten.

Wenn Du atompolitisch mehr willst als das, was der Bundestag am 30. Juni beschlossen hat, und wenn Du uns zutraust, dass wir dazu etwas beitragen können, dann nutze das beigelegte Förder-Formular oder klick auf

www.ausgestrahlt.de/foerderer

Aus einer Werbemail von Jochen Stay am 2.8.2011

Bisher haben wir einen Großteil unserer Arbeit über viele Einzelspenden finanziert. Solche Spenden kamen vor allem, wenn gerade eine politische Entscheidung anstand, vor einer Großdemonstration oder jetzt im Frühjahr mit den schrecklichen Bildern aus Fukushima.

... In nächster Zeit werden wir dicke Bretter bohren müssen: ... Vieles davon klingt unspektakulär und wird deshalb zu weniger Einzelspenden führen. Deshalb sind für unsere Handlungsfähigkeit gerade jetzt regelmäßige Spenden besonders wichtig, auch damit wir planen können. Wenn Du mit uns der Meinung bist, dass es eine Organisation wie .ausgestrahlt auch nach dem schwarz-gelb-rot-grünen Atomkompromiss braucht, wenn Du uns ermöglichen willst, unsere Arbeit kompetent fortzusetzen, dann würde ich mich freuen, wenn Du jetzt regelmäßige/r Förderin oder Förderer von .ausgestrahlt wirst. ...

PS.: Wenn Du uns ab sofort mit 10 Euro oder mehr monatlich unterstützt, bekommst Du ein kleines Willkommens-Geschenk.

Es kam, wie es kommen musste: Die „taz“ vollendete die Krönung der Bewegungskönige. Das ist ja nicht irgendeine Tageszeitung, sondern eine, die diese Hierarchien selbst mitgestaltet, Teil von Bewegung und einer der großen Förderer der modernen Führungseliten ist. Zusammen mit anderen Blättern wie FR, SZ oder Spiegel macht sie seit Jahren Bewegungsberatung, fördert die FührerInnen und Agenturen bildungsbürgerlicher Ausrichtungen. Am 26.3.2010 schrieb die „taz“ ihre Hommage an die fünf Männer, die so mutig gegen Merkel ankämpfen. Dass sie vor allem ihren Hauptamtlichen Befehle geben und große Herden gleichgeschalteter ProtestlerInnen von Ferne dirigieren und vereinnahmen, steht im Text natürlich nicht (insofern sind diese Männer z.T. nur so mutig wie Könige, die ihre Soldaten ins Feld schicken und selbst im Warmen bleiben).

Aus Kaul, Martin: „Fünf Männer gegen Merkel: Die Bewegungsmanager“, in: taz, 26.3.2011¹⁵

Sie sind Angela Merkels Gegenspieler und sie haben eine Mission. Innerhalb weniger Tage haben sie 100.000 Menschen auf die Straße gebracht: die Manager der Anti-AKW-Bewegung. ...

¹⁴ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/organisation/ausgestrahlt__spenden.pdf

¹⁵ <http://taz.de//1/zukunft/schwerpunkt-anti-akw/artikel/1/die-bewegungsmanager/>

Er hat heute Nacht nur eine Stunde geschlafen, sagt er. Seine Augenringe geben ihm recht. Und jetzt sitzt Jochen Stay schon wieder am Konferenztisch. Es riecht nach Metallspänen. Doch aus der alten Industriehalle in der Marienthaler Straße in Hamburg ist eine Schaltzentrale geworden, von der in diesen Wochen eine große Macht ausgeht. Eine Schaltzentrale der Anti-Atomkraft-Bewegung. ... Jochen Stay, 45, sitzt im Büro seiner atomkraftkritischen Initiative .ausgestrahlt. Er ist hier der Sprecher. ... das .ausgestrahlt-Büro ist so etwas wie das Dienstleistungszentrum der Atomkraftgegner. 13 Angestellte arbeiten hier, und Jochen Stay ist der basisdemokratische Chefmanager mit Innovationskraft.

Im Zentrum der Massen

Er ist nicht der Einzige. Denn was viele nicht wissen: Im Zentrum der Massen, die in den letzten zwei Jahren, seit dem großen Bauerntreck nach Berlin, immer wieder gegen die Nutzung von Atomkraft auf die Straße gegangen sind, stehen viele Organisatoren. Aber vor allem fünf Männer. „Herrenriege“ oder den „Ältestenrat der Anti-AKW-Bewegung“ nennen sie sich selbstkritisch. Andere sagen „Zentralkomitee“ zu ihnen, „Bewegungsvorstand“, „Combo“ oder „Phalanx“. Die Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland, sie wird getragen von einem Exekutivkomitee, das durch dreierlei besteht: Es arbeitet professionell, effizient und vor allem auch hauptberuflich am Atomausstieg. Stay ist einer dieser Männer. Wenn er und seine Combo beschließt, es gibt Demos, dann gibt es Demos. Und wenn sie sagen, es kommen Zehntausende, dann liegen sie meistens richtig. Mal waren es ihre Menschenketten und mal ihre Großdemonstrationen, mal Netzkampagnen und mal AKW-Blockaden, mit denen sie in den letzten zwei Jahren Schlagzeilen gemacht haben. Und meist beginnt alles mit einer Telefonkonferenz zwischen Jochen Stay in Hamburg, Christoph Bautz in Verden, Thorben Becker in Berlin, Peter Dickel in Braunschweig und Dirk Seifert in Hamburg.

Vorwort „Gesteuerte Proteste“ von Elisabeth Voß in der Sommerausgabe 2011 der *Contraste* (S. 2)

Als ich ankomme, ist der Demozug schon losgelaufen, mit etlichen später Ankommenden eile ich hinterher, Wummernde Bässe aus einem LKW, das klingelt nach »Love Parade«, verzückte Gesichter junger Menschen, die hinter dem Wagen tanzen. Ich empfinde das als unangenehm, also lieber weiter nach vorne. Die übliche bunte Demo-Mischung, Grüne, Linke und verschiedene Politsekten, Attac, BUND und andere NGOs, fantasievolle und skurrile Aussagen, keine schwarzen Blöcke, sondern bei strahlendem Sonnenschein die Atmosphäre eines fröhlichen Familienfestes. In groteskem Gegensatz dazu die Polizei in Kampfmontur – wozu?

Vom Wagen des BUND ruft einer durch den Lautsprecher »Atom-Atomkraft« und die Demonstrierenden skandieren »Abschalten«. ... Zur Combo gehören noch Christoph Bautz (Campact, Verden), Thorben Becker (BUND, Berlin), Peter Dickel (Umweltzentrum Braunschweig) und Dirk Seifert (Robin Wood, Hamburg). Ob diese fünf Männer demokratisch legitimiert sind, ob und wie sie von welcher Basis kontrolliert werden, weiß ich nicht. Und so wichtig ich einerseits diese Proteste finde und mich selbst auch daran beteilige, so unangenehm fühlt es sich andererseits für mich an, mich als Teil einer Manövrieremasse zu fühlen, die auf Zuruf einer Führungsclique hauptberuflicher AntiAtom-Politiker gehorsam auf die Straße geht. Am Ende der Demo, vor der Zentrale der CDU, gibt es Live-Musik von einer großen, sehr professionellen Bühne. Dazwischen Reden

und immer wieder Spendenaufrufe, um »all das hier« zu finanzieren. Und wieder die Aufforderung zu Sprechhören und zu Hinsetzen-Aufstehen-Abschalten-Wellen. Solchen Massenaktionen mag ich mich nicht anschließen. Ich erinnere mich, wie ich es früher gemessen habe, mich auf Großveranstaltungen zugehörig zu fühlen, wenn wir die Internationale gesungen haben. Heute fürchte ich mich vor der Manipulierbarkeit der Massen und vor einer Emotionalisierung mit unbeherrschbar destruktivem Potential. Die Angebote am Ort der Abschlusskundgebung sind überschaubar. Ein reger Handel mit Protestbedarf an T-Shirts, Fahnen und Stickern, ganz reizend der gelbe Aufkleber mit roter Sonne: »Wir sind die Guten und kämpfen gegen das Böse«. Ob das ironisch gemeint ist? Windkraft-Verbände, Lichtblick und Naturstrom, Attac, Linkspartei und Grüne. Zum Essen gibt es nur Brezeln und Currywurst. Mir fehlen alternativkulturelle Angebote, es wirkt alles ziemlich professionell, aber auch steril. Am Stand des Mitveranstalters BUND frage ich nach dem Bühnenprogramm. Das gibt es nicht und niemand weiß, welche Programmpunkte geplant sind.

Von Staat und Bewegungsoligarchen gefürchtet: Unberechenbarer Protest

Wenn Menschen eigene Ideen umsetzen, entsteht unkontrollierbarer Protest. Einziges Beispiel dieser Art, bei dem das in Deutschland seit Jahren geschieht, ist der Castorprotest. Zwar kommt es hier auch zu Kanalisierungsversuchen und Werbung für berechenbare Aktionen (.ausgestrahlt, X-1000malquer), aber die Tradition wirkt eher dahin, dass viele Gruppen ihre spontanen oder gut geplanten Sachen machen. Darunter sind auch wendländische Kreise wie die BäuerInnen, die erkennbar immer wieder neue Blockadekonzepte fahren und sich den Vereinnahmungsversuchen durch Vielredner und selbsternannte SprecherInnen des Protestes entziehen.

In anderen Fällen entstehen unberechenbare Aktionsformen nur in geringem Umfang (Spaßguerillagruppen, BlockiererInnen- und BesetzerInnenzene usw.) oder in den dynamischen Anfangsphasen von Protest, den die schwerfälligen Bewegungsapparate erst im Laufe der Zeit unter Kontrolle bringen. Ein prägnantes Beispiel waren die Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau. Diese begannen aus einer kleinen, spontan versammelten Runde und wuchsen binnen weniger Tage in den ersten Städten auf das Zehn- bis Hundertfache an. Es kam sehr schnell zur Ausbreitung in die Fläche. Ab der dritten oder vierten Woche drangen die Bewegungseliten in die Montagsdemonstrationen ein und wandelten die spontanen, möglicherweise aktionsbereiten und im Laufe der Zeit aktionsfähigen Ansammlungen zu billigen ApplaudiererInnen von LinksparteipolitikerInnen oder GewerkschafterInnen mit ihren mehr oder weniger langweiligen Reden. Mit der Gründung der Linken als gesamtdeutsche Partei gelang den dortigen Parteioberen, das Thema für sich aufzusaugen – obwohl so gut wie niemand der vom Sozialabbau Betroffenen in der Partei irgendwas zu sagen oder ein Pöstchen ergattert hat.

Theorie für Anarchie. Ein Update. (Neue) AnarchistInnen braucht das Land!?

Damit sind die kritischen (Ein-)Blicke in das Leben und Wirken von AnarchistInnen in Deutschland notiert. Sie dürften viele Lücken aufweisen, denn neben den Anarcho-SyndikalistInnen mit ihrer durchorganisierten FAU und den über hierarchisch wirkende Zentralen gesteuerten Aktionen und Projekten der sich als anarchistisch und basisdemokratisch verstehenden Gewaltfreien gibt es nur Einzelgruppen und -personen, die weitgehend voneinander isoliert sind. Freie Vereinbarung, Theoriedebatte und Organisierungsfragen spielen bei ihnen schon von daher kaum eine Rolle, weil es kaum etwas zwischen den versprenkelten AkteurInnen gibt. Ihre MitstreiterInnen rekrutieren sich zu großen Teilen aus dem bildungsbürgerlichem Nachwuchs mit starker Neigung zu identitären Codes und Cliques. Auch das reduziert den Hang, Anarchie strategisch zu denken.

Der Blick auf die anarchistischen Zusammenhänge und die verteilten Einzelpersonen bzw. kleinen Grüppchen, die sich AnarchistInnen nennen im deutschsprachigen Raum, lässt wenig Hoffnung aufkommen, dass aus diesen Quellen Impulse emanzipatorischer Veränderung entspringen können. Anarchistische Zeitungen, Camps usw. sind Tummelplätze für AnhängerInnen von Recht und Justiz, fanatische PlenumsbesucherInnen (am besten zweimal pro Tag), Konsens- und BasisdemokratInnen oder entschiedene VerfechterInnen von Faustrecht, Hausrecht und Kommandostrukturen in Rechtshilfe, Demo- und Aktionsorganisation. Da ist in Theorie und Praxis wenig zu erkennen, was als Drang nach Herrschaftsfreiheit oder emanzipatorischer Politik begriffen werden könnte. Vielmehr reproduziert sich die Herrschaftsförmigkeit der Gesellschaft hier mit anderer Attitüde – bis hin zur Teilnahme am ständigen Wettbewerb um Spenden und Mitglieder, der politischen Protest immer mehr in eine Art Wirtschaftszweig wandelt und alle Fragen um Inhalt oder Organisationsform dem Primat der Finanzierung von Hauptamtlichen, Selbstdarstellung und Rekrutierung von MitläuferInnen unterordnet.

Die Kritik soll hier nicht noch einmal wiederholt werden, sondern als Konsequenz deutlich gesagt werden: Neue Anarch@s braucht das Land! Es wird nicht reichen mit dem bloßen Austausch von Köpfen, zumal in den organisierten Teilen der Anarchie die vorhandenen Hierarchien, die Orientierung auf Außendarstellung oder Spendensammeln ja keine Organisierungsmängel, sondern bewusste Entscheidungen sind. Eher ungewollt entsteht das Nebeneinander der unorganisierten Teile anarchistischer Kreise.

Anarchie, wenn sie als Begriff für die fantastische Idee der Selbstorganisation freier und gleicher Menschen steht (und das sollte sie!), ist eine viel zu schöne Sache, um sie in den Niederungen bürgerlicher Het-

ze, identitär-parolenhafter Systemablehnungs-Lebensphase, basisdemokratischen Rumgewürges oder gar hochkapitalistischer Spendenakquise zu belassen. Gesucht sind nicht nur neue Aktionsformen und Inhalte, sondern – im Vergleich mit dem, was zur Zeit läuft – schlicht eine ganz andere Idee ...

Herrschaftsanalyse modernisieren

Eine grundlegende Schwäche anarchistischer Bewegungen und Debatten ist das fast völlige Fehlen moderner Herrschaftskritiken. Der Begriff „modern“ bezieht sich hier darauf, dass neue Debatten, Erkenntnisse und wissenschaftliche Forschung aufgegriffen, ausgewertet und je nachdem integriert, verwendet, kritisiert oder weiterentwickelt werden.

Zur Zeit prägen weitgehend theorieleose Zusammenhänge und uralte, eher nostalgisch zu nennende Modelle von Staatsgewalt und Klassengesellschaft die anarchistische Debatte im deutschsprachigen Raum. Was fehlt, sind unter anderem:

- die kritische Analyse informeller, vor allem diskursiver Steuerung von Wahrnehmung, Werten und begrifflichem Denken in der Breite der Bevölkerung sowie entsprechende Strategien der Demaskierung oder Bekämpfung dominanter Normen und Wertungen. Ebenso fehlen Ideen zur Überwindung oder, weil Diskurse konstituierender Bestandteil menschlicher Gesellschaft sind, d.h. nicht einfach komplett verschwinden können, gleichberechtigten Gestaltung von Wahrnehmung und Wertung.
- eine analytische, auch selbstkritische Auseinandersetzung mit kollektiven Identitäten, Vereinnahmung und Stellvertretung als Mittel der Herrschaftsausübung.
- vorwärtsdrängende Impulse für die Veränderung und Weiterentwicklung von Techniken zur Stärkung der Selbstentfaltung, verbesserter Kommunikation und Anbahnung von Kooperation. Hier sind die Bedingungen gegenüber anarchistischen Experimenten vor 100 oder mehr Jahren deutlich verändert. Sie könnten zu Verbesserungen führen oder z.B. überhaupt erst egalitäre, überregionale Absprachen, Diskussionen und Konfliktaustragung ermöglichen.

Anarchie muss die radikalste, weil konsequent die Stärkung menschlicher Individualität und egalitärer Kooperation fördernde Form emanzipatorischer Umgestaltung sein. Mit der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ wurde der Versuch unternommen, hierfür Begründungen und Entwürfe zu formulieren.⁰

Mit solchen Positionen ließe sich die Anarchie als kreative und impulsive Kraft in allen gesellschaftlichen Debatten vorstellen – immer mit dem „Markenzeichen“, die Machtfrage zu stellen, d.h. die Dinge aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen und ihrer freien Zusammen-

⁰ Im gleichnamigen Buch und unter www.herrschaftsfrei.de.vu.

schlüsse zu betrachten und zu organisieren. Dieser Blickwinkel gilt innerhalb der eigenen Organierungen, z.B. von politischem Protest, von Projekten und Experimenten, aber auch für alle Debatten und Vorgänge in der gesamten Gesellschaft. Das Prickelnde wäre, sich nicht weiter herauszuhalten oder nur langweilige Labels zu zeigen, sondern mit Nachdruck immer wieder das Emanzipatorische in die Abläufe hineinzutragen und in die Konzepte hineinzudenken – direkt hinein bis in den Alltag der Vielen.

Wissensbasierte Radikalität: Wissenschaftlicher Anarchismus? Materialismus für AnarchistInnen?

Der emanzipatorische, in seiner radikalsten Form dann anarchistische Blick ist einer, der auch das Diskursive in eigenen Begriffen und Denkschablonen selbst hinterfragt. Er ist daher grundlegend skeptisch allem und sich selbst gegenüber. Er erkennt keine feststehenden Wahrheiten, glaubt nicht an das Vermögen, objektiv sein zu können, sondern ist hinterfragend und vorwärtsdrängend. Anarchismus ist neugierig, will aufdecken, entlarven und Neues ermöglichen. Wissenschaft ist kein Gegensatz zu anarchistischem Denken, aber sie wird – wie alles andere auch – skeptisch auf ihren Gehalt an Macht, Normen, Diskursen und Kontrollgewalt hin betrachtet. Emanzipation seziert alles Vorhandene und Überlegungen für die Zukunft auf seinen Herrschaftsgehalt hin.

Die heute betriebene Wissenschaft und das an Schulen, in Medien und schlaun Büchern vermittelte Wissen ist überwiegend aufgeladen mit politischen Wertungen, Auslassungen und Falschdarstellungen, die Diskursen folgen. Das ließe sich an beliebigen wissenschaftlichen Positionen zeigen. Es ist den WissenschaftlerInnen und VerkünderInnen von Wissen auch gar nicht vorzuwerfen, dass sie gerichteter Wahrnehmung unterliegen und ihre notwendigerweise persönlich ausfallenden Bewertungen weitergeben. Fatal ist aber, dass sie Objektivität vortäuschen und in einem grausigen Wettstreit mit konkurrierenden Wissensmeinungen stehen, denen sie dann – wie sollte es anders sein – die sich selbst verliehene Wahrheit absprechen.

Ein Blick auf die Motive für dieses Vorgehen führt überwiegend zu noch erschreckenderen Beobachtungen: Fast alle Wissenschaft ist heute gekaufte Wissenschaft. ForscherInnen reden ihren GeldgeberInnen nach dem Mund und präsentieren Ergebnisse schon in vorauseilender Anbietung an potentielle Finanzierungsquellen, die sie anzapfen müssen, um eigenes wirtschaftliches Überleben oder – häufiger – das ihrer Institute oder Firmen zu sichern.

Aus all dem folgt zwar eine ordentliche Portion Vorsicht gegenüber der real existierenden Wissenschaft, aber keine Ablehnung von Wissenschaftlichkeit. Ganz im Gegenteil: Es ist an der Zeit, dass sich AnarchistInnen mit modernen Herrschaftsanalysen, mit historischer Forschung über Herrschaftsfragen, Psychologie bis Biologie (z.B. des menschlichen Körpers) auseinandersetzen und die Fülle der Erkenntnisse nut-

zen, um eigene Vorschläge zu entwickeln und voranzutreiben. Herrschaftskritik und Interesse an wissenschaftlicher Erkenntnis sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander – auch wenn die gekaufte Wissenschaft der heutigen Zeit eines besonders skeptischen Blickes auf die gefilterten Informationen bedarf, die aus ihr nach draußen sickern.

Das gleiche gilt für technischen Fortschritt, also Erfindungen und neue Entwicklungen. Sich umschaun, einmischen, an Debatten teilnehmen, Neues in die eigenen Überlegungen aufnehmen und schauen, ob es einen emanzipatorischen Gehalt hat oder haben kann – das würde der anarchistischen Debatte ebenso gut tun wie die Einbeziehung moderner Herrschaftsanalysen. Anarchie ist entweder innovativ, vorwärtsdrängend, dabei aber entschlossen abwägend und fordernd hinsichtlich der Herrschaftsförmigkeit aller Innovationen – oder sie bleibt eine Feierabend- oder Lagerfeuerideologie für frustrierte SystemkritikerInnen mit Hang zur Nostalgie.

Für ein rationales Welt- und Menschenbild

Mensch und Umwelt sind weder unergründliche Tiefen noch Schöpfungen externer Weisheiten. Es lässt sich viel über Entstehung und Aufbau des Weltalls, die Geschichte des Planeten „Erde“ und des Lebens auf ihm herausfinden. Es gibt keine Notwendigkeit, die wirren Behauptungen, Menschen seien Herdentiere oder rein genetisch gesteuert stehen zu lassen. Sie lassen sich nicht nur philosophisch, sondern auch mit Hintergrundwissen aus der Biologie und der Selbstorganisation von Leben abwehren.

Eine freie Gesellschaft widerspricht nicht Biologie, Chemie und Physik des Menschen, sondern ist aus vielerlei Perspektive genau die passende Lebensqualität, um Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Entfaltung und weiteren Evolution zu bringen. Es ist nicht nötig, stotternd den BiologInnen dieser Welt, die erklären wollen, der Mensch sei biologisch vorherbestimmt, entgegenzuhalten, dass der Mensch doch ein soziales Wesen ist und die Biologie deshalb nicht so wichtig. Sondern der Mensch ist ein soziales Wesen. Genau das ist aber auch seine Biologie. Er ist so ausgestattet, dass er zum sozialen Wesen wurde. Platt formuliert: Anarchie passt zur Natur des Menschen – Rechtsstaat, Kapitalismus und vieles andere hingegen sind seine Unterjochung. Sie widersprechen Natur und Evolution.

In „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ wird aus dem Stand des Wissens über Materie, Entstehung der Erde und des Lebens sowie der speziellen Biologie des Menschen abgeleitet, warum und wie die Selbstentfaltung der Individuen, die freie Kooperation und Selbstorganisation dem entspricht, was der Mensch als Potential in sich trägt. Durch Regeln, Kontrolle und identitäre Subjekte über die Köpfe der Menschen hinweg werden diese Möglichkeiten beschnitten, zumindest in der Entfaltung gebremst, oft aber auch mitsamt dem Willen, die Potentiale zur Wirkung zu bringen, gänzlich vernichtet.

Aus Bakunin, Michail: Gott und der Staat (Nachdruck 1995 im Trotzdem Verlag)¹

Die allgemeine Idee ist immer eine Abstraktion und schon dadurch in gewissem Grade eine Verneinung des wirklichen Lebens. Ich stellte im Anhang als Eigenschaft des menschlichen Gedankens und folglich auch der Wissenschaft fest, daß sie von den wirklichen Tatsachen nur ihren allgemeinen Sinn, ihre allgemeinen Beziehungen, ihre allgemeinen Gesetze erfassen und benennen kann, mit einem Wort, das in ihren beständigen Verwandlungen Bleibende wie ihre materielle, individuelle Seite, die sozusagen von Wirklichkeit und Leben vibriert, aber gerade dadurch flüchtig und unfaßbar ist. Die Wissenschaft versteht den Gedanken der Wirklichkeit, nicht die Wirklichkeit selbst, den Gedanken des Lebens, nicht das Leben. Hier liegt ihre Grenze, die einzige für sie wirklich unüberschreitbare Grenze, die eben in der Natur des menschlichen Gedankens selbst, des einzigen Organs der Wissenschaft begründet ist.

Auf diese natürliche Beschaffenheit gründen sich die unbestreitbaren Rechte und die große Aufgabe der Wissenschaft, aber auch ihre tiefe Ohnmacht und selbst ihre schädliche Wirkung, sobald sie durch ihre offiziellen, patentierten Vertreter sich das Recht anmaßt, das Leben zu beherrschen. Die Aufgabe der Wissenschaft ist folgende: Durch Feststellung der allgemeinen Beziehungen der vorübergehenden und wirklichen Dinge, durch Erkennen der der Entwicklung der Erscheinungen der physischen und sozialen Welt eigenen allgemeinen Gesetze stellt sie sozusagen unveränderliche Markzeichen des Vormarsches der Menschheit auf, indem sie den Menschen die allgemeinen Bedingungen zeigt, deren strenge Beobachtung notwendig und deren Unkenntnis oder Vergessen verhängnisvoll sind. Mit einem Wort, die Wissenschaft ist der Kompaß des Lebens, aber sie ist nicht das Leben. Sie ist unabänderlich, unpersönlich, allgemein, abstrakt, gefühllos wie die Gesetze, deren ideale, gedachte, das heißt im Gehirn existierende Wiedergabe sie ist – im Gehirn, um uns zu erinnern, daß die Wissenschaft selbst nur ein materielles Produkt eines materiellen Organs des materiellen Organismus des Menschen, des Gehirns, ist. Das Leben ist ganz flüchtig und vorübergehend, aber auch ganz vibrierend von Wirklichkeit und Individualität, Gefühl, Leiden, Freuden, Streben, Bedürfnissen und Leiden-schaften. Das Leben allein schafft freiwillig die Dinge und alle wirklichen Wesen. ... (S. 81)

In ihrer gegenwärtigen Organisation, als Monopolisten der Wissenschaft, die als solche außerhalb des sozialen Lebens bleiben, bilden die Gelehrten eine abgeschlossene Kaste, die viele Ähnlichkeiten mit der Priesterkaste hat. Die wissenschaftliche Abstraktion ist ihr Gott, die lebenden und wirklichen Individuen sind die Opfer; sie sind die geweihten und patentierten Opferpriester. (S. 84)

Es gibt kein „Off“

„Ich hab’ mein’ Sach’ auf nichts gestellt“, formulierte Max Stirner als Grundannahme seiner Überlegungen für eine menschliche Gesellschaft freier Individuen. Leider wurden seine Texte als Plädoyer für eine Isolierung der Einzelnen voneinander und für den Verzicht auf einen gesellschaftlichen Überbau gewertet. Vielleicht hat Stirner diesen Schwerpunkt auch tatsächlich im Kopf gehabt, doch seine Grund-

¹ www.anarchismus.at/txt2/bakunin6.htm

annahme bliebe richtig: Es ist da nichts außer den Menschen selbst, die ihre Belange regeln – für sich und miteinander. Es gibt keine Begründung für irgendeine höhere Ebene, für eine externe Quelle von Regeln, Moral oder Wertungen. Es sind immer die Menschen. Taucht doch eine scheinbare höhere Gewalt auf, so ist auch diese immer eine menschliche Schöpfung:

- Jedes Gottesbild, die über Jahrtausende prägende Quelle höherer Macht, geht auf menschliche Phantasie zurück. Bücher wie die Bibel sind von Menschen geschrieben, nach Herrschaftsinteressen zusammengestellt und benutzt: Sie dienen als Quelle der Legitimität höherer Gewalt. Die Privatmeinung Einzelner wird zu Gottes Wort aufgebauscht und soll deshalb mehr wert sein. Abweichungen wurden jahrhundertlang als Ketzerei bekämpft mit Methoden, deren Herrschaftsförmigkeit und Willen zur bedingungslosen Unterwerfung kaum steigerbar war – seien es Kreuzzüge oder Scheiterhaufen.
- Dem Recht wurde lange eine höhere moralische Qualität zugesprochen. Wahlweise stammte es aus göttlichen Quellen oder war Ausdruck natürlicher Moral. Heute wird es in der Regel als vom Volk beschlossen verklärt. Diese Märchen sollten über die Herkunft den Gesetzen und Normen höhere Weihen verleihen, um sie diskursiv durchsetzungsfähiger zu machen und die tatsächlichen Interessen hinter ihnen zu verschleiern.
- Menschenrechte sind kein Naturrecht, sondern Ausformungen sozialer Auseinandersetzungen. Sie müssen, sollen sie weiter wirken oder erhalten bleiben (als kleineres Übel gegenüber völligen Willkür-Rechtsstaaten), ständig erstritten werden. Gleiches gilt im Übrigen auch für die in Mode gekommenen Tierrechte. Die Annahme, sie könnten aus irgendeiner externen Quelle stammen, konstruiert eine über dem Menschen stehende Sphäre – und ist daher anti-anarchistisch. Nein: Sie sind ebenso Ausdruck sozialen Ringens zwischen Menschen und können als solche gut begründet sein.
- Das „Volk“ als aktuell von allen möglichen politischen Richtungen und BürgerInnenprotesten bemühter Souverän ist ebenso nichts als ein gedankliches Konstrukt – und zwar ein sehr gefährliches. Denn die Idee des Volkes beinhaltet die Annahme, dass die Menschen in ihm wären. Das ist aber falsch. Tatsächlich ist das Volk als Gemeinwille aller von den Einzelnen völlig abstrahiert, d.h. es existiert selbständig, mit Leben gefüllt durch die Personen, die es schaffen, sich als Sprachrohre des Konstruktes zu inszenieren und damit das Volk zum Subjekt erwecken. Dafür ist nicht notwendig, dass auch nur irgendein Mensch aus dem „Volk“ die Meinung tatsächlich hat, die „im Names des Volkes“ als Gesamtwille verkündet wird. Es ist nicht einmal nötig, dass es die Menschen im Volk überhaupt noch gibt.
- In esoterischen Kreisen, seit geraumer Zeit ja kräftig in Mode, werden kosmische Energien, Astralleibe, Karma und andere Kategorien geschaffen, die Menschen schicksalhaft bestimmen, aber

selbst außerhalb der Gestaltungskompetenz der Menschen liegen. Auch dadurch wird gesellschaftliche Gestaltungsmacht entzogen.

Jede Verlagerung von Handlungsmacht in eine außerhalb der Menschen liegende Sphäre reduziert die Selbstbestimmung der Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse. Das bereits ist anti-emanzipatorisch, weil es nicht mehr den Menschen und seine soziale Interaktion im Mittelpunkt gesellschaftlicher Gestaltung sieht, sondern von ihm unabhängige, überlagernde bis bestimmende Ebenen legt. Es entsteht eine Art „Off“, ein Bereich außerhalb von Gesellschaft, der über die Menschen und ihr Leben bestimmt. Es wird zum Schicksal, fremdbestimmt.

Hinzu kommt, dass dieses „Off“, diese Sphäre außerhalb der menschlichen Beeinflussbarkeit, nur über Personen, die Vorgaben aus der vermeintlich externen Quelle in das gesellschaftliche Leben verschieben, wirksam wird. Der Pfarrer auf der Kanzel, die Richterin „im Namen des Volkes“ oder die HeilerInnen mit Informationen aus dem Karma behandelte Personen sind immer einzelne Menschen, deren Meinung mehr zählt, weil sie sich auf die externen Sphären beziehen. So schafft jedes „Off“ Privilegien und damit Hierarchien.

Anarchie ist die radikalste Form emanzipatorischen Denkens. Es geht nicht um den Ersatz des ewiggestrigen Gottesglaubens durch moderne Wertegebäude, wie es beispielsweise der Humanismus will, sondern um die konsequente Absage an alle externen Quellen höherer Werte und Vorgaben. Anarchie ist immer und vollständig im Hier und Jetzt. Es gibt kein „Off“ – sowieso und weil es, mangels tatsächlicher Existenz, nur über seine Sprachrohre in die Gesellschaft tritt.

Alles ist Materie – aber dynamisch

Die Absage an metaphysische Sphären aber reicht nicht. Übrig bleiben darf ja kein auf plumpe und starre materielle Bedingungen reduziertes Bild von Mensch und Natur – etwa solche, in denen alles wie eine Maschine betrachtet und die Gesellschaft zu nichts anderem mehr wird als einer großen Verknüpfung reibungslos funktionierender Systeme. Das ist aber auch nicht nötig, denn solchen Annahmen liegt ein ziemlich veraltetes Verständnis von Materie zugrunde. Die ist nämlich viel weniger starr als manch alte Schrift oder neues Schulbuch uns glauben lassen wollen. Ganz im Gegenteil: Auf der molekularen Ebene, in der DNA-codierten Lebewelt und im kulturellen Gestaltungsbereich menschlicher Gesellschaft findet ständig Entwicklung statt, die sich auch materiell niederschlägt. Mit jeder Weiterentwicklung verändern sich zudem die Möglichkeiten, denn alles Folgende baut auf dem auf, was sich schon getan hat. So ist alles Geschehen in der belebten und unbelebten Natur, ebenso in der Kultur eine Evolution.

Folglich gilt zweierlei: Kreative Ideen, Überzeugungen, persönliche Wertungen und alles, was Menschen empfinden und denken, entstehen im materiellen Raum des eigenen Körpers und der ebenso materiellen Umwelt. Es gibt keine Parallelwelten. Alles ist Sache der Menschen selbst. Sie können die materiellen Vorgaben, z.B. als Naturgesetze

beschriebene Abläufe, nicht aus den Angeln heben – aber immer selbst bestimmen, wie sie damit umgehen oder diese verändern, umlenken, in der Wirkung hemmen usw.

Andererseits folgt aus dieser Grundannahme kein Determinismus. Geschichte folgt, auch wenn es z.B. BiologistInnen, KreationistInnen oder etliche MarxistInnen anders annehmen, keiner feststehenden Abfolge (Teleologie).² Materie ist stattdessen ungeheuer dynamisch und verändert sich zu neuen Stufen, aus denen neue, vorher unbekannte Möglichkeiten entstehen. Es passt daher zur Natur des Menschen, die Gesellschaft als hochkomplexes, dynamisches und vorwärtsdringendes Miteinander vieler Individuen zu sehen. Das folgt aus der Ausstattung des Menschen, der die stoffliche Entwicklung und die Evolution des Lebens in sich trägt, diese aber kraft der ungeheuren Dynamik unzähliger kleinster Bestandteile vor allem in Gehirn und Nervensystem um die neue Qualität kultureller Entwicklung erweitert.

Eine spannende Frage anarchistischer Theorieentwicklung dürfte es sein, die radikale Auffassung von Emanzipation, die Beobachtungen aus der Praxis und das sich ständig erweiternde Wissen aus Natur- und Gesellschaftswissenschaften zusammenzubringen. Anarchistische Theorie muss mindestens so dynamisch sein wie die Welt, das Leben und die Gesellschaft. Das könnte interessante Debatten mit humanistischen Kreisen, gesellschaftlich denkender Wissenschaft und der kreativen, nicht-dogmatischen Ecke des Marxismus ermöglichen. Denn in Anlehnung an viele Ideen von denen ließen sich Teile der hier und vor allem in der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ entwickelten Theorien als eine Art Materialismus für AnarchistInnen bezeichnen.

Auch die Idee der Emanzipation lässt sich in dieses Gedankengebäude einpassen. Sie bedeutet, den Weg frei zu machen, diese Dynamik zur vollen Entfaltung zu bringen. Es geht nicht darum, die mit einer Tendenz zu Eigenartigkeit und ständiger Weiterentwicklung ausgestatteten Menschen zu zähmen, die Vielfalt und Potentiale in Form und Berechenbarkeit zu zwingen, sondern ihnen im Gegenteil die Chancen zur Entfaltung zu geben. Strukturell konservierende Mechanismen wie Gesetze, die eine – zum Teil lange zurückliegende – Vergangenheit krampfhaft und mittels absurder Apparate wie Polizei und Justiz festzuhalten versuchen, haben mit Anarchie als radikalster Form von Emanzipation ebenso wenig zu tun wie Vetorechte, die Veränderungen schwieriger machen als das Festhalten am Status Quo.

i Die Seite zu Weltbild, Materie und Leben in der Textsammlung „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/logik.html

Der Mensch: völlig losgelöst

Die natürliche Ausstattung des Menschen macht ihn zu einem Wesen, das im Laufe seines Heranwachsens eine hohe Eigen-

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Teleologie>

ständigkeit erreicht. Die Bauteile des Gehirns sind viele Jahre hochflexibel und um den Geburtstermin herum noch wenig auf irgendeine Form festgelegt. Heranwachsen ist daher ein Prozess des Ausprobierens und eigenen Organisierens. Normen, Traditionen und Gesetze sind künstliche Schranken. Sie sollen das typisch Menschliche, nämlich seine Fähigkeit zur Eigenartigkeit und dynamischen Veränderung (Selbsterfaltung), brechen.

Wenn Anarchie die Abwesenheit von Herrschaft bedeutet, dann heißt das: Von jeder Form der Herrschaft. Es geht also nicht um den Wandel von persönlicher zu (mehr oder weniger) repräsentativer Macht, wie ihn die parlamentarische Demokratie verspricht. Es geht auch nicht um die Frage, wer die Entscheidungen für alle trifft, ob das Volk die Basis als Ganzes oder (wie auch immer) Ausgewählte in einem gesellschaftlichen Überbau. Sondern es geht um den Verzicht jeglicher Form von Vorgabe, Gewißheit oder Steuerung außerhalb dessen, was Menschen miteinander vereinbaren – direkt oder in komplexen Kommunikations- und Kooperationsprozessen.

Emanzipation: Der Mensch im Mittelpunkt

Emanzipation heißt, die Geschehnisse, Beziehungen und Verhältnisse aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse zu betrachten – und eine Politik zu betreiben, die diesen maximale Freiheiten und Handlungsmöglichkeiten gibt, ohne Privilegien und Benachteiligungen. Alle Menschen sollen wählen aus allen Möglichkeiten, aber sich frei und ihrer Eigenart entsprechend entscheiden, was sie wollen.

Anarchie ist die radikalste Form der Emanzipation

Anarchie will Emanzipation überall. Nichts soll übrig bleiben außer den Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen. Das setzt in jedem Fall das Ende aller Herrschaft in allen Formen voraus, d.h. auch die Überwindung von Zurichtungen, Zwängen, Rollen und allen Formen der Fremdsteuerung, das Aus aller nicht gleichberechtigt beeinflussbaren Normen und Diskurse und ein Ende jeder Stellvertretung und Vereinnahmung. Hinzu kommt die Aneignung von und Schaffung gleicher Handlungsmöglichkeiten, denn der Zugriff auf alles Wissen, alle Produktionsmittel und Ressourcen muss für alle Menschen gleich möglich sein. Wer wann was nutzt oder – bei Wissen und kopierbaren Ressourcen – sich aneignet, ist Sache der Einzelnen und ihrer freien Vereinbarungen. Damit die gleichen Handlungsmöglichkeiten auch tatsächlich

Die Seite zu „Was ist der Mensch?“ in „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/mensch.html



Definitionen zur Emanzipation: www.projektwerkstatt.de/zitate/z__emanz.html



bestehen, sind Zugangserleichterungen nötig, wenn Menschen aufgrund von Sprache, Handicaps, Alter oder aus anderen Gründen sonst geringere Chancen hätten. Schließlich wäre Anarchie eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Insgesamt, in allen großen Subräumen der Gesellschaft und in möglichst vielen weiteren sollte gelten, dass sie alle eine interne Vielfalt ermöglichen, innerhalb derer sich die Menschen wiederum unterschiedlich organisieren können. Eine Anarchie muss immer so beschaffen sein, dass in ihr fünf Gleichgesinnte auf freier Vereinbarung einen König wählen und für sich monarchisch leben dürfen. Darum muss die Anarchie den Gesamtrahmen stellen, denn in der Anarchie ist die Monarchie als Subraum möglich. Umgekehrt nicht.

Anarchie ist aber nicht die einzige Form der Emanzipation

Es wäre nun aber schädlich, wenn aus dem Willen zur Radikalität ein Alleinvertretungsanspruch oder per se ein konkurrierendes Verhältnis zu anderen politischen Richtungen erwachsen würde. Die stete Analyse und Demaskierung von Herrschaftsverhältnissen ist ein notwendiges Merkmal der Anarchie, aber es gibt andere Richtungen, die in Teilbereichen nach emanzipatorischen Ideen streben oder Vorschläge für einzelne Verbesserungen machen. Das widerspricht der anarchistischen Idee nicht, wenn diese auch immer darüber hinausstrebt und sinnvollerweise das auch benennt, um Akzeptanz für die weitere Entwicklung zu schaffen.

Kollektive Identitäten, Stellvertretung und Vereinnahmung sind Formen hierarchischer Organisation und müssen daher auf Widerspruch von AnarchistInnen treffen. Der Verzicht auf sie kann horizontale Kooperation zudem vereinfachen, da sie einem Kontakt sonst im Wege steht und die Zeit gespart werden kann, die das Ringen um optimale Präsenz der eigenen Label in der Öffentlichkeit regelmäßig vergeudet.

Freie Kooperation zwischen Menschen, aber auch zwischen frei gewählten Gruppen ist projekt- und themenbezogen. Sie können auch eingegangen werden, wenn in anderen Themenfeldern keine Übereinstimmung besteht. Wie die Binnenstrukturen einer Welt, in der viele Welten Platz haben, ist auch die Frage von Bündnissen und Kooperationen ein wilder Dschungel des Eingehens und Beendens von Kontakten und Zusammenarbeit.

Das neue Subjekt: Alle, aber unterschiedlich

Wo keine Hierarchien, keine kollektiven Identitäten, keine privilegierte Steuerungsmacht über Normen und Diskurse bestehen, bestehen neben den Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen keine weiteren Subjekte. Kein Gott, kein Staat, kein Vaterland. Das Volk regiert auch nicht mehr und niemand bildet irgendwo das Sprachrohr höherer Moral, des Guten oder Schönen. Es waren schon immer die Menschen,

die Geschichte schrieben, aber bislang hatten sie sehr unterschiedlichen Einfluss auf die Abläufe. Das wäre in der Anarchie anders. Dort sind zeitweise Machtverhältnisse, Privilegien oder ungleiche Verteilung von Produktionsmitteln auch allgegenwärtig, weil nur selten oder nie genug für alle Bedürfnisse zur gleichen Zeit vorhanden ist. Daher muss eine Anarchie kommunikativ sein, um eine Verteilung im Einverständnis aller jeweils Beteiligten sicherstellen zu können. Wichtig ist, dass sich die frei vereinbarten Verteilungen auf Zeit nicht zu Privilegien verfestigen. Denn diese sind ein sich selbst stabilisierendes Vorrecht, weil jemand, der Privilegien hat, diese nutzen kann, um weitere durchzusetzen.

Es ist Prinzip der Emanzipation, alle gesellschaftlichen Vorgänge aus dem Blickwinkel der Einzelnen und ihrer freien Zusammenschlüsse zu betrachten und zu deren Gunsten zu organisieren. Anarchie als radikalste Form der Emanzipation anerkennt keine Subjekte neben den Menschen. Auch die freien Zusammenschlüsse sind keine eigenständig handelnden Subjekte, sondern Kooperationen der Handelnden. Es gibt kein „Volk“, keine Firma oder Verein als Selbstzweck. Das gilt für die Organisierung im Alltag, für Produktion und auch für politische Aktion.

- Selbstorganisation

Um unabhängig entscheiden und für sich die passenden Wege des Lebens auswählen zu können, bedarf jeder Mensch des Willens, der Fähigkeit und der Möglichkeit, selbständig zu leben und sich zu organisieren. Das ist deutlich mehr als das blanke Überlebensnotwendige, sondern es schließt alles ein, was für die Selbstentfaltung nötig oder hilfreich ist. Die Begrenztheit der Ressourcen und der bei vielen Menschen vorhandene Drang zu Effizienz legt Kooperationen nahe. Die Willensstärke, sich selbst zu organisieren, wird stark von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. In einer Welt, in der – wie der heutigen – eigene Ideen und Kreativität unerwünscht sind, stromlinienförmiges Funktionieren hingegen belohnt wird, verkümmert der Wille zur eigenen Lebensgestaltung.

Fähigkeit bedeutet, über das nötige Knowhow zu verfügen, etwas Erwünschtes auch zu erreichen – von Kochrezepten über technisches oder handwerkliches Wissen. Zumindest muss die Chance gegeben sein, sich dieses Wissen anzueignen. Die Möglichkeit zur Selbstorganisation ist eine Frage des Zugangs zu Ressourcen, z.B. Produktionsmittel aller Art, auch einfachen Werkzeugen, Räumen, Rohstoffen oder Anleitungen. Anarchie ist das System, in dem alle Zugänge maximal und für alle Menschen möglichst gleich vorhanden sind, ohne dass eine Institution der Verteilung diese Zugänglichkeit garantieren muss. Denn wer das Potential hat, einen Zugang zu garantieren, kann ihn auch versperren. Das aber wäre ein Privileg, d.h. eine Machtposition.

- Horizontale Kommunikation und freie Kooperation

Damit aus den Fähigkeiten und Möglichkeiten der Einzelnen mehr wird als das Nebeneinander dessen, was Menschen allein schaffen, bedarf es einer intensiven Kommunikation und der Anbahnung

von Kooperation. Ein freier Mensch kann sich dort selbst entfalten, wo er nicht auf sich allein gestellt ist, aber andererseits so unabhängig, dass er frei entscheiden kann, welche Kooperationen er eingeht und welche wieder verlässt. Horizontale Kommunikation und freie Kooperation hängen davon ab, dass alle Menschen diese wieder verlassen können. Gleichzeitig erweitert die Chance zur Kooperation die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen, so dass viele das Interesse haben werden, Kommunikation und Kooperation nicht dem Zufall zu überlassen. Das wird Motiv genug sein, Orte und Wege aufzubauen, an denen Menschen sich einander möglichst einfach helfen. Das erweitert deren Handlungsmöglichkeiten und ist deshalb emanzipatorisch. Will Anarchie das in der radikalsten Form umsetzen, so ist sie nur vorstellbar als hochkommunikative Gesellschaft, in der viel und auf unterschiedlichste Weise kooperiert wird. Das allerdings wird nie erzwungen, sondern als Möglichkeiten angeboten.

Es ist ein spannender Anspruch an eine moderne, anarchistische Theorie, Zukunftsentwürfe und dorthin führende Strategien zu entwerfen, die ohne kollektive Subjekte auskommen, aber den Menschen trotzdem – oder gerade deshalb – als soziales Wesen sehen, das seine Handlungsmöglichkeiten aus der Autonomie und der Kooperation schöpft.

Der Verzicht auf privilegierte Macht und der Umgang mit der bestehenden Macht

Ein weiteres Feld anarchistischer Strategieentwicklung ist die Formulierung von Mitteln und Wegen gesellschaftlicher Intervention. Hier tun sich Abgründe weitreichender Fragen auf, die mit Sicherheit nie vollständig beantwortet werden können ohne das Experiment einer Umsetzung, die aber der Überlegung bedürfen, um Ziele formulieren, Teilschritte und Handlungsmethoden entwerfen zu können.

Ein schwieriges Feld ist der Umgang mit der Macht. Kann Befreiung „von oben“ kommen? Oder stimmt, was die dogmatisch Gewaltfreien für ihr Hauptthema behaupten: Dass das Gute nicht durch das Schlechte zu erreichen ist? Gibt es nicht weitere Varianten? Ist es überhaupt sinnvoll, allgemeingültige Festlegungen treffen zu wollen? Denn schließlich wäre das ja etwas, was über die Handlungsautonomie der Einzelnen und ihrer freien Zusammenschlüsse gehängt wird – also nicht mehr emanzipatorisch wäre. Bedeutet Anarchie als radikalste Form emanzipatorischen Denkens nicht den konsequenten Verzicht auf alle Dogmen und Vorfestlegungen? Dann wäre alles der bewussten Abwägung der Menschen überlassen – aber, wie in der Anarchie ja erwünscht und dann hoffentlich auch üblich, in ständiger Kommunikation und so auch Reflexion.

Das würde auch für den Umgang mit der Macht gelten. Eine pauschale Ablehnung, Macht zu erobern oder umzufunktionieren, würde den Menschen bevormunden. Es gäbe plötzlich einen höheren Wert als die freie Entscheidung der Einzelnen und die Vereinbarung der Mehreren.

Außerdem fehlt – ähnlich wie beim dogmatischen Verzicht auf Gewalt – ein plausibler Grund für diese Selbstbeschränkung und für das dahinter stehende, mangelnde Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der Menschen. Ein Dogma würde Tausende noch unbekannter Fälle in unterschiedlichen Rahmenbedingungen pauschal über einen Kamm scheren – ein deutlicher Verlust von Handlungsfreiheit.

Insofern bleibt als emanzipatorische Perspektive nur die Offenheit bei maximaler Aneignung von Handlungskompetenz und Förderung von Kommunikation, um die typische Fehlerquote von Ad-hoc-Reaktionen zu verringern. Macht und Gegenmacht werden ein Nachdenkfeld dieser Art sein: Sind alle Befreiungen ohne eine macht- und mitunter auch gewaltförmige Zurückweisung der Obrigkeit möglich?

Zudem können Teilschritte sinnvoll erscheinen, vor allem wenn sie die Handlungsmöglichkeiten für dann folgende Schritte erweitern. Die Debatte um Reform und Revolution gewinnt eine völlig neue Dimension, wenn es nicht mehr auf die Quantität von Veränderung, sondern auf deren emanzipatorische Qualität ankommt. Dann würden die meisten, heute als Reformen vorgebrachten Vorschläge politischer Veränderung immer noch „durchfallen“ – aber nicht weil sie nur Teilschritte sind, sondern weil sie Macht nicht abbauen, sondern oftmals sogar Kontrolle und staatliche Macht einfordern oder sogar erweitern.

Aus: Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“,
Trotzdem Verlag in Grafenau (S. 15)

Beschränkt sich der Faktor eigener Macht in den meisten Fällen auf die Rolle sogenannter „Gegenmacht“, so erscheint die Problematik noch überschaubar. Sie erreicht jedoch eine andere Dimension, wenn sich die Rolle des gesellschaftlichen Agierens vom Revoltieren weg – hin zur Neugestaltung gesellschaftlicher Realität wandelt. Die Schwierigkeiten im Umgang mit Macht traten in der anarchistischen Geschichte deshalb immer dann am deutlichsten zu Tage, wenn es gelungen war, libertäre Philosophie aus den Diskussions- und Widerstandszirkeln in breitere soziale Zusammenhänge wirken zu lassen, sprich wirkliche gesellschaftliche Relevanz zu erreichen.

Anarchie ist die anspruchsvollste aller gesellschaftlichen Theorien, weil sie keine festen Regeln und Schemata kennt. Ihr Anspruch ist, die Unterschiedlichkeit der Menschen zur vollen Blüte zu bringen, weil genau diese dann gar nicht mehr kontrollier- und berechenbare Menge an Kreativität, individuellen Handlungsimpulsen und die folglich auch sehr vielfältige Form von Kommunikation und Kooperation die besten Voraussetzungen für Fortschritt im Sinne der Selbstentfaltung und besserer Lebensmöglichkeiten bringt.

Strategie für die Anarchie

Zur Theorie muss eine Strategie kommen. Dieser – durch seine militärische Verwendung gerechtfertigt anrühige Begriff – soll hier die Verknüpfung von Theorie und Praxis bezeichnen: Wie kann der Weg zum Ziel aussehen? Wie entwickeln sich überhaupt Zielaussagen aus den Grundannahmen über den Menschen, die Welt und die Verfasstheit der Gesellschaft mit all ihren Herrschaftsformen? Welche vielen kleinen

oder auch großen Schritte verändern die Welt? Und wie wirken Erfahrungen aus der Praxis sowie neue Erkenntnisse aus gesellschaftlicher Analyse und Wissenschaft selbst wieder zurück auf die Theorie, die schließlich nicht starr sein darf, sondern mit allem anderen immer wieder vorangetrieben werden sollte?

Stowasser, Horst (2007): „Anarchie!“, Nautilus in Hamburg (S. 493) *Für überzeugte Libertäre bedeutet dies, sofern sie in solchen Prozessen überhaupt noch eine Rolle spielen wollen, zweierlei: Sie dürfen erstens nicht nur auf das Endziel starren, sondern müssen die Krisen der heutigen Herrschaftsform als Strukturprobleme einer verfehlten Verwaltungsphilosophie verstehen. Zweitens dürfen sie nicht auf die automatische Erfüllung solcher Entwicklungsstränge hoffen; sie müssen etwas dafür tun. Das heißt, nach Wegen, Ansätzen und Chancen zu suchen, sich mit besseren Strukturen dort einzubringen, wo die schlechteren Strukturen versagen. Ein Aufspüren von Krisen also, das jedoch nur dann Sinn macht, wenn die Libertären außer Kritik auch Alternativen im Gepäck haben. Mit einem Wort: Die Libertären müssten lernen, strategisch zu denken.*

So unterschiedlich Auffassungen und AkteurInnen sind, so wenig kann es eine einheitliche Strategie geben. Das ist auch nicht nötig, wenn zur Strategie eine intensive Diskussions- und auch Streitkultur gehört. Denn eine solche kann als wichtige Produktivkraft wirken, d.h. sie treibt Theorie- und Strategieentwicklung ebenso voran wie sie neue Ideen und Ansätze für praktische Umsetzungen liefert.

Strategisches Denken ist intensives Nutzen der eigenen Erkenntnismöglichkeiten. Wie ist die Lage? Wo stecken und verstecken sich Herrschaftsformen und Machtgefälle, wo ungleiche Möglichkeiten? Was sind die Ziele? Wie können wir uns diesen Annähern, gibt es große Schritte, Experimente, direkte Interventionschancen? Der Kopf darf ruhig ordentlich brodeln ob der vielen Abwägungen, genauen Hinsehens, Hinterfragens und kreativen Entwerfens, die ein strategisches Vorgehen erfordern. Strategiefindung ist Sache jeder/s Einzelnen, aber genauso in den Runden mehrerer Menschen nicht nur möglich, sondern sinnvoll. Die Qualität steigt hier mit der Streit- und Diskussionskultur, d.h. Gruppen dürfen keine Runden der Selbstbestätigung, sondern der kritischen Auseinandersetzung sein. Wenn mehr zusammenkommen, muss es ein Mehr an Skepsis, Hinterfragen, aber auch an Kreativität geben. Dazu können vorhandene Methoden zur Förderung von kreativer Debatte und Hierarchieabbau genutzt bzw. neue erfunden werden.³

Kann es anarchistische Programmatik geben?

Überall in politischen Kreisen werden Forderungskataloge, Parteiprogramme und Ähnliches entworfen. Zwar weicht die Realpolitik fast immer erheblich von diesen programmatischen Selbstfestlegungen ab, und der Verrat ist eher Alltag in Parteien, NGOs, Kirchen oder Interessensverbänden. Aber dennoch scheinen diese Programme einen Beitrag zu einer kollektiven Identität zu haben. Bemerkenswerter als

³ Sammlung unter www.hierarchie.de.vu

das Programm selbst sind dabei oft die Prozesse, in denen diese formuliert werden. Mitunter entstehen in solchen Phasen sogar interessante Debatten, die zu mehr führen als einen Neuaufguss des Vorherigen, also alten Wein in neuen Schläuchen.

Kann es auch eine anarchistische Programmatik geben? Lohnt der Streit um Zukunftsentwürfe und konkrete Forderungen? Ja und Nein. Ja, weil es immer sinnvoll ist, um Positionen und Ideen zu streiten. Dafür braucht es ein innovatives Debattenklima und eine anregende Streitkultur. Anarchistische Theorie ist überwiegend deutlich veraltet und braucht die Auffrischung. Herrschaftsfreiheit und Emanzipation sind schließlich keine Rückbesinnung auf frühere Phasen der Geschichte, die zurückgewonnen werden sollen – so wie es manch bürgerliche Oppositionelle mit ihren Forderungen nach Reregulierung der Weltwirtschaft versuchen (nebenbei gesagt: Eine wenig durchdachte Position auf einer bemerkenswert schlecht analysierten politischen Lage einschließlich der Epochen, in die das Rad der Geschichte zurückgedreht werden soll).

Anarchie ist ein Modell der Zukunft. Das funktioniert nicht als nostalgische Rückschau auf 100 Jahre alte Bücher und irgendwelche kurzen Kampfphasen unter anarchistischer Flagge. Darum braucht es die offensive Debatte, das Ringen um Entwürfe – utopische und viele kleine für die heutige Situation.

Gleichzeitig aber muss der Idee einer anarchistischen Programmatik ein klares Nein entgegengestellt werden. Anarchie ist die Abwesenheit von Sicherheiten, denn diese sind immer nur sozial konstruierte Scheinklarheiten, die Menschen für konkrete Arten des Lebens bereit und breitklopfen sollen. Anarchie ist dynamisch und immer eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Das gilt bereits für die Debatte und das Entwerfen von Zukünften und Vorschlägen. Es wird dieser viele geben – und das wäre kein Nach-, sondern ein Vorteil, wenn es gelingt, eine vorwärtstreibende Debatten- und Streitkultur zu entwickeln. Noch besser wäre es, wenn anarchistische Debatten in andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen und auch in wissenschaftliche Kreise hineinstrahlen könnten, damit neues Wissen einbezogen werden kann in die Überlegungen, wie Befreiung und Selbstorganisation vorangebracht werden können.

Errico Malatesta (1997): „Ein anarchistisches Programm“, in: *Gesammelte Schriften Band 1*, Karin Kramer Verlag in Berlin

1. *Abschaffung des Privateigentums an Boden, an Rohstoffen und Werkzeugen, damit niemand mehr die Mittel habe, von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft zu leben und jeder, da er der Mittel zur Produktion und zum Leben sicher ist, wahrhaft unabhängig sei und in der Lage, sich freiwillig mit anderen um eines gemeinsamen Zieles wegen zu vereinigen, und zwar entsprechend seinen ganz persönlichen Sympathien.*

2. *Abschaffung von Herrschaft und jeder Gewalt, die Gesetze macht und sie den anderen aufzwingt: daher Abschaffung der Monarchien, Republiken, Parlamente, Armeen, Polizeikräfte, Magistraturen und jeder Art von Institutionen, die mit repressiver Gewalt ausgestattet ist.*

3. *Organisation des sozialen Lebens durch freie Assoziation und Föderationen von Produzenten und Konsumenten, die gemäß den Wünschen ihrer Mitglieder geschaffen und verändert werden, durch Wissenschaft und Erfahrung geleitet werden und frei sind von jeder Art Zwang, der nicht natürlichen Bedürfnissen entspringt, denen sich jeder freiwillig unterwirft, weil ihn ein Gefühl unabdingbarer Notwendigkeit überzeugt hat.*
4. *Die Mittel zum Leben, zur Entfaltung aller Fähigkeiten und zum Wohlbefinden werden Kindern und all denjenigen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, garantiert.*
5. *Krieg den Religionen und allen anderen Lügen, selbst denen, die sich den Mantel der Wissenschaftlichkeit umwerfen. Fortgeschrittene wissenschaftliche Bildung für alle.*
6. *Krieg den Rivalitäten und den nationalen Vorurteilen. Abschaffung der Grenzen; Brüderlichkeit zwischen allen Völkern.*
7. *Regeneration der Familie, wie sie sich aus der Praxis der Liebe ergeben wird, die von jedem gesetzlichen Zwang, jeder ökonomischen Unterdrückung, jedem religiösen Vorurteil befreit ist.*

Anarchie als kultureller Impuls

Der Wille zu Selbstorganisation und Verlassen vorgegebener Bahnen und Rollen ist mehr als eine akademische Übung – und erst recht mehr als eine identitäre Kein-Bock-Negation, die ein paar Monate, seltener Jahre hält, um dann der schleichenden Akzeptanz des offensichtlich Unabwendbaren zu weichen.

Anarchie verspricht eine Welt ohne oder – das wird sich dann erst noch herausstellen, wie weit etwas gehen kann – mit deutlich reduzierten Zwängen, Rollenerwartungen, Zurichtungen und Hierarchien. Der Mensch in seiner Eigenartigkeit rückt in den Mittelpunkt des Geschehens. Das aber wird nur funktionieren, wenn die Menschen die Lücke auch füllen, d.h. die Dominanz der Fremdbestimmung muss einer erwachenden Selbstbestimmung weichen. Sie bedeutet Willensstärke, Aneignung von Fähigkeiten, aktive Kommunikation, Anbahnung von Kooperation und Teilnahme an Debatte bzw. Streit. Zu der heutigen Welt und den Zurichtungen, die Menschen im Laufe ihrer sogenannten Erziehung kassieren, steht das in krassstem Gegensatz. Diesen Gegensatz auszuleben, neue Vorschläge in die Gesellschaft zu tragen, sich an dieser zu reiben, Experimente zu starten und den eigenen Willen zu stärken, das Handeln in die Hand zu nehmen, bedeutet bereits heute einen kulturellen Wandel im Kopf: Weg von der Instantgesellschaft, weg von den vorgegebenen und vorgetrampelten Pfaden des Lebens hinein in eine aktive Rolle. Heutige anarchistische und alternative Projekte, selbstverwaltete Zentren und offene Räume zeigen, wie wichtig diese Selbstveränderung, diese Stärkung des eigenen Willens ist. Denn dort, wo im emanzipatorischen Experiment Hierarchien und Zwänge verschwinden, baut sich zur Zeit regelmäßig eine apathische Stimmung auf. Deutlich ist zu spüren, dass der Wille, das Leben und die freien Zusammenschlüsse selbst zu gestalten, fehlt. Gleichgültigkeit und die Flucht in fremde Orientierungen – von Cliques über Verbandsidentitäten bis zum Internet mit seiner Fremdsteuerung über die angebotenen Links – sind an der Tagesordnung. Prickelndes, sich selbst ent-

faltendes Leben sieht anders aus. Das gilt auch für politische Bewegung, wo vorgefertigte Aktionsangebote die Protestlandschaft beherrschen – von Instant-Protestschreiben über durchgeplante Massenaktionen bis zur Reduzierung auf Spenden und Mitgliedschaft. Damit mögen politische Gruppen im Detail etwas erreichen. Insgesamt aber stärken sie das, was die heutige Gesellschaft ausmacht: Fremdbestimmung und Fremdorientierung.

Für eine emanzipatorische Veränderung aber bedarf es der Befreiung, nicht zusätzlicher eingefahrener Gleise. Das ist auch ein Appell an alle, die sich schon als AnarchistInnen fühlen oder definieren. Eine Stärkung des Individuellen ist Sache der einzelnen AkteurInnen selbst. Es gilt, sich selbst zu ermächtigen, das eigene Leben und die Kooperation mit anderen zur eigenen Sache zu machen. Sich von Bewegungsagenturen oder Organisationen steuern zu lassen, ist ebenso wenig emanzipatorisch oder anarchistisch wie das Hineintauchen in die Geborgenheit von Cliques mit Revolutionssymbolik oder in die fremdgesteuerten Welten des Internets. Wer die ständige Bevormundung von außen ablehnt, muss Willensstärke entwickeln und Knowhow tanken. Sonst erscheint die Rückkehr in die vorgegebenen Gleise herrschaftsförmiger Welten irgendwann als erstrebenswert.

Für mehr Strategie und mehr StrategInnen in anarchistischer Theorie und Praxis

Das dünne theoretische Niveau der meisten anarchistischen Strömungen und Organisationen, gesteigert noch durch die ver(w)irrende Flucht auf das sicher scheinende demokratische Terrain, die schwache praktische Umsetzung von Ideen und fast überall fehlenden Strategien, wie Theorie und Praxis verbunden und entwickelt werden können, rückt das, was für Außenstehende als Anarchie sichtbar wird, oft in die Nähe durchgeknallter, spätpubertierender oder träumender Haufen. Bedauerlicherweise lässt sich dieser Eindruck unter anderem deshalb nicht abwenden, weil er vielfach schlicht zutrifft. Das ist nicht nur ein Problem, sondern schafft auch weitere. So wird der Anarchismus als Nische wahrgenommen. Seine AnhängerInnen verziehen sich in identitäre Cliques und neigen auch bei großen Politaktionen zur Bildung einheitlicher Blöcke. Zudem schreckt der Mangel an Theorie und Strategie viele Menschen ab. Wer sich trotz des schlechten Niveaus anarchistischer Organisation Knowhow zur Selbstorganisation im Alltag oder zur durchdachten Durchführung von Aktionen aneignet, gelangt schnell zu der Erkenntnis, dieses in der Ablehnungsfront jeglicher Fremdbeherrschung, leider aber auch jeglicher Selbstorganisation nicht sinnvoll anwenden zu können. Der Wille zur konsequenten Umsetzung anarchistischer Ideen ist fast nirgendwo vorhanden. Anarchie ist Verbalradikalismus plus Gefahr vermittelnder Attitüde und – blindes Huhn find' auch mal ein Korn – direkter Aktion als Ausnahmeabenteuer im sonst eher tristen Leben.

Diese Lage führt zum Exodus vieler Menschen, die sich Know-how aneignen und strategischen Anspruch auf ihre Selbstorganisation und

Aktionen haben. Sie stehen vor der Wahl, nur noch allein oder in kleinen Kreisen zu agieren, das politische Leben zu beenden, im Sumpf des anarchistischen Vegetierens zu versinken oder die eigenen Inhalte zu verraten, um in alternativ wirkenden Firmen, Bewegungsagenturen, politischen Parteien oder NGOs wenigstens die erfolgreiche Umsetzung der dann leider inhaltlich nicht mehr überzeugenden Vorhaben zu erleben. So verliert der Anarchismus permanent die Köpfe, die für eine wirksame gesellschaftliche Einmischung so wichtig sind. Denen, die nur auf Wohlühlatmosfera in anarchistischen Cliques und Bezugsgruppen oder auf anarchistische Label stehen, mag das nicht stören – sie würden sich vielleicht sogar aufgeschreckt fühlen aus ihren freundlichen Nestern, die als Nische in der bösen Wirklichkeit ein bisschen Wärme versprühen und einem selbst den Hauch des besseren Lebens verpassen. Wenn Anarchie aber Wirklichkeit werden soll, wird dieses Aufschrecken wohl nötig sein.

Text von Robin Wut:

„Strategie für
die Anarchie?“ unter
www.

[anarchismus.at/
txt2/strategie.htm](http://www.anarchismus.at/txt2/strategie.htm)



Wie kann es weitergehen?

Konkrete Vorschläge und neue Ansätze für die praktische Anarchie

Von der Strategie zur praktischen Umsetzung: Wie kann gelebte Anarchie schon heute im Alltag, in der politischen Auseinandersetzung und als Kooperation in einer komplexen, aber so ganz anders gepolten Gesellschaft aussehen? Fraglos: Ein vollständiges Bild wird sich hier nicht entwerfen lassen, denn aus der Idee von Emanzipation folgt ja, dass es keine schematischen Entwürfe geben kann, sondern es gerade das Kennzeichen herrschaftskritischer Praxis ist, immer die konkrete Lage sowie Wünsche und Bedürfnisse der Beteiligten zu beobachten, abzuwägen und daraus die Ideen für praktisches Handeln abzuleiten. Dem folgt eine ständige Reflexion der Wirkungen, die das eigene Handeln verursacht, und der neugierige Blick auf alles, was sich sonst noch tut. Es gilt, die konkreten Verhältnisse so umzugestalten, dass sich Menschen aus Bevormundungen, Zwangsverhältnissen und Hierarchien lösen können, um sich nach ihrer Eigenart und in freier Kooperation selbst zu entfalten. Dafür reicht weder der reine Protest gegen die bestehenden äußeren Zwänge und herrschenden Diskurse noch der bloße Versuch, irgendwo kleine Inseln der Glückseligkeit zu schaffen in der Illusion, diese ließen sich von den herrschaftsförmigen Einflüssen frei halten, die von Außen und durch die Zurichtung der Beteiligten in jeden Winkel der Welt geschleppt werden.

Anarchie für alle: Herrschaftsfreies Leben und Überleben im Alltag

Der Alltag ist das unmittelbarste Lebensumfeld aller Menschen. Gemeint ist damit das, was immer wieder und oft standardisiert die eigene Lebenspraxis darstellt. Für die einen findet das vornehmlich in den eigenen vier Wänden statt, andere sind in Schule, Ausbildung, Beruf oder auf der Straße unterwegs. Hinzu kommen Besuche, Treffen mit Verwandten und Bekannten, Gänge zu Ämtern, die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, das Surfen oder Chatten im Internet, Aktivitäten in Vereinen, beim Sport oder anderen anderen Orten, die routinemäßig aufgesucht werden bzw. immer wieder kehren. Überall dort reproduziert sich die Herrschaftsförmigkeit der Gesellschaft. Gesetze und Normen strahlen in die Orte, Menschen tragen ihre sozialen Zurichtungen mit sich herum, Privilegien und Hierarchien wirken sich aus.

Warum sollte mensch für eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur dann kämpfen, wenn explizit dazu aufgerufen wird? Also in einer seltsamen Einteilung von politischem und sonstigen Leben? Zumal das sehr ineffizient wäre, denn die – durchaus nützlichen und wichtigen – organisierten Politaktionen bedeuten einen wesentlich höheren Aufwand als

das Handeln im Alltag. Alltag ist ohnehin da. An- und Abfahrtswege entfallen. Wer den Alltag zur Aktionsfläche macht, erweitert die eigenen Handlungsmöglichkeiten erheblich. Zudem ist der Alltag oft deutlich kommunikativer als z.B. große Demos oder Veranstaltungen, wo Kommunikation eher als frontaler Redeschwall herüberkommt und oft nur die ohnehin Überzeugten erreicht.

Das Handeln im Alltag schafft jedoch besondere Herausforderungen. Denn hier herrscht „Norm“alität. Es fehlt die künstlich geschaffene Situation politischer Aktion, in dem der Sonderstatus besondere Freiheitsrechte schaffen kann – sei es über das Versammlungsrecht oder über die Freiheit der Kunst. Stärker erweitert ist die Handlungsfreiheit in konkreten Situationen, wenn eine Aktion heimlich und im illegalen, aber nicht überwachten Raum abläuft. Doch auf Dauer wirkt das allein nicht.

Aus Meretz, Stefan: „Den Kampfhund bändigen“, in: Freitag, 18.6.2004 (S. 5)

Eine andere Praxis setzt voraus, die eigene Eingebundenheit zu erkennen. Das Falsche ist nicht das Andere, ich bin es auch, es geht durch mich hindurch. Jede Handlung reproduziert das Ganze. Und hier beginnt die Alternative: Das Spielfeld verlassen, die Spielregeln außer Kraft setzen, nicht mehr mitspielen – wo immer es geht. Es geht nicht immer, aber sehr oft.

Geht es nicht, dann ist das Falsche bei vollem Bewusstsein zu tun und nicht als das Richtige zu verbrämen. Denn es sind immer zwei Schritte: wahrnehmen und handeln. Geht das Zweite nicht, geht immer das Erste. Keine Selbstzensur, das Wahrnehmen, Empfinden und Erkennen nicht umdefinieren, sondern mit Bewusstsein klarmachen: „Ich müsste widersprechen, aber ich halte Klappe, weil ich sonst rausfliege. Aber Es ist falsch.“ ...

Ich plädiere für eine wahrnehmende Distanz zum eigenen Tun, für einen Überblick über Handlungsmöglichkeiten. Für das alltägliche Handeln ist es ein Unterschied, ob ich mich von der Entfremdungslogik aufsaugen lasse, sie verinnerliche und wieder hinaustrage und Andere damit unter den gleichen Druck setze, unter dem ich stehe. Oder, ob ich distanziert und ohne moralischen Zeigefinger auf mein eigenes Tun schaue, um es genau nach solchen quasi-automatischen Wiedergaben fremder Sachzwänge abzusuchen – auf das ich es beim nächsten Mal vielleicht lassen kann oder wenigstens nicht mehr als „richtig“ oder „gerecht“ rechtfertigen muss, vor mir und anderen.

Wilk, Michael (1999): „Macht, Herrschaft, Emanzipation“, Trotzdem Verlag in Grafenau (S. 66)

Es geht damit auch um die Verweigerung vorauseilenden Gehorsams, um die Sabotage freiwilliger Unterwerfung im Alltag. Unter dem Aspekt, daß es die Alltagskonditionierung ist, die Menschen unterwürfig macht, die Anpassungsverhalten täglich einübt und zementiert.

Weil der Alltag das ständige Lebensumfeld der Menschen bildet, sind die Handlungsmöglichkeiten unendlich vielfältig. Andererseits sind sie immer mit direkten Auswirkungen auf das eigene Leben verbunden, denn dieses findet untrennbar im gleichen Alltagsgeschehen statt, welches auch den Handlungsrahmen schafft. Das ist Chance und gleichzeitig zusätzliche Hürde. Wer politischen Protest als Ausnahmefall ins eigene Leben fügt, kann das so organisieren, dass sich sonst nichts ändert – ja,

es ist möglich, politisches Engagement im sonstigen Leben völlig zu verstecken oder sogar unbekannt zu lassen. Ob Beziehung, Familie, Ausbildung, Arbeitsplatz, Nachbarschaft und mehr: Es kann alles völlig getrennt sein von einem in der Freizeit als Hobby, Abendtreffen und sporadischen Wochenendausflug gestalteten politischen Engagement.

Widerstand im Alltag heißt, sich dort einzumischen, bei Bedarf entgegenzustemmen oder Alternativen zu entwickeln, wo das eigene Leben ständig spielt. Damit hat jede Handlung auch Auswirkungen darauf, wird zum Gesprächsthema im Alltag, zum Segment des Umgangs mit anderen Menschen. Es verlangt mehr Mut, im Alltag aktiv zu sein als in den getrennten Sphären organisierter Politevents, die als Einmal-Inszenierung vorübergehen wie ein Urlaub oder Theaterbesuch – allerdings auch in ihrer Wirkung begrenzt bleiben auf den symbolischen Ausdruck. Die Einmischung in den eigenen Alltag oder aus ihm heraus wirkt immer direkt und kann verschiedene Facetten annehmen.

Aktion und direkte Intervention: Das ständige Einmischen

Eine Möglichkeit der Einmischung ist der politische Protest, also alle Formen von Aktionen, die im Kleinen wirken können. Fast alles, was an Aktionsmethoden bei organisierten Protesten außerhalb des Alltag angewendet werden kann, hat auch hier eine Chance – wenn auch in kleinerem Format: Verstecktes Theater, Plakate, Sabotage, Kommunikationsguerilla, Flugblätter, offene Briefe usw.

Alltag ist aber auch der Ort, in dem Diskriminierung, Ausbeutung, Mobbing, Ungleichberechtigungen, Privilegien und alle anderen Formen von Unterdrückungsverhältnissen einen unmittelbaren Ausdruck erhalten. Praktisch ist das ständig der Fall, denn Herrschaft durchzieht die Gesellschaft bis in den letzten Winkel. Patriarchale Logiken, Zweigeschlechtlichkeit, Rassismus, Erziehung, Kinderdiskriminierung, rechte Ideologien und Privilegien prägen den Alltag. Wer aufmerksam durch den Tag wandelt, wird viele Situationen entdecken, die Einmischung nötig machen, um Unterdrückungsverhältnisse aufzudecken, anzuprangern und – wenn eine passende Handlungs idee kommt – anzugreifen. Wer die Umgebung intensiv „abscaant“, d.h. beobachtet, hinterfragt und auf offensichtliche oder versteckte Herrschaftsförmigkeiten hin analysiert, bemerkt Tausende Stellen, an denen kleine Zeichen gegen das genormte Dasein hinterlassen werden können. Diese grundsätzliche Aufmerksamkeit ist einer der wichtigsten „Ausrüstungsgegenstände“ für den Widerstand im Alltag. Dazu kommt, sich gezielt Aktionstechniken anzueignen, um diese situationsbezogen einsetzen zu können – zum Beispiel um mittels verstecktem Theater in Kommunikation eingreifen zu können. Daneben lohnt es sich, immer auch so ausgerüstet zu sein, dass viele Handlungsmöglichkeiten offen stehen. Eine Art „Direct Action-Tasche“ oder im Rucksack ein Fach für Aktionsmaterialien helfen. Ein paar Dinge, die dazu gehören könnten:⁹

⁹ Quelle: Direct-Action-Kalender 2006, aktualisiert

- Dicker Filzstift oder Wachsmaler: Unverzichtbar für spontane Veränderungen auf Plakaten, Toiletten, Behörden usw. Stifte aus Plastik werden von Metalldetektoren (oft an Eingängen von Polizeistationen, Gerichten ...) nicht bemerkt.
- Konfetti: Autoritätspersonen oder MackerInnen können durch Konfetti ein wenig „dekonstruiert“ werden.
- Parfüm: Es kratzt an Autorität, wenn Uniformierte nach Rosenblüten „duften“.
- Leere Plakate oder Stoffe: Sind in Kombination mit dicken Stiften gut, um spontan auf Situationen reagieren zu können, z.B. um bei einer rassistischen Kontrolle im Bahnhof den BeamtenInnen zu folgen mit gehobenen Plakat „Hier findet eine rassistische Kontrolle statt“.
- Mars-TV¹ Transparent: Ein als Fernsehbildschirm ausgeschnittenes Transparent verschafft die Möglichkeit, in jeder Situation zur Mars-TV Reportage-Einheit zu mutieren und Ereignisse aus der Sicht von Wesen aufzugreifen, welche keine Herrschaft kennen. Denkbare Situationen: Bei Fahrkartenkontrollen Fahrgäste und Kontrolletts interviewen, was der Sinn vom Bezahlen ist, ob die Züge dadurch schneller fahren, was der gigantische Kontrollaufwand bringt usw.
- Aufkleber: Immer ein paar Aufkleber dabei haben, um sexistische Magazine zu kommentieren, Produkte zu entwerten („Dieses Produkt ist entwertet – alles für alle statt Eigentum“), Lichtschalter („... ausschalten“) oder Klotasten („... runterspülen“) als Fläche für Slogans nutzen zu können. Leere Briefetiketten in

Verbindung mit einem Stift sind für unvorhergesehene Ereignisse gut.

i Zu Spüren: Immer schlau agieren, u.a. auf Fingerabdrücke auf dem Klebeband achten!



- Kleber: Sekundenkleber kann Schlösser unbrauchbar machen, Türen ganz verschließen (in Türrahmen schmieren) oder Anderes stoppen (Tasten, Knöpfe ... nix geht mehr). Klebeband dient zum Plakatieren, aber auch z.B. um Bewegungsmelder, Lichtschranken usw. unauffällig zu blockieren. Vor Videokameras können lustige Bildchen, Straßendreck u.ä. gehängt werden.
- Achter-Vierkantschlüssel: Das Allround-Werkzeug, um in Zügen und Bahnhöfen an Sprechanlagen zu gelangen, Türen zu öffnen oder zu schließen, Klappen im Zug zu öffnen (z.B. um was zu verstecken) usw. Innendreikant hilft für viele Lebensmittelcontainer.² Praktisch als Mehrfach-Schlüssel (Innen-Vierkant, Dreikant ...) – s. Abbildung.
- Einleger: Zettel für Zeitungen oder Bücher, die sich kritisch mit Inhalten auseinander setzen oder über Möglichkeiten informieren, ohne Geld und Eigentum zu leben.

¹ www.projektwerkstatt.de/marstv

² Selbstorganisierungs-Seiten: www.alltagsalternative.de.vu

- Flugblätter: Da Begegnung mit rassistischen Kontrollen oder Erziehungsattacken gegenüber Kindern alltäglich ist, macht es Sinn, immer ein paar Flugblätter mit thematischen Bezug mitzuschleppen.
- Kreide: Optimal um Wege und Straßen mit Sprüchen zu verschönern oder auf Herrschaftsdurchgriffe in der Öffentlichkeit zu reagieren. So können Polizeifahrzeuge kommentiert oder einzelne PolizistInnen mit Spruchblasen auf dem Boden bestückt werden.
- Ereigniskarte „Sie kommen aus dem Gefängnis frei“: Hilft zwar nicht, ist aber lustig.
- TV B Gone: Klein, unauffällig und nur für spezielle Orte einsetzbar ist der Infrarotstrahler am Schlüsselring. In ihm sind viele Frequenzen der Ein-/Ausschaltimpulse für Fernseh- und andere Geräte gespeichert. Richtet mensch nun das Gerät auf solche und drückt den einzigen Knopf, den das Gerät hat, so dauert es meist ein paar Sekunden – und dann ist der Fernseher oder Projektor aus. Oder an. Das bietet interessante Chancen, z.B. auf Wahlpartys, im Unterricht oder wo auch immer das Aus des Gaffens erwünscht sein kann. Wer sich auf der anderen Seite keinen Breitbild-Plasma-Bildschirm leisten kann oder will, aber doch mal Interesse an einem Film hat, kann sein Sofa vor ein TV-Geschäft schieben und durch die Scheibe den schönsten der dortigen Fernseher anvisieren. Infos unter www.tvbgone.com. Verkauf in Deutschland über FoeBuD.³
- Kleidung: Ein T-Shirt mit einem gut verständlichen und ebenso lesbarem Spruch kann bereits ausreichen, um in der U-Bahn oder anderswo in der Öffentlichkeit angesprochen zu werden und in politische Debatten einzusteigen
- Trillerpfeife, Alarmstift u.ä.: Zum Lärmmachen überall. Die Alarmstifte sind kleine, batteriebetriebene, extrem schrill-laute Sirenen. Sie sollen z.B. Angreifer in der Nacht abschrecken. Aus ihnen wird ein Stift gezogen oder eine Taste gedrückt und das Ding irgendwo hingeworfen. Es kann nicht ausgeschaltet werden. Wenn es also bei einer Veranstaltung irgendwo oben auf einem Gerüst, in einem Gully o.ä. landet, wo niemand so schnell herankommt, ist es vorbei mit dem Labern, Feiern, Heldengedenken oder was auch immer grad läuft.
- Namensschild: An Hemdtasche oder anderswo befestigt, gibt so ein transparenter Visitenkartenhalter schnell ein förmliches Aussehen. Am besten gleich mit vielen Karten füllen und immer die passende nach vorne holen – je nach Lage: Sicherheitsdienst, Presse, Umsonstfahren (wenn mensch es offensichtlich macht, ist es keine Straftat!), Kontrolletti ... oder was mensch mal kurz sein will.

Im Alltag können einem Menschen begegnen, die einem bekannt sind und auch weiterhin zum eigenen sozialen Umfeld gehören – in der NachbarInnenschaft, am Arbeitsplatz, in Vereinen und Gruppen. Das

³ <https://shop.foebud.org/kategorie/gadgets/tv-ausschalter-tv-b-gone-4-keyring.html>

erfordert ein besonderes Vorgehen, um nicht dauerhaft Kommunikationsmöglichkeiten zu beschneiden. Eher das Gegenteil wäre anzustreben: Neue Gesprächsthemen eröffnen, direkten Kontakt suchen.

Alltag sind aber auch die anonymen Verhältnisse im Supermarkt, in der U-Bahn oder im Bus, an der FußgängerInnenampel usw. Es sind oft hochkommunikative Räume, in denen Aktionsformen passend sind, die direkte Ansprache und Diskussion erzeugen. Solche Methoden sind besonders wertvoll, da Kommunikation der entscheidende Zugang zu Diskursen und allem ist, was an Normierungen, Wertungen und Vorurteilen in den Köpfen schwirrt. Mit den großen Politaktionen am Wochenende lässt sich das regelmäßig nicht erreichen. Diese wirken eher über Medien und auf die repräsentative Politik – aber weniger auf die vielen Menschen überall. Deshalb ist es eine Schwäche politischer Bewegung, auf solche zentralen Events plus begleitender Appelle an die Herrschenden zu setzen. Emanzipatorische Veränderung muss einerseits die Macht aus Parlamenten und Konzernen zu den Menschen ziehen, andererseits aber auch den Alltag und die direkte Kommunikation als Handlungsebene erobern. Sonst bleibt alles Begleitfolklore zum weiteren Durchmarsch institutioneller und diskursiver Herrschaftsverhältnisse und -beziehungen.



Raus aus den Zwängen: Selbstbefreiung im Alltag

Die relative Beliebtheit von außerhalb der eigenen Alltagsbeziehungen liegenden Politevents gegenüber der Einmischung im Alltag wird zusätzlich gesteigert dadurch, dass durch Aktionen an fernen Orten und innerhalb großer Gruppen die eigenen Überlebensbezüge und -quellen nicht gefährdet werden. Wer Händchenhalten auf dem Elbdeich spielt, riskiert keinen Verlust des Arbeitsplatzes. Wer vorgefertigte Emails an den digitalen Papierkorb der Bundeskanzlerin schicken lässt, muss sich dafür wohl kaum in der NachbarInnenschaft rechtfertigen.

Anders sieht das bei Aktionen im eigenen Alltag und direkter Intervention aus. Wer gegen einen sexuellen Übergriff auf einer Party vorgeht, läuft Gefahr, zumindest kritische Blicke vieler in ihrer Feierlaune gestörten Partygäste zu ernten. Das kann, wer eine Unterschrift gegen Genitalverstümmelung in einem fernen Land leistet, nicht passieren (höchstens die standardmäßige eigene Belästigung durch die Spenden-einwerbeabteilungen der unterschriftensammelnden Organisationen).

Einmischung im Alltag geschieht immer als konkrete Person und oft in nicht-anonymen und dauerhaften Bezügen. Schon allein das Ziel, politische Handlungsfähigkeit zu erreichen, ist ein Grund, über die eigene Einbindung in Zwänge nachzudenken. Zentraler aber ist der Wert unabhängiger Entscheidungsfähigkeit (Autonomie) noch für das Leben selbst. Denn wenn Selbstentfaltung ein wichtiges Ziel des Lebens ist, bedeutet die Befreiung von allen normierenden und bestimmtes Verhalten erzwingenden Einflüssen eine wichtige, befreiende Voraus-

setzung, diese auch Wirklichkeit werden zu lassen. Der eigene Alltag ist also doppelt wichtig.

- **Abbau von Hierarchien:** Jede Einbindung in Hierarchien schafft Handlungszwänge, da das eigene Verhalten durch andere bestimmt werden kann. Ob Familie, Wohngemeinschaft, Firma, Verein oder was auch immer: Formale Gleichberechtigung ist nicht alles, aber eine wichtige Voraussetzung für die Selbstentfaltung aller Beteiligten. Es wäre Sache anarchistischer Aktivität, überall Vorschläge für Dominanzabbau und gleichberechtigtes Miteinander einzubringen, Methoden zu entwickeln und vorzuschlagen.
- **Ökonomische Unabhängigkeit und Selbstorganisation:** Im Kapitalismus schafft der Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft ständig Abhängigkeitsverhältnisse. Es besteht, zumindest für NichteigentümerInnen an Produktionsmitteln, aber auch für die meisten derer, die solche besitzen, der Zwang, zwecks eigenen Überlebens für etwas zu schufteln, was außerhalb des eigenen Willens liegt. Es wird entweder durch den sogenannten „Arbeitgeber“ oder, bei Selbständigen und FreiberuflerInnen, durch die Verkaufbarkeit der eigenen Tätigkeiten oder Fähigkeiten diktiert. Da der Mensch nicht auf eine gewisse materielle Reproduktion verzichten kann und zusätzlich zur Selbstentfaltung seiner Möglichkeiten und Wünsche materielle Ressourcen benötigt, kommt er nicht umhin, für deren Beschaffung tätig zu werden. Von Bedeutung ist, ob die Art auf freiem Willen und freien Vereinbarungen aller Beteiligten beruht oder die Kooperation erzwungen ist.
Eine wesentliche Voraussetzung ist die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Wenn Menschen zum Verkauf ihrer Arbeitskraft keine Alternative haben, also nur mit dem dabei verdienten Geld ihr Überleben sichern können, werden sie dazu neigen, Arbeitsplätze zu suchen und sich ausbeuten zu lassen. Es ist daher wichtig, diese Abhängigkeiten abzubauen – sei es durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, durch Selbsthilfegruppen, Umverteilung und/oder effiziente Nutzung gesellschaftlicher Versorgungsnischen. Sie alle sind nicht mehr als Zwischenschritte zu einer Gesellschaft, in der alles allen zugänglich ist. Aber als Etappen können sich durch partielle Befreiungen den Kampf für mehr beflügeln. AnarchistInnen können und sollten neben entsprechenden politischen Forderungen Selbstorganisations-Netzwerke für das Überleben im Alltag initiieren. Diese können auch über den beschriebenen Rahmen hinausgehen und zu selbstverwalteten, bedürfnis- statt marktorientierten Betrieben oder Wohnhäusern führen.
- **Kommunikation und freie Kooperation:** Eine herrschaftsfreie Welt muss eine kommunikative Welt sein. Denn die direkte soziale

Eine Sammlung schon bestehender und anwendbarer Ideen findet sich unter www.hierarchie.de.vu oder im HierarchNIE!-Reader.



Interaktion mit vielen, oft komplexen Absprachevorgängen ersetzt die hierarchische Kommandostruktur, die heute eine Gesellschaft organisiert, zusammenhält und auch aufrecht erhält. Solche Kommunikation kann ebenso wie die Anbahnung von Kooperation auch heute schon gefördert werden durch direkte Begegnung, Wandzeitungen, lokale Radios, eigene Mitteilungsblätter usw. – sowohl in Betrieben wie auch in Gruppen, Häuserblocks, Wohnvierteln und Dörfern, an kulturellen Treffpunkten oder in Sportstätten. Kein Ort muss ausgespart bleiben. Wer Anarchie will, kann loslegen und solche Kommunikationsstränge verwirklichen.

- Gleicher Zugang zu allen Ressourcen: Reichtumsunterschiede schaffen Privilegien. Daher ist der gleichberechtigte Zugang zu den vorhandenen Ressourcen eine wichtige Forderung und eine Handlungsmöglichkeit für die Praxis. In der Utopie wird das mit dem Ende des Eigentums verbunden sind. Im Hier & Jetzt können kleine Projekte und Experimente das große Ziel im Kleinen teil-verwirklichen und bewerben. Bereits bestehende Beispiele sind Umsonstläden, NutzerInnengemeinschaften⁴ (Geräte, Bücher usw. werden gemeinsam genutzt), offene Räume,⁵ Aktionsplattformen (z.B. Projektwerkstätten),⁶ Selbsthilfwerkstätten und ähnliche Einrichtungen, Häuser und Flächen, die ohne Hausrecht für alle offen sind, ebenso auch Produktionsstätten, die nicht nur Sache kleiner EigentümerInnenkreise sind, sondern von vielen, auch Interessierten und Betroffenen der Umgebung, genutzt werden. AnarchistInnen könnten hier viel mehr Initiativen starten und das konkrete Projekt mit der Benennung von weiterreichenden Utopien verbinden, z.B. über Ausstellungen, Gespräche, Informationsschriften, Veranstaltungen und Aktionen.

Anarchie zeigen: Überzeugen durch Tun?

Jede Handlung, jede Aktion und jedes Projekt kann zu mehr werden, wenn es dafür genutzt wird, weitergehende Utopien zu vermitteln. Zudem kann es die Wirkung des Konkreten verbessern, wenn die dahinterstehende und über das kleine Experiment hinausgehende Idee sichtbar wird. Zwar mag das zunächst auch einige Menschen abschrecken (wer ist angesichts der heutigen Hetze schon gern anarchisch?), aber da müssen emanzipatorische Ideen und IdeengeberInnen durch. Herrschaftsfreiheit, unter welchem der vielen Begriffe auch immer benannt oder umschrieben, muss aus den dunklen Ecken gesellschaftlicher Subkulturen, temporärer Protestphasen des Lebens oder bürgerlicher Hetze zu einer gegenkulturellen Offensive, zu einem erstrebenswerten Ideal und zur hinter den Aktionen der Befreiung und Selbstorganisation sichtbaren Hoffnung erweckt werden.

4 www.coforum.de/?3242

5 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/offen.html

6 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/prowe.html

Sie ist keine Idee für wohlige Sonntagsreden klein- und bildungsbürgerlicher Kreise, die mit verklärtem Blick die bessere Welt einfordern, um in ihrem sonstigen Leben zu denen zu zählen, die aus teil-privilegierter Stellung heraus genau das Gegenteil mit abzusichern helfen. „Anarchie ist machbar, Herr Nachbar“ (nur zwecks besseren Reimens in männlichem Sprachstil) lautet ein beliebter Spruch, den AnarchistInnen aber lieber vor sich hinbrabbeln, wenn sie unter sich sind, oder klammheimlich den NachbarInnen auf die Hauswand sprühen, um auch die letzte Chance zur Debatte um Herrschaftsfreiheit zu zertrümmern.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 64 f.)

Die wirksamste Art anarchistischer Propaganda wird immer die Schaffung und die Demonstration anarchistischer gesellschaftlicher Beziehungen sein – eben die Praxis der vorwegnehmenden Politik. Es fällt Leuten viel leichter, die Vorstellung eines Lebens ohne Chefs oder Führer anzunehmen, wenn sie es erleben und nicht nur Argumente dafür lesen oder hören, auch wenn sie eine solche Erfahrung nur in einem begrenzten Maßstab machen können.

Wenn schon Emanzipation und ihre radikalste Form, die Anarchie, als Gegenkultur verstanden werden, liegt es nahe, auch den ganzen Bereich, der originär als Kultur verstanden wird, ins Blickfeld zu nehmen. Schrift, Bild, Ton, Inszenierung und vieles mehr vermitteln gesellschaftliche Auffassungen. Sie sind regelmäßig utopischer und mutiger als realpolitische Forderungen oder die Verzagtheit praktischer Alltagsgestaltung. Andererseits ist auch Kultur in vielen Zwängen gefangen, und ihre Befreiung aus diesen hin zu einer selbstbestimmten und selbstorganisierten Form wäre von Bedeutung.

Der Anteil von Musikgruppen, MalerInnen, SchriftstellerInnen und mehr ist hoch, die sich – oft träumerisch – sehr positiv auf Ideen der Herrschaftsfreiheit und Gleichberechtigung beziehen, während die Realität in einem Korsett von Zwängen und Hierarchien versinkt – einschließlich der Form künstlerischer Präsentation, die oft den in ihr vermittelten Inhalten widerspricht. Es gibt praktisch keine um anarchistische oder wenigstens emanzipatorische Inhalte kämpfende und solche Ideale praktizierende KünstlerInnenszene, auch wenn die Inhalte ihrer Kunst das oft herbeisehnen oder fordern.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, a.a.O. (S. 67)

Eine solche Herangehensweise begreift Anarchie als Kultur, als gelebte Realität, die überall in unterschiedlichen Gewändern auftaucht, sich unterschiedlichen kulturellen Klimata anpasst und um ihrer selbst willen verbreitet und entwickelt werden soll, unabhängig davon, ob wir der Auffassung sind, dass es die vorherrschende gesellschaftliche Form werden wird.

Keine Eintagsfliege: Selbstorganisiertes Leben

Anarchie im Alltag ist also dreierlei:

- Direkte Aktion als Einmischung, Veränderung oder Sabotage bestehender Verhältnisse oder unterdrückender Handlungen.

- Aufbau bzw. Steigerung unabhängiger Lebensverhältnisse, d.h. der Befreiung aus materiellen und sonstigen Zwängen, Aufbau gleichberechtigter Formen des Zusammenlebens, unabhängiger und freier Kommunikation und Kooperation.
- Werben für die konkreten Projekte und Versuche, aber auch immer, am besten damit verbunden, für die visionäre Idee einer herrschaftsfreien Welt.

Kleine und große Schritte, gerne auch mal – wenn es die Situation zulässt – ein großer Wurf, wenn z.B. eine Fabrik übernommen, ein Dorf oder Wohnviertel selbstverwaltet oder per praktischer Aktion die Unterdrückungsmaschinerie gestoppt werden kann, sind immer gut. Damit sich die Veränderungen auch zu einer Gegenkultur entwickeln können, bedarf es aber mehr als Strohfeuer. Solange Protest und Selbstorganisation nur die Nebenrolle in einem ansonsten von Abhängigkeiten und Zwängen durchzogenen Alltag sind, werden sie irgendwann gestrichen werden aus dem Tagesplan der von den fremdbestimmten Anforderungen überforderten Menschen. Es muss daher gelingen, den selbstorganisierten Alltag, sei es die materielle Reproduktion, die Kommunikation und Kooperation mit dem Umfeld oder die Einmischung in Form von Intervention und Aktion, zu einem Kontinuum zu machen. Das meint nicht starre Formen, sondern dass es mehr wird als die vereinzelt Ausnahmen im ansonsten abhängigen Leben.

Aus Wilk, Michael, a.a.O. (S. 61)

Die Crux sozialer „Ein-Punkte-Bewegungen“ (Anti-AKW, Anti-Startbahn etc.) ist unter anderem, daß es oftmals nicht gelingt eine dauerhafte und grundsätzliche Auseinandersetzung mit Macht und Herrschaftsstrukturen herbeizuführen, weil die Beschäftigung an der Oberfläche gesellschaftlichen Erscheinens bleibt. Nicht nur verlorene Konflikte, sondern sogar erfolgreich abgeschlossene Auseinandersetzungen, die sich quasi nur an dem gesellschaftlichen Symptom abarbeiten, führen zum Rückfall der Beteiligten ins „rein Private“, sobald der Aktualkonflikt beendet erscheint.

Anarchie für Gruppen: Organisierung ohne Hierarchien

Die Frage nach dem Abbau von Hierarchien, der Förderung von Kreativität, Selbstentfaltung und gleichberechtigtem Zugang zu allen gemeinsamen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten gilt für alle: Betriebe, Gruppen, Teilnehmende bei Aktionen, Projekte und Experimente. Die Binnenstruktur ist selbst gesellschaftlicher Subraum und damit potentieller Ort der Verwirklichung anarchistischer Idee. Genau deshalb, weil Emanzipation kein Versprechen nur für begrenzte Teile des Lebens darstellt, ist es wichtig, auch in jeder Binnenstruktur um die Idee freier Menschen in freien Vereinbarungen zu ringen.

Nicht das Dogma, dass die Mittel dem Zweck entsprechen müssen, bildet den ideellen Kern emanzipatorischer Organisierung, sondern die Überzeugung, dass die gesamte Gesellschaft einschließlich ihrer Subräume Tätigkeitsfeld von Befreiung und Selbstentfaltung sein sollen. Warum sollen ausgerechnet die eigenen Strukturen, in denen die

Veränderungsmöglichkeit und damit die Chance zur Veränderung so nahe liegt, von diesem Ziel ausgenommen werden?

Dynamisch, offen und die Beteiligten nicht in fremdbestimmte Identitäten drängend – so muss Organisierungskultur aussehen, will sie emanzipatorische Ziele verfolgen. Doch was heißt das praktisch? Die oft vorhandene Skepsis, dass angesichts der tief verankerten, sozialen Zurichtungen (mensch denke nur an die oft intensiv in Denken und Verhalten eingebrannten Rollen patriarchaler Verhältnisse zwischen Männern und Frauen) und fehlender Übung in freier Kooperation, horizontaler Kommunikation und Konfliktaustragung in kontrollfreien Räumen ein übles Faustrecht ausbrechen könnte, ist berechtigt. Das reine Weglassen formaler Zwänge, von Regeln und Kontrolle sowie der Appell, doch gut zueinander zu sein, wird nicht reichen. Es bedarf der aktiven Förderung von gleichberechtigter Kommunikation, Transparenz und Zugang zu Ressourcen, freier Kooperation und produktivem Streit.

Auf der Suche nach Halt

Aus Ward, Colin: „Anarchismus als Organisationstheorie“⁷

Der Mensch ist von Kindheiten auf die Vorstellung hin erzogen worden, daß er eine Autorität außerhalb seiner selbst zu akzeptieren hat – Mutter sagt, Vater sagt, der Lehrer sagt, die Kirche sagt, der Chef sagt, der Ministerpräsident sagt, die Experten sagen, der Erzbischof sagt, Gott sagt -; er hat so ausgiebig die Stimme der Autorität vernommen, daß er sich keine Alternative mehr vorstellen kann. Die Gesellschaft muß organisiert sein, sagt er, wie soll das ohne Autorität geschehen? Denn ohne Autorität hätten wir doch Anarchie!

Kein Gott, kein Staat, keine höhere Moral, keine Gesetze und keine Regeln – in einer solchen Welt wäre der Mensch auf sich und die von ihm selbst organisierten oder mitgetragenen Vereinbarungen angewiesen. Es gäbe keinen künstlichen, äußeren Halt mehr. Der Mensch wäre hinausgeworfen in die Welt, stände auf sich und auf die von ihm aktiv (mit) organisierten und aufgebauten Kooperationen, Orte der Kommunikation und der sozialen Interaktion. Die heutige Welt ist davon weit entfernt. Die Kanäle des Lebens sind vorgegeben, Kooperation entsteht nicht auf freier Vereinbarung, sondern innerhalb festgesetzter Regeln und Rahmenbedingungen für Begegnung in sozialen Klassen und Seilschaften.

Anarchie beginnt mit der Akzeptanz des Losgelöstsein.⁸ Menschen sind hinausgeworfen in die Welt. Sie ordnen sich nicht von Natur aus in spezifische Gruppenstrukturen wie beispielsweise Herden oder Schwärme ein. Vielmehr lösen sie sich Zug und Zug aus den am Lebensanfang intensiven Bindungen und organisieren sich dann ihr soziales Umfeld selbst – wenn mensch sie lässt. Kooperation und Selbstentfaltung sind dabei ein- und derselbe Prozess, weil jede freie Zusammenarbeit und

⁷ Quelle: Graswurzelrevolution Nr. 216, Februar 1997
(www.anarchismus.at/txt4/colinward.htm)

⁸ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/mensch.html#los

Vereinbarung auf dem Willen basiert, sich selbst im Leben zu entwickeln und die Handlungsmöglichkeiten auszudehnen.

Anarchistische Organisation darf keine Ersatz-Geborgenheit bieten, also die Menschen nicht in fremde Orientierungen, Identifikationscodes oder feste Moralvorstellungen führen. Sonst wird sie zum Teil der Maschinerie von Einsortierung in vorgegebene Schablonen, die unsere Gesellschaft zur Zeit weitgehend prägt. Täte sie das, würde sie nicht befreien, sondern Bevormundung und Unselbständigkeit erträglicher gestalten – also genau das Programm bieten, was in den modernen Gesellschaften abläuft: Freiheit als Schein unter einem Berg von Abhängigkeiten und Entzug der Fähigkeit zur Selbstentfaltung.

Immer zeitlich beschränkt

Nichts ist Selbstzweck. Nur die Menschen selbst und ihre freien Zusammenschlüsse sind die AkteurInnen in einer anarchistischen Welt. Daher kann es auch nichts geben außer den Menschen. Nichts existiert ohne die stets neue Legitimation durch den Willen der Beteiligten. Organisatorischer Überbau erledigt sich, wenn der Wille der Menschen, die ihn geschaffen haben, erlahmt oder der Zweck erfüllt ist. Kein Zusammenschluss existiert als Selbstzweck. Wann er beginnt und wann er endet, bestimmen die Beteiligten. Ein jeder Zusammenschluss ist beendet, wenn niemand mehr da ist, der ihn aufrechterhält.

Da kein Zusammenschluss als eigene Persönlichkeit auftritt (so wie heute Vereine, Firmen, Parteien, Staaten usw.), lebt alles aus der Beteiligung der Menschen – und ist zuende, wenn es diese nicht mehr gibt.

Aus Colin Ward, a.a.O.

Organisationen neigen dazu, auch dann weiterzubestehen, wenn sie gar keine Funktion mehr haben oder ihre früheren Funktionen überlebt haben. Zeitlich begrenzt sollen sie eben deshalb sein, weil die permanente Existenz einer der Faktoren ist, die die Arterien einer Organisation verkalken läßt, indem sie das Interesse am eigenen Überleben und damit die Tendenz fest begründet, eher den Interessen der Funktionäre als der Ausübung der scheinbaren Funktionen zu dienen.

Aus Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): „Anarchismus“, Primus Verlag in Darmstadt (S. 91)

Anarchismus ist die Haltung der permanenten Erzeugung, Um- und Neuschaffung der (sozialen) Welt.

Offene Systeme

Anarchie ist Unbestimmtheit: Ich gehe in einen sozialen Raum und habe keine Sicherheit. Ich weiß das. Es ist anders als in den heute dominierenden (basis-)demokratischen Systemen, wo Polizei oder Konsense eine Geborgenheit vorgaukeln und eine Orientierung verordnen. Ich weiß nicht, was geschieht, aber ich bin vorbereitet – und viele andere auch. Statt sich auf kollektive Entscheidungen oder Gesamtheiten zu verlassen, sind die Menschen selbst die AkteurInnen, die aus der Situa-

tion heraus entscheiden und agieren. Ich bin aufmerksam, die anderen auch. Weil die Gewißheit fehlt und das auch klar ist.

Es gibt keine Sicherheit vor SexistInnen oder RassistInnen, vor Gewalt oder Unterwerfung anderer Art. Die gibt es nie. In einem anarchischen Raum weiß ich das. Antiterrorgesetze oder Plenumsbeschlüsse können auch nicht vor Übergriffen schützen – nur oft glauben das viele. Das schafft die Möglichkeit, sich hinter ihnen zu verstecken und dann als AkteurIn zu verschwinden. Das macht sie gefährlich, denn übergriffsfreie Räume entstehen weder durch Kontrolle noch durch anschließende Sanktion, sondern durch die Aufmerksamkeit und Interventionsbereitschaft der Vielen.

Aus Wilk, Michael, a.a.O. (S. 50)

Von der „Emanzipation“, geschweige denn Befreiung einer Gruppe zu sprechen, ist damit solange unsinnig, solange nicht die individuelle Erfahrung von Emanzipation auch innerhalb einer Gruppendynamik spürbar wird. Oder schärfer formuliert: Befreiung muß auch heißen, sich von der Gruppe befreien zu können.

Die Organisation offener Räume und Systeme ist anspruchsvoll – eben weil Schein-Klarheiten fehlen. Es gibt also keine vermeintlich eindeutigen Lösungen, sondern alles ist ein ständiger Prozess. Das ist ehrlicher, weil Sicherheit und Klarheit nicht suggeriert wird, es ist aber auch emanzipatorischer, weil nun die Menschen den gesamten Ablauf, alle Beziehungen und Verhältnisse der Binnenstruktur prägen. Hausrecht, Hausordnungen und vieles mehr gehören auf den Müllhaufen, den Emanzipation und Anarchie hinter sich lassen müssen, wenn sie den Menschen in den Mittelpunkt stellen wollen.

Keine Privilegien, dafür horizontale Kommunikation

Herrschaftsfrei wäre nur, wenn alle Menschen auf gleicher Ebene zueinander stehen. Jedes Privileg würde die Kommunikation in eine Schiefelage bringen. Wenn sich zwei Menschen begegnen, aber nur eine Kontrollrechte oder Zugang zu bestimmten Handlungsmöglichkeiten hat, die Passwörter kennt, den Schlüssel verwaltet oder Insiderwissen hortet, kommen schnell Rollenverteilungen zwischen BittstellerInnen und GönnerIn auf – zumindest unbewusst als ständige Drohkulisse auch hinter solcher Kommunikation, die auf den ersten Blick frei und gleichberechtigt wirkt.

Die Menschen in einem Planungsprozess, einer Diskussion, im Vorfeld einer Vereinbarung, Kooperation oder gar Abstimmung müssen also horizontal zu einander stehen. Es darf keine entscheidungsfähigen Räte⁹ oder sonst privilegierten Gremien im Hintergrund geben, deren Votum wichtiger ist, in dem aber nur einige der Vielen mitwirken oder

Mehr zu „Offenem Raum“ in der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/offen.html



⁹ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/raetesystem.html

unterschiedlich gute Kontakte dorthin bestehen. Noch schlimmer wären Pyramiden von Gremien, deren Spitze nicht mehr erreichbar erscheint.

Zudem darf es keine Stellvertretung und Vereinnahmungsmöglichkeiten geben. Wären in einer großen Runde Menschen einige privilegiert, das Ergebnis später nach draußen zu tragen, so gäbe ihnen das mehr Macht. Sie definieren durch Bekanntgabe des Ergebnisses später, was herausgekommen ist. Denn jede Vereinbarung und Abstimmung ist interpretierbar. Wer die offizielle Interpretation vornehmen darf, hat gegenüber den anderen einen Vorsprung.

Statt irgendwelcher Gremien mit besonderen Befugnissen bedarf es auch auf koordinierenden Ebenen, z.B. bei überregionaler Kooperation, der Vereinbarungsorte und aktiven Kooperationsanbahnung. Konkrete Vorschläge finden sich in der Textsammlung „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“¹⁰ und im Buch „Autonomie&Kooperation“.¹¹

Ein bestechendes Beispiel, wie konsequente Horizontalität gestaltet werden kann, bietet das Losen. Wenn – trotz intensiver Versuch in horizontaler Kommunikation – keine Einigung möglich ist, aber eine allgemeine Entscheidung her muss (z.B. in welcher Farbe eine Wand gestrichen oder ob das einzig vorhandene Megafon vorne oder hinter in der Demonstration eingesetzt wird), empfiehlt sich das Losen. Es fegt alle Privilegien vom Tisch, niemand ist hinterher Schuld und schon das Wissen darum, dass bei Nicht-Einigung gelöst wird, könnte die Neigung zu einer gleichberechtigten Diskussionskultur fördern. Denn was sollen Machtspiele bis Formen der Bestechung („wenn Du dafür stimmst, mache ich ...“) dann noch bringen?

Ähnliches gilt für Pöstchen: Wenn sie sich nicht vermeiden lassen, aber eine Einigung nicht gelingt (z.B. wer jetzt eine Verhandlung führt oder etwas übergibt), dann: Losen. Das ist im Übrigen gar nicht so absurd, wie es in dieser wahlgeilen Gesellschaft erscheint: In der attischen Demokratie des früheren Griechenlands,¹² die als Vorbild heutiger Staatsformen so hochgelobt wird, wurden Ämter regelmäßig per Los vergeben. Das wird im Geschichtsunterricht natürlich konsequent verschwiegen ...

Transparenz und gleicher Zugang zu Wissen

Informationen und Wissen müssen frei zugänglich sein. Das gilt vor allem praktisch und reicht von der Frage, dass alle auch tatsächlich an die Information herankommen (also RollstuhlfahrerInnen auch an die Bücher im 5. Stock und InternetuserInnen ohne Passwort an Dateien und Netz). Immer gehört auch die Information, wo was zu finden ist, zu den wichtigen Voraussetzungen des gleichberechtigten Zugangs zu Informationen. Wer sich das im globalen Maßstab überlegt, wird schnell erkennen, welch eine gewaltige Aufgabe und Umschichtung von Res-

¹⁰ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/praxis.html

¹¹ www.projektwerkstatt.de/materialien/utop__utopie.htm

¹² www.projektwerkstatt.de/demokratie/geschichte.html

sources notwendig ist, um überall auf der Welt dieses Ziel zu erreichen. Es wäre sogar zum Vorteil der bereits Privilegierten, denn bei Wissen einschließlich technischer Erfindungen ist es so, dass sich dieses um so schneller und besser vermehrt, je mehr Menschen auf das Wissen zugreifen, es anwenden und weiterentwickeln können. Es ist die Perversität der bisherigen Geschichte verschiedener Herrschaftsepochen bis zum aktuell prägenden Kapitalismus, dass in viele Zonen der Welt Technik und Wissen nur kommt, wenn es zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Rohstoffen dient – nicht aber weil es den Menschen dient.

Auch in den reichen Ländern der Welt werden z.B. Bibliotheken geschlossen und damit Menschen vom Zugang zu Wissen abgeklemmt. Dieser Trend muss umgedreht werden. Patente, Lizenzen und Copyright blockieren die offene Fluktuation des Wissens ebenfalls. Ständig sterben Millionen auf der Welt, noch mehr darben in Not, weil irgendwelche Leute ihr Wissen zu Geld machen wollen – angetrieben durch ein System, in dem künstlicher Mangel der Vielen zu Reichtum von Wenigen wird.

Viel Wissen existiert in den Köpfen von Menschen – vor allem die Erfahrungen für den Alltag und das konkrete Leben. Handwerkliches Knowhow, Sprachen, kultur- und naturwissenschaftliche Anwendungen schlummern im Denken der Menschen und werden, wenn überhaupt, nur ganz wenigen anderen, z.B. Verwandten zugänglich. Doch dieses Wissen ist wertvoller, für Selbstentfaltung und Organisation im Leben mitunter deutlich wichtiger als das starre Lehrbuchwissen der Schulen und Universitäten.

Es müssen Formen gefunden werden, wie Wissen besser weitergegeben werden kann. Die Welt braucht – überall verteilt – Lernorte, in denen Neugierige auf Wissende stoßen, um sich zur Weitergabe des Wissens frei zu vereinbaren. Nicht Stunden- und Lehrpläne dürfen die Welt des Lernens dominieren, sondern Neugierde und freie Lerngruppen. Jede Küche, jedes Kinderzimmer, jede Werkstatt und jeder PC dieser Welt können zum Labor des Lernens werden, wenn die Menschen einander suchen und nicht nur dem Staat oder der auf Profite schielenden Industrie überlassen, was sie wann lernen. Oft genug ist das Ergebnis dieses erzwungenen Lernens ohnehin, dass jede Lust auf Wissensaneignung versiegt und damit der Selbstentfaltung eine wichtige Basis entzogen wird. Jeder Versuch der Befreiung kämpft mit den Folgen. Viele konkrete Projekte hadern damit, dass Menschen nicht mehr lernen wollen, sondern auch in anarchistischen Projekten nach Instantlösungen für die vermeintliche Befreiung suchen.

Gleicher Zugang zu allen Ressourcen

Nicht nur Wissen ist eine Ressource, sondern auch alle Sachwerte. Wenn Menschen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten aufgrund ihrer materiellen Ausstattung haben, gibt es zwischen ihnen keine Gleichberechtigung. Wer etwas Notwendiges kaufen kann, ist in einer anderen Lage als eine Person, der das dazu nötige Geld fehlt. Letztere

muss anders verhandeln, ist auf Kooperation angewiesen – erstere nicht oder zumindest nicht so sehr. Dieser Unterschied muss verschwinden, sollen Kooperationen und Kommunikation gleichberechtigt sein.

Von besonderer Bedeutung sind alle Produktionsmittel, also solche Geräte, aber auch Flächen, Räume, Pläne usw., in und mit denen etwas produziert werden kann. Ihr Besitz ist nicht nur Privileg als solches, sondern vervielfacht sich durch die Fähigkeit, mit dem Produktionsmittel immer wieder Sachwerte herstellen zu können, die dann den-

jenigen zusätzlichen Besitz schaffen, die über die Produktionsmittel verfügen. Zugänge und Methoden müssen von allen gleichermaßen durchschaubar, hinterfragbar und veränderbar sein. Eine Übertragung der Prinzipien von Open Source in die nicht-digitale Welt ist nötig: Alle müssen alles nutzen, etwas hinzufügen, austauschen und weiterentwickeln können.

i Zu horizontaler Gesellschaft gibt es ein Kapitel im Buch „Autonomie & Kooperation“: www.projektwerkstatt.de/hefte/download/autokoop_horizontal.pdf

Kommunikations- und Kooperationsanbahnung

Selbstentfaltung und freie Vereinbarung leben von Kommunikation und Kooperation. Doch die entstehen nicht immer von selbst. Menschen sind unterschiedlich offen, redselig, kontaktfreudig oder streitbar. Es bringt daher große Vorteile, wenn im sozialen Miteinander von Menschen Orte entstehen, die Austausch und Miteinander fördern. Schon heute stehen dafür Gruppenmethoden bereit wie Open Space und andere. Es wird aber viele Möglichkeiten mehr geben. Wo Emanzipation zum Ziel wird, entwickeln Menschen die dafür förderlichen Techniken. Innovationen für soziale Prozesse dürften zu den wichtigsten Neuerungskfeldern in herrschaftsfreien Gesellschaften oder Subräumen gehören.

Aus Wilk, Michael, a.a.O. (S. 59)

Selbstverwaltete Betriebe und Zentren unterliegen bekanntermaßen ebenso wie Soziale Bewegungen spezifischen Integrations- und Anpassungsmechanismen, die dazu geführt haben, daß eine Vielzahl „alternativer“ Projekte auch nur noch die Ebenen des banalen Massenkonsums befriedigen und jeden weiteren Anspruch verloren haben. Glücklicherweise die Kommune oder Region, die noch Projekte aufweist, die flankierend neuen Auseinandersetzungen zur Seite stehen und die ein Klima erzeugen, in dem Diskussion über und Widerstand gegen unmenschliche Verhältnisse begünstigt werden. Die Wichtigkeit einer solchen Struktur in Bezug auf die alltägliche Lebenssituation der Menschen, die Kommunikation, das Gefühl von Eingebundenheit, ist kaum zu überschätzen. Was für die Region und für Stadtteile gilt, daß eine bestimmte soziale Infrastruktur Auseinandersetzung, Kommunikation und Austausch begünstigen, und angstfördernder Isolation entgegenwirken können, gilt auch im Kleinen.

Kein Recht, keine Regeln und keine Sanktionsgewalt

Zu alledem passen keine festen Regeln und Gremien, die entscheiden, kontrollieren oder sanktionieren. Denn wo Kommunikation und Kooperation ständig und intensiv fließen, würden alle formalen Abstufungen nur stören. Sie schaffen einerseits eine ständige Alternative zur horizontalen Gestaltung sozialer Interaktion einschließlich der Austragung von Konflikten. Wer sich ihrer bedient, kann auf die direkte Kommunikation verzichten. Zum anderen stellen sie immer Privilegien dar. Denn wer einem Gremium mit Sanktionsgewalt angehört, steht in einer anderen Stellung als die Person ohne ein solches Amt. Daran ändern Wahlen nichts, denn auch eine mit Mehrheit oder sogar im Konsens bestimmte Person ist in der privilegierten Stellung – zumal in Konflikten, die bei der Wahl dieser Person noch gar nicht absehbar waren.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“¹³

Gefahr erwächst dort, wo Menschen sich durch Gewalt und Betrug systematisch Vorteile und Macht auf Kosten anderer verschaffen wollen. Wird das geduldet, breitet sich das Unrecht aus – denn auch der Gutwillige wird in dieses egoistische Treiben um Macht und Vorteile hineingezogen, um selber nicht unter die Räder zu kommen. Mit dieser Gefahr rechtfertigt sich heute der (demokratische) Staat. Er sei notwendig, um die Freiheitsrechte seiner BürgerInnen zu schützen. Im Unterschied zum Anarchismus verteidigt der Staat die Freiheit mit Mitteln, die der Freiheit widersprechen: Mit (Staats-) Gewalt soll Gewaltfreiheit in der Gesellschaft hergestellt, mit Gefängnissen die Freiheit geschützt, mit Zwangsbesteuerung ein solidarischer Ausgleich geschaffen werden. Der Staat stellt sich außerhalb der Freiheitsrechte, die er zu garantieren verspricht. Die Folge: Der Staat selber ist Bedrohung und Gefahr für die Freiheit. Der Gedanke, daß Menschen, die die Freiheit anderer verletzen und mißachten, selber keinen Anspruch mehr auf ihre Freiheitsrechte haben, hat eine überzeugende Logik. Viele AnarchistInnen werden etwa einem Faschisten kaum Freiheitsrechte zuerkennen wollen. Ich bin da allerdings anderer Meinung. Wenn wir anderen Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht aberkennen, dann stellen wir uns über sie – was der Idee des Anarchismus widerspricht. Wir haben das Recht, unsere Freiheitsrechte zu verteidigen und ungerechte Macht anderer zurückzuweisen. Aber das anarchistische Recht legitimiert niemanden, die Freiheitsrechte anderer zu verletzen. Strafjustiz ist unvereinbar mit dem Anarchismus.

Regel meint hier im übrigen etwas anders als Vereinbarung. Denn immer wieder werden sich Gruppen, um handlungsfähigkeit zu sein, auf bestimmte Vorgehensweisen einigen müssen. Diese gelten dann, solange die Gruppe zum die Vereinbarungen betreffenden Punkt agiert – oder bis eine Person zur Überzeugung kommt, dass die Vereinbarung keinen Sinn mehr macht, ihr ein Irrtum zugrunde lag und dieses anspricht.

Ein Zwang, sich zu einigen, kann horizontale Kommunikation blockieren. Es ist daher sinnvoll, Gruppenstrukturen immer so zu organisie-

¹³ www.anarchismus.at/txt2/recht.htm

ren, dass Unterschiedlichkeit in ihnen möglich ist, also z.B. eine Person mit abweichender Meinung auch phasenweise einfach beiseite stehen kann.

Konfliktkultur: Streit ist eine Produktivkraft

Streit als das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Auffassungen oder Interessen bei begrenzten Ressourcen oder auf andere Art hervorgerufener Unfähigkeit, Vielfalt und Unterschiedlichkeit einfach zuzulassen, wird in allen Gesellschaftsformen vorkommen. Es kommt auf die Frage des Umgangs an. Horizontale Konfliktaustragung bedeutet, dass Streit ohne Privilegien geführt wird, d.h. nicht eine oder wenige Streitparteien über bessere Möglichkeiten der Durchsetzung, der Beeinflussung Dritter oder des Zugangs zu Hintergrundinformationen verfügen. Stattdessen sollte Streit aufdecken, auf welche – möglicherweise unterschiedlichen – Informationen sich welche Auffassungen stützen, wer um was fürchtet usw.

Prägend für solchen Streit ist der Verzicht auf eine Entscheidung. Eine Diskussion, bei der am Ende z.B. abgestimmt wird, folgt ganz anderen Gesetzmäßigkeiten als eine, bei der klar ist, dass hinterher alle weiterhin ihre eigene Auffassung behalten und umsetzen können. Erscheint es im Laufe der Debatte ausnahmsweise nicht möglich, diese Offenheit beizubehalten (z.B. weil sich zwei unterschiedliche Lösungswege ausschließen), so fördert die Aussicht, bei Nichteinigung zu lösen, die gleichberechtigte Debatte. Denn es ist in diesem Fall nicht mehr gewinnbringend, Menschen auf seine Seite zu ziehen oder, bei Konsensverfahren, mögliche Vetos durch frühzeitiges Mobben oder Ausgrenzen der vetoverdächtigen Person(en) zu verhindern.

Es gibt für Streitdebatten zwischen Menschen, die sich direkt begegnen (können), bereits einige erprobte Methoden, z.B. die Fish Bowl¹⁴ als Alternative zur eher auf Sieg und Niederlage orientierten Podiumsdiskussion. Es ist bemerkenswert, wie selten solche Hilfsmittel auch in anarchistischen Kreisen angewandt werden. Viel soziale Innovation ist nötig, denn Konflikte führen fast immer zur Reorganisierung herrschaftsförmiger Strukturen oder, falls diese im Hintergrund schon vorhanden sind, zu deren Nutzung. Interessant wird die Entwicklung Streitmethoden in Medien und Internet sein. Schließlich stellen sie einen immer größeren Teil der Debattenkultur dar.

Die Herrschaftsbrille aufgesetzt: Verhältnisse und Beziehungen durchleuchten

Immer und überall gilt: Skeptisch sein. Keine Methode ist so gut, dass sie den aufmerksamen und analytischen Blick auf das Geschehen ersetzt. Wo sind die versteckten Hierarchien? Wo besteht keine Gleichberechtigung in der Ausgangsposition oder im Zugang zu Handlungsmöglichkeiten und Wissen? Wo schleichen sich Rollenzuschreibungen,

¹⁴ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/fishbowl.html

kollektive Identitäten oder Stellvertretung ein? Keine Gruppe, kein Betrieb und keine Kooperation ist davor grundsätzlich gefeit. Es bedarf immer des genauen Hinsehens und der Reflexion des eigenen Handelns – allein und zusammen mit anderen.

Das zu üben, macht auch deshalb Sinn, weil kein Herrschaftssystem so verschleierbar ist, dass es mit einem skeptischen Blick nicht enttarnbar wäre. Wer herrschaftsförmige Verhältnisse und Beziehungen überwinden will, muss sie entdecken. Der geübte Blick hilft daher auf dem Weg der Befreiung.

(Keine) Entscheidungsfindung in der Praxis

Die meisten Entscheidungsprozesse weisen mehrere Probleme auf:

- Sie erzwingen, soweit nicht ohnehin vorhanden, spätestens zum Zeitpunkt der Abstimmung eine klare Grenzziehung zwischen Stimmberechtigten und Stimmlosen, also ein Innen und Außen. Damit schaffen oder stabilisieren sie den „demos“ als Grundmuster von Demokratie und Formung einer Einheit mit Gemeinwillen statt der Vielfalt aus Unterschiedlichen.
- Sie führen oft zum Ende eines Diskussionsprozesses und verhängen einen formalen Status Quo, der eine erhebliche Widerstandskraft gegenüber Weiterentwicklung und Veränderung entwickeln kann. Ein Beschluss hat regelmäßig konservative Wirkung, weil er eine Augenblicksmeinung in eine unbekannte Zukunft ausstrahlen lässt.
- Im Gegensatz zu freien Vereinbarungen, die zwischen Interessierten, Beteiligten und/oder Betroffenen entstehen, deren Verbindlichkeit auf der Einigung und Überzeugungskraft des Abgesprochenen beruht und aus denen neue Ideen entwickelt werden, wenn jemand etwas Neues dazu einfällt, finden Abstimmungen für eine definierte Menge Menschen statt (z.B. ein Verein, eine Nation, eine Gemeinde oder ein Betrieb). Sie gelten damit für das Kollektiv und nicht für die konkreten Menschen, d.h. auch für Personen, die zufällig fehlten oder erst am Tag danach hinzustoßen. Andererseits sind Menschen abstimmungsberechtigt, die sich vielleicht gar nicht für die Fragestellung interessieren und dann gleichgültig abstimmen oder sich von vorgetragenen Meinungen mitreißen lassen.
- Zudem machen Beschlüsse nur Sinn, wenn sie auch formale Bestandskraft haben. Im Zweifel benötigen sie der Durchsetzung, d.h. einer Exekutive bzw., deutlicher ausgedrückt, einer Art Polizei. Wo diese Macht angesiedelt ist, kann sehr unterschiedlich sein, aber

Text von „Schöner leben“ über „Herrschaft ausmachen“ (im Buch „Autonomie&Kooperation“):

www.projektwerkstatt.de/hefte/download/autokoop__bestie.pdf



Kapitel zum Blick durch die Herrschaftsbrille im Projekt „HierarchNIE!“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/brille01.html

formal oder informell ist sie mit dem Fällen kollektiver Entscheidungen verbunden.

- Die Abstimmungsgemeinschaft stellt einen Zwang dar, weil es nichts mehr nützt, sich zu entziehen. Das Ergebnis gilt auch für die Person, die nicht mit abstimmt, wenn sie dem Kollektiv zugerechnet wird.

Gegenmodell ist das Prinzip einer Welt, in der viele Welten Platz haben – heruntergebrochen auch in alle Subräume der Gesellschaft. Ausnahmen bilden die temporären Zweckgemeinschaften, also Runden von Menschen, die für ein bestimmtes Projekt zusammenkommen, dieses durchführen oder sich darüber beraten wollen. Gelingt ihnen eine Einigung, bedarf es keiner inneren Vielfaltsorganisation mehr. Das aber bezieht sich nur auf den jeweiligen Punkt und längstens für die Zeit bis zur Umsetzung des Geplanten. Kommt es im Verlauf der Umsetzung zu Meinungsverschiedenheit, muss wieder neu geprüft werden, ob eine Einigung oder die Organisation von Vielfalt im Gesamten möglich ist. Ansonsten können konkret handelnde Zweckkooperationen auf Zeit gemeinsame Entscheidungen treffen. Voraussetzung ist, dass alle dieses so wollen. Das gilt z.B. für Aktionsgruppen, die sich zu einem bestimmten Zweck versammelt haben und nun über das konkrete Vorgehen für diese eine Aktivität entscheiden. Eine über das konkrete Vorhaben hinausgehende Einheit ist damit nicht begründet. Das anders zu handhaben, wäre gefährlich, da es immer Menschen gibt, die Ängste haben, sich zu äußern und sich deshalb einem Gang der Dinge widerspruchslos unterwerfen.

Für alle dauerhaften Organisationen sowie die Kooperationen zwischen ihnen gilt allerdings, dass eine freie Entfaltung der Persönlichkeiten, die in ihnen wirken oder – im Falle von Kooperationen zwischen Zusammenschlüssen oder Bündnissen – indirekt betroffen bzw. mit gemeint sind, nur gewährleistet werden kann, wenn in den Strukturen Unterschiedlichkeit mindestens zugelassen, besser gefördert wird. Denn die durch soziale Zurichtung, Persönlichkeitsmerkmale und Ausgangsbedingungen noch vorhandenen, nicht gleichen Mitwirkungsfähigkeiten und -möglichkeiten würden sich zu einer Hierarchie entwickeln.

Als Fallbeispiel sei das an politischer Organisation mit und ohne Entscheidungsgremien aufgezeigt. Üblich sind Gremien, die Entscheidungen fällen oder zumindest so vorbereiten, dass das weitere Prozedere der Bestätigung oder Abwandlung mit nachfolgender Bestätigung dient. Klassisch sind Bündnisse und Dachverbände. Erstere bestehen nach ihrer Logik für einen bestimmten Zweck oder nur ein einzelnes Projekt, können also zeitlich befristet sein. Letztere bilden formale Überbauten, deren Zweck sich wie bei einem Verein durch immer neue Geschehnisse und Vorhaben wandelt.

In solchen Strukturen werden Entscheidungen getroffen, die Bündnisse oder Dachverbände zu handelnden Subjekten machen. Sie haben Namen, oft sogar ein Label, SprecherInnen, manchmal sogar Vorsitzende oder gar Präsidenten. Diese reden im Namen des Ganzen – Stellvertre-

tung und Vereinnahmungen kommen als Herrschaftsmomente hinzu. Die Tendenz ist deutlich darauf abgestellt, größtmögliche Geschlossenheit zu erzeugen oder zumindest in der Öffentlichkeit zu suggerieren. Mehrheiten und die Führung eines Bündnisses oder Dachverbandes haben kein Interesse, Ressourcen für abweichende Positionen bereitzustellen. Daher steht die Schaffung von Einheit und nicht von Vielfalt im Mittelpunkt.

Ähnlich ist es in einem System von Basisgruppen (oft Bezugsgruppen genannt) und den koordinierenden (SprecherInnen-)Räten. Zwar ist, wenn diese basisdemokratisch ausgelegt sind, formal keine Beschlussfassung in den Räten möglich. Zum einen ist das aber reine Theorie, denn die informelle Macht der Koordinierenden ist meist hoch genug, um Akzeptanz für vorgeschlagene Lösungen in den Basisbezügen durchzusetzen. Zum anderen bliebe selbst beim besten Willen, informelle Machtausübung von oben zu vermeiden, eine zur Gleichheit formende Kraft prägend. Denn die SprecherInnenräte können nur das Gemeinsame ausloten, während die Vielfalt nur dann wachsen könnte, wenn die Menschen mit abweichenden und ungewöhnlichen Ideen direkt in Kontakt kämen. Das aber verhindert ein Räte-system, in dem es nur die Durchschnitts- oder dominante Meinung in die nächsthöhere Ebene trägt, wo dann ein erneuter Druck zur Angleichung besteht.

Eine Welt, in der viele Welten Platz haben, bedürfte einer Organisationskultur, die bewusst und aktiv Vielfalt schafft. Dafür bedarf es einer Kommunikation, die alle Ideen aufzeigt, damit sich die jeweils daran Interessierten direkt treffen können. Methoden könnten z.B. sein:

- Brainstorming¹⁵ und anschließende Zusammenführung der Personen mit ähnlichen Ideen (ohne die Gleichschaltung durch Auspunkten oder andere Methoden, um mainstream zu bilden und exzentrische Meinungen auszuschalten)
- Open Space¹⁶ als umfassendes Gruppenverfahren, bei dem Menschen auf Wandtafeln ihre Ideen sichtbar machen können und darüber Begegnung und Kooperation frei entsteht.

Was vielen nicht klar ist: Das alles ist nicht so exotisch, wie es klingt. Selbst im deutschsprachigen Raum, dieser von den Organisationsansätzen und Protestformen besonders langweiligen, von Apparaten und Hierarchien gekennzeichneten Region, gibt es funktionierende Modelle – auch im großen Maßstab. Das berühmteste Beispiel ist das Streckenkonzept des Castorprotestes. Es ist aus einem Agreement verschiedener Strömungen entstanden, die jahrelang um die Hegemonie rangen, aber sich nicht besiegen konnten (was durchaus ihr Ziel war). Um den ewigen Kampf z.B. zwischen Militanten und Gewaltfreien zu beenden, entstand die Idee, sich die Kilometer entlang der Straßen- und Schienenstrecke aufzuteilen. Fortan suchten sich alle ein Stück der Strecke, um dort ihre Form von Widerstand zu leben. Es gab hierarchische und dogmatische Organisationen auf den einen Metern, chaotische bis zufällige Aktionszusammenhänge an andern. Insgesamt wuchs aus genau dieser

¹⁵ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/methoden.html#kreativ

¹⁶ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/openspace.html

Entscheidung die besondere Kraft – und nur noch selten kam es zu Hegemonialkämpfen um die besten Standorte (bei denen auffiel, dass die Führungsriege der besonders offensiv mit Etiketten wie „gewaltfrei“, „friedlich“ oder „basisdemokratisch“ auftretenden Großbündnisse die spitzesten Ellbogen ausführen).

Im Castorprotest gibt es – zumindest formal – keine Einheit, keine SprecherInnen des Ganzen, kein übergreifendes Bündnis mit Verbindlichkeitscharakter. Dass dieser Zustand zwar bemerkenswert erfolgreich ist, aber den hegemonialen Gruppen der verschiedenen Strömungen nicht gefällt, war immer wieder zu sehen, wenn es um die Frage der Organisierungskultur weiterer Großaktionen ging. Ob beim G8-Gipfel in Rostock oder anderen Anlässen, immer versuchen die Bewegungseliten, Konzepte von Geschlossenheit und einheitlichen Aktionsabläufen durchzusetzen. Leider mit Erfolg und immer auch unter Beteiligung von anarchistischen Strömungen wie den Gewaltfreien, die ohnehin durch das Umfeld der GWR und der Verden-Wendländischen Bewegungsagenturen stark zentralisiert agieren, aber inzwischen auch weiteren autonom-anarchistischen Strömungen mit deren immer gleichen Köpfen z.B. aus Berlin, Bremen und Wiesbaden.

International boten das Sozialforum von Porte Alegre und der Widerstand 1999 gegen die WTO in Seattle gute Anschauung für die Schlagkraft von Konzepten der Vielfalt, in denen Kooperation die zentrale Steuerung ersetzt. In Großbritannien haben Direct-Action-Gruppen viele Jahre lang solche Aktionsformen verfolgt und damit z.B. in London bemerkenswerte Wirkungen in der Stadt erzeugt.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A¹⁷

Die von unten aufgebaute Organisation führt Personen zu Bündeln zusammen, oft die gleichen Personen zu verschiedenartiger Verbündung. Man organisiert sich unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Zusammengehörigkeit nach Gesinnung, Aufgaben und Örtlichkeit. Die Gesinnungsgenossen, die zu gemeinsamer Tätigkeit Verbundenen, die in Häusern, Straßen, Gemeinden, Städten auf gleichmäßige Bedingungen Angewiesenen, halten bei völliger Selbständigkeit in allen Entschlüssen gute Fühlung zu Bündeln ähnlicher Beschaffenheit. Es findet dauernde gemeinsame Beratung in betrieblichen, beruflichen, weltanschaulichen Dingen statt, der Grundsatz der gegenseitigen Unterstützung ist für alle gemeinschaftlichen Maßnahmen verbindlich, ohne der Selbstverantwortung jeder Persönlichkeit und jeder Gruppe Abbruch zu tun. Es entsteht ein netzartiges Gewebe bis ins Einzelglied selbständiger, einander wechselseitig durchwirkender Arbeits-, Gesinnungs- und Nachbarsbünde, deren Einfluß- und Raumgebiet von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf, von Bezirk zu Bezirk, von Provinz zu Provinz, von Land zu Land, oder auch von Werkstatt zu Werkstatt, von Betrieb zu Betrieb, von Industrie zu Industrie, kurz in jeder wirtschaftlichen und geistigen Beziehung von Mensch zu Volk und Gesellschaft ausgreift und in lebendiger Gemeinschaft alle Beteiligten allen anderen Beteiligten kameradschaftlich zuteilt. Die anarchistische Organisation hat stets so auszusehen, daß sie im Kleinen das Bild der erstrebten freiheitlichen Gesellschaftsorganisation vorführt.

¹⁷ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Anarchie – bitte ohne Label und kollektive Identitäten

Jede kollektive, identitäre Einheit, die nicht mehr die Vielfalt der sich selbst organisierenden Menschen abbildet, sondern einen selbst handlungsfähigen Überbau bildet, stellt eine Art von Beherrschung dar, weil in der Verselbständigung der Metastruktur zumindest eine Vereinnahmung, meist aber auch eine Entmündigung und Stellvertretung der Einzelnen existiert. Freie Menschen in freien Vereinbarungen sind hingegen selbst organisiert ohne fremdbestimmte Label oder Identitäten.

Dennoch finden sich bei heutigen AnarchistInnen (wie in der sonstigen Gesellschaft auch) jede Menge identitärer Gruppen. Als mit Anarchie verbindbar gelten verbandliche Label, identitäre Fahnen und Logos, der Bioregionalismus oder die als natürliche Zusammenlebensform halluzinierten Stämme bis hin zu nationalen Befreiungsbewegungen.

Die Zustimmung verdanken sie auch dem Mangel an klaren und überzeugenden Strategien anarchistischer Organisation. Es ist daher nötig, eine Kultur gleichberechtigter Kommunikation und freier Kooperation zu schaffen, um die Sehnsüchte nach Geborgenheit, die der inneren Leere entspringen, auf emanzipatorische Art zu erfüllen.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 31)

Die voneinander abweichenden Gesellschaftsalternativen oder Perspektiven werden lediglich als Vorschlag verstanden, als eine Möglichkeit neben anderen, wie eine anarchistische Gesellschaft aussehen könnte. Anarchisten wollen eine unbeschränkt »offene« Gesellschaft, Freiraum für verschiedene Lebensformen. Herrschaftslosigkeit bedeutet, daß keine Gesellschaftsform zwangsweise durchgesetzt werden darf, auch keine anarchistische. Anarchie ist demnach als ein Gesellschaftszustand zu verstehen, in dem eine Vielfalt von Lebensweisen, unterschiedlichen Produktions- und (herrschaftsfreien) Eigentumsformen nebeneinander Platz haben, koexistieren und kooperieren können.

Kritik der Kollektivität:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/wirundalle.html



Kritik des Volkes: www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html

Anarchistische Organisation, ob nun im Rahmen der Alltagsorganisation, in Kultur oder politischem Kampf, in Produktion, Kommunikation oder Konfliktaustragung ist folglich der radikale Verzicht auf jede Form zentraler Steuerung und inszenierter Einheit. Basis ist die Autonomie der Teile, also der Menschen und ihrer freien Zusammenschlüsse als AkteurInnen. Das Netz zwischen ihnen strickt sich aus freien Vereinbarungen, Kooperation, Austausch, produktivem Streit usw. Ziel ist ein Rahmen, in dem viele Aktivitäten Platz haben.

Anarchie für Betriebe: Produktion und Verteilung

Betrachten wir einen weiteren wichtigen Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Wo kommen die Brötchen her? So könnte salopp die Frage lauten, mit der die Debatte um die materielle Reproduktion gestellt wird, oft auch mit den Begriffen Ökonomie oder Wirtschaft begrifflich gefasst. Doch das wäre zu ungenau. Denn aus emanzipatorischer Sicht, die ja den Menschen und dem, was ihm nützt, in den Mittelpunkt stellt, sind die heute zentralen Sektoren im Wirtschaftsleben überflüssig, während andere unterdrückt werden, die eigentlich wichtig wären. Denn ökonomische Tätigkeit im Kapitalismus dient der Erzielung und Steigerung von Profit, dem Aufbau wirtschaftlicher Macht und der Akkumulation von Produktionsmitteln. Alles, was Erschaffen wird, dient nur dazu, in Wert gesetzt zu werden, um daraus neue Möglichkeiten zu ziehen, wieder Werte zu schaffen oder Produktionsmittel zu akkumulieren. Die Bedürfnisse oder Ideen der Menschen spielen dabei nur insofern eine Rolle, als deren Befriedigung ein Weg ist, Profite zu erzielen. Würden Firmen mit dem Verkauf von Nahrungsmitteln keinen Gewinn erzielen können, gäbe es unter den herrschenden Bedingungen gar keinen Antrieb, das Verhungern der Massen zu verhindern. In diesem Sinne ist das herrschende Wirtschaftssystem unmenschlich. Wie aber sähe eines aus, das den Menschen dient?

i Gesonderte Abhandlungen in „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/oekonomie.html

Als Kapitel im Buch „Autonomie&Koope-ration“: www.projektwerkstatt.de/hefte/download/autokoop_wirtschaften.pdf

Umfangreiche Vorschläge dazu sind in verschiedenen Debatten rund um freie Produktionsformen (Oekonux, Keimformen, NutzerInnengemeinschaften, freie Software usw.) gemacht worden. Eine Übersicht bot der Reader „Herrschaftsfrei wirtschaften“, der neben anderen Texten auf der Utopie-CD zu finden ist.¹⁸ Insofern bedarf es hier nur einiger sehr konkreter Vorschläge für Betriebe und wirtschaftliche Tätigkeiten, die anarchistischen Ideen folgen sollen.

Selbstverwaltung: Produktionsmittel in freien Vereinbarungen

Ein wichtiger Gesichtspunkt sind die Produktionsmittel, also alles, was zum Herstellen materieller Güter nötig ist: Boden, Maschinen, Gebäude. Von der Systematik her sind auch Pläne, technisches Wissen und Software zur Steuerung von Produktionsabläufen hier einzusortieren, wenngleich sie einfacher zu vervielfältigen sind und daher keiner besonderen Regelung der Verfügbarkeit bedürfen, wenn auf ihnen keine Beschränkungen wie Patente liegen.

¹⁸ Downloadliste online:

www.projektwerkstatt.de/download/download__utopie__texte.html

Maschinen und erst recht Böden sind hingegen nicht beliebig vermehrbar. Es kann daher zu Konkurrenzen führen, wenn verschiedene Menschen Nutzungsansprüche erheben und nicht genügend Produktionsmittel vorhanden sind, dass alle jederzeit darauf zugreifen können.

Sinn, darüber zu diskutieren, wie der Zugriff zu gestalten ist, besteht nur dann, wenn überhaupt die Menschen über die Produktionsmittel verfügen. Es ist also Grundvoraussetzung, dass Böden, Produktionsmaschinen usw. dem Eigentum privater Firmen ebenso entrissen werden wie dem Staat, der nur in abstrusesten Ideen eine Sache der Menschen ist, tatsächlich aber über diesen schwebt und sie mit Mittel der Macht in sich einverleibt. Was nötig ist, ist also keine Verstaatlichung, sondern eine „Vergesellschaftung“ von Produktionsmitteln in dem Sinne, dass es die Menschen sind, die dann in freier Vereinbarung den Umgang mit ihnen regeln.

Zur Zeit liegen die Produktionsmittel fest in der Hand der jeweiligen EigentümerInnen oder menschenunabhängiger Kapitalgesellschaften. Es ist auch weitgehend alles verteilt. Eine anarchistische Produktionsweise würde daher zum Nischendasein bestimmt – es sei denn, die AkteurInnen eignen sich das nötige Wissen und von der bestehenden materiellen Ausstattung, den Produktionsmitteln, Böden und Gebäuden einen ausreichenden Anteil an, der eine andere Produktionsweise auch in größerem Umfang zulässt.

Aus Meretz, Stefan: „Den Kampfhund bändigen“, in: Freitag, 18.6.2004 (S. 5)

Aneignung kann zweierlei bedeuten. Zunächst einfach „Wegnahme“: angefangen vom Mundraub, über Unbezahlt-Zugangverschaffen und die Raubkopie bis zum Haus-besetzen. Die Grenzen von der Subversion zum bloß individuellen Unter-den-Nagel-reißen sind fließend. ...

So verzichten Tauschringe auf die Geldform, tauchen jedoch einfache Arbeitszeit-Äquivalente ohne Ansehen der Qualifikation – geringe Reichweite. Umsonstläden hingegen brechen mit dem Tausch als Vermittlungsform von Herstellen und Verbrauchen – größere Reichweite.

Freie Software als drittes Beispiel schöpft in neuer Weise Neues und verteilt die Güter auf neue Art. Das Alltagsmittel Computer wird vom Konsumgut zum Produktionsmittel. In kollektiver Selbstorganisation werden nützliche Produkte geschaffen – für mich und gleichzeitig für alle. Selbstentfaltung, Vergegenständlichung der individuellen produktiven Kraft, was mir entspricht, ist der Antrieb.

Ein Schritt in die Praxis: Produktion und Versorgung in die Hand der Menschen

In der politischen Debatte dreht sich ein langwieriger Streit um die Frage, wieviel Einfluss der Staat auf die Wirtschaft haben soll. Seit Jahrzehnten stehen sich die vermeintlich sozialistischen Regierungen mit ihrer Neigung, Firmen zu verstaatlichen und möglichst viel des Wirtschaftslebens (meist nicht nur das) zu verregeln, den kapitalistischen Staaten mit ihren vermeintlich freien Märkten gegenüber. Interessant ist, dass die Unterschiede für das praktische Leben der Menschen gar

nicht besonders intensiv sind. Wie rücksichtslos ein Regime gegen die eigene Bevölkerung vorgeht oder wie erfolgreich es andere Länder ausbeuten und dadurch den eigenen Lebensstandard heben kann, hängt weniger vom Anteil verstaatlichter Betriebe ab als von der grundlegenden politischen Ausrichtung und der Wirtschaftsmacht des entsprechenden Staates. Für die einzelnen Menschen, ob nun ArbeiterInnen, Erwerbslose, reproduktiv tätige Haushaltskraft im Hintergrund (in patriarchalen Verhältnisse also ein Großteil der Frauen) oder Auszubildende, besteht der Unterschied nur im abstrakten Wissen, an wen der Mehrwert geht – an meist skrupellose FirmenchefInnen oder ebensolche Staatsregierungen.

Die eigentliche Alternative zu beiden herrschaftsförmigen Modellen ist die Verlagerung ökonomischer Aktivität in BürgerInnenengesellschaften. Damit sind Produktions- oder Versorgungseinrichtungen gemeint, die den Menschen selbst gehören bzw. von diesen gesteuert werden. Darum sollte gerungen werden – durchaus auch auf politisch-parlamentarischer Ebene. Lange Zeit sind die vormals staatlich oder kommunal organisierte Daseinsvorsorge (z.B. Energie- und Wasserversorgung), aber auch Bildung und Wissenschaft immer mehr in die Hand privatwirtschaftlicher Firmen übergeben worden. Die Folgen waren und sind eine immer stärkere Orientierung dieser Sektoren auf Profite. Der aufgrund schlechter Erfahrungen einsetzende Weg zurück ist nicht nur teuer, sondern bietet auch keine emanzipatorische Perspektive. Denn Staat und Gemeinden sind keine freien Zusammenschlüsse der Menschen, sondern abstrakte Machtinstitutionen mit Eigeninteresse. Was nötig ist, sind Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie Gewinnungsanlagen in BürgerInnenhand, selbstorganisierte Schulen, von Staat und Wirtschaft unabhängige Wissenschaft usw. Die Elektrizitätswerke Schönau sind ein brauchbares Beispiel, welche Kräfte und Möglichkeiten das freisetzen kann – obwohl sich die InitiatorInnen dort sicherlich nicht als AnarchistInnen bezeichnen würden, sondern eher als christlich orientierte Wertkonservative. Aber ihnen war der Weg versperrt, mit Konzernen oder dem Staat zu paktieren, denn die kungelten alle mit dem Großkonzern, der unter anderem seinen Atomstrom gewinnbringend verkaufen wollte. So konnten die EWS-GründerInnen nur auf die Macht der Menschen bauen. Sie gewannen und es entstand eine der interessantesten Firmen dieses Landes. Dass sie kaum NachahmerInnen fand, zeigt einerseits das Desinteresse an Umweltverbänden, -parteien und -gruppen an der Machtfrage, andererseits aber auch die Schläfrigkeit anarchistischer Strömungen im deutschsprachigen Raum, solche oder ähnliche Modelle nicht hinauszutragen in eine Welt, die unter der Kontrolle von Markt und Staat steht, aber vielen so nicht gefällt. Es wird Zeit, die Alternative deutlich aufzuzeigen und Experimente zu starten, damit nicht nach dem Scheitern neoliberaler Phantasien nur einfach ein gestärkter Staat zurückkommt. Davon hätten die Menschen nämlich wenig bis nichts.

Schmeißt den Markt aus den Köpfen und Produktionsplänen!

All das – ob nun alternative Betriebe oder Produktion und Versorgung in BürgerInnenhand – nützt allein aber oft wenig, wie die bisherigen Experimente gezeigt haben. Es gibt etliche selbstverwaltete Betriebe, innerhalb derer mehrere Menschen zumindest formal gleichberechtigt sind und sich den Zugriff auf die Produktionsmittel teilen. Das ist zwar noch keine anarchistische Perspektive in dem Sinne, dass alle Interessierten, Beteiligten und Betroffenen sich gleichberechtigt einmischen können, aber es ist immerhin die Ankoppelung des Besitzes an konkrete Menschen. Doch arbeiten die nun für die Bedürfnisse der Menschen?

Leider tun sie das nur in einigen, sehr seltenen Ausnahmen, die eher exotisch wirken zwischen den ganzen selbstverwalteten GbR, GmbHs und Genossenschaften, die alle gnadenlos für den Markt arbeiten. Sie versuchen, über Werbung Nachfrage zu erzeugen, suchen nach den Marktsegmenten mit dem höchsten Profit für ihre Tätigkeit und verlieren die Bedürfnisse der meisten oder aller Menschen völlig aus den Augen. Diese Hinwendung an die Marktlogiken hat ihre Folgen. Sachzwänge entstehen, die Effizienz der Arbeit muss bis zu einer Konkurrenzfähigkeit im Markt gesteigert und deshalb oft auf Schuldenbasis investiert werden. Arbeitszeiten und Output müssen rentabel sein.

Es braucht also auch hier etwas Neues, nämlich die Abkoppelung der Produktion vom Markt, in dem Werbung, Erzeugung von Bedürfnissen oder anderen Quellen der Nachfrage, Konkurrenz und vieles mehr wüten. Produktion und Versorgung sollen ein gutes Leben und die Selbstentfaltung der Menschen ermöglichen. „Wirtschaft soll dem Menschen dienen“ heißt es ja auch pathetisch in Programmen von Parteien, Kirchen und Organisationen. Das aber geht nur, wenn die Menschen auch die Bestimmenden werden. Produktion muss an Wünsche und Bedürfnisse der Menschen gekoppelt werden. Das gelingt weder dem Markt noch in Form abstrakter Fünfjahrespläne, wie es die realsozialistischen Regierungen mal unter dem Banner vermeintlicher Bedürfnisfeststellung der Menschen versucht haben. Sondern es müssen die Menschen selbst sein, für die und durch die produziert wird. Es ist daher auf Dauer nicht befriedigend, wenn Firmen nur in Selbstverwaltung der dort Arbeitenden stehen, sondern sie müssen Kommunikation und Kooperation derer, die in ihnen produzieren, und denen, deren Bedürfnisse dadurch gedeckt werden, darstellen. Hinzu kommen noch die Betroffenen z.B. in der Nachbarschaft von Produktionsstätten.

Interessante Beispiele einer Produktion ohne Markt bilden landwirtschaftliche Höfe,¹⁹ die für einen bestimmten Kreis zu versorgender Menschen die notwendigen Lebensmittel produzieren. Angesichts fortentwickelter Kommunikationsmöglichkeiten muss das nicht bedeuten, nur noch auf ein regional beschränktes Angebot zurückgreifen zu können. Aber es stellt die Produktion, ergänzt um einen regionalen und überregionalen Austausch von Produkten, auf die Bedürfnisse der

¹⁹ <http://solidarische-landwirtschaft.org/>

Menschen ein. Der freie Markt als Kampfzone um Preise, Verteilung und Monopole fällt weg.

Gleicher Zugang statt gerechte Verteilung

Ebenso radikal gilt es die Mechanismen der Verteilung in Frage zu stellen. Der Ruf nach gerechterer Verteilung des Reichtums greift nämlich zu kurz oder geht an den entscheidenden Punkten schlicht ganz vorbei. Denn das Bild fehlender Gerechtigkeit geht vom Irrtum aus, dass Hunger, Armut usw. dadurch entstehen, dass die Reichen und Überernährten nichts abgeben. Das ist falsch. Armut und Hunger entstehen, weil die Besitzenden über mehr Machtpotentiale verfügen (von Geld bis zu Armeen) und daher ständig den Armen noch etwas wegnehmen können, obwohl ohnehin schon alles sehr ungleich verteilt ist. Die Verteilung ist also das Problem. Dort, wo das Potential zur zentral gesteuerten Verteilung besteht, kommt es zur künstlichen Erzeugung von Mangel. Dieser ist wirtschaftlich lukrativ, denn er sichert Absatzmärkte, hohe Preise, wirtschaftliche Macht und damit hohe Profite.

Die Macht zur gesteuerten Verteilung muss also raus aus den wirtschaftlichen Prozessen. Produktions- und Versorgungsmöglichkeiten gehören in die Hand der Menschen, die mit ihnen arbeiten, aber sie nicht besitzen und daher nicht anderen entziehen können. Die Produkte sind nicht Eigentum der Produzierenden, sondern ein gesellschaftlicher Reichtum, der allen offen steht. Die Akkumulation von Produktionsmitteln führt nicht zu besseren Chancen auf Profite, weil das Ergebnis (mehr Produkte) keine Rendite verspricht. Gleichzeitig ist die Akkumulation auch nicht zur Versorgungssicherheit nötig, weil niemand abgetrennt werden kann vom Zugang zu den Gütern. Es ist ausschließlich Sache der freien Vereinbarung, was wie und für wen produziert wird, was aus Gründen der Effizienz immer ein bisschen auf Vorrat hergestellt und dann wie gelagert und nutzbar gemacht wird.

Es gibt sehr wenig Experimente dieser Art. Sie würden auch mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, weil sie Produkte aus eigener Herstellung zwar bedürfnisorientiert und, näher an der Utopie, nicht gegen einen festen Preis als Ware abgeben würden. Sie setzen aber meist viele Betriebsmittel (z.B. Energie) voraus, die als Ware bezogen, also eingekauft werden müssen. Das wird Übergangsmodelle notwendig machen. Allerdings können die Projekte starke Außenwirkung entfalten, wie es Umsonstläden oft schon tun, die von der Verteilung her schon nach dem Prinzip des gleichen Zugangs zum vorhandenen Reichtum funktionieren. Ließe sich diese Idee auch ausdehnen auf Lebensmitteläden, Energieversorgung usw.?

Ökonomische Hierarchien überwinden

Jedes wirtschaftliche Projekt kann und sollte nicht nur Hierarchien und Ungleichberechtigungen im Binnenverhältnis überwinden sowie durch die direkte Verknüpfung von Nachfrage und Angebot die eisigen Gesetze des Marktes ausschalten, sondern auch dazu beitragen, übergreifen-

de wirtschaftliche Herrschaftsverhältnisse anzunagen oder zu durchbrechen. Hierzu gehören die Abkoppelung der meisten Menschen vom Zugang zu Produktionsmitteln, der Zwang zur Verwandlung aller Güter und Fähigkeiten in Waren, die über den Preis zu neuem Wert werden und der Anhäufung von Profiten dienen, und die Zuordnung bestimmter Rollen und Verteilungen zwischen Metropole und Peripherie.

Letzteres kann im Detail aufgebrochen werden, wenn klassisch periphere Tätigkeiten wie Land- und Gartenbau mitsamt der Nahrungsmittelveredlung, Energiegewinnung und anderes in die Metropolen integriert wird, während umgekehrt Kulturstätten, Bildungsorte usw. in periphere Räume gestreut werden. Hier können alternative Projekte und Betriebe zum einen ein kleines Stück der nötigen Veränderung selbst sein und zum anderen diese zum Teil nicht so offensichtlichen Herrschaftsverhältnisse offenlegen und kritisieren.

Anarchie in Aktion: Intervention ins Hier & Jetzt

Wer die Kritik an den herrschenden Verhältnissen oder Entwürfe für herrschaftsfreie Zukünfte in Aktionen und Projekten vermitteln will, muss Wege finden, wie sich diese in eine konkrete Aktivität mit einbauen lässt, oder sogar speziell dafür Aktionsideen entwerfen. Von größerer praktischer Bedeutung dürfte das Erstere sein, denn das gesellschaftliche Engagement von Menschen entzündet sich regelmäßig eher an Detailfragen als an gesamtgesellschaftlichen Utopien. So suchen BürgerInneninitiativen, Verbände und unabhängige Gruppen in der Regel ganz konkrete Aktivitätsfelder, in denen sie ihren Protest entwickeln. Seltener sind eigene Vorschläge, die sich zudem auch meist auf ganz konkrete Punkte beziehen. Das ist völlig legitim, weil direkte Betroffenheit oder ein konkretes Interesse die Menschen motivieren, sich zu engagieren.

Eine Verknüpfung visionärer Ideen mit dem Ein-Punkt-Protest ist aber nicht nur regelmäßig möglich, sondern bei kritischer Analyse der Hintergründe des angegriffenen Missstandes auch nötig. Es ist sogar eine der Gründe für manche Schwäche oder Kurzlebigkeit vieler Initiativen und Protestgruppen, dass sie ihr Vorhaben aus dem Zusammenhang reißen und lösen wollen, ohne die sonstigen politischen Verhältnisse zu ändern. Mitunter kann das auch gelingen – als Zugeständnis der Eliten aus dem Kalkül heraus, den Bogen von Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung nicht so zu überspannen, dass Unzufriedenheit den Protest mehr anheizt als nötig.

Es ist nicht schwer, hinter jedem Missstand auch die politische Gesamtstruktur zu entdecken. Nichts ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen getrennt: Keine Person agiert im leeren Raum und keine politische Entscheidung, keine betriebliche Investition und keine Organisationsform (eigentlich) öffentlicher Belange fällt vom Himmel.

Diesen Zusammenhang zum Teil der eigenen Aktion zu machen, ist danach nicht nur strategisch klug, sondern politisch auch nötig. Sonst

beschränkt sich BürgerInnenprotest immer auf die Korrektur im Detail. Aufgrund der begrenzten Kraft des oft nur ehrenamtlichen Engagements gegenüber einer mit Personal, Geld und materiellen Ressourcen überfrachteten Sphäre aus Staat, Institutionen und Konzernen wandelt sich selbst ein zunächst resolut vorgetragener Protest in eine Politikberatung, die am Ende im Appell an die Mächtigen endet, deren Machtfülle einschließlich Verteilung von Ressourcen und Gestaltungsmitteln aber nicht in Frage stellt. Damit aber bleiben die Entstehungsvoraussetzungen des Problems, d.h. selbst nach einem erfolgreichen Ringen ums Detail können ähnliche Probleme und sogar die gleiche Geschichte wieder entstehen.

Den konkreten Widerstand mit der Vermittlung der zu dem jeweiligen Einzelpunkt passenden Argumente und Vorschläge so umzusetzen, dass auch die Kritik an den Entstehungsvoraussetzungen und erhofften, über das Einzelne hinausgehenden Visionen in ihnen mitschwingt, ist die Kunst emanzipatorischer Aktion – und damit auch der Anspruch an anarchistisches Agieren in der Öffentlichkeit.

Zwei verschiedene, ebenfalls geschickt miteinander verbindbare Formen sollen hier dargestellt werden: Der Widerstand als Angriff auf das Bestehende – gern verbunden mit über die Kritik hinausgehender Formulierung alternativer Möglichkeiten und Vorschläge. Und der Aufbau von Projekten, in denen entweder Folgen sozialer Missstände aufgefangen, kleine Verbesserungen angestrebt oder Keimzellen für etwas größeres Neues gelegt werden. Denkbar ist, beide Ansätze miteinander zu verbinden.

Widerstand

An dieser Stelle kann und soll nicht das breite Spektrum unterschiedlicher Aktionsmethoden vorgestellt werden. Wer nach Ideen oder konkreten Tipps sucht, ist auf www.direct-action.de.vu richtig oder kann den Direct-Action-Reader bestellen. Zum offensiven Umgang mit Repression, Polizei und Gerichten gibt es eine besondere Seite²⁰ und auch einen weiteren Reader.²¹ Es gibt aber einige grundsätzliche Überlegungen, die aus Protest eine emanzipatorische Aktion machen, d.h. eine, in der sich Anspruch und Wirklichkeit wenigstens annähern.

Ein Punkt ist das Vermeiden von Appellen an die Herrschenden oder des Einsatzes bestehender Machtverhältnisse für das eigene Ziel. Denn damit wird genau das legitimiert, im schlimmsten Falle sogar gestärkt, was den Missstand hervorruft. Das sei am Beispiel Umweltzerstörung erläutert. Die rücksichtslose Nutzung von Ressourcen, die Vernichtung von Lebensgrundlagen, das Pflastern immer neuer Industriegebiete, Straßen usw. in die Landschaft und die Entsorgung des anfallenden Mülls vom Papiertaschentuch bis zum strahlenden Ex-Brennstab eines AKWs funktionieren nur über Mechanismen von Herrschaft, zum einen in seiner platten Form bei der Durchsetzung von Interessen in politi-

²⁰ www.projektwerkstatt.de/antirepression

²¹ www.projektwerkstatt.de/materialien/da__antirep.htm

schen Sphären und beim gelegentlich notwendigen Durchprügeln der Vorhaben durch die Polizei, zum anderen aber auch in der Steuerung von Diskursen, Informationsflüssen und Wertungen. Ohne diese Matrix der Macht bedürfte gesellschaftliche Gestaltung immer der freien Vereinbarung mit den Betroffenen und Interessierten. Das aber würde Umweltzerstörung ganz oder weitgehend unmöglich machen, denn Menschen sind nicht von sich aus so dumm, sich ihre eigene Überlebensgarantie, nämlich ein lebensfähiges Nahumfeld, einfach kaputt machen zu lassen.

Wer nun für den Umweltschutz eintritt, dabei aber weder an emanzipatorischen Zielen interessiert ist noch beim Mittel der Umsetzung kritisch reflektiert, kann schnell geneigt sein, für das eigene Anliegen die umsetzungsstärksten und daher scheinbar effizientesten Wege zu gehen. Das aber wären in der heutigen Zeit Polizei, Gerichte, Behörden und Konzerne. Tatsächlich haben Umweltschutzverbände fast immer darauf gesetzt – zunächst auf den starken Staat, ab den 90er Jahren und damit als Mitschwimmende und AntreiberInnen des Neoliberalismus immer mehr auf Konzerne und marktförmige Mechanismen. Für manch Einzelprojekt war das nützlich, aber in der Gesamtheit wurde damit der Umweltschutz zu einem Instrument der Herrschenden. Sie bestimmen heute, was „nachhaltig“ oder „umweltgerecht“ ist. Umweltorganisationen sind überwiegend abhängig von Industrie- und Staatsgeldern. Ein riesiges Protestpotential, ursprünglich eher in einer diffusen Protestszene von BürgerInneninitiativen, Aktionsgruppen und Netzwerken mit kaum einheitlicher politischer Ausrichtung (einschließlich auch starken rechten Strömungen) ist heute die Sache von Staat, Wirtschaft und bürokratischen, abhängigen Umwelt-NGOs. Die Sphäre der Macht ist also um ein Tätigkeitsfeld erweitert worden, während die Menschen mal wieder das Nachsehen haben (was die meisten, lethargisch als MitläuferInnen und Rädchen im System sozialisiert, nicht stört).

Um dieser Falle zu entgehen, mit dem Protest für das scheinbar Gute das Falsche zu stärken, braucht es direkte Aktionen. Damit ist gemeint, dass nicht der Appell an die Mächtigen, sondern die eigene Handlung die Veränderung schafft – entweder ganz konkret (ein ausgerupftes Genfeld ist einfach weg, ein demontierter Abschiebeknast ebenso ... alles schon vorgekommen!) oder über einen öffentlichen Druck, der dann zwar doch zu einer Umsetzung der Forderung über die Sphären der Macht führt, aber diese eben nicht selbst anruft und dadurch auch nicht legitimiert und stärkt.

Desweiteren bedarf es einer klaren Position gegen die Strukturen der Macht. Sie mindestens zu benennen und im Rahmen der Aktivitäten als Ursache bzw. Problem zu demaskieren, wäre der mindeste Anspruch an emanzipatorischen Protest. Er würde sich zum Widerstand wandeln, wenn die Herrschaftsverhältnisse und -beziehungen, die den Hintergrund von Missständen darstellen, nicht nur benannt, sondern auch angegriffen werden.

- Der Kampf gegen die Atomkraft kann mit dem Widerstand gegen die eine solche Nutzung überhaupt ermöglichenden Konzerne,

ihren Verflechtungen, den Gesetzen, der Vergabe von Fördergeldern und vielem mehr verbunden werden.

- Wer gegen die Diskriminierung nach Geschlecht agiert, kann das mit Aktionen gegen die Strukturen verbinden, die das Problem geschaffen oder seit Jahrzehnten bis Jahrhunderten aufrechterhalten haben: Lehrpläne, Gesetze, Kinderspielzeug, Werbeplakate usw.
- Hausbesetzungen sind ein Ausdruck der Eigeninitiative. Sie mit dem Appell ausgerechnet an die Stadtregierungen zu verbinden, die den Verlust von Lebensqualität in den Städten verantworten, wäre – und ist! – absurd. Besser wäre eine Demaskierung politischer Verhältnisse und die Forderung, viel mehr Flächen und Gebäude einer Selbstorganisation der NutzerInnen und Interessierten zu überlassen.
- Ministerien, Lebensmittelbehörden und andere, die seit Jahren die Agro-Gentechnik sowie den Umbau zur industrialisierten Landwirtschaft fördern und durchwinken, sind die falschen AdressatInnen für den Ruf nach gentechnikfreiem und selbstbestimmtem Wirtschaften auf Äckern und Wiesen. Vielmehr muss ihre Rolle, müssen Verflechtungen und Interessen offengelegt sowie die Dezentralisierung der Macht oder, weitergehend, die Verlagerung hin zu einer selbstverwalteten Sache der Menschen selbst gefordert werden.²²

Eine wichtige Unterscheidung: Ziviler Ungehorsam und „Direct-Action“

Viele Aktionen, die immerhin nicht auch noch blind an der Grenze der Legalität hängenbleiben (ohne Sinn und Zweck von Gesetzen zu hinterfragen, die überwiegend reinen Machtinteressen folgen), werden mit dem Label des zivilen Ungehorsams versehen. Das geschieht auch in anarchistischen Kreisen, vor allem in den gewaltfreien Zusammenhängen, wo der zivile Ungehorsam die Leitidee von Aktion darstellt. Bei näherer Betrachtung aber ist ziviler Ungehorsam eben gerade nicht direkt, sondern auch nur ein Appell an die Herrschenden – wenn auch in einer provokant zugespitzten und mitunter die Regeln der angerufenen Machteliten verletzenden Weise.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 31 f.)

Zwischen der direkten Aktion und einem verwandten Konzept, dem des »zivilen Ungehorsams« sollte unbedingt unterschieden werden. Unter dem Letzteren ist meiner Ansicht nach jede Art kollektiver Verweigerung gegenüber dem Gesetz zu verstehen, wobei dies entweder aus moralischen Motiven geschieht oder um Druck auf die Regierenden auszuüben, damit sie schließlich auf Forderungen eingehen. So schreibt Henry D. Thoreau: »Wenn die Alternative darin besteht, entweder alle Gerechten einzukerkern oder Krieg und Sklaverei abzuschaffen, wird der Staat bei der Wahl nicht zögern.«

²² Text zur emanzipatorischen Gentechnikkritik:
www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm

Demnach ist ziviler Ungehorsam im Grunde eine konfrontative Form des Dialogs zwischen Bürgern, die sich nicht unterordnen, und dem Staat. Dieser Dialog stellt die grundlegende Legitimität des Staates nicht infrage (denn es wird vom Staat erwartet, dass er auf die Forderungen der Ungehorsamen reagiert und beispielsweise ein ungerechtes Gesetz ändern wird). Oft geht der zivile Ungehorsam mit einer Rhetorik der Aufrufe an die Gesellschaft einher, sie möge sich doch ihren eigenen Idealen gemäß verhalten. Auf diese Weise wird der Status quo der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Institutionen eher bestätigt als herausgefordert.

Zudem wird der zivile Ungehorsam²³ regelmäßig mit dogmatischen Beschränkungen in den Aktionsformen verbunden, vor allem mit dem Verzicht auf jede Form von Gewalt. Auch das ist ein Verlust emanzipatorischer Orientierung, denn jedes Weniger an Entscheidungskompetenz der konkret Handelnden ist ein Mehr an externer Steuerung. Sie geschieht durch eine höherrangige Selbstverpflichtung, deren konkrete Ausgestaltung in der Regel aber auch noch privilegierte Personen schafft – nämlich die, die dann definieren, was Gewalt ist.

So ähnlich „Direct Action“ in der Praxis unabhängiger AktivistInnen wirkt (siehe z.B. im gleichnamigen Reader²⁴ oder unter www.direct-action.de.vu), so hat es doch eine grundlegend andere Herangehensweise. Hier gibt es keine allgemeingültige Aktionsmoral. Immer stehen die handelnden Menschen im Mittelpunkt und ihre, auf eine reflektierte Abwägung folgende Entscheidung. Jegliche Bevormundung durch vorher festgelegte Regeln entfällt. Stattdessen geht es um die Aneignung von Handlungsmöglichkeiten – technischen, kommunikativen und vielen weiteren. Dadurch sollen die AktivistInnen in die Lage versetzt werden, in einer konkreten Situation aus möglichst vielen Optionen auszuwählen und ihre Ziele umzusetzen.

Damit ist „Direct Action“ die Kampfform emanzipatorischer Politik. Denn Emanzipation ist die Idee, gesellschaftliche Verhältnisse aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen und ihrer freien Zusammenkünfte zu betrachten, zu analysieren und so zu verändern, dass sich die einzelnen Menschen – wohlgemerkt: alle! – möglichst frei und weit entfalten können. Es wäre absurd, wenn als erster Schritt hin zu diesem Ziel wieder nur Regeln und Dogmen gelten würden, wie es bei konventionellen Versammlungen oder Beteiligungsverfahren nach Recht und Ordnung üblich ist, aber auch im zivilen Ungehorsam.

Ein weiterer Unterschied ist der gewollte Verzicht, ausgerechnet solche Strukturen, die eine unerwünschte Lage heraufbeschwören oder zu sichern helfen, durch einen Appell, endlich zu handeln, auch noch zu legitimieren. Abschreckendstes Beispiel war der Slogan des Protestkonzerns Greenpeace beim Klimagipfel in Kopenhagen: „Politiker reden, Führer handeln“. Wie kann noch deutlicher der Wille dokumentiert werden, ein autoritäres System zu wollen – wenn auch mit anderen Teilzielen. Um Genversuchsfelder zu verhindern, kann mensch – am einfachsten per vorgekauter Mail von Campact an Ilse Aigner oder Angela Merkel appellieren. Sinn macht das voraussichtlich wenig ange-

23 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/haupt.html#zu

sichts dessen, dass die sich längst entschieden haben, die Anwendung der Technik zu wollen. Oder mensch geht hin, besetzt den Acker, reißt die Pflanzen heraus, blockiert die Fabrik- oder Ministeriumstore, sabotiert die Propagandaveranstaltungen oder enthüllt die Verflechtungen und Geldflüsse. „Protest ist, wenn ich sage Das und Das passt mir nicht. Widerstand ist wenn ich dafür Sorge, dass Das und Das nicht mehr passiert.“ (Ulrike Meinhof)

Direct Action basiert auf präziser Herrschaftsanalyse und will mit den Aktionen dazu beitragen, das Herrschaftsförmige aus den gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen zu jagen. Ob institutionelle Formen der Machtausübung, ökonomische Zwänge oder diskursive Beherrschung – alles kann Ziel von Direct Action sein. Zu ihr passt also eine ständige Skepsis gegenüber subtilen Formen der Beeinflussung und Fremdsteuerung, sie will nicht nur Institutionen angreifen, sondern auch Denkmuster, Kommunikationsverhältnisse und die ungeschriebenen Normen der Welt. Die Aktion wirkt über die Köpfe, die sie wahrnehmen. „Nicht die Taten bewegen die Menschen, sondern die Worte über die Taten“, sagte schon Aristoteles.

Direct Action ist eine Form gelebter Freiheit: Die AkteurInnen entscheiden selbst über das, was sie tun. Sie müssen auf keine Verbandslabel, staatlichen Zuschüsse, Vorstände oder AuftraggeberInnen Rücksicht nehmen. Ihre Selbstbestimmung steigt mit ihrem Reflexionsvermögen, d.h. mit der Fähigkeit, auch tatsächlich eigene Überzeugungen in einer Aktion zu verwirklichen statt nur plumpen Parolen, der Demagogie der führenden Bewegungsköpfe oder scheinbaren Sachzwängen zu folgen. Sie wächst ebenso mit dem Knowhow der Beteiligten.

Bei alledem ist Direct Action nicht alles. Sie versteht sich als gleichberechtigter Teil zu anderen kreativ-emanzipatorischen Handlungsstrategien wie Gegenöffentlichkeit, Freiräume und Aneignung und versucht, Erstarrungen in den Aktionsformen und -strategien zu überwinden, z.B. die Wirkungslosigkeit vieler vereinheitlichender Aktionsformen (Latschdemo, Lichterkette ...). Verachtet wird der Hegemonialkampf zwischen Labeln und KarrieristInnen oder aufgrund verschiedener Aktions- und Ausdrucksformen.

Ziele von Aktionen

Aktion kann verschiedene Zwecke verfolgen und diese auch kombinieren. Davon abhängig werden ebenso die Methoden sein wie die Frage, welche Inhalte in den Vordergrund gestellt und welche noch benannt werden. An dieser Stelle sollen nicht alle möglichen Zwecke aufgeführt werden, dazu sei auf den Direct-Action-Reader und die Internetseite www.direct-action.de.vu verwiesen. Vielmehr geht es in der folgenden Aufzählung speziell um die Frage, welche emanzipatorischen, d.h. herrschaftskritischen, utopischen oder befreienden Inhalte sich an Aktionen knüpfen lassen.

- **Aufklärung: Herrschaft demaskieren**
Aktionen können das Herrschaftsförmige in den bestehenden Verhältnissen und Beziehungen – allgemein oder in einer ganz konkreten Situation – aufzeigen. Dazu bieten sich alle Formen der Gegenöffentlichkeit und der Subversion an. Letztere bedeutet, das Geschehen so zu demaskieren, dass der Vorgang der Demaskierung nicht in den Vordergrund rückt oder ganz unkenntlich bleibt. Stattdessen offenbart sich der Herrschaftsgehalt, wenn er gezwungen wird, sich zu zeigen; indem scheinbar die Privilegierten selbst ihn öffentlich machen; indem er bizarr und überzogen zutage tritt (z.B. über ein verstecktes Theater der Überidentifikation).
- **Stören, blockieren, sabotieren – Sand ins Getriebe der Macht**
Eine weitere Möglichkeit ist, das Räderwerk der Macht schlicht zu blockieren. Eine Überwachungskamera, die kaputt ist, überwacht auch nicht mehr. Das ist ein einfaches Beispiel und bedarf nur einer einfachen Sabotageaktion. Doch die Störung des Allgemeinbetriebes erfordert oft komplizierteres Handeln, in dem Sabotage nur eine von vielen Optionen ist. So kann eine große Versammlung durch eine komplexe Vernetzung von Sabotage und Blockade verhindert werden (wie 1999 in Seattle), oder auch durch eine schlau fingierte, offiziell aussehende Absage. Wie immer in einem emanzipatorischen Verständnis der Aneignung von Handlungsfähigkeit heißt es: Entdecke die Möglichkeiten ... Dazu gehört wieder die Subversion, also die Ressourcen und Mittel hierarchischer, ökonomischer und sonstiger Macht gegen sich selbst zu wenden oder für emanzipatorische Politiken nutzbar zu machen. Ein sexistisches Werbeplakat kann durch geschickte Veränderung zur Fläche für Protest und Aufklärung werden, Internetseiten und die Dauerberieselung über Bildschirme in U-Bahnen können gehackt und für neue Botschaften genutzt, Aufstandsbekämpfungspolizei selbst in ein Mittel der Störung verwandelt werden.
- **Ringens um Diskurse und Deutungen**
Komplizierter, aber ebenso wichtig wie der Angriff auf die sichtbaren Strukturen der Macht ist die Auseinandersetzung mit den Normen, Wertungen und allen Diskursen,²⁵ die sich in den Köpfen der Vielen in der Gesellschaft halten und von dort verbreitet werden. Eine Möglichkeit der Einmischung ist das Wirken in den Diskursen selbst, also das Teilnehmen an dessen Gestaltung und Inhalten.
Der Mittel sind viele:
 - Medienarbeit, d.h. das Nutzen der vorhandenen Medien über Beiträge in ihnen, Einladen von PressevertreterInnen zu Veranstaltungen und Aktionen usw.
 - Gegenöffentlichkeit mit eigenen Zeitungen, Internetseiten, Beiträgen auf freien Radiosendern und offenen Kanälen oder auch das Kapern der offiziellen Medien durch Piratenfunk, an den Verteilpunkten von Tageszeitungen eingeschobener Beilagen, Plagiate usw.

²⁵ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/diskurs.html

- Kommunikationsguerilla: Meist wirken Verlautbarungen von offiziellen oder bekannten Stellen mehr. Informationsschreiben auf dem Briefkopf von Behörden, Firmen oder als Aufruf durch bekannte Persönlichkeiten können zudem ein zweites Mal wirken, wenn bekannt wird, dass sie eine Fälschung (Fake)²⁶ waren. Unangenehme Botschaften, bisher Geheimgehaltenes und vieles mehr lässt sich so effektiv in die Öffentlichkeit tragen. Auch verstecktes Theater mit den Insignien der Macht (z.B. in weißem Laborkittel oder Polizeuniform) verbreitet eine bemerkenswerte Wirkung – der „Hauptmann von Köpenick“ ist eine gute Vorlage und durchaus realistisch, was die Wirkung autoritärer Codes betrifft.
- Szenische Darstellung: Doch nicht nur subversive Inszenierung, überhaupt ist Theater eine gute Vermittlungsform. Möglich ist das als offen sichtbares Theater²⁷ auf der Straße oder, oft besser, an solchen Orten, die Kommunikation besonders ermöglichen wie öffentlicher Personennahverkehr, Bahnhofshallen, Kaufhäuser, Restaurants und mehr. Eine schöne Variante stellt aber auch das versteckte Theater dar, bei dem die spielende Gruppe nicht erkennbar wird, sondern – im sonstigen Geschehen verteilt und mit passenden Rollen – etwas Vorüberlegtes oder spontan in die Abläufe Hineinwirkendes darstellt.
- Adbusting²⁸ ist eine Wortschöpfung, die das gezielte Verändern von Werbebotschaften bedeutet, also der großen Plakatwände, von Laufschriften, den Einlagen in Plakatständern usw. Zudem können kahle Betonflächen, Firmenfronten und mehr zu Wandzeitungen oder mit aussagekräftigen Graffities und anderem verschönert werden.
- Hinzu kommt die direkte Intervention im Alltag, also das ständige Reagieren auf die Erscheinungsformen von Unterdrückung und Diskriminierung. Wieder können alle benannten Aktionsformen Anwendung finden. Das bereits aufgeführte Aktionsbesteck (siehe oben), das so oder teilweise ständig mitgeführt werden kann, bietet deutlich verbesserte Handlungsmöglichkeiten für jeden Menschen,²⁹ auf Übergriffe, Anmachen, Kontrollen und Schikanen ebenso zu reagieren wie auf den alltäglichen Terror von Werbung, Reglementierung und mehr.

Was für alle Formen der Organisation gilt, ist bei politischen Aktionen besonders wichtig: Sie sind nicht nur Intervention, sondern auch Übungsfeld für eine andere Kultur des Lebens. Zentral gesteuerte Latschdemos oder die modernen Instantaktionen der hochprofessionellen Bewegungsagenturen erfüllen dieses nicht. In ihnen kommen mehrere Aspekte zum Ausdruck, die der Idee von Selbstbestimmung, freier Kooperation und horizontaler Kommunikation widersprechen. Das gilt von Seiten der MacherInnen solcher Aktionen, die Menschen

26 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/fake.html

27 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/tipps__theater.html

28 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/adbusting.html

29 www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/werkzeug.html

als Setzfiguren großer Inszenierungen sehen und ständig nach Spenden und Mitgliedern schielen – teilweise in einem seltsamen Gegensatz zu ihrer basisdemokratischen Propaganda oder der Selbstdarstellung als Netzwerk. Genau davon kann aber bei den vorgekauften Aktionen keinerlei Rede sein. Das gilt genauso für die, die nur mitmachen und sich per Geldüberweisung in einen Status von TheaterbesucherInnen versetzen. Das wird nicht besser, wenn – wie durchaus beliebt – viele selbst verpeilt sind und auch gern andere für sich denken lassen, sich nicht selbst organisieren, aber hinterher nöhlen, dass die Hirten der herdenförmigen Aktion nicht korrekt waren. BewegungsführerInnen wie Jochen Stay, Christoph Kleine und andere sind nicht allein das Problem, sondern auch die Vielen, die längst die vorgekaute Aktion brauchen.

Immer und überall handlungsfähig sein: Knowhow, Aufmerksamkeit und passendes Werkzeug

Emanzipatorisch ist es, möglichst oft auf möglichst viele Weisen auf eine Situation reagieren oder etwas selbst anzetteln zu können. Wenn Menschen ihre Handlungsmöglichkeiten erweitern, ist das also ein Akt der Befreiung. Das hat mehrere Säulen:

- Wahrnehmung schulen

Ich kann verändern, was ich sehe. Und voranbringen, weiterentwickeln bzw. initiieren, wo ich die Chancen dafür überhaupt entdecke. Der aktive Blick in die Umgebung ist Voraussetzung, handlungsfähiger zu werden. Das bedarf der Übung. Die heutige dominante Sozialisierung macht Menschen zu Nicht-Zuständigen für das Geschehen in ihrem Umfeld, ja meist sogar selbst in Bezug auf ihre eigenen Belange. Wo liegen Materialien für meine Vorhaben? Wo geschehen Übergriffe, die ich verhindern kann? Was steht da draußen herum und blockiert emanzipatorische Prozesse? Diese und viele weitere Fragen kann sich jedeR immer stellen. Es ist beeindruckend, was auf jeden hundert Metern eines zurückgelegten Weges, in jedem neuen Raum, den wir betreten, und in jeder sozialen Struktur, in der wir uns bewegen, an Veränderungspotential vorhanden ist. Es lohnt sich, zu üben, das alltäglich zu erkennen.³⁰

- Handlungskompetenz aneignen

Nehme ich Chancen und Notwendigkeiten des Handelns wahr, ist schon viel gewonnen. Die Handlungsmöglichkeiten steigen weiter, wenn ich auch weiß, wie was zu erreichen ist. Dazu gehört handwerkliches Knowhow, technisches Wissen, Empathie und/oder Rhetorik, Verkleidungsmöglichkeit, künstlerische Begabung und das Wissen, wo Wissen gewonnen werden kann (Bibliotheken, Internet, andere Menschen mit passender Erfahrung usw.). Niemand hat das alles, aber Kopf und Körper bieten viel Platz, um

³⁰ Wahrnehmung von Herrschaftsförmigkeiten in Verhältnissen und Beziehungen:
www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/brille01.html

seine eigenen Handlungsmöglichkeiten immer weiter auszudehnen. Das ist praktizierte Emanzipation, denn die Fälle, in denen ich ohnmächtig nur zuschauen kann, werden weniger. Wenn noch eine neue Vernetzung mit möglichen KooperationspartnerInnen hinzu kommt, die wieder andere Fähigkeiten haben, erweitert sich der Horizont noch mehr.

- **Werkzeug bereithalten und Unterstützung organisieren**
Es ist typisch menschlich, die eigene Schaffenskraft durch Werkzeuge und durch Kooperation mit anderen zu verstärken. Da dadurch die eigenen Möglichkeiten erweitert werden, ist das auch emanzipatorisch – solange es von den Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen selbst ausgeht. Das gilt auch für Aktionen. Um nicht ständig immer wieder bei Null anzufangen, erhöht es die Handlungsfähigkeit, Werkzeug und Ressourcen bereitzuhalten – aus emanzipatorischer Sicht selbstverständlich in gleichberechtigtem Zugriff aller, d.h. nicht in verschlossenen Verbandskellern oder privaten Schränken, sondern in offenen Aktionsplattformen,³¹ wie sie z.B. Projektwerkstätten³² darstellen. Ebenso erweitern sich Handlungsmöglichkeiten durch Netzwerke gegenseitiger Unterstützung. Dadurch wächst das Gesamtwissen, wie Lösungen aussehen können. Zudem wird manches erst möglich, wenn mehrere Menschen es zusammen anpacken – sei es platterweise, weil etwas zu Bewegendes für eine Person zu schwer ist, oder weil eine Aktion aus verschiedenen Teilen besteht, z.B. ein Theaterstück.

Wer viele Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten erkennt, dann Ideen und Wissen hat, wie gehandelt werden kann und, falls erforderlich, auf die nötigen Hilfsmittel zurückgreifen kann, kann aus einer größeren Menge von Alternativen das der Situation Angemessene und selbst Gewollte auswählen.

Gleichgültiges Desinteresse am Geschehen, das Verharren in Unwissen oder Verzicht bzw. Vernichtung von Ressourcen (Werkzeug, Materialien, Räume usw.) schaffen umgekehrt ebenso Handlungsbeschränkungen wie selbstauferlegte Dogmen. Provokativ ausgedrückt: Emanzipation bedeutet, einen Molotov-Cocktail (Brandsatz einfacher Bauart) in einer konkreten Situation nicht zu werfen, weil es unangemessen oder aus anderen Gründen gerade nicht als beste Aktionsform erscheint – also weil mensch es nicht will, und nicht weil mensch es nicht kann. Umgekehrt: Sollte es dann doch einmal als günstige Handlungsmethode erscheinen, ist es gut, diese auch zu beherrschen, sonst entstehen schnell unerwünschte Nebeneffekte oder der Haupteffekt klappt nicht. Die üblicherweise peinlichen militanten Aktionen im deutschsprachigen Raum zeigen meist wenig Hirn hinter Stein-, Flaschen- oder Brandsatzwürfen.

³¹ www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/plattform01.html

³² www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/prowe.html

Im politischen Tageskampf: Immer die Machtfrage stellen

Aus anarchistischer Sicht wäre vorteilhaft, jede Aktion so zu organisieren, dass sie neben dem konkreten Thema, um das es geht, auch darüber hinausgehend die hinter einem Missstand stehenden Machtverhältnisse sowie – als Krönung – visionäre Ideen einer anderen Welt bzw. gesellschaftlichen Gestaltung vermittelt.

Das gilt auch da, wo der Meinungskampf – aus taktischen Gründen oder als Folge einer zunächst außerparlamentarischen Initiative – in der Sphäre von Ämtern, Regierungen und Parlamenten ausgetragen wird. Denn hier ist die Gefahr besonders groß, im Sumpf der Anpassung den Mechanismen herrschaftsförmiger Umsetzungsstrategien zu verfallen und am Ende selbst auf ein Erreichen der Detailziele durch administrative Maßnahmen, also den Weg „von oben“ zu verfallen. Das fühlt sich im Einzelfall sogar gut an, wenn z.B. ein konkretes Projekt oder eine Forderung, um die monate- oder jahrelang gerungen wurde, endlich ganz oder wenigstens teilweise verwirklicht werden kann. Doch solcher Erfolg im Detail kann schweren Schaden im Gesamten nach sich ziehen, oder zumindest Chancen vernichten, die bestanden, wenn damit Herrschaft legitimiert wird. Das sei am Beispiel der Energiewende erläutert.

Der Wandel von fossil befeuerten Groß- und vor allem Atomkraftwerken zu erneuerbaren Energiequellen beruht auf einem gesellschaftlichen Meinungswandel, der stark durch Proteste und Aktionen hervorgerufen wurde. Prägend war die Anti-Atom-Bewegung, die nicht nur an konkreten Baustellen neuer Kraftwerke und bei Transporten von Atommüll erhebliche Aufmerksamkeit erzielte, sondern immer wieder und mit der Zeit zunehmend für regenerative Energien stritt. Was sie aber dabei fast immer vergaßen, war die Frage der Macht. Zwar waren in Anti-Atom-Zusammenhängen Slogans wie „Herrschende Klasse stilllegen“ oder „Herrschaft abschalten“ immer präsent, doch bei der Umsetzung alternativer Projekte wurden die AkteurInnen brav und opportunistisch, d.h. sie suchten für ihr Vorhaben den einfachsten Weg. Der bestand regelmäßig in der Nutzung des angebotenen Instrumentarium von Normen und Kapital.

Ausnahmen bildeten nur drei Fälle, in denen aber das Besondere, nämlich Emanzipatorische an der Umsetzungsform selten oder gar nicht benannt wurde, weil es nie das ursprüngliche Ziel war.

- Die Anfänge, in denen eine neue Idee noch nicht wirtschaftlich ist und auch nicht als Potential erkannt wird. Das war vor allem bei den ersten Windkraftanlagen so, die Ende der 80er oder Anfang der 90er Jahre im Binnenland errichtet wurden. Da die heutigen Investoren noch fehlten, taten sich BürgerInnen zusammen, gründeten kleine Vereine und betrieben mit dem zusammengelegten Geld eine bis wenige Anlagen in ihrer Region, oft in der gleichen Gemarkung, wo die Quasi-BesitzerInnen der Anlage wohnten. Diese Projekte fristen heute nur noch ein Schattendasein in der durchkommerzialisierten Energiewendepolitik.

- Zentrales Steuerungsmittel der Energieversorgung sind die Produktionsmittel, hier die Energiegewinnungsanlagen und das Verteilnetz, im Strombereich also die Leitungen und Kabel. Im Schwarzwaldstädtchen Schönau wollten BürgerInnen dieses den mit Atomstrom handelnden Großanbietern entreißen. Da sie aber unter den Herrschenden keine UnterstützerInnen fanden, versuchten sie, ihre Idee durch einen BürgerInnenentscheid durchzusetzen – und gewannen. Die Koalition mit den vor Ort lebenden Menschen war nicht einem emanzipatorischen Grundverständnis, sondern dem Mangel an Alternativen geschuldet. Doch aus der Not wurde eine Tugend: Dass die Elektrizitätswerke Schönau³³ heute das Vorzeigebispiel konsequenter Energiewende verbunden mit der Dezentralisierung von Macht sind, zeigt die Wichtigkeit, diese Fragen miteinander zu verbinden und sich nicht in die Systeme von Herrschaft integrieren zu lassen.
- Der dritte Fall bürgerInnennahen Baus von Energieanlagen beruht auf dem Streben nach PR. Es betrifft daher nur Ausnahmen, allerdings regelmäßig sehr auffällige Fälle. So werden vielfach Solaranlagen auf Dächern von Kindergärten, Schulen, Kirchen oder Rathäusern als Gemeinschaftsprojekt vieler dort lebender Menschen organisiert.

In allen diesen Beispielen zeigt sich, dass nicht der Wille, emanzipatorische Ziele zu verwirklichen, sondern die jeweilige politische Lage oder andere Motive im Vordergrund standen, aber als Nebenwirkung auch die Mitbestimmung der Menschen stieg. Tatsächlich ist die Energiewende aber eine verspielte Chance, endlich einmal die Wucht des eigenen Protestes zu nutzen, um nicht nur das konkrete Detail, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Angesichts dessen, dass z.B. die gewaltfreien Strömungen selbst ernannter AnarchistInnen bei diesem Verzicht auf emanzipatorische Politik mitspielten und ohne Zögern die kapitalistisch ausgerichtete Geldanlage in bürgerInnenfernen Energieanlagen oder den Wechsel auf profitorientiert arbeitende Ökostromanbieter propagierten, besteht der Verdacht, dass emanzipatorisches Denken hier höchstens eine PR-Masche, aber keine praktisch werdende Überzeugung ist.

Das Ergebnis der Orientierung auf Marktmechanismen, Konzerne und Profit ist fatal und beweist: Der Kapitalismus macht aus jeder noch so guten Idee etwas Menschen- und Umweltfeindliches. Regenwald wird für Palmplantagen umgenietet, Solarwüsten dehnen sich in der Landschaft aus, Windräder werden verbrauchsfern errichtet, Maisplantagen füttern Biogasanlagen – und alles gilt als „öko“.³⁴

Dabei wäre die Verbindung von Herrschaftsabbau und Befreiung mit praktischer Politik eine besonders gute Möglichkeit, emanzipatorische Veränderung nicht im luftleeren Raum zu fordern und durchzusetzen, sondern sich ohnehin vollziehende Wandlungen innerhalb des dadurch zunächst nicht gefährdeten kapitalistischen und rechtsstaat-

³³ www.ews-schoenau.de

³⁴ www.projektwerkstatt.de/aes/energie.html

lichen Normalbetriebes zu nutzen, die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Menschen zu erhöhen. Die Macht muss aus den Parlamenten, Behörden und Konzernen herausgezogen werden hin zu den Menschen und von ihnen gebildeten und geprägten Kooperationen.

Genau das Gleiche gilt für alle anderen Bereiche der – wie heißt es so schön – öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sind weder im Würgegriff von Konzernen (Privatisierung) noch in der Hand abgehobener Regierungen bzw. ihren Verknüpfungen (Public-Private-Partnership) sinnvoll, sondern – als Etappe zu einer Gesellschaft fern von Eigentumslogik und Privilegien – in Produktions- und Versorgungseinheiten, die von den BürgerInnen selbst organisiert und verwaltet werden. Gleiches gilt für den Kultur- und Bildungsbereich und an vielen anderen Stellen.

Aus „Einige Notizen zu aufständischem Anarchismus“

Wir haben kein Rezept für eine ideale Gesellschaft oder liefern das Bild einer Utopie für den allgemeinen Konsum. Die meisten AnarchistInnen der Geschichte, ausgenommen derer, die glaubten, daß die Gesellschaft sich zu dem Punkt hinentwickeln würde an dem sie den Staat zurücklässt, waren aufständische AnarchistInnen. Einfach gesagt bedeutet dies, daß der Staat nicht einfach dahinschwinden wird. Vielmehr müssen wir AnarchistInnen angreifen, denn warten ist eine Niederlage; was wir brauchen ist eine offene Meuterei und das Verbreiten von Subversion unter den Ausgebeuteten und Ausgeschlossenen. Anarchismus ist deshalb hauptsächlich eine Praxis und konzentriert sich auf die Organisation des Angriffs.

Gesellschaftliche Großkonflikte und ein zielgerichtetes Mitmischen

Es gibt viele Missstände und Probleme in dieser Welt, die selten oder nie ans Tageslicht kommen. Dazu gehören viele alltägliche Konflikte, Diskriminierungen und Unterdrückungen, oft verbunden mit Gewalt, die im Dunkel der Familien, Arbeitsplätze oder anderen mehr oder weniger geschlossenen Gesellschaften ablaufen.

Ebenso zählen viele Arten wirtschaftlicher Kriminalität dazu, vor allem wo sie sich nicht gegen potente Konkurrenten, sondern gegen Schwächere oder Menschen in fernen Ländern richten. Selten oder nie geahndet wird die regelmäßige und oft heftige Kriminalität von Trägerhoheitlicher Befugnisse. Beleidigungen und Körperverletzungen, Beweismittelfälschung und -vernichtung, Freiheitsberaubung und Rechtsbeugung sind in Polizeiwachen und Justizgebäuden Alltag – ohne jegliche Sanktion.

Diesen Mauern des Verschweigens stehen andere Bereiche gegenüber, die zu gesellschaftlich hochbrisanten Themen heranreifen und immer wieder große Auseinandersetzungen provozieren. Dazu gehören Kon-

Text zu Commons, Versorgungsnetzen in BürgerInnenhand und Ressourcenzugriff für alle in „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/commons.html



www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

flikte um Risikotechnologien, allen voran die Atomenergie und die Agro-Gentechnik. Kriege provozieren Protest, das Wirken der Armeen in sogenannten Friedenszeiten hingegen kaum. Mitunter lösen lokale und regionale Themen Aufregung aus – wie im Verlaufe des Jahres 2010 recht plötzlich der Konflikt um Stuttgart 21.

Solche Auseinandersetzungen sind wichtig, können aber zu mehr genutzt werden als dem Ringen um das konkrete Einzelthema. Das liegt sogar nahe, denn bei Großvorhaben, die größere Proteste hervorrufen können, sind die dahinterstehenden Machtstrukturen deutlich erkennbar. Hier bestände die Chance, politischen Widerstand auch zu einer Kritik an herrschaftsförmigen Verhältnissen und zu einem offensiven Werben für herrschaftsfreie Utopien zu nutzen. Zur Zeit geschieht das selten oder unvollständig. So wurde im Konflikt um Stuttgart 21 zwar thematisiert, dass hinter dem Projekt – wie sollte es anders sein – Firmen- und Regierungsinteressen stehen. Doch eine Systemkritik war kaum zu hören, sonst hätten nicht grüne Oberfunktionäre (alle männlich, daher ohne -Innen) das Ruder z.B. im Rahmen der Schlichtung so leicht in die Hand nehmen können. Als der geschickte Fadenzieher Heiner Geißler dann auch noch eine der Regierungsmeinung ähnliche Lösung als „Schlichtung“ verkaufte, trat der Grünen-Landeschef vor die Kameras und verkündete das als großen Erfolg. Sein Ziel war sichtbar, Wahlkampf zu betreiben. Wer Herrschaftsverhältnisse analysiert und visionär denkt, hätte klar haben müssen, dass über die Logik von Staat und Regieren gesellschaftliche Bedingungen nicht grundsätzlich zu ändern sind, weil zum Ziel, sich in solchen Sphären zu betätigen, nie passt, die eigene Machtfülle an andere zu verteilen. Das aber wäre das Ziel emanzipatorischer Umgestaltung: Die Macht rauszuziehen aus Regierungen, Parlamenten und Institutionen, aus Märkten und Kapitalbesitz, von allen Stellen, wo Privilegien eine Hierarchie zwischen Menschen, ihren Zusammenschlüssen oder z.B. Metropolen und Peripherie bilden. Es geht nicht um das Hin- und Herschieben der Macht zwischen den Zentren der Macht, wie es die meisten NGOs und Parteien fordern, sondern um deren Schwächung zugunsten des Gewinns an Gestaltungsmacht bei den Menschen und ihren freien Vereinbarungen. Weder Liberalisierung (als Abbau staatlicher Dominanz zugunsten der Privatwirtschaft) noch Verstaatlichung oder Reregulierung (als umgekehrter Trend) erhöhen die Handlungsmöglichkeiten der Menschen. Beide sind damit keine Emanzipation – und damit nicht mit der Idee von Anarchie verbindbar.

Fast alle gesellschaftlichen Konflikte, mitunter sogar ganze Aufstände (wie zuletzt in vielen Staaten der arabischen Welt) mündeten schnell in den Ruf nach einer anderen Regierungsmannschaft. Bei allen internen Konkurrenzen waren sich die Privilegierten der Welt an dieser Stelle auch immer einig. Nie hat jemand lauthals gefordert, dass mensch es bei der Absetzung der Regierung doch belassen soll und die Angelegenheiten gesellschaftlicher Organisation ohne formalen Überbau zu einer Sache der Menschen selbst zu machen. So, wie sich die Aufständischen perfekt über die Nutzung direkter und technisch unterstützter Kommunikation zu ihren Protesten verabreden konnten, können sie

auch die gesellschaftliche Steuerung ohne einheitliches Zentrum gestalten. Doch auf diese Idee kam niemand – oder die wenigen Hoffnungen dieser Art gingen in einem internen und von außen gesteuerten Trommelfeuer zur Bildung neuer Regierungen und deren Anerkennung durch andere Staaten unter.

Keimzellen und Projekte

Die Propaganda der Tat vollzieht sich nicht nur in direkten Aktionen, sondern auch in Projekten und Experimenten, in denen neue Formen der Alltagsgestaltung, Kommunikation und Kooperation entwickelt und gelebt werden. Sie wirken nach außen und tragen soziale, ökonomische oder politische Impulse und Ideen in die Gesellschaft. Ihnen kommt dabei eine mindestens vierfache Funktion zu:

- Das Ausprobieren in der Praxis ist eine wesentliche Quelle der Überprüfung eigener Ideen und Entwürfe. Lebendige Theorie-diskussion und anschauliche Praxis der Intervention in die Gesellschaft leben stark von den Erfahrungen, Reflexionen und kreativen Ideen, die aus dem Ausprobieren und begleitendem Nachdenken entstehen.
- Jedes Projekt, in dem Ideen umgesetzt werden, für die auch im gesellschaftlichen Meinungskampf gestritten wird, kann selbst eine politische Strahlkraft haben oder zumindest die öffentliche Debatte unterstützen. So stärkt z.B. die Möglichkeit eines Verweises auf Umsonstläden die Aussagekraft eines Straßentheaterstücks oder versteckter Inszenierungen in Läden zur Kritik an ständiger Inwertsetzung aller Dinge durch Preise und Profitzwang.
- Weitergehend können praktische Versuche Ausgangspunkt von mehr sein, sich also ausdehnen und Kooperationen schaffen. Sie bieten so das Potential, zu Keimzellen des Neuen zu werden. Das bedeutet eine kulturelle Prägung gesellschaftlicher Abläufe, d.h. das Projekt bleibt nicht Nische, sondern verbreitet sich als Idee. Als Beispiel wird hier sehr oft die Entwicklung freier Software benannt, obwohl das ein bisschen hinkt, weil die Idee von Beginn an existierte – eher sogar länger als die proprietäre, also käufliche und quellengeschützte Software. Dennoch stimmt, dass die Idee erst später als politische Position begriffen und auf andere gesellschaftliche Felder übertragen wurde. Sie trat dann, nach jahrelanger Dominanz von Kauf-Software, einen beeindruckenden Siegeszug im Computerbereich an, der z.B. im Bereich der Internetbrowser dazu führte, dass dort alle relevanten Programme zumindest kostenlos erhältlich sind (was allerdings auch die Neigung zur Finanzierung über Werbung förderte). Aus anarchistischer Per-

Abschnitt zu Projekten und Experimenten im Praxiskapitel von „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/praxis.html#experimente



spektive ist der Keimzellencharakter dann interessant, wenn die Ausbreitung einer Idee die Stärkung von Mit- und Selbstbestimmung nach sich zieht.

- Schließlich können Projekte und Experimente für die daran Beteiligten einen Beitrag zur eigenen Unabhängigkeit bieten – nämlich dann, wenn sie materielle Ressourcen schaffen oder sichern, die für Alltag oder gesellschaftliches Engagement eine Basis bieten. Das ist eine wichtige Frage, denn viel politisches Engagement und Kraft zu gesellschaftlicher Veränderung geht verloren, weil viele Menschen zwar eigentlich die Notwendigkeit für Veränderungen in der Welt begreifen und auch gerne selbst so agieren wollen, aber letztlich doch zur Normalität neigen. Ihnen fehlten Mut, ausreichender Wille oder die Möglichkeit eines Überlebens ohne kapitalistische Verwertung ihrer Arbeitskraft oder der von ihnen geschaffenen materiellen bzw. geistigen Werte. So beschreiten sie dann doch die vorgegebenen Wege. Gäbe es mehr Projekte einschließlich einer fördernden Vernetzung und Kooperation zwischen ihnen, in denen Menschen unabhängiger leben, würde auch die Kraft zur gesellschaftlichen Veränderung wachsen. Anarchismus muss diese Perspektiven schaffen.

Je mehr herrschaftsfrei oder wenigstens herrschaftsarm organisierte Projekte es gibt, je mehr sie mit ihren Außenbeziehungen in die Gesellschaft strahlen und je besser Vernetzung und Kooperation zwischen den Projekten bestehen, desto eher ist es möglich, dass viele Menschen in ihnen eine Sicherung ihrer Existenz finden und damit angstfreier, mit mehr Risikobereitschaft und Kraft, vor allem aber dauerhafter in Aktionen und Projekten wirken können.

Anarchistische Projekte müssen kein Nischendasein fristen. Es gibt etliche Belege dafür, dass sie sogar wirksamer agieren können als die schwerfälligen Apparate von Umwelt-NGOs oder die zwar flexiblen, aber ihre Kraft wesentlich auf Spendenjagd und das Verbreiten des eigenen Labels fokussierenden Bewegungsagenturen.

Das ist gut bei Aktionen, z.B. dem Protest gegen Naziaufmärsche, Castor-Transporte oder Genfelder zu sehen, wo kleine, selbstorganisierte Aktionsgruppen einen großen Teil der Wirkung erzeugen, weil sie in der Lage sind, unberechenbare und dadurch wirksame, überraschende Aktionen durchzuführen. Im Bereich der Agrogentechnik-Kritik gab es sogar noch eine weitere Besonderheit, dass Apparate, Umweltverbände und Grüne seit Jahren die sowohl inhaltlich als auch von möglichen Aktionsformen her anspruchsvollen Versuchsfelder komplett ignorierten. Ihre Büros sind auf die Metropolen beschränkt, ihre Öffentlichkeitsarbeit richtet sich gegen symbolstarke „Feinde“ (z.B. die Firma Monsanto und die Genmaissorte MON810, auch als diese schon lange als kommerzieller Anbau verboten war) und blieb immer verbunden mit dem Bemühen um Spenden. Die deutschen Versuchsanlagen waren hochgesicherte Bereiche mit meist mehreren Feldern, die als Forschung verschleiert wurden. Unabhängige Aktionsgruppen mit emanzipatorischer Ausrichtung in Organisation und Argumentation agierten seit 2007 genau an diesen Schwerpunkten und lagen sowohl von

der Aktionsfähigkeit als auch im inhaltlichen Niveau deutlich über den Presseverlautbarungen aus grünen oder NGO-Büros. Dabei taten die ihnen näher stehenden Medien viel, um den platten Protest gegen Monsanto zu fördern und die unabhängigen Aktionsgruppen unsichtbar zu halten oder sogar zu diffamieren.

Ähnliches gilt für einzelne lokale oder regionale Projekte. Wenn emanzipatorische Ideen mit strategischer Organisation, Gegenöffentlichkeit, radikalen, aber niveaувollen Inhalten verbunden wurden, konnten sie sich trotz Ignoranz in bürgerlichen Medien, Gegenwehr der klassischen NGOs und Parteien Gehör verschaffen – vor allem mit direkten Aktionen aller Art. Beispiele sind einige besetzte Häuser in der Schweiz oder in den Niederlanden, oder die Projektwerkstätten der 90er Jahre, von denen bis heute, also über 20 Jahre, die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen³⁵ nicht nur unabhängig überlebte, sondern als intensiver regionaler und überregionaler Akteur wirksam blieb.

Fragend voran: Skeptizismus und permanente Kritik

Ob eigene Projekte, gesellschaftliche Intervention oder die Debatte um Utopien, keine Idee oder Erkenntnis darf starr bleiben. Denn Stillstand wäre eine Folge entweder von fehlender Reflexion über den noch bestehenden Gehalt an Herrschaft in den jeweils entstandenen Verhältnissen und Beziehungen oder von formalen, inneren oder äußeren Zwängen, die eine Weiterentwicklung blockieren. Emanzipation aber bedeutet ein permanentes Voran bei Befreiung und Ausdehnung der Handlungsmöglichkeiten.

- Der Gehalt an Herrschaft und Ungleichheit in allen sozialen Beziehungen erscheint, zumindest gemessen an unseren heutigen Fähigkeiten, Herrschaft überhaupt zu entlarven, geschweige denn zu überwinden, unendlich. Jedem Fortschritt wohnen Entdeckungen inne, welche weiteren Momente von Hierarchie, diskursiver Steuerung, Vereinnahmung oder anderen Herrschaftsformen es gibt, die bislang unerkannt blieben. Insofern löst schon das immer genauere Hinsehen eine ständige Lawine neuer Handlungsfelder aus. Das ist keine Überforderung, sondern kann zusätzlich motivierend sein, weil es ein sich selbst verstärkender Prozess ist, dass Befreiung neue und mehr Optionen weiterer Befreiung aufzeigt. Letztlich ist das genau die Umkehrung bisheriger Prozesse, die Menschen zu Rädchen im System machen bei abnehmender Fähigkeit, das noch zu bemerken.
- Die Fähigkeiten, die eigenen Lebensbedingungen zu verändern und damit die Handlungsmöglichkeiten – allein oder durch Kooperation mit anderen – zu erweitern, sind endlos ausdehnbar. Der Mensch wird, solange er kreativ tätig ist und nicht vollständig zum reinen willigen Vollstrecker in einem erstarrten bis rückwärts gewandten System degradiert wurde, immer nach Mitteln suchen,

³⁵ www.projektwerkstatt.de/saasen

empfundene Schranken der eigenen Möglichkeiten zu überwinden. In einer herrschaftsfreien Utopie wird dieser Prozess angetrieben vom Willen, das eigene Überleben zu sichern, von der Lust auf ein besseres Leben, dem Willen zu einem effizienteren Prozess der Herstellung neuer Verhältnisse und Möglichkeiten sowie von der Selbstentfaltung der eigenen Ideen, Neigungen und Fähigkeiten. Der Kapitalismus zieht viele dieser Kräfte für eine profitorientierte Produktivität einschließlich Erfindungen ab, der Moloch Staat und die vielen Hierarchien in den gesellschaftlichen Subräumen schlucken ebenfalls große Teile menschlicher Energie für die Aufrechterhaltung ihrer Systeme. Dennoch verbleibt vielen Menschen Gestaltungskraft und -wille, die sich in Produktivität, Erfindungsgeist und Aufruhr gegen die Hemmnisse niederschlagen.

Beide Prozesse, also sowohl die ständige Neuentdeckung bislang unbekannter Herrschaftsförmigkeiten in Beziehungen und Verhältnissen als auch die Entwicklung neuer Handlungsmöglichkeiten, sind endlos. Um diesen Prozess in Gang zu halten, bedarf es der ständigen kritischen Betrachtung des Bestehenden einschließlich des jeweils neu Erreichten. Gewünscht ist ein permanenter skeptischer Blick auf die Geschehnisse, selbst- und fremdverursachte. Emanzipation bedeutet das offensive Hinterfragen, das Demaskieren von Situationen und der freie Weg von Informationen in die Öffentlichkeit.

Aufklärung ist dabei zu wenig, wenn sie nur auf der sachlichen Ebene bleibt, aber Interessen, Deutungen und Privilegien ausblendet. Notwendig sind verschiedene Blickwinkel, die Politisierung aller Abläufe und immer die emanzipatorische Perspektive, also die Frage, was eine Situation für die konkreten Menschen bedeutet und wo weitere Schritte ihrer Befreiung und Ausdehnung ihrer Handlungsmöglichkeiten bestehen.

Kapitel „Fragend voran“ im Text von „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/fragendvoran.html

Voraussetzung ist unter anderem Transparenz, d.h. der Zugang zu allen Informationen für alle Menschen statt Datensammelwut und -monopole bei Behörden. Wichtig werden organisierte Hilfsmittel für gemeinsame Reflexion, Diskussion und Streit sein. Denn Betriebsblindheit tritt bei allen Menschen ein, die sich in konkrete Aktivitäten und Themen stürzen. Sie betrachten die Welt aus einer sich verfestigenden Perspektive, aus der sie nur durch die soziale Interaktion herausgerissen werden können.

Hinterfragen, skeptische Analyse und Organisierung von Kritik und Streit können und sollten sofort beginnen, aber nie enden. Gelebte Anarchie heißt immer auch, das Hinterfragen und den produktiven Streit anzuzünden, zu organisieren und einfach zu machen. Sich im Bestehenden einzurichten oder Widersprüche zu verschleiern, kann das Ende des Voranschreitens und damit der emanzipatorischen Veränderung bedeuten. Die emanzipatorische Fragestellung der ständigen Skepsis ist der Gehalt an Herrschaft in jeweiligen Verhältnissen und Be-

ziehungen. Ziel ist, sie zu überwinden oder, als Zwischenschritt, ihnen den hegemonialen Charakter zu nehmen. Die Macht muss herausgezogen werden aus den Apparaten, Konzernen, Parlamenten und allen anderen Orten der Fremdbestimmung. Sie gehört zu den Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen.

Anarchie für Träume und TräumerInnen: Theorie- entwicklung und Utopiedebatte

Anarchie wird immer wieder als Träumerei oder schlicht „utopisch“ abgetan. „Ja, das ist ja schön und gut, aber es klappt mit diesen Menschen halt nicht“ – so oder ähnlich lauten die Reaktionen auf emanzipatorische Ideen und Forderungen nach einer Welt ohne Herrschaft. Doch das Argument gegen eine herrschaftsfreie Welt ist deshalb stumpf, weil ja das „Klappen“ (Funktionieren) einer Gesellschaftsformation“ offensichtlich sonst auch kein Kriterium ist. Sonst müssten der real existierende Kapitalismus und die dahinterstehende Rechtsstaatslogik längst verjagt worden sein. Denn ein System, das trotz Nahrungsmittelüberproduktion Milliarden in Hunger und Elend leben lässt, das mit riesigen Ressourcen und Umweltzerstörungen Waffen und Kontrollmittel herstellt, um Menschen einzuschüchtern, zu zwingen oder zu töten und das mit all seinen autoritären Mitteln selbst der Hauptgewalttäter in dieser Welt ist und zusätzlich noch Gewalttätigkeit zwischen Menschen massiv fördert, „klappt“ nicht.

Der Verweis auf die bestehenden Verhältnisse ist nützlich, denn als Argument für gesellschaftliche Veränderungen reicht, dass sich die Lage verbessert. Wer auf einen perfekten Entwurf für die Utopie wartet, bevor das bestehende Desaster endlich hinweggefegt oder Schritt für Schritt demontiert wird, zeigt eine beachtliche Gleichgültigkeit von realem Leid. Insofern löst sich auch hier der Widerspruch zwischen Reform und Revolution: Jede Befreiung, jede Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten ist es wert, darum zu ringen.

Die Bedeutung von Utopien

Einen Wert hat jede Utopie aber auch als solche. Und zwar aus vielen Gründen.

- Die Utopie steuert Richtung, Diskussionspunkt und Maßstab für den Entwurf konkreter Handlungen, auch der Teilschritte (Reformen, konkrete Projekte usw.), und deren Reflexion. Wenn Befreiung, Ausdehnung von Handlungsmöglichkeiten, Selbstentfaltung und gleichberechtigter Zugang zu allen Ressourcen als Ziel klar ist, müssen auch die Schritte – egal ob als Reform oder Revolution bezeichnet, klein oder groß – etwas von diesem Ziel verwirklichen oder zumindest nicht von ihm weg führen. Darin heiligt kein Zweck die Mittel, während die gewählten Aktionsmethoden der Abwägung im Einzelfall unterliegen.

- Die Utopie schafft Motivation für das Ringen um Weiterentwicklung und ein besseres Leben. Weniger das Elend, sondern vielmehr die konkrete Hoffnung auf ein besseres Leben sind der Antrieb, den Alltag und die Welt zu verändern, um sie am Ende, hoffentlich, auf den Kopf zu stellen. Utopische Forderungen wirken wie ein Magnet, ohne je erreichbar zu sein.
- Die angestrebte Herrschaftsfreiheit bleibt immer eine Illusion und notwendigerweise nur ein Entwurf aus dem Wissensstand im Hier & Jetzt. Denn Emanzipation ist ein Prozess – und zwar ein endloser. Jede Befreiung erweitert auch die Fähigkeit, weitere herrschaftsförmige Verhältnisse und Beziehungen zu entdecken. Jede neue Handlungsoption schafft Bedingungen, weitere zu entwickeln. So entsteht ein endloser Prozess.

Es ist deshalb wichtig, um Utopien zu ringen, Debatten anzuzetteln und öffentliche Ausdrucksformen zu finden. Für einen vorwärtstreibenden Anarchismus ist es wichtig, endlich weiterzukommen als die ewige Wiederholung der auf formale Institutionen beschränkten Phantasie revolutionären Verbalradikalismus. Mutiger müssen Lieblingskinder der Nation wie Demokratie und Recht demaskiert werden statt sie in der eigenen Praxis zu verteidigen oder anzuwenden. Die historischen Quellen anarchistischer Theorie sind auf das zu begrenzen, was sie können: Anregungen, mitunter wertvolle, aus einem Blickwinkel, der lange zurückliegt. Die Leerstellen, die sich mit einer solchen Bedeutungsbegrenzung auftun, müssen durch aktuelle und intensive, gerne auch konfliktträchtige Debatten gefüllt werden. Anarchie zu leben, heißt auch, eine brodelnde Küche der gesellschaftlichen Analyse und kreativen Zukunftsentwürfe aufrecht zu erhalten. Davon ist in den aktuellen anarchistischen Zusammenhängen zumindest im deutschsprachigen Raum nichts zu spüren.

Eine Fragestellung, die vor dem Hintergrund erwünschter Utopien und analysierter Gegenwart zu diskutieren ist, ist die nach dem Verhältnis von Ziel und eingesetzten Mitteln. Dabei besteht, wie am Beispiel der Gewaltfrage bereits gezeigt wurde, kein unmittelbar bindender Zusammenhang. Wer emanzipatorische Veränderung will, sollte keine Methoden anwenden, die die Herrschaftsverhältnisse verstärken oder die Chancen einer Befreiung verringern. Das ist aber etwas anderes als die Selbstbeschränkung, nichts anwenden zu wollen, was es auch in der Utopie nicht mehr geben soll. Eine kritische Analyse kann zwischen Dogma und strategischer Umsetzung emanzipatorischer Ideen unterscheiden, d.h. es ist unser Kopf, die Abwägung und der Austausch mit anderen, aus denen die Aktionsmittel gewählt werden – nicht die Selbstverpflichtungserklärung aus irgendeinem Verbandsbüro oder Slogans, hinter denen Verhaltensnormierungen stecken, die Menschen wieder nur einschränken, statt handlungsfähiger und damit „freier“ zu machen.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 62 f.)

Die Entsprechung von Vision und Praxis wird unter Anarchisten nicht nur als eine Frage von Grundwerten und Prioritäten angesehen,

sondern auch als Voraussetzung, um revolutionäre Ziele zu erreichen. Damit setzen sich Anarchistinnen und Anarchisten eindeutig von autoritären leninistischen Formen des Sozialismus bzw. von den Parteien dieser Art ab. ...

»Alle menschliche Erfahrung lehrt, dass Methoden und Mittel nicht vom angestrebten Ziel getrennt gesehen werden können. Die angewandten Mittel werden durch persönliche Gewohnheit oder gesellschaftliche Praxis Teil des letztendlichen Zwecks; sie beeinflussen ihn, verändern ihn, und schließlich werden Mittel und Zweck eins ... die ethischen Werte, die die Revolution für die neue Gesellschaft durchsetzen soll, müssen mit den revolutionären Aktivitäten der sogenannten Übergangsperiode bereits initiiert werden. Dies kann als echte und zuverlässige Brücke zu einem besseren Leben nur dann gelten, wenn sie aus demselben Material gebaut ist wie das Leben, das über sie erreicht werden soll.«

Was Hoffnung macht: Blicke über die Grenzen

Damit ist diese Textsammlung über anarchistische Theorie und Praxis im deutschsprachigen Raum zuende. Es gibt keine Gründe, sich die Sache schön zu reden. Die Schwächen in allen Bereichen sind ebenso offensichtlich wie das Interesse, dass bei vielen an Hierarchien, Steuerung oder Positionen besteht – und zwar sowohl denen, die in den Apparaten die Ressourcen akkumulieren (Spenden, Wissen, Kontakte und Materialien) und Aktionen steuern, als auch bei denen, die gerne als MitläuferInnen und SpenderInnen ihr durch weitgehendes Versagen im eigenen Alltag und Leben lädiertes Gewissen beruhigen.

Haben emanzipatorische und damit auch anarchistische Ideen überhaupt eine Chance? Ja – und das zeigt sogar der hinsichtlich emanzipatorischer Politikideen und -praxis schwächliche deutschsprachige Raum. Es klappt sogar gerade dann besser, wenn Menschen mit anarchistischen Ideen, intensiv und offensiv auftreten. Es kommt dabei nicht darauf an, die eigenen Label in den Mittelpunkt zu stellen, um dann, wie es die FAU 1999 in Köln machte, im Nachhinein zu feiern, auf einer Großdemo die meisten Fahnen gezeigt zu haben. Das ist peinlicher „Schwanzvergleich“ und mit keiner anarchistischen Idee verbindbar. Wahrscheinlich ist es eher sogar schlau, neben den Labels auch auf das Wort Anarchie zu verzichten, handelt es sich doch um einen mit allerhand seltsamen Assoziationen aufgeladenen Begriff, quasi einen Container an Deutungen. Stattdessen kommt es auf tatsächliche Umgestaltung und die konkrete Benennung der anderen Formen der gesellschaftlichen Gestaltung an. Beides kann überall beginnen.

- Brechen wir konkrete Stücke aus dem Alltag heraus und organisieren sie neu!
- Organisieren wir Ressourcen und den Zugang zu ihnen neu!
- Starten wir Projekte der Gegenkultur, um die Sozialisierung auf Hierarchien und eigenes Rädchenasein im System zu knacken.
- Zeigen wir die Stärke horizontaler Organisation auf, wo sie schon besteht: Das Streckenkonzept im Castor-Widerstand ist ein schönes Beispiel, aber es ist kaum Menschen klar, dass der Erfolg dieser

Widerstandskonzeption genau darin liegt, dass hier weder eine zentralistische noch eine demokratische Kontrolle stattfinden. Es sind die Abwesenheit von gemeinsamer Entscheidung und kreative Kommunikationswege, die eine Welt schaffen, in der viele Welten Platz haben. Fordern wir, dass das auch für andere Organisationen gelten soll: Platzhirsche, KontrolleurInnen politischer Bewegung und ewiger SucherInnen nach WählerInnen, SpenderInnen und Mitglieder – bitte abtreten!

Der Blick über die Grenzen kann dabei Mut machen, aber auch Gefahrenpunkte zeigen. Es gibt eine Menge Projekte, Debatten und Aufstände in dieser Welt, die explizit anarchistische Ideen beinhalten oder Forderungen erheben, die zum Inhalt emanzipatorischer Umgestaltung gehören, deren radikalste Form ja die Anarchie ist. Beeindruckend ist vor allem die Zahl kleiner Projekte mit Selbstorganisation, sei es der Austausch von Gütern auf lokaler Ebene, die Besetzung von Land zur kooperativen Erzeugung von Lebensmitteln oder kleine Produktionsgenossenschaften. Zudem gibt es größere Projekte und Aufstände, die auch durch überregionale Medien oder via Internet verbreitet wurden. Besonders heraus stachen dabei die zunächst als „Antiglobalisierung“ bezeichneten Proteste, bekannt geworden seit Seattle 1999, wo anarchistische Gruppen eine große Rolle spielten und vor allem die Aktionsorganisation stark von der Idee einer horizontalen Vernetzung in einer Aktion, in der viele Aktionen Platz hatten, geprägt war. Schon einige Jahre vorher begann der Aufstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko), die Slogans wie „Fragend schreiten wir voran“ oder für eine „Welt, in der viele Welten Platz haben“ prägten.

Neben solchen interessanten Beispielen wachsen in der Vielfalt von Gruppen auch seltsame Orientierungen heran oder extreme Fokussierungen auf Einzelthemen, die dann der Ableitung aller weiteren Theorien oder Forderungen dienen. Mitunter verschmelzen anarchistische Attitüden mit herrschaftsförmigen Gebilden, z.B. in Form des Nationalanarchismus oder des Anarchokapitalismus. In beiden Fällen werden krasse Gegensätze, d.h. extreme Herrschaftsgebilde, mit Ideen des Anarchismus zusammengebracht. Einer skeptischen Analyse halten solche Gedankengebäude allerdings regelmäßig nicht stand. Meist leiden sie daran, dass sie nicht die Menschen, sondern identitäre Kollektive wie Nationen, Völker oder Firmen zum Gegenstand der Befreiung machen wollen. Davor haben die Menschen nichts. Eher schaden sie, weil solche Konstrukte regelmäßig mit massiven Unterdrückungserscheinungen im Inneren verbunden sind. Ein ähnliches Problem trägt der Anarchoprimitivismus in sich, der den Menschen abspricht, via Aneignung neuer Fähigkeiten die eigenen Handlungsmöglichkeiten auszudehnen.

Die Größe scheint hingegen, gefördert durch grenzenüberschreitende Kommunikation per Telefon und Internet, keiner Kooperation mehr grundsätzlich im Wege zu stehen. So sind auch globale Bündnisse mit Verzicht auf zentrale Apparate nicht ausgeschlossen. In einem Netzwerk selbstorganisierter Aktionsgruppen wurde in den globalisierungskritischen Protesten versucht, die Ansprüche an eine selbstorga-

nisierte Widerständigkeit in einigen Leitgedanken zu verfassen. Auch wenn immer wieder an der einen oder anderen Formulierung Kritik entstand, sind sie doch ein beachtliches Ergebnis eines gemeinsamen Diskussionsprozesses und einer Kooperation von Aktionsgruppen, die etliche Jahre unter dem Begriff „People’s Global Action“ (PGA)³⁶ lief.

Aus den PGA-Hallmarks³⁷

1. *Eine Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus, sowie aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.*
2. *Eine Ablehnung aller Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung, einschließlich (aber nicht ausschließlich) Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir erkennen die vollständige Würde aller Menschen an.*
3. *Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind;*
4. *Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.*
5. *Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist. Die PGA stellt ein Koordinationswerkzeug dar, keine Organisation. Sie hat keine Mitglieder und ist nicht juristisch repräsentiert. Keine Organisation oder Person kann die PGA repräsentieren.*

Ein wenig aber zeigt PGA durch sein geräuschloses Verschwinden von der Bühne wichtiger AkteurInnen die Probleme, die das Ringen um emanzipatorische Veränderungen und den Anarchismus offensichtlich weltweit hat: Er kann Begeisterung erzielen, unmittelbar überzeugen, auch interessante Impulse setzen, aber es fehlt die Fähigkeit, sich als kontinuierlicher Prozess zu stabilisieren. Entweder folgt ein Ausbluten, der Wechsel der Beteiligten in die eigene Privatheit, in die erstarrten Organisationen, die gesellschaftliche Normierungen auch im Inneren spiegeln, oder das Mitmischen an den Hebeln der Macht.

Es ist eines der großen Dilemmata des Anarchismus, immer wieder nur eine Art Durchlauferhitzer für (meist junge) Menschen zu sein, die dann – mitunter mit einigen interessanten, angeeigneten Fähigkeiten – an andere Orte wechseln, wo sie höchstens noch mit Appellen an die Mächtigen zur Behebung konkreter Missstände „Gutes“ im Detail tun, aber im Gesamten oft die Lage verschlimmern, weil sie Herrschaftsverhältnisse legitimieren oder sogar auszubauen helfen. Die Anarchie hat eine bessere Zukunft, wenn es gelingt, sie zu einer Lebensalternative von Menschen zu machen und nicht nur zu einer Sturm-und-Drang-Phase, in der (junge) Menschen sich ausprobieren, aber nicht wirklich Alternativen und starke Überzeugungen aufbauen. Oder in der Unzufriedene die ärgsten Bedrohungen abzuschütteln versuchen, um nach einigen Anfangserfolgen schlapp zu machen und sich mit der leicht verbesserten Lage gleich wieder zufrieden zu geben.

³⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Peoples_Global_Action

³⁷ <http://indy.gr/projects/pgainfo-point/german>

Literatur

- Autorenkollektiv (2. Auflage 1997): Was ist eigentlich Anarchie?
Einführung in die Theorie und Geschichte des Anarchismus. Karin
Kramer in Berlin
- Bakunin, Michail (1995, 1871 verfasst): Dieu et l'état. Gott und der
Staat. Kramer in Berlin
- Bergstedt, Jörg, Hartje, Jörn, Schmidt, Thomas (1999): Agenda, Expo,
Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umwelt-
schutzarbeit, IKO in Frankfurt
- Bergstedt, Jörg (2002): Reich oder rechts?, IKO in Frankfurt
- Bergstedt, Jörg (2006): Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine
Abrechnung, SeitenHieb in Reiskirchen
- Bergstedt, Jörg (2011): Kopfentlastung, SeitenHieb in Reiskirchen
- Bergstedt, Jörg, Cropp, Jan Hendrik, Schlemm, Annette (2011): Tech-
nik: Für ein gutes Leben oder für Profite?, SeitenHieb in Reiskirchen
- Bergstedt, Jörg, Cropp, Jan Hendrik, Schlemm, Annette (2. Auflage
2011): Herrschaftsfrei wirtschaften, SeitenHieb in Reiskirchen
- Berkmann, Alexander (1929, Neuauflage 1997): ABC des Anarchis-
mus, Trotzdem in Grafenau
- Besemer, Christoph (1981): Zurück zur Zukunft? Utopische Kommunen
– Anspruch und Wirklichkeit, Berlin
- Bookchin, Murray (1981): Hierarchie & Herrschaft, Kramer in Berlin
- Bookchin, Murray (1992): Die Neugestaltung der Gesellschaft,
Trotzdem in Grafenau
- Borries, Achim von, Brandies, Ingeborg (2007, Hrsg.): Anarchismus.
Theorie, Kritik, Utopie. Texte und Kommentare. Graswurzelrevolu-
tion in Nettersheim
- Burnicki, Ralf (1998): Anarchie als Direktdemokratie. Selbstverwaltung,
Antistaatlichkeit. Eine Einführung in den Gegenstand der Anar-
chie. Syndikat A Medienvertrieb in Moers
- Cantzen, Rolf (1997): Weniger Staat – mehr Gesellschaft, Trotzdem in
Grafenau
- Cattepoel (3. Auflage 1979): Der Anarchismus. Gestalten, Geschichte,
Probleme. Beck in München
- Chomsky, Noam (2001): Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung –
Fabrikation von Konsens, Trotzdem in Grafenau
- Chomsky, Noam (2004): Neue Weltordnungen, Hamburg
- Chomsky, Noam (2005): Die Zukunft des Staates – Vom klassischen
Liberalismus zum libertären Sozialismus, Berlin
- Chomsky, Noam (2006): Der gescheiterte Staat, München
- Chomsky, Noam (2007): Wirtschaft und Gewalt, Springe
- Cockshott, W. Paul, Cottrell, Allin (2006): Alternativen aus dem Rech-
ner, Köln
- Dante, Darwin (1992): 5 Stunden sind genug, Marne
- Degen, Hans J., Knoblauch, Jochen (2008): Anarchismus. Eine Einfüh-
rung. Schmetterling Verlag in Stuttgart
- Diefenbacher, Hans (Hrsg., 1996): Anarchismus, Primus in Darmstadt
- Drücke, Bernd (Hrsg., 2006): Ja! Anarchismus! Gelebte Utopie im
21. Jahrhundert. Interviews und Gespräche. Kramer in Berlin
- Fink, Helmut (2010): Der neue Humanismus, Alibri in Aschaffenburg
- Foerster, Heinz von, Pörksen, Bernhard (2004): Wahrheit ist die Erfin-
dung eines Lügners, Heidelberg

- Foucault, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses, München
- Foucault, Michel (1996): Diskurs und Wahrheit, Berlin
- Fotopoulos, Takis (2003): Umfassende Demokratie, Trotzdem in Grafenau
- Fuchs, Christian (2001): Soziale Selbstorganisation im Informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Wien
- Gordon, Uri (2010): Hier und jetzt, Nautilus in Hamburg
- Grosche, Monika (2003): Anarchismus und Revolution, Syndikat A in Moers
- Groschopp, Horst (2010): Humanismusperspektiven, Alibri in Aschaffenburg
- Graswurzelrevolution (Hrsg., 1999): Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende. Graswurzelrevolution in Heidelberg
- Gruppe Gegenbilder (2005): Autonomie & Kooperation, SeitenHieb in Reiskirchen
- Haug, Wolfgang, Wilk, Michael (1995): Der Malstrom. Aspekte anarchistischer Staatskritik. Trotzdem in Grafenau
- Herrmann, Jens (1999): Politik und Kommune, Diplomarbeit Berlin
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Westfälisches Dampfboot in Münster
- Kollektiv Kommunebuch (1996): Das Kommunebuch. Die Werkstatt in Göttingen
- Kuhn, Gabriel (2008): „Neuer Anarchismus“ in den USA – Seattle und die Folgen, Münster
- Kurz, R. (1997): Antiökonomie und Antipolitik, in: Krisis, Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 19, Bad Honnef, Horlemann, auf www.magnet.at/krisis/krisisartikel/kurz19.html
- Lohschneider, Silke (2000): AnarchaFeminismus, Münster
- Meretz, Stefan (1999b): Linux – Software-Guerilla oder mehr? Die Linux-Story als Beispiel für eine gesellschaftliche Alternative, auf www.kritischeinformatik.de/linuxsw.htm
- Mühsam, Erich (2005): Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? 1932; Kramer in Berlin
- Mümken, Jürgen (2003): Freiheit, Individualität und Subjektivität. Staat und Subjekt in der Postmoderne aus anarchistischer Perspektive. Edition AV in Frankfurt
- Negri, Antonio, Hardt, Michael (2002): Empire: die neue Weltordnung, Campus in Frankfurt
- Negri, Antonio, Hardt, Michael (2004): Multitude: Krieg und Demokratie im Empire, Campus in Frankfurt
- Nettlau, Max (1993-1996): Geschichte der Anarchie. 3 Bände:
 - Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864. Verlag Der Syndikalist, Berlin 1925; Bibliothek Thélème, Münster
 - Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859 1880. Verlag Der Syndikalist, Berlin 1927; Bibliothek Thélème, Münster
 - Anarchisten und Sozialrevolutionäre. Die historische Entwicklung des Anarchismus in den Jahren 1880 1886. Asy-Verlag in Berlin 1931; Bibliothek Thélème, Münster

- Erwin Oberländer (Hrsg., 1972): *Der Anarchismus*. Walter in Olten
- P.M. (1983): *bolo'bolo*, Zürich
- P.M. (2000): *Subcoma*, Zürich
- Poddig, Hanna (2009): *Radikal mutig*, Rotbuch in Berlin
- Proudhon, Pierre-Joseph (1846): *Système des contradictions économiques ou Philosophie de la misère*.
- ders. (2003): *System der ökonomischen Widersprüche oder: Philosophie des Elends*. Kramer in Berlin
- Raasch, Roland, Degen Hans Jürgen (Hrsg., 2002): *Die richtige Idee für eine falsche Welt? Perspektiven der Anarchie*. Oppo-Verlag in Berlin
- Reader Selbstbestimmte Technikentwicklung & -nutzung: auf [www.ak-anna.org/selbstbestimmte __technik/reader.pdf](http://www.ak-anna.org/selbstbestimmte__technik/reader.pdf)
- Saage, Richard (1997): *Utopieforschung*, Darmstadt
- Schlemm, Annette (1996): *Daß nichts bleibt, wie es ist...*, Philosophie der selbstorganisierten Entwicklung, Band I, Kosmos und Leben, LiT in Münster
- Schlemm, Annette (1999): *Daß nichts bleibt, wie es ist...*, Philosophie der selbstorganisierten Entwicklung, Band II, Möglichkeiten menschlicher Zukünfte, LiT in Münster
- Schlemm, Annette (1996ff.): *Texte zum Thema „Mensch und Natur“*, auf www.thur.de/phil/as250.htm
- Sen, Amartya (2010): *Die Identitätsfalle*, München
- Siefkes, Christian (2008): *Beitragen statt tauschen: Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software* (auch 2010 unter www.keimform.de/2010/selbstorganisierte-fuelle)
- Siefkes, Christian (2010): *Peer Produktion: Wie im Internet eine neue Produktionsweise entsteht*. Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie, Heft 52
(2011 unter www.keimform.de/2011/peer-produktion/)
- Solneman, K.H.Z. (1977): *Das Manifest der Freiheit und des Friedens. Der Gegenpol zum kommunistischen Manifest*. Mackay-Gesellschaft in Freiburg
- Spehr, Christoph (1996): *Die Ökofalle*, ProMedia in Wien
- Spehr, Christoph (1999): *Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter*, Siedler in München
- Spehr, Christoph (2003): *Gleicher als Andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation*, RLS in Berlin
- Stallmann, Richard M. (1984): *The GNU Manifesto*, 1984, aus www.gnu.org/gnu/manifesto.html. Übersetzung: *Das GNU-Manifest*, aus www.gnu.de/mani-ger.html
- Stowasser, Horst (1995): *Freiheit pur*, Eichborn in Frankfurt
- Stowasser, Horst (2. Auflage 1997): *Leben ohne Chef und Staat*, Berlin
- Stowasser, Horst (2007): *Anarchie!*, Nautilus in Hamburg
- Timm, Uwe (1976): *Anarchie, eine konsequente Entscheidung für Freiheit und Wohlstand*. Mackay-Gesellschaft in Freiburg

Stellen Sie sich vor: Sie spenden einmal, aber das Geld unterstützt noch in 30 Jahren spannende Projekte:

Ihr Geld und ...

Sie geben Ihr Geld nicht irgendeiner Organisation, sondern für eine ganz konkrete Solarstromanlage. Nicht irgendwo, sondern auf einem ausgewählten kreativen Haus.





unsere
Aktion schaffen ...

solare Dächer!

Dort erzeugt die Sonne nicht nur Strom, sondern auch sichere Einnahmen – über eine sehr lange Zeit.

Und dann sichert

die Sonne:



Mit dieser ständigen Einnahme werden dann unabhängige, kreative Räume wie Theaterwerkstätten, politische Bibliotheken, Medien- und Aktionsübungsräume von ihren laufenden Kosten befreit. Damit dieses Land bunter wird.

FreiRäume!

Garantiert durch die Stiftung FreiRäume

Das Ziel: FreiRäume schaffen und sichern!

Es wirkt wie ein Naturgesetz: Kulturzentren, Aktionsplattformen und alternative Häuser verwenden ständig viel Kraft auf die Beschaffung von Geldern. Der Zauber des Beginns und der idealistische Elan der AkteurInnen weicht einem pragmatischen Alltag. Aus der Not heraus orientieren sich Menschen und Gruppen auf kommerzielle Tätigkeiten, den „Verkauf“ ihrer Leistungen oder das ständige Einwerben von Spenden.

Dem wollen wir mit der Stiftung FreiRäume eine andere Perspektive entgegensetzen. Kreativität, Offenheit und der Verzicht auf Hierarchien sollen Häuser, Plätze und mobile Aktionsmaterialien auf Dauer prägen. Geld spielt seit Jahren nur eine untergeordnete Rolle – und das ist gut so. Damit das so bleibt, wollen wir für die doch wenigen, aber unabwendbaren Kosten der Häuser wie Gebühren und Renovierungen und sonstigen Materialien eine dauerhafte Basis schaffen. Wir wollen keine Paläste, keine Apparate finanzieren, sondern dafür sorgen, dass es Orte gibt, an denen Menschen kreative und offensive Projekte entwickeln können, ohne ständig Kontostand oder Vorstandsdirektiven im Kopf zu haben.

Gesucht: Geldspenden, die dauerhaft wirken sollen

Wir wünschen uns SpenderInnen, die eine einmalige Summe beisteuern können. Das Geld geht an die Stiftung FreiRäume – gezielt zugunsten der Freiraum-Sonnendächer. Für ein solches Dach benötigen wir je nach Größe 15.000 bis 40.000 Euro. Montage werden wir, soweit möglich, selbst übernehmen.

**Das Solardach-Konto der Stiftung FreiRäume
Nr. 4013681800 bei der GLS-Bank (BLZ 43060967)**

Wenn genügend Geld zusammen ist, wird ein neues Solardach errichtet

Ist die Menge zusammen, die für das nächste Dach reicht, geht es sofort los: Wir suchen dann eine Partnerfirma aus, die zumindest die Komponenten fachlich korrekt zusammenstellt – oder auch die Montage macht. In vielen Fällen aber werden wir selbst werkeln, um aus den eingehenden Spenden möglichst viel herauszuholen. Wer nicht nur spenden, sondern auch mitbauen will, ist herzlich eingeladen – es kann gerne eine Art Patenschaft für das Haus entstehen.

Wenn es passt, sammeln wir zusammen mit Solarfirmen. Wenn sie mitgeholfen haben, die Spenden zu sammeln, bekommen sie auch den Auftrag, das Dach zu errichten. Wir freuen uns daher auch auf Kontakte zu Firmen.

Das Geld kommt dann für viele Jahre dreierlei zugute: Umwelt, Haus und einem Fonds für kreative Projekte!

Ist das Dach gebaut, fließt das Geld aus der Einspeisevergütung zur Hälfte an das Haus, wodurch die Grundkosten gedeckt werden sollen – oder zumindest ein Teil davon. Die andere Hälfte geht in einen Projektfonds. Es soll neuen Projekthäusern, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Seminaren und dem Aufbau rollender Aktionswerkstätten (natürlich mit Stromversorgung von der Sonne) sowie der Durchführung von Kursen für politisches Engagement und Trainings dienen.

www.stiftung-freiraume.de

Nicht erschrecken: Da spielt noch ein Verein mit ...

Die Stiftung sammelt das Geld, aber ein Verein betreibt dann in ihrem Auftrag die Photovoltaikanlagen. Das hat einmal steuerliche Gründe, zum anderen trägt der Verein auch das Risiko. Schließlich wollen wir ja die Häuser unterstützen und nicht gefährden. Der Verein ist – genauso wie die Stiftung – eine Organisation von AktivistInnen, die kreative politische Projekte vorantreiben wollen. Niemand, weder Verein noch Stiftung oder irgendwelche engagierten Menschen dort sollen an den Solardächern Gewinne erzielen. Projektfonds und Häuser erhalten die Einspeisevergütung, sonst niemand.

Stiftung und Verein sind gemeinnützig. Wer uns etwas spendet, kann nicht nur sicher sein, dass das Geld über Jahre hinaus wirkt, sondern auch eine Spendenbescheinigung bekommen. Bis 100 Euro zählt der Überweisungsträger, darüber hinaus stellen wir auf entsprechende Anfrage eine Bescheinigung aus.

Nicht nur Geld hilft – auch Mitarbeit und Sachspenden für Ausbau oder Ausstattung der Häuser sind eine wichtige Hilfe. Schließlich soll nicht Geld die Welt regieren, sondern die Menschen mit ihren Ideen!

Was bisher geschah: Zwei Dächer ...

Zwei Solardächer gibt es bereits seit Sommer 2010. Sie befinden sich in Berlin und Mittelhessen. Beide Häuser werden vielfältig genutzt, sind aber noch in unterschiedlichem Renovierungszustand. Kleine Steckbriefe zu den Solardächern und den phantasievoll genutzten Häuser folgen hier:

Projektwerkstatt Saasen (Kreis Gießen)

Über 20 Jahre alt, wurde sie ab 2010 grundlegend renoviert. Im Haus befinden sich Bibliotheken, Gruppen- und Seminarräume und Werkstätten für Theater, Musik, Straßenaktion und Öffentlichkeitsarbeit. Hier sind Bücher des Seitenhieb-Verlags entstanden – berühmt geworden sind Aktionen gegen Genversuchsfelder, den Sicherheitswahn der Landesregierung Hessen und kreative



Konzepte für Gruppen- und Bildungsarbeit.

► Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

► Tel. 06401/903283

► Email: saasen@projektwerkstatt.de

► www.projektwerkstatt.de/saasen

► Sachspenden:

www.projektwerkstatt.de/gesucht

Das Solardach: 35 Module schaffen max.

6,1 KW. Zudem gibt es seit 1994 eine große Warmwasseranlage auf dem zweiten Haus.

Kultur- und Bildungszentrum Raoul Wallenberg (KuBiZ in Berlin)

Ein phantastisches Gebäude in Berlin-Weißensee mit Bildungsstätte, Theateraula, offener Aktionsplattform, Medienwerkstatt, SchülerInnen-Bibliothek, offenem Garten, Umsonstladen und mehr.

► Bernkasteler Str. 78, 13088 Berlin-Weißensee

► Tel. 030-96201345

► Email: kontakt@KuBiZ-wallenberg.de

► www.kubiz-wallenberg.de

Die weiteren Dächer und Projekte

Die zwei Dächer sollen erst der Anfang sein. Darum bitten wir ja um Spenden, die dauerhaft wirken werden. Es sollen mehr werden.

Kontakt

► Infotelefon: 030-69206557

► Kontakt-Email: solardach@stiftung-freiraeume.de

► Infoseite und -flyer auf www.stiftung-freiraeume.de

Wir trainieren politische und Aktionsgruppen, können für Vorträge, Workshops oder Seminare angefragt werden oder beteiligen uns an Diskussionen. Die Veranstaltungen können im Seminarhaus der Projektwerkstatt oder z.B. bei Euch vor Ort organisiert werden. Nett ist es, möglichst mehrere Veranstaltungen an aufeinanderfolgenden Tagen in benachbarten Städten zu organisieren, damit sich die Anfahrt lohnt. Bekannt sind unsere Tonbilder-Schauen „Fiese Tricks von Polizei und Justiz“ und „ Monsanto auf Deutsch“, daneben die Lesungen „Radikal mutig“ und „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ sowie die Trainings zu kreativen Aktionsmethoden, Selbstverteidigung vor Gericht, Umgang mit Polizei usw. Aber das ist längst nicht alles – www.vortragsangebote.de.vu ist eine Fundgrube für viele Themen und Methoden.

Anmerkungen zum Buch

Abbildungen

Die wenigen Abbildungen dieses Buches sind aus den Archiven der Projektwerkstatt entnommen. Die ursprünglichen Quellen sind nicht immer klar.

„Männlichkeit“ und „Schwanzvergleich“

In den Texten tauchen – neben verschiedenen Formen geschlechtsneutraler Endungen (siehe Seite 16) – Begrifflichkeiten auf, die sozialen Geschlechtern zugeordnet werden. Hiermit sind kulturelle Verhaltensweisen gemeint, die Stereotypen von Geschlechterrollen darstellen. Sie sind nicht vom biologischen Geschlecht abhängig, wenn auch ungleich verteilt aufgrund der Zucht. Will heißen: Eine biologische Frau kann „mackerig“ sein und rhetorische Hegemonialkämpfe durchführen. Alles andere zu behaupten, wäre auch sexistisch.



Freie Menschen in freien Vereinbarungen

Buch zu gesellschaftlichen Utopien und Konzepten für eine Welt selbstbestimmten Lebens. Notwendigkeit, Möglichkeiten und Schwierigkeiten herrschaftsfreier Gesellschaft werden dargestellt und sowohl politisch wie auch wissenschaftlich begründet. Den Abschluss bilden ein Kapitel zur Praxis emanzipatorischer Bewegung und ein umfangreiches Glossar. 354 S., A5, 14 €.

● ISBN 978-3-86747-005-6

Bücher, CDs



Tipps für Basisgruppen

Reader „HierarchNIE!“

6,- €

Die Ideensammlung für alle, die Hierarchien, Dominanz, Intransparenz, Mackerei, Abstimmungen & Plena satt haben. Entscheidungsfindung von unten, Hintergründe und konkrete Methoden: Open Space, Planspiel, Fish Bowl ... A4, 72 S. www.hierarchnie.de.vu. Ab 3 St. 4 € ab 10 St. 2,50 €

CD „HierarchNIE!“

5,- €

Texte, Bilder, Ausstellungen, Broschüren, Vorlagen usw. Ab 3 St. 4 € ab 10 St. 3 €

Reader „Selbstorganisation“

6,- €

Eine Sammlung praktischer Ideen für ein Leben ohne oder mit sehr wenig Geld: Containern, Trampen, Besetzen, Schnorren, Tauschen usw. Dazu grundlegende Texte und Konzepte. A4, 56 S. www.alltagsalternative.de.vu. Ab 3 St. 4 € ab 10 St. 2,50 €



Herrschaftskritik und Utopie

Autonomie & Kooperation

14,- €

Grundlagen herrschaftsfreier Gesellschaft. Bausteine für eine solche Utopie werden in den Kapiteln vorgestellt. 196 S. Ab 3 St. 9 € ab 10 St. 7 €

Freie Menschen in freien Vereinbarungen – Gegenbilder zu Markt und Staat

14,- €

Buch zu gesellschaftlichen Utopien und Konzepten für eine Welt selbstbestimmten Lebens. Notwendigkeit, Möglichkeiten und Schwierigkeiten herrschaftsfreier Gesellschaft werden dargestellt und sowohl politisch wie auch wissenschaftlich begründet. Den Abschluss bilden ein Kapitel zur Praxis emanzipatorischer Bewegung und ein umfangreiches Glossar. 354 S., A5. Ab Frühjahr 2012 in zweiter Auflage! Ab 3 St. 9 €, ab 10 St. 7 €.



CD „Utopien“

5,- €

Texte, Bilder, Ausstellungen, Broschüren, Bücher & Vorlagen. Ab 3 St. 4 €, ab 10 St. 3 €.

Das System ist schuld!

1,- €

Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umwelterstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven. A5. Ab 3 St. 0,80 €, ab 10 St. 0,50 €.

Herrschaftsfrei wirtschaften

4,- €



Grundlagen, Debatten, konkrete Ideen von Open Source bis Umsonstläden und Projektvorstellungen. 100 S., A5. www.fragend-voran.de.vu. Ab 3 St. 3 €, ab 10 St. 2,50 €.

Demokratie

1,- €

Kleines A5-Heft mit den wichtigsten Fakten zur Kritik an der Demokratie.



& Co.

Direct-Action

Herrschaft & Utopien

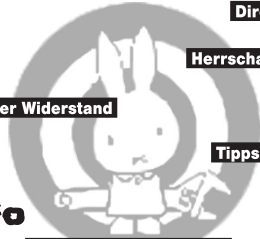
Kreativer Widerstand

Tipps für Gruppen

Für Buchläden – der direkte Weg zum Verlag der bissigen Reihen:

www.seitenhieb.info

Umweltschutz von unten



Klein und fein: Direct-Action-Heftchen je 1,- €

Kleine Heftchen zu verschiedenen Themen, jeweils Hintergrund, Vermittlung und ganz konkrete Aktionstipps. www.direct-action.de.vu.



- (Anti-)Knast (20 S.)
- Kreative Antirepression (Aktionen bei Festnahmen, Kontrollen, Gericht ... 16 S.)
- Weggesperrt (Texte aus dem Gefängnis ... 16 S.)
- Rechtstipps gegen Recht-Extremisten (16 S.)
- Achtung! Polizei! (Polizeikontrollen und Festnahme ... 16 S.)
- Gerichtsverfahren (für Angeklagte+ZuschauerInnen ... 20 S.)

Strafanstalt 14,- €

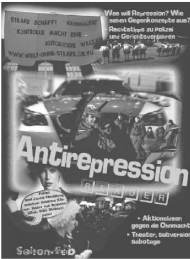
Ein Buch über den Knast. Bilder aus Zellen, Gängen und Büros. Einblicke mit Texten eines Tagebuches aus dem Gefängnis. Umrahmt mit Texten zu Knast und Strafe. Ein eindrucksvolles Buch - parteiisch für eine Welt ohne Strafe. Ab 3 St.: 9 €, ab 10 St.: 7 €.



Reader „Antirepression“ 6,- €

Aktionstipps zum Umgang mit Polizei, Justiz, Kontrollen und mehr. Von Straßentheater bis zu Sabotage, offensivem und subversivem Rechtsgebrauch.

Viele Rechtstipps für Alltagsstress bis zum Gerichtsverfahren. A4, 68 S. Ab 3 St. 4 Euro, ab 10 St. 2,50 Euro.



CD „Antirepression“ 6,- €

Direct-Action

Direct-Action-Reader 6,- €

Aktionstipps bis zum Abwinken - von Kommunikationsguerilla über Straßentheater, Besetzen und Blockieren, Lieder und kreatives Demonstrieren bis zur Sabotage und Gewaltfrage. Mit einem grundlegenden Einleitungskapitel. A4, 68 S. Ab 3 St. 4 €, ab 10 St. 2,50 €

Die Blockadefibel 2,- €

Tipps für Blockade- und Anketten Techniken sowie einiges mehr ... A5. Ab 3 St. 1,80 €, ab 10 St. 1,50 €.



Direct-Action-Heftchen je 1,- €

Kleine Heftchen zu verschiedenen Themen, jeweils Hintergrund, Vermittlung und ganz konkrete Aktionstipps. www.direct-action.de.vu.

- Subversive Kommunikation (Fakes, Kommunikationsguerilla, verstecktes Theater ... 16 S.)
- Aneignung jetzt! (16 S.)

- Der Ton macht die Musik (Lieder bei Aktionen ... 16 S.)
 - Die Mischung macht's! (Einführung ... 16 S.)
 - Wahlen stören und nutzen (Aktionen zu Wahlveranstaltungen, -ständen, -lokalen ... 16 S.)
 - Offene Räume (Zentren, Plattformen ... 16 S.)
 - Widerstand im Alltag (Aktionstipps für immer&überall ... 20 S.)
 - Kreativ demonstrieren (Rechts-, Orga-, Aktionstipps ... 16 S.)
- Ab 3 St. eines Heftes: 0,80 € (Kopiervorlagen im Internet!).



CD „Direct Action“ 5,- €

Eine CD mit PDFs, Texten usw. zu allen Themen (Direct-Action-Hefte und -Texte ... viele Kopiervorlagen für Aufkleber, Sprühschablonen & Co.) plus dem Programmpaket „Safework“ für spurenfreie Arbeiten auf dem PC. Ab 3 St. 4 €, ab 10 St. 3 €

CD „Direct Action Videos“ 5,- €

14 Mitschnitte von Aktionen – von Überwachungskameras über Castorblockaden bis zu Tierbefreiung. Ab 3 St. 4 €, ab 10 St. 3 €

Adreßheftchen Direct-Action 0,50 €

Sammlung von Adressen, Internetseiten usw. zu kreativem Widerstand, emanzipatorischer Politik usw. 48 S. (Stand: 2005).

Infopaket Widerstand & Organisierung von unten 1,- €

Mobilisierungszeitung(en), Strategiepapiere, Auswertungen und Flugblätter voller Aktionsideen.



Politische Zeitungen

Contraste, je Heft 1,- €

Alle vorrätigen Hefte 20,- €

Die Monatszeitung für Selbstorganisation (www.contraste.org). Lieferbare Hefte unter www.aktionsversand.de.vu. Aktuelle Ausgabe 1 €.

Ö-Punkte, je Heft 1,- €

Gesamtpaket aller Hefte 10,- €

Viermal jährlich erschien der Infodienst für Basis-Umweltgruppen von 1997 bis 2001 mit Infos über Aktionen zu Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen, u.a. aktuellen Übersichten über Widerstandsprojekte. Da es immer einen Schwerpunkt gab, lohnen sich die Hefte. A4, Ca. 60 S. Lieferbare Hefte unter www.aktionsversand.de.vu.

anti atom aktuell-Probeheft 1,- €

Die Zeitung der „unabhängigen“ Anti-Atom-Bewegung. Mit Berichten, Hintergründen, oft einem Schwerpunkt und aktuellen Terminen.



Infos zur Projektwerkstatt

Einfach mitbestellen, sonst gegen Porto. Auch: www.projektwerkstatt.de/saasen.

Filmverleih (siehe www.aktionsversand.de.vu)
Ausgewählte Filme plus Bücherkiste leihen!





Technik und Technikkritik 4,- €
 Grundlagen, Debatten, emanzipatorische Technik-
 anwendung, konkrete Ideen und Projektvorstellun-
 gen. Ca. 90 S., A5. www.fragend-voran.de.vu. Ab
 3 St. 3 €, ab 10 St. 2,50 €.

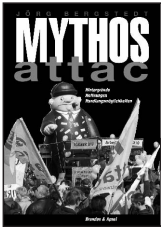
Herrschaftskritik 10,- €
 Analysen. Aktionen. Alternativen. Die Prinzipien
 von Herrschaftsmechanismen werden in Texten
 und an Beispielen dargestellt.

**Demokratie. Die Herrschaft
 des Volkes. Eine Abrechnung** 14,- €

Ist Herrschaft des Volkes wirklich etwas so Gutes? Volk als konstruiertes, identitäres Subjekt existiert nur in Form seiner Stellvertretung. Wenn die dann herrscht „im Namen des Volkes“ über die Menschen – was daran ist gut? Und wenn dann noch Bomben fallen, um die Demokratie weltweit zu exportieren – was unterscheidet diese Kriege von der Brutalität der Kolonialisierung und religiös motivierten Missionen bis Kreuzzüge früherer Zeiten?
 Ab 3 St. 9 €, ab 10 St. 7 €.



Anarchie 14,- €
 Kritische Bestandsaufnahme dessen,
 was sich im deutschsprachigen Raum
 Anarchismus nennt.
 Ab 3 St. 9 €, ab 10 St. 7 €.



NGO- & Bewegungskritik

Mythos Attac 14,90 €
 Hintergründe. Hoffnungen. Handlungsmöglichkeiten –
 umfangreiche Zitate und Quellen zu Strategien der

Attac-Eliten, politischen Positionen und die Steuerung öffentlicher Wahrnehmung. Vielfalt an der Basis von emanzipatorischen bis rechten Ansätzen. Chancen und Hindernisse. A5, 216 S. www.attac-online.de.vu.
 Ab 3 St. 12 €, ab 10 St. 10 €.

Nachhaltig, modern, staats-treu? 14,- €
 Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax: Aktuelle Vorschläge aus politischen Gruppen werden daraufhin untersucht, wie weit sie Markt und Staat, Diskriminierung oder Nationalismus fördern statt überwinden. Eine schonungslose Kritik von NGOs bis linksradikalen Positionen.
 A5, 200 S. Ab 3 St. 9 €, ab 10 St. 7 €.



Repression & Protest

Tatort Gutfleischstraße. Die fieseren Tricks von Polizei und Justiz 18,- €
 Ein erschreckendes, zuweilen witziges und immer spannendes Buch mit konkreten Fällen, Auszügen aus nichtöffentlichen Polizei- und Gerichtsakten – ein tiefer Blick hinter das Grauen von Polizei- und Justizalltag! Großformat, 196 S.
 Ab 3 St.: 12 €, ab 10 St.: 10 €, www.fiese-tricks.de.vu.

